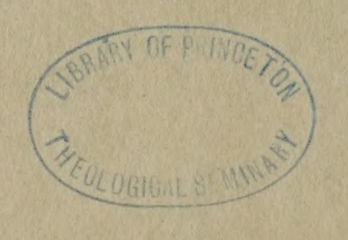
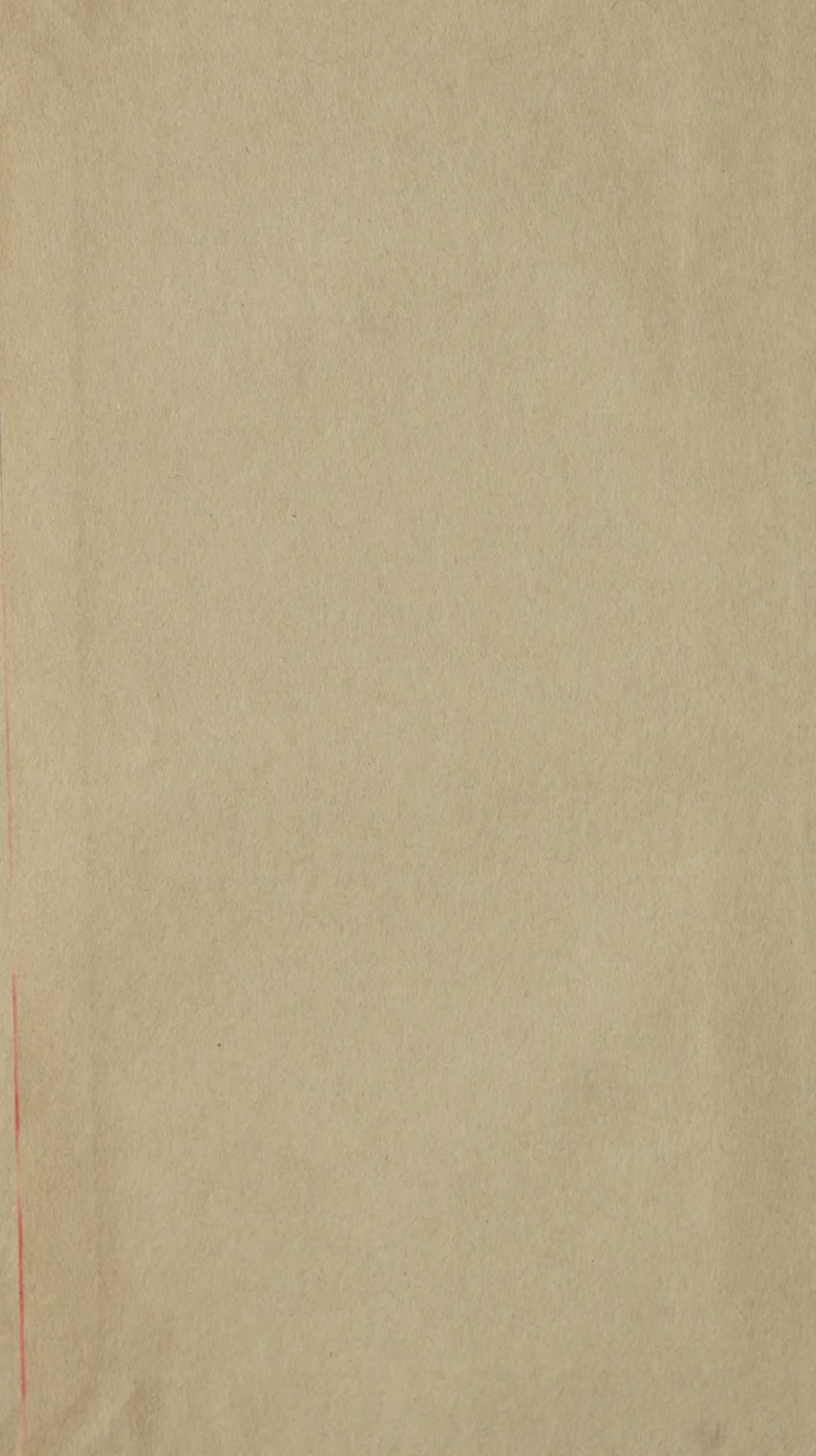












Kirchenrechtliche Abhandlungen

Herausgegeben

von

D. Dr. jur. et phil. Ulrich Stutz

o. ö. Professor der Rechte an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

---

92. und 93. Heft:

Der Geist des Codex iuris canonici

Eine Einführung in das auf Geheiss Papst Pius X. verfasste und von Papst Benedikt XV. erlassene Gesetzbuch der katholischen Kirche

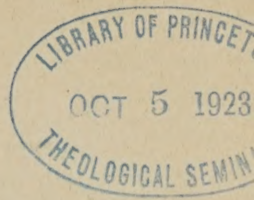
Von

D. Dr. ULRICH STUTZ

o. ö. Professor der Rechte an der Universität Berlin
Geh. Justizrat



STUTTGART
VERLAG VON FERDINAND ENKE
1918



Der Geist des Codex iuris canonici

Eine Einführung
in das
auf Geheiss Papst Pius X. verfasste
und von Papst Benedikt XV. erlassene
Gesetzbuch der katholischen Kirche

Von

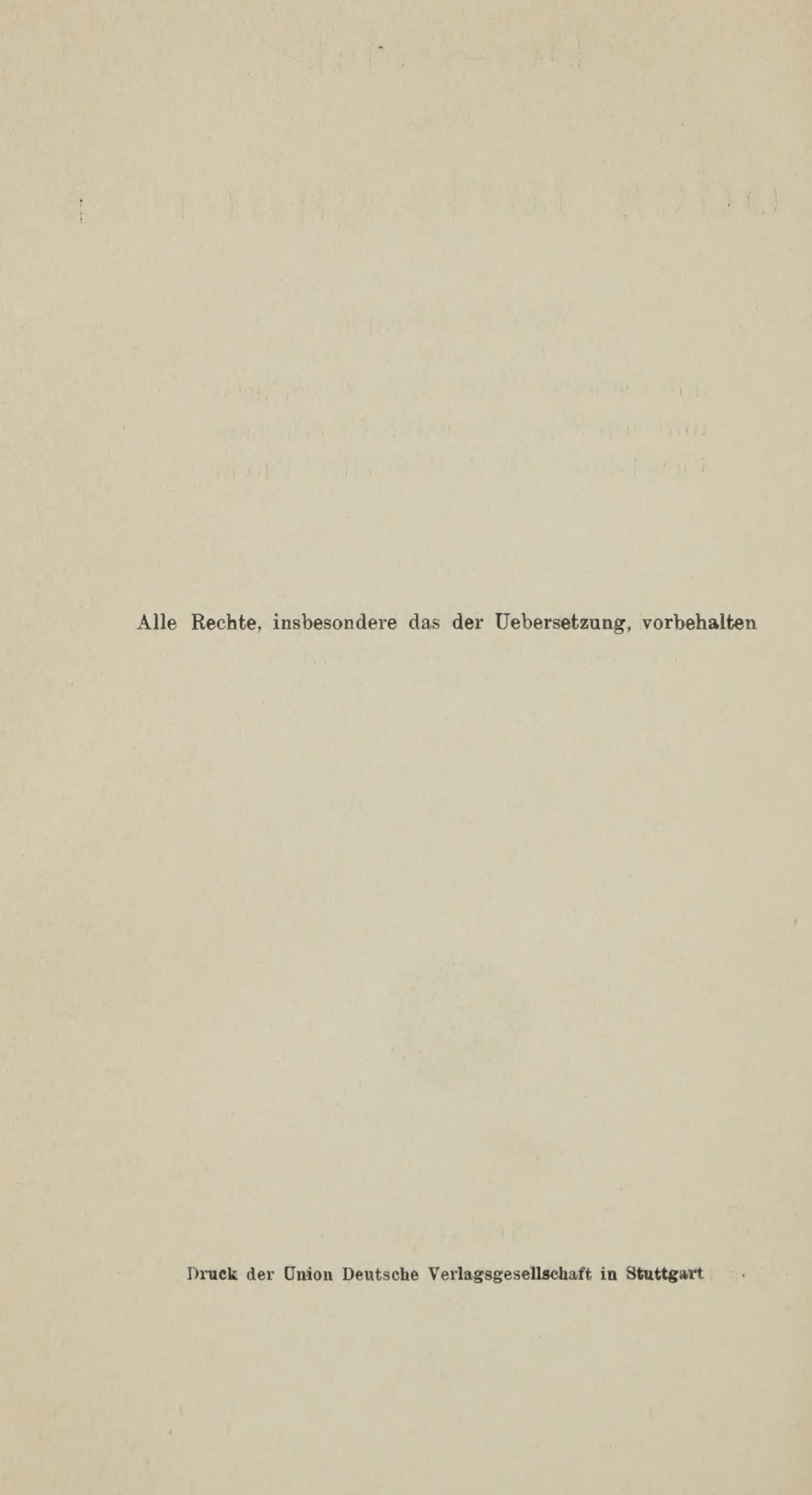
D. Dr. ULRICH STUTZ

o. ö. Professor der Rechte an der Universität Berlin
Geh. Justizrat



STUTTGART
VERLAG VON FERDINAND ENKE
1918

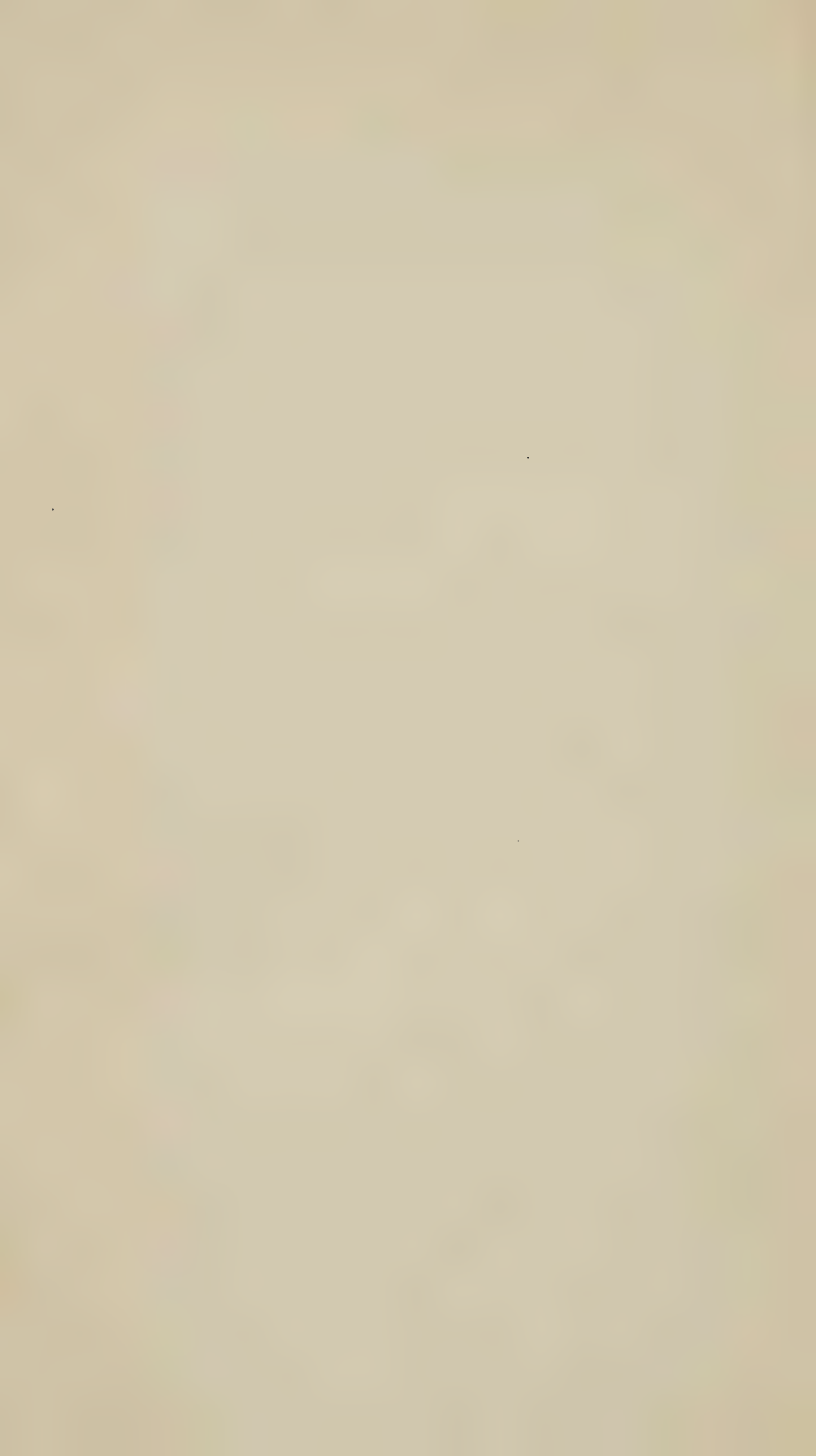
A. g. XIII.



Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

PAUL HINSCHIUS

ZUM GEDÄCHTNIS



Vorwort.

Den Geist, der das heute in Kraft tretende päpstliche Gesetzbuch im ganzen und im einzelnen beherrscht, herauszuarbeiten, zu prüfen und weiteren Kreisen offenzulegen, das ist die Aufgabe des Buches, das ich hiermit der Oeffentlichkeit übergebe.

Zu diesem Zwecke wird darin eine Anzahl von Streifzügen durch das Gesetzeswerk unternommen, die es von den verschiedensten Seiten her und nach den verschiedensten Richtungen hin dem Verständnis des Lesers aufschliessen sollen. Nicht eine Darlegung und systematische Bearbeitung des Gesetzesinhalts ist beabsichtigt. Diese bleibt den Kommentaren sowie den Lehr- und Handbüchern überlassen, an denen bald kein Mangel sein wird, und von denen ja mehrere bereits angekündigt sind. Auf Herz und Nieren soll vielmehr der Kodex hier untersucht werden. Was er will, und was er ist, das steht für uns in Frage. Darum wird er historisch und juristisch, auf seine innerkirchliche Bedeutung und auf seine Wirkung nach aussen hin, als Ganzes und in Einzelheiten behandelt, zu werten versucht und unter Gesichtspunkten betrachtet, auf die es dem Fachmann ankommt, aber auch unter solchen, die weiteren Kreisen und zwar nicht bloss von Juristen nahe liegen. Ich habe mich bemüht, nicht allein als Vertreter der Wissenschaft des Kirchenrechts, namentlich des katholischen, sondern auch als solcher des bürgerlichen Rechtes, als Beobachter der Kirchenpolitik, als Deutscher und als nichtkatholischer Christ diejenigen Fragen an das Gesetzbuch zu richten, auf die es in erster Linie und hauptsächlich an-

kommt. So hoffe ich, zugleich den Fachgenossen und über sie hinaus dem juristisch, aber auch dem kirchenpolitisch und kirchlich gerichteten Leser mancherlei zu bieten und dem Buche von vornherein seinen eigenen, dauernd berechtigten Platz in der reichen Literatur zu sichern, die bald um das Gesetzeswerk sich bilden wird.

Dass dieses mitten im Weltkrieg erschienen ist, der die Aufmerksamkeit von seinem Auftreten, das unter anderen Umständen noch ganz andere Eeachtung finden würde, ablenkt, macht eine solche Betrachtung um so unerlässlicher, handelt es sich dabei doch um ein Ereignis, das möglicherweise auf Jahrhunderte hinaus wirken, jedenfalls aber um ein solches, dessen Bedeutung und Tragweite erst nach Jahrzehnten voll zu ermessen sein wird.

Dass es aber zu einer Zeit in Geltung tritt, die viele Kräfte anderweitig bindet, welche ihm sonst ihre Arbeit zugewendet haben würden, erhebt die eindringende Beschäftigung im Interesse Aller um so gebieterischer zur unabweislichen Pflicht für den, der dank den Siegen unserer Heere und dem festen Gefüge unserer staatlichen Einrichtungen trotz allem ruhig seiner wissenschaftlichen Berufsarbeit nachgehen kann. Ich glaube, den Dank dafür nicht besser abstatten zu können, als indem ich mit derselben Wachsamkeit und mit der gleichen Hingabe an das Ganze, die unsere Helden draussen vor dem Feinde betätigen, in der Heimat auf dem mir anvertrauten Posten zu stehen bestrebt bin und genau so, wie ich es im tiefsten Frieden getan hätte, unter Aufbietung alles dessen, was ich zu leisten vermag, das Inkrafttreten des Gesetzeswerkes mit diesem Buche begleite.

Es war im Drucke schon zu weit vorgeschritten, als dass ich einige Veröffentlichungen über den Kodex, die mir in den letzten Wochen zugegangen sind, noch hätte benützen können. Weder die Schrift von Emil Göller[1]*, die in dankenswerter Weise das Eherecht*

[1] *Das Eherecht im neuen kirchlichen Gesetzbuch, Freiburg i. Br. 1918.*

behandelt, noch die hübsche Einführung von Hermann Henrici[1]) *noch die Studie von August Knecht*[2]) *noch die treffliche Arbeit von Anton Scharnagl*[3]), *die in sorgfältiger Durcharbeitung einen gehaltvollen Ueberblick über den Inhalt des Gesetzbuches unter besonderer Berücksichtigung des Neuen in ihm bietet, noch andere sind im Folgenden berücksichtigt. Etwas Wesentliches zu ändern oder nachzutragen, würden sie mir übrigens nicht Anlass geben. Vor allem aber sind die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, und die Wege, die wir gehen, ganz verschieden. Auch ist es mir, ich wiederhole es, keineswegs um Vollständigkeit zu tun, sondern überall nur um den springenden Punkt, um das für das Wesen und die Geistesrichtung des Gesetzeswerkes Entscheidende.*

Eher könnte es später als Mangel empfunden werden, dass das Buch ohne Kenntnis der Noten des Kardinals Gasparri geschrieben ist. Ich wartete sie nicht ab, weil sie sicherer Voraussicht nach, wie seinerzeit der Apparat zum Entwurf, auf Quellennachweise sich beschränken werden. Das wird jetzt bestätigt durch Göller[4]) *und brieflich durch Herrn Kollegen Henrici in Basel, die sie zwar auch noch nicht benützt, aber, darin glücklicher als ich, bereits gesehen haben. Für die nachstehende Untersuchung kommt es jedoch auf die Quellenbelege in keiner Weise an, so sehr sie als ein etwelcher Ersatz des ursprünglich wohl geplanten Corpus documentorum zum Kodex zu begrüssen sind, und so viel sie zum Verständnis des Werdens und des Sinnes der einzelnen Bestimmung beitragen dürften. Und die Einleitung des Kardinals, die in Anbetracht seiner geistigen Urheberschaft an dem Werke selbstverständlich besondere Beachtung verdient, konnte ich glücklicherweise für mein Unternehmen noch voll ausschöpfen.*

---

[1]) *Das Gesetzbuch der katholischen Kirche, Basel 1918.*

[2]) *Das neue kirchliche Gesetzbuch, Schriften der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Strassburg, 35. Heft, Strassburg 1918.*

[3]) *Das neue kirchliche Gesetzbuch, München 1918.*

[4]) *A. a. O. S. 80.*

Ueberall, wo auf den Wortlaut abgestellt wird, habe ich den Gesetzestext wiedergegeben, dank der von meiner Tochter Irmgard in der Korrektur vorgenommenen Vergleichung mit ihm hoffentlich durchweg genau, trotz der ausserordentlichen Schwierigkeiten, die das jetzt macht. Dadurch sind freilich die Anmerkungen stark angeschwollen und ist das Buch umfangreicher geworden, als es an und für sich nötig gewesen wäre. Jedoch die wenigsten meiner Leser werden den Gesetzestext bereits zur Hand haben, und manchem wird es vielleicht auch später noch bequemer sein, die einschlägigen Stellen ohne weiteres Nachschlagen vor sich zu sehen. Vor allem aber kommt es zunächst darauf an, den Wortlaut sich einzuprägen und scharf nach ihm zu interpretieren. Gerade weil das Gesetzbuch im Vergleich mit dem bisherigen katholischen Kirchenrecht kein völlig verändertes Gesicht, sondern in der Hauptsache dieselben Züge zeigt, hält es besonders schwer, es sich sicher anzueignen, hat man allen Anlass, immer wieder den Blick auf den Gesetzestext zu lenken und ihn in den verschiedensten Zusammenhängen stets von neuem sich vorzuführen.

Geschrieben ist das Buch in ganz derselben Denkweise, die bisher in meinen kirchenrechtswissenschaftlichen Arbeiten gewaltet hat, niemandem zu Lieb oder zu Leid, in voller Unabhängigkeit nach allen Seiten hin, einzig und allein im Dienste der Wahrheit und ihrer wissenschaftlichen Erforschung. Dem, der mich von meiner bald zweieinhalb Jahrzehnte langen schriftstellerischen und Lehrtätigkeit auf diesem Gebiete her kennt, brauche ich das eigentlich nicht erst zu versichern. Meine Ueberzeugung steht zu fest und ist namentlich geschichtlich und juristisch zu tief verankert, als dass sie durch Umstände verändert werden könnte, die nicht in der Sache selbst liegen. Gewisse Erfahrungen, die ich in der letzten Zeit gemacht habe, lassen mir aber einen Hinweis in dem oben erwähnten Sinne angebracht erscheinen. Es ist eben ein ander Ding, einen mehr oder weniger entlegenen und leidenschaftslos gewordenen, historischen Stoff zu behandeln oder einen Gegenwartsgegenstand erster Ordnung wie den vorliegenden. Namentlich auch deshalb, weil die Leserschaft einem solchen nur zu leicht anders gegenübertritt als jenem.

Nicht nur, dass dabei hüben wie drüben jeder allein das herauszuholen und auf sich wirken zu lassen liebt, was ihm passt, und das in den Wind schlägt oder gar kurzweg ablehnt, was mit seinem Standpunkt sich nicht ohne weiteres reimt. Vielmehr pflegt man, je dunkler die eigene Brille ist, um so mehr die Klarheit des Blicks beim Verfasser anzuzweifeln. Doch ich schreibe nicht für den Augenblick und tröste mich in der Hoffnung, dass, wenn nicht gleich, so doch später, nicht bloss die Zuverlässigkeit meiner Forschung Anerkennung finden wird, sondern auch mein Bemühen, streng sachlich zu urteilen, und den Stoff gerade dadurch von vornherein möglichst dem Streite der sich gegenüberstehenden Meinungen zu entziehen. Im Uebrigen bin ich mir ebensowohl der Schranken, die in einem solchen Falle dem Urteile des Zeitgenossen gesetzt sind, bewusst wie der Mängel, die meinem Buche anhaften, bitte aber jedenfalls, zu beachten, dass es mir gleich fern lag, eine Festschrift aus Anlass der Kodifikation zu schreiben wie eine Kritik derselben zu liefern.

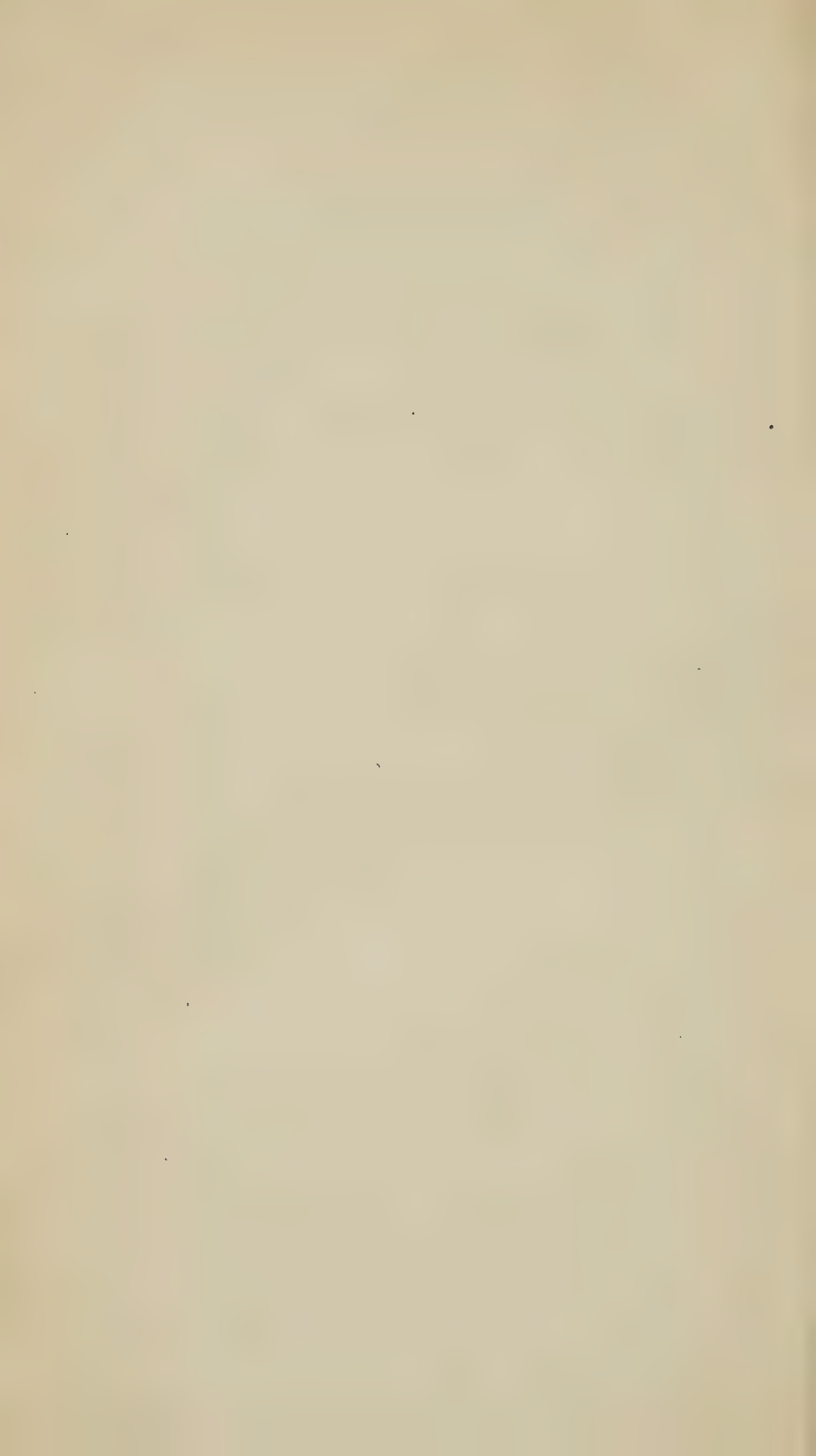
Gewidmet sei das Buch dem Andenken meines einstigen Lehrers im Kirchenrecht Paul Hinschius. Wir haben über religiös-kirchliche und zum Teil auch über kirchenpolitische Fragen seinerzeit ganz verschieden gedacht und gegenseitig daraus kein Hehl gemacht. Aber als Meister in der Beherrschung und Durchdringung besonders des katholischen Kirchenrechts habe ich Hinschius immer rückhaltlos bewundert. Und er hat mit freundlichem Wohlwollen meine ersten wissenschaftlichen Schritte auf diesem Gebiete sowie in der akademischen Laufbahn begleitet. Den Dank dafür habe ich ihm leider bei seinen Lebzeiten nicht mehr, wie ich wollte, durch Darbringung einer wissenschaftlichen Veröffentlichung abzustatten vermocht, die seiner einigermassen würdig gewesen wäre. Jetzt, an dieser Wende der katholischen Kirchenrechtsentwicklung und in dem Zeitpunkte, da sein monumentales Werk nicht wissenschaftlich, wohl aber hinsichtlich der Quellengrundlage des geltenden Rechtes durch den Gang der Dinge überholt wird, ist es mir, zumal ich in diesen Studien immer wieder in seinen Spuren zu wandeln hatte, ein Bedürfnis, von der Stätte aus,

an der er so lange und so erfolgreich gewirkt hat, durch Widmung dieser Schrift mich wissenschaftlich zu ihm zu bekennen, der der Ruhm deutscher Kirchenrechtswissenschaft war und immerdar bleiben wird.

Berlin. Pfingstsonntag, den 19. Mai 1918.

Ulrich Stutz.

Inhaltsverzeichnis.



I.

Der Kodex, seine Entstehung, sein Inhalt und seine Bedeutung im allgemeinen.

Man vergleiche hierzu meine Studie über „Die Neukodifikation des kanonischen Rechtes", Deutsche Literaturzeitung, herausgegeben von Paul Hinneberg, 1917 Nr. 40 vom 6. Oktober Sp. 1243 ff. und die erste Hälfte meines Artikels „Codex iuris canonici", Internationale Monatsschrift, herausgegeben von Max Cornicelius XII 1917, 1. Heft vom 1. Oktober (aber mit einiger Verspätung erschienen) Sp. 15 ff. Die beiden Aufsätze sind für den nachstehenden Neudruck umgearbeitet, zusammengezogen und mit dem nötigen gelehrten Beiwerk versehen worden.

Seit nicht ganz Jahresfrist hat die weltumfassende katholische Kirche ihr Gesetzbuch, das ihr ganzes inneres Recht und inneres Leben, soweit es in Verfassung, Verwaltung und Rechtsprechung zum Ausdruck kommt, nach allen Richtungen hin erschöpfend gemeinrechtlich regelt. Pfingsten 1917 ist es vollzogen worden, am Pfingstfeiertag 1918 ist es in Kraft getreten [1]).

Schon auf dem Vatikanischen Konzil, oder vielmehr bereits vor ihm, bei den Vorbereitungen dazu, haben die Bischöfe der verschiedensten europäischen und überseeischen Gebiete mit

---

[1]) Einige seiner Bestimmungen gelten teils auf Wunsch des Episkopats, teils Motu proprio des Papst-Gesetzgebers bereits seit dem 19. August 1917. Vgl. die unterm 20. August bekanntgegebene Weisung Benedikts XV. an den Kardinalstaatssekretär Gasparri (Acta Apostolicae Sedis IX 1917 nr. 9 vom 1. September dieses Jahres p. 475). Sie betreffen 1. gemäss Bitte der Bischöfe und sonstigen Ordinarien: a) die Verlängerung der österlichen Zeit nach rückwärts, aber nicht über den vierten Sonntag der Quadragesima heraus, und nach vorwärts, aber nicht hinaus über das Fest der hl. Dreifaltigkeit (can. 859 § 2); b) die Befugnis, in der geschlossenen Zeit (erster Adventssonntag bis Weihnachten — bisher bis Epiphanie — einschliesslich und vom Aschermittwoch bis Ostern — bisher bis Weissen Sonntag — einschliesslich), vorbehaltlich der liturgischen Vorschriften, aus gerechtfertigtem Grunde und unter Ermahnung der Brautleute, von allzugrossem Gepränge abzusehen, die benedictio nuptialis zu gewähren (can. 1108 § 3); c) die neue Ordnung der gebotenen Feste (can. 1247 § 1); d) die neue Fasten- und Abstinenzordnung (can. 1250—1254); 2. Motu proprio des Papstes Vorrechte der Kardinäle, Stellung zu ihren (suburbikarischen) Bistümern, Titelkirchen und Diakonien, insbesondere hinsichtlich des Rechts zu pontifizieren, Befreiung von dem Verbot, die Klausur von Frauenklöstern zu betreten, Privilegierung ihrer Oratorien als halböffentliche, Befreiung vom Bücherverbot (can. 239 § 1, 240, 600 n° 3°, 1189, 1401).

Nachdruck auf die Wünschbarkeit, ja Notwendigkeit der Sammlung und Sichtung des fast unermesslichen und unübersehbaren kirchlichen Rechtsstoffes hingewiesen [1]). Jedoch ehe es zur Beschlussfassung, zum Teil sogar, ehe es auch nur zur Verhandlung über die damaligen Anträge kam, wurde das Konzil infolge der Ereignisse des 20. Septembers am 20. Oktober 1870 vertagt.

Auch das durch die Unfehlbarkeitserklärung in seiner Machtstellung gesteigerte und gesicherte Papsttum Pius IX. hatte zunächst andere Sorgen. Und Leo XIII. war vor allem darauf bedacht, die ehemalige Gegnerschaft der päpstlichen Unfehlbarkeit, soweit sie in der Kirche verblieben war, entweder zu überzeugen oder doch durch ruhige Ueberlegenheit zum Schweigen zu bringen, auch die nichtkatholische Welt nach Möglichkeit an die neue Lage zu gewöhnen und durch diplomatische Erfolge das Ansehen der Kirche und des päpstlichen Stuhles zu heben. Immerhin versuchte, wie wir jetzt wissen, schon er im Verein mit seinem Staatssekretär Kardinal Rampolla, die Kodifikation in Angriff zu nehmen. Jedoch im Kardinalskollegium und bei anderen einflussreichen Kreisen der Kurie stiess er auf Widerstand [2]). Das Unternehmen blieb liegen [3]). Als Hugo Laemmer in seiner dankenswerten Schrift

[1]) Vgl. darüber unten S. 127 ff.

[2]) Vgl. Ulrich Stutz, Kirchenrecht, 2. Aufl., in der Enzyklopädie der Rechtswissenschaft in systematischer Bearbeitung von Franz von Holtzendorff, 7. Aufl., herausgegeben von Joseph Kohler, V, München und Berlin 1914 § 43 S. 365 Anm. 1 und Egon Schneider, Die Römische Rota, Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Veröffentlichungen der Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft 22. Heft, Paderborn 1914 S. 92 mit Anm. 1, wo auf Mitteilungen des früheren Dekans der Rota de Montel Bezug genommen wird.

[3]) Ueber den kirchenrechtlichen Ertrag von Leos XIII. Pontifikat vgl. Segesser, Leo XIII. und das Kirchenrecht, Archiv für katholisches Kirchenrecht LXXXIII 1903 S. 381 ff.; Nikolaus Hilling, Die Gesetzgebung Leos XIII. auf dem Gebiete des Kirchenrechts, ebenda XCIII 1913 S. 8 ff., 254 ff., 460 ff., 623 ff., XCIV 1914 S. 75 ff., 252 ff.

„Zur Codification des canonischen Rechts“ [1]) die Kodifikationsbestrebungen vom Abschlusse des Corpus iuris canonici oder vielmehr von dessen amtlicher Ausgabe im Jahre 1582 an bis zur Gegenwart behandelte, geschah das mit einer gewissen Resignation und schien die Geschichte, wie so oft, die Grabrede des Lebens zu sein. Daran änderten auch einige Kodifikationsversuche, die seither von privater Seite unternommen wurden, nichts [2]). Niemand wagte mehr ernstlich auf das Zustandekommen eines kirchlichen Gesetzbuches zu hoffen.

Immerhin drängte sich mir, als ich 1903/04 die erste Auflage meines Kirchenrechtsgrundrisses veröffentlichte [3]) und dabei den Versuch machte, die kirchliche Rechtsgeschichte als Ganzes zu erfassen und zu periodisieren, unwillkürlich die Ueberzeugung auf, die neueste Aera der Wiederbelebung des — nunmehr auf die katholische Kirche als eine von mehreren beschränkten — kanonischen Rechtes treibe unaufhaltsam auf eine gesetzgeberische Tat hin, eine Ueberzeugung, der ich auch in meinem Werke deutlich Ausdruck verlieh [4]). Damals wusste man von dem oben [5]) berührten früheren Anlaufe Leos XIII. zu einer Kodifikation noch nichts. Damals konnte ich noch weniger als die kirchlichen Amtsträger bis hinauf zu

---

[1]) Freiburg i. Br. 1899.

[2]) Ueber die Arbeiten von Gaspare de Luise, Emmanuele Colomiatti, Albert Pillet, Enrico Maria Pezzani, F. Deshayes siehe Laemmer a. a. O. S. 160 ff. Dazu kam seither noch ein Versuch von Fortunato Russo. Vgl. Stutz, Kirchenrecht [2] § 61 S. 409 und Johannes Baptist Sägmüller, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, 3. Aufl., 2 Bände, Freiburg i. Br. 1914 I § 45 S. 186 Anm. 4 sowie Nikolaus Hilling im Archiv für katholisches Kirchenrecht XCV 1915 S. 88 Anm. 1.

[3]) Vgl. mein Kirchenrecht, 1. Aufl., in v. Holtzendorff-Kohlers Enzyklopädie der Rechtswissenschaft, 6. Aufl., II, München und Berlin 1904 (die betreffenden Lieferungen wurden im Dezember 1903 und Ende Januar 1904 ausgegeben; niedergeschrieben sind die einschlägigen Paragraphen bereits im Sommer 1902) S. 875.

[4]) Näheres darüber siehe unten S. 155 f., 160 f.

[5]) S. 4.

den höchsten Spitzen der Hierarchie ahnen, dass der neue Papst Pius X. die Sache in die Hand genommen und alsbald das Reform- und Kodifikationswerk mit der ihm eigenen Tatkraft in Bewegung gesetzt hatte.

Am 19. März 1904 [1]) wurde die Welt durch sein Motuproprio: Arduum sane munus [2]) überrascht, worin er die Neukodifikation des gesamten kirchlichen Rechtes auf sein Programm setzte in Betätigung seiner Losung: Omnia instaurare in Christo. Ihn bewog zu diesem Unternehmen, nachdem er anfangs März 1904 die in Rom residierenden Kardinäle in wiederholten Zusammenkünften befragt und sich ihrer Zustimmung versichert hatte, ausser seinen vorpontifikalen Erfahrungen [3]) namentlich der Umstand, dass das Werk der

---

[1]) Wie Hilling im Archiv für katholisches Kirchenrecht XCV 1915 S. 88 bemerkt, war es der Tag, an dem der Papst zum ersten Male auf dem päpstlichen Throne sein Namensfest feierte.

[2]) Siehe dasselbe in Acta Pii X Pontificis Maximi I, Romae 1905. p. 219 ss.; Archiv für katholisches Kirchenrecht LXXXIV 1904 S. 577; Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht XVIII 1904 S. 5. Der Papst sagt darin: Arduum sane munus universae Ecclesiae regendae ubi primum. arcano divinae Providentiae consilio, suscepimus, praecipua Nobis mens fuit et quasi lex constituta, quantum sinerent vires, instaurare omnia in Christo . . . Probe autem intelligentes ad instaurationem in Christo ecclesiasticam disciplinam conferre maxime, qua recte ordinata et florente, uberrimi fructus deesse non possunt, ad ipsam singulari quadam sollicitudine studia Nostra animumque convertimus.

Vgl. zum Folgenden namentlich Nikolaus Hilling, Die Reformen des Papstes Pius X. auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung, Archiv für katholisches Kirchenrecht, XCV 1915 S. 78 ff., 283 ff., 457 ff., 639 ff., XCVI 1916 S. 60 ff., 244 ff., 408 ff., 550 ff., XCVII 1917 S. 67 ff., 245 ff., 397 ff., besonders XCV 1915 S. 87—95.

[3]) Kardinal Gasparri in seiner unten S. 35 (36) Anm. 3 verzeichneten Einleitung zum Kodex: Pius fel. rec. Papa X, qui, ante quam Pontificatum iniret, probe perspexerat quam praeclara Ecclesiae emolumenta eiusmodi emendatio polliceretur, arbitratus tempus iam esse tanti operis initia facere, convocatis haud semel, ineunte mense martio an. 1904, S.R.E. Cardinalibus qui in Urbe degebant, ut eos de proposita re sententiam rogaret, cum Eminentissimi ii viri consilium probassent,

grossen Gesetzgeber der mittelalterlichen Kirche durch den Schutt der Jahrhunderte überdeckt und in Verwirrung geraten war, und dass man sich darin nur noch schwer zurechtfand, um das Geltende von dem Veralteten auseinanderzuhalten und zur Anwendung bringen zu können[1]. Um Abhilfe zu schaffen, hätten schon seine beiden unmittelbaren Vorgänger, Pius IX. und Leo XIII., für einzelne Rechtsgebiete das ihrige getan. Aber hervorragende Vor-

---

datis die 19 eiusdem mensis ad orbem catholicum litteris *Arduum sane munus*, nuntiavit, quod iam dudum in communibus fuisset optatis, id velle se . . . (p. XVII).

[1]) Equidem Apostolica Sedes, so heisst es in Pius X. Motuproprio weiter, sive in Oecumenicis Conciliis, sive extra Concilia, nunquam intermisit ecclesiasticam disciplinam optimis legibus instruere pro variis temporum conditionibus hominumque necessitatibus. At leges, vel sapientissimae, si dispersae maneant, facile ignorantur ab iis qui eisdem obstringuntur, nec proinde, uti par est, in usum deduci possunt. Hoc ut incommodum vitaretur, atque ita ecclesiasticae disciplinae melius consultum esset, variae sacrorum canonum Collectiones confectae sunt. Antiquiores praetereuntes, commemorandum heic ducimus Gratianum, qui celebri *Decreto* voluit sacros canones non modo in unum colligere, sed inter se conciliare atque componere. Post ipsum Innocentius III, Honorius III, Gregorius IX, Bonifacius VIII, Clemens V cum Joanne XXII, Decessores Nostri, Justinianeum opus imitati pro Iure romano, Collectiones authenticas Decretalium confecerunt ac promulgarunt, quibus postremis tribus cum Gratiani Decreto vel hodie *corpus* quod dicitur *iuris canonici* praesertim coalescit. Quod quum Tridentina Synodus et novarum legum promulgatio impar reddiderint, Pontifices Romani Gregorius XIII, Xystus V, Clemens VIII, Benedictus XIV, animum adiecerunt sive adornandis novis corporis iuris canonici editionibus, sive aliis sacrorum canonum Collectionibus parandis; quibus novissime Collectiones authenticae decretorum accesserunt sacrarum quarundam Congregationum romanarum. Verum per haec si quid allatum est quo, pro temporum adiunctis, difficultates minuerentur, rei tamen haud satis prospicitur. Ipsa namque Collectionum congeries non levem difficultatem parit: saeculorum decursu leges prodiere quamplurimae, in multa congestae volumina; non paucae, suis olim aptae temporibus, aut abrogatae sunt aut obsoleverunt; denique nonnullae, ob immutata temporum adiuncta, aut difficiles ad exequendum evaserunt, aut communi animorum bono minus utiles.

steher der Kirche, darunter nicht wenige Kardinäle, verlangten dringend nach einer Sichtung und neuen Sammlung, und ebendahin seien schon die Wünsche mehrerer Bischöfe auf dem Vatikanischen Konzil gegangen[1]). Um nun endlich damit Ernst zu machen, setzte der Papst eine päpstliche, aus einer Anzahl von Kardinälen gebildete Kommission ein, deren Vorsitz er sich selbst vorbehielt. Sie sollte von kanonistischen und theologischen Fachmännern als Konsultoren unterstützt werden. Und ebenso sollte die Hilfe des Gesamtepiskopats in Anspruch genommen werden. Unter dem Vorsitze des Kommissionssekretärs sollten die Konsultoren nach Feststellung des Arbeitsplanes den Stoff vorbereiten und in Sitzungen darüber beraten. Ueber ihre Arbeiten und Beratungsergebnisse hatten sich dann die Kardinäle schlüssig zu machen, worauf das Ergebnis dem Papste zur Gutheissung vorgelegt werden sollte[2]). In Ausführung letzterer Bestim-

---

[1]) His incommodis pro nonnullis iuris partibus, quae urgentioris erant necessitatis, occurrere curarunt ex Decessoribus Nostris praecipue Pius IX et Leo XIII sa. me., quorum alter per Constitutionem *Apostolicae Sedis* censuras coarctavit latae sententiae, alter leges de publicatione ac censura librorum temperavit per Constitutionem *Officiorum et munerum;* et normas constituit Congregationibus religiosis cum votis simplicibus per Constitutionem *Conditae a Christo.* At illustres Ecclesiae Praesules, iique non pauci etiam e S.R.E. Cardinalibus, magnopere flagitarunt ut universae Ecclesiae leges, ad haec usque tempora editae, lucido ordine digestae, in unum colligerentur, amotis inde quae abrogatae essent aut obsoletae, aliis, ubi opus fuerit, ad nostrorum temporum conditionem propius aptatis; quod idem plures in Vaticano Concilio Antistites postularunt.

[2]) Haec Nos iusta sane vota probantes ac libenter excipientes, consilium cepimus eadem in rem tandem deducendi. Cuius quidem coepti quia Nos minime fugit quanta sit amplitudo et moles, idcirco motu proprio, certa scientia et matura deliberatione decernimus et perficienda mandamus quae sequuntur. I. Consilium, sive, ut aiunt, *Commissionem* Pontificiam constituimus, quam penes erit totius negotii moderatio et cura, eaque constabit ex nonnullis S.R.E. Cardinalibus, a Pontifice nominatim designandis. II. Huic Consilio ipse Pontifex praeerit, et Pontifice absente, Cardinalis decanus inter adstantes. III. Erunt prae-

mungen berief der Papst alsbald sechzehn Kardinäle in die Kommission, darunter Domenico Ferrata, den nachmaligen ersten Staatssekretär seines Nachfolgers, Casimiro Gennari, Beniamino Cavicchioni, Giuseppe Calasanzio Vives y Tuto und Felice Cavagnis, diese alle durch schriftstellerische Tätigkeit auf dem Gebiete des kanonischen Rechtes erprobt [1]. Die fünf hier mit Namen genannten Kardinäle wurden übrigens bald darauf, weil die Hauptkommission sich als zu vielköpfig erwies, um rasch und erfolgreich arbeiten zu können, zu einer engeren (Sonder-)Kommission vereinigt, der im Unterschied von der offiziellen, aber mehr repräsentativen Kommission gewissermassen als deren geschäftsführendem Ausschuss die Hauptarbeit und die Entscheidung zufiel [2]. Ausserdem ernannte am 25. März 1904 die Kardinalskommission mit Zustimmung Pius X. siebenzehn und bald darauf

---

terea iusto numero Consultores, quos Patres Cardinales e viris canonici iuris ac theologiae peritissimis eligent, Pontifice probante. IV. Volumus autem universum episcopatum, iuxta normas opportune tradendas, in gravissimum hoc opus conspirare atque concurrere. V. Ubi fuerit constituta ratio in huiusmodi studio sectanda, Consultores materiam parabunt suamque de ipsa sententiam in conventibus edent, praeside illo, cui Pontifex mandaverit Consilii Cardinalium esse ab actis. In eorum deinde studia et sententias PP. Cardinales matura deliberatione inquirent. Omnia denique ad Pontificem deferantur, legitima approbatione munienda.

[1]) Acta Sanctae Sedis XXXVI 1903/4 p. 551 und Hilling a. a. O. XCV 1915 S. 91, wo S. 93 Anm. 2—4 auch die Veröffentlichungen von dreien der im Text genannten Kardinäle aufgezählt sind, soweit sie das Kirchenrecht betreffen. Ebenda die Namen der übrigen.

[2]) In den amtlichen Kundgebungen über das Kodifikationswerk und seine Vorbereitung ist das bloss leise angedeutet und im Annuario pontificio würde man vergeblich nach dieser Sonderkommission suchen. Genauere Mitteilungen darüber macht allein die praefatio Cardinalis Gasparri p. XIX. Haud ita multo post (nach der Besetzung der offiziellen Kommission), quo res celerius et expeditius procederet, deliberavit Pontifex aliud peculiare Consilium instituere, inque illud Patres Cardinales cooptavit Dominicum Ferrata, Felicem Cavagnis, Beniaminum Cavicchioni, Casimirum Gennari et Josephum Calasanctium Vives y Tuto.

fünfundzwanzig weitere in Rom ansässige Konsultoren[1]). Im Laufe der Zeit hat die Kommission und das Gremium der Konsultoren durch Tod und Hinzutritt neuer Mitglieder in seiner Zusammensetzung einen nicht unerheblichen Wechsel erfahren[2]). Um so bedeutsamer ist es, dass der Leiter ihrer

---

[1]) Acta Sanctae Sedis XXXVI 1903/4 p. 603 sowie bei Hilling a. a. O. XCV 1915 S. 91 Anm. 4 und S. 92 Anm. 1 die Namen und am letzteren Orte S. 93 Anm. 6 ff., S. 94 Anm. 1—9 die wichtigsten kirchenrechtlichen Veröffentlichungen der Konsultoren. Unter ihnen befanden sich die oben S. 5 Anm. 2 genannten Pillet und Pezzani, von Deutschen P. Franz Xaver Wernz, Mitglied und später General der Gesellschaft Jesu und P. Raphael Molitor, jetzt Abt des Benediktinerklosters St. Joseph bei Coesfeld i. W., z. Z. an der Spitze der deutschen und österreichischen Klöster der Beuroner Kongregation, Verfasser der 1909 in Regensburg erschienenen Religiosi iuris capita selecta. Auch der Eichstätter Kanonist Joseph Hollweck, der u. a. in Mainz 1899 ein Buch über die kirchlichen Strafgesetze veröffentlicht hatte, ist geraume Zeit in Rom für die Kodifikation, insbesondere des Strafrechts, tätig gewesen.

[2]) Die letzte Besetzung unmittelbar vor dem Abschluss des Werkes ergibt sich aus dem Annuario pontificio per l'anno 1916, Roma 1916 p. 569 s. Sie bestand schliesslich aus den Kardinälen Vincenzo Vannutelli, Bischof von Palestrina, Francesco Cassetta, Bischof von Frascati, Gaetano De Lai, Bischof von Sabina, Girolamo Maria Gotti, Sebastiano Martinelli, Raffaele Merry del Val, Pietro Gasparri als Ponente, Basilio Pompilj, Gaetano Bisleti, Wilhelm van Rossum, Filippo Giustini, Michele Lega, von denen die Kardinäle Martinelli, De Lai, Pompilj, Bisleti, Vannutelli. Lega und Giustini zugleich der Sonderkommission angehörten, und aus den Monsignori Eugenio Pacelli als Segretario sowie Francesco Marmaggi als Assistente. Ausserdem aus den Konsultoren: Francesco Do Rego Maia, Titularerzbischof von Nicopoli, Augusto Silj, Titularerzbischof von Cesarea del Ponto, Domenico Taccone-Gallucci, Titularerzbischof von Costanza, Ermete Binzecher, Oreste Giorgio, Giuseppe Latini, Evaristo Lucidi, dem Sulpizianer Serafino Mani, Angelo Mariani, Nicola Marini, Massimo Massimi, Benedetto Melata, Francesco Parrillo, Enrico Maria Pezzani, Albert Pillet, Geremia Rossi, Guglielmo Sebastianelli, Luigi Sincero, Giacomo Soli, Francesco Spolverini, Alessandro Verde, und von dem Ordensklerus aus dem Benediktiner P. Pierre Bastien, dem Jesuiten P. Beccari, dem Redemptoristen Claudio Benedetti, dem Jesuiten Gennaro Bucceroni, dem Generalprokurator von Santo Spirito P. Alfons Eschbach, dem Dominikaner P. Thomas Esser, den

Arbeit und mehr und mehr die Seele des ganzen Kodifikationswerkes derselbe blieb, Pietro Gasparri, geboren am 5. Mai 1852 in Ussita in dem exemten Bistum Nursia (Norcia), ehedem lange Jahre hindurch Professor des kanonischen Rechtes am Institut catholique in Paris und Verfasser dreier daselbst erschienener umfangreicher Werke über die Weihe, die Eucharistie und die Ehe sowie ihr Recht [1]), damals [2]) Titularerzbischof von Caesarea (Kaisarieh) in Palästina und Sekretär der Kongregation für die ausserordentlichen Angelegenheiten der Kirche; von Pius X. wurde er zunächst zum Sekretär der Kardinalskommission und Vorsitzenden des Konsultorenrates ernannt [3]) und hatte, seit dem 16. Dezember 1907 unter dem Titel von S. Bernardo alle Terme, seit dem 22. Januar 1915 aber unter dem von S. Lorenzo in Lucina Kardinal, von da an als ordentliches Mitglied und Ponente, Berichterstatter [4]), die Führung der Kommission [5]), ein anderer, nur weit tätigerer und wirksamerer Raymund von Peñaforte.

Augustinereremiten Eustatio Esteban und Fernandez y Villa Vincenzo, dem unbeschuhten Karmeliter P. Joachim von St. Simon Stock, dem Benediktinerabt P. Lorenz Janssens, dem Dominikaner P. Maurus Maria Kaiser, dem Minoriten P. Bernhardin Klumper, dem Jesuiten P. Joseph Laurentius, dem Generalprior der Serviten Alessio Maria Lépicier, dem Benediktinerabt Raphael Molitor, dem Dominikaner Joseph Noval, dem Jesuiten P. Benedetto Ojetti, dem Benediktiner Giustiniano Serédi, dem Minoriten P. Michael Sleutjes, dem Jesuiten P. Pierre Vidal und endlich aus den Laien Commendatore Filippo Pacelli, Dekan des Kollegs der Konsistorialadvokaten, und den Advokaten Agostino Rolli und Graf Carlo Santucci. Dazu auswärtige Mitarbeiter (Collaboratori).

[1]) Tractatus canonicus de sacra Ordinatione, 2 vol. 1893, Tractatus canonicus de Sanctissima Eucharistia, 2 vol. 1897, Tractatus canonicus de matrimonio, 2 vol., editio tertia 1904.

[2]) Seit dem 2. Januar 1898.

[3]) Acta Apostolicae Sedis XXXVI 1903/4 p. 551; Hilling a. a. O. XCV 1915 S. 93 mit Anm. 5.

[4]) Vgl. unten S. 32 Anm. 2, S. 33.

[5]) Im Amte des Sekretärs und Vorsitzenden des Konsultorenbeirats folgten ihm zunächst Raffaele Scapinelli di Lèguigno, später eine

Ein Rundschreiben des damaligen Kardinalstaatssekretärs Rampolla: Pergratum mihi vom 25. März 1904 an den gesamten Episkopat[1]) forderte zunächst die Erzbischöfe auf, nach Anhörung ihrer Suffragane und derjenigen exemten Bischöfe und sonstigen Ordinarien, die sich etwa zu ihrer Kirchenprovinz hielten, binnen vier Monaten zu berichten, ob und was nach ihrer Meinung an dem geltenden Kirchenrecht änderungs- und besserungsbedürftig sei[2]). Auch wurde dem Episkopat der einzelnen Länder anheimgestellt, auf seine Kosten einen oder mehrere Kanonisten oder Theologen nach Rom zur Aufnahme unter die Konsultoren abzuordnen oder einen der von den Kardinälen ernannten Konsultoren mit der Vertretung seiner Wünsche zu betrauen oder endlich einen auswärtigen Vertrauensmann zu bestellen, der schriftlich die Konsultoren unterstütze. Das Ergebnis aber ihrer Vorberatungen sollten die Bischöfe eines jeden Gebiets durch denjenigen unter ihnen bezw. ihren Erzbischöfen, der an Rang oder Alter voranstehe, nach Rom gelangen lassen.

Alsbald teilte man weiter das Konsultorenkollegium in

Zeit lang Nunzius in Wien, seit dem 6. Dezember 1915 Kardinal, und Eugenio Pacelli, zurzeit Nunzius in München, nach; siehe auch Hilling a. a. O. XCV 1915 S. 92. Die Kanzleigeschäfte der Kommission wurden von der S. Congregatio extraordinariis Ecclesiae negotiis praeposita aus besorgt. Mit den Druckarbeiten war die Vatikanische Druckerei beauftragt, der auch die Vervielfältigung der Entwürfe sowie der Verlag des künftigen Gesetzbuchs übertragen wurde: praefatio Cardinalis Gasparri p. XIX: totum simul opus, quod *cancellariae* vocant, eidem Sacrae Congregationi; curam vero quaecunque occurrerent edendi officinae typographicae Vaticanae demandavit.

[1]) Acta Sanctae Sedis XXXVI 1903/4 p. 603 s., Archiv für katholisches Kirchenrecht LXXXIV 1904 S. 579 f.; Emil Friedberg, Ein neues Gesetzbuch für die katholische Kirche, Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht XVIII 1908 S. 1 ff., besonders S. 6 f. Dazu praefatio Cardinalis Gasparri p. XVIII.

[2]) ... paucis referant, an et quaenam in vigenti iure canonico, sua eorumque sententia, immutatione vel emendatione aliqua prae ceteris indigeant.

zwei Unterkommissionen, die nebeneinander arbeiteten, doch so, dass, sobald ein Stück fertiggestellt war, dessen Vorlage an alle einzelnen Konsultoren erfolgte, damit sie sich schriftlich dazu äusserten [1]).

Durch einen vom Papste am 11. April genehmigten Sondererlass wurden für die Arbeiten der Kommission nicht bloss gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Bücherbeschaffung und der Befreiung vom Bücherverbot sowie behufs Entbindung der Konsultoren vom Chordienst verfügt [2]), sondern auch den Konsultoren und Kollaboratoren Weisungen über die Art gegeben, in der sie bei ihrer Arbeit verfahren sollten. Nur das kirchliche Recht sollte kodifiziert, das Material dazu aus dem Corpus iuris canonici, dem Trienter Konzil, den Erlassen der Päpste sowie den Dekreten der römischen Kongregationen

---

[1]) Praefatio Cardinalis Gasparri p. XIX: Quo autem expeditius negotium conficeretur, peculiares duo e gremio ipsius Collegii eliciti constitutique sunt Coetus seu *Commissiones* quas vocant, quae tam diligentem studiosamque in canones expendendos apteque redigendos contulerunt operam, ut exspectationem omnem expleverunt. Id tamen nullo pacto obstitit, quominus, quotiescumque pars aliqua Codicis potissima ad finem perducebatur, eius exempla ad omnes aeque Consultores mitterentur, ut si quis eorum aliquid animadversione dignum reperisset, id scripto significaret. Ceterum, praeter Consultores, confectionem operis complures tum itali tum externi canonistae ac theologi, titulo *Collaboratores*, etsi extra Urbem degebant, egregie adiuvarunt.

[2]) Praefatio Cardinalis Gasparri p. XX: Peculiaribus Coetibus seu *Commissionibus* ita constitutis, lex quaedam propria condita est et a Summo Pontifice die 11 mensis aprilis eiusdem anni adprobata, qua praefinitae sunt normae, ad quas gravissimum explicaretur opus iidemque Coetus operam suam dirigerent (also eine Geschäfts- und Arbeitsordnung). Ea quoque lege cavebatur, ut Instituta ecclesiastica vel religiosorum virorum e suis bibliothecis et tabulariis, si qui peterentur libri, eos sine mora suppeditarent, quibusvis interdictis aut censuris, Pontificis auctoritate, una huius negotii causa sublatis; itemque ut Consultores, servitio chori addicti, ne spatium sibi ad officium implendum deesset neve e muneris sui perfunctione quicquam detrimenti caperent, quibus horis conventus agerentur, choro abessent, et tamen distributiones ipsas, quas *inter praesentes* vocant, lucrarentur.

und Gerichtshöfe genommen, bei der Fassung der Kanones bloss der verfügende Teil der Vorlage zugrunde gelegt, der Wortlaut unter Angabe der Fundstelle kurz und bündig aus der Unterlage genommen, bei Streitfragen eine bestimmte Entscheidung herbeigeführt, jede Aenderung oder Neuerung erkennbar gemacht und als Gesetzessprache ein möglichst eindruckvolles, majestätisches Latein nach dem Muster der Römer verwendet werden[1]).

Inzwischen hatte sich am 6. April 1904 der Kommissionssekretär Gasparri auch an die Rektoren der katholischen Universitäten gewandt[2]). Es bestehe die Absicht, das ganze kanonische Recht in Kanones oder Artikel nach Art der neu-

[1]) Praefatio Cardinalis Gasparri p. XX s.: Haec vero, lege, quam memoravimus, propria, Consultoribus et Collaboratoribus generatim praescripta erant: „I. Ut Codex eas tantummodo leges complecteretur, quae disciplinam spectant. Nihil tamen prohibebat, quominus in Codice principia quaedam attingi possent aut deberent, quae ad ius naturae vel ad ipsam Fidem referrentur. II. Ut Consultor, aliusve operis ordinator, Ecclesiae leges de disciplina, omissis obsoletis aut abrogatis, diligenter exquireret ex Corpore iuris, ex Tridentino Concilio, ex Actis Romanorum Pontificum et ex decretis Sacrarum Congregationum Romanarum aut Tribunalium Ecclesiasticorum; eas tamen in *canones* redigeret, qui solam legum partem dispositivam continerent quique possent, si expedire videretur, in paragraphos subdividi. III. Ut in canonibus redigendis Consultor, aliusve operis ordinator, e documentis excerpta verba, quantum posset, fideliter referret, brevitati simul et perspicuitati studeret, alias eorundem documentorum partes rebus declarandis aptas adderet, paginis, volumine, editione accurate adnotatis. IV. Ut Consultor, aliusve operis ordinator, in re gravi et ad usum pertinente, inter varias doctorum opiniones, certam proponeret ac definitivam sententiam. V. Quod si Consultor, aliusve operis ordinator, opportunum duxisset aut necessarium in iure vigente immutare aliquid, canonem quidem redigeret, admonens agi de immutatione, cuius rationes breviter exhiberet. Idem praestaret, si quid novi putasset inducendum. VI. Idem latino sermone uteretur, eoque digno, quantum liceret, sacrarum maiestate legum, in iure romano tam expressa feliciter."

[2]) Acta Sanctae Sedis XXXVII 1904 p. 130 s.; Friedberg a. a. O. XVIII 1908 S. 8 f.

zeitlichen Gesetzbücher[1]) zu fassen und zugleich alle Rechtsquellen, die seit dem Abschlusse der authentischen Sammlungen des Mittelalters erflossen seien, und aus denen die geplanten Kanones oder Artikel schöpften, zu sammeln[2]). Vorausschicken wolle man einen allgemeinen Teil über die hl. Dreieinigkeit und den katholischen Glauben, über die Konstitutionen, das Gewohnheitsrecht und die Reskripte, und dann den Stoff in fünf Büchern von den Personen, den Sakramenten, den heiligen Sachen und Stätten, den Vergehen und Strafen und den Gerichten behandeln, doch so, dass dieses für die Arbeit der Konsultoren aufgestellte Programm, wenn sich das im Laufe der Arbeit als wünschenswert herausstelle, noch geändert werden könne[3]). Die Universitäten wurden zur Mit-

---

[1]) Capto a recentioribus omnibus civitatibus exemplo, quemadmodum Gregorius IX Iustinianum imitare non dubitaverat, bemerkt jetzt Kardinal Gasparri in seiner praefatio p. XVII.

[2]) Sanctitatis Suae mens est, ut universum canonicum ius in canones seu articulos, ad formam recentiorum Codicum, apte distribuatur, eodemque tempore, documenta post authenticas Corporis Iuris collectiones prodita, ex quibus praefati canones seu articuli desumpti sunt, simul colligantur.

[3]) Ordo autem servandus hic plus minusve erit: praemissa parte generali complectente titulos *De Summa Trinitate et fide catholica, De Constitutionibus, De Consuetudine, De Rescriptis*, quinque habebuntur libri: *De Personis, De Sacramentis, De Rebus et Locis sacris, De delictis et poenis, De Iudiciis;* qui tamen ordo, pro laboris a Consultoribus perficiendi commoditate ab initio constitutus, poterit, si progressu studiorum opportunum videbitur, immutari.

Dass diese Einteilung nur eine vorläufige sein könne, machte man sich bald darauf von neuem klar, als die Anregungen des Episkopats eingingen und nunmehr die eigentliche Kodifikationsarbeit begann. Praefatio Cardinalis Gasparri p. XX: Cum sensim *desiderata* Episcoporum, Pontificis voluntati ita obsequentium, ad Apostolicam Sedem perferrentur, eaque diligenter excussa, in Consultorum commodum, in unum cogerentur, disceptatum est, quaenam totius materiae divisio facienda esset, decretumque eam adhiberi divisionem, quae, generatim inspecta, dici merito potest tralaticia in iure canonico, hac tamen lege, ut partitio eiusmodi ad tempus recepta haberetur, uti quaedam operis adumbratio, liceretque eam, quemadmodum necessitas postulasset, tum emendari, cum,

arbeit aufgefordert. Jede sollte diejenigen Gegenstände anmelden, an deren Neufassung ihre Vertreter des kirchlichen Rechtes sich beteiligen wollten, worauf für diese Arbeit eine Weisung ergehen würde [1]).

Das fertige Werk wird uns lehren, dass im Verlaufe der Arbeit allerdings gewisse Aenderungen vorgenommen worden sind. Nicht bloss tragen die einzelnen Bücher und Abschnitte jetzt zum Teil etwas abweichende Ueberschriften, sondern es ist vor allem das Buch über die Sakramente mit dem über die heiligen Sachen und Orte zu einem einzigen über die Sachen vereinigt, die Fünfzahl aber in der Weise beibehalten, dass der etwas mehr juristisch gehaltene und von dem Abschnitte über die Dreieinigkeit und den katholischen Glauben entlastete allgemeine Teil als erstes Buch auftritt. Von weitergehender Bedeutung würde es sein, wenn es sich, was ein Vergleich des obigen Programms mit der Ausführung anzunehmen nahe legt, bewahrheitete, dass man die geplante Rechtsquellensammlung als undurchführbar oder doch höchst unpraktisch aufgegeben und sich im Laufe der Arbeit mutig entschlossen hat, an Stelle der blossen epitome legum, ähnlich der lex Romana Burgundionum in ihrem Verhältnis zu den Quellen des römischen Rechtes [2]), eine exklusive Kodifikation zu setzen.

---

absoluto Codice, clarius appareret quo demum ordine res disponendae forent.

[1]) Iamvero valde exoptat Summus Pontifex ut amplissima, cui Dominatio Tua praeest, studiorum Universitas in hoc arduum gravissimumque opus concurrat. Hinc Tibi mandat, ut ab istius Universitatis antecessoribus qui Iuri canonico tradendo incumbunt, petas, ac deinde mihi quamprimum referas, quasnam iuris canonici partes in articulos seu canones redigere parati sint. Responso Tuo accepto, peculiaris Instructio transmittetur, qua opportunae normae, ab ipsis hac in re servandae, eisdem antecessoribus tradentur. So das Schreiben.

[2]) Vgl. darüber Paul Krüger, Geschichte der Quellen und Litteratur der römischen Rechts, 2. Aufl., München und Leipzig 1912 S. 359 und namentlich Heinrich Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte I, 2. Aufl., Leipzig 1906 S. 507.

Zunächst blieb es freilich von der Kommission und ihren Arbeiten recht still. Und es wurden starke Zweifel darüber laut, ob die Kurie das Werk wirklich ernstlich betreibe und zustande bringen werde [1]). Um nur Einen zu nennen, so hat Emil Friedberg, der überhaupt der Meinung war, dass mit ihm das Kirchenrecht und die Kirchenrechtswissenschaft aufhören würden [2]), in seiner ohnmächtigen Skepsis die Bewegung nicht ohne leisen Hohn ziemlich deutlich als aussichtslos bezeichnet [3]). Er bewies aber damit nur, dass er die Zeichen der Zeit nicht verstand und immer noch in den Anschauungen befangen war,

---

[1]) Siehe die Literatur, welche der Kodifikationsplan und das Kodifikationsunternehmen hervorrief, bei Sägmüller, Die formelle Seite der Neukodifikation des kanonischen Rechtes, Tübinger theologische Quartalschrift LXXXVII 1905 S. 401 ff,, fortgeführt in dessen Kirchenrecht³ I § 45 S. 186 Anm. 4; Stutz, Kirchenrecht² § 43 S. 367 mit Anm. 5 und 10 und am besten bei Hilling a. a. O. XCV 1915 S. 87 Anm. 1 und S. 88 Anm. 1.

[2]) Emil Friedberg, Das kanonische und das Kirchenrecht, Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht VIII 1898 S. 1 ff., besonders S. 28 f. Friedberg brachte es fertig, mit dem Gedanken zu spielen, dass künftige deutsche Kanonisten wegen Rückgangs der deutschen Kirchenrechtswissenschaft sich genötigt sehen würden, an den italienischen Universitäten bei seinen, Friedbergs Schülern ihre Ausbildung zu holen.

[3]) In dem oben S. 12 Anm. 1 erwähnten Aufsatze.

Laemmer hatte seinerzeit a. a. O. S. 214 den Beruf der Gegenwart zu einer so grossartigen kirchlichen Gesetzgebungsarbeit bezweifelt. Aber auch noch in den allerletzten Jahren war man selbst in streng katholisch denkenden Kreisen nicht ohne Bedenken und zwar nicht allein hinsichtlich der Ausführung, sondern auch in Bezug auf deren Art, angesichts des übereifrigen, turbulenten und nicht sehr geschickten Vorgehens Pius X. gegen den Modernismus, recht begreiflicher Weise. So meinte Sägmüller noch 1914 in seinem Kirchenrechtslehrbuch I³ § 45 S. 186 f.: „Freilich lassen neueste Erfahrungen auf dem Gebiete sogar des mehr inneren Kirchenrechts, um von solchen auf dem des entschieden äusseren zu geschweigen, die alten Bedenken in verstärkter Kraft wieder aufleben.“ Ich denke, angesichts der Wendung, die das Gesetzgebungswerk unter Benedikt XV. genommen hat, und vor allem gegenüber dem fertigen Gesetzbuche wird Sägmüller inzwischen wenigstens die alten, in der oben bezeichneten Richtung liegenden Bedenken haben fahren lassen.

die uns im Kulturkampf so manche schwere Enttäuschung bereitet hatten; auch im kirchenpolitischen Ringen ist nichts gefährlicher als die Unterschätzung des Gegners.

Denn gleich nach Eingang der Vorschläge der Bischöfe, die in Rom gesammelt und gesichtet wurden, schritt man dort zur Tat, bestellte für die einzelnen Teile der Arbeit zwei bis vier Referenten, doch so, dass keiner wusste, wer sonst noch zum Mitbericht aufgefordert war, und liess sie bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ihre Meinungsäusserung an den Vorsitzenden der Konsultorenkommisson einreichen, all dies natürlich unter strengster Schweigepflicht[1]). Am 13. November 1904 sodann begannen die regelmässigen Sitzungen der beiden Unterkommissionen. Man kam allwöchentlich zusammen, die eine Abteilung am Donnerstag, die andere am Sonntag. Der Vorsitzende hörte über die gedruckten Vorschläge einen Konsultor nach dem anderen, liess ein Protokoll darüber aufnehmen, fertigte mit dessen Hilfe einen wiederum durch den Druck vervielfältigten Präsidialentwurf an, den jedes Mitglied in Ruhe prüfen konnte, und brachte dann diesen Entwurf in der Woche darauf zu erneuter Besprechung, bis nach mehr-, unter Umständen sogar dutzendfacher Erörterung Uebereinstimmung erzielt wurde[2]). Konnte man sich nicht einigen,

---

[1]) Nulla mora interposita, e Consultoribus et Collaboratoribus delecti sunt qui singulas meditarentur et appararent Codicis partes, de quibus deinde in peculiaribus Coetibus esset disputandum. In quos delectus cecidit, ii, quod hic meminisse gaudemus, libentissimo obtemperarunt animo. Quodvis *schematis* caput, ex gr., de *baptismo, de sepultura ecclesiastica,* etc., binis commissum est Consultoribus vel Collaboratoribus aut, si quando rei gravitas postulasset, etiam ternis et quaternis, sic tamen, ut alter nomen alterius vel aliorum, qui eadem de re scriberent, ignoraret. Hi quidem ad alterutrum Coetum seu Commissionem, cui scripta sua excutienda deferebantur, legitime pertinebant; omnibus autem, pontificio adstrictis secreto, dies condicebatur, quem ante diem tradere Emo Cardinali Gasparri *votum* suum tenebantur; praefatio Cardinalis Gasparri p. XX.

[2]) Praefatio Cardinalis Gasparri p. XXI s.: Secundum hanc studiorum rationem, peculiares Coetus opus aggressi sunt die 13 mensis no-

so wurde der Entwurf im Sinne der Mehrheit oder des bisherigen Rechtes gefasst, die von der Ansicht der Mehrheit oder dem bisherigen Rechte abweichende Meinung jedoch mit angemerkt. Dann ging der so erzielte Entwurf abermals an alle Konsultoren zu nochmaliger schriftlicher Begutachtung binnen bestimmter Frist, die wiederum an Gasparri als Vorsitzenden zu geschehen hatte. Das von diesem nochmals überarbeitete Ergebnis der Beratung des gesamten Konsultorenkollegs wurde schliesslich an die kardinalizische Sonderkommission geleitet, die es einer mindestens zweimaligen Beratung unterzog, um dann zur Abstimmung zu schreiten [1]). Man sieht,

---

vembris an. 1904. Alter conveniebat feria quinta, alter die dominico uniuscuiusque hebdomadis, alia re alii Coetui ad disceptandum commissa. Praeses vero de singulis canonibus, in quolibet voto typis exscripto propositis, Consultores, alium ex alio, sententiam rogabat, quam cum quisque libere aperuisset, qui ab actis erat, diligentissime perscribebat. Nemo non videt, si eadem res, nulla mutatione inducta, sequenti hebdomade ad singulos Coetus delata esset, futurum profecto fuisse, ut et disputatio in idem confuse recideret et inceptum minus progrederetur. Quare, ad cunctationem omnem devitandam, Praeses ipse ex variis canonum schematibus, ratione habita *votorum* et sententiarum cuiusque Consultoris, iisque additis aut deletis quae addenda delendave sibi viderentur, unum schema mature conficiebat, ut, cito typis exscriptum, posset statim a Consultoribus domi perpendi et insequenti hebdomade communiter disceptari. Et ita porro, donec Consultores de formula canonis componenda inter se consensissent. Quapropter nihil in novo Codice legitur, quod non quater vel quinquies, eo modo quo diximus, disceptatum sit, immo etiam et decies et duodecies, si quid occurrisset difficultatibus implicitum.

[1]) Quod si forte in aliquo canone definiendo communis deerat consensus, ad sententiam maioris partis vel ad iuris constituti normam canon redigebatur, subiecta tamen sententia vel minoris partis vel a iure constituto aliena. Schema, ita a peculiari Coetu compositum, ad universos Collegii Consultores mittebatur, ut suam quisque sententiam scripto aperirent et hoc, intra certum quoddam temporis spatium, ad Emum Card. Gasparri perferendum curarent. Tandem, de schemate deque subiectis totius Consultorum Collegii animadversionibus, quas idem Card. Gasparri ante perpenderat, Emi Patres e peculiari Consilio, de

es wurde gründlichst gearbeitet, und Gasparri hatte, schon ehe er zum Purpur aufstieg, auf allem die Hand.

Bald hörte man von der Kommission durch die Tat. Es erging unter dem Pontifikate Pius X., wie bekannt, eine ganze Reihe von Reformerlassen, über das Eheschliessungsrecht, über die Organisation der Kurie, über die Promulgation der kirchlichen Gesetze und Erlasse, über die Neuordnung der Verwaltung der suburbikarischen Bistümer, über die Absetzung und die Versetzung der Pfarrer auf dem Verwaltungswege, über den privilegierten Gerichtsstand der Geistlichen, über die Neuordnung des römischen Vikariats, um nur einige der wichtigsten zu nennen. Sie arbeiteten nach dem oben erwähnten Vorgange einzelner Erlasse Pius IX. und Leos XIII. wichtige Teile der kirchlichen Disziplin gesetzgeberisch auf. Kein Zweifel, dass sie aus der Werkstatt der Kodifikationskommission herstammten und sich als Versuchsballons darstellten, die aufgelassen wurden, um in besonders reformbedürftigen und schwierigen Materien der Kodifikation vorzuarbeiten und sich vor der endgültigen Aufnahme in sie zu erproben[1]). Nicht alle haben sich be-

---

quo supra diximus, bis saltem cognoscebant suumque postremo ferebant suffragium. So die praefatio Cardinalis Gasparri p. XXII.

[1]) Vgl. über diese Reformerlasse, über deren Zusammenhang mit der Kodifikationsarbeit kein Zweifel sein kann, trotzdem die Einleitung des Kardinals Gasparri hierüber wie über alles, was nicht bloss die Geschäftsordnung der Kodifikationskommissionen betrifft, strengstes Stillschweigen bewahrt, Nikolaus Hilling, Die Reformen des Papstes Pius X. auf dem Gebiete der kirchenrechtlichen Gesetzgebung, 3 Bände, Bonn 1909—1915 und die Neubearbeitung dieser Studien in den oben S. 6 Anm. 2 a. E. angeführten Aufsätzen im Archiv, die zwar kürzer, aber vollständiger und präziser sowie XCVII 1917 S. 574 f. mit einer Konkordanz beider Bearbeitungen versehen ist, so dass man in jedem Falle sie zuerst zu Rate zu ziehen gut tut. Durchweg auf Hillings Studien beruht Joseph Freisen, Verfassungsgeschichte der katholischen Kirche Deutschlands in der Neuzeit, Leipzig 1916 S. 44 ff. Vgl. auch die noch kurz vor dem Ende der Regierung des Papstes gegebene Gesamtwürdigung bei Stutz, Kirchenrecht[2] § 43 S. 367 f.

währt[1]), und kaum einer ist unverändert in das Gesetzbuch übergegangen[2]).

Von 1912 an hörte man auch von Teilentwürfen, die den kirchlichen Oberen zur Begutachtung zugegangen waren. Allerdings unter strengster Schweigepflicht, sub silentio pontificio. Nur je ein Vertrauensmann — es war in der Regel der Generalvikar — sollte für die Arbeit zugezogen werden dürfen. Die Kurie schien eben ihre Vorarbeit mit Recht nicht Erfahrungen aussetzen zu wollen, wie wir sie mit dem ersten Entwurf zum Bürgerlichen Gesetzbuch und seinen Motiven gemacht haben, sondern es, was für die Wissenschaft vielleicht ein Verlust, für die Praxis des Gesetzbuchs aber sicherlich ein Gewinn ist, vorzuziehen, erst das fertige Werk den Augen der kirchlichen und ausserkirchlichen Oeffentlichkeit auszu-

---

[1]) Die Konstitution Pius X.: Apostolicae vom 15. April 1910 mit Motuproprio desselben Papstes: Edita a Nobis vom 5. Mai 1914 (Acta Apostolicae Sedis II 1910 p. 277 ss., VI 1914 p. 219 s.) wurde von Benedikt XV. bereits am 1. Februar 1915 durch die Konstitution: Ex actis (Acta Apostolicae Sedis VII 1915 p. 229 ss.) zum Teil wieder zurückgenommen, womit auch die sofortige Inkraftsetzung von can. 240 des Kodex (oben S. 3 Anm. 1) zusammenhängt. Vgl. auch can. 961. Vom Standpunkte der bisherigen kurialen Praxis aus, die sonst die Erlasse des unmittelbaren Vorgängers des regierenden Papstes unbedingt respektierte, ist dies Verfahren höchst aussergewöhnlich. Es erklärt und rechtfertigt sich aber dadurch, dass Pius X. mit voller Absicht seine Reformen zunächst nur versuchsweise ausgehen liess, wie er ja auch selbst in mehr als einem Falle von ihm erlassene Bestimmungen zurückgenommen oder verbessert hat. Im vorliegenden dürfte sich freilich die besonders eilige Zurücknahme aus dem Missfallen erklären, das die lediglich pastoral gedachten Erlasse über die suburbikarischen Bistümer bei den betroffenen Kardinalbischöfen erregt hatte. Und sie dürfte mit dazu beigetragen haben, der Vollendung des Gesetzgebungswerkes den Weg zu ebnen.

[2]) Es steht zu hoffen, dass Hilling, der beste Kenner der pianischen Reformen, im einzelnen untersuchen und feststellen wird, welche Veränderungen sie sich bei der Uebernahme in den Kodex haben gefallen lassen müssen.

setzen. Einzig das verlautete[1]), dass ein erster Band die beiden den allgemeinen Teil und das Personenrecht umfassenden Bücher enthielt, ein anderer das Sachenrecht, wieder ein anderer das Strafrecht, während ein letzter De iudiciis handelte, und dass den einzelnen Kanones Fussnoten beigegeben waren, die den älteren Rechtsstoff nachwiesen, auf dem die betreffenden Bestimmungen sich aufbauten. Die Teilentwürfe waren also ähnlich behandelt wie Pius X. Papstwahlbulle: Vacante Sede Apostolica vom 25. Dezember 1904[2]), die man wohl noch mehr als dessen Konstitution: Commissum Nobis vom 20. Januar 1904[3]) als den eigentlichen Erstling und das Probestück des Kodifikationswerkes bezeichnen darf[4]), nur dass der Apparat bei den Entwürfen, wie es die Sache mit sich brachte, noch reichlicher gewesen sein dürfte. Davon, dass die Bischöfe, meistens auf zu diesem Zwecke veranstalteten Bischofszusammenkünften und gelegentlich auch unter Zuziehung von Ordensoberen, denen die Entwürfe oder wenigstens der die Religiosen mitbetreffende erste Teil eben gleichfalls zum Gutachten zuging, über den Entwurf berieten, berichteten katholische Tagesblätter. Dann wurde es wieder still.

Doch ruhte darum die Arbeit keineswegs. Vielmehr bearbeitete Kardinal Gasparri alsbald die eingelaufenen Bischofsvoten, und wurde dann in der engeren Kardinalskommission[5])

---

[1]) Vgl. auch Hilling a. a. O. XCV 1915 S. 95.

[2]) Acta Pii X cit. III, Romae 1908 p. 239 ss.

[3]) L. c. III p. 289 ss.

[4]) Siehe auch Emil Friedberg, Die Staatsregierungen und die Papstwahl, Deutsche Juristen-Zeitung XIV 1909 Sp. 1015. Vgl. ferner die oben S. 18 mit Anm. 2 mitgeteilte Tatsache, dass die Kommissionsberatungen der Konsultoren am 13. November 1904, also anderthalb Monate vor Erlass dieser Bulle bereits begonnen hatten. Wenn Schlüsse aus dem Sprachgebrauch und der Sprachbehandlung bei derartigen gesetzgeberischen Erlassen tragfähig genug wären, so würde man geneigt sein, anzunehmen, es habe bei der Abfassung dieser Bulle, wie schon des Motuproprio: Arduum sane munus, Gasparri massgebend mitgewirkt.

[5]) Schon aus hierarchischen Rücksichten kam die Konsultoren-

darüber Beschluss gefasst, was davon in das Gesetzbuch Aufnahme finden solle [1]).

Da kam der Weltkrieg sowie vor allem der Papstwechsel und mit ihnen der kritischste Augenblick für das Gesetzgebungswerk, dessen Vollendung ja unter Umständen schon mit Rücksicht auf die Weltlage hätte hinausgeschoben werden können. Doch sagte man sich auch aus der Ferne, dass dafür eigentlich schon zu viel Arbeit auf das grosse Unternehmen aufgewendet worden und dass es fraglich sei, ob nach dem Kriege eine gleich günstige Aussicht zum Abschluss sich finden werde [2]), ja ob nicht die durch den Krieg bewirkte Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit den massgebenden kirchlichen Kreisen vielleicht gerade den Zeitpunkt für die Fertigstellung und Sicherung des Werkes als gegeben erscheinen lassen

---

kommission für die Beratung der bischöflichen Vorschläge nicht in Betracht. Auch suchte man wohl den Abschluss der Gesetzgebungsarbeit möglichst zu beschleunigen.

[1]) Vgl. jetzt Kardinal Gasparri in seiner praefatio p. XXII: Interea, cum novi Codicis partes gradatim ad finem adducerentur, Summus Pontifex Pius X praecepit, ut de confecto opere Episcoporum totius catholici orbis iudicium exquireretur, itemque Praelati omnes regularium Ordinum, qui legitime ad Oecumenicum Concilium vocari solent, sententiam rogarentur. Allatis igitur ad Antistites eos omnes tum primo et altero Codicis libro, tum deinde tertio et quarto, tum denique quinto, admoniti ii sunt, volumina, condicto tempore, remittere ad Apostolicam Sedem vellent, additis iis scripto animadversionibus quas opportunas iudicassent. Quae quidem, postquam Emus Card. Gasparri rite eas expenderat inque unum collegerat, ad Emos Patres e peculiari Consilio delatae sunt, qui viderent, nunquid, respectis quatenus liceret Episcoporum optatis, esset in canonibus immutandum.

[2]) Auch Kardinal Gasparri deutet jetzt in seiner Einleitung an, wie gefahrdrohend die beiden genannten Ereignisse für das Unternehmen waren, bemerkt aber dazu l. c. p. XXII s.: Etsi vero Pontificis obitus vehementissimumque belli incendium, quo post menses decem Italia ipsa conflagravit, moram incepto attulit, evecto tamen feliciter ad Petri Cathedram Benedicto Papa XV, laetissima affulsit spes fore, ut brevi opus absolveretur, cum Beatissimus Pater, inde a Pontificatus sui primordiis, idipsum cupere et velle se significanter manifestasset.

werde. Auch die mehrere Jahre hindurch streng geheim gehaltenen Papstwahlbullen Pius X. hatte man seinerzeit in einem Augenblick, in dem das vornehmlich betroffene Oesterreich durch die Balkanfrage völlig in Anspruch genommen war, sehr geschickt ganz unauffällig in der grossen Sammlung der Erlasse des Papstes den Weg in die Oeffentlichkeit machen lassen. Vor allem aber wies die Tatsache, dass, nach der infolge raschen Hingangs nur kurzen Amtswaltung seines ersten Kardinalstaatssekretärs, Benedikt XV. am 13. Oktober 1914 den Kardinal Gasparri in das Staatssekretariat berief [1]), jeden auch nur einigermassen über die Verhältnisse der obersten Kirchenregierung Unterrichteten mit Sicherheit darauf hin, dass das grosse Unternehmen dem Abschlusse entgegengeführt werde, ja in der Hauptsache schon fertiggestellt sein müsse [2]). Der Kodifikationskardinal in dem wichtigsten, im Kriege ganz besonders verantwortungsvollen und schweren Amte der Kurie, das war doch nur möglich, wenn die Hauptarbeit bereits getan und wenn man gewillt war, bis zum Ende zu gehen! Das Zustandekommen des Kodex konnte also nur eine Frage der Zeit und höchstens äusserer Schwierigkeiten sein.

---

[1]) Acta Apostolicae Sedis VI 1914 p. 525.

[2]) Schon vorher konnte es bedeutsam erscheinen, dass der neue Papst den Namen Benedikt und zwar als XV. annahm. Denn Benedikt XIV. (Prospero Lambertini), unter dem seiner Zeit das kirchliche Recht durch des Papstes Theorie und Praxis eine bis dahin unerreichte Vollendung erhalten hatte, und den man als den hervorragendsten Juristen auf dem päpstlichen Throne bezeichnen kann (vgl. Stutz, Kirchenrecht² § 38 S. 345 mit Anm. 3), hatte im sechsten Jahre seines Pontifikats, 1746, seine bis dahin erlassenen Konstitutionen noch einmal in einer dem Gesagten nach allerdings sehr beschränkten authentischen Sammlung zusammengefasst und mit der Bulle: Iam fere zur Benutzung als Rechtsquelle an die Universität Bologna gesandt. Vgl. Laemmer a. a. O. S. 27 ff. Immerhin liess sich die Wahl gerade dieses Namens und die Anknüpfung an diesen Vorgänger auch aus den gemeinsamen Beziehungen zu Bologna erklären. Denn der Marchese Giacomo della Chiesa war ja, ehe er zur Tiara aufstieg, zuvor Erzbischof dieser Stadt gewesen.

Auch diese sind überwunden worden[1]. Schon in dem geheimen Konsistorium vom 4. Dezember 1916 konnte Benedikt XV. dem Heiligen Kollegium eröffnen, der Kodex sei fertig[2]. Er verband damit das Lob seines Vorgängers, dessen Verdienst die Inangriffnahme und Durchführung des gewaltigen Werkes sei und bleibe, und der darum in der kirchlichen Rechtsgeschichte einem Innozenz III., Honorius III., Gregor IX. zur Seite zu stellen sein werde[3]. Ausserdem stattete er den gebührenden Dank ab dem Kardinalskollegium, dem Episkopat, dem Welt- und dem Ordensklerus, ja selbst der Laienschaft, so weit alle diese zu dem Werke und seinem Gelingen

---

[1]) Praefatio Cardinalis Gasparri p. XXIII: Itaque, ipsomet Pontifice patrono et moderatore, ita in re provehenda perseveratum est, ut, ineunte tertio Pontificatus anno, prospere atque e sententia finis novo Codici imponeretur.

[2]) Acta Apostolicae Sedis VIII 1916 p. 466 ss.

[3]) Profecto, si quos alios, non vos fugit, Venerabiles Fratres, leges praescriptionesque, Ecclesiae matris providentia et cura, iam inde ab initio usque adhuc conditas, continuatione quadam accessionum per tot saecula in eum excrevisse quasi cumulum, ut eas omnes habere perceptas et cognitas vel iuris peritissimus quisque haud facile posset. Ad haec, multorum statuta canonum ob temporum commutationem iam non moribus congruerent, apte prudenterque erant novanda. Quo igitur melius, cum disciplinae emolumento, constaret quae iura et instituta valerent in Ecclesia, apparebat, ex Ecclesiae legibus componi codicem oportere, qui facile inter manus versari posset: id quod non solum Episcopi Clerusque exspectabant, sed omnes qui se Iuris Canonici studio dederant. Id ipsum Apostolica Sedes cum sibi habuisset iam diu propositum, maximae tamen semper difficultates obstiterant quo minus ad rem incumberet. Scilicet provisum erat divinitus, ut huius tam insignis in Ecclesiam promeriti Pio X, sanctae memoriae Decessori Nostro, deberetur laus. Nostis, Venerabiles Fratres, qua is alacritate animi, vixdum inito Pontificatu, immensum paene opus inceperit, et qua deinceps sedulitate et constantia, quoad gubernacula Ecclesiae tenuit, sit prosecutus. Quod si non ei licuit inceptum absolvere, is tamen unus huius Codicis habendus est auctor, eiusque propterea nomen, ut Innocentii III, ut Honorii III, ut Gregorii IX, Pontificum in historia Iuris Canonici clarissimorum, perpetuo posthac praedicabitur: Nobis satis fuerit si, quod ille effecit, promulgare contigerit.

beigetragen hätten[1]). Ganz besonders aber sprach er seine Anerkennung und seine Erkenntlichkeit dem Kardinal Gasparri aus, der um dieser Aufgabe willen von Anfang an eine schwerere Bürde als alle Anderen auf sich genommen und getragen und seine hervorragenden Geistesgaben, seine Fachkenntnis und seine Ausdauer, zuletzt sogar den Amtslasten des Staatssekretariats zum Trotz, in den Dienst des Unternehmens gestellt habe[2]). Der, wie verlautet, wiederholt aufgeschobene[3]) Zeitpunkt der Verkündigung konnte nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Am Pfingstfeiertage (27. Mai) 1917 vollzog Benedikt XV. das Gesetz und gab es in feierlicher Weise durch die Konstitution: Providentissima Mater Ecclesia[4]) bekannt, die am

---

[1]) Iam grati animi significationem a Jesu Christi Vicario universi et singuli sibi habeant quotquot e Sacro Cardinalium Collegio, ex Episcoporum ordine, ex utroque Clero, ex ipso laicorum numero aliquid operae in hanc rem, pro sua quisque sollertia et industria, contulerunt. Quod cum facimus verbis Nostris perlibenter, simul suavi quodam iucundoque officio ac munere, quod ipse Nobis Decessor commiserit, fungi videmur.

[2]) Praecipias vero et laudes et grates libet hic agere dilecto Filio Nostro, Cardinali Petro Gasparri, qui quidem in confectione Codicis cum amplius oneris, quam ceteri, usque a principio sustinuit, tum egregiam suam non modo ingenii facultatem iurisque scientiam ostendit, sed etiam studii ac laboris perseverantiam, eamque ne postea quidem visus est intermittere, quam, Negotiis Publicis praefectus, gravibus aliis coepit occupationibus distineri.

[3]) Vgl. Hilling a. a. O. XCV 1915 S. 95 Anm. 1 bezw. Hofmann, Zeitschrift für katholische Theologie XXXVIII 1914 S. 639, die berichten, es sei bereits der 29. Juni 1915 als Publikationstag in Aussicht genommen gewesen. Aehnliches wurde auch von anderen Terminen behauptet.

[4]) Wir werden sie der amtlichen Ausgabe des Gesetzbuches vorgedruckt finden. Der Eingang lautet: Providentissima Mater Ecclesia, ita a Conditore Christo constituta, ut omnibus instructa esset notis quae cuilibet perfectae societati congruunt, inde a suis primordiis, cum, Dominico obsequens mandato, docere ac regere omnes gentes incepit, aggressa est iam tum sacri ordinis virorum christianaeque plebis disciplinam datis legibus moderari ac tueri.

Schlusse nach alter, von der Kurie bei wichtigen Kundgebungen immer wieder verwendeter Formel jeden Zuwiderhandelnden mit dem Entzug der Huld Gottes und der Apostel Petrus und Paulus bedrohte [1]). Darin wird ausgeführt, die Kirche habe sich als vollkommene Gesellschaft von Anfang an Recht gesetzt [2]). Zumal nachdem sie die Freiheit errungen habe, hätten die römischen Päpste und die allgemeinen Synoden unablässig durch ihre Gesetze nicht bloss die Kirche, sondern auch das bürgerliche Gemeinwesen gefördert und in Mittelalter und Neuzeit dadurch das private und das öffentliche Leben gehoben. Doch habe, wie schon von Pius X. in seinem einschlägigen Motuproprio hervorgehoben worden sei, das kanonische Recht im Wandel der Dinge seine Aufgabe nicht voll erfüllen können [3]). Im Laufe der Zeit seien nämlich viele

---

[1]) Vgl. über die Herkunft und Geschichte dieser Formel die interessante Untersuchung von Rudolf Köstler, Huldentzug als Strafe, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 62. Heft, Stuttgart 1910, besonders S. 65 ff. Die Formel findet sich z. B. auch in der Bulle Leos XIII.: Praedecessores Nostri vom 24. Mai 1882 über die Papstwahl in ausserordentlichen Fällen, namentlich ausserhalb Roms, Acta Pii X cit. III p. 306 und am Schlusse der oben S. 22 Anm. 3 erwähnten Konstitution Pius X.: Commissum Nobis.

[2]) Procedente autem tempore, praesertim cum se in libertatem vindicavit et per maiora in dies incrementa latius ubique est propagata, ius ferendarum legum proprium ac nativum evolvere atque explicare nunquam destitit, multiplici ac varia decretorum copia per Romanos Pontifices et Oecumenicas Synodos, pro re ac tempore, promulgata. Hisce vero legibus praeceptisque tum cleri populique Christiani consuluit regimini sapienter, tum ipsam, ut historia testatur, rei publicae utilitatem civilemque cultum mirifice provexit. Neque enim solum barbararum gentium leges curavit Ecclesia abrogandas ferosque earum mores ad humanitatem informandos, sed ipsum quoque Romanorum ius, insigne veteris sapientiae monumentum, quod *ratio scripta* est merito nuncupatum (dazu vgl. unten S. 188 f.), divini luminis auxilio freta, temperavit correctumque christiane perfecit, usque adeo ut, instituto rectius ac passim expolito privato et publico genere vivendi, sive aetate media sive recentiore, materiam legibus condendis satis amplam paraverit.

[3]) Mit Rücksicht auf spätere Ausführungen setzen wir auch den

Gesetze abgeschafft worden oder veraltet, andere hätten sich als schwierig durchzuführen oder weniger zeitgemäss erwiesen. Ausserdem war die Zahl der Gesetze zu gross und waren sie zu verstreut, als dass man sich in ihnen zurechtfinden konnte. Deshalb habe sein, Benedikts XV., Vorgänger im Pontifikat alsbald nach dessen Antritt sich entschlossen, das ganze bisherige kirchliche Recht, unter Ausscheidung des nicht mehr geltenden, unter Anpassung des übrigen an die Bedürfnisse der Gegenwart und unter Hinzufügung von neuem, zu ordnen, zu sammeln und in einem Gesetzbuche zu vereinigen, und zu diesem Zwecke die Hilfe des Episkopats in Anspruch genommen[1]. Darauf sei, nachdem mehrere der besten römi-

übrigen Wortlaut der Konstitution hierher, obwohl er zum Teil lediglich schon in den vorangegangenen Erlassen Gesagtes enthält. Verum enimvero, quod ipse fel. rec. Decessor Noster Pius X, Motu proprio „*Arduum sane*“ d. XVI Kal. Apr. a. MCMIV edito, sapienter advertit, temporum conditionibus hominumque necessitatibus, prout rerum natura fert, immutatis, ius canonicum iam suum finem haud expedite persequi omni ex parte visum est. Saeculorum enim decursu, leges quamplurimae prodierant, quarum nonnullae aut suprema Ecclesiae auctoritate abrogatae sunt aut ipsae obsoleverunt; nonnullae vero aut pro conditione temporum difficiles ad exsequendum, aut communi omnium bono minus in praesenti utiles minusve opportunae evaserunt. Accedit etiam, quod leges canonicae ita numero creverant, tam disiunctae dispersaeque vagabantur, ut satis multae peritissimos ipsos, nedum vulgus, laterent.

[1]) Quibus de causis, idem fel. rec. Decessor Noster, statim ac Pontificatum suscepit, secum ipse reputans quanto foret usui, ad disciplinam ecclesiasticam restituendam firmandam, si gravibus illis, quae supra enarravimus, incommodis sollicite mederetur, consilium iniit universas Ecclesiae leges, ad haec usque tempora editas, lucido ordine digestas in unum colligendi; amotis inde quae abrogatae iam essent aut obsoletae; aliis, ubi opus esset, ad nostros praesentes mores opportunius accomodatis (cf. Motu proprio „*Arduum sane*“); aliis etiam, si quando necesse esse aut expedire videretur, ex novo constitutis. Rem sane perarduam post maturam deliberationem aggressus, cum sacrorum Antistites, *quos Spiritus Sanctus posuit regere Ecclesiam Dei,* eadem super re consulere, eorumque mentes plane cognoscere omnino oportere iudicasset primum omnium id curavit ac voluit, ut Cardinalis a Publicis Ecclesiae Negotiis, datis litteris ad VV. FF. singulos Catholici Orbis Archiepi-

schen und auswärtigen Kenner des Kirchenrechts zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen worden, an den Kardinal Pietro Gasparri, damals Erzbischof von Caesarea, der Auftrag ergangen, die Arbeit jener zu leiten, fertigzustellen und nötigenfalls zu ergänzen. Auch sei eine Kardinalskommission eingesetzt worden mit den oben[1]) genannten Kardinälen als Mitgliedern und der Aufgabe, auf Grund des Berichtes von Gasparri über die Arbeit der Konsultoren und die daraus hervorgegangenen Kanones zu beraten, sie zu ändern, zu bessern, auszufeilen. Nach dem Ableben jener genannten Kommissionsmitglieder hätten die Kardinäle Vincenzo Vannutelli, Gaetano De Lai, Sebastiano Martinelli, Basilius Pompilj, Gaetano Bisleti, Wilhelm van Rossum, Filippo Giustini und Michele Lega deren Stelle eingenommen und die ihnen aufgetragene Arbeit in ausgezeichneter Weise geleistet[2]). Zuletzt seien noch sämtliche Bischöfe und alle

---

scopos, iisdem committeret ut „auditis Suffraganeis suis aliisque, si qui essent, Ordinariis qui Synodo Provinciali interesse deberent, quamprimum huic Sanctae Sedi paucis referrent . . . Es folgen die oben S. 12 Anm. 2 mitgeteilten Worte bis indigerent (cf. Epistolam „*Pergratum mihi*“ die 25 Martii 1904).

[1]) S. 9.

[2]) Postea, compluribus viris disciplinae canonum peritissimis sive ex Urbe Roma sive variis e nationibus in consortium laborum accitis, mandatum dedit dilecto filio Nostro Petro S.R.E. Cardinali Gasparri, tum Archiepiscopo Caesariensi, ut Consultorum operam dirigeret, perficeret, ac, si opus esset, suppleret. Coetum deinde, sive, ut aiunt, *Commissionem* S.R.E. Cardinalum constituit, in eamque cooptavit Cardinales Dominicum Ferrata, Casimirum Gennari, Beniaminum Cavicchioni, Joseph Calasanctium Vives y Tuto et Felicem Cavagnis, qui, referente eodem dilecto filio Nostro Petro S.R.E. Cardinali Gasparri, paratos canones diligenter perpenderent eosque, iudicio suo, immutarent, emendarent, expolirent (cf. Motu proprio „*Arduum sane*“). Cum autem quinque ii Viri, alius ex alio, obiissent, in eorum locum suffecti sunt dilecti filii Nostri S.R.E. Cardinales Vincentius Vannutelli, Caietanus De Lai, Sebastianus Martinelli, Basilius Pompili, Caietanus Bisleti, Guilelmus van Rossum, Philippus Giustini et Michael Lega, qui mandatum sibi negotium egregie expleverunt. Vgl. über diese Letztgenannten

die Ordensoberen, die zu einem allgemeinen Konzil herkömmlicherweise zu laden gewesen wären, gutachtlich über den ihnen in je einem Exemplar zugestellten Entwurf des Gesetzbuches gehört worden [1]. Dann sei aber der Wechsel in dem Pontifikate eingetreten. Doch habe er, Benedikt XV., die neue Sammlung des gesamten kirchlichen Rechtes, auf die schon die Wünsche mehrerer Bischöfe auf dem Vatikanischen Konzile gingen [2], und an dem die Arbeit vor nunmehr zwölf Jahren begonnen habe, in allen seinen Teilen geprüft, gebilligt und für gut befunden [3]. So gebe er denn den vorliegenden Kodex feierlich bekannt, ordne an und befehle, dass er fortan für die ganze Kirche als Gesetz gelten solle und übergebe ihn denen, an die die Konstitution ergehe [4], zur

---

oben S. 10 Anm. 2. Hier wie vorher sind also nur die der ehemaligen Sonderkommission angehörigen Kardinäle namhaft gemacht, siehe dazu oben S. 9 Anm. 2.

[1]) Postremo, prudentiam auctoritatemque cunctorum in Episcopatu venerabilium Fratrum iterum exquirens, ad ipsos itemque ad omnes Regularium Ordinum Praelatos, quotquot ad Oecumenicum Concilium legitime vocari solent, novi Codicis iam digesti et adornati, antequam promulgaretur, singula ad singulos exemplaria mitti iussit, ut suas quisque animadversiones in paratos canones libere patefacerent (cf. Epistolam „*De mandato*" die 20 Martii 1912, meines Wissens bis jetzt nicht veröffentlicht).

[2]) Vgl. unten S. 127 ff.

[3]) Verum, cum interea immortalis memoriae Decessor Noster, complorante Catholico Orbe universo, de vita decessisset, id contigit Nobis, Pontificatum secreto Dei consilio ineuntibus, ut Ecclesiae Nobiscum docentis sic undique collecta suffragia debito cum honore exciperemus. Tum demum, novum totius canonici iuris Codicem, iam pridem in ipso Concilio Vaticano a pluribus sacrorum Antistitibus expetitum, et abhinc duodecim solidos annos inchoatum, in omnes suas partes recognovimus, approbavimus, ratum habuimus.

[4]) Sie gilt Venerabilibus Fratribus et dilectis Filiis Patriarchis, Primatibus, Archiepiscopis, Episcopis aliisque Ordinariis ac praeterea catholicarum studiorum Universitatum ac Seminariorum doctoribus atque auditoribus.

Bewahrung und Nachachtung [1]). Doch solle das Gesetzbuch, damit es vorher gründlich studiert werden könne, erst am nächsten Pfingstfeiertag, d. h. am 19. Mai 1918 in Kraft treten [2]).

Die grössere Oeffentlichkeit erhielt freilich von diesem entscheidenden Vorgange erst Kenntnis durch ein Ereignis, das sich an der Vigil des Peter- und Paulfestes, am 28. Juni 1917 vollzog. Damals überreichte nämlich der Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri in feierlicher Audienz dem Papste im Vatikan ein kostbar gebundenes Exemplar des neuen Gesetzbuches der Kirche [3]) und hielt dabei in Anwesenheit von vielen Prälaten und Bischöfen sowie von sechsundzwanzig Kardinälen folgende Ansprache:

„Dank der Zusammenarbeit aller . . . kann Euere Heiligkeit heute, während die Menschheit sich in einem Kriege zerfleischt, der seinesgleichen in der Geschichte nicht kennt, der Kirche ein Gesetzbuch geben, das sie von nun an zu beachten hat. Wieder ein glänzender Beweis für die geschichtlich erwiesene Tatsache: die Kirche, von der göttlichen Vorsehung mitten in die ruhelosen Kämpfe dieser Welt gestellt, setzt heiter und unberührt ihre Mission der Liebe und des Wohltuns fort und lässt sich in ihr nicht beirren durch alle irdischen Stürme. Euere Heiligkeit haben in der jüngsten Konsistorialansprache der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass der neue Kodex das Studium und die Beobachtung der

---

[1]) Itaque, invocato divinae gratiae auxilio, Beatorum Petri et Pauli Apostolorum auctoritate confisi, motu proprio, certa scientia atque Apostolicae, qua aucti sumus, potestatis plenitudine, Constitutione hac Nostra, quam volumus perpetuo valituram, praesentem Codicem, sic ut digestus est, *promulgamus, vim legis posthac habere pro universa Ecclesia decernimus, iubemus,* vestraeque tradimus custodiae ac vigilantiae servandum.

[2]) Ut autem omnes, ad quos pertinet, probe perspecta habere possint huius Codicis praescripta antequam ad effectum adducantur, edicimus ac iubemus ut ea vim obligandi habere non incipiant nisi a die Pentecostes anni proxime venturi, idest a die decima nona mensis Maii anni millesimi nongentesimi duodevicesimi.

[3]) Vgl. den im Archiv für katholisches Kirchenrecht XCVII 1917 S. 459 ff. wieder abgedruckten Bericht der Schweizerischen Kirchenzeitung 1917 S. 214 ff.

Kirchendisziplin und dadurch die Heiligung und das ewige Heil der Seelen fördern werde. Möge es Gott geben in seiner unendlichen Barmherzigkeit! Das ist der einzige Lohn, den wir mit dem apostolischen Segen für unsere Mühen wünschen."

Aus der Antwort des Papstes hebe ich[1]) folgende Sätze heraus:

„Endlich ist das grosse Werk der Kodifikation des Kirchenrechts zu Ende gebracht worden. Wir halten den sichtbaren Beweis hierfür in dem Uns überreichten Bande in Händen. Durch Darbringung dieses Bandes hat der Präsident[2]) der Kommission für die Kodifikation würdig das Werk gekrönt, das Unser verehrungswürdiger Vorgänger Uns anvertraut hat. Deshalb beeilen wir Uns, ihm die Gefühle Unseres dankbaren Herzens auszudrücken, und in ihm danken Wir allen Konsultoren, allen Bischöfen und vor allem den erlauchten Kardinälen, die zur Vervollkommnung des Werkes beitrugen durch das Licht ihres Wissens, durch die Früchte ihrer Erfahrung, durch die Flamme ihres Eifers, für alles das, was zum Ruhme Gottes und für die Errettung der Seelen diente.

Aber ganz besondere Freude bereitet Uns das hehre Ereignis, weil dadurch die Erreichung des hochedlen Zieles, das Pius X. erstrebte, bezeugt wird, da er die vorbereitenden Studien zur Kodifikation des kanonischen Rechts anordnete. Als jener Papst liebwerten und seligen Andenkens das Motuproprio „Arduum sane munus" veröffentlichte und

---

[1]) Weil für frühere und spätere Ausführungen bedeutsam. Die Sperrungen rühren von mir her.

[2]) Wenn der Papst wirklich Gasparri als Vorsitzenden der Kommission und zwar der Kardinalskommission bezeichnet hat, so kann er damit nur die engere, die Sonderkommission gemeint haben, auf die es allerdings nach dem Gesagten allein ankam. Denn der Vorsitz in der grossen oder Hauptkommission war dem Papste selbst vorbehalten; vgl. oben S. 8 mit Anm. 2. Darum wissen die Acta Apostolicae Sedis, die doch alle amtlichen Nachrichten der Kurie bringen, und weiss das Annuario pontificio, selbst das letzte, das die Kodifikationskommission aufführt, nämlich das von 1916, von einer Präsidentschaft Gasparris schlechterdings nichts. Auch in der Einleitung des Kardinals selbst ist eine derartige Stellung desselben weder für die weitere noch für die engere Kardinalskommission angedeutet. Sollte der Papst nicht von Presidente, sondern von Ponente gesprochen und der Berichterstatter oder Uebersetzer des ja nicht amtlichen Berichts sich verhört oder versehen haben?

einer päpstlichen Sonderkommission den Auftrag erteilte, alle vorhandenen Disziplinargesetze der Kirche zu vereinigen, da begrüsste einheitlicher Beifall die zweckmässige Vorkehrung, da es allseitiger Wunsch war, sämtliche bezw. die alleinigen Gesetze kennen zu lernen, die heute die Kirche regieren[1]) . . .

Heute aber ist der Wunsch in Erfüllung gegangen, mit dem sich die Gelehrten des Kirchenrechts so lange befassten; heute ist die gemeinsame Sehnsucht aller für das individuelle und soziale Wohl besorgten Söhne der Kirche befriedigt worden, und Unsere Pflicht ist es, dem Urteilsspruch vorzugreifen, den der Präsident der Kardinalskommission für die Kodifikation nach seiner Aussage der Nachwelt überlassen wollte. In seiner Bescheidenheit wollte er sich den Lobeserhebungen, deren wesentlicher Anteil ihm infolge der Anerkennung des inneren Wertes des neuen Rechtskodexes gebührt, entziehen. Aber die Demut darf sich nie dem Triumph der Wahrheit entgegenstellen; daher kann kein noch so lobenswerter Beweggrund persönlicher Bescheidenheit Uns hindern, schon heute dem Herrn ein Danklied anzustimmen, dass er uns vergönnte, den Stempel Unserer Autorität einem Werk aufzudrücken, das nach Unserem Dafürhalten sich als höchst segensreich für das Interesse der Kirche erweisen wird.

Nur allein bekümmert Uns der Gedanke, dass Unser erhabener Vorgänger nicht mit seiner Hand das von ihm begonnene Werk krönen konnte. Das Wort des Evangeliums: Alii laboraverunt et vos in labores eorum introistis wurde nie mit so viel Grund ausgesprochen, als Wir Uns jetzt genötigt sehen, es gegen Uns selbst zu richten.

Es tröstet Uns jedoch die Hoffnung, dass Pius X. im Himmel sich über sein Werk freuen wird, und dass durch seine Fürsprache immer besser die Frucht heranreife. Wir als Erben seines Geistes übernehmen den neuen Kodex, wie er Uns aus seinen Händen zugekommen ist; als Erben seiner Autorität nehmen Wir Uns vor, die getreue Beobachtung des Gesetzes zu betreiben, und verschliessen das Ohr vor jedem Verlangen irgendwelcher Ungültigkeitserklärung. Der unaussprechliche Nutzen der Heiligung der Einzelwesen, der Eintracht und des Friedens der religiösen Gemeinschaft macht es allen offenbar, dass am Tage der Veröffentlichung des neuen Kodex des kanonischen Rechts eine ungewöhnliche Freude den nicht ungewohnten Kummer des Hauptes der Kirche mildert."

Das grosse Ereignis wäre wert, im Vatikan durch ein Gemälde in der Erinnerung festgehalten zu werden wie es

---

[1]) Den folgenden Satz siehe unten S. 163 in anderem Zusammenhange.

Raffaels Meisterhand in der Stanza della Segnatura: Gregor IX. (in Gestalt Julius II.) übergibt die Dekretalen, geschaffen hat [1]). Vorerst begnügte man sich mit einer bescheidenen Darstellung dieses wichtigsten Vorgangs des verflossenen Jahres auf der Rückseite der Gedächtnismünze, die, wie alljährlich, so auch 1917 an Peter und Paul zur Verteilung gelangte: „Auf den Stufen des Thrones steht der Papst, der den Anwesenden ein Exemplar des Kodex zeigt. An den Stufen knieen ein Weltpriester, eine Nonne und eine verschleierte Dame mit einem Kinde; an der Seite stehen der Kardinalstaatssekretär Gasparri, zwei Prälaten, ein Dominikaner, ein Kapuziner, unten weiter rückwärts ein päpstlicher Nobilgardist. Unterhalb der bildlichen Gruppe liest man die Inschrift: Novo Ecclesiae legum codice publicato" [2]).

Unter dem Datum desselben 28. Juni 1917 wurde aber auch der neue Codex iuris canonici Pii X Pontificis Maximi iussu digestus Benedicti Papae XV auctoritate promulgatus als Volumen IX Pars II [3]) des päpstlichen Gesetzblattes, der Acta Apostolicae Sedis [4]), in amt-

[1]) Eine gute Wiedergabe bei Georg Goyau, Andreas Pératé, Paul Fabre, Der Vatikan. Aus dem Französischen übersetzt von Karl Muth, Einsiedeln 1898 S. 661.

[2]) Archiv für katholisches Kirchenrecht XCVII 1917 S. 461. Eine allerdings wenig deutliche Abbildung der Münze findet man jetzt im Annuario pontificio per l'anno 1918, Roma 1918 p. 27.

[3]) Romae, Typis Polyglottis Vaticanis, 521 pp. Lex. 8°. (Infolge der durch den Krieg verursachten Hemmungen war das Werk in Deutschland erst Anfangs September im Buchhandel zugänglich.) Der Druck der amtlichen Ausgabe ist — man muss die Verhältnisse des Kriegs in Betracht ziehen — leidlich korrekt. Allerdings weist der Anhang (p. 526s.) 52 Schreib- und Druckfehler nach (die amtliche Ausgabe unseres BGB. hatte keinen), meist Versehen in den Verweisungen. Und weiter mussten unterm 17. Oktober 1917 (ebenda p. 525 und Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 557, 589) 24 Redaktions- und Kollationsversehen amtlich berichtigt werden. Die Ausstattung verdient alles Lob.

[4]) Nicht zu verwechseln mit den seit 1865 erschienenen, privaten und erst von 1904 bis zu ihrem Eingehen im Jahre 1908 authentischen Acta Sanctae Sedis.

licher Ausgabe[1]) an die kirchlichen Obern geschickt[2]) und in den Buchhandel gegeben[3]).

[1]) Dazu wurde unter dem 31. Dezember 1917 noch ein Anhang p. 525—593 mit Berichtigungen, einem noch zu erwähnenden Motuproprio Benedikts XV. und einem Register ausgegeben (mir zugegangen Mitte März 1918). Letzteres berücksichtigt aber nur den Hauptinhalt der Kanones, der Nebeninhalt, mag er noch so wichtig sein, ist übergangen; man kommt deshalb mit ihm nicht weit. Für die wissenschaftliche Arbeit reicht es keinesfalls aus. Nur wenige von den Zusammenstellungen z. B., die den nachstehenden Untersuchungen hauptsächlich zugrunde zu legen waren, liessen sich mit dem Register nachprüfen.

[2]) Den an der Audienz vom 28. Juni teilnehmenden Konsultoren, Prälaten und Kardinälen wurde ein Exemplar alsbald persönlich überreicht.

[3]) Auf der Rückseite des Titelblattes liest man: Nemini liceat sine venia Sanctae Sedis hunc Codicem denuo imprimere aut in aliam linguam vertere. Urheberrechtlich pflegen Gesetze und Gesetzbücher frei, Gemeingut zu sein; vgl. Otto Gierke, Deutsches Privatrecht I, Leipzig 1895 S. 773 f. Jedoch das massgebende italienische Dekret vom 19. September 1885 gedenkt in § 11 (bei Ernst Röthlisberger, Urheberrechtsgesetze und -verträge in allen Ländern, Leipzig 1914 S. 154) dieser Freiheit nur im Zusammenhang des Vorbehalts des ausschliesslichen Rechtes für den Staat, die Provinzen und die Gemeinden an ihren Veröffentlichungen; das und der Umstand, dass in Italien Staat und Kirche getrennt sind, legt die Frage nahe, ob unter „Gesetzen und offiziellen Akten“ nach italienischem Recht nicht etwa bloss staatliche und provinzielle zu verstehen seien, in welchem Falle der Kodex als Kirchengesetz schutzfähig und, wenn eingetragen, in Italien, im Ausland (also auch bei uns) aber selbst ohne Eintragung (Revidierte Berner Uebereinkunft vom 13. November 1908, a. a. O. S. 382 ff., Deutsch-italienischer Vertrag vom 9. November 1907, a. a. O. S. 445 ff.) geschützt wäre. Dass dem in der Tat so ist, darauf deutet wohl der weitere Vermerk am Fusse: Ius proprietatis vindicabitur. Doch diese Frage kann und braucht hier nicht weiter erörtert zu werden.

Jedenfalls aber hat der Vorbehalt kirchenrechtliche Bedeutung. Durch ihn werden die katholischen Verleger und Drucker auch im Gewissen verpflichtet, den Kodex ohne Erlaubnis nicht nachzudrucken, und der katholische Käufer, einen solchen unerlaubten Nachdruck nicht zu kaufen. Was endlich die Beweggründe des Vorbehalts anlangt, so liegen diese teils auf ideellem Gebiet (vgl. can. 1389. Collectiones decretorum Romanarum Congregationum rursus edi nequeunt, nisi impetrata

Und nun das Gesetzbuch selbst! Anders als alles, was die katholische Kirche bisher an offiziellen Sammlun-

prius licentia et servatis conditionibus a Moderatoribus uniuscuiusque Congregationis praescriptis und 2318), teils auf materiellem und brauchen hier gleichfalls nicht näher dargelegt zu werden. Vgl. auch can. 2331 § 1.

Um dieselbe Zeit wie das Register zur amtlichen Ausgabe, also Ende Dezember 1917 wurde in Rom von den in mehreren Formaten angekündigten Ausgaben des Kardinals Gasparri diejenige in Lex. 8° ausgegeben. Sie trägt denselben Titel wie die amtliche, aber auf dem Umschlag mit dem Zusatze: Praefatione Emi Petri Card. Gasparri et indice analytico-alphabetico auctus, und enthält ausser der besonders paginierten, 19 Seiten umfassenden Einleitung gleichfalls mit besonderer Seitenzählung die Promulgationskonstitution sowie die Professio fidei und dann auf 582 Seiten den Gesetzestext, die Anhänge, Addenda et Corrigenda, das Motuproprio: Cum iuris canonici und das Register, ganz wie in der amtlichen Ausgabe und deren Appendix, nur mit etwas schmalerem Rande. Offenbar ist der Satz der amtlichen Ausgabe und zwar ohne neuen Umbruch dafür benutzt worden. Auf der Rückseite des Titelblatts findet sich derselbe Vorbehalt wie in der amtlichen Ausgabe.

Aus der Einleitung sind die für die Entstehungsgeschichte des Kodex in Betracht kommenden Stellen in der obigen Darstellung noch benutzt und mitgeteilt worden. Es konnte dies geschehen, weil auch diese Ausgabe mir noch rechtzeitig, am 18. April, unmittelbar vor dem Umbruch des Satzes dieses Buches zuging. Der Königlichen Bibliothek in Berlin und der Basler Universitätsbibliothek, die sie beide auf diplomatischem Wege erhalten hatten und mir sofort zugänglich machten, die Bibliothek in Basel durch freundliche Vermittlung meines Kollegen und Freundes Dr. Hermann Henrici, sage ich auch an dieser Stelle dafür verbindlichsten Dank.

Der grösste Teil der Gasparrischen Einleitung, die in mehr als einer Hinsicht derjenigen an die Seite gestellt werden kann, die der jetzige Kardinal und damalige Dekan der Rota Michele Lega 1912 dem ersten Bande der neuen Reihe der S. Romanae Rotae decisiones seu sententiae vorausschickte, versucht in weiterer Ausführung dessen, was die Einführungskonstitution: Providentissima (oben S. 26 ff.) nur kurz andeutet, die Geschichte der kirchlichen Gesetzgebung und Gesetzessammlungen kurz zu skizzieren. So viel ich sehe, wird daraus die wissenschaftliche Welt nur eine Stelle lebhafter interessieren, die ich deshalb hierhersetze, obwohl sie so wenig als das übrige auf den Gegenstand unserer Untersuchung unmittelbar Bezug hat; sie betrifft die Pseudoisidorischen Dekretalen und lautet (p. V s.): Inter chronologicas

gen[1]) besessen hat, aber entsprechend den amtlichen Ankündigungen stellt es sich als eine vollständige, erschöpfende Kodifikation des ganzen gemeinen katholischen Kirchenrechts nach Art der neuzeitlichen staatlichen Gesetzbücher dar. Es ist systematisch angelegt und bewältigt den Stoff in 2414 durchgezählten Kanones, hat also ungefähr den Umfang unseres Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Kanones sind abstrakt gefasst, also nicht bloss für den Einzelfall formulierte Bestimmungen, und, wenn umfangreicher, in Paragraphen (§§) und

---

quas vocant collectiones, fere ultima tempore, usu tamen, etsi privato, notissima, fuit sylloge, quae medio IX saeculo edita, supposito Isidori Mercatoris nomine evulgata est. Ignotus huius auctor, amplissimae collectioni apud Hispanos receptae multas addidit epistolas Romanis prioris aevi Pontificibus falso adscriptas. Attamen subditiciis hisce pseudo-isidorianis decretalibus disciplinam Ecclesiae penitus immutatam fuisse, prout contendebant catholici nominis hostes, nemo est hodie qui asserat (vgl. dazu p. VII). Was aber endlich die höchst wertvollen und willkommenen Angaben über die Entstehung des Kodex anlangt, so sei bemerkt, dass sie offenbar im wesentlichen aus der Erinnerung niedergeschrieben sind und eine urkundliche Darstellung, wie sie oben unternommen wurde, keineswegs überflüssig machen.

In Deutschland ist angekündigt eine mit Nachdruckerlaubnis des Hl. Stuhls unternommene Handausgabe mit Erläuterungen, die Eduard Eichmann (Wien, demnächst München), August Knecht (Strassburg i. E.), Johannes Linneborn (Paderborn), Abt Raphael Molitor (oben S. 10 Anm. 1) und Egon Schneider (Freiburg i. Br.) mit Godehard Joseph Ebers (Münster i. W.) als Herausgeber veranstalten.

Auch mit Vorlesungen und Seminarübungen über das neue Recht ist bereits begonnen worden. So lese ich darüber an der Berliner Universität seit dem Wintersemester 1917/18 öffentlich ein Einführungskolleg, und habe ich in dem dortigen Kirchenrechtlichen Institut bereits auch Uebungen über den Kodex abgehalten. Und für die Geistlichen der verschiedenen Diözesen wurden zur Vertrautmachung mit dem neuen Gesetzbuch durch theologische Kanonisten Vorträge veranstaltet, so von Emil Göller in der Freiburger, von Anton Scharnagl in der Münchener Erzdiözese, in Berlin durch den Breslauer Kanonisten Franz Triebs.

[1]) Deren letzte, die Clementinen, waren gerade sechshundert Jahre zuvor, nämlich 1317 von Johann XXII. publiziert worden. Vgl. Stutz, Kirchenrecht[2] § 26, 2 c S. 320. Siehe aber auch oben S. 24 Anm. 2.

Ziffern (n) untergeteilt. Die Kanones sind, abgesehen von den die einzelnen Abschnitte einleitenden, zusammengefasst in Titel (tituli), die, wo nötig, wieder in Kapitel (capita) und Artikel (articuli) zerfallen. Das Ganze ist in Bücher eingeteilt, welche bei grösserem Umfang ausser aus den Einleitungskanones aus Abteilungen (partes) und Abschnitten (sectiones) bestehen, doch so, dass die Titel durch das ganze Buch durchgezählt werden.

Der Bücher sind fünf. Die Fünfteilung der mittelalterlichen offiziellen Dekretalensammlungen ist also beibehalten worden [1]), aber, wie das Folgende lehren wird, nur der Zahl, nicht dem Inhalte nach. Der bekannte Memorialvers [2]): Iudex (kirchliche Regierung), Iudicium (Bürgerliches und Verwaltungsstreitverfahren), Clerus (Geistlichkeits- und Vermögensrecht), Sponsalia (Eherecht), Crimen (Straf- und Disziplinarstrafverfahren) passt nicht mehr auf das neue Gesetzbuch. Dies namentlich deshalb nicht, weil das Eherecht aufgehört hat, ein Buch für sich zu bilden, und bei den Sakramenten untergebracht ist, was dem Kodex im Vergleich zu den alten Sammlungen entschieden ein geistlicheres Gepräge gibt. Dafür schliesst sich die neue Einteilung wieder an die der Institutionen des Gajus (personae, res, actiones) bezw. Justinians an oder vielmehr an die Art, wie das 1563 erschienene Kirchenrechtslehrbuch, die Institutiones iuris canonici, des Perusiner Gelehrten Giovanni Paolo Lancelotti und ihm folgend manche Späteren den Stoff angeordnet hatten [3]) nach dem Memorialvers:

Personas nos prima docet, resque secunda,
Tertia dat iudices, crimina quarta premit,

---

[1]) Vgl. dazu oben S. 15 mit Anm. 3.

[2]) Stutz, Kirchenrecht² § 26, 2 a S. 319.

[3]) Vgl. Joh. Friedrich v. Schulte, Die Geschichte der Quellen und Literatur des Canonischen Rechts III 1, Stuttgart 1880 S. 451 f.; Wilhelm Kahl, Lehrsystem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik I, Freiburg i. Br. 1894 S. 41; Sägmüller, Kirchenrecht² §§ 5, 8 I S. 15, 23.

nur dass eben, wie wir oben[1]) sahen, um die Fünfteilung zu retten, der einleitende Allgemeine Teil als erster vorgeschoben worden ist.

Ueberblicken wir unter Uebergehung der vorausgeschickten Formel für das Glaubensbekenntnis rasch diese fünf Bücher.

Das erste Buch enthält in 86 Kanones den allgemeinen Teil (Normae generales). Nach einigen Eingangs- und Uebergangsbestimmungen, auf die wir noch zurückkommen werden[2]), sofern sie nicht einfach sagen, der Kodex gelte nur für die Lateinische Kirche und verpflichte die Orientalische nicht, ausser in den Dingen, die schon der Natur der Sache nach auch die Orientalische berührten[3]), oder er beziehe sich, wenn das Gegenteil nicht ausdrücklich bestimmt sei, nicht auf die Liturgie[4]), ist in diesem Buche die Rede von den Kirchengesetzen im allgemeinen, vom Gewohnheitsrecht, von der Zeit- und Fristberechnung, von den Reskripten, Privilegien und Dispensen.

Das zweite Buch behandelt in 639 Kanones das kirchliche Personenrecht (De personis). Wiederum gehen einige Begriffs- und andere Bestimmungen allgemeiner Art über sogenannte natürliche und künstliche Personen voraus[5]). Von den drei Abteilungen ist die erste dem Klerus und den Kirchenämtern gewidmet und betrifft in ihrer einen Unterabteilung das Kleriker- und Amtsrecht im allgemeinen, insbesondere die Rechte und Pflichten des geistlichen Standes, die Besetzung (freie Verleihung, Wahl, Wahlbitte und Postulation)

---

[1]) Vgl. oben S. 16.

[2]) Siehe unten S. 137 f., 161 ff., 184.

[3]) can. 1. Licet in Codice iuris canonici Ecclesiae quoque Orientalis disciplina saepe referatur (siehe im Register unter Orientales), ipse tamen unam respicit Latinam Ecclesiam, neque Orientalem obligat, nisi de iis agatur, quae ex ipsa rei natura etiam Orientalem afficiunt wie z. B. die Sätze über den römischen Primat.

[4]) can. 2.

[5]) Darüber besonders unten S. 193 ff., 198 ff.

und den Verlust der Kirchenämter, aber auch die ordentliche und die delegierte Jurisdiktion. Die zweite handelt von den einzelnen kirchlichen Amtsträgern, ihren Befugnissen und ihren Obliegenheiten vom Papste an bis herab auf die sorgfältig auseinandergehaltenen [1]) Pfarrverweser (vicarii oeconomi), Pfarrvertreter (vicarii substituti), Pfarrgehilfen (vicarii adiutores), Pfarrhelfer (vicarii cooperatores) ohne oder mit Pfründe (beneficiales, Kapläne) [2]) sowie die Kirchenrektoren. Dann folgt ein zweiter Teil über die Ordens- und Kongregationsleute (De religiosis), der allerdings noch mehr als der erste über den Weltklerus nur die Grundlagen legt, da die Regeln, Konstitutionen und Privilegien der einzelnen Orden und Kongregationen, soweit sie nicht im Widerspruch zu den Vorschriften dieses Gesetzbuchs stehen, in Geltung bleiben sollen und die Verfassung, aber auch das Rechtsleben der religiosen Genossenschaften nach wie vor in erster Linie bestimmen werden [3]). Den Schluss macht ein kurzer dritter Teil über die Laien, der fast ausschliesslich mit deren Verbindungen zu religiösen Zwecken, Dritten Orden, Bruderschaften, Erzbruderschaften und sonstigen kirchlichen Vereinen sich beschäftigt; auch er ist in einen allgemeinen und in einen besonderen Teil untergeteilt.

Dem Recht der kirchlichen Sachen gilt das dritte Buch (De rebus) [4]). Es ist das grösste von allen und um-

---

[1]) can. 471 ss.

[2]) Als cappellani bezeichnet der Kodex aber nur die Militärgeistlichen, die Geistlichen an Gotteshäusern Religioser und die Vereinsgeistlichen; vgl. can. 451 § 3. 479 § 2, 518 ss. (mit Ueberschrift dazu), 698, 1230 § 5.

[3]) can. 489, 613.

[4]) Wie wir oben S. 16. sahen, wurde es aus ehemals für zwei Bücher (De Sacramentis und De Rebus et Locis sacris) bestimmtem Stoff gebildet. Das sucht can. 726 wenigstens beiläufig zu rechtfertigen, indem er sagt: Res de quibus in hoc libro agitur quaeque totidem media sunt ad Ecclesiae finem consequendum, aliae sunt spirituales, aliae temporales, aliae mixtae. In Wahrheit liegt, wie schon die Ueber-

fasst 826 Kanones. Sehr eingehend beschäftigt sich ein erster Teil, von zehn Kanones an dessen Schluss über die Sakramentalien (Konsekrationen, Benediktionen, Exorzismen) abgesehen, mit den sieben Sakramenten der katholischen Kirche, zunächst mit der Taufe, dann mit der Firmung, dem hl. Abendmahl, wo auch das Recht der Messe und der Messstipendien untergebracht ist, mit dem Busssakrament, in welchem Zusammenhang eingehende Bestimmungen über Beichtjurisdiktion und Beichtapprobation sowie über die Ablässe gegeben werden, weiter mit der Letzten Oelung, vor allem aber mit der Ordination und zwar auch für die Weihegrade, bei denen sie kein Sakrament ist, und für die Tonsur, und endlich mit der Ehe und deren Recht. Der zweite Teil „Von den heiligen Stätten und Zeiten" betrifft die verschiedenen Arten von Kirchen, Bethäusern, Altären, weiter die Kirchhöfe und das Begräbnisrecht, endlich die Feiertage samt der Abstinenz und den durch die Zulassung der Verbindung eines Fisch- mit einem Fleischgericht gemilderten Fasten. Den Inhalt des dritten Teils bildet die Aufbewahrung und Verehrung des Allerheiligsten, die Verehrung der Heiligen und Seligen, Bilder und Reliquien (mit gewisser Rücksichtnahme auf die Grundsätze neuzeitlicher Denkmalpflege bei Restaurationen) [1]), die Prozessionen und Wallfahrten, das Recht der hl. Geräte, des Gelübdes und Eides, also, kurz ausgedrückt, das gesamte Kultusrecht. „Von der Lehrgewalt" lautet die Ueberschrift des vierten Teils; ausser von der religiösen Unterweisung der Jugend, der Predigt und den Volksmissionen ist darin die

---

sicht lehren wird, die Sache so, dass man in diesem dritten Buche mehr oder weniger glücklich unterbrachte, was in den anderen nicht unterzubringen war.

[1]) can. 1280. Imagines pretiosae, idest vetustate, arte aut cultu praestantes, in ecclesiis vel oratoriis publicis fidelium venerationi expositae, si quando reparatione indigeant, nunquam restaurentur sine dato scriptis consensu ab Ordinario; qui, antequam licentiam concedat, prudentes ac peritos viros consulat.

Rede von den Knaben- und Klerikal- (Priester-) Seminaren, von den niederen und höheren Schulen mit Einschluss der katholischen Universitäten und Fakultäten und zuletzt von der Bücherzensur sowie von dem Bücherverbot und von der Ablegung des Glaubensbekenntnisses [1]). Vom Pfründenrecht mit Einschluss des Patronatrechtes und von dem Rechte sonstiger kirchlicher Anstalten handelt der fünfte, vom übrigen Kirchenvermögensrecht der sechste und letzte Teil.

Mit seinen 643 Kanones dem zweiten Buch an Umfang ziemlich gleich kommt das vierte über das kirchliche Verfahren (De processibus). Die Gerichtsverfassung und das ordentliche Verfahren, dazu das Recht des gerichtlichen Vergleichs und der Schiedsgerichte sowie die Besonderheiten des Straf- und Eheprozesses füllen den ersten Teil; den ganzen zweiten die sehr eingehenden Bestimmungen über den Beatifikations- und Kanonisationsprozess; den dritten das Recht der Amtsentsetzung und der Versetzung auf dem Verwaltungswege, wobei im Einklang mit anderen Vorschriften des Gesetzbuches schärfer als nach dem Dekret: Maxima cura vom 20. August 1910 [2]) zwischen inamovibeln und jederzeit abrufbaren Pfarren unterschieden wird [3]). In diesem Zusammen-

[1]) Betreffend die Formel dafür siehe oben S. 39. Die ausdrückliche Bekämpfung des ja an sich schon mit der katholischen Lehre unvereinbaren Modernismus, die Pius X. mit so viel Eifer betrieb, spielt im Kodex keine Rolle mehr. Doch werden modernistische wie andere widerkatholische Bücher nach wie vor nicht bloss auf Denunziation hin sondern auch ex officio verurteilt; can. 247 § 4. Auch sollen nach einem neuerlichen Dekret des S. Officium vom 22. März 1918 (Acta Apostolicae Sedis X 1918 p. 136) die Vorschriften Pius X. darüber zunächst noch in Kraft bleiben.

[2]) Acta Apostolicae Sedis II 1910 p. 636 ss., Nikolaus Hilling, Quellensammlung für das geltende Kirchenrecht, 2. Heft. Das summarische Prozessverfahren in Disziplinar- und Strafsachen der Geistlichen, Bonn 1915 S. 17 ff.

[3]) can. 2147 ss. und 2157 mit can. 454 § 1. Qui paroeciae administrandae praeficiuntur qua proprii eiusdem rectores, stabiles in ea esse debent; quod tamen non impedit quominus omnes ab ea removeri queant ad normam iuris. § 2. At non omnes parochi eandem obtinent stabili-

hang wird schliesslich auch noch gedacht des disziplinarischen Vorgehens gegen Pfarrer, welche die Residenz- oder die Zölibatspflicht oder spezielle pfarrliche Pflichten, wie die der Kirchenbuchführung, vernachlässigen[1]), und endlich des viel besprochenen und viel angefochtenen Vorgehens im Geheimen und ohne Verfahren, lediglich ex informata conscientia des Obern, das zu gänzlicher oder teilweiser Amtsenthebung führt, doch so, dass der Betroffene Rekurs erheben kann, in welchem Falle das Beweismaterial dem Apostolischen Stuhle vorgelegt werden muss[2]). An diesen kann auch der auf dem Verwaltungsweg Entsetzte oder Versetzte als letztes Rechtsmittel eine Beschwerde richten[3]).

---

tatem; qui maiore gaudent, inamovibiles; qui minore, amovibiles appellari solent. § 3. Paroeciae inamovibiles nequeunt amovibiles reddi sine beneplacito apostolico; amovibiles possunt ab Episcopo, non autem a Vicario Capitulari, de Capituli cathedralis consilio, inamovibiles declarari; novae quae erigantur, sint inamovibiles, nisi Episcopus, prudenti suo arbitrio, attentis peculiaribus locorum ac personarum adiunctis, audito Capitulo, amovibilitatem magis expedire decreverit. § 4. Quasi-paroeciae sunt omnes amovibiles. § 5. Parochi autem, ad religiosam familiam pertinentes, sunt semper, ratione personae, amovibiles ad nutum tam loci Ordinarii, monito Superiore, quam Superioris, monito Ordinario, aequo iure, non requisito alterius consensu: nec alter alteri causam iudicii sui aperire multoque minus probare tenetur, salvo recursu in devolutivo ad Apostolicam Sedem und can. 192 § 1. Privatio officii incurritur sive ipso iure, sive ex facto legitimi Superioris. § 2. Si agatur de officio inamovibili, Ordinarius nequit clericum eodem privare, nisi mediante processu ad normam iuris. § 3. Si de amovibili, privatio decerni ab Ordinario potest ex qualibet iusta causa, prudenti eius arbitrio, etiam citra delictum, naturali aequitate servata, sed certum procedendi modum sequi minime tenetur, salvo canonum praescripto circa paroecias amovibiles; privatio tamen effectum non habet, nisi postquam fuerit a Superiore intimata; et ab Ordinarii decreto datur recursus ad Sedem Apostolicam, sed in devolutivo tantum.

[1]) Auch dabei kann es zur Amotion kommen; siehe can. 2171 mit 2177 und can. 2185.

[2]) can. 2186 ss., besonders can. 2194. Man vergleiche damit can. 970.

[3]) Ausdrücklich vorgesehen ist dies, da natürlich die oben mitgeteilten § 3 des can. 192 und § 5 von can. 454 hier nicht in Betracht

Das fünfte und letzte Buch über das kirchliche Strafrecht (De delictis et poenis) ist mit 220 Kanones wieder kleiner. Im ersten Teil wird über die kirchlichen Straftaten, ihre Arten und ihre Einteilung, über die Schuldfähigkeit, über Strafbemessung (Strafschärfung und Strafmilderung) sowie Strafausschliessung, über die Rechtsfolgen der strafbaren Tat und über den Versuch bestimmt. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den Kirchenstrafen im allgemeinen, mit der Strafgewalt und mit der Aufhebung der Strafen bezw. der Begnadigung; hierauf mit den einzelnen Strafen im besonderen, den Besserungsstrafen, namentlich mit dem nur nach reiflichster Ueberlegung und gewissenhafter Prüfung anzudrohenden oder zu verhängenden Banne[1]), dem (Personal- und dem von Pius X.[2]) wieder praktisch gemachten Lokal-) Interdikt, der Amtsenthebung, aber auch mit den Sühnstrafen, den Zuchtmitteln (Verwarnung, Verweis, Strafandrohung, Ueberwachung) und den Pönitenzen, für Geistliche sowohl als für Laien. Bemerkt sei, dass entsprechend längst eingebürgerter Praxis diese Strafen — abgesehen von der Verkehrssperre, die aber nur den vom Apostolischen Stuhle selbst, also durch eine Art Kirchenoberbann mit Namen Exkommunizierten und bloss dann, wenn seine Exkommunikation ausdrücklich und unter Verkehrsverbot bekanntgegeben ist, trifft und nicht für den Gatten, die Eltern,

---

kommen, allerdings in dem Gesetzbuche so wenig wie bisher im Dekret: Maxima cura, die beide vielmehr allein das innerdiözesane Verwaltungsverfahren regeln. Aber doch wohl nur, weil man wünscht, dass es für die Regel dabei sein Bewenden habe und Rom nicht angegangen werde, und weil es sich von selbst versteht, dass man sich über einen Verstoss bei der Amotion wie sonst über den Bischof beschweren kann; vgl. can. 248 § 3.

[1]) can. 2241 § 2. Censurae, praesertim latae sententiae, maxime excommunicatio, ne infligantur, nisi sobrie et magna cum circumspectione.

[2]) Am 30. September 1909 gegen die Stadt Adria und am 10. Dezember 1913 gegen die Stadt Galatina (Acta Apostolicae Sedis I 1909 p. 765 s., V 1913 p. 517 s. mit VI 1914 p. 8 s.).

Kinder, Dienstboten und Untergebenen gilt, auch im Falle der Verletzung nicht etwa selbst wieder den Bann nach sich zieht [1]) — lediglich in dem Entzug kirchlicher Vorteile und Rechte bestehen; nur gegenüber Geistlichen bezw. Ordensleuten im weiteren Sinn kann auch mit Freiheitsstrafen (bei Weltgeistlichen mit Verweisung in ein Demeritenhaus) [2]) und Geldstrafen [3]) ganz wie bisher vorgegangen werden. Alle nicht in dem Gesetzbuche erwähnten Strafen sind nach ausdrücklicher Bestimmung abgeschafft. Wer also der Meinung sein zu müssen glaubte, der Feuertod als Ketzerstrafe werde zwar aus naheliegenden Gründen nicht mehr verhängt, sei aber in der katholischen Kirche noch immer Rechtens, der wird, je nach seinem Standpunkt, durch das Gesetzbuch beruhigt oder

---

[1]) can. 2258 § 1. Excommunicati alii sunt *vitandi,* alii *tolerati.* § 2. Nemo est vitandus, nisi fuerit nominatim a Sede Apostolica excommunicatus, excommunicatio fuerit publice denuntiata et in decreto vel sententia expresse dicatur ipsum vitari debere, salvo praescripto can. 2343, § 1, n. 1 und dazu can. 2259 ss., besonders 2267 sowie 2338 § 2. Durch den Vorbehalt der Verhängung von seiten des Apostolischen Stuhls ist die Verwendung des Bannes mit Verkehrssperre erschwert, aber auch, falls es doch dazu kommt, das Odium vom Ortsbischof genommen und die strafende kirchliche Obrigkeit dem Zugriff der weltlichen entrückt. Und durch das Erfordernis der namentlichen, öffentlichen und in einem Dekret bekanntzugebenden Verhängung ist die Möglichkeit gegeben, einem der Exkommunikation Verfallenen oder in sie Verurteilten durch einstweilige Nichtveröffentlichung nach aussen hin noch etwelche Schonung zu gewähren.

Man hat als nunmehr praktisch bei der Exkommunikation vier Abstufungen zu unterscheiden: 1. die schlichte ohne weiteres eingetretene Bannung, can. 1654 § 2, 2232, 2260, die sich aber nach Ablauf eines Jahres verschärft, can. 2340; 2. die durch sententia declaratoria oder condemnatoria erklärte, aber nicht weiter bekanntgegebene, can. 1095 § 1 n° 1°, 1654 § 1, 1757 § 2 n° 1°, 2260 mit 1240 § 1 n° 2°, 2265 § 2, 2266; 3. die ausserdem publizierte oder sonst notorische, can. 2232, 2258 § 1; und endlich 4. die vom Papst in der angegebenen Weise mit Verkehrssperre ausgesprochene. Nur der in die letzgenannte Verfallene ist vitandus.

[2]) can. 2298 n° 7, n° 8°, 2301, 2302 und dazu can. 1957.

[3]) can. 2291 n° 12° mit can. 2297.

enttäuscht. Den dritten Teil des Strafrechts und damit den Schluss des ganzen Gesetzbuches macht der sogenannte spezielle Teil aus, der die einzelnen Straftaten behandelt und die darauf gesetzten Strafen, soweit nicht Arbiträrstrafen in Betracht kommen.

Angehängt sind acht Dokumente, ältere kirchliche Erlasse oder Stücke von solchen, auf die in dem Gesetzbuch verwiesen ist, und die deshalb auch weiterhin neben ihm gebraucht werden, vor allem die Papstwahlbullen Leos XIII. und Pius IX.[1]), insbesondere die Hauptbulle für die Papstwahl: Vacante Sede Apostolica[2]), zwei Konstitutionen Benedikts XIV.[3]) und drei andere aus dem 16. Jahrhundert[4]).

Ueberblickt man das Ganze, so wird man urteilen müssen, dass der gewaltige Stoff in sehr übersichtlicher und zweckentsprechender Weise angeordnet ist. Gewiss hat die Auseinanderreissung des Aemterrechts in das im zweiten Buche untergebrachte Recht der Offizien und das in das dritte verlegte der Benefizien gewisse Nachteile[5]). Gewiss ist für unsere Begriffe das kirchliche Vermögensrecht etwas stiefmütterlich versorgt und das Patronatrecht nicht ganz an der richtigen Stelle, wozu jedoch bemerkt werden muss, dass der kirchliche Gesetzgeber es wohl von seinem Standpunkt aus mit vollem Bedacht von dem kirchlichen Stellenbesetzungsrecht getrennt hat. Auch das Recht der Lehrgewalt dürfte nicht ganz an den angemessenen Platz geraten sein. Jedoch bei jedem Einteilungsprinzip würden sich Unebenheiten ergeben. Und es muss anerkannt werden, dass der Benutzer in kürzester Zeit auch ohne Register sich leicht zurechtfindet und in dem an-

---

[1]) Vgl. oben S. 22 mit Anm. 2, 3, S. 24.

[2]) Die Kanones, in denen auf sie und durch sie auf die anderen verwiesen ist, siehe unten S. 238 Anm. 1, 2.

[3]) Vgl. dazu oben S. 24 Anm. 2.

[4]) Auf diese fünf Stücke berufen sich die can. 459 § 2, 884, 904, 1125.

[5]) Vgl. die dadurch nötig gewordenen can. 146 und 1413 § 2.

genommenen System des Gesetzbuches sich auskennt. Das Ganze ist eine wohlüberlegte, ausgereifte Arbeit. Nicht umsonst wurde es zwölf Jahre lang mit grösstem Eifer und unter Aufbietung eines stattlichen Stabes von sachkundigen Mitarbeitern vorbereitet. Auch die sprachliche Fassung verdient, obgleich ihr da und dort die strenge Folgerichtigkeit abgeht [1]), Anerkennung. Ein schmuckloses, schlichtes und nüchternes, aber flüssiges und präzises Latein lässt den Fachmann schon bei flüchtiger Lesung kaum irgendwo im Zweifel über den wahren Sinn der einzelnen Bestimmungen. Bei tieferem Eindringen, und wenn erst die Literatur auf das Gesetzbuch im einzelnen sich wirft, werden freilich Meinungs- und Deutungsverschiedenheiten nicht ausbleiben.

Deswegen ist auch bereits am 15. September 1917 eine aus Kardinälen bestehende und durch Konsultoren unterstützte Kommission für die authentische Interpretation des Kodex und für die Redaktion von Novellen zu ihm eingesetzt worden [2]).

---

[1]) Darüber vgl. unten S. 221. Wenig sorgfältig und folgerichtig sind die Satzzeichen gesetzt. Ich halte mich aber bei dem Abdruck des Gesetzestextes strenge auch an die Interpunktion und mache besonders darauf aufmerksam, wenn Zweifel von Belang sich ergeben.

[2]) Motuproprio Benedikts XV.: Cum iuris canonici Codicem, Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 483 ss. und im Anhang zum Kodex selbst p. 529 s. Nach Bekanntmachung des Kodex Ecclesiae bonum ipsiusque natura rei profecto postulant ut, quantum fieri potest, caveamus, ne aut incertis privatorum hominum de germano canonum sensu opinionibus et coniecturis, aut crebra novarum legum varietate, tanti operis stabilitas in discrimen aliquando vocetur. Dem soll begegnet werden: I Exemplum decessorum Nostrorum secuti, qui decretorum Concilii Tridentini interpretationem proprio Patrum Cardinalium coetui commiserunt, Consilium seu *Commissionem,* uti vocant, constituimus, cui uni ius erit Codicis canones authentice interpretandi, audita tamen, in rebus maioris momenti, Sacra ea Congregatione cuius propria res sit, quae Consilio disceptanda proponitur. Idem vero Consilium constare volumus ex aliquot S.R.E. Cardinalibus, quorum unus coetui praesit, Auctoritate Nostra et successorum Nostrorum deligendis; his accedent tum vir probatus, qui sacri Consilii erit ab Actis, tum aliquot Consultores ex utroque clero iuris

Sie hat eine ähnliche Aufgabe zu erfüllen wie bis 1908 [1]) dem Trienter Konzil gegenüber die S. Congregatio Cardinalium Concilii Tridentini interpretum, nämlich

1. das Gesetzbuch authentisch zu interpretieren, in wichtigeren Fragen jedoch nur nach vorheriger Anhörung derjenigen römischen Kongregation, die für die Behandlung der einschlägigen Sachfragen im Einzelfalle zuständig wäre;

2. falls doch im Laufe der Zeit von römischen Kongregationen neue allgemeine Dekrete, von denen zunächst möglichst abgesehen werden soll, zu erlassen sein werden, und der Papst den ihm vorgelegten Dekretsentwurf gebilligt hat, ihn in einen oder mehrere Kanones fassen. Weichen diese vom Kodex ab, so ist genau anzugeben, an welcher Kanones Statt sie einzufügen sind; füllen sie eine Lücke im Kodex aus, so muss die Stelle bezeichnet werden, wo sie einzuschalten sind und zwar mit der Zahl des unmittelbar vorhergehenden Kanons unter Hinzufügung von bis, ter u. s. w., damit die Ordnung nicht gestört wird. Die Aenderung ist in dem päpstlichen Gesetzesblatt bekanntzugeben [2]).

---

canonici periti, eadem Auctoritate designandi; sed Consilio ius erit Consultores quoque Sacrarum Congregationum, pro sua quemque re, sententiam rogandi.

[1]) Seit dem Inkrafttreten der Konstitution: Sapienti consilio vom 28. Juni 1908, Acta Apostolicae Sedis I 1909 p. 7 ss. war es Sache jeder einzelnen römischen Kongregation, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden tridentinischen Bestimmungen authentisch zu interpretieren. Siehe das Dekret der Konsistorialkongregation vom 11. Februar 1911, Acta Apostolicae Sedis III 1911 p. 99 s. und Stutz, Kirchenrecht[3] § 69 S. 419 Anm. 6.

[2]) II. Sacrae Romanae Congregationes *nova Decreta Generalia* iamnunc ne ferant, nisi qua gravis Ecclesiae universae necessitas aliud suadeat. Ordinarium igitur earum munus in hoc genere erit tum curare ut Codicis praescripta religiose serventur, tum *Instructiones,* si res ferat, edere, quae iisdem Codicis praeceptis maiorem et lucem afferant et efficientiam pariant. Eiusmodi vero documenta sic conficiantur, ut non modo sint, sed appareant etiam quasi quaedam explanationes et complementa canonum, qui idcirco in documentorum contextu peropportune afferentur. III. Si quando, decursu temporum, Ecclesiae universae

Die Kommission kann aber natürlich nur von Amts wegen in Anspruch genommen werden; sie erteilt Auskunft bloss den Ordinarien und den höheren Oberen von religiösen Genossenschaften. Private können sich lediglich durch die zuständigen Ordinarien an sie wenden [1]).

Zum ersten Vorsitzenden der Kommission wurde der Kardinalstaatssekretär Gasparri, zu Mitgliedern wurden die Kardinäle Gaetano De Lai, Bischof von Sabina, Basilio Pompilj, Bischof von Velletri, der kurz darauf [2]) zum Präfekten der Propaganda bestellte Wilhelm van Rossum, Gaetano Bisleti, Filippo Giustini und Michele Lega ernannt [3]). In persönlicher Beziehung setzt also die Interpretationskommission zunächst einfach die ehemalige Kodifikationskommission fort [4]). Das gilt ebenso von dem Kollegium der Konsultoren [5]).

---

bonum postulabit, ut novum generale decretum ab aliqua Sacra Congregatione condatur, ea ipsa decretum conficiat, quod si a Codicis praescriptis dissentiat, Summum Pontificem de eiusmodi discrepantia moneat. Decretum autem, a Pontifice adprobatum, eadem Sacra Congregatio ad Consilium deferat, cuius erit, ad Decreti sententiam, canonem vel canones redigere. Si decretum a praescripto Codicis discrepet, Consilium indicet cuinam Codicis legi nova lex sufficienda sit; si in decreto res vertetur de qua Codex sileat, Consilium constituat quo loco novus canon vel novi canones sint in Codicem inserendi, numero canonis, qui proxime antecedit, *bis*, *ter*, etc. repetito, ne canon sede sua moveatur ullus aut numerorum series quoquo pacto perturbetur. Quae omnia, statim post Sacrae Congregationis Decretum, in *Acta Apostolicae Sedis* referantur.

[1]) Acta Apostolicae Sedis X 1918 p. 77: Commissio a Summo Pontifice instituta ad Codicis canones authentice interpretandos, in plenario coetu die 9. dec. 1917 habito, statuit respondendum esse tantum dubiis propositis ab Ordinariis, a Superioribus maioribus Ordinum et Congregationum religiosarum, etc., non vero iis quae proponantur a privatis personis, nisi mediante proprio Ordinario.

[2]) Am 12. März 1918. Am 20. März wurde Kardinal De Lai zum Sekretär der Konsistorial-, Kardinal Bisleti zum Präfekten der Seminarkongregation ernannt, Acta Apostolicae Sedis X 1918 p. 172.

[3]) Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 558, X 1918 p. 46, Annuario pontificio per l'anno 1918 p. 638.

[4]) Vgl. oben S. 10 Anm. 2 und S. 29 Anm. 2.

[5]) Es sind vorerst — nach Friedensschluss werden wohl auch noch

Auch die Auslegung und die Weiterbildung des Werkes wird also durchaus autoritativ erfolgen. Nicht anders als die Satzung und der Erlass des Gesetzbuches selbst. Es entspricht dies dem Wesen der katholischen Kirche. Wir haben gesehen, dass die Bischöfe, überhaupt die kirchlichen Oberen für die Kodifikationsarbeit und zur Begutachtung des Entwurfs herangezogen worden sind. Ob das Werk dadurch wesentlich beeinflusst bezw. umgestaltet wurde, vermöchte nur der Eingeweihte zu beurteilen. Den Anschein hat es nicht. Das Gesetzbuch macht einen durchaus einheitlichen Eindruck. Diese Einheitlichkeit aber dürfte auf die Arbeit der römischen Kommission zurückgehen. Wir werden sehen, dass und wie in der Kodifikation auf dem Vatikanischen Konzil geäusserte Wünsche berücksichtigt sind[1]. Jedoch dies Konzil war das päpstlichste von allen. Vor der Geschichte und nach dem in ihm waltenden Geist ist der Kodex ein Werk des absoluten Papsttums. In ihm liegt nach Form und Inhalt durch und durch päpstliches, vatikanisches Kirchenrecht vor. In noch ganz anderem Sinne, als etwa Index (1564), Katechismus (1566), Brevier (1568), Missale (1570) und, wenn man will, die amtliche Ausgabe des Corpus iuris canonici von 1582 als Schöpfungen des Papsttums auf der Grundlage des Tridentinums bezeichnet werden können[2], stellt sich der Codex iuris canonici als das Werk der durch das Vatikanum zu höchster Machtfülle gesteigerten Primatialgewalt dar. Nachdem dem Papsttum

---

andere, namentlich deutsche und österreichische zugezogen werden — Benedetto Melata, Guglielmo Sebastianelli, Dekan der Rota, Serafino Many (Luzio Salvatore), Luigi Sincero, Evaristo Lucidi, Carlo Salotti, Auguste Boudinhon, Francesco Solieri, und von Ordensgeistlichen die PP. Benedetto Ojetti S. J., Pierre Bastien, Cassinenser Benediktiner, Michael Sleutjes O. F. M., Joachim von St. Simon Stock, unbeschuhter Karmeliter, Pierre Vidal S. J., Dante Munerati, Generalprokurator der Salesianer von Don Bosco. Sekretär ist Monsignor Luigi Sincero, Uditore der Rota, Amtssitz der Vatikanische Palast.

[1]) Unten S. 127 ff.

[2]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht² §§ 37, 26 S. 344 mit 320.

auf dem Gebiete des Glaubens und der Sitten die Unfehlbarkeit zugesprochen worden ist, hat es auf dem Gebiete des Rechtes ganze Arbeit gemacht und der Kirche ein zusammenfassendes, die innerkirchlichen Verhältnisse erschöpfend und einheitlich regelndes Gesetzbuch, einen unicus et authenticus fons [1]) für Verwaltung, Rechtsprechung und Rechtsunterricht geschenkt, wie sie es in ihrem bald zweitausendjährigen Bestande bisher nicht besass.

Im Vatikan und in weitesten Kreisen der katholischen Kirche empfindet man über den Abschluss des Gesetzeswerkes keine geringe Genugtuung [2]). Und das mit Recht. Gewiss handelt es sich dabei nicht um eine schöpferische Tat, die von Grund aus Neues ins Leben rief. Das Alte, im Dienste der Kirche Bewährte, steht durchaus im Vordergrund. Das katholische Kirchentum ist ja überhaupt seinem ganzen Wesen nach traditionalistisch, konservativ. Auch sahen wir, dass der Gesetzgeber von vornherein die Neuerungen auf das Notwendigste beschränken wollte. Was wir vor uns haben, ist also mehr nur ein Um- und Neuguss des überlieferten Stoffes. Aber auch schon das nötigt uns Achtung ab und schliesst ein erhebliches Verdienst in sich. Um nur eines hervorzuheben, so ist die Tatsache, dass jetzt das Ordens-, das kirchliche Prozess- und das Strafrecht eingehend geregelt sind, wahrlich nicht gering anzuschlagen. Selbst in Friedenszeiten wäre die Bewältigung eines solchen Stoffes eine Riesenleistung, ohne die Arbeit von mehr als zehn Friedensjahren wäre sie gar nicht möglich gewesen. Um so mehr will es bedeuten, dass das grosse Werk trotz dem Weltkriege nicht abgebrochen, sondern

---

[1]) So bezeichnet den Kodex ein unten S. 165 noch zu behandelnder Erlass der Seminar- und Universitätenkongregationen vom 7. August 1917, Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 439.

[2]) Vgl. namentlich das Schreiben Benedikts XV. an den Kardinal Andrea Ferrari von Mailand vom 20. Dezember 1917, Acta Apostolicae Sedis X 1918 p. 16.

zum glücklichen Ende geführt worden ist. Für die Kirche ist damit viel erreicht. Auf lange hinaus wird ihr durch die Nöte der Gegenwart arg in Mitleidenschaft gezogener Körper dadurch gestählt und verjüngt werden[1]; wir wissen, was bei uns im Deutschen Reich unser Bürgerliches Gesetzbuch zur Stärkung unserer Kraft und Einheit beigetragen hat. Namentlich da, wo die Kirche vom Staate getrennt ist oder vor der Trennung von ihm steht, wird ihr die neue Rüstung zugute kommen. Das ältere Recht ist ja — schon die Tradition und die Ehrfurcht vor denen, die vordem auf den allgemeinen Synoden und dem Heiligen Stuhle Recht setzten, brachte das mit — soweit es dem Gesetzbuch nicht widerspricht, formell nicht ausser Kraft gesetzt worden. Aber tatsächlich gelten soll, wie wir sehen werden[2], nur noch der Kodex mit seinem Anhange und was sonst noch von römischen Erlassen über einzelne Materien vorbehalten ist oder neu ergehen wird. So wird, selbst wenn, wie das trotz der Ankündigung Benedikts XV.[3], er werde an dem Kodex nicht rütteln lassen, auch bei dem neuen gemeinkirchlichen Recht zu erwarten steht, manches sich nicht in die Wirklichkeit umsetzen wird, schon weil es auf dem Wege der Gesetzgebung, der Gewohnheit und des Indults durch Partikular- und Ausnahmerecht vielfach wird verdrängt werden, die kirchliche Praxis, namentlich diejenige der römischen und der bischöflichen Behörden, doch ganz anders festen Boden unter ihren Füssen haben als bisher. Und in Anlehnung an das Gesetzbuch wird auch das Provinzial- und Diözesanrecht zum Teil neue Gestalt gewinnen. Möchte dabei die Einsicht walten, dass gerade der

---

[1]) Atque ad Iuris Canonici Codicem quod attinet, so schrieb Benedikt XV. am 3. Dezember 1917 an den ungarischen Episkopat, eum Episcopis praecipue volumus commendatum et traditum, ut vere valeat ad ecclesiasticae disciplinae nervos roborandos, Acta Apostolicae Sedis X 1918 p. 14.

[2]) Vgl. unten S. 163 ff.

[3]) Oben S. 33.

eminent gemeinrechtliche Charakter des im Kodex niedergelegten Rechtes eine Ergänzung durch mehr den örtlichen Bedürfnissen angepasstes Sonderrecht nötig macht; möchten namentlich bei uns in Deutschland nicht noch mehr, als es leider bereits im vergangenen Jahrhundert geschehen ist, berechtigte Eigentümlichkeiten, wie etwa die Mitwirkung der Kapitelsgeistlichkeit bei der Bestellung der Dekane, aufgegeben werden.



II.

Neues im Kodex.

Den nachstehenden Ausführungen liegt der zweite Teil meiner oben S. 2 erwähnten Vorstudie in der Internationalen Monatsschrift, nämlich Sp. 25 ff. zugrunde.

Neues bringt der Kodex im Grunde genommen nur wenig.

Völlig fehlt es ja daran nicht. Schon die Kodifikations- und Promulgationserlasse mit ihrer Ankündigung von Besserungen, Anpassungen und Ergänzungen, die anlässlich der Sammlung und Neufassung des alten Rechtsstoffes an diesem angebracht werden sollten und angebracht seien[1]), lassen das erwarten. Ebenso der unten[2]) noch zu besprechende Ueberleitungskanon 6, der von zweckmässigen Neuerungen spricht und davon, dass und wie neues, mit dem alten nicht übereinstimmendes Recht im Kodex auszulegen sei.

Immerhin würde der einen unrichtigen Standpunkt einnehmen, der an den Kodex mit der Erwartung heranträte, dass er das katholische Kirchenrecht von Grund aus umgestalte. Das war schon durch den eminent konservativen Grundzug des katholischen Kirchentums ausgeschlossen und ist, wie wir bereits oben[3]) betonten, auch gar nicht die Absicht des Gesetzgebers und die Aufgabe des Unternehmens gewesen. Diejenigen haben Recht behalten, die, wie ich das in Wort und Schrift[4]) tat, voraussagten, alle Neuerungen von Belang erschöpften sich in den viel besprochenen und umstrittenen Reformenlassen des vorigen Papstes[5]), das Gesetzbuch werde also, soweit es vom alten Recht abweiche, in der Hauptsache nur den Niederschlag dieser Reformen Pius X. bringen.

Darüber hinaus stossen wir in ihm in der Tat bloss auf Neuheiten verhältnismässig untergeordneter Natur. Das schliesst

---

[1]) Oben S. 8 mit Anm. 1, 2, S. 14 mit Anm. 1, S. 28 mit Anm. 1.

[2]) S. 161 f. [3]) S. 51. [4]) Z. B. Kirchenrecht² § 43 S. 367.

[5]) Deren leitende Gedanken und Hauptabsichten vortrefflich klarstellt Walther v. Hörmann, Zur Würdigung des vatikanischen Kirchenrechts, Innsbruck 1917.

nicht aus, dass sie im einzelnen Falle tief einschneiden und für die davon Betroffenen höchst wichtig sind. Wenn jetzt auch hinsichtlich der männlichen Ordensleute die Abhängigkeit von den Oberen bezüglich der Beichte gelockert [1]) und namentlich in can. 891 bestimmt [2]) ist, der Novizenmeister und sein Genosse sowie der Seminar- oder Kollegobere dürften, wenn sie nicht aus wichtigem und dringendem Grunde in besonderen Fällen von den Novizen oder von den Zöglingen des Seminars darum ersucht würden, ihre Beichte abzunehmen, die Beichte der Insassen der ihnen unterstellten Häuser nicht hören, so werden die Betreffenden das als grosse Erleichterung und erheblichen Fortschritt empfinden und begrüssen. Aber an dem Gesamtbilde ändern natürlich solche Einzelheiten nichts. Es bleibt dabei, dass der Kodex im wesentlichen nur die Krone setzt auf die bald zweitausendjährige Entwickelung des katholischen Kirchenrechtes und insbesondere in der Hauptsache bloss den Abschluss dessen bedeutet, was die kirchliche Rechtsgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts mit Einschluss der ersten anderthalb Jahrzehnte des zwanzigsten an Errungenschaften heraufgeführt hat.

Allerdings würde sich das Verhältnis des Neuen zum Alten etwas günstiger gestalten, wenn bei dieser Betrachtung die Reformen Pius X. als Neuerungen des Gesetzbuches mit eingestellt würden. Das sind sie ja auch in der Tat. Pius X. hat mit ihnen nur einen Teil des Gesetzbuchs vorweggenommen, etwa wie ein Schriftsteller, der ein grösseres Werk bearbeitet, vorher einzelne Teile desselben in vorläufiger Fassung für sich herausgibt [3]). Rechtshistorisch wird das neue Gesetz-

---

[1]) can. 518 ss., 566, 1361.

[2]) Magister novitiorum eiusque socius, Superior Seminarii collegiive sacramentales confessiones suorum alumnorum secum in eadem domo commorantium ne audiant, nisi alumni ex gravi et urgenti causa in casibus particularibus sponte id petant.

[3]) Vgl. die bei I, II, III, IV und VI vermerkten Vorstudien zu diesem Buche und, um ein berühmtes Beispiel zu nennen, Heinrich

gebungswerk Pius X. als eine Einheit gefasst und so der Fortschritt gegenüber dem früheren Rechtszustand gewürdigt werden müssen.

Aber es hätte sich ja leicht ereignen können, dass der Kodex nicht zustande gekommen und es bei den Einzelreformen Pius X. geblieben wäre. Dazu kommt, dass das Gesetzbuch formal einen Schnitt macht zwischen dem, was es bietet, und allem, was vorher war[1]). Letzteres ist ihm altes Recht, nur der Inhalt des Gesetzbuches gilt ihm als neu. Das ist die streng juristische Betrachtungsweise, die auch wir für unsere folgenden Untersuchungen innehalten wollen und müssen. Von ihr aus erscheinen die Neuerungen des Kodex als geringfügig[2]). Manche von ihnen werden in unseren späteren Sonderabhandlungen am gebührenden Orte vermerkt werden. Nur von dem, was sonst nicht zur Sprache kommen würde, hebe ich hier einiges kurz heraus.

Bei der Vorschrift der Promulgation der römischen Erlasse, für die nicht eine andere Publikationsart vorgeschrieben

---

Brunners klassische Abhandlungen zur fränkischen Rechtsgeschichte als vorweggenommene Bestandteile seiner Deutschen Rechtsgeschichte I und besonders II. Darüber siehe Ulrich Stutz, Heinrich Brunner, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung XXXVI 1915 S. IX ff., besonders S. XXX ff., XXXV, XXXVIII ff.

[1]) Vgl. unten S. 166 ff.

[2]) Das lehrt auch ein Blick in die eben vornehmlich für die Zwecke der kirchlichen, namentlich der seelsorgerischen Praxis gemachten Zusammenstellungen von Johann B. Haring, Ergänzungsheft zu Grundzüge des Katholischen Kirchenrechtes, Zusammenstellung der wichtigsten durch den neuen Codex iur. can. herbeigeführten Aenderungen, 3. Aufl., Graz 1918, Albertus Schmitt, Supplementum continens ea, quibus ex Codice Iuris Canonici Summa theologiae moralis auctore H. Noldin exarata vel mutatur vel explicatur, editio secunda, Oeniponte 1918, Alois Schmöger, Das neue Kirchenrechtsbuch von 1917, 3. Aufl., Salzburg 1918 und andere ähnliche soeben ausgegebene Uebersichten. Ihnen allen sind übrigens mehrere nicht unwichtige Neuerungen entgangen.

ist, fehlt der bisherige Zusatz: „sofern sie sich zur Publikation eignen“ [1]). Die Satzung von gemeinem Recht durch Geheimerlass ist dadurch fortan, wenn auch nicht unmöglich gemacht, so doch erschwert. Die bekanntgegebenen Gesetze treten drei Monate nach Ausgabe der sie enthaltenden Nummer des Commentarium officiale, der Acta Apostolicae Sedis, in Kraft [2]). Auch hierin, nicht bloss in der Einführung des Gesetzblattes und in dem Erlasse des Gesetzbuches selbst wird also, wenn auch mit entsprechender Anpassung an die Bedürfnisse der Weltkirche, nunmehr das staatliche Vorbild nachgeahmt.

Der Kirchenbann, dem nach wie vor ohne weiteres verfällt, wer sich an einem Kleriker oder an einem Religiosen des einen oder anderen Geschlechts tätlich vergreift, ist zwar, wenn der Angegriffene der Papst selbst ist, diesem in ganz besonderer [3]), und wenn es ein Kardinal oder ein päpstlicher Legat

---

[1]) Vgl. Pius X. Konstitution: Promulgandi vom 29. September 1908, Acta Apostolicae Sedis I 1909 p. 6: quoties promulgatione sit opus und dazu Stutz, Kirchenrecht [2] § 84 S. 435 und besonders denselben, Der neuste Stand des deutschen Bischofswahlrechtes, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 58. Heft, Stuttgart 1909 S. 115 sowie Friedberg, Deutsche Juristenzeitung XIV 1909 Sp. 1016 in dem bereits oben S. 22 Anm. 4 angeführten Aufsatze „Die Staatsregierungen und die Papstwahl“, der überhaupt ganz und gar auf mein kurz zuvor erschienenes, eben genanntes Buch (vgl. besonders darin S. 231 ff.) aufgebaut ist, wenn schon Friedberg es nicht für nötig erachtet hat, dessen Benutzung auch nur mit einem Worte zu erwähnen.

[2]) can. 9. Leges ab Apostolica Sede latae promulgantur per editionem in *Actorum Apostolicae Sedis commentario officiali,* nisi in casibus particularibus alius promulgandi modus fuerit praescriptus; et vim suam exserunt tantum expletis tribus mensibus a die qui *Actorum* numero appositus est, nisi ex natura rei illico ligent aut in ipsa lege brevior vel longior vacatio specialiter et expresse fuerit statuta.

[3]) Ueber einen anderen Fall einer specialissimo modo dem Papste reservierten Exkommunikation (Wegwerfen oder sonstiger Missbrauch einer geweihten Hostie oder eines Teils davon), jedoch ohne mit der Tat eintretende Verkehrssperre vgl. can. 2320.

im weiteren Sinne oder ein Inhaber von Bischofsweihe ist, wenigstens in besonderer Weise zur Absolution vorbehalten, dagegen nur noch dem Bischof, wenn der Angriff einem anderen kirchlichen Würden- oder Amtsträger oder einem Geistlichen oder Religiosen schlechthin gegolten hat[1]).

Zum Kardinal kann ausser mit Dispens fortan nur noch kreiert werden, wer mindestens die Priesterweihe hat[2]). Der Kardinaldiakonat ist zwar als dritte Rangklasse der Purpurträger beibehalten, aber Kardinäle, die wirklich nur Diakone sind, soll es in Zukunft nicht mehr geben. Es entspricht das den pastoralen Anschauungen und Bestrebungen Pius X., der im obersten Rate der Kirche keine blossen Diplomaten mehr sehen wollte, sondern nur noch Priester, wenn auch mit diplomatischer oder sonstiger nichtgeistlicher (Haupt- oder Neben-)Beschäftigung[3]).

Die römischen Kongregationen, welche im März 1917

---

[1]) can. 119 mit 2343 § 1. Qui violentas manus in personam Romani Pontificis iniecerit: 1.° Excommunicationem contrahit latae sententiae Sedi Apostolicae specialissimo modo reservatam; et est ipso facto vitandus; 2.° Est ipso iure infamis; 3.° Clericus est degradandus. § 2. Qui in personam S.R.E. Cardinalis vel Legati Romani Pontificis: 1.° In excommunicationem incurrit latae sententiae Sedi Apostolicae speciali modo reservatam; 2.° Est ipso iure infamis; 3.° Privetur beneficiis, officiis, dignitatibus, pensionibus et quolibet munere, si quod in Ecclesia habeat. § 3. Qui in personam Patriarchae, Archiepiscopi, Episcopi etiam titularis tantum, incurrit in excommunicationem latae sententiae Sedi Apostolicae speciali modo reservatum. § 4. Qui in personam aliorum clericorum vel utriusque sexus religiosorum, subiaceat ipso facto excommunicationi Ordinario proprio reservatae, qui praeterea aliis poenis, si res ferat, pro suo prudenti arbitrio eum puniat.

[2]) can. 232 § 1. Cardinales libere a Romano Pontifice ex toto terrarum orbe eliguntur, viri, saltem in ordine presbyteratus constituti, doctrina, pietate ac rerum agendarum prudentia egregie praestantes. Vgl. dazu auch den allgemeinen Grundsatz von can. 973 § 1.

[3]) Man vergleiche damit die von ihm seiner Zeit beliebte, aber jetzt wieder aufgegebene Aenderung der Praxis, nach der man ehedem von einer Nunziatur erster Klasse ordnungsmässig zum Purpur aufstieg.

durch die im Hinblick auf den Kodex verfügte Aufhebung der Indexkongregation auf die Zahl von zehn zurückgeführt worden waren, sind durch die allerdings bereits am 1. Mai desselben Jahres[1]), also noch vor der Bekanntgebung des Gesetzbuches, aber im Zusammenhang mit ihm erfolgte Errichtung einer Congregatio pro Ecclesia Orientali, deren Vorsitz sich der Papst vorbehält[2]), wieder auf elf gebracht.

Der Konsistorialkongregation ist die Entscheidung von Zuständigkeitsstreitigkeiten (Kompetenz-Kompetenz und -Inkompetenz) unter den römischen Behörden genommen; eine vom Papste für den einzelnen Fall zu bezeichnende Kardinalskommission, wozu vielleicht vornehmlich die Interpretationskommission[3]) wird genommen werden, soll in Zukunft die Entscheidung über die Zuständigkeit herbeiführen[4]).

Die Zwischenstufen der hierarchia iurisdictionis zwischen Papst und Bischof sind in ihrer Gewalt weiter beschnitten. Der Metropolit hat nur noch bei Pfründen, die dem Patronat unterliegen, ein Devolutionsrecht[5]), nicht mehr dagegen bei

---

[1]) Motuproprio Benedikts XV.: Dei providentis, Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 529 ss.

[2]) can. 257.

[3]) Oben S. 47 f. Oder etwa auch die Signatura.

[4]) can. 245. Controversiam, si qua exoriatur, de competentia inter Sacras Congregationes, Tribunalia vel Officia Romanae Curiae, dirimit coetus S.R.E. Cardinalium, quos Romanus Pontifex singulis vicibus designaverit.

Ueber die Entscheidung von Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Untergerichten in Prozesssachen bestimmt can. 1612, es solle darüber der höhere Richter, und wenn dieser für die beiden richterlichen Stellen, die im Konflikte liegen, ein verschiedener sei, der Oberrichter derjenigen erkennen, bei der die Klage zuerst anhängig gemacht wurde; in Ermanglung eines solchen stehe die Entscheidung dem päpstlichen Legaten (Nunzius) oder dem obersten römischen Gerichtshofe der Segnatura zu.

[5]) can. 274. In dioecesibus vero suffraganeis Metropolita potest tantum: 1.° A patronis ad beneficia praesentatos instituere, si Suffraganeus intra tempus iure statutum, iusto impedimento non detentus, id facere omiserit.

solchen freier Verleihung; vielmehr steht, wenn der Suffraganbischof die Sechsmonatfrist versäumt, die Kollation der letzteren dem Apostolischen Stuhle zu[1]). Dafür ist das erzbischöfliche Visitationsrecht eher etwas erweitert[2]).

Der bereits vom Trienter Konzil gemachte Versuch, eine regelmässige Abhaltung von Provinzial- und Diözesansynoden herbeizuführen, wird, allerdings unter Verlängerung der Zeiträume, wiederholt: Mindestens alle zwanzig Jahre sollen jene, wenigstens alle zehn diese zusammentreten[3]). Auch die Bischofskonferenzen[4]) werden jetzt gemeinen Rechtes. Sie sind in jeder Kirchenprovinz, auf alle Fälle jedes fünfte Jahr, einzuberufen[5]). Auf den Provinzialsynoden und ebenso auf

---

[1]) can. 1432 § 3. Si Ordinarius intra semestre (vgl. can. 155) ab habita certa vacationis notitia beneficium non contulerit, huius collatio devolvitur ad Sedem Apostolicam, salvo praescripto can. 458 (Vorliegen gewichtiger Gründe zum Aufschub über die Halbjahrsfrist hinaus).

[2]) can. 274 (oben S. 62 Anm. 5) fährt fort: 5.° Canonicam visitationem peragere, causa prius ab Apostolica Sede (nicht mehr von der Provinzialsynode) probata, si eam Suffraganeus neglexerit; tempore autem visitationis, potest praedicare, confessiones audire etiam absolvendo a casibus Episcopo reservatis, de vita et honestate clericorum inquirere, clericos infamia notatos Ordinariis ipsorum, ut eos puniant, denuntiare, notoria crimina, manifestas et notorias offensas tum sibi tum suis forte illatas, iustis poenis, censuris non exclusis, punire.

[3]) can. 283. In singulis provinciis ecclesiasticis celebretur provinciale Concilium vicesimo saltem quoque anno und can. 356 § 1. In singulis dioecesibus celebranda est decimo saltem quoque anno dioecesana Synodus, in qua de iis tantum agendum quae ad particulares cleri populique dioecesis necessitates vel utilitates referuntur.

[4]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht² § 83 S. 434 f.

[5]) can. 292 § 1. Nisi aliter pro peculiaribus locis a Sede Apostolica provisum fuerit, Metropolita, eoque deficiente, antiquior e Suffraganeis ad normam can. 284 (nach dem Bischofsamtsalter), curet ut Ordinarii locorum (vgl. unten S. 281; nicht blosse Titularbischöfe), saltem quinto quoque anno, stato tempore apud Metropolitam aliumve Episcopum comprovincialem conveniant, ut, collatis consiliis, videant quaenam in dioecesibus agenda sint ut bonum religionis promoveatur, eaque praeparent de quibus in futuro Concilio provinciali erit agendum.

Wie zu den Provinzialsynoden sollen sich auch zu den Bischofs-

den Plenarkonzilien haben, wenn nichts anderes bestimmt wird, auch die Titularbischöfe[1]) des betreffenden Gebietes entscheidende Stimme[2]).

Der Generalvikar spielt in dem Gesetzbuch eine besonders grosse Rolle, und sein Amt hat sich in Einzelheiten eine Neuregelung gefallen lassen müssen. Doch davon wird unten[3]) in einer eigenen Abhandlung alles gesagt werden, was über diesen wichtigen Punkt zu sagen ist.

Für die Verwaltung des Kirchenvermögens wird der

---

zusammenkünften benachbarte Exemte halten; can. 292 § 2 mit can. 285 und dazu can. 1594 § 3.

[1]) Man beachte die verschiedene Fassung hinsichtlich ihrer Berufung beim ökumenischen Konzil und bei den gedachten Synoden. Bezüglich des allgemeinen Konzils sagt can. 223 § 2: Etiam Episcopi titulares, vocati (d. h. wenn berufen) ad Concilium, suffragium obtinent deliberativum, nisi aliud in convocatione (vom Papst) expresse caveatur (was ihm also freisteht, ebenso wie die Entscheidung darüber, ob alle oder welche eingeladen werden). Hinsichtlich der Plenarsynode bestimmt can. 282 § 2. Etiam Episcopi titulares, in territorio degentes, si a Legato Pontificio, secundum receptas instructiones, ad Concilium vocentur, adesse debent habentque suffragium deliberativum, nisi in convocatione aliud expresse caveatur und über die Provinzialsynoden can. 286 § 2. Episcopi titulares qui in provincia degunt, possunt a praeside, cum consensu maioris partis illorum qui cum voto deliberativo intersunt, convocari, et si convocentur, votum habent deliberativum, nisi aliud in convocatione caveatur. Es soll durch diese vorsichtigen Bestimmungen die Möglichkeit gegeben werden, einer Majorisierung der ordentlichen Konzilsmitglieder durch die Titularbischöfe vorzubeugen, falls eine solche zu befürchten steht und als unerwünscht erscheint.

[2]) Das Gesetzbuch unterscheidet zwischen bloss beratender Stimme, votum consultivum (vgl. z. B. can. 223 § 3, 282 § 3, 286 §§ 3, 4, 287 § 2, 362, unten S. 263 Anm. 2, 575 § 2, 1406 § 1 n° 1°, 1520 § 3, unten S. 65 Anm. 1), und entscheidender. Diese bezeichnet es aber, wenn die Beschlüsse noch einer Bestätigung unterliegen, als votum deliberativum (z. B. in can. 223, unten S. 255 Anm. 4, 282 § 1, § 2, siehe diesen in der vorigen Anmerkung, 286 § 1, § 2, ebenda, 287 §§ 1, 2, 575 § 2, 1406 § 1 n° 1°), offenbar mit Rücksicht darauf, dass formell erst die confirmatio dezidiert.

[3]) S. 279 ff.

Bischof gehalten, einen aus ihm und zwei oder drei Anderen, namentlich Juristen bestehenden Diözesanverwaltungsrat unter seinem Vorsitz einzusetzen [1]).

Der Kapitelsvikar kann auch ohne päpstliche Vollmachten, also kraft Gesetzes, Pfründen freier Verleihung vergeben und andere ihm sonst vorenthaltene Jurisdiktionsakte vornehmen, wenn die Erledigung des bischöflichen Stuhles über ein Jahr andauert [2]).

Seelsorgebenefizien, namentlich Pfarreien, dürfen fortan nur noch mit ausgeweihten Priestern besetzt werden [3]). Das ist jetzt ausdrücklich bestimmt, nachdem mittelbar schon das

---

[1]) can. 1520. § 1. Ad hoc munus rite obeundum quilibet Ordinarius in sua civitate episcopali Consilium instituat, quod constet praeside, qui est ipsemet Ordinarius, et duobus vel pluribus viris idoneis, iuris etiam civilis, quantum fieri potest, peritis, ab ipso Ordinario, audito Capitulo, eligendis, nisi iure vel consuetudine peculiari iam alio aequivalenti modo legitime (wie z. B. in Baden durch den von Regierung und Erzbischof gemeinsam besetzten Oberstiftungsrat) fuerit provisum. § 2. Citra apostolicum indultum, ii a munere administratoris excluduntur, qui cum Ordinario loci primo vel secundo consanguinitatis vel affinitatis gradu coniuncti sunt. § 3. Loci Ordinarius in administrativis actibus maioris momenti Consilium administrationis audire ne praetermittat; huius tamen sodales votum habent tantum consultivum, nisi iure communi in casibus specialiter expressis vel ex tabulis fundationis eorum consensus exigatur. § 4. Sodales huius Consilii iusiurandum de munere bene ac fideliter adimplendo coram Ordinario emittant.

Es erscheint nicht als ausgeschlossen, dass in den deutschen Bistümern die bischöflichen Ordinariate oder Generalvikariate, denen ja seinerzeit auch die Funktionen des durch Pius X. Enzyklika: Pascendi vom 8. September 1907 und Motuproprio: Sacrorum Antistitum vom 1. September 1910 mit der Aufdeckung und Abwehr des Modernismus beauftragten Ueberwachungsrates anvertraut wurden (vgl. Stutz, Kirchenrecht² § 76 S. 427), als Diözesanverwaltungsrat bestellt werden.

[2]) can. 455 § 2 n⁰ 3⁰, unten S. 292 Anm. 3, wo auch näheres darüber, can. 958 § 1 n⁰ 3⁰ u. a.

[3]) can. 453 § 1. Ut quis in parochum valide assumatur, debet esse in sacro presbyteratus ordine constitutus mit 1474. Si ad beneficium obtinendum susceptio alicuius ordinis requiratur, beneficiarius talem ordinem ante beneficii collationem iam receperit oportet.

Dekret der Konzilskongregation: Ne temere vom 2 August 1907[1]) diese sehr verständige und der Praxis entsprechende Abänderung des älteren Rechtes mit sich gebracht hatte.

Nicht bloss der Spezialkonkurs, sondern auch der bei uns allein praktische Generalkonkurs, die allgemeine Pfarrdienstprüfung, wird in Zukunft, wenigstens bis auf Widerruf durch den Apostolischen Stuhl, gemeinrechtlich sein[2]). Doch kann der Bischof bei genügender theologischer Befähigung, also namentlich wenn der Bewerber Doktor der Theologie ist, dispensieren[3]). Von neu eingeführten, in den ersten Jahren nach Empfang der Priesterweihe durchzumachenden Prüfungen und von den bei weltlichen und bei religiosen Seelsorgern nicht bloss für die Beicht- sondern auch für die Predigterlaubnis erforderlichen Approbationsprüfungen wird an anderer Stelle die Rede sein[4]).

Beim Kirchenpatronat und beim Ordinationsrecht, also bei den Gegenständen, auf welche die Bekanntschaft mit dem katholischen Kirchenrecht für manchen juristischen Prüfungsbewerber, aber auch für den einen oder anderen Examinator beschränkt zu sein pflegt, wird allerlei umzulernen sein.

---

[1]) Acta Sanctae Sedis XL 1907 p. 528 s. und Hilling, Quellensammlung, 3. Heft, Die kanonische Form der Verlöbnisse und der Eheschliessung, Bonn 1915 S. 12 f. in art. VI ss.

[2]) can. 459 § 4. In regionibus in quibus paroeciarum provisio fit per concursum sive specialem ad normam const. Benedicti XIV *Cum illud*, 14. Dec. 1742 (sie gehört zu denen, die als dem Kodex einverleibt gelten und ist deshalb im Anhang als documentum IV p. 495 ss — vgl. oben S. 46 — abgedruckt), sive generalem, haec forma retineatur, donec Sedes Apostolica aliud decreverit. Vgl. auch unten S 142 mit Anm. 8.

[3]) Vgl. dazu Ulrich Stutz, Die Einführung des allgemeinen Pfarrkonkurses im Grossherzogtum Baden, Festgabe der Bonner Juristenfakultät für Paul Krüger, Berlin 1911 S. 150 Anm. 1; Adolf Rösch, Zur Geschichte des Pfarrkonkurses im Erzbistum Freiburg, Archiv für katholisches Kirchenrecht XCVI 1916 S. 241 Anm. 2.

[4]) can. 130, 590, 877, 1340, 2376 und unten S. 137, 257 mit Anm 4. Ueber die Weiheprüfung siehe can. 996 ss.

Neue Patronatrechte sollen nicht mehr begründet[1]), die alten nach Möglichkeit im Einverständnis mit den Patronen auf gewisse geistliche Wohltaten und Vorteile (z. B. öffentliche Gebete für den mit Namen genannten Stifter, für ihn applizierte Messen) zurückgedämmt werden[2]), die auch in Zukunft den Gründern von Kirchen oder Pfründen auf deren Wunsch zuzubilligen sind. So sucht die Kirche den spärlichen Ueberresten des germanischen Eigenkirchenrechtes in der richtigen Erkenntnis, dass es sich dabei im letzten Grunde um eine ihrem Wesen fremde, ja widerstreitende Bildung handle[3]), ein Ende zu bereiten und zugleich den Einfluss der Laien bei der Besetzung der niederen Kirchenämter[4]) noch mehr als bisher auszuschalten. Sind die Patrone für eine solche Beschränkung nicht zu haben, so bleibt es beim Patronate[5]). Und zwar wird jetzt auch die am meisten an das Eigenkirchenrecht erinnernde und besonders, wenn auch nicht ausschliesslich, in deutschen Landen verbreitete Art desselben, der Realpatronat, als gemein-

[1]) can. 1450 § 1. Nullum patronatus ius ullo titulo constitui in posterum valide potest. § 2. Loci autem Ordinarius potest: 1.⁰ Fidelibus, qui ex toto vel ex parte ecclesias exstruxerint vel beneficia fundaverint, spiritualia suffragia, eorum liberalitati proportionata, concedere vel ad tempus vel etiam in perpetuum; 2.⁰ Fundationem beneficii admittere ea adiecta conditione, ut beneficium prima vice conferatur clerico fundatori vel alii clerico a fundatore designato.

[2]) can. 1451. § 1. Curent locorum Ordinarii ut patroni, loco iuris patronatus quo fruuntur aut saltem loco iuris praesentandi, spiritualia suffragia etiam perpetua pro se suisve acceptent.

[3]) Ulrich Stutz, Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich-germanischen Kirchenrechtes, Berlin 1895 und Artikel: Eigenkirche, Eigenkloster in Hauck-Herzogs Realenzyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, 3. Aufl., XXIII 1913 S. 364 ff.; Derselbe, Kirchenrecht[2] §§ 18. 24, 31 S. 301 ff., 314 ff., 335 f.

[4]) Der Kodex kennt auch Laienpatronate an Kanonikaten; vgl. can. 394 § 3.

[5]) can. 1451 § 2. Si patroni id noluerint, eorum ius patronatus canonibus qui sequuntur, regatur.

rechtlich anerkannt [1]). Die Präsentationsfrist ist bei jeder Art von Patronat auf vier Monate beschränkt [2]), und der Unterhaltsanspruch des unverschuldet verarmten und erwerbsunfähigen Patrons dadurch, dass nicht mehr Abkunft vom Stifter verlangt wird [3]), eher erweitert. Dafür ist künftig auch nach gemeinem Rechte der Patronat mit Lasten, insbesondere mit der Baulast verbunden [4]). Gemeindewahlen

---

[1]) can. 1449. Ius patronatus est: 1.° *Reale,* vel *personale,* prout alicui rei cohaeret vel directe ad personam spectat.

[2]) can. 1457. Praesentatio, nullo iusto obstante impedimento, sive agatur de patronatu laicali sive de ecclesiastico et mixto, fieri debet, nisi brevius tempus lege fundationis vel legitima consuetudine praescriptum fuerit, saltem intra quatuor menses a die quo is, cui ius est instituendi, patronum certiorem fecerit de vacatione beneficii et de sacerdotibus qui in concursu fuerunt probati, si agatur de beneficio quod per concursum conferri debet. Vgl. can. 1458.

[3]) can. 1455. Privilegia patronorum sunt ... 2.° Salva exsecutione onerum et honesta beneficiarii sustentatione alimenta ex aequitate obtinendi ex ecclesiae vel beneficii reditibus, si qui supersint, quoties patronus ad inopiam nulla sua culpa redactus fuerit, etiamsi ipse iuri patronatus renuntiaverit in commodum Ecclesiae (was offenbar besonders in solchem Falle erstrebt werden soll), vel pensio in limine fundationis ipsi patrono fuerit reservata, quae ad sublevandam eius inopiam non sufficiat. Vgl. can. 1449. Das Patronatrecht ist 3.° *Hereditarium, familiare, gentilitium, mixtum,* prout transit ad heredes, vel ad eos qui de familia aut gente sunt fundatoris, vel ad eos qui simul sunt heredes et de familia vel gente fundatoris.

[4]) can. 1469. § 1. Onera seu officia patronorum sunt: ... 2.° Aedificare denuo ecclesiam collapsam aut reparationes, iudicio Ordinarii, necessarias in eadem facere, si ex titulo aedificationis ius patronatus habeant, et nisi onus aedificandae denuo vel reparandae ecclesiae aliis incumbat ad normam can. 1186 (allgemeine Baulastregelung). 3.° Supplere reditus, si ex titulo dotationis ius patronatus proveniat, cum ecclesiae vel beneficii reditus ita defecerint, ut nequeat amplius vel cultus decenter in ecclesia exerceri, vel beneficium conferri. § 2. Si ecclesia collapsa fuerit vel necessariis indigeat reparationibus, aut si reditus defecerint ad normam § 1, nn. 2, 3 ius patronatus interim quiescit. § 3. Si patronus, intra tempus ab Ordinario sub poena cessationis patronatus praefiniendum, ecclesiam denuo aedificaverit vel restauraverit, aut reditus

— das sei bei dieser Gelegenheit angemerkt — werden fernerhin nur noch geduldet, wenn sie aus einem bischöflichen Dreiervorschlag erfolgen[1]. Und wenn der Bischof den von dem Patron Präsentierten als ungeeignet nicht zulässt, braucht er dafür keine Gründe anzugeben[2], eine Bestimmung, durch welche die Präsentationsbefugnis offensichtlich herabgemindert wird.

Was das Weiherecht anlangt, so ist zu der Erteilung der Weihen an künftige Weltgeistliche nur noch der Bischof des Wohnsitzes und Geburtsortes bezw. des ersteren allein zuständig[3]. Ratione commensalitii vel familiaritatis[4] zu weihen, ist also ein Bischof nicht mehr befugt. Der Empfang der höheren Weihen wird nicht bloss von einem

---

auxerit, ius patronatus revigescit; secus ipso iure et sine ulla declaratione cessat.

[1]) can. 1452. Electiones ac praesentationes populares ad beneficia etiam paroecialia, sicubi vigent (z. B. in der Schweiz; vgl. Eduard Schweizer, Das Gemeindepatronatsrecht in den Urkantonen, Zeitschrift für Schweizerisches Recht XLVI 1905 S. 1 ff.; Alois Müller, Das Kirchenpatronatsrecht im Kanton Zug, Geschichtsfreund der V Orte LXVII 1912 S. 33 ff.), tolerari tantum possunt, si populus clericum seligat inter tres ab Ordinario loci designatos. Dazu unten S. 152 Anm. 3 und ausserdem can. 109, 195, 2399, 2400.

[2]) can. 1464. § 3. Ordinarius non cogitur patrono patefacere rationes cur personam praesentatam admittere non possit; vgl. can. 1465.

[3]) can. 956 (in der durch Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 557 und Anhang zum Kodex p. 525 berichtigten Fassung). Episcopus proprius, quod attinet ad ordinationem saecularium, est tantum Episcopus dioecesis in qua promovendus habeat domicilium una cum origine aut simplex domicilum sine origine; sed in hoc altero casu promovendus debet animum in dioecesi perpetuo manendi iureiurando firmare, nisi agatur de promovendo ad ordines clerico qui dioecesi per primam tonsuram iam incardinatus est (die frühestens nach Beginn des theologischen Lehrkurses erteilt wird, can. 976 § 1, in der zweitfolgenden Anmerkung), vel de promovendo alumno, qui servitio alius dioecesis destinatur ad normam can. 969, § 2, vel de promovendo religioso professo, de quo in can. 964, n. 5.

[4]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht[2] § 64, 4 S. 412; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 50, 2 d S. 204.

bestimmten Weihealter, sondern auch von der Erledigung entsprechender Jahre des theologischen Lehrkursus in dem für die Regel zu besuchenden Priester- oder grossen Seminar abhängig gemacht[1]). Die Vorschrift der Zwischenräume oder Interstitien zwischen dem Empfange der einzelnen Weihen ist gegenüber dem bisherigen gemeinen Rechte, namentlich aber gegenüber dem Diözesanrecht und der Diözesanpraxis erheblich verschärft[2]). Insbesondere soll es unter Ausschluss jeder bisherigen Gewohnheit, wie sie gerade in deutschen Bistümern nicht selten war, aber auch jeder zukünftigen fortan ohne besondere, eventuell in Bischofsfakultäten zu erteilende Erlaubnis, nicht gestattet sein, alle niederen Weihen und vielleicht sogar noch dazu den Subdiakonat auf einmal zu erteilen. Unter den Ordinationstiteln[3]) kommt der Tischtitel nicht mehr vor[4]). Die Weihevoraussetzungen auf Seite der

[1]) can. 976 § 1. Nemo sive saecularis sive religiosus ad primam tonsuram promoveatur ante inceptum cursum theologicum. § 2. Firmo praescripto can. 975 (über das Weihealter), subdiaconatus ne conferatur, nisi exeunte tertio cursus theologici anno; diaconatus, nisi incepto quarto anno; presbyteratus, nisi post medietatem eiusdem quarti anni. Vgl. can. 972.

[2]) can. 978. § 1. In ordinationibus serventur temporum interstitia quibus promoti in receptis ordinibus, secundum Episcopi praescriptum, sese exerceant. § 2. Interstitia primam tonsuram inter et ostiariatum vel inter singulos ordines minores prudenti Episcopi iudicio committuntur; acolythus vero ad subdiaconatum, subdiaconus ad diaconatum, diaconus ad presbyteratum ne antea promoveantur, quam acolythus unum saltem annum, subdiaconus et diaconus tres saltem menses in suo quisque ordine fuerint versati, nisi necessitas aut utilitas Ecclesiae, iudicio Episcopi, aliud exposcat. § 3. Nunquam tamen, nisi de peculiari licentia Romani Pontificis, minores ordines cum subdiaconatu duove sacri ordines uno eodemque die, reprobata quavis contraria consuetudine, conferantur: imo nec primam tonsuram conferre licet una cum aliquo ex ordinibus minoribus, neque omnes ordines minores una simul.

[3]) can. 979 ss.

[4]) Der in can. 982 § 2 erwähnte Titulus mensae communis ist gleich dem ebendort genannten Kongregationstitel nur eine Unterart des Titulus paupertatis im weiteren Sinne.

Ordinanden sind neu geregelt. Ausserhalb der gleich zu erwähnenden Einteilung steht[1]) das Erfordernis des Weihealters[2]), der wissenschaftlichen Vorbildung[3]) und der Kursteilnahme[4]). Im übrigen kennt der Kodex nicht mehr bloss Irregularitäten aus Defekt und solche aus Delikt, sondern auch einfache Weihehindernisse. Einfach behindert am Empfange einer Weihe sind nämlich Söhne von Nichtkatholischen[5]), Verheiratete, aus einer Verwaltung Rechnungspflichtige vor Ablegung der Rechnung und Entlastung, Unfreie vor der Freilassung, Militärpflichtige vor Ableistung der Dienstpflicht[6]), Neugetaufte vor hinreichender Bewährung, Anrüchige oder Uebelbeleumundete[7]), solange nach Ansicht des Bischofs der schlechte Leumund dauert. Man sieht, es sind aus den bisherigen Irregularitäten beider Arten einige Fälle, zum Teil — wie etwa bezüglich der militärischen Dienstpflicht — mit etwelcher Aenderung, herausgenommen und als einfache Weihehindernisse hingestellt, wenn ich nicht irre, nicht sowohl aus einem praktischrechtlichen Grunde[8]), als vielmehr, weil sie

---

[1]) can. 974 ss.

[2]) can. 975.

[3]) can. 974 § 1 n° 4°.

[4]) can. 976 §§ 1, 2 (oben S. 70 mit Anm. 1) und can. 976 § 3. Cursus theologicus peractus esse debet non privatim, sed in scholis ad id institutis secundum studiorum rationem can. 1365 determinatam.

[5]) Darüber unten S. 93 mit Anm. 2—4.

[6]) can. 987. 5.° Qui ad ordinarium militare servitium civili lege adstringuntur, antequam illud expleverint. Damit sind etliche Streitfragen aus dem Wege geschafft, aber um den Preis verschärfter Anforderung, die freilich durch das Umsichgreifen der allgemeinen Wehrpflicht hinreichend begründet erscheint.

[7]) can. 987.

[8]) Denn verbotswidriger Empfang der Weihe macht nicht anders als bei den Irregularitäten strafbar; can. 2374. Qui sine litteris vel cum falsis dimissoriis litteris, vel ante canonicam aetatem, vel per saltum ad ordines malitiose accesserit, est ipso facto a recepto ordine suspensus; qui autem sine litteris testimonialibus vel detentus aliqua censura, irregularitate aliove impedimento, gravibus poenis secundum rerum ad-

nur zeitlich sind, und um den Vorwurf eines Mangels oder Vergehens damit nicht mehr zu verbinden. Daneben stehen auch weiter die Irregularitäten. Und zwar zunächst die aus einem Mangel, nämlich dem der ehelichen Geburt, eines körperlichen Fehlers, der Epilepsie oder des Wahnsinns bezw. einer Geisteskrankheit, mehrfacher hintereinander eingegangener Ehe, der Rechtsinfamie, des Richters, der ein Todesurteil fällte, des Scharfrichters oder dessen freiwilligen und unmittelbaren Gehilfen[1]). Dabei beachten wir, dass nur noch die bigamia successiva, nicht mehr die interpretativa irregulär aus Defekt macht, der defectus plenae lenitatis eingeschränkt ist, indem die Teilnahme an einem Feldzuge an sich ebensowenig mehr eine Irregularität zur Folge hat als die Anklage- und Zeugentätigkeit bei einem Strafprozess, der zu einem Todesurteil führte, und endlich dass die Infamie neu umschrieben wurde[2]). Dazu kommen auch fernerhin Irregularitäten aus Delikt, die aber nur eintreten, wenn sich die Vergehen zugleich als schwere Sünden darstellen, nach der Taufe

iuncta puniatur. Und bei nachträglichem Eintritt kommt es in beiden Fällen zur Suspension von der Ausübung; can. 968 § 2. Qui irregularitate aliove impedimento detinentur, licet post ordinationem etiam sine propria culpa exorto, prohibentur receptos ordines exercere.

[1]) can. 984 . . . 2.° Corpore vitiati qui secure propter debilitatem, vel decenter propter deformitatem, altaris ministerio defungi non valeant. Ad impediendum tamen exercitium ordinis legitime recepti, gravior requiritur defectus, neque ob hunc defectum prohibentur actus qui rite poni possunt. 3.° Qui epileptici vel amentes vel a daemone possessi sunt vel fuerunt; quod si post receptos ordines tales evaserint et iam liberos esse certo constet, Ordinarius potest suis subditis receptorum ordinum exercitium rursus permittere . . . 6.° Iudex qui mortis sententiam tulit; 7.° Qui munus carnificis susceperint eorumque voluntarii ac immediati ministri in exsecutione capitalis sententiae.

[2]) can. 2293 ss. mit 2328 (Grabschänder), 2314 § 1 n° 3° (öffentliche Anhänger einer akatholischen Sekte, unten S. 104 Anm. 2), 2351 § 2 (Duellanten), 2343 (Verletzung des Papstes, eines Kardinals oder päpstlichen Legaten, oben S. 61 Anm. 1), 2357 (gerichtliche Verurteilung wegen Sittlichkeitsdelikts mit Personen unter sechzehn Jahren u. a.).

begangen und, abgesehen vom Empfang der Taufe von einem Nichtkatholiken ausser in äusserster Not, zugleich äusserlich, sei es öffentlich sei es geheim sind[1], nämlich[2]: vom Glauben Abtrünnige sowie Ketzer und Schismatiker, die erwähnten evangelisch Getauften, wer bigamia similitudinaria begangen hat oder eine Tötung oder Abtreibung, oder Beihilfe dazu leistet[3], wer sich selbst oder einen Andern verstümmelt oder einen Selbstmordversuch gemacht hat[4], Kleriker, die verbotenerweise[5] mit tödlichem Ausgang Medizin oder Chirurgie treiben, wer einen Weiheakt, der Inhabern der höheren Weihen vorbehalten ist, vorgenommen hat, trotzdem er der betreffenden Weihe entbehrt oder von ihrer Ausübung durch eine kirchliche Strafe irgendwelcher Art ausgeschlossen ist. Hiebei bemerken wir, dass es bei der Abtreibung nicht mehr darauf ankommt, ob der foetus animatus oder inanimatus war, dass der Selbstmordversuch neu als Irregularitätsdeliktstatbestand aufgeführt wird, und dass die mit tödlichem Erfolg betriebene Medizin oder Chirurgie jetzt um der durch verbotene Beschäftigung herbeigeführten Tötung willen irregulär macht, nicht mehr wie bisher wegen mangelnder Herzensmilde des geistlichen Arztes.

Im Eherecht fehlt es ebenfalls nicht an Neuerungen. Das Eheversprechen[6], obgleich, wie schon nach dem

---

[1] can. 986. Haec delicta irregularitatem non pariunt, nisi fuerint gravia peccata, post baptismum perpetrata, salvo praescripto can. 985, n. 2 (unten S. 102 Anm. 6), itemque externa, sive publica sive privata.

[2] Nach can. 985.

[3] 4.° Qui voluntarium homicidium perpetrarunt aut fetus humani abortum procuraverunt, effecto secuto, omnesque cooperantes.

[4] 5.° Qui seipsos vel alios mutilaverunt vel sibi vitam adimere tentaverunt.

[5] Also ohne Apostolisches Indult; can. 139 § 2.

[6] Die Bezeichnung Sponsalia, Verlöbnis, kennt das Gesetzbuch nicht mehr, spricht aber ausser von matrimonii promissio wenigstens gelegentlich noch von promissio sponsalitia (Verlobung, can. 1017 § 1)

Dekret: Ne temere[1]), öffentlich und an Schriftform gebunden[2]), ist der kirchenrechtlichen Wirkungen so gut wie ganz entkleidet; nur noch die Verpflichtung zum Schadensersatz im Falle des Verlöbnisbruchs entspringt ihm[3]), nicht mehr die Klage auf Eingehung der Ehe, nicht mehr die bisherigen Ehehindernisse[4]). Ueberhaupt ist das Recht der Ehehindernisse etwas umgestaltet. Die Ehemündigkeit ist um zwei Jahre, auf das sechszehnte bezw. vierzehnte Altersjahr heraufgesetzt[5]). Die Pfarrer sind aber darüber hinaus angewiesen, dafür zu sorgen, dass Ehen vor Erreichung des landesüblichen Ehemündigkeitsalters überhaupt nicht einge-

---

und nennt die Brautleute sponsi (can. 900 n⁰ 1⁰. 1020 § 2, 1033, 1055, 1097 § 2, 1101 § 1).

[1]) An den oben S. 66 mit Anm. 1 angegebenen Druckstellen p. 527 und S. 11 in art. I.

[2]) can. 1017 §§ 1, 2.

[3]) Also ähnlich wie nach unserem bürgerlichen Recht. Vgl. Ulrich Stutz, Die Rechtsnatur des Verlöbnisses nach deutschem bürgerlichem Recht, Tübingen 1900 S. 61 ff.

[4]) can. 1017 § 3. At ex matrimonii promissione, licet valida sit nec ulla iusta causa ab eadem implenda excuset, non datur actio ad petendam matrimonii celebrationem; datur tamen ad reparationem damnorum si qua debeatur.

Freilich ist damit der Hauptgrund weggefallen, um dessetwillen das Dekret: Ne temere für das kirchliche Verlöbnis im Gegensatz zum bürgerlichen eine bestimmte Form, nämlich den öffentlichen und schriftlichen Abschluss eingeführt hat. Man fragt sich, weshalb der Kodex auch weiterhin die Eingehung eines in seiner Bedeutung so herabgesetzten Rechtsverhältnisses von der Beobachtung dieser Form abhängig macht und ihre Ausserachtlassung Nichtigkeit nach sich ziehen lässt. Es dürften in erster Linie erzieherische Gesichtspunkte gewesen sein, die den Gesetzgeber an der Formvorschrift festhalten liessen. Allerdings wird sich die Praxis wie bisher zu helfen wissen. Viel mehr als die gewöhnlich bei Erwirkung des Aufgebots sich vollziehende Unterzeichnung eines Scheins durch die Verlobten und den Pfarrer bedeutet ja das Formerfordernis nicht.

[5]) 1067 § 1. Vir ante decimum sextum aetatis annum completum, mulier ante decimum quartum item completum, matrimonium validum inire non possunt.

gangen werden [1]). Die Blutsverwandtschaft hindert in der Seitenlinie nur noch einschliesslich des dritten Grades [2]). Die Schwägerschaft entspringt lediglich noch dem Ehekonsens [3]), nicht auch der Copula carnalis, deren Bedeutung überhaupt im Vergleiche zum klassischen kanonischen Rechte etwas zurückgegangen ist [4]); in der Seitenlinie hindert die Schwägerschaft die Ehe fortan allein noch im ersten und zweiten Grade [5]). Das Ehehindernis der öffentlichen Ehrbarkeit entsteht in Zukunft aus jeder ungültigen Ehe und aus einem öffentlichen oder notorischen Konkubinat, und zwar hindert es im ersten und zweiten Grade der aufsteigenden und absteigenden Linie für den Mann und die Blutsverwandten der Frau innerhalb der genannten Grenzen und umgekehrt für die Frau und die entsprechenden Verwandten des Mannes [6]). Blosser Beischlaf erzeugt kein Hindernis mehr, die affinitas inhonesta fällt weg. Die beiden bisherigen Noteheschliessungsformen sind auf eine einzige zurückgeführt: Ob es sich um Todesgefahr handelt oder man des Pfarrers oder Bischofs nach

---

[1]) can. 1067 § 2. Licet matrimonium post praedictam aetatem contractum validum sit, curent tamen animarum pastores ab eo avertere iuvenes ante aetatem, qua, secundum regionis receptos mores, matrimonium iniri solet.

[2]) can. 1076 § 2. In linea collaterali irritum est usque ad tertium gradum (kanonischer Zählung; vgl. can. 96) inclusive, ita tamen ut matrimonii impedimentum toties tantum multiplicetur, quoties communis stipes multiplicatur. Ueber die Beschränkung der geistlichen und der künstlichen Verwandtschaft siehe unten S. 146, 147 Anm. 1 und S. 112, 147.

[3]) can. 97 § 1. Affinitas oritur ex matrimonio valido sive rato tantum sive rato et consummato.

[4]) Vgl. can. 1013 §§ 1, 2 (unten S. 182 Anm. 3), aber auch can. 1068 (ebenda).

[5]) can. 1077 § 1. Affinitas in linea recta dirimit matrimonium in quolibet gradu; in linea collaterali usque ad secundum gradum inclusive.

[6]) can. 1078. Impedimentum publicae honestatis oritur ex matrimonio invalido, sive consummato sive non, et ex publico vel notorio concubinatu; et nuptias dirimit in primo et secundo gradu lineae rectae inter virum et consanguineas mulieris, ac vice versa.

sicherer Voraussicht während Monatsfrist nicht habhaft werden kann, in beiden Fällen kommt die Ehe gültig vor zwei Zeugen allein zustande; kann man freilich sonst einen Priester zuziehen, so soll man es tun [1]).

Das von Pius X. abgeschaffte, auf Wunsch des deutschen Episkopats aber für Deutschland aufrechterhaltene Fronleichnamsfest wird wieder zu Ehren gezogen und (gleich dem Feste Josephs, des Nährvaters Christi) [2]) zum gebotenen Feste gemacht, doch so, dass, wo es aufgehoben oder verlegt ist, ohne Befragung des Apostolischen Stuhles nichts geändert werden soll [3]).

---

[1]) can. 1098. Si haberi vel adiri nequeat sine gravi incommodo parochus vel Ordinarius vel sacerdos delegatus qui matrimonio assistant ad normam can. 1095, 1096: 1.° In mortis periculo validum et licitum est matrimonium contractum coram solis testibus; et etiam extra mortis periculum, dummodo prudenter praevideatur eam rerum conditionem esse per mensem duraturam; 2.° In utroque casu, si praesto sit alius sacerdos qui adesse possit, vocari et, una cum testibus, matrimonio assistere debet salva coniugii validitate coram solis testibus. In dem in n° 1° vorgesehenen Falle, besonders in entlegenen Gebieten, könnte es also vorkommen, dass eine bürgerliche Eheschliessung kirchlich vollwirksam würde, freilich nicht als solche, wohl aber als katholische Noteheschliessung ohne Geistlichen vor zwei Zeugen.

[2]) Dazu vgl. das Dekret der Ritenkongregation vom 12. Dezember 1917, Acta Apostolicae Sedis X 1918 p. 265.

[3]) can. 1247 §§ 1, 3 mit can. 306 (verbesserte Fassung). Durch Apostolisches Reskript der S. Congr. Conc. vom 11. Dezember 1917 (Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Cöln Nr. 2 vom 15. Januar 1918 S. 6) werden etiam in posterum non obstante novo Codice Iuris Canonici für alle preussischen Bistümer die zweiten Feiertage von Weihnachten, Ostern und Pfingsten als gebotene Feiertage zu halten befohlen. In dem Ausführungserlass dazu vom 15. Januar 1918 merkt Kardinal v. Hartmann, Erzbischof von Köln, an, das gleiche gelte vom Buss- und Bettag; für diesen bedürfe es aber keines apostolischen Indultes, da hinsichtlich dessen eine Vereinbarung des Apostolischen Stuhls mit der Krone Preussen (Breve Leos XIII. vom 9. Dezember 1892, Kirchlicher Anzeiger 1893 S. 33 f.) vorliege, also can. 3 des Kodex (unten S. 110) zur Anwendung komme.

Bezüglich des kirchlichen Strafprozesses beachte man, dass nur noch von Amts wegen durch den „Kirchenanwalt", den promotor iustitiae [1]), eine Kriminalklage, wenn auch auf private Denunziation hin, erhoben werden kann [2]), der Akkusationsprozess im alten Sinne also aufhört.

Hinsichtlich des Strafrechts hob ich bereits hervor, dass die Verkehrssperre nur die Folge der durch den Papst mit Namensnennung verhängten und veröffentlichten Bannes ist [3]). Auch kennt der Kodex bloss noch eine Exkommunikation, die bisher sogenannte grosse [4]). Die bisherige excommunicatio minor, die nur vom Empfange der Sakramente und vom Erwerb eines Kirchenamtes ausschloss [5]), aber von jeher nicht allzu praktisch war, ist weggefallen.

Ich übergehe die zum Teil neuen Bestimmungen über die reductio clericorum ad statum laicalem [6]) und über den egressus

---

[1]) Der aber in einer Person auch vinculi defensor (im Ordinations- und im Eheprozess) sein kann, can. 1588 § 1. Bezüglich des in can. 1580 vorgeschriebenen, aber nicht zwingend vorgeschriebenen Untersuchungsrichters vgl. Ludwig Kaas, Die geistliche Gerichtsbarkeit der katholischen Kirche in Preussen in Vergangenheit und Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung des Westens der Monarchie, 2 Bände, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 84. bis 87. Heft, Stuttgart 1915/16, II S. 157 ff., 212 ff.

[2]) can. 1934. Actio seu accusatio criminalis uni promotori iustitiae, ceteris omnibus exclusis, reservatur mit can. 1935. can. 1618. In negotio quod privatorum solummodo interest, iudex procedere potest dumtaxat ad instantiam partis; sed in delictis, et in iis quae publicum Ecclesiae ad bonum aut animarum salutem respiciunt, etiam ex officio steht dazu nicht im Widerspruch, stellt vielmehr einen allgemeinen Grundsatz auf, von dem die Erhebung der Kriminalanklage d. h. der Anklage wegen eines delictum publicum eine Ausnahme macht.

[3]) Oben S. 44 ff.

[4]) can. 2257.

[5]) Paul Hinschius, Das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten V, Berlin 1895 S. 521 f.; Sägmüller, Kirchenrecht [3] II § 177 S. 255.

[6]) can. 211 ss. Eine völlige Laizisierung, die weder die Verpflichtung zur Ehelosigkeit noch die andere zum Breviergebet zurücklässt, gibt es

sowie die dimissio religiosorum[1]), die Vereinfachung der Inkompatibilitätsgrundsätze[2]) und die gemeinrechtliche Anerkennung der Dekanatseinrichtung[3]).

Das Gesagte mag zum Beweise dafür genügen, dass das Gesetzbuch dem Fachmann an Ueberraschungen nicht gerade viel beschert, und dass die Aenderungen alles andere als grundstürzender Art sind. Das Bild, das uns der Kodex vom Rechte der katholischen Kirche vermittelt, stellt sich bei näherem Zusehen als das nur mit zahlreichen, mehr oder weniger starken Retuschen versehene altbekannte dar.

Freilich wer im katholischen Kirchenrecht gar nicht zu Hause ist, der wird, wenn er, etwa mit Hilfe einer deutschen Uebersetzung, die sicherlich nicht lange auf sich warten lassen wird, an das Gesetzbuch herangeht, des Unerwarteten viel finden und aus dem Staunen über die Welt, in die er eintritt, gar nicht herauskommen.

Möge das neue Gesetzbuch von Vielen recht eifrig gelesen und studiert werden, nicht bloss von unsereinem, der mit dem Katholizismus von Amts und Berufes wegen und gewissermassen als dessen Biolog es zu tun hat, sondern auch von solchen, die sich mehr zu Pathologen desselben berufen fühlen, und darüber hinaus von Kirchenpolitikern jeder Richtung, von allen wissenschaftlich daran Interessierten, Juristen, Soziologen, Historikern, besonders aber von unseren

---

für den, der eine der höheren Weihen (Subdiakonat, Diakonat, Presbyterat) empfangen hat, nur in dem Falle, dass durch Richterspruch eine mit Gewalt oder schwerer Drohung erzwungene und nachher von dem Empfänger weder ausdrücklich noch stillschweigend gutgeheissene Weihe für nichtig erklärt wird; can. 214.

[1]) can. 637 ss., 646 ss.

[2]) can. 156, 188 n° 3°, 1439 § 1 (unten S. 272 Anm. 2), § 2, 2396.

[3]) can. 217, 446 ss. Der Dekan braucht weder Pfarrer noch Benefiziat des Dekanats zu sein, wenn er auch in erster Linie vom Bischof aus den Pfarrrektoren genommen werden soll; es genügt, dass er ein Priester aus dem Dekanat oder dessen Nähe ist; can. 446 § 1.

evangelischen Theologen. Letzteren namentlich, die über die Interna des katholischen Kirchentums meist herzlich wenig Bescheid wissen [1]), ist jetzt die Gelegenheit geboten, um den Preis einiger ausdauernder Beschäftigung mit dem Gesetzeswerk an der Quelle die Kunde vom Innenbau und Innenleben der katholischen Kirche zu schöpfen.

Je mehr in Zukunft mit wirklicher Sachkenntnis über diese Dinge wird gesprochen werden können, um so fruchtbarer wird die Erörterung werden, die auch weiterhin nicht ausbleiben kann und soll.

---

[1]) Eine rühmliche Ausnahme macht Walther Köhler, der auch bereits in der Christlichen Welt 1918 Nr. 9/10, 11/12, 14/15 vom 28. Februar, 14. März und 4. April Sp. 100 ff, 116 ff, 149 ff. dem Kodex eine Reihe von Aufsätzen gewidmet hat.



III.

Der Kodex und die Andersgläubigen.

Dieser Aufsatz begründet und führt näher aus, was ich schon in der Ausgabe B des „Tag“ Nr. 228 vom 29. September 1917 kurz dargelegt habe.

Die katholische Kirche ist die Kirche des Klerus. Selbstverständlich nicht in dem Sinne, dass ihre Heilsarbeit nicht auch, ja sogar — vermöge der fast erdrückend grossen Ueberzahl der Laienschaft — vornehmlich den Laien zugute käme. Wohl aber in dem, dass nach ihrem Rechte, um das es uns bei unseren Untersuchungen ausschliesslich zu tun ist, die Laien mehr nur als Schutzgenossen und allein die Kleriker als Vollgenossen erscheinen. Die Laien bilden lediglich das zu leitende und zu lehrende Volk, das gegen gläubige Annahme der von der Kirche gelehrten Heilswahrheit und durch gehorsame Unterwerfung unter sie ihrer Heilswohltaten und des nach ihrer Lehre einzig durch sie vermittelten Heiles teilhaftig werden soll. Das Recht der katholischen Kirche ist fast ausnahmslos Geistlichkeitsrecht.

Diese Lage der Dinge tritt natürlich auch in dem neuen Gesetzbuch zutage. Das Nil novi, der Grundsatz, dass das Gesetzbuch nur in Einzelheiten Neues, Besseres, in der Hauptsache dagegen einfach das bisherige Recht der Kirche mit Einschluss der Reformen von Pius X. Einzelerlassen bringen will, gilt von diesem Punkte noch weit mehr als von allen anderen.

Darum spielen die breiten Massen der Laien, trotzdem sie in Wirklichkeit die Kirche tragen, in dem Gesetzeswerk, so wohlüberlegt seine Oekonomie und so ebenmässig es ausgefallen ist, eine verhältnismässig geringe Rolle. Selbstverständlich kommen sie nicht nur in den Einleitungkanones[1]) vor,

---

[1]) Z. B. zum Personenrecht, wo es can. 107 heisst: Ex divina institutione sunt in Ecclesia *clerici* a *laicis* distincti, licet non omnes clerici sint divinae institutionis; utrique autem possunt esse religiosi.

sondern durch das ganze Gesetzbuch hin, im Personen- und Sachenrecht, im Prozess- und Strafrecht. Und zwar nicht bloss als Gläubige schlechthin, wie etwa bei den Sakramenten, oder sofern sie an kirchlichen Rechtsstreitigkeiten und soweit sie an Straftaten beteiligt sind[1]). Vielmehr auch ausdrücklich in ihrer Eigenschaft als Laien. „Von den Laien“ ist ja auch im Personenrecht ein besonderer Teil, der dritte, überschrieben. Gerade dieser bereitet freilich dem Fernstehenden wohl eine nicht geringe Enttäuschung. Nicht bloss, weil er überaus schmächtig ist. Ganze vierundvierzig Kanones enthält er gegenüber den dreihundertneunundsiebzig des Kleriker- und den fast zweihunderten des Religiosenrechtes. Und davon befassen sich alle bis auf zwei mit den Vereinigungen der Laien zu kirchlichen Zwecken. Die beiden allein das Laienrecht im allgemeinen darstellenden Kanones aber sind sehr charakteristisch. Im Zusammenhange mit ihnen können wir deshalb auch das übrige Laienrecht des Kodex betrachten.

In dem einen Kanon wird den Laien ein Recht zugesprochen, nämlich die Befugnis, vom Klerus nach Massgabe der Kirchenordnung geistliche Güter und namentlich die nötigen Heilsmittel zu empfangen[2]). Als empfangender Teil erscheinen sie, als gebender der Klerus auch hierbei. Nur sollen die Laien nicht auf guten Willen angewiesen sein, sie haben einen Rechtsanspruch.

Daneben kommen noch erlaubende Rechtssätze vor. Die Laien dürfen als Notare in den bischöflichen Kanzleien tätig sein, wenigstens in Ermangelung von Klerikern; in Kriminalsachen von Geistlichen kann freilich allein ein Priester als

---

[1]) Oder etwa nach can. 2003 § 1 bei der Ingangsetzung von Beatifikations- oder Kanonisationsprozessen. Bezüglich der kirchenrechtlichen Folgen gewisser Straftaten der Laien vgl. z. B. can. 2354 § 1, 2357 § 1.

[2]) can. 682. Laici ius habent recipiendi a clero, ad normam ecclesiasticae disciplinae, spiritualia bona et potissimum adiumenta ad salutem necessaria.

Notar amten[1]). Sie sind als Läufer und Diener bei den geistlichen Gerichten zugelassen[2]). Sie dürfen ferner, zumal wenn rechtskundig, von Bischof und Pfarrer, aber in Unterordnung unter ihnen und in Abhängigkeit von ihnen, bei der Kirchengutsverwaltung verwendet werden[3]). Auch als Sachwalter vor den geistlichen Gerichten sind sie zugelassen[4]).

Der andere der beiden das Laienrecht im allgemeinen darstellenden Sätze dagegen ist verbietender Natur. Er spricht den Laien ein Recht ab, nämlich die Befugnis, geistliche Kleidung zu tragen, es wäre denn, dass es sich um künftige Geistliche, nämlich um Seminarzöglinge handelte oder um sogenannte niedere, aus der Laienschaft genommene Kirchendiener[5]).

Dies Verbot ist wohl begreiflich. Die Kleriker bilden eben einen besonderen Stand. Die Weihe im weitesten Sinne des Wortes, worunter auch die Tonsur mitverstanden wird[6]), scheidet sie von den Laien[7]), die ihnen, je nach ihrem Grad und Amt, Ehrerbietung schulden[8]) und sich durch Realinjurien

---

[1]) can. 373 § 3; vgl. can. 453 § 3. Siehe Karl Meister, Das Beamtenrecht der Erzdiözese Freiburg, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 9. Heft, Stuttgart 1904 S. 9 ff.; Joseph Müller, Die bischöflichen Diözesanbehörden, insbesondere das bischöfliche Ordinariat, ebenda 15. Heft, Stuttgart 1905 S. 129 ff.

[2]) can. 1592, wenigstens nisi prudentia in aliqua causa suadeat, ut ecclesiastici ad id muneris assumantur.

[3]) can. 1521 § 2 mit § 1 und 1520 (oben S. 65 Anm. 1). Siehe S. 64 f.

[4]) can. 1657, 1658.

[5]) can. 683. Non licet laicis habitum clericalem deferre, nisi agatur vel de Seminariorum alumnis aliisque adspirantibus ad ordines de quibus in can. 972, § 2 (eventuell ausserhalb des Seminars), vel de laicis, servitio ecclesiae legitime addictis, dum intra eandem ecclesiam sunt aut extra ipsam in aliquo ministerio ecclesiastico partem habent.

[6]) can. 950 (unten S. 185 Anm. 2).

[7]) can. 948. Ordo ex Christi institutione clericos a laicis in Ecclesia distinguit ad fidelium regimen et cultus divini ministerium.

[8]) Sie deshalb auch nicht ohne Erlaubnis des Bischofs vor einen

gegen sie des Sakrilegs schuldig machen[1]). Nur die Kleriker können Inhaber von Weihe- und unter Umständen von Jurisdiktionsgewalt sein, kirchliche Benefizien empfangen und ebensolche Pensionen aus Kirchengut erhalten[2]). Als Kleriker tragen sie das geistliche Gewand[3]), wie jede Uniform ein Ehrenkleid, aber zugleich auch ein Pflichtenkleid, das sie der Ueberwachung durch die Oeffentlichkeit unterstellt. Man versteht, dass es strenge ihnen vorbehalten bleibt.

An anderen Bestimmungen ähnlicher Art, die sich ebenso erklären, fehlt es nicht. Laien dürfen nicht in Kirchen pre-

---

weltlichen Richter ziehen sollen. Doch hat, gerade wenn der Kläger ein Laie ist, der Bischof nach erfolglosem Beilegungsversuch die Erlaubnis möglichst zu erteilen; can. 120 § 2 (unten S. 115 Anm. 1).

[1]) can. 119. Omnes fideles debent clericis, pro diversis eorum gradibus et muneribus, reverentiam, seque sacrilegii delicto commaculant, si quando clericis realem iniuriam intulerint.

[2]) can. 118. Soli clerici possunt potestatem sive ordinis sive iurisdictionis ecclesiasticae et beneficia ac pensiones ecclesiasticas obtinere.

Wenn in can. 2322 gesagt ist: Ad ordinem sacerdotalem non promotus 1.° Si missae celebrationem simulaverit aut sacramentalem confessionem exceperit, excommunicationem ipso facto contrahit, speciali modo Sedi Apostolicae reservatam; et insuper laicus quidem privetur pensione aut munere, si quod habeat in Ecclesia, aliisque poenis pro gravitate culpae puniatur, clericus vero deponatur . . . so besteht ein Widerspruch mit can. 118 in Wahrheit nicht. Denn ein beneficium ecclesiasticum und eine pensio ecclesiastica sind etwas anderes als ein munus und eine pensio in Ecclesia, also z. B. ein Küsterdienst oder ein Vermögensverwaltungsposten und die damit verbundenen oder sonstige (weltliche) Bezüge aus Kirchengut.

[3]) can. 136 § 1. Omnes clerici decentem habitum ecclesiasticum, secundum legitimas locorum consuetudines et Ordinarii loci praescripta, deferant, tonsuram seu coronam clericalem, nisi recepti populorum mores aliter ferant, gestent, et capillorum simplicem cultum adhibeant. § 2. Annulo ne utantur, nisi id ipsis a iure aut apostolico privilegio sit concessum. § 3. Clerici minores qui propria auctoritate sine legitima causa habitum ecclesiasticum et tonsuram dimiserint, nec, ab Ordinario moniti, sese intra mensem emendaverint, ipso iure e statu clericali decidunt. Vgl. auch can. 123, 2305 §§ 1, 2, 2298 n° 9°, 11°, 2300, 2304, 188 n° 7°, 213 § 1, 1576 § 1 n° 2°, 2379 u. a.

digen, auch dann nicht, wenn es Laienbrüder sind[1]). Nur bei der Jugendunterweisung kann der Pfarrer und soll er sogar, wenn er rechtmässig verhindert ist, ausser Klerikern auch fromme Laien, insbesondere Mitglieder der Christenlehre-Bruderschaft oder einer ähnlichen Vereinigung in seiner Pfarrei zuziehen[2]). Aus den Kirchen dürfen keine Zugänge oder Fenster nach Häusern von Laien hin gehen, sodass diese durch sie zum Gottesdienst sich begeben oder von ihren Behausungen aus ihm anwohnen können[3]). Kelch und Patene und, vor der ersten Waschung durch einen Kleriker höherer Weihe, die bei der Messfeier gebrauchten Tücher (Altartücher, Korporalien u. s. w.) sollen sie nicht berühren oder gar zum Reinigen erhalten[4]). Vor einem Laien kann ein Kleriker seiner Pflicht, das Glaubensbekenntnis abzulegen, nicht rechtswirksam genügen[5]).

In kirchliche Wahlen dürfen sich Weltliche nicht einmischen[6]). Auch ist es den Geistlichen bei Strafe der Suspensio a divinis verboten, in die Hände von Laien kirchliche

---

[1]) can. 1342 § 2. Concionari in ecclesia vetantur laici omnes, etsi religiosi.

[2]) can. 1333 § 1. Parochus in religiosa puerorum institutione potest, imo, si legitime sit impeditus, debet operam adhibere clericorum, in paroeciae territorio degentium, aut etiam, si necesse sit, piorum laicorum, potissimum illorum qui in pium sodalitium *doctrinae christianae* aliudve simile in paroecia erectum adscripti sunt.

[3]) can. 1164 § 2. In ecclesia nullus aperiatur aditus vel fenestra ad laicorum domus; locaque, si adsint, subter ecclesiae pavimentum aut supra ecclesiam, ad usum mere profanum ne adhibeantur.

[4]) can. 1306 § 1. Curandum ne calix cum patena et ante lotionem purificatoria, pallae et corporalia, quae adhibita fuere in sacrificio Missae, tangantur, nisi a clericis vel ab iis qui eorum custodiam habent. § 2. Purificatoria, pallae et corporalia, in Missae sacrificio adhibita, ne tradantur lavanda laicis etiam religiosis, nisi prius abluta fuerint a clerico in maioribus ordinibus constituto; aqua autem primae lotionis mittatur in sacrarium vel, si hoc desit, in ignem.

[5]) can. 1407. Obligationi fidei professionem emittendi non satisfacit qui eam per procuratorem vel coram laico emittit.

[6]) can. 166. Si laici contra canonicam libertatem electioni ecclesiasticae quoquo modo sese immiscuerint, electio ipso iure invalida est.

Aemter, Pfründen oder Würden aufzugeben[1]). Und ebensowenig können sie in kirchlichen Streitsachen Schiedsrichter sein[2]) oder geistliche Rechte, die zu besitzen sie nicht fähig sind, zu ihren Gunsten ersitzen[3]).

Sogar über den Tod hinaus dauert der Unterschied. Die Gräber der Priester und Kleriker sollen möglichst von denen der Laien geschieden und an passenderen Stellen angelegt werden[4]). Und eines Laien Leichnam, mag der Verstorbene im Leben noch so hoch gestellt, also etwa Landesherr oder sonst fürstlichen Geblüts gewesen sein, sollen Kleriker unter keinen Umständen zur letzten Ruhe tragen[5]).

Endlich kommt ausschliesslich den Laien das zumal praktisch sehr wichtige Eherecht zugut. Auch es ist recht kurz abgehandelt, nämlich in ganzen einhundertzweiunddreissig Kanones[6]), wozu als Ergänzung noch dreiunddreissig Kanones

---

Dadurch ist unter anderem, wie schon nach dem auf Geheiss Leos XIII. von dem Kardinalstaatssekretär Rampolla an die deutschen Wahlkapitel erlassenen Geheimschreiben: Ad notitiam Sanctae Sedis vom 20. Juli 1900 die Anwesenheit des landesherrlichen Wahlkommissars bei der Bischofswahl ausgeschlossen; vgl. Stutz, Bischofswahlrecht S. 74 ff. Dazu die Strafsatzungen in can. 2330 (unten S. 238 Anm. 2), 2390 ss.

[1]) can. 2400. Clericus qui in manus laicorum officium, beneficium aut dignitatem ecclesiasticam resignare praesumpserit, ipso facto in suspensionem a divinis incurrit.

[2]) can. 1931. Prohibentur ab arbitri munere valide gerendo laici in causis ecclesiasticis, excommunicati et infames post sententiam declaratoriam vel condemnatoriam; religiosi vero munus arbitri ne suscipiant sine venia Superioris.

[3]) can. 1509. Praescriptioni obnoxia non sunt . . . 3.° Iura spiritualia, quorum laici non sunt capaces, si agatur de praescriptione in commodum laicorum.

[4]) can. 1209 § 2. Sepulcra sacerdotum et clericorum, ubi fieri potest, a sepulcris laicorum separata sint ac decentiore loco sita; praeterea, ubi id commodum fuerit, alia pro sacerdotibus, alia pro inferioris ordinis Ecclesiae ministris parentur.

[5]) can. 1233 § 4. Laici cadaver, generis aut dignitatis cuiusvis ille fuerit, clerici ne deferant.

[6]) can. 1012 ss.

über den Eheprozess kommen[1]. Freilich kann kurz auch gut sein, und man wird anerkennen müssen, dass das im allgemeinen in diesem Falle zutrifft. Dass aber das Eherecht nicht mehr wie ehedem als solches, selbständig und für sich, als eigener Teil in dem neuen Gesetzbuche dasteht, sahen wir schon[2]; auch es ist als Sakramentsrecht gewissermassen vergeistlicht, der Eindruck, dass der Kodex im wesentlichen Geistlichkeitsrecht bietet, dadurch verstärkt worden.

Aber auch darin bleibt alles beim alten, dass die Kirche im Interesse ihrer Selbstbehauptung, in erster Linie in Wahrung ihres Glaubensbestandes, jedoch auch behufs besserer Verteidigung ihrer Machtansprüche ihre Gläubigen von der Aussenwelt abzuschliessen und von der Berührung mit den Anders- und Ungläubigen nach Kräften fernzuhalten bemüht ist. Man genügt den kirchlichen Vorschriften nicht schon dadurch, dass man keinen ketzerischen Ansichten und Lehren huldigt; vielmehr muss man auch eifrig alle Irrtümer meiden, die mehr oder weniger der Ketzerei nahe kommen, und damit natürlich auch deren Vertreter[3].

Auf Ungetaufte beziehen sich übrigens nach den Satzungen der Kirche ihre rein kirchlichen Vorschriften nicht, ebensowenig auf selbst katholisch Getaufte, die noch nicht zurechnungsfähig oder sieben Jahre alt sind, es sei denn, dass ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist[4]. Nichtkatholische untereinander sind auch nach dem Kodex wie schon nach dem

---

[1]) can. 1960 ss.

[2]) Oben S. 38.

[3]) can. 1324. Satis non est haereticam pravitatem devitare, sed oportet illos quoque errores diligenter fugere, qui ad illam plus minusve accedunt; quare omnes debent etiam constitutiones et decreta servare quibus pravae huiusmodi opiniones a Sancta Sede proscriptae et prohibitae sunt.

[4]) can. 12. Legibus mere ecclesiasticis non tenentur qui baptismum non receperunt, nec baptizati qui sufficienti rationis usu non gaudent, nec qui, licet rationis usum assecuti, septimum aetatis annum nondum expleverunt, nisi aliud iure expresse caveatur. Vgl. dazu unten S. 193.

Ehedekret: Ne temere[1]), aber anders als vor 1907 bezw. 1908 der katholischen Eheschliessungsform nicht unterworfen. Dasselbe gilt sogar von katholisch getauften, aber nicht katholisch erzogenen Abkömmlingen Nichtkatholischer[2]). Wer mit dem katholischen Kirchenrecht und seiner Geschichte nicht vertraut ist, mag finden, diese Bestimmung stelle eigentlich einen Uebergriff auf ein Gebiet dar, das der katholischen Kirchenordnung entzogen sei, Nichtkatholiken gingen den katholischen Gesetzgeber überhaupt nichts an. Doch wird man richtiger darin ein vom Standpunkte der katholischen Kirche aus sehr anerkennenswertes Entgegenkommen Pius X. und der von ihm eröffneten Kirchenrechtsära erblicken müssen[3]).

Im übrigen sind und bleiben auch nach dem Kodex die nichtkatholischen Christen, namentlich die Evangelischen, wegen Ketzerei exkommunizierte Katholiken, aber Excommunicati tolerati[4]). Wo von solchen oder eben farbloser und

---

[1]) Art. XI § 3, Acta Sanctae Sedis XL 1907 p. 530; Hilling, Quellensammlung 3. Heft, Die kanonische Form der Verlöbnisse, Bonn 1915 S. 14.

[2]) can. 1099. § 1. Ad statutam superius formam servandam tenentur: 1.° Omnes in catholica Ecclesia baptizati et ad eam ex haeresi aut schismate conversi, licet sive hi sive illi ab eadem postea defecerint, quoties inter se matrimonium ineunt . . . § 2. Firmo autem praescripto § 1, n. 1, acatholici sive baptizati sive non baptizati, si inter se contrahant, nullibi tenentur ad catholicam matrimonii formam servandam; item ab acatholicis nati, etsi in Ecclesia catholica baptizati, qui ab infantili aetate in haeresi vel schismate aut infidelitate vel sine ulla religione adoleverunt, quoties cum parte acatholica contraxerint. Vgl. dazu unten S. 113 Anm. 1.

[3]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht² § 43 S. 366 Anm. 4 und über das Verhältnis zum älteren Recht desselben Bischofswahlrecht S. 99 ff. sowie Sägmüller, Kirchenrecht³ II § 129 S. 123 f.

[4]) can. 2258 (oben S. 45 Anm. 1). Und zwar sind die Evangelischen Exkommunizierte der am oben angeführten Orte als erste Stufe bezeichneten Art, wobei ihnen ausserdem noch der Umstand zugut kommt, dass sie, wenn nicht zum evangelischen Bekenntnis erst übergetreten, die Exkommunikation nicht durch eigenes Tun sich zugezogen, sondern gewissermassen von ihren Vorfahren nur übernommen haben und höchstens darin persönlich fehlen, dass sie bei ihrer ketzerischen Ueberzeugung und Ge-

umfassender von Akatholiken (nicht von Infideles, was ausschliesslich auf Ungetaufte geht!) sowie von deren Verbindungen (Sectae) die Rede ist, hat man also nachzusehen, wenn man sich, wie wir das im folgenden zu tun beabsichtigen, über die Stellung des Kodex zu den Protestanten und zu der evangelischen Kirche unterrichten will. Ausdrücklich und für sich allein ist von dem evangelischen Bekenntnis in dem Gesetzbuch nirgends die Rede, auch nicht von der Taufe im Falle des Uebertritts bezw. Rücktritts[1], wofür also einfach die allgemeinen Regeln über die Taufe, insbesondere die über die private oder schlichte bezw. die bedingte gelten sollen[2]. Hinsichtlich ihrer eigenen (nichtkatholischen) Taufe werden eventuell Evangelische kurzweg behandelt wie Katholiken, von denen es zweifelhaft ist, ob sie richtig getauft sind[3]; hinsichtlich der Taufe ihrer Kinder stehen sie unter dem Rechte, das bezüglich der Taufe von Abkömmlingen von Nichtchristen gilt[4]: Die Kinder solcher

---

meinschaft verharren. Besonders unter diesem Gesichtspunkte, also wenn vom Dolus abgesehen wird, werden sie einfach mit den anderen Nichtkatholischen als Acatholici bezeichnet. Ueber das bisherige Recht vgl. Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 16 S. 81 ff.

[1]) Denn wenn can. 759 § 2 sagt: Extra mortis periculum baptismum privatum loci Ordinarius permittere nequit, nisi agatur de haereticis qui in adulta aetate sub conditione baptizentur, so bezieht sich auch das nicht auf die Evangelischen allein.

[2]) can. 737 § 2, 742, 759, 760, 762 § 2, 763 § 1.

[3]) can. 732 § 2. Si vero prudens dubium exsistat num revera vel num valide collata fuerint (die Sakramente der Taufe und die für die Evangelischen nicht in Betracht kommenden der Firmung und der Weihe), sub conditione iterum conferantur.

[4]) can. 751. Circa baptismum infantium duorum haereticorum aut schismaticorum aut duorum catholicorum qui in apostasiam vel haeresim vel schisma prolapsi sint, generatim serventur normae in superiore canone constitutae, nämlich in can. 750 § 1. Infans infidelium, etiam invitis parentibus, licite baptizatur, cum in eo versatur vitae discrimine, ut prudenter praevideatur moriturus, antequam usum rationis attingat. § 2. Extra mortis periculum, dummodo catholicae eius educationi cautum sit, licite baptizatur: 1.° Si parentes vel tutores, aut saltem unus eorum

können im Interesse der Errettung ihrer Seelen auch ohne Einwilligung der Eltern oder Grosseltern wirksam getauft werden; doch soll, abgesehen vom Falle der Todesgefahr, die Taufe ihnen bloss gespendet werden, wenn ihre katholische Erziehung gesichert ist, und wenigstens ein Eltern- oder in Ermangelung der Eltern ein Grosselternteil bezw. der Vormund einwilligt, oder wenn solche nächsten Verwandten oder Vormünder nicht vorhanden bezw. an der Ausübung ihrer Rechte rechtlich oder tatsächlich gänzlich verhindert sind.

Ich hebe aus den einschlägigen, die Evangelischen nach dem Gesagten mit treffenden Bestimmungen in Bezug auf sie folgendes heraus.

Weil toleriert kann der Evangelische ausnahmsweise, wenn es eben nicht anders geht, insbesondere wenn kein dazu geeigneter Katholik sich findet, im kirchlichen Prozess als Vertreter und als Anwalt auftreten [1]. Gnadenerweise und Dispensationen haben, wenn vom Apostolischen Stuhl an ihn verliehen, Rechtsgültigkeit [2]; wie schon nach der Konstitution: Sapienti consilio [3] bedarf es deshalb einer absolutio ad cautelam nicht mehr. Er braucht auch nicht weggewiesen zu werden, wenn er dem Gottesdienst, insonderheit der Predigt beiwohnt; von der aktiven Teilnahme dagegen ist er, wenn als solcher bekannt und nicht zuvor,

---

consentiant; 2.° Si parentes, idest pater, mater, avus, avia. vel tutores desint, aut ius in eum amiserint, vel illud exercere nullo pacto queant.

[1]) can. 1657 § 1. Procurator et advocatus esse debent catholici, aetate maiores, bonae famae; acatholicus non admittitur, nisi per exceptionem et ex necessitate.

[2]) can. 36 § 2. Gratiae et dispensationes omne genus a Sede Apostolica concessae etiam censura irretitis validae sunt, salvo praescripto can. 2265, § 2, 2275, n. 3, 2283.

[3]) Bezw. den Normae peculiares des Ordo servandus in Romana Curia vom 29. September 1908 c. III art. 1 n° 6°, Acta Apostolicae Sedis I 1909 p. 64; Hilling, Reformen Pius X. I 1909 S. 86. Die Bestimmung ist übrigens vornehmlich im Interesse des Ansehens der Kurie und ihrer Erlasse getroffen, ähnlich wie die des can. 45.

nach Abschwörung seiner Irrtümer, mit der Kirche versöhnt, fernzuhalten[1]). Am Empfange der Weihen ist allerdings selbst der katholische Sohn evangelischer Eltern[2]), solange diese in ihrem Bekenntnis verharren, gehindert[3]), so dass er nur mit Dispens geweiht werden kann[4]). Und wer aus dem evangelischen Bekenntnis kommt, kann nicht ohne weiteres gültig zum Noviziat zugelassen und in eine religiose Genossenschaft aufgenommen werden[5]). Damit er des Lichtes des Glaubens und eventuell körperlicher Gesundung teilhaftig werde, können auch dem Evangelischen Benediktionen und erst recht Exorzismen zugewandt werden[6]). An den

---

[1]) can. 2259. § 1. Excommunicatus quilibet caret iure assistendi divinis officiis, non tamen praedicationi verbi Dei. § 2. Si passive assistat toleratus, non est necesse ut expellatur; si vitandus, expellendus est, aut, si expelli nequeat, ab officio cessandum, dummodo id fieri possit sine gravi incommodo; ab assistentia vero activa, quae aliquam secumferat participationem in celebrandis divinis officiis, repellatur non solum vitandus, sed etiam quilibet post sententiam declaratoriam vel condemnatoriam aut alioquin notorie excommunicatus.

[2]) Des Grossvaters evangelisches Bekenntnis steht dagegen fortan nicht mehr im Wege wie nach bisherigem Recht; vgl. Stutz, Kirchenrecht[2] § 64 3 b S. 412; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 51 S. 226.

[3]) Aber nicht mehr durch eine irregularitas ex delicto, sondern simpliciter; vgl. oben S. 71. Auch dürfte die Fassung der einschlägigen Bestimmung bedeuten, dass die Behinderung, anders als bisher, nicht mehr über den Tod der Eltern hinaus fortbesteht, auch wenn diese an ihrem Bekenntnis bis zum Ende festhielten.

[4]) can. 987. Sunt simpliciter impediti: 1.° Filii acatholicorum, quandiu parentes in suo errore permanent.

[5]) can. 542. Firmo praescripto can. 539—541 (über den Postulat), aliisque in propriis cuiusque religionis constitutionibus, 1.° Invalide ad novitiatum admittuntur: Qui sectae acatholicae adhaeserunt. Dazu can. 538 sowie die Strafbestimmung des can. 2411 gegen den zuwiderhandelnden Obern.

[6]) can. 1149. Benedictiones, imprimis impertiendae catholicis, dari quoque possunt catechumenis, imo, nisi obstet Ecclesiae prohibitio, etiam acatholicis ad obtinendum fidei lumen vel, una cum illo, corporis sanitatem. can. 1152. Exorcismi a legitimis ministris fieri possunt non solum in fideles et catechumenos, sed etiam in acatholicos vel excommunicatos.

Sakramenten dagegen hat er keinen Anteil[1]; nur dass er selbstverständlich, falls nicht oder nicht zweifellos rite getauft[2], und dass sein ebenso oder noch nicht getauftes Kind[3] die Taufe unbedingt oder sub conditione empfangen kann. Ja er vermag, falls er nur die äusseren Zeichen (Materie und Form) wahrt und die richtige Intention hat, d. h. das Sakrament spenden oder wenigstens damit tun will, was die Kirche tut, wie jeder die Taufe, nämlich die nichtfeierliche, die Nottaufe, zu erteilen; der Hebamme, überhaupt dem Weibe, von dem es sonst heisst: Mulier taceat in Ecclesia, wird dabei sogar, selbst wenn es evangelisch ist, der Vorrang vor dem Manne eingeräumt, falls es über Taufform und Taufvorschrift besser Bescheid weiss[4]. Auch des Ehesakramentes Minister und Empfänger kann der Protestant werden. Dabei ist er, falls der andere Teil dem katholischen Bekenntnis angehört, natürlich zur Beobachtung der katholischen Eheschliessungsform verpflichtet[5].

---

[1] can. 731 § 2. Vetitum est Sacramenta Ecclesiae ministrare haereticis aut schismaticis, etiam bona fide errantibus eaque petentibus, nisi prius, erroribus reiectis, Ecclesiae reconciliati fuerint.

[2] can. 745 § 1. Subiectum capax baptismi est omnis et solus homo viator, nondum baptizatus mit can. 732 § 2 (oben S. 91 Anm. 3).

[3] can. 732 § 2 cit., can. 751 (oben S. 91 Anm. 4).

[4] can. 742. § 1. Baptismus non sollemnis, de quo in can. 759, § 1, potest a quovis ministrari, servata debita materia, forma et intentione; quatenus vero fieri potest, adhibeantur duo testes vel saltem unus, quibus baptismi collatio probari possit. § 2. Si tamen adsit sacerdos, diacono praeferatur, diaconus subdiacono, clericus laico et vir feminae, nisi pudoris gratia deceat feminam potius quam virum baptizare, vel nisi femina noverit melius formam et modum baptizandi mit can. 759 § 1. In mortis periculo baptismum privatim conferre licet; et, si conferatur a ministro qui nec sacerdos sit nec diaconus, ea tantum ponantur, quae sunt ad baptismi validitatem necessaria; si a sacerdote vel diacono, serventur quoque, si tempus adsit, caeremoniae quae baptismum sequuntur.

[5] can. 1099 § 1. Ad statutam superius formam servandam tenentur: . . . 2.° Iidem, de quibus supra (katholisch Getaufte oder aus Häresie oder Schisma Bekehrte, selbst wenn nachher abgefallen), si cum acatho-

Doch sollen Mischehen nach wie vor tunlichst vermieden werden [1]). Deshalb haben die Bischöfe und sonstigen Seelsorger, so viel sie können, davon abzuraten, auch, falls das nichts fruchtet und die Eingehung einer solchen Ehe nicht verhindert werden kann, nach Kräften dafür zu sorgen, dass der Abschluss nicht den Geboten Gottes und der Kirche zuwider erfolgt, und die abgeschlossenen Mischehen sowie die Innehaltung der dabei gemachten Zusagen zu überwachen [2]). Ausserdem sind Mischehen, des bösen Beispiels wegen, das damit gegeben wird, möglichst totzuschweigen und in der Stille, ohne die den Ehen unter Katholiken zugestandenen Feierlichkeiten, abzuschliessen. Demgemäss werden sie nicht aufgeboten, ausser wenn es ohne Aergerniss zu erregen geschehen kann und der Bischof es für angebracht hält, dann aber ohne Angabe des abweichenden Bekenntnisses des einen Teils [3]). Sie sollen

---

licis sive baptizatis sive non baptizatis etiam post obtentam dispensationem ab impedimento mixtae religionis vel disparitatis cultus matrimonium contrahant und ebenda § 2 (oben S. 90 Anm. 2).

[1]) can. 1060. Severissime Ecclesia ubique prohibet ne matrimonium ineatur inter duas personas baptizatas, quarum altera sit catholica, altera vero sectae haereticae seu schismaticae adscripta; quod si adsit perversionis periculum coniugis catholici et prolis, coniugium ipsa etiam lege divina vetatur.

[2]) can. 1064. Ordinarii aliique animarum pastores: 1.° Fideles a mixtis nuptiis, quantum possunt, absterreant; 2.° Si eas impedire non valeant, omni studio curent ne contra Dei et Ecclesiae leges contrahantur; 3.° Mixtis nuptiis celebratis sive in proprio sive in alieno territorio, sedulo invigilent ut coniuges promissiones factas fideliter impleant; 4.° Assistentes matrimonio servent praescriptum can. 1102. Darüber unten S. 96 mit Anm. 5. Vgl. auch can. 1031 § 1.

[3]) can. 1026. Publicationes ne fiant pro matrimoniis quae contrahuntur cum dispensatione ab impedimento disparitatis cultus aut mixtae religionis, nisi loci Ordinarius pro sua prudentia, amoto scandalo, eas permittere opportunum duxerit, dummodo apostolica dispensatio praecesserit et mentio omittatur religionis partis non catholicae. Die Erlaubnis zum Aufgebot kann der Bischof natürlich auch allgemein, nicht bloss für einen einzelnen Fall, und unter näherer Regelung der Voraussetzungen z. B. in einer bischöflichen Verordnung erteilen.

auch nicht in der Kirche geschlossen werden, es sei denn, dass nach Ansicht des Bischofs daraus schwereres Unheil entstehen würde, in welchem Fall er von dem Verbote dispensieren kann[1]). Der Pfarrer oder der Ortsbischof, vor dem die Ehe eingegangen wird, darf hier noch weniger als sonst[2]) zur Assistenz durch Zwang oder Drohung vermocht sein[3]), und es ist ihm untersagt, die rituellen Gebräuche dabei zu beobachten, es sei denn, dass die Versagung voraussichtlich grösseres Uebel nach sich zieht, in welchem Falle der Bischof[4]) die eine oder die andere der herkömmlichen Zeremonien gestatten kann, nie freilich das Lesen der Brautmesse und die Spendung des nur in ihr zu erteilenden Brautsegens[5]). Das

---

[1]) can. 1109 § 3. Matrimonia . . . inter partem catholicam et partem acatholicam extra ecclesiam (etwa in der Sakristei oder im Hause der Braut) celebrentur; quod si Ordinarius prudenter iudicet id servari non posse quin graviora oriantur mala, prudenti eius arbitrio committitur hac super re dispensare, firmo tamen praescripto can. 1102, § 2. Auch in diesem Punkte ist natürlich eine allgemeine Regelung durch bischöfliche Verordnung zulässig.

[2]) Das ergibt sich daraus, dass das Erfordernis der Freiwilligkeit der Assistenz in diesem Zusammenhang nochmals in Erinnerung gebracht wird. Siehe die folgende Anmerkung.

[3]) can. 1102 § 1. In matrimoniis inter partem catholicam et partem acatholicam interrogationes de consensu fieri debent secundum praescriptum can. 1095, § 1, n. 3 (vgl. unten S. 180 Anm. 2) und can. 1064 n° 4° (oben S. 95 Anm. 2). Soll also nach dem Kodex die bloss passive Assistenz auch da, wo sie bisher zulässig und ausreichend war (vgl. die Deklaration des S. Officium vom 5. August 1916, Acta Apostolicae Sedis VIII 1916 p. 316 zu dem Dekret derselben Behörde vom 21. Juni 1912, l. c. IV 1912 p. 443 s.), fortan nicht mehr gestattet sein und genügen? Noldin-Schmitt[2] p. 79 s. nr. 654 meint, doch; ich möchte das Gegenteil annehmen. Die strengere Auffassung, zu der bereits die Deklaration überleitete, ist jetzt im Kodex allgemein durchgeführt.

[4]) Allenfalls wiederum durch Verordnung.

[5]) can. 1102 § 2. Sed omnes sacri ritus prohibentur; quod si ex hac prohibitione graviora mala praevideantur, Ordinarius potest aliquam ex consuetis ecclesiasticis caeremoniis, exclusa semper Missae celebratione, permittere mit can. 1101 § 1. Parochus curet ut sponsi benedictionem

hergebrachte aufschiebende Impedimentum mixtae religionis [1]) und das ganze bekannte [2]) Mischehenrecht der katholischen Kirche ist im Kodex aufrechterhalten. Uebrigens auch das trennende, aber dispensable [3]) der Kultverschiedenheit, wenn der eine Teil nicht getauft ist [4]). Vom Ehehindernis der Bekenntnisverschiedenheit kann also dispensiert werden:

---

sollemnem accipiant, quae dari eis potest etiam postquam diu vixerint in matrimonio, sed solum in Missa, servata speciali rubrica et excepto tempore feriato.

[1]) Während bisher gerade die Kurie in ihrem Sprachgebrauch hinsichtlich der Verwendung der Bezeichnung mixta religio (Bekenntnisverschiedenheit) und disparitas cultus (Religionsverschiedenheit, d. h.: Katholik einerseits, Nichtchrist anderseits) nicht bestimmt und folgerichtig verfuhr (vgl. Laemmer a. a. O. S. 145 Anm. 2; Sägmüller, Kirchenrecht [3] § 149 S. 195 Anm. 1), führt der Kodex nunmehr konsequent die bei uns in Deutschland längst übliche Bezeichnungsweise durch.

[2]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht [2] § 87 S. 439 f.; Sägmüller, Kirchenrecht [3] II § 149 S. 195 ff.; Friedrich Heyer, Art. Ehe und Eherecht im Staatslexikon der Görresgesellschaft, 4. Aufl. I Freiburg i. Br. Sp. 1413 ff.; Joseph Vogt, Das kirchliche Eherecht, 3. Aufl., Cöln 1910 S. 110 ff.

Da bei uns in Deutschland bei strenger Durchführung dieser Bestimmungen graviora mala zu befürchten wären, werden die Ordinarien wohl in all den erwähnten Punkten die gesetzlich zulässigen Milderungen eintreten lassen und dürfte so alles im alten bleiben.

Darüber, dass die katholische Kirche wegen der grösseren Strenge ihrer Grundsätze bezw. als vorwiegend Rechtskirche sowie mit Rücksicht auf unsere konfessionsstatistischen und sozialen Verhältnisse bei den Mischehen den kürzeren zieht und die grösseren Verluste hat, also bei ihrem Mischehenrecht in gewissem Sinne in einer Notlage handelt, vgl. P. Pieper, Kirchliche Statistik Deutschlands, 2. Aufl., Tübingen 1900 S. 43 ff., 59 ff.; H. A. Krose, Konfessionsstatistik Deutschlands, Freiburg i. Br. 1904 S. 132 ff. und bezüglich des neuesten Standes dessen Kirchliches Handbuch VI, Freiburg i. Br. 1917 S. 384 ff. sowie ausserdem etwa Ulrich Stutz, Die katholische Kirche und ihr Recht in den preussischen Rheinlanden (auch in Joseph Hansen, Die Rheinprovinz 1815—1915, II, Bonn 1917 S. 161 ff.), Bonn 1915 S. 21 ff.

[3]) Vgl. can. 1021 § 1, 1026 (oben S. 95 Anm. 3), 1099 § 1 n° 2° (oben S. 94 Anm. 5), 1120 § 2, 1990 mit 1042 § 3.

[4]) can. 1070, in dem aber ausdrücklich der christliche Teil als in

1. Nur vom Papste bezw. vom Ordinarius mit päpstlicher Fakultät oder bei sonst ihm bezw. dem assistierenden Pfarrer oder Priester gegebener Vollmacht von diesem [1]).

2. Lediglich, wenn

a) gerechte und gewichtige Gründe dafür sprechen;

b) der nichtkatholische Eheteil Sicherheit dafür gibt, dass er vom katholischen die Gefahr der Entfremdung von seinem Bekenntnis abwenden wird, und beide versprechen, sämtliche zu erwartenden Kinder nur katholisch taufen und erziehen zu lassen [2]);

c) moralische Gewissheit dafür besteht, dass die übrigens ordentlicherweise schriftlich [3]) abzugebenden Zusagen auch wirklich wahrgemacht werden [4]).

Dabei ist der katholische Gatte gehalten, mit kluger Vorsicht und Umsicht die Bekehrung des nichtkatholischen Teils

---

Ecclesia catholica getauft vorausgesetzt wird. Um die Religionsverschiedenheit als Ehehindernis für einen wenn gleich rite und damit auch für die katholische Auffassung gültig getauften Akatholiken kümmert sich das Gesetzbuch nicht.

Im übrigen finden die Grundsätze betreffend die Mischehe auch im Falle der Religionsverschiedenheit Anwendung, can. 1071.

[1]) Vgl. can. 1040 (unten S. 114 Anm. 2), 1042 § 3, 1043, 1044 und dazu S. 148, 241.

[2]) Die Verpflichtung hierzu besteht auch ohne Antenuptialvertrag bezw. Zusicherung. Für die Taufe vgl. can. 756. § 1. Proles ritu parentum baptizari debet ... § 3. Si unus tantum sit catholicus, proles huius ritu baptizanda est, und für die Erziehung can. 1113 (unten S. 195 Anm. 5).

[3]) Aber nicht mehr eidlich. Hier ist also entsprechend der neueren Kurialpraxis im Gesetzbuch gegenüber dem älteren Recht eine gemeinrechtliche Milderung eingetreten. Vgl. Sägmüller, Kirchenrecht [3] II § 149 S. 197 Anm. 5, 198 Anm. 1.

[4]) can. 1061. § 1. Ecclesia super impedimento mixtae religionis non dispensat, nisi: 1.° Urgeant iustae ac graves causae; 2.° Cautionem praestiterit coniux acatholicus de amovendo a coniuge catholico perversionis periculo, et uterque coniux de universa prole catholice tantum baptizanda et educanda. 3.° Moralis habeatur certitudo de cautionum implemento. § 2. Cautiones regulariter in scriptis exigantur.

zu betreiben [1]). Und es können die Eheleute, selbst nach Einholung der Dispensation, sei es vor, sei es nach der katholischen Trauung, nicht auch, persönlich oder durch Vertreter, einen nichtkatholischen Religionsdiener um die Trauung nach dessen Kirchenordnung angehen [2]). Weiss der katholische Pfarrer bestimmt, dass sie dem zuwidergehandelt haben oder zuwiderhandeln werden, so soll er nicht assistieren, es sei denn, dass sehr gewichtige Gründe vorliegen — man denke etwa an die letztes Jahr durch den Tod des evangelischen Teils gelöste Ehe des Königs Ferdinand von Bulgarien —; in solchem Falle darf, falls Aufsehen vermieden und der zuständige Bischof vorher befragt wird, der Pfarrer auch im Falle des Hinzukommens der evangelischen Trauung mitwirken [3]), eine Ausnahme, die gleich den früher erwähnten die Biegsamkeit des an sich und im Grundsatz strengen kirchlichen Rechtes in helles Licht setzt [4]).

---

[1]) can. 1062. Coniux catholicus obligatione tenetur conversionem coniugis acatholici prudenter curandi.

[2]) can. 1063 § 1. Etsi ab Ecclesia obtenta sit dispensatio super impedimento mixtae religionis, coniuges nequeunt, vel ante vel post matrimonium coram Ecclesia initum, adire quoque, sive per se sive per procuratorem, ministrum acatholicum uti sacris addictum, ad matrimonialem consensum praestandum vel renovandum.

[3]) can. 1063 § 2. Si parochus certe noverit sponsos hanc legem violaturos esse vel iam violasse, eorum matrimonio ne assistat, nisi ex gravissimis causis, remoto scandalo et consulto prius Ordinario.

[4]) Aehnliches wie für die Mischehe gilt übrigens auch gegenüber Katholiken, die den katholischen Glauben abgeschworen haben oder Vereinigungen angehören, die von der Kirche verboten sind, und zwar selbst ohne Uebertritt zu einem anderen Bekenntnis, also bei Konfessionslosigkeit. can. 1065. § 1. Absterreantur quoque fideles a matrimonio contrahendo cum iis qui notorie aut catholicam fidem abiecerunt, etsi ad sectam acatholicam non transierint, aut societatibus ab Ecclesia damnatis adscripti sunt. § 2. Parochus praedictis nuptiis ne assistat, nisi consulto Ordinario qui, inspectis omnibus rei adiunctis, ei permittere poterit ut matrimonio intersit, dummodo urgeat gravis causa et pro suo prudenti arbitrio Ordinarius iudicet satis cautum esse catholicae educationi universae prolis et remotioni periculi perversionis alterius coniugis.

Ob die unter Missachtung der kirchlichen Vorschriften eingegangene Mischehe dennoch kirchlich gültig bleiben wird, wie das für das Deutsche Reich und später für Ungarn zugestanden war, für das erstere durch Pius X. Konstitution: Provida vom 18. Januar 1908 [1]), ist mir angesichts der Bestimmung [2]), alle allgemeinen und besonderen Kirchengesetze, die im Widerspruch zu Vorschriften des Kodex ständen, gälten als aufgehoben, falls nicht in Betreff der Partikulargesetze etwas anderes ausdrücklich vorgesehen werde, mehr als zweifelhaft [3]), trotzdem das Gesetzbuch gelegentlich von unerlaubterweise eingegangenen Mischehen spricht, die Gültigkeit haben [4]). Bis jetzt ist jedenfalls eine ausdrückliche Aufrechterhaltung dieses deutschen Sonderkirchenrechtes nicht erfolgt. Der deutsche Episkopat, auf dessen Wunsch seinerzeit jene Konstitution erging, wird hoffentlich die Beibehaltung dieses Satzes der: Provida zu erwirken suchen. Dass er damit Erfolg haben wird, erscheint mir freilich als höchst zweifelhaft.

Sicher ist, dass Nichtinnehalten der eingegangenen Bedingungen, insbesondere der katholischen Erziehung sämtlicher Kinder, von seiten des nichtkatholischen Teils den unschuldigen katholischen berechtigt, die Trennung von Tisch und Bett oder, wie sie jetzt vollständiger heisst, die separatio tori, mensae et habitationis zu verlangen [5]). Verstösst der katholische Teil selbst wider die genannten Vorschriften, so macht

---

[1]) Acta Sanctae Sedis XXXIX 1906 p. 81 ss.; Hilling, Quellensammlung, 3 Heft S. 15 ff. Dazu Stutz, Kirchenrecht² § 87 S. 440; Hilling im Archiv für katholisches Kirchenrecht XCVII 1917 S. 67 ff.

[2]) can. 6 n° 1°. Darüber unten S. 161 mit Anm. 2.

[3]) can. 4 kann kaum zur Anwendung kommen, da es sich nicht um ein einer natürlichen oder physischen Person erteiltes Indult, sondern um päpstlicherseits gesetztes Sonderkirchenrecht handelt.

[4]) can. 2375. Catholici qui matrimonium mixtum, etsi validum, sine Ecclesiae dispensatione inire ausi fuerint, ipso facto ab actibus legitimis ecclesiasticis (vgl. can. 2256 n° 2°, unten S. 101 Anm. 1) et Sacramentalibus exclusi manent, donec ab Ordinario dispensationem obtinuerint.

[5]) can. 1131.

er sich strafbar, verfällt ohne weiteres der dem Bischof vorbehaltenen Exkommunikation[1]), und ist, bis er Dispens erlangt, von der Patenschaft, der Ausübung des Patronatrechtes, der Beteiligung an der kirchlichen Vermögensverwaltung und von allen anderen, selbstverständlich auch dem Protestanten als Exkommunizierten versagten[2]) nichtgeistlichen Funktionen in der Kirche, den sog. actus legitimi, sowie von den Sakramenten ausgeschlossen.

Ueberhaupt besteht das Verbot der Communicatio in sacris noch weiter zu Recht[3]). In Gotteshäusern von Häretikern

---

[1]) can. 2319. § 1. Subsunt excommunicationi latae sententiae Ordinario reservatae catholici: 1.° Qui matrimonium ineunt coram ministro acatholico contra praescriptum can. 1063, § 1 (oben S. 99 Anm. 2). 2.° Qui matrimonio uniuntur cum pacto explicito vel implicito ut omnis vel aliqua proles educetur extra catholicam Ecclesiam; 3.° Qui scienter liberos suos acatholicis ministris baptizandos offerre praesumunt; 4.° Parentes vel parentum locum tenentes qui liberos in religione acatholica educandos vel instituendos scienter tradunt. § 2. Ii de quibus in § 1 nn. 2—4, sunt praeterea suspecti de haeresi und dazu can. 2263 und 2256 n° 2°. Nomine autem actuum legitimorum ecclesiasticorum significantur: munus administratoris gerere bonorum ecclesiasticorum; partes agere iudicis, auditoris et relatoris, defensoris vinculi (scil. ordinationis aut matrimonii), promotoris iustitiae et fidei, notarii et cancellarii, cursoris et apparitoris, advocati et procuratoris in causis ecclesiasticis; munus patrini agere in sacramentis baptismi et confirmationis; suffragium ferre in electionibus ecclesiasticis; ius patronatus exercere, ferner can. 2265 sowie endlich can. 2375 (oben S. 100 Anm. 4). Selbst in eigener Sache können die Betroffenen, sobald die Exkommunikation durch eine Deklarationssentenz festgestellt, wenn auch nicht mit Namensnennung kundgetan ist (oben S. 45 Anm. 1), ausser in Ausnahmefällen, weder persönlich noch durch einen Vertreter mehr ihre Sachen vor geistlichem Gericht ausfechten; siehe can. 1654.

[2]) Bezüglich der Patenschaft bei Taufe und Firmung vgl. can. 765 n° 2°, 795 n° 2°, hinsichtlich der Ausübung des Patronatrechts can. 1453 § 3 (unten S. 125 Anm. 2). Bisher waren übrigens Akatholiken als Taufpaten zugelassen, so dass also in diesem Punkte eine Verschärfung eintritt; vgl. Sägmüller, Kirchenrecht[3] II § 113 S. 28 mit Anm. 3.

[3]) can. 2316. Qui quoquo modo haeresis propagationem sponte et

und Schismatikern, selbst wenn sie einst katholisch geweiht wurden, soll das Messopfer nicht dargebracht werden[1]); der Simultangebrauch von Kirchen und Bethäusern ist also untersagt ausser in getrennten Teilen ein und desselben Kirchengebäudes. Evangelische sind, wie wir schon sahen, nicht zugelassen als Tauf- und natürlich erst recht nicht als Firmpaten[2]). Sie sind unfähig, Ablässe zu erwerben[3]), der Uebergang von Reliquien an sie soll tunlichst verhütet werden[4]). Selbstverständlich können sie auch an kirchlichen Wahlen nicht teilnehmen[5]).

Umgekehrt sollen Katholiken nicht, ausser im Falle grösster Not, vom nichtkatholischen Religionsdiener sich Sakramente[6]) spenden lassen. Und sie sollen an gottesdienstlichen Veranstaltungen von Akatholiken, also auch von Evangelischen, sich nicht aktiv beteiligen[7]). Doch wird eine in Ausübung bürgerlicher Amtstätigkeit oder ehrenhalber erfolgende, bloss passive und äussere Teilnahme an nichtkatholischen kirchlichen Begräbnissen, Trauungen sowie bei anderen festlichen Anlässen, vorausgesetzt, dass keine Uebertrittsgefahr besteht und kein Aufsehen erregt wird, aus gewichtigen, eventuell vom Bischof zu prüfenden und zu billigenden Gründen

---

scienter iuvat, aut qui communicat in divinis cum haereticis contra praescriptum can. 1258, suspectus de haeresi est. can. 1258 § 1 aber sagt: Haud licitum est fidelibus quovis modo active assistere seu partem habere in sacris acatholicorum. Dazu can. 1324 (oben S. 89 Anm. 3).

[1]) can. 823 § 1. Non licet Missam celebrare in templo haereticorum vel schismaticorum, etsi olim rite consecrato aut benedicto.

[2]) Oben S. 101 mit Anm. 2.

[3]) can. 925 § 1; vgl. can. 2262 § 1 (unten S. 103 Anm. 2).

[4]) can. 1289 § 1.

[5]) can. 167 § 1 n° 4°.

[6]) Etwa die Taufe; vgl. can. 2319 § 1 n° 3 (oben S. 101 Anm. 1) und dazu can. 985. Sunt irregulares ex delicto . . . 2.° Qui, praeterquam in casu extremae necessitatis, baptismum ab acatholicis quovis modo sibi conferri siverunt. Vgl. S. 73.

[7]) can. 1258 § 1, oben S. 101 (102) Anm. 3.

gestattet[1]). Ein katholischer Reichskanzler kann also auch weiterhin, unbedenklich und ohne besonderer kirchlicher Erlaubnis zu bedürfen, am evangelischen Festgottesdienst zur Feier des kaiserlichen Geburtstages oder an höfischen Trau- und Trauergottesdiensten teilnehmen. Auch kann, wie für jeden Gebannten, für den Protestanten gebetet, ja die Messe appliziert werden, und zwar, da er nicht Vitandus ist, nicht einmal lediglich im Dienste seiner Bekehrung[2]). Nur für den verstorbenen Andersgläubigen ist das wohl wie bisher nicht, wenigstens nicht öffentlich, möglich, also auch nicht ein feierliches Seelenamt für den verstorbenen evangelischen Herrscher (vergleiche den bekannten badischen Trauerkonflikt beim Ableben des Grossherzogs Leopold im Jahre 1852); bei solchem Anlass sind vielmehr Dankämter für die Segnungen der Regierung des Verstorbenen zu halten. Dass Schriften von Nichtkatholiken, deren eigentlicher und Hauptgegenstand die Religion als solche ist[3]), ohne weiteres unter das kirchliche Bücherverbot fallen, es sei denn, es stehe von ihnen fest, dass sie nichts gegen den katholischen Glauben enthalten, gehört auch in diesen Zusammenhang[4]).

---

[1]) can. 1258 § 2. Tolerari potest praesentia passiva seu mere materialis, civilis officii vel honoris causa, ob gravem rationem ab Episcopo in casu dubii probandam, in acatholicorum funeribus, nuptiis similibusque solemniis, dummodo perversionis et scandali periculum absit.

[2]) can. 2262. § 1. Excommunicatus non fit particeps indulgentiarum, suffragiorum, publicarum Ecclesiae precum. § 2. Non prohibentur tamen: 1.° Fideles privatim pro eo orare; 2.° Sacerdotes Missam privatim ac remoto scandalo pro eo applicare; sed, si vitandus, pro eius conversione tantum. Dazu can. 809. Integrum est Missam applicare pro quibusvis tum vivis, tum etiam defunctis purgatorio igne admissa expiantibus, salvo praescripto can. 2262, § 2, n. 2.

[3]) Aber nicht auch Dinge, die sonst mit der Kirche zusammenhängen, also nicht z. B. das katholische Kirchenrecht.

[4]) can. 1399. Ipso iure prohibentur: . . . 4.° Libri quorumvis acatholicorum, qui ex professo de religione tractant, nisi constet nihil in eis contra fidem catholicam contineri. Vor allen sind natürlich verboten nichtkatholische Ausgaben und Uebersetzungen der Heiligen Schrift; can. 1399 n° 1°.

Wie von freimaurerischen [1]) und anderen verbotenen, namentlich geheimen Verbindungen, so sollen die Katholiken von Religionsgemeinschaften Andersgläubiger, also auch von evangelischen, sich fernhalten, widrigenfalls sie der Infamie des Kirchenrechts und, im Falle des Uebertritts, dem Bann verfallen [2]). Anderseits haben die Andersgläubigen natürlich auch keinen Zutritt zu den Bruderschaften und kirchlichen Vereinen der Katholiken [3]). Mit den nicht in erster Linie kirchlichen Vereinigungen, also z. B. mit den Gewerkschaften, auch den interkonfessionellen, christlichen, befasst sich das Gesetzbuch nicht. Es wird demnach wohl dafür beim bisherigen Recht, namentlich bei Pius X. Enzyklika: Singulari quadam vom 24. September 1912 [4]), sein Bewenden haben.

Ohne kirchenobrigkeitliche Erlaubnis sollen endlich auch keine Religionsgespräche, insbesondere keine öffentlichen Disputationen mit Andersgläubigen gehalten werden [5]).

---

[1]) Die Bestimmungen des Kodex, die sich gegen das Freimaurertum richten, sind unten S. 154 Anm. 4 zusammengestellt.

[2]) can. 684. Fideles laude digni sunt, si sua dent nomina associationibus ab Ecclesia erectis vel saltem commendatis; caveant autem ab associationibus secretis, damnatis, seditiosis, suspectis aut quae studeant sese a legitima Ecclesiae vigilantia subducere. Dazu can. 2314 § 1 n° 3°: Alle Abtrünnigen, Ketzer oder Schismatiker, si sectae acatholicae nomen dederint vel publice adhaeserint, ipso facto infames sunt et, firmo praescripto can. 188, n. 4 (vom katholischen Glauben abfallende Kleriker verlieren ohne weiteres ihr Amt, abtrünnige Religiosen gelten ohne weiteres als aus ihrer Genossenschaft entlassen, can. 646 § 1 n° 1°), clerici, monitione incassum praemissa, degradentur und can. 167 § 1 n° 4°, can. 2336 § 2. Insuper clerici et religiosi nomen dantes sectae massonicae aliisque similibus associationibus denuntiari debent sacrae Congregationi S. Officii.

[3]) can. 693 § 1. Acatholici et damnatae sectae adscripti aut censura notorie irretiti et in genere publici peccatores valide recipi nequeunt.

[4]) Acta Apostolicae Sedis IV 1912 p. 657 ss. nebst der Allokution vom 27. Mai 1914 (ibidem VI 1914 p. 261 s.) und zu ihrer Würdigung in Betreff des darin dem evangelischen Bekenntnis gegenüber eingenommenen Standpunktes Stutz, Kirchenrecht² § 43 S. 366 Anm. 4.

[5]) can. 1325 § 3. Caveant catholici ne disputationes vel collationes,

Dies, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit, über den Kodex und die Andersgläubigen! Die alte Strenge ist, wie man sieht, in der Hauptsache gewahrt. Doch muss, damit nicht ein falsches Bild und ein schiefer Eindruck durch diese hier versuchte Sammlung der einschlägigen Stellen entsteht, ausdrücklich festgestellt werden, dass es sich dabei um nicht mehr als einige Dutzend verstreute Bestimmungen unter Tausenden handelt. Im Zusammenhang und um ihrer selbst willen ist, wie gesagt, von den Andersgläubigen in dem Gesetzbuche nicht die Rede. Dieses gibt sich vielmehr auch hierin durchaus als ein lediglich um der Katholiken und der seelsorgerischen Arbeit an ihnen willen aufgestellte Ordnung, mithin in der Tat als erlassen im Dienste der Kirche, so wie jene Aufgabe und das: Omnia instaurare in Christo Pius X. verstand. Auch muss gerechterweise hervorgehoben werden, dass für den, der frühere Kundgebungen der Kurie und deren Sprache kennt, eine der Monumentalität des Unternehmens entsprechende vornehm-kluge Zurückhaltung in der Ausdrucksweise unverkennbar ist.

Damit stimmt überein, dass der Missionierung der Andersgläubigen, die natürlich auch in Zukunft eine Hauptaufgabe der Kirchen, der katholischen nicht anders als der übrigen, bildet, so gut wie gar nicht, eigentlich nur an einer Stelle gedacht wird, da nämlich, wo es heisst: „Die Ortsbischöfe und die Pfarrer sollen sich“, während die Mission in den eigentlichen Missionsgebieten dem Papste und der Propaganda vorbehalten bleibt[1]), „in ihren Sprengeln wohnender Andersgläubiger im Herrn annehmen“ [2]), eine nicht unge-

publicas praesertim, cum acatholicis habeant, sine venia Sanctae Sedis aut, si casus urgeat, loci Ordinarii.

[1]) can. 252. Vgl. unten S. 240 mit Anm. 7.

[2]) can. 1350. § 1. Ordinarii locorum et parochi acatholicos, in suis dioecesibus et paroeciis degentes, commendatos sibi in Domino habeant. § 2. In aliis territoriis universa missionum cura apud acatholicos Sedi Apostolicae unice reservatur.

schickte, die christliche Denk- und Sprechweise korrekt wahrende Wendung [1]), die natürlich niemanden über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen wird, die aber wenigstens die kirchlich gesinnten Evangelischen jeder Richtung und vor allem die evangelischen Kirchen, falls sie nicht den Grundsatz vertreten wollen: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe", dem Kodex nicht wohl verübeln können, da sie ihrerseits auf demselben Standpunkte stehen und stehen müssen.

Da tritt nun allerdings der neuzeitliche, religiös-konfessionell neutrale Staat mit seiner Gewissens- und Kultusfreiheit dazwischen.

---

[1]) Zu der auch noch zu vergleichen ist can. 1351. Ad amplexandam fidem catholicam nemo invitus cogatur.

IV.

Der Kodex und der Staat.

Auch diese Studie ist eine ausführliche und mit Begründung versehene Wiedergabe eines Aufsatzes in der Ausgabe B des „Tag“, Nr. 246 vom 20. Oktober 1917.

Wie den Andersgläubigen so bewahrt der Kodex auch dem Staate gegenüber die grösste Zurückhaltung.

Das Verhältnis von Staat und Kirche ist von dem Gesetzbuch ausgeschlossen, entsprechend der streng innerkirchlichen Aufgabe, in deren Dienst es steht. Jedenfalls aber auch aus Vorsicht. Man wollte es vermeiden, durch Aufrollung dieser Frage dem Werke Steine in den Weg zu legen. Vielleicht war man überdies der Meinung, es komme dabei doch vornehmlich auf den Einzelfall und die Praxis an[1].

---

[1]) Dies Fehlen einer systematischen Regelung des Verhältnisses zur weltlichen Gewalt zeigt übrigens deutlich und einem guten Teile des Gesetzesinhaltes zum Trotz, dass die Zeiten der mittelalterlichen Kirche und des klassischen kanonischen Rechtes samt der Zweiheit von Sacerdotium und Imperium gründlich vorbei sind, nicht bloss nach der Auffassung der souveränen Staaten und nur der ausserhalb der katholischen Kirche Stehenden, sondern auch für deren Lenker selbst. Bei der Hauptgelegenheit, wo man es aber eben nicht allein mit Einzelnen oder mit einem einzigen Staate für sich, sondern mit der Gesamtheit der Staaten zu tun gehabt hätte, hielt man es, trotz deren zeitiger Verfeindung untereinander, für ratsamer und wichtiger, weder von der potestas directa oder indirecta, von der man vielleicht selbst gar nicht mehr so viel hält, noch von der potestas directiva oder von der Koordinationstheorie, auf deren Boden man seit Beginn der neuzeitlichen Konkordatsära praktisch steht, von Berufs wegen zu sprechen. Wir freuen uns über diese Zurückhaltung und Mässigung und wünschen nur, dass diese weise Selbstbeschränkung anhalte. Man kann der Kurie ebensowenig als dem Staate und uns, die wir auf seinem Boden stehen, zumuten, die für jeden Teil unumstösslichen Grundsätze aufzugeben und zu verleugnen. Aber man kann von beiden verlangen, dass sie an die Wirklichkeit sich halten, auf den Boden der Tatsachen sich stellen, und im Interesse des Friedens sowie des Gedeihens der Menschheit praktische Politik treiben. Wenn auf beiden Seiten weiter solche Weisheit waltet, so haben wir alle Aussicht, dass mit der Wiederkehr des Völkerfriedens auch der konfessionelle

Demgemäss bestimmt gleich im Anfang der dritte Kanon: „Die Kanones dieses Gesetzbuches setzen keineswegs die von dem Apostolischen Stuhle mit den verschiedenen Staaten getroffenen Vereinbarungen ausser Kraft oder ändern sie ab; diese bleiben deshalb ganz wie vorher in Geltung, ohne dass widersprechende Vorschriften dieses Kodex irgendwie entgegenständen“ [1]).

Die Berührungen des Gesetzbuches mit dem Staat und seinem Rechte sind also gleichfalls nur gelegentliche, beiläufige, zum Teil mittelbare.

Und zwar einerseits freundliche.

Die dem Apostolischen Stuhl einfach, d. h. zur Absolution durch einen Anderen, selbst ohne Spezialvollmacht reservierte [2])

---

und kirchenpolitische Frieden uns erhalten bleibt, den diese harte Kriegszeit uns gemehrt und gefestigt hat. Dabei wird auch die katholische Kirche, soweit es ihr um die religiöse Arbeit am Volke und nur um sie zu tun ist, nicht schlecht fahren. Der Kodex stört, wie wir zum Teil schon gesehen haben und im folgenden noch weiter sehen werden, trotz gelegentlicher grundsätzlicher Vorbehalte diesen Zustand nicht.

[1]) Codicis canones initas ab Apostolica Sede cum variis Nationibus conventiones nullatenus abrogant aut iis aliquid obrogant; eae idcirco perinde ac in praesens vigere pergent, contrariis huius Codicis praescriptis minime obstantibus.

Eine Einzelanwendung bringt can. 1471. Si cui Sedes Apostolica sive in concordatis sive extra concordata indultum concesserit praesentandi ad ecclesiam vacantem vel ad beneficium vacans, non inde ius patronatus oritur, et privilegium praesentationis strictam interpretationem pati oportet ex tenore indulti; von dem Standpunkte aus, den gewisse Regierungen früher hinsichtlich des Nominationsrechtes eingenommen haben, würde diese Bestimmung allerdings einer Einschränkung und damit eher einer Ausnahme vom Grundsatze des can. 3 nahekommen.

can. 451 § 3. Circa militum cappellanos sive maiores sive minores, standum peculiaribus Sanctae Sedis praescriptis macht keine Ausnahme. Wo Abmachungen zwischen Kirche und Staat bestehen, gelten sie weiter, in der Form auch da gemäss dem auf Grund der Abmachung ergangenen päpstlichen Erlasse. can. 4 bezieht sich dagegen wohl nur auf innerhalb der Kirche wohlerworbene Rechte.

[2]) Vgl. darüber unten S. 254 Anm. 7.

Exkommunikation wird auch für den Beitritt zu staatsfeindlichen Vereinigungen angedroht[1]). Desgleichen sind gewisse freimaurerische und andere Schriften als staats- und gesellschaftsfeindlich ohne weiteres den Gläubigen zu lesen verboten[2]). Und nicht nur um seines Primates[3]), sondern seiner Meinung nach jedenfalls ebensosehr um des Staates und dessen Würde willen behält sich der Papst die geistliche Gerichtsbarkeit über die (katholischen) Staatsoberhäupter und ihre Angehörigen, besonders den etwaigen Thronfolger vor[4]). Dahin gehört ferner die für das kirchliche Gerichtsverfahren anerkannte Befreiung der bürgerlichen Amtsträger von der Zeugnispflicht[5]) sowie der den bürgerlichen Obrigkeiten in den Kirchen zugestandene Ehrenplatz[6]), aber auch das Entgegenkommen hinsichtlich der Teilnahme an nichtkatholischen, aus Rücksichten auf den Staat und sein Oberhaupt veranstalteten Gottesdiensten[7]). Auch lässt sich die Kirche bürgerliche Ehrenstellungen ihrer Diener gerne gefallen und rechnet dadurch, z. B. durch die Teilnahme an den Sitzungen einer Ersten Kammer, nötig werdende Abwesenheit eines Bischofs von seinem Bistum nicht auf dessen gesetzlichen Urlaub an[8]).

---

[1]) can. 2335. Nomen dantes sectae massonicae aliisve eiusdem generis associationibus quae contra Ecclesiam vel legitimas civiles potestates machinantur, contrahunt ipso facto excommunicationem Sedi Apostolicae simpliciter reservatam.

[2]) can. 1399. Ipso iure prohibentur: . . . 8.° Libri qui duellum vel suicidium, vel divortium licita statuunt, qui de sectis massonicis vel aliis eiusdem generis societatibus agentes, eas utiles et non perniciosas Ecclesiae et civili societati esse contendunt . . .

[3]) Darüber unten S. 253 f.

[4]) can. 1557 § 1. Ipsius Romani Pontificis dumtaxat ius est iudicandi: 1.° Eos qui supremum tenent populorum principatum horumque filios ac filias eosve quibus ius est proxime succedendi in principatum.

[5]) can. 1755 § 2 n° 1°.

[6]) can. 1263 § 1. Potest magistratibus, pro eorum dignitate et gradu, locus in ecclesia esse distinctus, ad normam legum liturgicarum.

[7]) Oben S. 102, 103 mit Anm. 1.

[8]) can. 338 § 2. Praeterquam causa visitationis Sacrorum Liminum,

Ferner: Wo das staatliche Eherecht das Hindernis der künstlichen Verwandtschaft aus Annahme an Kindesstatt kennt, da wird es auch weiterhin vom kirchlichen übernommen, und zwar nicht bloss als aufschiebendes, sondern eventuell sogar als trennendes[1]). Die bürgerliche Eheschliessung lässt sich das nunmehr im Kodex niedergelegte und neu gefasste kirchliche Eherecht ausdrücklich gefallen, aber freilich nur für die bürgerlichen Wirkungen der Ehe. So wird bei der Mischehe, bei der wir die Angehung eines Religionsdieners anderen Bekenntnisses, zum Zwecke der Trauung auch nach dessen Kirchenordnung, untersagt fanden[2]), ausdrücklich zugestanden: „Es wird aber nichts dagegen eingewandt, dass die Eheleute sich vor dem staatlichen, selbst nichtkatholischen Beamten stellen, um, den staatlichen Vorschriften gemäss, der bürgerlichen Wirkungen halber, die lediglich bürgerliche Trauung vorzunehmen“[3]). Dass dasselbe auch gelten soll, wenn beide Teile katholisch sind, lehrt die Bestimmung: „Die Ehe Getaufter wird, vorbehaltlich der staatlichen Zuständigkeit bezüglich der rein bürgerlichen Ehewirkungen, nicht allein durch göttliches, sondern auch durch

---

Conciliorum, quibus interesse debent, vel civilis officii suis ecclesiis legitime adiuncti, abesse possunt (scil. Episcopi) aequa de causa non ultra duos vel ad summum tres menses intra annum, sive continuos sive intermissos, dummodo cautum sit ne ex ipsorum absentia dioecesis quidquam detrimenti capiat: quod tamen tempus coniungi nequit sive cum tempore sibi concesso occasione suae promotionis, vel visitationis Sacrorum Liminum, vel assistentiae Concilio, sive cum tempore vacationum anni subsequentis.

[1]) can. 1059, 1080 und dazu unten S. 147 und S. 232 mit Anm. 2.

[2]) Oben S. 99 mit Anm. 2, 3.

[3]) can. 1063 § 3. Non improbatur tamen quod, lege civili iubente, coniuges se sistant etiam coram ministro acatholico, officialis civilis tantum munere fungente, idque ad actum civilem dumtaxat explendum, effectuum civilium gratia. Vgl. auch can. 188 n° 5°, 646 § 1 n° 3°, 2356, 2388 § 1, wo von matrimonium ut aiunt civile oder civile schlechthin, von civiliter contrahere u. s. w. die Rede ist, sowie can. 1075 n° 1°, 985 n° 3°: civilis actus.

(menschliches) Kirchenrecht bestimmt"[1]). Und die andere: „Streitigkeiten über die rein bürgerlichen Wirkungen der Ehe gehören, wenn diese in erster Linie in Frage stehen, vor den bürgerlichen Richter; aber incidenter und accessorie kann auch der kirchliche Richter aus eigener Machtbefugnis darüber erkennen und sie entscheiden"[2]).

Im übrigen zeigen gerade die zuletzt erwähnten Vorschriften, dass sonst auch hinsichtlich des Eherechts der alte Gegensatz unvermindert fortbesteht. Noch deutlicher sind in dieser Hinsicht andere Bestimmungen. So der dem letztangeführten Kanon unmittelbar vorangehende, grundsätzliche: „Ehesachen zwischen Getauften gehören recht eigentlich und ausschliesslich vor den kirchlichen Richter"[3]). So weiter folgende: „Es ist allein Sache der kirchlichen Obrigkeit, massgebend zu erklären, in welchen Fällen etwa göttliches Recht die Ehe hindert oder trennt"[4]). Oder: „Derselben obersten

---

[1]) can. 1016. Baptizatorum matrimonium regitur iure non solum divino, sed etiam canonico, salva competentia civilis potestatis circa mere civiles eiusdem matrimonii effectus. Dieser Grundsatz gilt auch für die Ehen Evangelischer, soweit sie rite getauft sind; nur hinsichtlich der Eingehungsform sind Ehen von Evangelischen untereinander befreit. Vgl. oben S. 89, 90 mit Anm. 2.

[2]) can. 1961. Causae de effectibus matrimonii mere civilibus, si principaliter agantur, pertinent ad civilem magistratum ad normam can. 1016 (siehe die vorige Anmerkung); sed si incidenter et accessorie, possunt etiam a iudice ecclesiastico ex propria potestate cognosci ac definiri.

[3]) can. 1960: Causae matrimoniales inter baptizatos iure proprio et exclusivo ad iudicem ecclesiasticum spectant. Mischehen machen keine Ausnahme; can. 1964. In aliis matrimonialibus iudex competens est iudex loci in quo matrimonium celebratum est aut in quo pars conventa vel, si una sit acatholica, pars catholica domicilium vel quasidomicilium habet.

[4]) can. 1038 § 1. Supremae tantum auctoritatis ecclesiasticae est authentice declarare quandonam ius divinum matrimonium impediat vel dirimat.

kirchlichen Obrigkeit steht ausschliesslich das Recht zu, andere aufschiebende oder trennende Ehehindernisse für Getaufte, sei es durch allgemeines, sei es durch besonderes Kirchengesetz aufzustellen"[1]. Oder: „Ausser dem Papste kann niemand auf Kirchenrecht beruhende, aufschiebende oder trennende Ehehindernisse ganz oder zum Teil abschaffen oder von ihnen dispensieren, es sei denn, dass zu letzterem das gemeine Kirchenrecht oder eine besondere Vergünstigung des Apostolischen Stuhles ihm die Vollmacht eingeräumt habe"[2]. Sogar die Bischöfe können in gewissen Grenzen über die Zulassung zur Ehe bestimmen[3]. Auch dabei ist also alles im alten geblieben, was freilich weniger verwundern kann, als wenn der mit der Lehre der Sakramentsnatur der Ehe gegebene Standpunkt der Kirche sich geändert hätte.

---

[1] can. 1038 § 2. Eidem supremae auctoritati privative ius est alia impedimenta matrimonium impedientia vel dirimentia pro baptizatis constituendi per modum legis sive universalis sive particularis.

[2] can. 1040. Praeter Romanum Pontificem, nemo potest impedimenta iuris ecclesiastici sive impedientia sive dirimentia abrogare, aut illis derogare; item nec in eisdem dispensare, nisi iure communi vel speciali indulto a Sede Apostolica haec potestas concessa fuerit.

[3] can. 1039 § 1. Ordinarii locorum omnibus in suo territorio actu commorantibus et suis subditis etiam extra fines sui territorii vetare possunt matrimonia in casu peculiari, sed ad tempus tantum, iusta de causa eaque perdurante. § 2. Vetito clausulam irritantem una Sedes Apostolica addere potest. Dies sogenannte Vetitum oder Interdictum Ecclesiae, also ein für einen Einzelfall zu erlassendes, spezielles, aber zeitlich beschränktes Eheverbot war schon dem bisherigen Rechte bekannt (vgl. Benedicti XIV Pontificis Maximi de Synodo dioecesana libri tredecim, l. VIII c. 14 nr. 5, in der von mir benützten Ausgabe, Mechliniae 1842 II p. 258 ss.; Rudolf v. Scherer, Handbuch des Kirchenrechts II, Graz 1898 S. 404 ff.; Heyer, Ehe und Eherecht a. a. O. I⁴ Sp. 1414; Vogt, Eherecht³ S. 8 f.; Sägmüller, Kirchenrecht³ II § 125 S. 93) und zwar nicht nur als bischöfliches und lediglich aufschiebendes, sondern auch als päpstliches und trennendes; v. Scherer a. a. O. II S. 398 f.

Nicht zu einer neuen Schwierigkeit mit ihr dürfte es für Preussen und für die übrigen deutschen Bundesstaaten wegen des von neuem eingeschärften geistlichen Gerichtsstandes[1]) kommen, zumal bei dessen Verletzung ohne weiteres der Kirchenbann und zwar der speziell reservierte bloss bei der Einklagung eines Kardinals oder des Ortsbischofs, der einfach vorbehaltene bei der eines anderen kirchlichen Würdenträgers eintritt, indes die eigenmächtige Anrufung des weltlichen Richters gegen einen einfachen Geistlichen, falls der Kläger ein Kleriker ist, nur die ipso facto eintretende suspensio ab officio, wenn er ein Laie, gar nur eine vom Ordinarius zu verhängende angemessene Strafe sonstiger Art nach sich zieht[2]). Dabei ist

---

[1]) can. 120 (in der durch Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 557 und Anhang zum Kodex p. 525 verbesserten Fassung). § 1. Clerici in omnibus causis sive contentiosis sive criminalibus apud iudicem ecclesiasticum conveniri debent, nisi aliter pro locis particularibus legitime provisum fuerit. § 2. Patres Cardinales, Legati Sedis Apostolicae, Episcopi etiam titulares, Abbates vel Praelati *nullius*, supremi religionum iuris pontificii Superiores, Officiales maiores Romanae Curiae, ob negotia ad ipsorum munus pertinentia, apud iudicem laicum conveniri nequeunt sine venia Sedis Apostolicae; ceteri privilegio fori gaudentes, sine venia Ordinarii loci in quo causa peragitur; quam tamen licentiam Ordinarius, praesertim cum actor est laicus, ne deneget sine iusta et gravi causa, tum maxime cum controversiae inter partes componendae frustra operam dederit. § 3. Si nihilominus ab eo qui nullam praehabuerit veniam, conveniantur, possunt, ratione necessitatis, ad vitanda maiora mala comparere, certiore tamen facto Superiore a quo venia obtenta non fuit.

[2]) can. 2341. Si quis contra praescriptum can. 120 ausus fuerit ad iudicem laicum trahere aliquem ex S.R.E. Cardinalibus vel Legatis Sedis Apostolicae, vel Officialibus maioribus Romanae Curiae ob negotia ad eorum munus pertinentia, vel Ordinarium proprium, contrahit ipso facto excommunicationem Sedi Apostolicae speciali modo reservatam; si alium Episcopum etiam mere titularem, aut Abbatem vel Praelatum *nullius*, vel aliquem ex maioribus religionum iuris pontificii Superioribus, excommunicationem latae sententiae Sedi Apostolicae simpliciter reservatam; demum si, non obtenta ab Ordinario loci licentia, aliam personam pri-

ausdrücklich der Vorbehalt gemacht: „Falls nicht für einzelne Länder rechtmässig etwas anderes vorgesehen ist.“ Das deckt meines Erachtens hinreichend die bekannte, seiner Zeit von dem Kardinalstaatssekretär Merry del Val dem preussischen Gesandten v. Mühlberg für die preussische Regierung abgegebene und nachher auch anderen deutschen Regierungen bestätigte Erklärung zu dem Motuproprio: Quantavis diligentia vom 9. Oktober 1911[1]).

Von jeher vorhandene Machtansprüche zum Teil gegensätzlicher Natur enthüllen andere Bestimmungen, die stellenweise an den Syllabus Pius IX. vom 8. Dezember 1864, an die Beratungen des Vatikanischen Konzils[2]) sowie an Leos XIII. Enzykliken: Diuturnum illud vom 20. Juni 1881 und: Immortale Dei vom 1. November 1885 anklingen und mit der von der Kirche beanspruchten Eigenschaft als Societas perfecta zusammenhängen[3]). Zwar wenn gesagt ist: „Die Diener der Kirche sollen in der Ausübung des Kultus einzig und allein von ihren kirchlichen Oberen abhängen“[4]), und wenn betont wird, dass, wer in die geistliche Hierarchie aufgenommen werde, nicht des Volks oder der weltlichen Gewalt Zustimmung oder Berufung dies verdanke, sondern in der

vilegio fori fruentem, clericus quidem incurrit ipso facto in suspensionem ab officio reservatam Ordinario, laicus autem congruis poenis pro gravitate culpae a proprio Ordinario puniatur. Vgl. can. 2343 (oben S. 61 Anm. 1) mit seiner ähnlichen Abstufung in der Bestrafung der Verletzung des sogenannten Privilegium canonis.

[1]) Siehe darüber Stutz, Kirchenrecht² §§ 42, 65 S. 363 Anm. 2. 413 Anm. 1; Sägmüller, Kirchenrecht³ I § 55 S. 249 Anm. 5; Hilling im Archiv für katholisches Kirchenrecht XCV 1915 S. 298 mit der in Anm. 1 angeführten Literatur; Kaas, Geistliche Gerichtsbarkeit der katholischen Kirche in Preussen II S. 168 ff., 179 Anm. 2.

[2]) Vgl. unten S. 154 f.

[3]) Vgl. oben S. 26 Anm. 4.

[4]) can. 1260. Ecclesiae ministri in cultu exercendo unice a Superioribus ecclesiasticis dependere debent.

hierarchia ordinis der Weihe, im Pontifikat dem göttlichen Recht und der Annahme der rechtmässigen Wahl, in den übrigen Graden der Jurisdiktion aber der kanonischen Sendung[1]), so kann man dem auch vom staatlichen Standpunkt aus beipflichten, wenn schon vielleicht nicht in dem Umfange und nicht durchweg in dem Sinne, in dem es vom kirchlichen Gesetzgeber gemeint ist, insbesondere nicht in der Beanspruchung der ausschliesslichen Verfügung über den Gebrauch der Kirchenglocken für die kirchliche Autorität, obgleich dabei abweichende Gewohnheit anerkannt ist[2]). Ebenso hinsichtlich der Unabhängigkeit des Heiligen Stuhls[3]) und der Papstwahl[4]) sowie des frei von jeder staatlichen Gewalt in Anspruch genommenen aktiven und passiven Gesandtschaftsrechtes[5]).

Wenn dagegen die Anrufung der Staatsgewalt, insbe-

---

[1]) can. 109. Qui in ecclesiasticam hierarchiam cooptantur, non ex populi vel potestatis saecularis consensu aut vocatione adleguntur; sed in gradibus potestatis ordinis constituuntur sacra ordinatione; in supremo pontificatu, ipsomet iure divino, adimpleta conditione legitimae electionis eiusdemque acceptationis; in reliquis gradibus iurisdictionis, canonica missione. Vgl. can. 2390, der die Beeinträchtigung der Freiheit der kirchlichen Wahlen eventuell auch durch die saecularis potestas mit Strafe bedroht für die Wähler, die sich dazu hergegeben haben, solche Beeinflussung zu gestatten, sowie die oben S. 69 Anm. 1 angeführten anderen Stellen und S. 87 (88) Anm. 6.

[2]) can. 1169 § 3. Earum (campanarum ecclesiae) usus unice subest ecclesiasticae auctoritati. § 4. Salvis conditionibus, probante Ordinario, appositis ab illis qui campanam ecclesiae forte dederint, campana benedicta ad usus mere profanos adhiberi nequit, nisi ex causa necessitatis aut ex licentia Ordinarii aut denique ex legitima consuetudine. Vgl. dazu Paul Hinschius, Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten, IV, Berlin 1888 S. 413 ff.

[3]) can. 218 (unten S. 237 mit Anm. 1).

[4]) can. 160 mit 2330 (unten S. 238 Anm. 2).

[5]) can. 265. Romano Pontifici ius est, a civili potestate independens, in quamlibet mundi partem Legatos cum vel sine ecclesiastica iurisdictione mittendi.

sondere aber die Inbewegungsetzung des staatlichen Plazets[1]), sowie die Behinderung der kirchlichen Jurisdiktion und der Erlass von Gesetzen, Verordnungen und Verfügungen gegen die Freiheit und die Rechte der Kirche mit der ohne weiteres eintretenden, speziell reservierten Exkommunikation bedroht sind[2]), so ist das zwar alles andere als neu, aber namentlich für die Staaten, deren Staatskirchenrecht den recursus ab abusu, das Plazet u. s. w. noch kennt, und die an den massgebenden Stellen katholische Beamte haben, nach wie vor schon deshalb bedenklich, weil meist darüber Streit sein wird, ob ein solcher Fall vorliegt, ob die Freiheit und das Recht der Kirche wirklich in Gefahr ist oder nicht. Von dem anderen Satze: „Der Kirche steht unabhängig von irgendwelcher bürgerlichen Gewalt das Recht und die Pflicht zu, alle Völker das Evangelium zu lehren; dieses aber und die wahre Kirche Gottes anzunehmen, sind alle durch göttliche Vorschrift gehalten“[3]), verstösst der zweite Teil offensichtlich gegen die vom Staate geschützte Gewissens- und Glaubensfreiheit und kann nur deshalb wie bisher ignoriert werden, weil an seiner Durchsetzung unter den heutigen Verhältnissen

---

[1]) can. 2333. Recurrentes ad laicam potestatem ad impediendas litteras vel acta quaelibet a Sede Apostolica vel ab eiusdem Legatis profecta, eorumve promulgationem vel exsecutionem directe vel indirecte prohibentes, aut eorum causa sive eos ad quos pertinent litterae vel acta sive alios laedentes vel perterrefacientes, ipso facto subiaceant excommunicationi Sedi Apostolicae speciali modo reservatae.

[2]) can. 2334. Excommunicatione latae sententiae speciali modo Sedi Apostolicae reservata plectuntur: 1.° Qui leges, mandata, vel decreta contra libertatem aut iura Ecclesiae edunt; 2.° Qui impediunt directe vel indirecte exercitium iurisdictionis ecclesiasticae sive interni sive externi fori, ad hoc recurrentes ad quamlibet laicalem potestatem.

[3]) can. 1322 § 2. Ecclesiae, independenter a qualibet civili potestate, ius est et officium gentes omnes evangelicam doctrinam docendi: hanc vero rite ediscere veramque Dei Ecclesiam amplecti omnes divina lege tenentur.

nicht mehr zu denken ist. Aehnlich steht es mit der Schriftenzensur und dem Bücherverbot, von dem es durchaus begreiflich ist, dass die autoritäre Hüterin einer autoritären Religion es für sich in Anspruch nimmt[1]), das aber gleichfalls die Denk- und Gewissensfreiheit gefährden könnte, wenn nicht durch die neuzeitlichen Verhältnisse dafür gesorgt wäre, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Bis zu einem gewissen Grade wird man es sich dagegen gerne gefallen lassen, wenn auch der Kodex die Heranbildung des Klerus, für den das Gesetzbuch Militärfreiheit schon vom Empfange der ersten Tonsur an fordert[2]), und den Unterricht in der katholischen Religion ausschliesslich für sich in Anspruch nimmt[3]).

Darüber hinaus ist aber das Recht beansprucht, Schulen jeder Art, nicht bloss elementare, sondern auch mittlere und höhere zu gründen[4]) und, falls die staatlichen Universitäten nicht mit katholischem Geiste erfüllt seien, katholische zu errichten[5]). Ausserdem, ebenfalls ganz wie bisher, die Auf-

---

[1]) can. 1384 § 1. Ecclesiae est ius exigendi ne libros, quos ipsa iudicio suo antea non recognoverit, fideles edant, et a quibusvis editos ex iusta causa prohibendi.

[2]) can. 121. Clerici omnes a servitio militari, a muneribus et publicis civilibus officiis a statu clericali alienis immunes sunt mit can. 108 § 1. Qui divinis ministeriis per primam saltem tonsuram mancipati sunt, clerici dicuntur.

[3]) can. 1352. Ecclesiae est ius proprium et exclusivum eos instituendi qui ecclesiasticis ministeriis sese devovere cupiunt mit can. 1327 (unten S. 239 Anm. 6, 256 Anm. 4).

[4]) can. 1375. Ecclesiae est ius scholas cuiusvis disciplinae non solum elementarias, sed etiam medias et superiores condendi.

[5]) can. 1379 § 1. Si scholae catholicae ad normam can. 1373 sive elementariae sive mediae desint, curandum, praesertim a locorum Ordinariis, ut condantur. § 2 Itemque si publicae studiorum Universitates doctrina sensuque catholico imbutae non sint, optandum ut in natione vel regione Universitas catholica condatur. § 3. Fideles ne omittant adiutricem operam pro viribus conferre in catholicas scholas condendas et sustentandas mit can. 1376 (unten S. 241 Anm. 1, 2).

sicht über den Religionsunterricht auch in nichtkirchlichen Schulen[1]), wogegen kaum etwas einzuwenden sein dürfte, aber nicht genug damit, weiter die Kontrolle darüber, dass in den Schulen nichts dem katholischen Glauben und den guten Sitten Widerstreitendes gelehrt werde[2]), sowie die Befugnis, gegebenenfalls zu verlangen, dass im Interesse der Erhaltung der Rechtgläubigkeit und christlichen Sittlichkeit Lehrer oder Bücher entfernt werden[3]). Wie bisher soll kein katholischer Religionsunterricht, wenigstens von Geistlichen, gegeben werden ohne kanonische Mission[4]). Bezüglich der nichtkatholischen und der Simultanschulen, die für die Regel gemieden werden sollen, sei übrigens angemerkt, dass laut unserem Gesetzbuch von den Ortsbischöfen, entsprechend päpstlichen Weisungen, der Besuch ausnahmsweise gestattet werden kann[5]).

Auch die Gewalt, ihre Untergebenen mit geistlichen und gewissen weltlichen Strafen zu belegen[6]), die Vermögensfähigkeit[7])

---

[1]) can. 1381 § 1. Religiosa iuventutis institutio in scholis quibuslibet auctoritati et inspectioni Ecclesiae subiicitur.

[2]) can. 1381 § 2. Ordinariis locorum ius et officium est vigilandi ne in quibusvis scholis sui territorii quidquam contra fidem vel bonos mores tradatur aut fiat.

[3]) can. 1381 § 3. Eisdem similiter ius est approbandi religionis magistros et libros; itemque, religionis morumque causa, exigendi ut tum magistri tum libri removeantur.

[4]) can. 1327, 1328. Genaueres darüber unten S. 258 mit Anm. 4.

[5]) can. 1374. Pueri catholici scholas acatholicas, neutras, mixtas, quae nempe etiam acatholicis patent, ne frequentent. Solius autem Ordinarii loci est decernere, ad normam instructionum Sedis Apostolicae, in quibus rerum adiunctis et quibus adhibitis cautelis, ut periculum perversionis vitetur, tolerari possit ut eae scholae celebrentur.

[6]) can. 2214 § 1. Nativum et proprium Ecclesiae ius est, independens a qualibet humana auctoritate, coercendi delinquentes sibi subditos poenis tum spiritualibus tum etiam temporalibus.

[7]) Darüber unten S. 184 mit Anm. 3 und S. 216 mit Anm. 2, besonders aber can. 1495 § 1. Ecclesia catholica et Apostolica Sedes nativum ius habent libere et independenter a civili potestate acquirendi, retinendi et administrandi bona temporalia ad fines sibi proprios pro-

und das Besteuerungsrecht [1]) nimmt der Kodex als der Kirche angeborene und eigene Rechte in Anspruch sowie kraft göttlicher Anordnung für sich und den römischen Stuhl, kraft kirchlicher Verleihung für die anderen Kirchenkörper und kirchlichen Anstalten die Rechtssubjektivität, die Eigenschaft, moralische oder juristische Person zu sein [2]), alles Dinge, worüber nach staatlicher Auffassung in erster Linie oder gar ausschliesslich der Staat und sein Recht verfügen [3]).

Hieraus ergibt sich dann praktisch im weiteren der Wettbewerb mit dem Staate in der Zuständigkeit im Straf- und Streitverfahren — der Kodex sucht wieder von neuem zur Geltung zu bringen die sogenannten delicta und causae mixti fori, bei denen zugunsten des geistlichen oder des weltlichen Richters das Zuvorkommen entscheiden soll [4]) —, der An-

---

sequendos. Dabei gehört das libere et independenter a civili potestate wohl sowohl zu dem Praedikat ius habent als auch zu dem Genetiv acquirendi etc.

[1]) Darüber unten S. 252 mit Anm. 6 und S. 265 mit Anm. 5 ff. das Genauere und vor allem can. 1496. Ecclesiae ius quoque est, independens a civili potestate, exigendi a fidelibus quae ad cultum divinum, ad honestam clericorum aliorumque ministrorum sustentationem et ad reliquos fines sibi proprios sint necessaria.

[2]) Ueber all dies eingehend unten S. 201 ff. mit den dort beigebrachten Belegen.

[3]) In Betreff des Besteuerungsrechtes im besonderen vgl. Friedrich Giese, Deutsches Kirchensteuerrecht, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 69.—71. Heft, Stuttgart 1910 besonders S. 489 ff., 571 ff., 579 ff.

[4]) can. 2198. Delictum quod unice laedit Ecclesiae legem, natura sua, sola ecclesiastica auctoritas persequitur, requisito interdum, ubi eadem auctoritas necessarium vel opportunum iudicaverit, auxilio brachii saecularis; delictum quod unice laedit legem societatis civilis, iure proprio, salvo praescripto can. 120, punit civilis auctoritas, licet etiam Ecclesia sit in illud competens ratione peccati; delictum quod laedit utriusque societatis legem, ab utraque potestate puniri potest, mit 1933 § 3. In delictis mixti fori Ordinarii regulariter ne procedant cum reus laicus est et civilis magistratus, in reum animadvertens, publico bono

spruch, das Kirchengut allein oder lediglich unter Zuziehung abhängiger Verwalter zu verwalten[1]) und die niederen Kirchendiener anzustellen[2]), endlich die Exemtion der Gotteshäuser von jeder weltlichen Gerichtsbarkeit und überhaupt Gewalt mit einem allerdings beschränkten Asylrecht[3]), was alles der Staat, wenigstens der deutsche, sich in dieser Art und Ausdehnung sowie in der von der Kirche beliebten Verteilung der Rollen und Abgrenzung[4]) ihm gegenüber in Zukunft so wenig als bisher gefallen lassen kann.

Im Friedhofsrecht dagegen passt sich das Gesetzbuch

---

satis consulit, can. 1553 § 2. In causis in quibus tum Ecclesia tum civilis potestas aeque competentes sunt, quaeque dicuntur mixti fori, est locus praeventioni und can. 1554. Actor, qui causas mixti fori ad iudicem ecclesiasticum deductas ad forum saeculare iudicandas defert, congruis poenis puniri potest ad normam can. 2222 (Arbiträrstrafe) et privatur iure contra eandem personam de eadem re et de connexis causam agendi in foro ecclesiastico. In diesen Bestimmungen, namentlich in der ersten, tritt übrigens die sonst in dem Kodex zurückgestellte Anschauung von der Ueberordnung der Kirche doch ziemlich unverhüllt wieder hervor.

[1]) can. 1182 ss. Auch hierüber Näheres unten S. 252, 265.

[2]) can. 1185. Sacrista, cantores, organorum moderator, pueri chorales, campanae pulsator, sepulcrorum fossores, ceterique inservientes a solo ecclesiae rectore, salvis legitimis consuetudinibus et conventionibus et Ordinarii auctoritate, nominantur, pendent, dimittuntur.

[3]) can. 1160. Loca sacra exempta sunt a iurisdictione auctoritatis civilis et in eis legitima Ecclesiae auctoritas iurisdictionem suam libere exercet. can. 1179. Ecclesia iure asyli gaudet ita ut rei, qui ad illam confugerint, inde non sint extrahendi, nisi necessitas urgeat, sine assensu Ordinarii, vel saltem rectoris ecclesiae. Ueber die gemeinrechtliche Entwicklung des Asylrechtes und den bisherigen Stand vgl. Hinschius, Kirchenrecht IV S. 380 ff., aber auch R. G. Bindschedler, Kirchliches Asylrecht (Immunitas ecclesiarum localis) und Freistätten in der Schweiz, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 32. u. 33. Heft, Stuttgart 1906, besonders S. 3 ff., 251 ff., sowie Jos. Gröll, Die Elemente des kirchlichen Freiungsrechtes, ebenda 75. und 76. Heft, Stuttgart 1911.

[4]) can. 2198 (oben S. 121 Anm. 4).

mehr den Verhältnissen an. Es verlangt zwar eigene katholische Friedhöfe, begnügt sich aber eventuell mit der Weihe eines für die Katholiken abgegrenzten Stückes, oder, wenn es auch das nicht gibt, mit derjenigen der einzelnen Grabstelle [1]).

So viel zur Uebersicht über die den Staat und sein Recht berührenden Stellen des Kodex. Dabei ist übrigens, wie angesichts des ganzen Gesetzbuchs, nie ausser acht zu lassen, dass wir in diesen Bestimmungen Rechtssätze vor uns haben, die für das ganze katholische Erdenrund bestimmt, also gemeinrechtlich im höchsten Grade sind und sein wollen. Wir dürfen natürlich sie und den übrigen Inhalt des Gesetzeswerkes mit deutschen Augen ansehen; es ist das nicht bloss unser gutes Recht, sondern geradezu unsere Pflicht. Aber wir werden gut daran tun, uns dabei stets dessen zu erinnern, dass sie nicht nur für die deutschen katholischen Gebiete und die katholischen Deutschen erlassen sind, vielmehr das Recht einer Weltorganisation darstellen, von der der deutsche Katholizismus nur ein kleiner, wenn auch nicht unwichtiger Teil ist.

Unnötig ferner, zu bemerken, dass auch bei obiger Zusammenstellung wie bei derjenigen der vorangehenden Studie keine Vollständigkeit erstrebt wurde. Wenn z. B. die Kirche für ihre Oberen, also für Papst, Ordensvorsteher, Bischöfe, das Recht der Zulassung von Orden und Ordensniederlassungen beansprucht [2]), so besteht natürlich auch da ein altherge-

---

[1]) can. 1206 § 1. Ius est catholicae Ecclesiae possidendi propria coemeteria. § 2. Sicubi hoc Ecclesiae ius violetur nec spes sit ut violatio reparetur, curent locorum Ordinarii ut coemeteria, societatis civilis propria, benedicantur, si, qui in eis condi solent, sint maiore ex parte catholici, aut saltem ut in eis catholici spatium habeant, idque benedictum, sibi reservatum. § 3. Si ne hoc quidem obtineri possit, toties quoties benedicantur, secundum ritus in probatis liturgicis libris traditos, singuli tumuli.

[2]) Darüber vgl. unten S. 249 f., 274 Anm. 2 in anderem Zusammenhang das Erforderliche.

brachter Gegensatz zum Staate und seiner Ordenshoheit, ohne dass das kirchliche Gesetzbuch Veranlassung hatte, seiner zu gedenken.

Auch bei dieser Auseinandersetzung handelt es sich ferner nur um einige wenige, aus dem grossen Zusammenhange, in dem sie stehen, herausgerissene Stellen ohne irgendwelchen neuen Inhalt. Aenderungen sind, soweit sie nicht oben hervorgehoben wurden, nicht zu bemerken, namentlich nicht zu weiteren Ungunsten des Staates. Im grossen und ganzen wird der bisherige Stand der Dinge durch dies fast ausschliesslich innerkirchliche Angelegenheiten ordnende Gesetzeswerk, wenigstens für uns in Deutschland, wo im vorigen Jahrhundert das gemeine Kirchenrecht vielleicht mehr als anderswo wieder belebt worden ist, nicht verschoben. Höchstens unter dem Gesichtspunkt, dass manche Sätze nicht mehr in einem entlegenen halbvergessenen Einzelgesetze, sondern in dem grossen Zusammenhang eines neuen Gesetzbuches stehen, und dass sie etliche Aenderungen erfahren haben, ist in gewissem Sinne eine neue Lage geschaffen[1]). Aggressive Tendenzen verfolgt aber der Kodex auch hinsichtlich des Staates nicht. Darum können wir ihn getrost den Katholiken überlassen und es ihnen anheimstellen, wie sie sich mit seinem, zum Teil, wenigstens den Fernerstehenden, nicht ganz ohne Grund ziemlich mittelalterlich anmutenden Inhalt abfinden werden.

Um so schärfer werden sich die Regierungen den Kodex auf Einzelheiten hin ansehen müssen. Was durch Abmachungen mit der Kurie gedeckt ist, ist gesichert. Aber mancherlei wurde doch auch bloss durch Verständigung mit dem Epi-

---

[1]) In ähnlicher Weise hat im Mittelalter sogar die private Sammlung Gratians manchem teils vergessenen teils nur beschränkt gültigen Rechtssatz zu neuer und allgemeiner Geltung verholfen. Siehe Stutz, Kirchenrecht [2] § 26, 1 S. 318.

skopat erzielt. Das ist unter Umständen in Frage gestellt, wenn nicht durch Rom nachträglich und nebenher ähnliche Garantien geschaffen werden wie die, welche der can. 3 gibt. Und an sich unbedeutende Aenderungen könnten doch hie und da die Lage verschieben. Wie soll es angesichts der Neueinschärfung des kirchenrechtlich durchaus gerechtfertigten (auch innerhalb der evangelischen Kirche sich regenden Bestrebungen entsprechenden), aber freilich deutschem Herkommen widerstreitenden [1]) Grundsatzes, dass nur Katholiken zur Ausübung des Kirchenpatronats über katholische Kirchen fähig sind [2]), gehalten werden mit den bei uns, in Nord- und Süddeutschland, häufigen Patronaten evangelischer Landesherren? In diesem und ähnlichen Punkten heisst es: Caveant consules! Der Staat darf aus Anlass der Kodifikation keine Einbussen erleiden. Es wird also nötig sein, die Wirkung des Kodex auf die Lage in Deutschland im einzelnen zu prüfen, weniger theoretisch als praktisch, und nicht, weil er feindliche Absichten verkörperte, sondern weil nunmehr das kirchliche

---

[1]) Vgl. darüber Stutz, Kirchenrecht² § 47 S. 375 und namentlich Erwin Jacobi, Einfluss der Exkommunikation und der delicta mere ecclesiastica auf die Fähigkeit zum Erwerb und zur Ausübung des Patronatrechts, Leipzig 1908, besonders S. 73 ff.

[2]) can. 1453 § 1. Ius patronatus personale transmitti valide nequit ad infideles, publice apostatas, haereticos, schismaticos, adscriptos societatibus secretis ab Ecclesia damnatis, nec ad quoslibet excommunicatos post sententiam declaratoriam vel condemnatoriam . . . § 3. Si res, cui ius patronatus reale cohaeret, ad aliquam personam de qua in § 1 transeat, ius patronatus suspensum manet. Dazu can. 1448. Ius patronatus est summa privilegiorum, cum quibusdam oneribus, quae ex Ecclesiae concessione competunt fundatoribus catholicis ecclesiae, cappellae aut beneficii, vel etiam eis qui ab illis causam habent und 2263 mit can. 2256 n⁰ 2⁰ (oben S. 101 Anm. 1), can. 2265 § 1 und vor allem can. 1456. Uxor per seipsam ius patronatus exercet (weil es sich eben nicht um Ausübung eines kirchlichen Stellenbesetzungsrechtes kraft Jurisdiktion handelt), minores per parentes aut per tutores; quod si parentes vel tutores acatholici sint, ius patronatus interim suspensum manet.

Recht in noch nie dagewesener Geschlossenheit und Vollständigkeit auftritt. Es ist zu wünschen, dass diese Prüfung gründlich, aber auch vorurteilsfrei, namentlich ohne die ehemals so verhängnisvolle doktrinäre Voreingenommenheit und konfessionelle Gehässigkeit, erfolge. Dann wird der Staat das Seinige getan haben, wie die Kirche eben das Ihrige tat, und wird das Geschehene nicht bloss der Kirche, sondern auch dem deutschen Staat und Volk zum Heile ausschlagen.

V.

Die Berücksichtigung der anlässlich des Vatikanischen Konzils geäusserten Wünsche.



Die Wünsche, die bei der Vorbereitung des Vatikanischen Konzils und auf ihm in Betreff einer neuen Zusammenfassung und Gestaltung des kirchlichen Rechtes geäussert wurden, und ihre Geschichte sind schon vor Jahren von Hugo Laemmer behandelt worden[1]. Wir kommen auf sie um ihrer selbst willen nicht mehr zurück. Im folgenden soll vielmehr untersucht werden, ob, inwieweit und wie sie bei der Abfassung des Kodex berücksichtigt worden sind[2], und auch das nur in einem Ueberblick über das Wichtigste[3].

Zur Erfüllung gebracht ist durch den Kodex vor allem der in sämtlichen Stadien der Konzilsvorbereitung und -beratung immer wieder geäusserte Wunsch, dass überhaupt das kirchliche Recht neu gefasst, vereinfacht und zusammengestellt werde. Ihm hatten bereits auf die am 6. Dezember 1864 an sie gerichtete Frage nach der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit des Zusammentritts einer allgemeinen Synode

---

[1] In der oben S. 5 mit Anm. 1 erwähnten Schrift S. 48 ff. Vgl. auch Theodor Granderath und Konrad Kirch, Geschichte des Vatikanischen Konzils, 3 Bände, Freiburg i. Br. 1903—1906 I S. 49 ff., 434 ff., II S. 157 ff., 187 ff., ein Werk, das merkwürdigerweise auf die in diesem Punkte weit eingehendere und sorgfältigere Arbeit von Laemmer nirgends Bezug nimmt. Die einschlägigen Aktenstücke und Beschlüsse werden angeführt nach der Sammlung Acta et decreta sacrorum conciliorum recentiorum collectio Lacensis VII, Acta et decreta sacrosancti oecumenici concilii Vaticani, Friburgi Brisgoviae 1890.

[2] Und zwar ohne Rücksicht darauf, ob und inwiefern das schon in der Zwischenzeit geschah oder erst der Kodex den damaligen Anregungen Folge gegeben hat.

[3] Ich gehe namentlich nicht ein auf Fragen, die bloss aufgeworfen, sowie auf Antworten, die nicht weiter verfolgt und erörtert worden sind, also schon damals keinen unmittelbaren Erfolg zeitigten.

mehrere Kardinäle, insbesondere der Kardinal Reisach Ausdruck gegeben[1]). Dasselbe hatten die sechsunddreissig Bischöfe getan, die im April 1865 aufgefordert worden waren, sich gutachtlich darüber zu äussern, welche Gegenstände etwa zur Beratung auf der in Aussicht genommenen Kirchenversammlung sich eignen möchten[2]). Ihnen schlossen sich mit ähnlichen Postulaten der Erzbischof von Neapel, Kardinal Riario Sforza, und viele andere neapolitanische Erzbischöfe und Bischöfe in einer am 12. Dezember 1869 dem Sekretär des Konzils eingereichten Druckschrift[3]) an. Ebendahin ging aber auch der Wunsch von elf Mitgliedern des französischen Episkopats, gleichfalls aus dem Jahre 1869[4]), gingen die Anregungen einiger deutscher Bischöfe vom 8. Januar 1870[5]), die des belgischen Episkopats vom 29. desselben Monats[6]), endlich die der Bischöfe der Kirchenprovinzen von Quebec

[1]) Laemmer a. a. O. S. 48 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 27 ff., besonders S. 31 ff., 41 ff.

[2]) Laemmer a. a. O. S. 49 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 46 ff., besonders S. 49 ff. Auf dieses Zeugnis und auf die folgenden beruft sich jetzt auch die praefatio Cardinalis Gasparri p. XIV ss.

[3]) Ich bezeichne sie im folgenden kurz als neapolitanische Denkschrift. In Coll. Lac. VII col. 768 ss. ist sie wieder abgedruckt, der § 2 des c. 4 von Pars II: Novum iuris canonici corpus conficere necesse esse videtur col. 825 s. Vgl. dazu Laemmer a. a. O. S. 97 ff.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 435 ff.

[4]) Im folgenden als französische Denkschrift bezeichnet und in Coll. Lac. VII col. 833 ss. gedruckt, das Kapitel: De reformatione iuris canonici col. 840. Dazu Laemmer a. a. O. S. 100 ff. mit Anm. 2 und 3; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 441.

[5]) Von mir fernerhin deutsche Denkschrift genannt, gedruckt Coll. Lac. VII col. 873 ss. und c. 5 col. 874. Laemmer a. a. O. S. 103; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 443 ff.

Dazu eine Eingabe des Erzbischofs von Prag, Kardinal Schwarzenberg, vom 25. Juli 1869, worüber man Laemmer a. a. O. S. 103 Anm. 3 und Granderath-Kirch a. a. O. I S. 444 f. vergleichen möge.

[6]) Fortan als belgische Denkschrift zitiert, gedruckt Coll. Lac. VII coll. 875 ss., das einschlägige c. 10 col. 879. Laemmer a. a. O. S. 104; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 446.

und Halifax[1]) sowie diejenigen des mittelitalienischen Episkopats[2]). Auf dem Konzile selbst brachten am 19. Februar 1870 dreiunddreissig Konzilsväter bei der zur Annahme bischöflicher Propositionen eingesetzten Kongregation oder Kommission einen Antrag auf Neufassung des kanonischen Rechtes ein[3]). Dieser Antrag ist nicht bloss deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil er auf dem Konzil und von Mitgliedern desselben gestellt wurde, sondern mehr noch darum, weil er, während sonst von einem novum iuris canonici oder ecclesiastici corpus[4]), von einer totius iuris ecclesiastici codificatio[5]) oder einer collectio canonum[6]) die Rede war und nur die Belgier einen novus codex legum ecclesiasticarum gefordert hatten[7]), offiziell von einem novus Iuris Canonici Codex sprach[8]) und damit den Namen ausgab, den nunmehr das Gesetzbuch tatsächlich erhalten hat. Ferner hat er die Verdienste der mittelalterlichen Päpste um die kirchliche Gesetzgebung, Rechtspflege und Rechtswissenschaft mit Worten geschildert[9]), an die sich seither Pius X. und Benedikt XV. in den Kundgebungen, durch die sie das Gesetzgebungswerk in Gang und zur Veröffentlichung brachten, enge angeschlossen haben[10]). Und endlich klang er aus in den

---

[1]) Kanadische Denkschrift, Coll. Lac. VII col. 879 ss. Laemmer a. a. O. S. 104 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 447.

[2]) Mittelitalienische Denkschrift, Coll. Lac. VII col. 881 s. Laemmer a. a. O. S. 105; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 446.

[3]) Postulatum de nova redactione Iuris Canonici, Coll. Lac. VII col. 889. Laemmer a. a. O. S. 106 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 452.

[4]) Neapolitanische Denkschrift l. c. coll. 825. Ebenso die französische Denkschrift l. c. col. 840.

[5]) Kanadische Denkschrift l. c. col. 879.

[6]) Deutsche Denkschrift l. c. col. 874.

[7]) Belgische Denkschrift l. c. col. 879.

[8]) L. c. col. 889. Siehe auch Laemmer a. a. O. S. 108, wo noch andere Fassungen aufgeführt sind.

[9]) L. c. col. 889. Laemmer a. a. O. S. 106.

[10]) Vgl. das Motuproprio Pius X. (oben S. 7 mit Anm. 1) und die Allokution Benedikts XV. (oben S. 25 mit Anm. 3).

Ausruf: Opus sane arduum: sed quo plus difficultatis habet, eo magis est tanto Pontifice dignum, eine Anrufung, die der zweite Nachfolger Pius IX. Papst Pius X. aufgenommen und für den Eingang seines Motuproprio: Arduum sane munus, durch das er die Inangriffnahme der Arbeit befahl, verwendet hat [1]. Deutlicher konnte der Kodifikationspapst den engen Anschluss an die Kodifikationswünsche des Vatikanischen Konzils nicht zum Ausdruck bringen. Jedoch auch die Beweggründe, aus denen er schliesslich die Kodifikation unternommen und aus welchen sein Nachfolger sie zum Abschluss gebracht hat, sind ganz die gleichen gewesen, aus denen sie seinerzeit die Bischöfe und Konzilsväter beantragt haben [2]: die Unmenge des überlieferten Rechtsstoffs, mit dem man, wie die Neapolitaner meinten, mehrere Kamele hätten beladen können [3], seine Unübersichtlichkeit, das Durcheinander von noch geltendem und längst veraltetem Recht, infolgedessen eine selbst für die Fachgelehrten kaum zu bewältigende Verwirrung, fast unübersteigliche Hindernisse für den Anfänger und für den Gebrauch in der kirchlichen Verwaltung und Rechtsprechung, ungenügende Anpassung an die Anforderungen der Gegenwart und dergleichen mehr. Dass das Werk auf dem Vatikanischen oder einem späteren allgemeinen Konzil solle geschaffen werden, hatten zwar die französischen Bischöfe in Aussicht genommen. Die belgischen und die kanadischen dagegen wollten es erst nach dem Konzil durch den Papst unter Zuhilfenahme einer besonderen, aus bewährten Kanonisten zusammengesetzten Kommission, also ganz so zustande kommen lassen, wie es wirklich nachher entstand. Selbst die für das Kodifikationsprogramm damals gegebenen Richtlinien sind grösstenteils aufgenommen und innegehalten worden. Und wenn die Nea-

---

[1] Siehe am eben angeführten Orte.

[2] Vgl. die Denkschriften und die in der vorletzten Anmerkung erwähnten Erlasse sowie Laemmer a. a. O. S. 98, 101, 103, 105 u. ö.

[3] L. c. col. 825: ingens camelorum onus. Die Franzosen klagten (l. c. col. 840): Obruimur legibus.

politaner mit der Methode der neuzeitlichen staatlich-bürgerlichen Gesetzbücher sich nicht befreunden konnten und sie auf das kirchliche Recht nicht übertragen sehen wollten[1]), so waren sie doch wohl mit den Franzosen und Belgiern der Meinung, die neue Sammlung solle in Titel, Kapitel, Artikel u. s. w. untergeteilt sein, und ging die Absicht der dreiunddreissig Konzilsväter, wie schon aus der Forderung eines Kodex geschlossen werden darf, im Gegensatz dazu auf ein auch in der Form neuzeitliches Gesetzeswerk nach Art des jetzt fertiggestellten.

Ebenso eng schliesst sich unser Kodex den Einzelwünschen an, die anlässlich des Konzils oder auf ihm von den Bischöfen hinsichtlich der Gestaltung des neuen Rechtes geäussert wurden. Ich lasse sie, um dies nachzuweisen, kurz an dem Leser vorüberziehen und zwar in der Reihenfolge, in der sie der Kodex berücksichtigt hat[2]).

Wir beginnen mit der Erweiterung der Dispensvollmachten und der Ausdehnung der Fakultäten. Wenn die französischen Bischöfe wünschten, es möge den Diözesanordinarien die Vollmacht erteilt werden, in allen nicht dem Papste ausdrücklich reservierten Fällen zu dispensieren[3]), und wenn sie in Uebereinstimmung mit den belgischen den Wunsch aussprachen,

---

[1]) L. c. col. 826: At non expedit quidem, quod Ecclesia formam, quae in conficiendis Codicibus a nostris iurisconsultis habetur, omnino servet ac tueatur, qui exscindentes tot in sectiunculis leges eo rem deducunt, ut harum vis et robur dispergatur, et causa [lateat], cur sancitae fuerunt. Neque saeculi sapientes congerminarent questus, cum ex iis ipsis non desint, qui Civilis iuris confectionem, perperam certe conflatam, improbare nunquam desistunt.

[2]) Also nicht nach der Anordnung von Laemmer, der dabei ebenso wie in seinen Institutionen des katholischen Kirchenrechts 2. Aufl., Freiburg i. Br. 1892 S. 71 f. von der Berechtigung der Scheidung in öffentliches und privates Recht auch für das Kirchenrecht ausging und diese zugrunde legte.

[3]) Französische Denkschrift l. c. col. 837. Laemmer a. a. O. S. 118; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 440.

dass den Bischöfen, statt der Quinquennalen, Triennalen und Annalen, möglichst Fakultäten verliehen würden, die auf die Dauer der bischöflichen Amtsführung sich erstreckten [1]), so ist im Kodex diesen beiden Wünschen zwar nicht voll, aber doch bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen, wie die Kanones 66, 80—82 mit 15, 198, 1040, 1048, 1050 u. a. lehren und in anderem Zusammenhange [2]) sich noch des näheren ergeben wird.

Von den Standesrechten des Klerus kommt in dem Vorentwurf über die Kirche [3]) neben dem privilegierten Gerichtsstand namentlich die Freiheit vom Militärdienst zur Sprache [4]). Unser Gesetzbuch nimmt sie in dem damals vertretenen weitesten Umfang in Anspruch [5]).

Mit den Standespflichten der Geistlichen befasste sich schon das Gutachten der sechsunddreissig im Jahre 1865 befragten Bischöfe [6]), dann ein vor dem Konzil ausgearbeiteter Gesetzesentwurf, das Schema constitutionis de vita et honestate clericorum Patrum examini propositum [7]) und endlich auf der Kirchenversammlung selbst die 16. Generalkongregation vom 25. Januar 1870, die 17. vom 27., die 18. vom 28. und die 19. vom 31. desselben Monats sowie die 20. vom 3., die 21. vom 4., die 22. vom 7. und die 23. vom 8. Februar [8]).

---

[1]) Gutachten der sechsunddreissig Bischöfe, Granderath-Kirch a. a. O. I S. 52. Belgische Denkschrift l. c. col. 877. Laemmer a. a. O. S. 119; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 446.

[2]) Vgl. namentlich unten S. 269 und vor allem S. 275 ff.

[3]) Schema constitutionis dogmaticae de Ecclesia Christi. Coll. Lac. VII col. 567 ss.

[4]) L. c. col. 575. Laemmer a. a. O. S. 132 mit can. 121 (oben S. 115 Anm. 1) und 120 (oben S. 119 Anm. 2).

[5]) Vgl. oben S. 119.

[6]) Laemmer a. a. O. S. 49; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 50.

[7]) L. c. col. 659 ss. Laemmer a. a. O. S. 81 ff.; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 187 ff.

[8]) L. c. col. 721 ss. Laemmer a. a. O. S. 81 ff.; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 189 ff.

worauf der Vorentwurf samt den darüber gehaltenen Reden an die Deputation für die Disziplinargesetze zur Umarbeitung überwiesen wurde, die aber nicht mehr erfolgen konnte. Man wünschte namentlich genauere und schärfere Vorschriften über den Lebenswandel, gegen das Spielen und den Theaterbesuch sowie über die politische Tätigkeit der Kleriker, über den Zölibat und das Einschreiten gegen clerici concubinarii, so, wie sie sich nunmehr in dem neuen Gesetzbuch in dem dritten Titel des Personenrechts und anderwärts finden[1]) betreffend tägliche Andachtsübung und beschauliche Betrachtung, Stundengebet, geistliche Tracht, Spiel, Waffentragen und Jagd, Besuch von Schauspielen, Bällen und anderen ähnlichen Veranstaltungen[2]), Abgeordnetentätigkeit[3]) u. s. w. der Geistlichen[4]), über den Verkehr mit dem weiblichen Geschlecht sowie das Eheverbot und das Verfahren im Falle des Zuwiderhandelns[5]).

---

[1]) De obligationibus clericorum can. 124 ss., namentlich in can. 125 n° 2°, 135, 136, 138, 133, 132. Ueber die Pflicht zum Zelebrieren vgl. can. 805. Sacerdotes omnes obligatione tenentur Sacrum litandi pluries per annum; curet autem Episcopus vel Superior religiosus ut iidem saltem singulis diebus dominicis aliisque festis de praecepto divinis operentur.

[2]) can. 140. Spectaculis, choreis et pompis quae eos dedecent, vel quibus clericos interesse scandalo sit, praesertim in publicis theatris, ne intersint.

[3]) can. 139 § 4. Senatorum aut oratorum legibus ferendis, quos *deputatos* vocant, munus ne sollicitent neve acceptent sine licentia Sanctae Sedis in locis, ubi pontificia prohibitio intercesserit; idem ne attentent in aliis locis sine licentia tum sui Ordinarii, tum Ordinarii loci in quo electio facienda est.

[4]) Bezüglich der Herausgabe von Tagesblättern und Zeitschriften und der Mitwirkung dabei vgl. can. 1386 § 1. Vetantur clerici saeculares sine consensu suorum Ordinariorum, religiosi vero sine licentia sui Superioris maioris et Ordinarii loci, libros quoque, qui de rebus profanis tractent, edere, et in diariis, foliis vel libellis periodicis scribere vel eadem moderari.

[5]) can. 2176 ss. mit 2359.

Hinsichtlich des gleichfalls in diesem Zusammenhange erörterten

Besondere Beachtung verdient, dass eine Rede des Bischofs Martin von Paderborn zugunsten des Barttragens auch durch die Priester der abendländischen Kirche[1]) wenigstens in so fern im Kodex nachwirkt, als durch ihn, also gemeinrechtlich, das Tragen eines Bartes fortan nicht verboten ist, ferner, dass das von den französischen Bischöfen[2]) und in einer Konzilsrede des Erzbischofs Simor von Gran[3]) warm befürwortete gemeinsame Leben von Klerikern auch in can. 134[4]) empfohlen wird. Wenn der Bischof Krementz von Ermland beantragt hatte, die Priester sollten durch allgemeines Kirchengesetz oder wenigstens durch die Provinzialsynoden verpflichtet werden, mindestens alle zwei Monate zur Beichte zu gehen und den Bischöfen sei die Ueberwachung dieser Vorschrift anzubefehlen[5]), so verpflichtet der Kodex jetzt in can. 125 n° 1° die Bischöfe in der Tat, dafür zu sorgen, dass alle Kleriker fleissig dem Beichtgebot genügen[6]). Weiter kehrt in dem Gesetzbuch die auf dem Konzil von Bischof Vérot von Savannah unter Hinweis auf die französische Praxis für jedes Jahr geforderte[7]), von dem Vorentwurf aber auf jedes dritte oder

Gebotes, die Kirche letztwillig zu bedenken, vgl. can. 1301 und unten S. 229 mit Anm. 3. Siehe auch can. 1473.

[1]) Granderath-Kirch a. a. O. II S. 195 f.

[2]) Französische Denkschrift l. c. col. 834. Laemmer a. a. O. S. 113; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 439.

[3]) Granderath-Kirch a. a. O. II S. 190.

[4]) Consuetudo vitae communis inter clericos laudanda ac suadenda est, eaque, ubi viget, quantum fieri potest, servanda.

[5]) Petitio de lege ferenda in sacerdotes rarissime sacramentaliter confitentes vom 8. März 1870, Coll. Lac. VII col. 885 ss.; Laemmer a. a. O. S. 113; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 451.

[6]) Curent locorum Ordinarii: 1.° Ut clerici omnes poenitentiae sacramento frequenter conscientiae maculas eluant . . .

[7]) Granderath-Kirch a. a. O. II S. 190. So auch die französische Denkschrift l. c. col. 834; die deutsche sprach von exercitiorum spiritualium usus singulis vel binis annis repetendus, l. c. col. 873. Vgl. Laemmer a. a. O. S. 112; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 438 f., 443.

vierte beschränkte Pflicht[1]), geistliche Uebungen zu machen, so wieder, dass jeder Weltpriester wenigstens alle drei Jahre sich Exerzitien unterziehen soll[2]). Besonders wichtig ist, dass im Interesse der wissenschaftlichen Fortbildung der Geistlichen von dem Kodex nicht nur die Pastoralkonferenzen in Uebereinstimmung mit den konziliaren Wünschen gemeinrechtlich vorgeschrieben werden[3]), sondern während dreier Jahre auch alljährliche wissenschaftliche Prüfungen[4]).

Anlangend die Gehilfen und Stellvertreter des Papstes, die Mitgliedschaft im Kardinalskolleg und die Berufung in die römischen Kongregationen und Tribunale sind nur von den französischen Bischöfen[5]) und auf dem Konzil von dem Erzbischof von Prag, Kardinal Schwarzenberg[6]), gewisse Anregungen gegeben worden. Sie können als durch das neue Recht erledigt gelten[7]). Dagegen verdient besondere Hervorhebung, dass die neue Kongregation für die Orientalische Kirche[8]) in letzter Linie sich gleichfalls als die Erfüllung

---

[1]) L. c. col. 660. Laemmer a. a. O. S. 83; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 188.

[2]) can. 126. Omnes sacerdotes saeculares debent tertio saltem quoque anno spiritualibus exercitiis, per tempus a proprio Ordinario determinandum, in pia aliqua religiosave domo ab eodem designata vacare; neque ab eis quisquam eximatur, nisi in casu particulari, iusta de causa ac de expressa eiusdem Ordinarii licentia.

[3]) can. 131 und dazu die französische sowie die deutsche Denkschrift l. c. col. 834, 873. Laemmer a. a. O. S. 111, 112; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 438, 443.

[4]) can. 130 und dazu die französische Denkschrift l. c. col. 834 (während sechs bis sieben Jahren nach Empfang der Priesterweihe). Laemmer a. a. O. S. 110; Granderath-Kirch a. a. O. S. 438.

[5]) Französische Denkschrift l. c. col. 839. Laemmer a. a. O. S. 121 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 440.

[6]) In der 10. Generalkongregation vom 14. Januar 1870. Granderath-Kirch a. a. O. II S. 166.

[7]) Vgl. namentlich can. 232 § 1 (oben S. 61 Anm. 2), 1598 § 2.

[8]) can. 257 und dazu oben S. 62.

eines anlässlich des Vatikanischen Konzils ausgesprochenen Wunsches darstellt[1]).

Von den Provinzialsynoden meinten der Vorentwurf, das Schema constitutionis de Episcopis[2]) und die Konzilsväter in der Generaldiskussion[3]), sie sollten, statt wie nach der allerdings nie innegehaltenen tridentinischen Vorschrift alle drei, fortan nur alle fünf Jahre abgehalten werden, und ihre Akten und Dekrete seien erst nach erfolgter Revision und Rekognition durch den Heiligen Stuhl zu publizieren[4]). Dem entspricht jetzt der Kodex in can. 283, 291 § 1[5]) mit der Massgabe, dass die Abhaltung wenigstens alle zwanzig Jahre stattfinden soll. Desgleichen sind die damals warm empfohlenen Bischofskonferenzen[6]) nunmehr durch can. 292 gemeines Recht geworden[7]). Wie von den französischen Bischöfen seinerzeit postuliert wurde[8]), werden jetzt die Plenarkonzilien in can. 281 und 282 gemeinrechtlich vorgesehen und geregelt.

Ebenso ist die Stellung der aktiv exemten Prälaten, der Aebte und Praelati nullius[9]), nunmehr in can. 319—327 dem

---

[1]) Französische Denkschrift l. c. col. 847. Laemmer a. a. O. S. 122; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 442 übergeht diesen Punkt.

[2]) L. c. col. 644 s. Ebenso die neapolitanische und die französische Denkschrift, l. c. col. 792 s., 839. Laemmer a. a. O. S. 127; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 441; vgl. auch das Gutachten der Sechsunddreissig ebenda I S. 50.

[3]) Granderath-Kirch a. a. O. II S. 178 ff.

[4]) Laemmer a. a. O. S. 65 f.; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 161 f.

[5]) Vgl. oben S. 63 mit Anm. 3. Dass nichts hinzugefügt und die Publikation der korrigierten Beschlüsse nach Belieben auch unterlassen werden könne, erkennt der Kodex nicht an.

[6]) Neapolitanische Denkschrift l. c. col. 793.

[7]) Oben S. 63 mit Anm. 5.

[8]) L. c. col. 839. Laemmer a. a. O. S. 127 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 441.

[9]) Ueber sie Näheres unten S. 281 mit Anm. 2. 3.

vatikanischen Vorentwurf entsprechend[1]) so geordnet, dass solche Prälaten ihre Sprengel selbst visitieren und sich gleich den exemten Bischöfen einen benachbarten Metropoliten wählen, zu dessen Provinzialsynode sie sich halten[2]).

Die Visitation spielt eine grosse Rolle in den Anträgen[3]) und dem Vorentwurf[4]), soweit diese die Diözesanbischöfe betreffen. Wenn dabei gewünscht wurde, dass die Bischöfe ihre Sprengel alle drei Jahre zu visitieren verpflichtet werden möchten, doch so, dass mindestens alle fünf Jahre die ganze Diözese einmal der Visitation teilhaftig werde, so ist letzterer Zusatz im Kodex angenommen, die Visitationspflicht aber jährlich gemacht worden[5]). Den konziliaren Wünschen entsprechend geregelt ist auch die Residenzpflicht[6]) und die Pflicht zur Visitatio liminum[7]). Nicht eingehender hat sich das Konzil mit der Besetzung der bischöflichen Stühle befasst[8]);

---

[1]) Schema constitutionis de Episcopis c. 3, l. c. col. 643. Laemmer a. a. O. S. 64; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 161. Ueber die Provinzialvisitation vgl. neapolitanische Denkschrift l. c. col. 791. Laemmer a. a. O. S. 125 f. und can. 274 n⁰ 5⁰ mit oben S. 63 samt Anm. 2.

[2]) Vgl. namentlich can. 323 § 1 (unten S. 281 Anm. 2).

[3]) Neapolitanische Denkschrift, l. c. col. 791. Laemmer a. a. O. S. 125.

[4]) Schema constitutionis de Episcopis c. 3, l. c. col. 643. Laemmer a. a. O. S. 64; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 161.

[5]) can. 343 § 1, unten S. 303 Anm. 3, wo auch weiteres darüber.

[6]) Schema constitutionis de Episcopis c. 2, l. c. col. 642. Laemmer a. a. O. S. 64; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 160 f., 175 f. und can. 338 mit 2381.

[7]) Neapolitanische Denkschrift, l. c. col. 788, Schema cit. c. 4, l. c. col. 643 s. Laemmer a. a. O. S. 64 f.; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 161 mit can. 341 (unten S. 251 Anm. 5). Vgl. auch Januarius Pater, Die bischöfliche visitatio liminum ss. Apostolorum, Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Veröffentlichungen der Sektion für Rechts- u. Sozialwissenschaft, 19. Heft, Paderborn 1914 S. 113 f.

[8]) Erörterung in der 13. Generalkongregation vom 21. Januar 1870, l. c. col. 720. Laemmer a. a. O. S. 123 f.; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 172 ff.

doch liegen auch can. 329 § 2, 330 und 331 in der Richtung seiner Anregungen [1]).

Bezüglich der Diözesansynoden lauteten die Wünsche ähnlich wie hinsichtlich der Provinzialsynoden. Trotz des Misserfolgs der tridentinischen Vorschrift sollte die periodische Abhaltung weiter zu Recht bestehen. Doch sah man die Abhaltung alle drei Jahre vor [2]). Unser Gesetzbuch befiehlt in can. 356, sie mindestens alle zehn Jahre abzuhalten, und sieht, den konziliaren Wünschen entsprechend [3]), in can. 358 von der Berufung aller Benefiziaten oder auch nur aller Pfarrer ab.

Betreffend den Generalvikar wollte der Vorentwurf ein Mindestalter von dreissig Jahren vorschreiben und den Besitz der Priesterweihe für erwünscht erklären, nicht dagegen die Bestellung des canonicus poenitentiarius oder eines Pfarrers bezw. sonstigen Seelsorgegeistlichen, während er an dem Verbote der Entnahme aus dem eigenen Bistum und der Bestellung mehr als eines Generalvikars nicht festhielt [4]). Can. 366 und 367 § 1 pflichten dem jetzt bei, nur dass sie das Priestertum für unter allen Umständen unerlässlich erklären, die Bestellung eines einzigen Generalvikars zur Regel, die mehrerer zur Ausnahme machen und im Gegensatz zu dem Vorentwurf den Bischof im Bedarfsfall zur Bestellung verpflichten [5]).

---

[1]) Vgl. unten S. 243 f., 256 Anm. 2.

[2]) So die neapolitanische Denkschrift, l. c. col. 791 s., und ähnlich die französische, l. c. col. 840 (eventuell alle fünf Jahre), während die belgische, l. c. col. 876, für alljährliche Abhaltung eintrat. Vgl. Laemmer a. a. O. S. 126 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 441, 446.

Das Schema der Bischofskonstitution, c. 6, l. c. col. 645, 650, befürwortete gleichfalls die Erhöhung des durch das Trienter Konzil vorgesehenen Zeitraums von einem Jahre auf drei. Vgl. Laemmer a. a. O. S. 66; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 162.

[3]) Granderath-Kirch a. a. O. II S. 177.

[4]) L. c. col. 645. Laemmer a. a. O. S. 66 f.; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 162, 176.

[5]) Das Nähere darüber unten S. 330 ff., wo auch die Stellen S. 331 Anm. 2, 334 Anm. 5, 333 f., 301 Anm 3 abgedruckt sind. Den Ehren-

Mehr als die Reform der Kapitel oder des sonstigen bischöflichen Beirats sowie die Erfordernisse der Ernennung für Kanonikate[1]), Dinge, die durch den Kodex gleichfalls als in dem befürworteten Sinne erledigt gelten können[2]), beschäftigte seinerzeit das Konzil der Kapitelsvikar[3]). Es wurde verlangt, dass zu seiner Wahl die einfache Mehrheit genügen, und dass es dem Kapitel verwehrt sein solle, einen Teil der zunächst an es übergegangenen Jurisdiktion zurückzubehalten, weiter dass der zu Wählende nicht notwendig die Doktorwürde zu haben brauche[4]), vor allem, dass nur ein einziger Kapitelsvikar bestellt werden dürfe, dass er nicht zum Chordienst verpflichtet sein solle und bestimmte Emolumente haben müsse. Diesen Forderungen trägt der Kodex in can. 432—444, namentlich in can. 433, 434 §§ 1, 2, 437, 441 n⁰ 1⁰ mit 321, 421 § 1 n⁰ 3⁰ in vollem Umfang Rechnung, nur dass er unter Verwerfung jeder entgegenstehenden Gewohnheit noch schärfer als das Konzil betont, es dürfe bloss ein einziger Kapitelsvikar, nötigenfalls mit einem oder mehreren Oekonomen, bestellt werden. Auch dass dem Vikar die Besetzung der Pfründen freier Verleihung vorenthalten sei[5]), ist

---

generalvikar, dessen fernere Bestellung der Vorentwurf verboten wissen wollte, erwähnt der Kodex natürlich gar nicht.

[1]) Gutachten der Sechsunddreissig, Granderath-Kirch a. a. O. I S. 50. Vgl. auch die französische Denkschrift l. c. col. 837. Laemmer a. a. O. S. 125; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 440.

[2]) Vgl. can. 391 ss., besonders 404 und 423 ss.

[3]) Schema constitutionis de Sede Episcopali vacante, l. c. col. 655 ss., besonders 675 s. Laemmer a. a. O. S. 69 ff.; Granderath-Kirch a. a. O. S. 162 f.

Dazu die Fassungen der ersten und zweiten Lesung, die in sieben Generalkongregationen vom 14.—25. Januar sowie in der 88. Generalkongregation am 23. August 1870 stattfanden, aber auch die der Schlussabstimmung in der 89. Generalkongregation am 1. September 1870, Coll. Lac. VII col. 655 ss., 657 ss., 1739 ss., 1741 ss.

[4]) Erst auf Grund der ersten Lesung angenommen.

[5]) Schema cit. c. 2, l. c. col. 615 s. Laemmer a. a. O. S. 75 ff.; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 164.

wenigstens für das erste Jahr nach der Stuhlerledigung durch can. 455 § 2 n⁰ 3⁰ anerkannt[1]) und ebenso, dass zur Erteilung von Dimissorialien Kapitelskonsens erforderlich sei[2]), in can. 958 § 1 n⁰ 3⁰ mit der Strafbestimmung des can. 2409[3]). Ganz wie der Vorentwurf und das Konzil[4]) bestimmt das neue Gesetzbuch auch für den Fall der Behinderung des Stuhls, dass zunächst der Generalvikar oder ein anderer, von dem behinderten Bischof delegierter Geistlicher für ihn zu amten, sonst aber das Kapitel einen Vikar zu wählen habe[5]).

Hinsichtlich des Pfarrkonkurses befindet sich der Kodex mit seinem can. 459 gleichfalls in Einklang mit den konziliaren Wünschen[6]), insbesondere mit denen des deutschen Episkopats[7]) bezüglich der Zulassung auch des Generalkonkurses, der allgemeinen Pfarrdienstbefähigungsprüfung[8]).

---

[1]) Dazu vgl. unten S. 292 Anm. 3, 311 Anm. 5.

[2]) Laemmer a. a. O. S. 75.

[3]) Bezüglich der Inkardination und Exkardination vgl. can. 113 (unten S. 290 Anm 1) mit Laemmer a. a. O. S. 76.

[4]) Schema cit. c. 1, l. c. col. 651. Laemmer a. a. O. S. 73 f.; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 163.

[5]) can. 429 §§ 1, 3, vgl. unten S. 310 Anm. 3, 311 Anm. 1, wo auch darüber näher zu handeln ist.

Ueber entlegene, bezw. der Kapitel entbehrende, namentlich Missionsbistümer siehe Laemmer a. a. O. S. 77; Granderath-Kirch a. a. O. II S. 164 f. mit can. 427 und 309.

[6]) Französische und belgische Denkschrift, l. c. col. 835, 876. Laemmer a. a. O. S. 115 ff.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 439, 446.

[7]) Deutsche Denkschrift, l. c. col. 875. Laemmer a. a. O. S. 115; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 444.

[8]) Dieselbe ist josephinischen Ursprungs (Ludwig Wahrmund, Das Kirchenpatronatrecht und seine Entwicklung in Oesterreich II, Wien 1896 S. 78 ff.; Fritz Geier, Die Durchführung der kirchlichen Reformen Josephs II. im vorderösterreichischen Breisgau, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 16. u. 17. Heft, Stuttgart 1905 S. 95 ff.; Hermann Franz, Studien zur kirchlichen Reform Josephs II. mit besonderer Berücksichtigung des vorderösterreichischen Breisgaus, Freiburg i. Br. 1908 S. 180 f.; Derselbe, Der Pfarr-

Und nun die Vorschläge und Anträge betreffend die Religiosen! Wenn die schweizerische Benediktinerkongregation am 31. März 1870 gegen die Vorschrift, dass die feierliche Profess erst nach vorangegangener einfacher und nach dreijähriger Bewährung des Neoprofessen gültig könne abgelegt werden, vorstellig wurde[1], so hat schon die Entwicklung der Zwischenzeit gegen sie entschieden und das päpstliche Gesetzbuch nur bereits bestehendes Recht neu eingeschärft, indem es in can. 574 § 1, 575 für alle Männer- und Frauenorden und für die Kongregationen mit ewigen Gelübden die feierliche Profess erst nach der nach vollendetem Noviziat allein zulässigen Ablegung der einfachen und nach dreijähriger Bewährung gestattet. Dem Wunsche des französischen Episkopats, der Noviziat solle eine gründliche Ausbildung ermöglichen, es sollte die Ausstossung aus dem Orden erleichtert, die Reform und die Aufhebung verfallener oder nutzlos gewordener Niederlassungen ermöglicht werden[2], entsprechen jetzt die Bestimmungen von can. 553 ff., 646 ff, 497 und 498. Das Gutachten der Sechsunddreissig wollte die Freiheit der Kirche, Ordenshäuser zu gründen,

---

konkurs unter Joseph II., Oberrheinisches Pastoralblatt XV 1913 S. 101 ff., 133 ff.), aber durch die Regierungen und dann durch die Kirche auch in der Oberrheinischen Kirchenprovinz eingeführt und ebenso im übrigen Deutschland allgemein rezipiert (Stutz, Einführung des allgemeinen Pfarrkonkurses im Grossherzogtum Baden, a. a. O. S. 97 ff.; Rösch, Zur Geschichte des Pfarrkonkurses im Erzbistum Freiburg, a. a. O. XCVI 1916 S. 203 ff. und Stutz, Katholische Kirche in den Rheinlanden S. 19 f., 29). Dazu vgl. nunmehr can. 459 § 4 (oben S. 66 mit Anm. 2).

[1] Die betreffende Expositio ist gedruckt Coll. Lac. VII col. 909 ss. Laemmer a. a. O. S. 152 ff.

[2] Französische Denkschrift, l. c. col. 836 s. Laemmer a. a. O. S. 156 ff.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 439 f.

Der zweite französische Antrag betreffend Vermehrung der Frauenkongregationen, die sich dem Unterricht, der Erziehung, der Krankenpflege und anderen Werken der christlichen Nächstenliebe widmen (bei Laemmer a. a. O. S. 156 ff.; Granderath-Kirch a. a. O. S. 440), kommt für unsere Untersuchung, weil ordenspolitischer Natur, natürlich nicht in Betracht.

betont und das Verhältnis zu den Diözesanbischöfen besser geregelt wissen [1]). Dass diesen Wünschen der Kodex ebenfalls gerecht wird, ergab sich teils schon oben [2]), teils wird davon unten [3]) die Rede sein. Festeren Boden betreten wir nicht sowohl mit dem Vorentwurf über das vollkommene gemeinschaftliche Leben [4]) als mit dem anderen über die Klausur [5]). Dass in die Klausur von Männerklöstern keine Frauenspersonen Einlass finden dürfen, bestimmt, allerdings mit der herkömmlichen Ausnahme zugunsten von regierenden Fürstinnen und ihrem Gefolge, dem Entwurfe entsprechend auch can. 598 von neuem [6]). Den Ausgang aus der Klausur regelt dagegen der Kodex [7]) nur für die Nonnen so, wie der Entwurf es auch für die Angehörigen männlicher Genossenschaften vorgesehen hatte [8]). Betreffend die Klausur der Institute mit einfachen Gelübden und in den Frauenklöstern [9]) vergleiche man nunmehr die entsprechenden Vorschriften von can. 604 und 600—603 [10]).

Wenn die belgischen Bischöfe namentlich wohl im Hinblick auf die Beginenhäuser und andere derartige Institute deren gemeinrechtliche Regelung und Unterstellung unter die Bischöfe beantragt hatten [11]), so ist dem jetzt durch die Be-

---

[1]) Granderath-Kirch a. a. O. I S. 50 f.

[2]) S. 123.

[3]) S. 249.

[4]) Schema constitutionis super perfecta vita communi, l. c. col. 675 ss. Laemmer a. a. O. S. 93 f.

[5]) Schema constitutionis de clausura, l. c. col. 678 ss. Laemmer a. a. O. S. 94 ff.

[6]) Vgl. dazu die Strafbestimmung des can. 2342 n° 2°.

[7]) can. 606; dazu die Strafbestimmung des can. 2342 n° 3°.

[8]) Laemmer a. a. O. S. 94 f.

[9]) Laemmer a. a. O. S. 95 f.

[10]) Darüber siehe auch unten S. 249.

[11]) Belgische Denkschrift, l. c. col. 876 s. Laemmer a. a. O. S. 157 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 446.

stimmungen über die ohne Gelübde gemeinschaftlich Lebenden und andere voll Rechnung getragen [1]).

Mit den Messverpflichtungen und Messstiftungen beschäftigte sich ein allerdings nicht bis zur Verhandlung auf dem Konzil gediehener Entwurf [2]). Den hauptsächlichsten Anregungen desselben [3]) ist nunmehr in can. 824 ff., besonders in can. 836, und in can. 1544 ff. Folge gegeben.

Wenn die französischen Bischöfe verlangten, es solle alles vermieden werden, wodurch Unwissende zu der Meinung verleitet werden könnten, non poenas tantum, sed et ipsa peccata per indulgentias remitti [4]), so erfüllt diesen Wunsch die Begriffsbestimmung des Ablasses in can. 911 [5]) und das übrige neue Ablassrecht [6]).

Auch der Entwurf über die Weihetitel [7]) gelangte nicht mehr zur Erörterung auf dem Konzil. Der in ihm geforderte ergänzende titulus servitii dioecesis [8]) findet sich in can. 981 § 1 anerkannt [9]). Das von den französischen Bischöfen angerufene [10]) Tridentiner Dekret, kraft dessen die Bischöfe in allen ex delicto occulto herrührenden Irregularitäten zu dispensieren befugt sind, kehrt in can. 990 § 1 wieder [11]).

---

1) can. 673 ss.

2) Das Schema constitutionibus de oneribus Missarum aliisque piis dispositionibus, l. c. col. 667 ss., vgl. col. 728.

3) Laemmer a. a. O. S. 88 f.

4) Französische Denkschrift, l. c. col. 844. Laemmer a. a. O. S. 122 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 442.

5) Omnes magni faciant indulgentias seu remissionem coram Deo poenae temporalis debitae pro peccatis, ad culpam quod attinet iam deletis, quam ecclesiastica auctoritas ex thesauro Ecclesiae concedit pro vivis per modum absolutionis, pro defunctis per modum suffragii.

6) can. 912 ss.; dazu die Strafbestimmung can. 2327.

7) Schema constitutionis de titulis ordinationum, l. c. col. 669 ss. mit 728.

8) Laemmer a. a. O. S. 90 f.

9) Vgl. auch can. 979.

10) Französische Denkschrift, l. c. col. 837. Laemmer a. a. O. S. 118.

11) Vgl. auch can. 991.

Die Erneuerung des kirchlichen Rechtes wurde vor allem wegen des Eherechtes befürwortet, in dem man eine Verminderung der Ehehindernisse, überhaupt eine Vereinfachung sowie eine Klärung des Verhältnisses zur bürgerlichen Eheschliessung und zum bürgerlichen Eherecht anstrebte [1]. Ueber die Anträge der neapolitanischen Bischöfe [2], des Bischofs Frangipane von Concordia [3] und besonders des mittelitalienischen Episkopates [4] hinaus, aber ganz in der Richtung ihrer damaligen Wünsche [5], lässt jetzt der Kodex aus dem inzwischen an eine bestimmte Form gebundenen kirchlichen Verlöbnis nicht einmal mehr Ehehindernisse, geschweige denn eine Klage auf Eingehung der Ehe entspringen [6]. Gemäss den Anträgen der französischen, der deutschen, der belgischen und der kanadischen Bischöfe [7] ist nämlich überhaupt das Recht der Ehehindernisse revidiert und dabei das impedimentum publicae honestatis ex sponsalibus, wie übrigens auch das bloss aufschiebende impedimentum sponsalium, im Kodex fallen gelassen worden [8], sind die Hindernisse der Blutsverwandtschaft, der Schwägerschaft, der geistlichen Verwandtschaft, der öffentlichen Ehrbarkeit aus gültiger, aber noch nicht vollzogener Ehe [9] eingeschränkt bezw. das letztgenannte beseitigt worden,

---

[1] Kanadische und französische Denkschrift, l. c. col. 879 s., 842 s. Laemmer a. a. O. S. 135 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 447, 442.

[2] Neapolitanische Denkschrift, l. c. col. 784.

[3] L. c. col. 882.

[4] L. c. col. 882.

[5] Laemmer a. a. O. S. 136 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 446.

[6] can. 1017 und oben S. 73.

[7] Französische und deutsche Denkschrift, l. c. col. 842, 873 und dazu die Desideria des Kardinals Schwarzenberg. Laemmer a. a. O. S. 137 ff. mit 140 Anm. 3; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 442, 444, 445. Belgische und kanadische Denkschrift, l. c. col. 877, 880. Laemmer am eben angeführten Orte; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 446, 447.

[8] Vgl. oben S. 74.

[9] Vgl. die in der vorletzten Anmerkung angegebenen Fundstellen.

zum Teil sogar noch weiter als beantragt war[1]). Dagegen liess sich der Gesetzgeber, wie can. 1059 und 1080 lehrt, nicht ein auf die von den kanadischen Bischöfen[2]) beantragte völlige Beseitigung des Ehehindernisses der bürgerlichen, künstlichen Verwandtschaft aus Annahme an Kindesstatt, wenigstens da nicht, wo das staatliche Recht ein solches Hindernis kennt[3]). An dem Zwange der Eingehungsform,

---

[1]) Siehe oben S. 75 und can. 1076—1079.

Bezüglich der geistlichen Verwandtschaft bestimmt can. 1079. Ea tantum spiritualis cognatio matrimonium irritat, de qua in can. 768. Das bedeutet, dass ein trennendes Ehehindernis nur noch entspringt der geistlichen Verwandtschaft aus der Taufe und zwar lediglich zwischen dem Täufling einerseits und dem Taufenden bezw. dem Taufpaten anderseits. Die Firmung erzeugt nach can. 797 geistliche Verwandtschaft überhaupt nur noch zwischen dem Firmling und dem Firmpaten, aber ohne ein trennendes Ehehindernis nach sich zu ziehen. Es könnte sich also nur noch fragen, ob aus den beiden Arten geistlicher Verwandtschaft, soweit diese anerkannt, aber nicht ehetrennend ist, wenigstens ein aufschiebendes Ehehindernis entspringe, ein einfaches Eheverbot sich ergebe. Jedoch das Kapitel über die aufschiebenden Hindernisse can. 1058 ss. weiss nichts davon. So wird die Frage zu verneinen sein; vgl. auch can. 1035 (unten S. 183 Anm. 3).

Endlich sei noch auf folgendes aufmerksam gemacht: Wenn die Taufe bedingt wiederholt wird, so entsteht zwischen Täufling und Taufpaten keine geistliche Verwandtschaft, es sei denn, dass der Taufpate bei beiden Taufen als solcher mitwirkte; can. 763 § 2. Iterato baptismo sub conditione, neque patrinus qui priori baptismo adfuit, neque qui posteriori, cognationem spiritualem contrahit, nisi idem patrinus in utroque baptismo adhibitus fuerit. Daraus folgt unter anderem, dass, wenn ein vom Protestantismus Ueber(bezw. Zurück-)getretener conditionaliter nochmals getauft wird, ein trennendes Ehehindernis zwischen ihm und seinem katholischen Taufpaten nicht entsteht.

Nur hinsichtlich des qualifizierten Ehebruchs ohne Gattenmord oder machinatio in mortem hat es can. 1075 n⁰ 1⁰, den gegenteiligen Anträgen zum Trotz, bei der alten Strenge belassen. Doch wird dieser Tatbestand in can. 1042 § 2 n⁰ 5⁰ (unten S 148 Anm. 6) als impedimentum minoris gradus behandelt und dadurch die Dispensation davon erleichtert.

[2]) L. c. col. 880. Laemmer a. a. O. S. 139 f.

[3]) Vgl. oben S. 112 mit Anm. 1.

von deren Beobachtung die Gültigkeit der Ehe abhängt, hat das Gesetzbuch natürlich trotz eines gegenteiligen Antrags der französischen Bischöfe festgehalten [1]). Dagegen entspricht ihren Wünschen die Nichtunterwerfung der Nichtkatholiken unter diese Zwangsform [2]). Auch dem Wunsche des Bischofs Greith von St. Gallen nach scharfer Fassung des Mischehenrechts ist, übrigens in Uebereinstimmung mit der Entwicklung der Zwischenzeit, stattgegeben, nicht aber seinem Antrage, die Dispensationsvollmacht dafür schlechthin den Ordinarien zu überlassen [3]). Anträge auf Erweiterung der Dispensationsbefugnis und Erleichterung der Dispensation brachten übrigens auch der französische und der deutsche Episkopat sowie der Bischof Frangipane von Concordia ein [4]). Sie hängen zum Teil zusammen mit dem Postulat der Ausdehnung der päpstlichen Vollmachten für die Bischöfe überhaupt [5]) und sind in mehreren Punkten, z. B. durch die Unterscheidung von Ehehindernissen geringerer und grösserer Wichtigkeit erhört worden [6]). Die Wünsche der deutschen, französischen und belgi-

---

[1]) can. 1094, 1098 (oben S. 76 Anm. 1) und dazu oben S. 96.

[2]) can. 1099 § 2 mit oben S. 90 Anm. 2 und Coll. Lac. VII col. 842. Laemmer a. a. O. S. 142.

[3]) Coll. Lac. VII col. 889 ss. Laemmer a. a. O. S. 142 ff. und dazu oben S. 95 ff.

[4]) Siehe die einschlägigen Stellen ihrer Denkschriften l. c. col. 842 s., 873 s., 882. Laemmer a. a. O. S. 145 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 442, 444, 446.

[5]) Oben S. 133 f.

[6]) can. 1042. § 1. Impedimenta alia sunt *gradus minoris*, alia *maioris*. § 2. Impedimenta gradus minoris sunt: 1.° Consanguinitas in tertio gradu lineae collateralis; 2.° Affinitas in secundo gradu lineae collateralis; 3.° Publica honestas in secundo gradu; 4.° Cognatio spiritualis; 5.° Crimen ex adulterio cum promissione vel attentatione matrimonii etiam per civilem tantum actum. § 3. Impedimenta maioris gradus alia sunt omnia. Vgl. auch can. 1043 ss. Eine praktische Folgerung aus der Unterscheidung zieht can. 1054. Dispensatio a minore impedimento concessa, nullo sive obreptionis sive subreptionis vitio irritatur, etsi unica causa finalis in precibus exposita falsa fuerit. Doch erschöpft

schen Bischöfe hinsichtlich der Dispensreskripte [1]), vor allem in Bezug auf Verschweigungen in den Gesuchen und Schreibirrtümern in den römischen Erlassen, sind im Kodex durch can. 36 ff., besonders durch can. 42, 47 und namentlich durch can. 1054 und 1055 erledigt. Dem allerdings nur in erster Linie gestellten Antrage des belgischen Episkopats, die odios gewordenen Dispenstaxen abzuschaffen [2]), ist dagegen can. 1056 nicht nachgekommen; von Nichtarmen wird nach wie vor durch die Ortsoberen eine mässige Kanzleitaxe erhoben.

Zwei Anträge stellte der belgische Episkopat hinsichtlich der res sacrae. Nach dem einen sollten die Bischöfe von Rechts wegen die Bewilligung von Privatoratorien mit Messlizenz und Aufbewahrung der heiligen Eucharistie erhalten [3]). Dem ist im Kodex nur in beschränktem Masse und namentlich nicht hinsichtlich der Aufbewahrung des Allerheiligsten stattgegeben, die bei Privatoratorien wie bisher allein durch apostolisches Indult bewilligt werden kann [4]). Mehr Glück hatten die Belgier mit dem anderen Antrag [5]), die Bischöfe sollten ermächtigt werden, für alle Kirchen und öffentlichen Oratorien einen privilegierten Altar entweder für immer oder für bestimmte Zeit zu bewilligen, ohne dass letzterenfalls zur Erneuerung der Bewilligung der Heilige Stuhl angegangen zu werden brauche. Dazu ist nunmehr can. 916 zu vergleichen, der den Ordinarien das Recht gibt, in ihren Haupt- und Pfarrkirchen, falls kein anderer vorhanden, einen immerwährend täglich privilegierten Altar zu bewilligen.

Ich komme zu dem Fasten- und Abstinenzgebot, dessen einheitliche, gemeinrechtliche Regelung, welche die Sechsund-

---

sich die praktische Bedeutung der Unterscheidung natürlich keineswegs darin.

[1]) L. c. col. 874, 843, 878. Laemmer a. a O. S. 146 ff.

[2]) Belgische Denkschrift, l. c. col. 878. Laemmer a. a. O. S. 150.

[3]) Belgische Denkschrift, l. c. col. 877. Laemmer a. a. O. S. 158 f.

[4]) Vgl. can. 1194 mit 1195 und can. 1265 § 2 mit § 1 n° 1°.

[5]) Vgl. die in der vorvorigen Anmerkung angeführten Fundstellen.

dreissig und der französische Episkopat ersehnten[1]), nunmehr in den can. 1250—1254 erreicht ist[2]), zu den Andachtsübungen, die can. 1259, und zu den Heiligenbildern, die can. 1279 zur Vermeidung störender Geschmacklosigkeiten und Aergernisse der Prüfung der Bischöfe, wenigstens soweit es sich um Neueinführung oder Neuaufstellung handelt, dem betreffenden Antrage des französischen Episkopats[3]) entsprechend, unterstellt. Erfreuliche Erkenntnis der eigenen Art und ihrer Gefahren bekundet die Klage der französischen Bischöfe von 1870, es komme, besonders in grossen Städten, nicht selten vor, dass die Prediger ihren Stoff den natürlichen Wissenschaften entnähmen und darum keinen oder nur geringe Früchte ihrer Tätigkeit aufzuweisen hätten, sowie der daran geknüpfte Antrag auf Erlass eines Dekrets, durch das die Prediger angehalten würden, den Stoff ihrer Predigten der Heiligen Schrift und den heiligen Vätern zu entnehmen[4]). Es bleibt abzuwarten, ob die dagegen gerichtete Vorschrift von can. 1347[5]) dieses Uebel und noch schlimmere ausrotten wird, die gerade unsere Tage in Frankreich, aber auch anderswo von neuem gezeitigt haben.

---

[1]) Vgl. Granderath-Kirch a. a. O. I S. 52; Laemmer a. a. O. S. 121.

[2]) Vgl. oben S. 41.

[3]) Französische Denkschrift, l. c. col. 845. Laemmer a. a. O. S. 125; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 442.

[4]) Französische Denkschrift, l. c. col. 835. Granderath-Kirch a. a. O. I S. 439.

[5]) § 1. In sacris concionibus exponenda in primis sunt quae fideles credere et facere ad salutem oportet. § 2. Divini verbi praecones abstineant profanis aut abstrusis argumentis communem audientium captum excedentibus; et evangelicum ministerium non in persuasibilibus humanae sapientiae verbis, non in profano inanis et ambitiosae eloquentiae apparatu et lenocinio, sed in ostensione spiritus et virtutis exerceant, non semetipsos, sed Christum crucifixum praedicantes. § 3. Si, quod absit, concionator errores aut scandala disseminet, servetur praescriptum can. 2317 (Entzug der Befugnis zu predigen, Beichte zu hören und zu unterrichten, sowie andere Strafen nach Ermessen des Ordinarius) . . .

Die Notwendigkeit grosser (Klerikal-) und kleiner (Knaben-) Seminare neu einzuschärfen, hatten die französischen Bischöfe betont und einige Vorschläge über den Unterricht an ihnen gemacht[1]). Sie stimmten darin im wesentlichen überein mit dem Gutachten der Sechsunddreissig[2]) und jetzt mit can. 1354, 1364, 1365, namentlich auch darin, dass nötigenfalls interdiözesane oder regionale Seminare für mehrere Bistümer oder eine Provinz eingerichtet werden können.

Wenn unter den Satzungen über das Bücherverbot eine übrigens längst nicht mehr neue Bestimmung des Inhalts aufgenommen ist, dass Weltgeistliche selbst über profane Gegenstände ohne Erlaubnis des Bischofs nichts veröffentlichen dürfen[3]), so waren zwar ehedem selbst gut kirchlich gesinnte theologische deutsche Kanonisten[4]) der Meinung, so etwas wäre „nicht einmal vor dreihundert Jahren zeitgemäss gewesen". Die Vorschrift entspricht aber einem von Bischof Frangipane von Concordia seinerzeit gestellten Antrag[5]). Ob die Praxis fortan zu ihr wesentlich anders sich stellen wird als bisher, wird sich zeigen. Zu den Anträgen der Sechsunddreissig, des französischen, deutschen und mittelitalienischen Episkopats[6]) betreffend die Reform des Index vergleiche man nunmehr can. 1384 ff. mit can. 247 § 4[7]).

---

[1]) Französische Denkschrift, l. c. col. 833. Laemmer a. a. O. S. 109 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 438.

[2]) Granderath-Kirch a. a. O. I S. 50.

[3]) can. 1386 § 1 (oben S. 135 Anm. 4).

[4]) v. Scherer, Kirchenrecht I S. 380 mit Anm. 33 und Laemmer a. a. O. S. 113, aber auch 123.

[5]) L. c. col. 883.

[6]) Granderath-Kirch a. a. O. I S. 52. Französische, deutsche und mittelitalienische Denkschrift, l. c. col. 843, 874, 882. Laemmer a. a. O. S. 123; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 442, 444.

[7]) Und die neueste Ausgabe des Verzeichnisses der verbotenen Bücher: Index librorum prohibitorum Leonis XIII Summi Pontificis auctoritate recognitus, SS. D.N. Benedicti Papae XV iussu editus (mit den Apostolischen Konstitutionen darüber und dem Motuproprio vom 25. März 1917), Romae 1917.

Mit dem Patronatrecht hat sich anlässlich des Vatikanischen Konzils bezeichnenderweise nur der Antrag des deutschen Episkopats[1]) und einer der Wünsche des Kardinals Schwarzenberg beschäftigt[2]). Beide gingen dahin, es solle vorgeschrieben werden, dass der Patron einen von drei durch den Bischof als würdig bezeichneten Kandidaten zu präsentieren habe[3]). Dass der Kodex trotz seiner Abneigung gegen das Patronatrecht[4]) diese lediglich partikularrechtliche Einschränkung der patronatischen Befugnisse, die bei den Patronen sicher auf Widerstand gestossen wäre, nicht übernommen hat, erscheint begreiflich[5]).

Das Wucherverbot ist, gemäss einem Antrage des Erzbischofs Grande von Otranto beim Vatikanischen Konzil[6]), aber freilich nicht in dessen Sinn, in can. 1543 mit 2354 dahin gefasst, dass es nicht untersagt wird, die gesetzlichen Zinsen, oder, wenn ein Mehr gerechtfertigt und den Umstän-

---

[1]) Deutsche Denkschrift, l. c. col. 875. Laemmer a. a. O. S. 151; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 444.

[2]) Laemmer a. a. O. S. 151; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 445.

[3]) Diese sogenannte Terna war österreichischen Ursprungs und ging auf die Gesetzgebung Josephs II. zurück. Vgl. Wahrmund, Kirchenpatronatrecht II S. 89 ff., besonders S. 91 Anm. 55; Geier, Durchführung der kirchlichen Reformen Josephs II. S. 96 f.; Franz, Studien zur kirchlichen Reform Josephs II. S. 181. Sie gilt seit 1861 auch am Oberrhein, namentlich in Baden, für die durch Vergleich im landesherrlichen Patronat verbliebenen, vordem strittigen Pfründen; vgl. Richard Gönner und Josef Sester, Das Kirchenpatronatrecht im Grossherzogtum Baden, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 10. und 11. Heft, Stuttgart 1904 S. 232 f., 267 f.

[4]) Oben S. 67 ff.

[5]) Dagegen wird vom Kodex die Terna vorgeschrieben bei Gemeindewahlen und bei Wahlpräsentationen can. 1452 (oben S. 69 Anm. 1). In zwei Punkten, hinsichtlich des Generalkonkurses (oben S. 142 mit Anm. 8) und bezüglich der Terna werden also Einrichtungen josephinischen Ursprungs nunmehr durch den Kodex in das gemeine katholische Kirchenrecht übergeführt.

[6]) Coll. Lac. VII col. 866 s. Laemmer a. a. O. S. 130.

den nach angemessen erscheint, auch dieses zu vereinbaren und zu nehmen[1]).

Was weiter die Gerichtsverfassung und das Verfahren anlangt, so wollte der französische Episkopat die Innehaltung des Instanzenzugs geboten und den Begriff der causae maiores fest abgegrenzt sehen[2]). Dem ersten Wunsche ist nur sehr unvollkommen[3]), dem letzteren gar nicht stattgeben[4]), beides namentlich im Interesse der Wahrung der primatialen Rechte. Dagegen ist die von den deutschen und den neapolitanischen Bischöfen[5]) gewünschte gemeinrechtliche Ordnung und Vereinfachung des Prozesses nunmehr erfolgt[6]). Auch die von dem deutschen Episkopat[7]) und von Bischof Frangipane von Concordia[8]) angeregte Einführung der Versetzung und Entsetzung der Benefiziaten auf dem Verwaltungswege kehrt in verbesserter Gestalt im Kodex wieder[9]).

Aus dem Gebiete des Strafrechts seien hervorgehoben die von den Sechsunddreissig gewünschte Verminderung der Zensuren[10]), die gegenüber Pius IX. Bulle: Apostolicae sedis moderationi vom 12. Oktober 1869[11]) im Kodex, wie ein

---

[1]) Vgl. auch unten S. 190 mit Anm. 1.

[2]) Französische Denkschrift, l. c. col. 839. Laemmer a. a. O. S. 119; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 440.

[3]) can. 1572 § 2 und 274 n° 7° mit can. 1569, worüber unten S. 253 mit Anm. 2 zu vergleichen ist.

[4]) can. 220 (unten S. 187 Anm. 1) mit can. 1600 (unten S. 253 Anm. 4). Die gewünschte taxative Aufzählung erklärt übrigens auch Laemmer als unmöglich, da die causa maior nach Zeit und Ort veränderlich sei.

[5]) Deutsche und neapolitanische Denkschrift, l. c. col. 874, 826. Laemmer a. a. O. S. 129; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 444, 437.

[6]) Vgl. oben S. 42 f., 51.

[7]) Deutsche Denkschrift. l. c. col. 875. Laemmer a. a. O. S. 117; Granderath-Kirch a. a. O. S. 444.

[8]) L. c. col. 882 s. Laemmer a. a. O. S. 116; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 446.

[9]) can. 2147 ss. Vgl. oben S. 42 f.

[10]) Granderath-Kirch a. a. O. I S. 51.

[11]) Gedruckt Acta Sanctae Sedis V 1869 p. 287 ss. und bei Hilling, Quellensammlung, 4. Heft. Die kirchlichen Strafgesetze, Bonn 1916 S. 10 ff.

Blick in ihn lehrt[1]), weitere Fortschritte gemacht hat, und, was damit zusammenhängt, die von den deutschen und den französischen Bischöfen angeregte[2]) Beschränkung der päpstlichen Reservatfälle. Der Aufforderung der deutschen Bischöfe, die kirchlichen Vorschriften gegen die Freimaurer und andere geheime Gesellschaften neu einzuschärfen[3]), kommt der Kodex nach allen Seiten hin eifrig nach[4]). Bezüglich der Pflicht, Häretiker zu denunzieren, die Bischof Farina von Vicenza neuerdings festgestellt und geregelt wissen wollte[5]), vergleiche man die Vorschrift des can. 1935 § 2[6]). Die von demselben gewünschte Klärung betreffend die Absolution von dem crimen sollicitationis ad turpia und den damit zusammenhängenden Zensuren bringen can. 904 und 2368 mit 894, 2254, 2367 und 2363[7]).

Nicht berücksichtigt sind im Kodex alle Anträge und Wünsche, die auf eine kirchenrechtliche Regelung des Verhältnisses der Kirche zum Staate abzielten[8]), sowie die auf öfteren oder gar regelmässigen Zusammentritt der allgemeinen Synode gerichteten[9]). Die ersten sind durch can. 3 aus-

---

[1]) can. 2314 u. a.

[2]) Deutsche und französische Denkschrift, l. c. col. 874, 840. Laemmer a. a. O. S. 119 f.; Granderath-Kirch a. a. O. S. 444, 441 f.

[3]) Deutsche Denkschrift, l. c. col. 875. Laemmer a. a. O. S. 129 f.; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 444.

[4]) Vgl. can. 2335, 2336, 2339 § 1 mit 1240 § 1 n° 1°, 1241, 693 § 1 (oben S. 104 Anm. 3), 1065 (oben S. 94 Anm. 4), 1399 n° 8° (oben S. 111 Anm. 2), 1453 u. a. und dazu oben S. 104.

[5]) Vgl. Coll. Lac. VII col. 885. Laemmer a. a. O. S. 130.

[6]) Unten S. 184 Anm. 2.

[7]) Vgl. auch unten S. 254 (255) Anm. 6.

[8]) Vgl. das Kardinalsgutachten von 1864 und das Gutachten der Sechsunddreissig von 1865. Granderath-Kirch a. a. O. I S. 53, 52 f. und über die Verhandlungen der kirchenpolitischen Kommission Laemmer a. a. O. S. 55 ff. Immerhin ist einiges, was diese zutage förderte, in den oben S. 116 ff. behandelten Bestimmungen zugrunde gelegt worden.

[9]) Französische Denkschrift, l. c. col. 839. Laemmer a. a. O. S. 128; Granderath-Kirch a. a. O. I S. 441, und betreffend den damit sich

geschaltet, die letzteren stillschweigend abgelehnt, beide aus Gründen, die auf der Hand liegen.

So der Kodex in seinem Verhältnis zu den anlässlich des Konzils vom Vatikan und auf ihm vorgebrachten Anregungen und Anträgen. Ich wiederhole, dass im vorstehenden weder Vollständigkeit noch geschichtliche Behandlung erstrebt ist. Es kam mir nicht darauf an, festzustellen, mit welchen Abwandlungen die einzelne Anregung im Kodex ihren Niederschlag gefunden hat, und vollends nicht, ob das unmittelbar geschehen ist, oder mittelbar auf Grund einer Rechtsquelle, die schon vor dem neuen Gesetzbuch das vatikanische Postulat verwirklicht hatte. Einziger Zweck war vielmehr, eine Uebersicht und eine summarische Gegenüberstellung zu geben der Anträge einerseits und der Bestimmungen des Gesetzbuchs anderseits ohne eine genaue und erschöpfende Untersuchung des Verhältnisses beider im einzelnen.

Denn schon das Beigebrachte genügt vollauf, um zu beweisen, dass der Kodex überall da, wo Vorarbeiten aus der Konzilszeit der Jahre 1869 und 1870 vorliegen, durchaus darauf fusst, insbesondere soweit das Konzil selbst, wenn auch nur in Vorentwürfen und in Debatten, Stellung genommen hat. Wo das Konzil und die Anträge an dasselbe nicht hingelangt sind, wo sie sich mit allgemeinen Anregungen begnügten, und wo es erst der praktischen Erprobung bedurfte, da hat dann nach einigen Abhilfeversuchen Leos XIII. sein Nachfolger Pius X. mit seinen Reformerlassen eingegriffen. Die intellektuelle Urheberschaft des Ganzen und vielleicht des überwiegenden Teils der Einzelheiten darf das Vatikanische Konzil und was damit zusammenhängt, für sich in Anspruch nehmen.

Schon vor dem Erlasse von Pius X. Motupropio: Arduum sane munus, das die Kodifikation des kirchlichen Rechts

---

deckenden Wunsch, den Bischof Strossmayer von Diakovár in der Generaldiskussion tat, denselben II S. 181 f.

anordnete und in Gang brachte, habe ich von dem neuesten Kirchenrecht als dem vatikanischen gesprochen [1]). Ich tat das in der festen, durch eindringende geschichtliche Betrachtung mir nahe gelegten Ueberzeugung, dass die seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts im Gang befindliche und im Vatikanum gipfelnde Entwicklung über kurz oder lang mit innerer Notwendigkeit zu einer grossen gesetzgeberischen Tat drängen werde [2]). Schon allein unter diesem Gesichtspunkte [3]) wäre das vorliegende Gesetzeswerk als vatikanisches Kirchenrecht anzusprechen. Nun stellt sich aber weiter heraus, dass es darüber hinaus auch inhaltlich im Zeichen des Vatikanums steht.

In doppeltem, im ureigensten Sinne ist so, was wir in dem neuen Gesetzbuche vor uns haben, vatikanisches Kirchenrecht.

---

[1]) An dem oben S. 5 Anm. 3 angeführten Orte S. 875.

[2]) Ulrich Stutz, Die kirchliche Rechtsgeschichte, Rede zum 27. Januar 1905, Stuttgart 1905, S. 30 und Derselbe, Bischofswahlrecht S. 87 ff., 136 f.

[3]) Gegen die Einwände von Nikolaus Hilling im Archiv für katholisches Kirchenrecht XCIV 1914 S. 331 f. und neuestens wieder ebenda XCVII 1917 S. 481 f., aber auch gegen die Bedenken von J. Laurentius, Das Gesetzbuch der katholischen Kirche, Stimmen der Zeit XCIII 1917 S. 624 ff. vgl. jetzt die grundlegende, das Für und Wider nach allen Richtungen hin sorgsam abwägende und den Begriff gründlichst ausbauende Schrift v. Hörmanns, Zur Würdigung des vatikanischen Kirchenrechts, besonders S. 6 ff., 62 ff. und dazu den schönen, eindringlichen und durchschlagenden Aufsatz von Ludwig Kaas, Zum vatikanischen Kirchenrecht, Deutsche Literaturzeitung 1917 Nr. 38 vom 22. und Nr. 39 vom 29. September Sp. 1179 ff. und 1211 ff.

VI.

Der Kodex und die kirchliche Rechtsgeschichte. Verhältnis zum bisherigen Rechte.

Aus der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung VII 1917 (erschienen Ende Dezember) S. 5 ff., verbessert und ergänzt und unter Einpassung in die vorliegende Sammlung von Untersuchungen über das Gesetzeswerk wieder abgedruckt.

Der Erlass des Codex iuris canonici ist in erster Linie ein Ereignis, welches das geltende Recht betrifft. Durch ihn hat das gemeine katholische Kirchenrecht die klare, übersichtliche, leicht zu handhabende Zusammenfassung erhalten, die der kirchlichen Verwaltung, Rechtsprechung und Rechtslehre schon längst not tat. Was einsichtige Laien, was der Klerus, was insonderheit Spiritus Sanctus quos posuit Episcopos regere Ecclesiam Dei längst ersehnten, zur Zeit des Vatikanischen Konzils inständigst herbeiwünschten[1]), dann aber Jahrzehnte lang kaum mehr zu erhoffen wagten[2]), ist jetzt erreicht: Der Kodex stellt das alte Recht der katholischen Weltkirche auf eine neue Grundlage, stösst gänzlich ausser Geltung Getretenes ab, macht teilweise Ueberholtes durch Umgestaltung wieder lebensfähig und sammelt alles Bewährte mit solcher Vollständigkeit auf, dass die Kirche daran denken kann, in Zukunft in der Praxis mit diesem Gesetzbuche und einigen ihm angehängten älteren Einzelerlassen der Päpste auszukommen. Was das bedeutet, was der Kodex uns Neues bringt, welches Aussehen durch ihn das gemeine katholische Kirchenrecht erhält, wie er sich gegenüber der Aussenwelt, insbesondere gegenüber dem Staate und den Andersgläubigen und zu den Kodifikationswünschen des Vatikanums verhält, dies auseinanderzusetzen war die Aufgabe der fünf vorausgeschickten Einzeluntersuchungen. In dieser sechsten

---

[1]) Siehe darüber oben S. 3 f., 127 ff.

[2]) Vgl. oben S. 4 ff.

wollen wir versuchen, die Frage zu beantworten: Wie stellt er sich zum bisherigen Recht, und wie ist sein Erlass rechtshistorisch zu bewerten?

Auch auf dem Gebiete der kirchlichen Rechtsgeschichte macht nämlich dies Gesetzbuch Epoche.

Zunächst bringt es zum Abschluss eine Entwicklung, die etwa mit der französischen Revolution oder vielleicht besser mit dem französischen Konkordate einerseits und mit der deutschen Säkularisation oder vielmehr mit unseren Zirkumskriptionsbullen anderseits anhob, anfänglich im Wiederaufbau der zertrümmerten Kirchenverfassung und in der Wiederherstellung des übel zugerichteten gemeinkirchlichen Rechtes sich äusserte[1]), dann immer deutlicher in dessen Entemporalisierung oder Spiritualisierung zutage trat, den Gipfelpunkt im Vatikanum in der Verrechtlichung des Dogmas und der Dogmatisierung des Rechtsprimates erklomm und schliesslich nach einer Ruhepause von drei Jahrzehnten in der Reformtätigkeit Pius X. sich auswirkte, deren Niederschlag nunmehr der Kodex ist. Ueber diese neueste Periode der kirchlichen Rechtsgeschichte, die ich in der festen Ueberzeugung, sie werde durch ein grosses Gesetzeswerk gekrönt werden, vorausschauend bereits zu einer Zeit, als von dem Kodifikationsplane Pius X. noch nichts verlautete, diejenige des vatikanischen Kirchenrechts nannte[2]), ist von mir[3]), besonders

---

[1]) Nach Fritz Fleiner, Ueber die Entwicklung des katholischen Kirchenrechts im 19. Jahrhundert, Basler Rektoratsrede vom 3. November 1901, Tübingen 1902, hätte das vergangene Jahrhundert auf dem Gebiete des katholischen Kirchenrechts im Grunde genommen gar keinen Fortschritt gebracht, sondern nur Wiederherstellungsarbeit geleistet. Aber die Restauration war in Wirklichkeit bloss Vorarbeit, nach deren Erledigung die oben im Texte charakterisierte, dieser neuesten Entwicklung eigentümliche, in Pius X. schöpferische Kraft entfaltende Bewegung einsetzte.

[2]) Vgl. oben S. 156.

[3]) Siehe oben S. 156 Anm. 2.

aber von Anderen[1]) so viel geschrieben worden, dass ich darüber kein Wort mehr zu verlieren brauche.

Aber nicht nur das. Der Erlass des neuen Gesetzbuchs bewirkt auch, dass eine Unmenge von Rechtsstoff, der bisher als geltend mitgeführt wurde, wiewohl er vielleicht tatsächlich nicht mehr zur vigens disciplina ecclesiae gehörte, in aller Form ausser Geltung gesetzt und der Geschichte überwiesen, also rein historisch wird. Das gilt zunächst nach can. 6 n⁰ 1⁰[2]) von allem gemeinen und von dem nicht

[1]) Darüber oben S. 156 Anm. 3.

[2]) Leges quaelibet, sive universales sive particulares, praescriptis huius Codicis oppositae, abrogantur, nisi de particularibus legibus aliud expresse caveatur.

Bezüglich alles bisherigen Gewohnheitsrechtes steht das Gesetzbuch auf dem Standpunkt, dass es, wenn nicht im Kodex ausdrücklich aufrecht erhalten, beseitigt sei. Das gilt insbesondere von dem im Widerspruch zu den Bestimmungen des Kodex stehenden älteren, gemeinen wie partikulären Gewohnheitsrecht, das der Kodex ausdrücklich verwirft. Derartige Gewohnheiten können auch von neuem gegen das Gesetz sich nicht mehr durchsetzen, selbst wenn sie hundert Jahre in Uebung oder gar unvordenklich und vom Standpunkt der Kirche sowie der betreffenden Rechtseinrichtung aus an sich vernünftig sind. Eine Ausnahme von dem vorher festgestellten Grundsatze machen bloss partikuläre Gewohnheiten, die zur Zeit des Inkrafttretens des Kodex, sei es hundert Jahre in Geltung, sei es unvordenklich und nach wohlüberlegtem Ermessen der Ortsoberen, namentlich der Bischöfe, mit Rücksicht auf die örtlichen und die persönlichen Umstände und Verhältnisse nicht wohl zu beseitigen sind; diese können die Ortsoberen, durch deren Zustimmung eine örtliche Uebung ja allein Geltungskraft erhält, dulden. All dies drückt can. 5 so aus: Vigentes in praesens contra horum statuta canonum consuetudines sive universales sive particulares, si quidem ipsis canonibus expresse *reprobentur*, tanquam iuris corruptelae corrigantur, licet sint immemorabiles, neve sinantur in posterum reviviscere; aliae, quae quidem centenariae sint et immemorabiles, tolerari poterunt, si Ordinarii pro locorum ac personarum adiunctis existiment eas prudenter submoveri non posse; ceterae suppressae habeantur, nisi expresse Codex aliud caveat. Dazu sind die Bestimmungen des can. 27 § 1 (unten S. 182 Anm. 3), § 2 und can. 25 (unten S. 241 Anm. 5) betreffend zukünftige, neue Gewohnheiten zu ver-

ausdrücklich aufrechterhaltenen partikulären Kirchenrechte, das im Widerspruche steht zu den Bestimmungen des Kodex. Aber auch schon die blosse Nichterwähnung genügt[1]), um bisheriges Recht ausser Kraft zu setzen, vor allem für Kirchenstrafen jeder Art[2]) und darüber hinaus für kirchliche Rechtssätze, die, ohne in den anerkannten liturgischen Büchern enthalten oder ius divinum positivum bezw. naturale zu sein, weder ausdrücklich noch mittelbar im Kodex wiederkehren[3]). Das war ja gerade ein Hauptbeweggrund für die Kodifikation, die Abschüttelung des massenhaften veralteten Rechtes: Pius X. hat, auch hierin dem beipflichtend, was schon anlässlich des Vatikanischen Konzils geltend gemacht worden war[4]), anerkannt, dass namentlich mit Rücksicht auf die Menge des völlig oder doch zum Teil antiquierten Rechtsstoffes die Neukodifikation ein dringendes Bedürfnis sei[5]). Und Benedikt XV. machte sich diesen Standpunkt zu eigen. Einmal dadurch, dass er in die Einführungsbulle[6])

---

gleichen. Das Ergebnis aber ist: Es bleibt höchstens einiges toleriertes örtliches und das vom Kodex ausdrücklich anerkannte gemeine Gewohnheitsrecht in Kraft, wobei hinsichtlich des letzteren angesichts der ausdrücklichen Anerkennung nicht weiter untersucht zu werden braucht, ob es dem Gesetzbuch widerspricht oder es nur ergänzt.

[1]) Und zwar nicht bloss bei dem hier in Frage stehenden Gesetzes-, sondern wie die vorige Anmerkung ergibt, auch bei dem Gewohnheitsrechte.

[2]) can. 6 n⁰ 5⁰. Quod ad poenas attinet, quarum in Codice nulla fit mentio, spirituales sint vel temporales, medicinales vel, ut vocant, vindicativae, latae vel ferendae sententiae, eae tanquam abrogatae habeantur.

[3]) can. 6 n⁰ 6⁰. Si qua ex ceteris disciplinaribus legibus, quae usque adhuc viguerunt, nec explicite nec implicite in Codice contineatur, ea vim omnem amisisse dicenda est, nisi in probatis liturgicis libris reperiatur, aut lex sit iuris divini sive positivi sive naturalis. Bezüglich des Gewohnheitsrechtes sei nochmals auf S. 161 Anm. 2 verwiesen.

[4]) Oben S. 132 ff.

[5]) Oben S. 7 mit Anm. 1, 8 Anm. 1.

[6]) Vgl. oben S. 25 mit Anm. 3, 27 mit Anm. 3.

zu dem Gesetzbuche die Worte seines Vorgängers aufnahm. Vor allem aber in der Ansprache, die er am 28. Juni anlässlich der Ueberreichung des ersten Druckexemplars des Kodex hielt[1]. Darin meinte er, der Kodifikationsplan seines Vorgängers habe allerseits ungeteilten Beifall gefunden, weil er darauf abzielte, sämtliche, aber auch nur die Gesetze zu einem Ganzen zu vereinigen, die gegenwärtig für die Kirche massgebend sind. „Sämtliche — weil es ohne Kenntnis aller Gesetze keine völlige Beobachtung der Pflichten gibt —, die alleinigen — weil die Erinnerung an die für nichtig erklärten und ausser Gebrauch geratenen Gesetze wohl der Rechtsgeschichte nützlich ist, nicht aber der Praxis des Lebens dient, die dadurch erschwert und unsicher wird“[2]. Doch nicht genug damit. Auch das ältere Gesetzesrecht, das mit den Bestimmungen des Kodex übereinstimmt, fällt tatsächlich der Rechtsgeschichte anheim[3]. Es ist zwar nicht ausdrücklich ausser Kraft gesetzt. Aber es dient höchstens noch als Auslegungsmittel. Kanones des neuen Gesetzbuches, die ganz oder zum Teil mit dem alten Rechte übereinstimmen, sollen nämlich in dessen Sinn verstanden werden[4]. Weiter nichts. Mit anderen Worten: Das bisherige Recht führt auch in dem Regelfalle der Uebereinstimmung des neuen mit ihm nur noch ein Scheindasein, es lebt bloss der Idee nach in der ursprünglichen Fassung fort, es ist nur, um die Tradition zu wahren und den Zusammenhang mit der kirchlichen Vergangenheit nicht zu stören, nicht aus-

[1] Oben S. 32 f.

[2] Archiv für katholisches Kirchenrecht XCVII 1917 S. 460.

[3] Für das Gewohnheitsrecht vgl. oben S. 161 Anm. 2.

[4] can. 6 n° 2°. Canones, qui ius vetus ex integro referunt, ex veteris iuris auctoritate, atque ideo ex receptis apud probatos auctores interpretationibus, sunt aestimandi; n° 3°. Canones qui ex parte tantum cum veteri iure congruunt, qua congruunt, ex iure antiquo aestimandi sunt; qua discrepant, sunt ex sua ipsorum sententia diiudicandi; n° 4°. In dubio num aliquod canonum praescriptum cum veteri iure discrepet, a veteri iure non est recedendum.

drücklich aufgehoben worden[1]. In Wahrheit gilt es einzig und allein in der Fassung des Kodex, in Wirklichkeit besteht es nur dem Inhalte nach fort. Die vor dem Kodex ergangenen Kirchengesetze, die in dem Gesetzbuch nicht ausdrücklich aufrechterhalten sind, haben, auch soweit sie und die neuen Kanones materiell übereinstimmen, tatsächlich nicht mehr die Bedeutung von Rechtsquellen, sondern nur noch die von Rechtsdenkmälern[2]. Es ist nicht so, dass der Kodex zum Corpus iuris canonici oder zum tridentinischen Rechte hinzutritt, etwa wie seinerzeit der Liber Sextus zu den Dekretalen Gregors IX. Er bringt eben auch nicht wie jener neben vereinzelten Ersatzbestimmungen im wesentlichen neues Recht. Vielmehr absorbiert der Kodex das gesamte bisherige Recht, er saugt und nimmt es auf. Er wird dadurch zur Hauptquelle, zu der die älteren, nur noch für Auslegungszwecke in loser — man möchte sagen, höchst akademischer — Beziehung verbleiben. Nicht einmal als subsidiäre Quelle im eigentlichen Sinne — etwa so wie seinerzeit das Corpus iuris civilis hinter dem Codex Maximilianeus Bavaricus civilis von 1756 — kommt das Corpus iuris canonici für das Recht des

---

[1]) Dazu kommt, dass noch mehr als die ausdrückliche Ausserkraftsetzung der widerstreitenden Einzelbestimmungen des bisherigen Rechtes diejenige aller übereinstimmenden Konzilsbeschlüsse, Dekretalen sowie sonstigen Erlasse und Quellen schlechterdings unausführbar gewesen wäre.

[2]) Ausser auf die acht älteren päpstlichen Erlasse, auf die er ausdrücklich verweist, die er zu weiterer Geltung vorbehält, und die deshalb der amtlichen Ausgabe als Anhang beigegeben sind (vgl. oben S. 46 mit Anm. 4) bezieht sich der Kodex noch in can. 2214 § 2 auf eine lediglich ermahnende Stelle aus conc. Trid. Sessio XIII de ref. c. 1, die er im Wortlaut übernimmt und sich einverleibt, sowie in can. 2021 und 2125 auf eine Konstitution Urbans VIII. betreffend die Verehrung der Heiligen und der Seligen, aber nur zum Zwecke der Zeitbestimmung, genau so wie er am letztgenannten Orte des Pontifikats Alexanders III. gedenkt. In diesen beiden letztgenannten Fällen kommt die angeführte Quelle also auch nur als geschichtliches Denkmal in Betracht.

Kodex in Betracht, da Lücken in diesem nicht sowohl durch Zurückgehen auf jenes, als nach can. 20 durch Analogie, durch Zurückgreifen auf allgemeine Rechtsgrundsätze unter Berücksichtigung der kanonischen Billigkeit, weiter aus dem Stil und der Praxis der römischen Kurie und schliesslich unter Zuhilfenahme der Wissenschaft auszufüllen sind[1]); nur in dem oben erwähnten beschränkten Sinne, nämlich zur Auslegung, zum Verständnis übernommenen alten Rechtes tritt das Corpus iuris canonici noch dem Kodex hinzu, ist in diesem, und zwar nicht einmal ausdrücklich, sondern nur unter der Bezeichnung veteris iuris auctoritas auf jenes mit verwiesen. In Tat und Wahrheit ist der Kodex mit seinem Anhange fortan die Quelle des gemeinen katholischen Kirchenrechtes schlechthin, nicht allein die wahre, sondern auch die einzige; es erscheint durchaus gerechtfertigt, wenn er von der Seminar- und Universitätenkongregation in dem oben[2]) erwähnten Erlasse als authenticus et unicus fons iuris canonici hingestellt und bezeichnet wird. Und ebenso habe ich über Erwarten rasch Recht erhalten und behalten, wenn ich trotz der Unruhe und des Missbehagens, welche das Pontifikat Pius X. innerhalb der katholischen Welt und zum Teil auch darüber hinaus ausgelöst hatte, kurz vor seinem Ende[3]) die Meinung äusserte, für die Nachwelt könnte, falls nur ein mehr politisch und diplomatisch gerichteter Nachfolger es verstände, das durch die inneren Krisen und die Reformen gestörte Gleichgewicht innerhalb des katholischen Erdenrundes wiederherzustellen, ohne die Errungenschaften des Vorgängers preiszugeben, gar wohl das

---

[1]) Si certa de re desit expressum praescriptum legis sive generalis sive particularis, norma sumenda est, nisi agatur de poenis applicandis, a legibus latis in similibus; a generalibus iuris principiis cum aequitate canonica servatis; a stylo et praxi Curiae Romanae; a communi constantique sententia doctorum.

[2]) S. 51 Anm. 1.

[3]) Im Frühjahr 1914 in der oben S. 4 Anm. 2 angeführten Neuauflage meines Kirchenrechts S. 367 f.

Papsttum Pius X. zu einem Markstein der kirchlichen Rechtsgeschichte werden.

Was ergibt sich daraus? Nichts anderes, als dass alles, was bis zum Erlass des Kodex oder, da bisher unter dem regierenden Papste nur wenige, mit dem Kodex aufs engste zusammenhängende Rechtsgesetze ergangen sind, was bis zum letzten Wechsel des Pontifikates, bis zu seinem Uebergang von Pius X. auf Benedikt XV. geschehen ist, der Rechtsgeschichte angehört. In der Rechtsgeschichte ist fortan das Corpus iuris canonici zu behandeln. Der Rechtsgeschichte ist das Tridentinum und sein Recht zuzuweisen. Die Rechtsgeschichte hat von der Zensurenbulle Pius IX. Apostolicae Sedis vom 12. Oktober 1869[1]) zu berichten. Rechtsgeschichtlicher Stoff sind nunmehr die Konstitutionen Officiorum ac munerum[2]) und Conditae[3]) Leos XIII. vom 25. Januar 1897 und 8. Dezember 1900, ja das ganze Reformwerk Pius X.[4]). Mit Rücksicht auf die überwiegend geschichtliche Bedeutung des Corpus iuris canonici und der älteren Quellen habe ich es schon vor dem Erlasse des Kodex so gehalten; in beiden bisher erschienenen Auflagen meines Kirchenrechtsgrundrisses[5]) findet der Leser diese Gegenstände, insbesondere das Corpus iuris canonici der Rechtsgeschichte zugewiesen. In Zukunft wird eine andere Behandlungsweise, wenigstens von streng wissenschaftlichem Standpunkte aus, schlechterdings ausgeschlossen sein. Denn alles, was vom älteren Recht weiterhin noch praktisch sein wird — und es wird sehr viel sein —, wird es nur sein, weil es in dem Kodex aufgenommen ist, weil die Kanones des Kodex es darbieten. Das übrige, was

---

[1]) Oben S. 153 Anm. 11.

[2]) Acta Sanctae Sedis XXIX 1896/7 p. 388 ss.; Hilling, Quellensammlung, 5. Heft. Die kirchlichen Büchergesetze, Bonn 1916 S. 8 ff.

[3]) Acta Sanctae Sedis XXXIII 1900, 1901 p. 341 ss.

[4]) Oben S. 20; vgl. S. 8 Anm. 1,

[5]) Vgl. 1. Aufl. a. a. O. S. 843 ff., 864 f.; 2. Aufl. S. 318 ff., 343 f., 365 ff.

hinter dem Gesetzbuch liegt[1]), ist Rechtsgeschichte. Diese hört auf mit dem Pontifikat Pius X. Von da an, seit Benedikt XV., leben wir kirchenrechtlich in der Gegenwart.

Die Bedeutung dieser Erkenntnis brauche ich nicht erst des längeren darzulegen. Ungefähr gleichzeitig mit der Kodifikationsära setzte eine rein wissenschaftliche Bewegung ein, die darauf ausgeht, der Kirchenrechtswissenschaft die Ebenbürtigkeit mit den Wissenschaften des römischen und des deutschen Rechtes dadurch zu sichern, dass sie eine reinlichere Scheidung von Geschichte und Dogmatik oder Systematik im Kirchenrecht fordert und die Erhebung der kirchlichen Rechtsgeschichte zu einem eigenen Gegenstande der Forschung und des Wissens betreibt. Ihren programmatischen Ausdruck hat diese Bewegung in meiner Bonner Kaisergeburtstagsrede von 1905 über die kirchliche Rechtsgeschichte gefunden[2]). Ich brauche darauf nicht zurückzukommen, verweise vielmehr auf das damals Gesagte, von dem ich auch heute, nach mehr als zwölf Jahren, nichts zurückzunehmen habe. Widerspruch hat sich kaum dagegen geregt. Wohl aber sind seither nicht bloss der Name und der Begriff der kirchlichen Rechtsgeschichte, die vordem so gut wie unbekannt waren, Gemeingut geworden, sondern hat auch die Sache selbst, getragen insbesondere von einer grossen Zahl eifriger jüngerer Mitarbeiter, gewaltige Fortschritte gemacht. Von dem Aufblühen der kirchlichen Rechtsgeschichte und der an ihr erwachsenen kirchlichen Verfassungsgeschichte[3]) legt die Ka-

---

[1]) Mit Ausnahme der allgemeinen und der besonderen Bestimmungen, die über die römischen Behörden ergangen sind, also wohl der Konstitution: Sapienti consilio (oben S. 48 Anm. 1) und jedenfalls der Normae communes et peculiares dazu (oben S. 92 Anm. 3) sowie der Geschäftsordnungen für die römischen Gerichtshöfe (vgl. Stutz, Kirchenrecht² §§ 69, 92 S. 420 Anm. 3, 447). Diese Dinge bedürfen noch der Klärung entweder durch den Gesetzgeber oder durch die Praxis der römischen Behörden.

[2]) Vgl. oben S. 156 Anm. 2.

[3]) In Albert Werminghoffs Verfassungsgeschichte der deut-

nonistische Abteilung der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, legen die Kirchenrechtlichen Abhandlungen sowie manche der von der Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft der Görres-Gesellschaft herausgegebenen Untersuchungen, legen endlich zahlreiche anderwärts veröffentlichte Monographien laut Zeugnis ab. Die durch den Erlass des Kodex auf dem Gebiete des katholischen Rechts bewirkte Umwälzung wird dieser Bewegung neuen Antrieb geben. Allerdings zunächst nur mittelbar. Jede Kodifikation hat fürs erste unweigerlich ein Ueberwuchern der meist recht öden und inhaltleeren Gesetzesjurisprudenz zur Folge. Alles stürzt sich auf das Gesetzbuch und meint, mit ihm auszukommen. Buchstabeninterpretation und Paragraphenweisheit gelten anfangs allein. Das ältere Recht und die Wissenschaft von ihm glaubt man entbehren und als überflüssigen Ballast über Bord werfen zu können. So haben wir es bei unserem Bürgerlichen Gesetzbuche erlebt. So wird es sich bei dem Codex iuris canonici wiederholen, hier vielleicht sogar in erhöhtem Masse. Dies einmal deshalb, weil das Gesetzbuch in einer fremden, ausserhalb der Kirche toten Sprache erschienen ist. Wie manche Schrift darüber wird sich nicht einmal in der sonst üblichen Umschreibung, sondern schon in der blossen Uebersetzung des Gesetzestextes genugtun! Und sodann, weil die kirchliche Autorität im Eifer um die rasche Einbürgerung des glücklich Errungenen selbst in diesem Sinne wirkt. Derselbe Erlass, der den Kodex als allein echte und einzige Quelle des kirchlichen Rechtes bezeichnet, bestimmt, es solle fortan im Unterricht, also an den katholischen Universitäten und in den katholischen Rechtsschulen, vielleicht aber auch auf den kirchlichen Seminaren und überhaupt im theologischen

---

schen Kirche im Mittelalter (Aloys Meisters Grundriss der Geschichtswissenschaft, Reihe II Abt. 6), Leipzig, 1. Aufl. 1907, 2. Aufl. 1913, hat diese, wenigstens für eine ihrer Hauptperioden, eine ausgezeichnete, bald zum Mittelpunkt der Forschung gewordene und sie vortrefflich zusammenfassende Gesamtdarstellung erfahren.

Lehrkursus, in den grossen Hauptvorlesungen nur nach ihm und zwar in der Legalordnung das kirchliche Recht gelehrt werden; bloss ausnahmsweise darf ein anderes Buch daneben gebraucht werden und auch dies nur, wenn es sich der Anordnung des Kodex fügt und nicht ein eigenes System befolgt[1]). Die Kanonistik der Zukunft, wenigstens der nächsten, wird also eine durchaus exklusive Kodizistik sein. Und dennoch erhoffe ich von dem Kodex eine Förderung unserer auf die Verselbständigung der kirchlichen Rechtsgeschichte abzielenden Bewegung. Wie ich bereits in meiner

---

[1]) Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 439: . . . Sacra . . . Congregatio . . . omnibus ac singulis studiorum Universitatibus et iuris canonici Lycaeis quae, ad normam can. 256, § 1, eidem Sacrae Congregationi parent, praecipit ac mandat, ut in schola, antehac *textus* aptissime nuncupata, in qua ius canonicum penitus copioseque praelegitur, ita in posterum eiusmodi disciplina tradatur, ut alumni, non modo Codicis sententia *synthetice* proposita, sed accurata quoque uniuscuiusque canonis *analysi*, ad cognoscendum et intelligendum Codicem veluti manu ducantur: debent scilicet doctores iuri canonico tradendo, ipso Codicis ordine ac titulorum capitumque serie religiosissime servata, singulos canones diligenti explanatione interpretari. . . . Nullo ceterum, praeter Codicem, ipso alumnos uti necesse erit; quodsi doctoribus placuerit eos unum aliquem adhibere librum, id sancte retinendum, ut non eius libri ordini ordo Codicis, sed huic ille aptetur et accomodetur.

Nach Franciscus Xaverius Wernz, Ius decretalium I, editio altera, Romae 1905 p. 2 nr. 2 und Haring, Kirchenrecht[2] S. 2 Anm. 3 wurden als Scholae iuris decretalium oder textus canonici bisher im Gegensatz zu den Institutionenvorlesungen ausführliche Kirchenrechtskollegien bezeichnet, die an der Gregoriana und an den übrigen römischen Lehranstalten entsprechend der Pandektenvorlesung der weltlichen Rechtsschulen (vgl. § 2 I. de iustitia et iure 1, 1) vorgetragen wurden. Hierauf hat mich Herr Kollege Franz Triebs in Breslau freundlichst aufmerksam gemacht. An den staatlichen theologischen Fakultäten, aber auch an den kirchlichen Lehranstalten Deutschlands wird in solcher Ausführlichkeit das Kirchenrecht nicht vorgetragen. Dem Wortlaut des römischen Erlasses nach könnten also selbst die kirchlicherseits veranstalteten deutschen Lehrvorträge über das Recht des Kodex als blosse Einführungsvorlesungen von der Legalordnung absehen.

Bonner Rede ausführte, wird jene schon dadurch begünstigt, dass wir endlich einmal eine wahrhaft neuzeitliche, nur das geltende Recht erfassende, dieses aber mit gesundem Wirklichkeitssinne darstellende kirchliche Rechtssystematik erhalten; die historisierende Dogmatik, die bis vor kurzem für das katholische Kirchenrecht an der Tagesordnung war, habe ich seinerzeit[1]) für fast noch schlimmer als den Mangel einer besonderen kirchlichen Rechtsgeschichte erklären und ihr vorwerfen zu müssen geglaubt, dass sie der Vergangenheit nicht gebe, was der Vergangenheit, und der Gegenwart nicht, was der Gegenwart gebühre. Schon damals deutete ich aber an, dass in dieser Beziehung die Neukodifikation, falls sie zustande komme, bis zu einem gewissen Grade Abhilfe bringen und uns eine recht eigentlich aktuelle katholische Kirchenrechtsdogmatik schenken werde[2]). Auf dem Umwege über sie aber auch die reine kirchliche Rechtsgeschichte. Denn auf die Uebersättigung mit allerneuestem Recht pflegt als Gegenschlag eine intensivere Beschäftigung mit der Rechtsgeschichte zu folgen. Die sieben wissenschaftlich, namentlich historisch mageren Jahre des Uebergangs zu unserem neuen bürgerlichen Rechte sind längst abgelöst durch fette, in denen die rechtsgeschichtlichen Studien, die romanistischen, vor allem aber die germanistischen neue Triumphe gefeiert haben. So wird es auch mit dem kirchlichen Recht gehen. Dies um so sicherer und um so eher, als, wie schon der oben[3]) angeführte Hinweis des Kodex auf das alte Recht lehrt, das durch und durch konservative katholische Kirchentum mit seinem Traditionalismus auf die Wahrung des Zusammenhangs mit der Vergangenheit weit mehr angewiesen ist als das weltliche Gemeinwesen und sein Recht. In der Tat schreibt auch der genannte Erlass der Seminar- und Universitäten-

---

[1]) Kirchliche Rechtsgeschichte S. 26.

[2]) A. a. O. S. 26 ff.

[3]) S. 163 mit Anm. 4.

kongregation vor, es solle bei der Behandlung des Kodex den Ausführungen über jedes einzelne Rechtsinstitut eine geschichtliche Einführung vorangeschickt werden[1]). Das ist gut gemeint, geht aber freilich nicht über das hinaus, was ich seinerzeit[2]) als blosse Einleitungshistorie gekennzeichnet habe. Viel wird damit nicht erreicht werden. Wir alle wissen, wie kümmerlich vielfach bei uns die von unseren Unterrichtsverwaltungen und juristischen Fakultäten aus denselben Gesichtspunkten und im gleichen Sinn und Geist vorgeschriebenen dogmengeschichtlichen Einleitungen zu den einzelnen Teilen unseres Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgefallen sind. Wirklich erfolgreich kann man die Geschichte, auch die Rechtsgeschichte, nur um ihrer selbst willen und synchronistisch behandeln. Die genannten historischen Einleitungen schrumpfen regelmässig zu blossen Tatsachenmitteilungen und zu dürftigen, abgerissenen Bemerkungen zusammen, aus denen der Geist der Geschichte glücklich ausgetrieben ist, die den grossen historischen Zusammenhängen nicht oder nur unvollkommen gerecht werden. Immerhin ist solche Einleitungshistorie besser als nichts. Und ausserdem sind ja obige Vorschriften nicht massgebend für die nichtkirchlichen, besonders für die staatlichen Universitäten und Rechtsschulen, geschweige denn für den schriftstellerischen, für den wissenschaftlichen Betrieb der Kirchenrechtsforschung. Dieser allein aber wird schliesslich wie über die Systematik des neuen Gesetzesrechtes, so auch über die kirchliche Rechtsgeschichte und ihre Selbständigkeit entscheiden. Wir haben es bisher vermieden und gedenken es auch weiterhin zu vermeiden, nichtwissenschaftliche Instanzen für unsere rein wissenschaftliche Sache in Anspruch zu nehmen.

---

[1]) Iidem tamen magistri — heisst es an der oben S. 169 Anm. 1 a. E. ausgelassenen Stelle — ante quam dicere de aliquo instituto iuridico aggrediantur, apte exponant qui eius fuerit ortus, quae decursu temporis acciderint progressiones, mutationes ac vices, ut discipuli pleniorem iuris cognitionem assequantur.

[2]) Kirchliche Rechtsgeschichte S. 13.

Auch wissenschaftliche Bewegungen setzen sich, wenn innerlich berechtigt, im wesentlichen aus eigener Kraft durch. Im Bereiche der theologischen Wissenschaften hat sich auf diese Weise die Dogmengeschichte neben der Kirchengeschichte, im Bereiche der Rechtswissenschaft haben sich so die deutsche Rechtsgeschichte und neuerdings neben ihr die Rechtsvergleichung, von Fächern des geltenden Rechts aber das Verwaltungsrecht neben dem Staatsrecht den ihnen gebührenden Platz an der Sonne errungen. Nicht anders dürfte es mit der kirchlichen Rechtsgeschichte gehen. Sie hat bei den Juristen, aber auch bei den Theologen beider Bekenntnisse sowie bei den Historikern schon zu viele Anhänger und hervorragende Vertreter, als dass sie wieder in das Nichts zurücksinken könnte. Die Hauptsache ist, dass weiter tatkräftig kirchenrechtsgeschichtlich gearbeitet wird, dass Einzeluntersuchungen und zusammenfassende Darstellungen aus dem Gebiete der kirchlichen Rechtshistorie nicht ausbleiben[1], endlich dass auch Vorlesungen über kirchliche Rechts- und Verfassungsgeschichte gehalten werden[2]. Dann wird diese als Seitenstück und Ergänzung der katholischen Kodizistik und der evangelischrechtlichen Systematik ihren Siegeszug fortsetzen. Soweit sie jene nicht beeinträchtigt, sondern umgekehrt in der von uns früher angedeuteten Weise fördert, erfreut sie sich ja jetzt schon des wohlwollenden Interesses auch der katholischen kirchlichen Instanzen, denen es natürlich ganz fern liegt, einer un-

---

[1]) Ich bin dabei, neben meinem Grundriss des Kirchenrechtes eine etwas ausführlichere Darstellung der Kirchlichen Rechtsgeschichte einerseits, des geltenden katholischen Kirchenrechts (Kodex), des evangelischen und des Staatskirchenrechts anderseits auszuarbeiten, würde es aber ganz besonders begrüssen, wenn eine geeignete jüngere Kraft ein Lehr- oder gar Handbuch der Kirchlichen Rechtsgeschichte schreiben wollte.

[2]) Ueber kirchliche Rechts- und Verfassungsgeschichte von der kirchlichen Urzeit bis zur Gegenwart trage ich seit dem Wintersemester 1917/18 an der Berliner Universität vierstündig vor, nachdem ich schon früher in Bonn eine zweistündige Vorlesung darüber gehalten habe.

geschichtlichen Behandlung des Kirchenrechtes auf die Dauer das Wort zu reden. Wir sahen oben[1]), wie Benedikt XV. selbst bei der Ankündigung und im Augenblicke der Ausgabe des Kodex der kirchlichen Rechtsgeschichte Erwähnung tat und damit ihre Daseinsberechtigung anerkannte.

So begrüssen wir nicht nur vom Standpunkt einer Klärung und Festigung des geltenden katholischen Kirchenrechts und seiner Wissenschaft aus das neue päpstliche Gesetzbuch, sondern auch um der kirchlichen Rechtsgeschichte willen, in welcher der Erlass des Codex iuris canonici das seit Jahrhunderten grösste Ereignis darstellt.

---

[1]) S. 25, 163 mit Anm. 2.

VII.

Bürgerlichrechtliche Einschläge.

Die nachstehende Untersuchung führt eine Reihe von Beobachtungen weiter aus, die in einem am 9. Februar 1918 in der Juristischen Gesellschaft zu Berlin über „Das neue päpstliche Gesetzbuch und das bürgerliche Recht" gehaltenen Vortrage gemacht wurden. Die Sperrungen in den im folgenden abgedruckten Gesetzestexten rühren von mir her; nur die in Kursive wiedergegebene Worte finden sich so auch in dem Gesetzbuche selbst.

Das klassische kanonische Recht, wie es im Corpus iuris canonici niedergelegt ist, war geistliches Weltrecht. Als der eine Teil des Ius utrumque beherrschte es das unum corpus christianum, die Christenheit, nach der einen, der geistlichen Seite hin, während das weltliche Recht das vom weltlichen Regiment für die weltlichen Beziehungen gesetzte und gehandhabte Recht war. Da die weltliche Gewalt im Mittelalter einen weit beschränkteren Wirkungskreis hatte als der heutige Staat, zog das geistliche Recht zu jener Zeit manches in seinen Bereich, was gegenwärtig durch die staatliche Rechtsordnung geregelt wird. Ich erinnere an die Verjährung, den Besitz, den guten Glauben, die Zinsen, das Testament und vieles andere mehr[1]). Gerade deshalb konnte ja auch später mit dem römischen das kanonische als bürgerliches Recht in Deutschland von den weltlichen Gerichten aufgenommen werden, bildete es mit eines der rezipierten fremden Rechte.

So weit wie die Ansprüche des klassischen, des eigentlichen kanonischen Rechtes im rechtsgeschichtlichen Sinne reichen die unseres neukanonischen, im Kodex enthaltenen nicht. Zwar liebäugelt es noch etwas mit der entschwundenen Herrlichkeit der Weltherrschaft. Eben darum, nicht bloss weil es in canones genannte Rechtssätze gefasst ist, bezeichnet es sich wohl als ius canonicum, nicht etwa als ius ecclesiasticum catholicorum oder, wie eine Zeit lang in Erwägung gezogen worden zu sein scheint, als ius canonicum ecclesiasticum[2]). Nur ungern gibt die Kirche

[1]) Vgl. Friedberg, Das kanonische und das Kirchenrecht a. a. O. VIII 1898 S. 13 f.; Stutz, Kirchenrecht[2], §§ 37 und 54 a. E., S. 321 f. und 392.

[2]) Unter dieser Bezeichnung wurden uns die Ausgaben des neuen Gesetzbuches von Rom aus zuerst angekündigt. Das dürfte auf offiziöser

die Erinnerung an die Zeiten höchster Macht und grössten Glanzes preis, und hoffend rechnet sie, die Neuerungen ohnedies abhold ist, mit den verschiedensten Kulturverhältnissen und mit dem Wechsel der Zeiten[1]).

Dessenungeachtet erweist sich das neue Recht bei genauerem Zusehen nicht mehr als kanonisch im alten Sinne. Vielmehr beschränkt es sich, wie gesagt[2]), durchaus auf das innerkirchliche Gebiet. Dass es ein vollständiges Eherecht enthält, widerspricht dem nicht. Vielleicht hängt sogar damit die bereits weiter oben[3]) berührte Preisgabe des Eherechtes als eines besonderen Buches zusammen und sollte durch sie ausgedrückt werden, dass die Kirche, indem sie die Ehe regele, damit nicht mehr wie zu einer Zeit, da die Sakramentsnatur der Ehe noch nicht anerkannt war oder doch erst im Begriffe stand, sich durchzusetzen, ein Stück weltlicher Ordnung und des Laientums, den Ehestand, normieren wolle, sondern lediglich das Recht eines der sieben katholischen Sakramente. Doch wie dem auch sei, sicher ist, dass das Recht des Kodex kein geistliches Weltrecht in dem Sinne, wie es das Recht des Corpus iuris canonici war, mehr sein kann und sein will, dass es vielmehr trotz seines Namens nur noch ein Recht der katholischen Kirche und ihrer Lebensbeziehungen darstellt und zwar nach dem Willen des Gesetzgebers selbst.

Und dennoch die zahlreichen bürgerlichrechtlichen Einschläge! Um sie zu verstehen, muss man sich folgendes klar machen:

Gewisse zivilistische Voraussetzungen und Grundbegriffe

Angabe beruht haben. Die Bezeichnung wäre nicht übel gewesen. Sie hätte die Verschiedenheit vom klassischen kanonischen Rechte und das Wesen der neuen Rechtsordnung als einer auf dem kanonischen Rechte beruhenden kirchlichen gut zum Ausdruck gebracht.

[1]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht[2], § 27 S. 322 und über die Umbildung des kanonischen Rechts zum katholischen Kirchenrecht ebenda §§ 35 ff. S. 340 ff.

[2]) Siehe oben S. 109.

[3]) S. 38, 89.

kann das kirchliche Recht um seiner selbst willen nicht entbehren, sie sind ihm für seine rein kirchlichen Zwecke unerlässlich. Die Regelung der Pfarr- und der Bistumszugehörigkeit, um nur diese zu nennen, setzt voraus den Begriff der Heimat[1]) sowie des Domizils und des Quasidomizils[2]). Ohne feste Grundsätze über die Zeit- und Fristberechnung[3]) ist natürlich in all den Fällen, in denen der Zeit- und Fristenlauf für den Erwerb, den Verlust oder die Geltendmachung eines kirchlichen Rechtes in Betracht fällt, nicht auszukommen. Die Ehehindernisse der Blutsverwandtschaft und der Schwägerschaft lassen sich nicht regeln ohne vorherige Definition der Konsanguinität und Affinität und ohne genaue Angaben über ihre Berechnung[4]). Man könnte die Beispiele vervielfachen. Genug, ohne Zuhilfenahme bürgerlichrechtlicher Anfangsgründe war an eine erschöpfende Zusammenfassung des kirchlichen Rechtes nicht zu denken.

Einfach auf das staatliche Zivilrecht oder seine Theorie zu verweisen, ging, wenigstens für die Regel[5]), auch nicht an. Der Kodex schafft Recht für das ganze katholische Erdenrund. Es umfasst Gebiete des allerverschiedensten staatlich-bürgerlichen Rechtes. An welches sollte man sich halten? Und es schliesst in sich — man denke namentlich an die weiten überseeischen Missionsbezirke — auch Länder ohne bürgerliche Gesetzbücher, ja ohne neuzeitliches bürgerliches Recht überhaupt, Sprengel, die nicht einmal von Kulturvölkern bewohnt sind. Es war darum nicht bloss das Einfachste, es war vielmehr schlechthin gegeben, dass der kirchliche Gesetzgeber die bürgerlichrechtlichen Voraussetzungen und Grundbegriffe, die er benötigte, selbst innerhalb seines Gesetzbuches aufstellte und für seine Zwecke zurecht machte. Dabei ist natürlich

---

[1]) can. 90 s. mit 14.

[2]) can. 92—95.

[3]) can. 31 ss.

[4]) can. 96 s.

[5]) Ausnahmen siehe unten S. 228 ff.

nicht ausgeschlossen, dass in Ländern niedriger Kultur und ohne modernes Zivilrecht der Kodex dadurch wieder eine ähnliche Stellung gewinnt wie einst das Corpus iuris canonici, und dass es dort zu einer Art Rezeption dieses neukanonisch-bürgerlichen Rechtes kommt. Jedoch bei uns ist so etwas ausgeschlossen, wenn ich auch nicht behaupten will, dass im Laufe der Zeit das bürgerliche Recht der europäischen und sonstigen Kulturstaaten von dem neuen kirchlichen nicht dies oder jenes annehmen werde, wie umgekehrt das kirchliche Gesetzbuch vom bürgerlichen Rechte der Gegenwart nicht bloss die Anregung zur Kodifikation empfangen [1]), sondern auch allerlei gelernt hat [2]). Aber von einem Uebergriff auf staatlich-rechtliches Gebiet, von einem Wettbewerbe mit dem bürgerlichen Rechte des Staates kann, von dem schon oben [3]) berührten, überlieferten Gegensatz hinsichtlich des Eherechts abgesehen, bei diesen bürgerlichrechtlichen Bestimmungen des Kodex schlechterdings nicht die Rede sein. Auch wo er nicht, wie bei den Standeswirkungen der Ehe [4]) oder bei der Legitimation der Kinder durch nachfolgende Ehe der Eltern [5]),

[1]) Oben S. 14 f., 15 Anm. 2.

[2]) Wenn es in can. 1095 § 1. Parochus et loci Ordinarius valide matrimonio assistunt unter n° 3° heisst: Dummodo neque vi neque metu gravi constricti requirant excipiantque contrahentium consensum, so dürfte diese Bestimmung wie die entsprechende des Dekrets: Ne temere art. IV § 3 (an den oben S. 90 Anm. 1 angegebenen Druckstellen p. 528 und S. 12): dummodo invitati ac rogati, et neque vi neque metu gravi constricti requirant excipiantque contrahentium consensum, die beide von dem Rechte des tridentinischen Dekrets: Tametsi, das die Ehe auch bei erzwungener Assistenz des Pfarrers zustandekommen liess, abweichen. auf den Vorgang von BGB. § 1317 Abs. 1 S. 2 zurückgehen: „Der Standesbeamte muss zur Entgegennahme der Erklärungen bereit sein."

[3]) S. 112 ff.

[4]) can. 1112. Nisi iure speciali aliud cautum sit, uxor, circa canonicos effectus, particeps efficitur status mariti.

[5]) can. 1117. Filii legitimati per subsequens matrimonium, ad effectus canonicos quod attinet, in omnibus aequiparantur legitimis, nisi aliud expresse cautum fuerit wie in can. 232 § 2 n° 1°, 331 § 1 n° 1°, womit man vergleiche can. 991 § 3.

ausdrücklich die Beschränkung seiner Vorschriften auf das kirchliche Gebiet hervorhebt, ist diese doch vorhanden. Sie versteht sich überall von selbst und wird nur da besonders betont, wo Missdeutungen entstehen könnten. Das neue kirchliche Recht geht nicht darauf aus, der staatlichen Rechtsordnung Herrschaftsgebiete wieder abzunehmen, welche die Entwicklung des letzten halben Jahrtausends deren festem Bestande einverleibt hat, und die das staatlich-bürgerliche Recht unmöglich wieder aus seinem Bereiche entlassen kann.

Lediglich aus den eben entwickelten Gründen erklärt es sich also, wenn in dem Kodex Bestimmungen sich finden über die oben [1]) bereits beispielsweise angeführten bürgerlichrechtlichen Gegenstände, aber auch über Rechts- und Handlungsfähigkeit, über natürliche und künstliche Personen, über Besitzklagen, Verjährung, Ersitzung, über Verträge und vieles andere dieser Art mehr, wovon im folgenden zum Teil noch die Rede sein wird.

Fragen wir nun, woher das kirchliche Gesetzbuch diese bürgerlichrechtlichen Einschläge und ihre Fassung bezogen hat, so läge es nahe, an das Naturrecht als vornehmliche Bezugsquelle zu denken.

Vom natürlichen Rechte ist ja auch in dem Kodex wiederholt die Rede. Aber freilich in ganz besonderem, im herkömmlich kirchlichen Verstande. Das ius naturale des Gesetzbuchs ist ein Teil des nach katholischer Auffassung auf den Willen Gottes als Urquell zurückgehenden, also göttlichen Rechtes, des ius divinum und zwar, im Gegensatz zu dem durch göttliche Offenbarung kundgegebenen ius divinum positivum, das durch die Natur kundgetane, das ius divinum naturale [2]). In diesem Sinne wird das natürliche Recht vom

---

[1]) S. 178 f.

[2]) Sägmüller, Kirchenrecht [3] I § 1 S. 2, § 3 S. 10, § 20 S. 98; Stutz, Kirchenrecht [2] § 54 S. 392. Auf die geschichtliche Entwicklung des Begriffs ist hier nicht einzugehen.

Gesetzbuch[1]) z. B. in can. 6 n⁰ 6⁰ vorbehalten[2]) und in can. 27 § 1 der Derogation durch widerstreitendes Gewohnheitsrecht entrückt[3]). Im Ius naturale dieser Art sind namentlich einige Ehehindernisse begründet[4]), unter anderen das Ehehindernis der Blutsverwandtschaft in der geraden Linie und im ersten Grade der Seitenlinie[5]). Selbstverständlich steckt in diesem natürlichen Rechte der Kirche ein gut Stück von dem, was man ausser und abgesehen von ihr als Naturrecht bezeichnet. Nur ist es in diesen Fällen gewissermassen potenziert, nämlich durch Vergöttlichung. Oder historisch und damit zugleich richtiger ausgedrückt: Wir haben in ihm einen von der katholischen Kirche ihrem Wesen und ihrer Eigenart gemäss festgehaltenen Ueberrest aus der antik-mittelalterlichen, sakralen Periode des Naturrechtes vor uns[6]), also aus der Zeit,

[1]) In dessen Rahmen es ursprünglich in weiterem Umfange berücksichtigt werden sollte. Vgl. die praefatio Cardinalis Gasparri p. XXI bezw. die darin erwähnten Richtlinien für die Arbeit der Konsultoren vom 11. April 1904 unter I (oben S. 14 Anm. 1) und dazu oben S. 162 mit Anm. 3.

[2]) Oben S. 162 mit Anm. 3.

[3]) Iuri divino sive naturali sive positivo nulla consuetudo potest aliquatenus derogare; sed neque iuri ecclesiastico (also dem ius humanum) praeiudicium affert, nisi fuerit rationabilis et legitime per annos quadraginta continuos et completos praescripta: contra legem vero ecclesiasticam quae clausulam contineat futuras consuetudines prohibentem, sola praescribere potest rationabilis consuetudo centenaria aut immemorabilis. Vgl. auch can. 1509. Praescriptioni obnoxia non sunt: 1.⁰ Quae sunt iuris divini sive naturalis sive positivi.

[4]) can. 1139 § 2. Matrimonium vero contractum cum impedimento iuris naturalis vel divini, etiamsi postea impedimentum cessaverit, Ecclesia non sanat in radice, ne a momento quidem cessationis impedimenti.

[5]) Deshalb bestimmt can. 1076 § 3 ausdrücklich: Nunquam matrimonium permittatur, si quod subsit dubium num partes sint consanguineae in aliquo gradu lineae rectae aut in primo gradu lineae collateralis. Steht solche Verwandtschaft geradezu fest, so versteht sich die Indispensabilität von selbst.

[6]) Das übersieht Rudolph Sohm, wenn er, zuletzt in seiner auch in der Festgabe der Leipziger Juristenfakultät für Karl Binding enthaltenen Untersuchung über weltliches und geistliches Recht, München 1914 S. 20 f., 22 ff. sowie in „Das altkatholische Kirchenrecht und das

ehe die natürliche Lebensordnung rationalistisch als Vernunftrecht verstanden wurde [1]). Uebrigens ist auch letztere Vorstellung dem Kodex nicht fremd. Ebenso wie das kirchliche Recht vor ihm [2]) operiert er gelegentlich mit dem natürlichem Rechte in mehr diesseitigem Sinne. Auf der Grenze liegt es, wenn in can. 1068 § 1 gesagt ist, Unfähigkeit zur Beiwohnung trenne die Ehe schon nach Naturrecht [3]), oder wenn can. 1405 § 1 bestimmt, die Erlaubnis, verbotene Bücher zu lesen, befreie, von wem sie auch erteilt sei, also nicht bloss, wenn sie vom Ortsbischof oder sonstigen unmittelbaren Obern, sondern auch wenn sie von dem Apostolischen Stuhle, d. h. von der zuständigen römischen Behörde oder durch die Rechtsordnung [4]) gegeben ist, nicht von dem im natürlichen Recht

---

Dekret Gratians", Festschrift derselben Fakultät für Adolf Wach, München 1918 durch die ganze Untersuchung hin z. B. S. 548 ff., 592 f. um des ius divinum willen dem kanonischen und dem heutigen katholisch-kirchlichen Rechte die Rechtsnatur abspricht, es nicht als Recht im Rechtssinne gelten lässt.

[1]) Bezw. ehe Luther, der das ius divinium verwarf, auch auf kirchlichem Gebiet das Recht seines göttlichen Gewandes entkleidete.

[2]) Karl Bergbohm, Jurisprudenz und Rechtsphilosophie 1, Leipzig 1892 S. 157 mit Anm. 11, 258 ff., 325 f.

[3]) Impotentia antecedens et perpetua, sive ex parte viri sive ex parte mulieris, sive alteri cognita sive non, sive absoluta sive relativa, matrimonium ipso naturae iure dirimit. § 2. Si impedimentum impotentiae dubium sit, sive dubio iuris sive dubio facti, matrimonium non est impediendum. Damit vergleiche man die oben S. 182 Anm. 5 abgedruckte entsprechende, aber in bemerkenswerter Weise abweichende Vorschrift hinsichtlich zweifelhafter Blutsverwandtschaft in der geraden oder im ersten Grade der Seitenlinie, ferner can. 1013 über Zweck und wesentliche Eigenschaften der Ehe: § 1. Matrimonii finis primarius est procreatio atque educatio prolis; secundarius mutuum adiutorium et remedium concupiscentiae. § 2. Essentiales matrimonii proprietates sunt unitas ac indissolubilitas, quae in matrimonio christiano peculiarem obtinent firmitatem ratione sacramenti sowie can. 1081 § 2, 1082 und 1035: Omnes possunt matrimonium contrahere, qui iure non prohibentur.

[4]) Wie, nach can. 1401, den Kardinälen und allen, den Titular- nicht minder als den Residentialbischöfen.

begründeten Gebote, Bücher ungelesen zu lassen, die für den Betreffenden — etwa in Anbetracht seines noch nicht höheren Alters und seiner Veranlagung sowie ihres unsittlichen Inhaltes — eine unmittelbare Gefährdung seines geistlichen Wohles in sich schliessen[1]), oder endlich, wenn gesagt ist, die Pflicht zur Anzeige eines kirchlichen Verbrechens bestehe da, wo sie gesetzlich oder durch besondere gesetzesmässige Vorschrift oder kraft des natürlichen Rechtes wegen Gefährdung des Glaubens oder der Religion oder um eines anderen drohenden öffentlichen Uebels willen gegeben sei[2]). Auf jede rechtmässige, sei es vom natürlichen, sei es vom positiven Rechte vorgesehene Weise kann die Kirche wie jedermann Vermögen erwerben[3]). Nach natürlichem und nach kirchlichem Rechte soll sich die Fähigkeit bestimmen, wie überhaupt, so auch zu frommen Zwecken unter Lebenden oder von Todes wegen zu verfügen[4]).

Vor allem aber sind die Verweisungen auf die sogenannte Natur der Sache in unserem Gesetzbuch sehr häufig.

Es betrifft nur die lateinische Kirche und berührt die orientalische bloss in den Stücken, die nach der Natur der Sache auch die orientalische angehen[5]). Im sechsten Teil des

---

[1]) Licentia a quovis obtenta nullo modo quis eximitur a prohibitione iuris (nicht divini!) naturalis legendi libros qui ipsi proximum spirituale periculum praestant.

[2]) can. 1935 § 2. Imo obligatio denuntiationis urget quotiescumque ad id quis adigitur sive lege vel peculiari legitimo praecepto, sive ex ipsa naturali lege, ob fidei vel religionis periculum vel aliud imminens publicum malum.

[3]) can. 1499 § 1. Ecclesia acquirere bona temporalia potest omnibus iustis modis iuris sive naturalis sive positivi, quibus id aliis licet.

[4]) can. 1513 § 1. Qui ex iure naturae et ecclesiastico (nicht canonico! Auch Diözesan- oder sonstiges kirchliches Partikularrecht kann in Betracht kommen) libere valet de suis bonis statuere, potest ad causas pias, sive per actum inter vivos sive per actum mortis causa, bona relinquere.

[5]) Oben S. 39.

dritten Buches des Kodex, der von dem Kirchengut handelt, soll unter der Bezeichnung Kirche nicht bloss die katholische Gesamtkirche oder der Apostolische Stuhl, sondern auch jede kirchliche moralische Person verstanden werden, falls nicht aus dem Wortlaut oder der Natur der Sache etwas anderes erhellt [1]. Im ganzen Gesetzbuch ist unter der Bezeichnung Apostolischer oder Heiliger Stuhl ausser dem römischen Papst, sofern nicht aus der Natur der Sache oder dem Wortlaute des Kodex selbst etwas anderes hervorgeht, auch die von jenem zur Leitung der Gesamtkirche benutzte römische Behördenorganisation, die Kurie, mit gemeint [2]. Vom Apostolischen Stuhl promulgierte Gesetze treten drei Monate nach dem auf der betreffenden Nummer des päpstlichen Gesetzesblattes als Ausgabezeitpunkt vermerkten Tage in Kraft, wenn nicht ihre sofortige Verbindlichkeit aus der Natur der Sache sich ergibt oder eine kürzere oder längere Frist für den Eintritt ihrer

---

[1]) can. 1498. In canonibus qui sequuntur, nomine Ecclesiae significatur non solum Ecclesia universa aut Sedes Apostolica, sed etiam quaelibet persona moralis in Ecclesia, nisi ex contextu sermonis vel ex natura rei aliud appareat.

[2]) can. 7. Nomine Sedis Apostolicae vel Sanctae Sedis in hoc Codice veniunt non solum Romanus Pontifex, sed etiam, nisi ex rei natura vel sermonis contextu aliud appareat, Congregationes, Tribunalia, Officia, per quae idem Romanus pontifex negotia Ecclesiae universae expedire solet. Aehnlich can. 215 § 2. In iure nomine dioecesis venit quoque abbatia vel praelatura *nullius;* et nomine Episcopi, abbas vel Praelatus *nullius,* nisi ex natura rei vel sermonis contextu aliud constet; can. 488 n⁰ 7⁰: Unter *moniales* sind zu verstehen religiosae votorum sollemnium aut, nisi ex rei natura vel ex contextu sermonis aliud constet, religiosae, quarum vota ex instituto sunt sollemnia, sed pro aliquibus locis ex Apostolicae Sedis praescripto sunt simplicia; can. 490. Quae de religiosis statuuntur, etsi masculino vocabulo expressa, valent etiam pari iure de mulieribus, nisi ex contextu sermonis vel ex rei natura aliud constet; can. 950. In iure verba: *ordinare, ordo, ordinatio, sacra ordinatio*, comprehendunt, praeter consecrationem episcopalem, ordines enumeratos in can. 949 et ipsam primam tonsuram, nisi aliud ex natura rei vel ex contextu verborum eruatur.

Geltungskraft ausdrücklich festgesetzt ist[1]. Von der delegierten Jurisdiktion wird bestimmt, sie könne, falls es sich nicht um Gerichtsbarkeit handle, auch zum eigenen Nutzen, ausserhalb des Sprengels und gegen einen auswärtigen Gewaltuntergebenen ausgeübt werden, wenn nicht aus der Natur der Sache oder aus einer Rechtsvorschrift, d. h. also vor allem aus dem Gesetzbuch etwas anderes hervorgehe[2], und sie beziehe sich gleich der ordentlichen im Zweifel nicht nur auf das Forum internum, sondern auch auf das Forum externum, wenn nicht nach der Natur der Sache das Gegenteil, d. h. die Beschränkung auf eines der beiden Fora feststehe[3]. Nach can. 592 sollen den allgemeinen geistlichen Standespflichten auch alle unterworfen sein, die in approbierten religiosen Gemeinschaften irgendwelcher Art, nicht bloss in eigentlichen Ordensgesellschaften, im Sinne der evangelischen Räte Gelübde abgelegt haben, es sei denn, dass aus dem Wortlaut oder aus der Natur der Sache ein anderes sich ergebe[4]. Mit derselben Einschränkung gilt das gleiche von den Mitgliedern einer ohne Gelübde in Gemeinschaft lebenden Vereinigung von Männern oder von Frauen, also etwa der Pallotiner oder der Beginen[5].

Gewiss ist in diesen wie in anderen oder in ähnlichen

---

[1]) Oben S. 60 Anm. 2.

[2]) can. 201 § 3. Nisi aliud ex r e r u m n a t u r a aut ex iure constet, potestatem iurisdictionis voluntariam seu non-iudicialem (vgl. dazu unten S. 253 Anm. 2 und S. 283) quis exercere potest etiam in proprium commodum, aut extra territorium existens, aut in subditum e territorio absentem.

[3]) can. 202 § 3. Si forum, pro quo potestas data est, expressum non fuerit, potestas intelligitur concessa pro utroque foro, nisi ex ipsa r e i n a t u r a aliud constet.

[4]) Obligationibus communibus clericorum, de quibus in can. 124 ad 142 etiam religiosi omnes tenentur, nisi ex contextu sermonis vel ex r e i n a t u r a aliud constet.

[5]) can. 679 § 1. Sodales societatis, praeter obligationes quibus, uti sodales, obnoxii sunt secundum constitutiones, tenentur communibus clericorum obligationibus, nisi ex n a t u r a r e i vel ex sermonis contextu aliud constet . . .

Fällen[1]) die Berufung auf die Natur der Sache nicht viel mehr als eine Redensart, bedeutet: ex natura rei, zumal in den Kanones terminologischen Inhalts, in denen es uns begegnet, kaum mehr als unser deutsches „aus dem Zusammenhang". Auch ohne solche Hinweise müsste der Benutzer des Kodex auf „das Mass und die Ordnung, die die Lebensverhältnisse in sich tragen", die kirchlichen genau so wie die anderen, „auf die den Dingen innewohnende Ordnung" als „denkender Jurist zurückgehen, wenn es an einer positiven Norm fehlt, oder wenn dieselbe unvollständig oder unklar ist" [2]). Aber wie überall, wo die vielbesprochene Natur der Sache angerufen wird, bedeutet das auch in unserem Gesetzbuch, dass unter der Flagge des

---

[1]) Vgl. etwa can. 102, can 220. Gravioris momenti negotia quae uni Romano Pontifici reservantur sive natura sua, sive positiva lege, *causae maiores* appellantur oder can. 1110. Ex valido matrimonio enascitur inter coniuges vinculum natura sua perpetuum et exclusivum ... oder can. 1537. Res sacrae ne commodentur ad usum qui earundem naturae repugnet ... oder can. 2198 (oben S. 121 Anm. 4), 2212 §§ 1, 2. Siehe auch S. 121 Anm. 4 und S. 207 Anm. 3, 5 sowie das in can. 133 § 2 erwähnte naturale foedus (= natürliche Beziehungen), die nach can. 142, 192 zu berücksichtigende naturalis aequitas und den consensus naturaliter sufficiens des can. 1139 § 1. Quodlibet matrimonium initum cum utriusque partis consensu naturaliter sufficiente, sed iuridice inefficaci ob dirimens impedimentum iuris ecclesiastici vel ob defectum legitimae formae, potest in radice sanari, dummodo consensus perseveret. In der Einführungskonstitution: Providentissima wird die unter Berufung auf Pius X. Motuproprio: Arduum sane munus gemachte Feststellung des durch die Lage der Zeiten und die Bedürfnisse der Menschengeschlechter bedingten Wandels der Kirchengesetze versehen mit dem Zusatz: prout rerum natura fert, wie es der natürliche Lauf der Dinge mit sich bringt; siehe oben S. 27 (28) mit Anm. 3. Und in der Konstitution: Cum iuris canonici (oben S. 47 Anm. 2) wird die Pflicht, dafür zu sorgen, dass der Sinn des neuen Gesetzbuchs nicht durch Privatmeinungen getrübt werde, begründet durch Ecclesiae bonum ipsiusque natura rei.

[2]) Heinrich Dernburg, System des Römischen Rechts, 8. Aufl. der Pandekten, bearbeitet von Paul Sokolowski I, Berlin 1911 S. 64.

Naturrechts gesegelt wird, ist es der Ausdruck mehr oder weniger deutlich zugrunde liegender naturrechtlicher Vorstellungen, verrät es, dass der Gesetzgeber von einer über dem Gesetze thronenden, es überhöhenden oder hinter ihm schlummernden natürlich-vernünftigen Lebensordnung und Denkweise ausgeht, die er bei der Fassung des Gesetzes der Einfachheit halber mit in Anschlag brachte, und welche er bei der Auslegung zu Hilfe genommen wissen will [1]).

Jedoch mag es auch hie und da naturrechtlichen Anwandlungen nachgegeben haben, in der Hauptsache hat das päpstliche Gesetzbuch seine bürgerlichrechtlichen Anleihen beim römischen Rechte gemacht. Angesichts der Herkunft und der ganzen Vergangenheit der Kirche und bei ihrem noch heute in erheblichem Masse antike Züge aufweisenden Wesen kann das nicht überraschen. Im Gegenteil, es wäre im höchsten Grade verwunderlich, wenn das: Ecclesia vivit lege Romana, allerdings in ganz anderem Sinne als ehedem, nicht noch heute eine gewisse Geltung haben sollte. Des römischen Rechtes Lob verkündet ja auch in den höchsten Tönen schon Benedikts XV. Einführungskonstitution: Providentissima, da, wo sie von den Verdiensten des kirchlichen Rechtes um die Menschheit spricht. Das Recht der Kirche habe nicht bloss das der barbarischen Völker — gemeint sind in erster Linie die sogenannten Leges Barbarorum, die germanischen Stammesrechte — verdrängt [2])

---

[1]) Bergbohm a. a. O. S. 353; Gierke, Deutsches Privatrecht I S. 182.

[2]) Darüber, dass in Wahrheit das kirchliche Recht mehr als vier Jahrhunderte lang vom germanischen entscheidend beeinflusst worden ist, und dass man von einer Periode des germanischen Kirchenrechts zu sprechen allen Anlass hat, vgl. Stutz, Eigenkirche, sowie Kirchenrecht [2] §§ 16 ff. S. 299 ff. In manchen Einzelheiten hat sich Kirchenrecht deutschen Ursprungs sogar bis in die neueste Zeit erhalten. Selbst der Kodex ist von seinen Nachwirkungen nicht frei. Das Patronatrecht, das er, wie oben S. 67 gezeigt wurde, abschütteln will und nur, wenn er bei den bisherigen Kirchenpatronen kein Verständnis für dies Bestreben findet, in seinen bereits gegebenen Anwendungsfällen fortbestehen lässt, ist ein

und deren wilde Sitten vermenschlicht, sondern sogar mit der Leuchte seines Lichtes gemildert und christianisiert ipsum Romanorum ius, insigne veteris sapientiae monumentum, quod *ratio scripta* est merito nuncupatum [1]). Kein Wunder, dass dies römische Recht auch stark in unseren Kodex hineinspielt.

Doch sei, damit nicht Missverständnisse aufkommen, alsbald hinzugefügt, dass das Gesetzbuch auch in diesem Punkte keine wesentliche Neuerungen bietet. Wie bezüglich des Verhältnisses zum natürlichen Rechte bewegt es sich auch in seiner Stellung zum römischen durchaus in herkömmlichen Bahnen. Es ist altes Leihegut, nicht erst solches von heute, das wir in den römischrechtlichen Einschlägen des Kodex vor uns haben. Hie und da mag die italienische romanistische Doktrin der Gegenwart eine gewisse Berücksichtigung gefunden haben. So vielleicht bei den Bestimmungen über die „moralischen Personen". In der Hauptsache spiegelt sich aber in dem Gesetzbuche die romanisch-kanonistische Lehre des Mittelalters wider [2]). So, wie sie auf Grund der mittelalter-

---

Ableger des germanischen Kirchenrechtes; vgl. oben S. 67 mit Anm. 3 Und wenn in can. 1975 bezüglich des Beweises der Impotenz im Annullationsprozess oder der Nichtbeiwohnung bei der Auflösung einer vollgültigen, aber nicht konsummierten Ehe bestimmt ist: § 1. In causis impotentiae vel inconsummationis, nisi de impotentia vel inconsummatione aliunde certo constet, debet uterque coniux testes, qui septimae manus audiunt, inducere, sanguine aut affinitate sibi coniunctos, sin minus vicinos bonae famae, aut alioquin de re edoctos, qui iurare possint de ipsorum coniugum probitate, et praesertim de veracitate circa rem in controversiam deductam; quibus iudex ad normam can. 1759, § 3 alios testes potest ex officio adiungere und § 2: Testimonium septimae manus est argumentum credibilitatis quod robur addit depositionibus coniugum; sed vim plenae probationis non obtinet, nisi aliis adminiculis aut argumentis fulciatur, so haben wir dabei wie im bisherigen Recht einen Eidhelfereid germanischen Ursprungs vor uns; vgl. Stutz, Kirchenrecht² § 21 S. 310 und schon v. Scherer, Kirchenrecht II S. 278 Anm. 68.

[1]) Oben S. 67 Anm. 2.

[2]) Vgl. dazu Otto Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht III, Die Staats- und Korporationslehre des Altertums und Mittelalters und ihre Aufnahme in Deutschland, Berlin 1881 S. 180 ff., 416 ff.

lichen Entwicklung und durch die Kanonistik den Bedürfnissen der Kirche angepasst worden sind, kehren die römischen Rechtssätze und Einrichtungen in dem Gesetzbuche im grossen und ganzen wieder.

Und zwar nicht bloss das, was von ihnen heutzutage Gemeingut der ganzen gesitteten Welt ist. Also etwa die Unterscheidung von vertretbaren und nicht vertretbaren Sachen [1]) oder der Satz: Consensus facit nuptias, der übrigens, wie oben [2]) angedeutet wurde, im Kodex noch strenger durchgeführt ist als im bisherigen katholischen Rechte; damit stimmt überein, dass um der sakramentalen Natur der Ehe willen — darum weil es dem Wesen und der Heiligkeit des Sakramentes widerspricht, dass man es ohne oder gar wider Willen empfängt — anders als im bürgerlichen Eherecht [3]) für das kirchliche nunmehr mit aller Bestimmtheit [4]) die Nichtigkeit der Ehe im Falle bewiesener Simulation oder Mentalreservation anerkannt ist [5]). Desgleichen gilt natürlich

---

[1]) Vgl. den auch wegen der Gegensätze zum Zinsverbot des klassischen kanonischen Rechtes bemerkenswerten can. 1543: Si res fungibilis ita alicui detur ut eius fiat et postea tantundem in eodem genere restituatur, nihil lucri, ratione ipsius contractus, percipi potest; sed in praestatione rei fungibilis non est per se illicitum de lucro legali pacisci, nisi constet ipsum esse immoderatum, aut etiam de lucro maiore, si iustus ac proportionatus titulus suffragetur.

[2]) S. 75.

[3]) BGB. § 1323 im Gegensatz zu den für andere Rechtsgeschäfte geltenden §§ 117, 118.

[4]) Darüber, dass dies schon im bisherigen Rechte galt, obschon es an einer ausdrücklichen, klaren Bestimmung darüber fehlte, vgl. etwa v. Scherer, Kirchenrecht S. 165; Vogt, Eherecht [3] S. 41; Heyer a. a. O. I [4] Sp. 1399.

[5]) can. 1086 § 1. Internus animi consensus semper praesumitur conformis verbis vel signis in celebrando matrimonio adhibitis. § 2. At si alterutra vel utraque pars positivo voluntatis actu excludat matrimonium ipsum, aut omne ius ad coniugalem actum, vel essentialem aliquam matrimonii proprietatem, invalide contrahit.

nach dem Kodex, dass: Pater est quem iustae nuptiae demonstrant[1]).

Vielmehr birgt das Gesetzbuch auch viel spezifisch römisches Rechtsgut in sich, teils in reiner Gestalt, teils so wie es aus der mittelalterlichen römisch-kanonischrechtlichen Entwicklung hervorgegangen ist. Ich erwähne z. B. die Unterscheidung von tempus continuum und tempus utile[2]), die Grundsätze über die Präsumtionen[3]), die Scheidung des Possessoriums vom Petitorium samt den durch das spezifisch kanonische Gebilde der Spolienklage[4]) bereicherten und zu Besitzklagen umgebildeten Besitzschutzmitteln[5]), das Recht der novi operis nuntiatio[6]) und der actio de dammo infecto[7]).

---

[1]) Nisi evidentibus argumentis contrarium probetur, wie in can. 1115 § 1 hinzugesetzt wird, während § 2 bestimmt: Legitimi praesumuntur filii qui nati sunt saltem post sex menses (BGB. § 1542: 180 Tage) a die celebrati matrimonii (BGB.: vor dem Tage der Geburt des Kindes) vel intra decem menses (BGB.: bis zum 302. Tage) a die dissolutae vitae coniugalis (BGB.: wie oben).

[2]) can. 35: Tempus *utile* illud intelligitur quod pro exercitio aut prosecutione sui iuris ita alicui competit ut ignoranti aut agere non valenti non currat; *continuum*, quod nullam patitur interruptionem.

[3]) Als Probe mögen auch sie im vollen Wortlaut mitgeteilt werden. can. 1825 § 1. Praesumptio est rei incertae probabilis coniectura; eaque alia est iuris, quae ab ipsa lege statuitur; alia hominis, quae a iudice coniicitur. § 2. Praesumptio iuris alia est iuris simpliciter, alia iuris et de iure. can. 1826. Contra praesumptionem iuris simpliciter admittitur probatio tum directa tum indirecta; contra praesumptionem iuris et de iure, tantum indirecta, hoc est contra factum quod est praesumptionis fundamentum. can. 1827. Qui habet pro se iuris praesumptionem, liberatur ab onere probandi, quod recidit in partem adversam; qua non probante, sententia ferri debet in favorem partis pro qua stat praesumptio. can. 1828. Praesumptiones, quae non statuuntur a iure, iudex ne coniiciat, nisi ex facto certo et determinato, quod cum eo, de quod controversia est, directe cohaereat.

[4]) can. 1698 ss.

[5]) can. 1668, 1693 ss., besonders 1694.

[6]) can. 1676 s.

[7]) can. 1678.

der restitutio in integrum[1]) sowie der Litiskontestation. Und zwar kehrt letztere ganz in demselben Sinne wieder, den sie im mittelalterlich-kanonischen Rechte hatte[2]) und hernach im gemeinen Prozess, nicht als Vertrag, sondern als „Beantwortung der Klage durch die Einredeschrift des Beklagten“[3]), als „ein äusserer Vorgang“, als „Erklärung des Streitabsicht“[4]) ohne Sollennität einfach so, dass in Gegenwart des Richters und der Parteien Klage und Antwort zu den Akten genommen werden[5]), und mit der Wirkung, dass einseitig keine Klagänderung mehr vorgenommen werden kann, sowie dass von ihr an der nachher zur Herausgabe verurteilte Teil nicht mehr als bonae fidei possessor gilt, also auch die von der Litiskontestation an gezogenen Früchte herausgeben und Ersatz für etwaigen Schaden leisten muss[6]).

---

[1]) can. 1687 ss. mit can. 1905 ss.

[2]) Rudolf Sohm, Die litis contestatio in ihrer Entwicklung vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart, München 1914 S. 164 ff.

[3]) Heinrich Dernburg, Pandekten, 7. Auflage, besorgt von Johannes Biermann, I, Berlin 1902, § 153 S. 358.

[4]) Sohm, Litis contestatio S. 208 ff., namentlich S. 214 f.

[5]) can. 1726. Obiectum seu materia iudicii constituitur ipsa litis contestatione, seu formali conventi contradictione petitioni actoris, facta animo litigandi coram iudice. Vgl. can. 1628 § 1, 1629—1631.

[6]) can. 1731. Lite contestata: 1.° Haud licet actori libellum mutare, nisi, reo consentiente, iudex, iustis de causis, censeat mutationem esse admittendam, salva semper reo compensatione damnorum et expensarum si quae debeatur. Libellus non censetur mutatus, si coarctetur aut mutetur probationis modus; si minuantur aut petitio aut accessoria petitionis; si facti adiuncta in libello pridem posita ita illustrentur, compleantur aut emendentur, ut controversiae obiectum idem remaneat; si in locum rei petatur pretium, foenus aut aliquid aequivalens; 2.° Iudex congruum tempus partibus praestituat probationibus proponendis et explendis; quod quidem poterit, instantibus partibus, arbitrio suo prorogare, dummodo ne lis, ultra quam aequum sit, protrahatur; 3.° Possessor rei alienae desinit esse bonae fidei; quapropter damnatus rem restituere non solum rem ipsam, sed et rei fructus a litis contestatae tempore restituere tenetur et damna praeterea sarcire, si qua secuta fuerint. Vgl. can. 1732.

Ein gutes Beispiel für die Anpassung römischrechtlicher Bestimmungen an die Bedürfnisse der Gegenwart liefert das, was der Kodex über die Rechts- und Handlungsfähigkeit sagt. Kirchlich rechtsfähig wird man durch die Taufe[1]). Bis zum vollendeten siebenten Lebensjahre ist der impubes, infans, puer oder parvulus kirchlich geschäftsunfähig[2]), auch den rein kirchlichen Vorschriften nicht unterworfen[3]). Vom zurückgelegten siebenten Jahre an[4]) spricht die Vermutung dafür, dass er den Vernunftgebrauch hat[5]). Von da an ist er deshalb deliktsfähig[6]), doch so, dass seine Schuldfähigkeit um so mehr gemindert erscheint, je näher er dem Kindheitsalter steht[7]), und dass er von Strafen, die mit der Tat selbst eintreten, nicht betroffen, ja überhaupt eher in Zucht genommen als mit eigentlichen Besserungs- und Sühnestrafen belegt werden soll[8]). Jetzt hat er die Unterscheidungsjahre

---

[1]) can. 87. Baptismate homo constituitur in Ecclesia Christi persona cum omnibus christianorum iuribus et officiis, nisi, ad iura quod attinet, obstet obex, ecclesiasticae communionis vinculum impediens, vel lata ab Ecclesia censura. can. 1099 § 2 (oben S. 90 Anm. 2) schafft Ausnahmerecht.

[2]) can. 88 § 3. Impubes, ante plenum septennium, dicitur infans seu puer vel parvulus et censetur non sui compos. Vgl. can. 745 § 2.

[3]) can. 12, oben S. 89 Anm. 4.

[4]) Also wenn der minor infantia egressus, wie can. 93 § 2 sich ausdrückt.

[5]) Der in der drittvorigen Anmerkung angeführte § 3 von can. 88 bestimmt weiter: expleto autem septennio, usum rationis habere praesumitur. Infanti assimilantur quotquot usu rationis sunt habitu destituti.

[6]) can. 2201 § 1. Delicti sunt incapaces qui actu carent usu rationis.

[7]) can. 2204. Minor aetas, nisi aliud constet, minuit delicti imputabilitatem eoque magis quo ad infantiam propius accedit.

[8]) can. 2230. Impuberes excusantur a poenis latae sententiae, et potius punitionibus educativis, quam censuris aliisve poenis gravioribus vindicativis corrigantur; puberes vero qui eos ad legem violandam induxerint vel cum eis in delictum concurrerint ad normam can. 2209, §§ 1—3, ipsi quidem poenam lege statutam incurrunt.

erreicht, kann er gefirmt werden [1]), Taufpate [2]) und, wenn selbst gefirmt, Firmpate sein [3]). Von nun an untersteht er dem Abstinenzgebot [4]). Nun ist er, der nach den unter Pius X. erlassenen [5]) und im wesentlichen in das päpstliche Gesetzbuch [6]) übergegangenen Vorschriften über die Kinderkommunion schon eher die erste Kommunion empfangen kann und unter Umständen soll, zur Osterkommunion verpflichtet [7]), und muss er alljährlich mindestens ein Mal zur

---

[1]) can. 788. Licet sacramenti confirmationis administratio convenienter in Ecclesia Latina differatur ad septimum circiter aetatis annum, nihilominus etiam antea conferri potest, si infans in mortis periculo sit constitutus, vel ministro id expedire ob iustas et graves causas videatur; vgl. can. 786.

[2]) can. 765. Ut quis sit patrinus, oportet: 1.° Sit baptizatus, rationis usum assecutus et intentionem habeat id munus gerendi. Erlaubterweise, also ordnungsmässig, wird er freilich erst vom vierzehnten Lebensjahr an zum Paten genommen; can. 766. Ut autem quis licite patrinus admittatur, oportet: 1.° Decimum quartum suae aetatis annum attigerit, nisi aliud iusta de causa ministro videatur . . .

[3]) can. 795. Ut quis sit patrinus, oportet: 1.° Sit ipse quoque confirmatus, rationis usum assecutus et intentionem habeat id munus gerendi Auch zum Firmpaten soll man aber erst mit vierzehn Jahren genommen werden; can. 796 n° 3°.

[4]) can. 1254 § 1.

[5]) Dekret der Sakramentenkongregation: Quam singulari vom 8. August 1910, Acta Apostolicae Sedis II 1910 p. 577 ss., besonders 582 s.; Hilling, Quellensammlung, 10. Heft, Die Erlasse . . . über die . . . Kommunion, Bonn 1916 S. 39 ff., besonders S. 46 ff.

[6]) can. 854.

[7]) can. 859 § 1. Omnis utriusque sexus fidelis, postquam ad annos discretionis, idest ad rationis usum, pervenerit, debet semel in anno, saltem in Paschate, Eucharistiae sacramentum recipere, nisi forte de consilio proprii sacerdotis, ob aliquam rationabilem causam, ad tempus ab eius perceptione duxerit abstinendum. Die Osterkommunion soll in der Pfarrkirche des Pflichtigen erfolgen, aber sie braucht es nicht. § 3. Suadendum fidelibus ut huic praecepto satisfaciant in sua quisque paroecia; et qui in aliena paroecia satisfecerint, curent proprium parochum de adimpleto praecepto certiorem facere, eine im Vergleich mit dem älteren Recht des Praeceptum paschale beachtenswerte Erleichterung.

Beichte gehen[1]). Auch kann er von jetzt an, wenn er erkrankt, im Falle der Todesgefahr die Letzte Oelung erhalten[2]). Mit siebeneinhalb Jahren beginnt weiter der Zeitraum, über den man später, falls man geweiht werden will, litterae testimoniales beibringen muss, welche die Freiheit von kanonischen Hindernissen bezeugen[3]). Pubes ist der Minor, wenn männlich, vom vollendeten vierzehnten, wenn weiblich, vom vollendeten zwölften Lebensjahre an[4]). Er bleibt aber hinsichtlich der Ausübung seiner Rechte der elterlichen Gewalt bezw. der vormundschaftlichen unterworfen[5]). Die Eltern sind verpflichtet, für das leibliche und das geistige Wohl der Kinder, vor allem auch für ihre sittliche und religiöse Erziehung zu sorgen[6]); ihnen, oder wer ihre Stelle einnimmt, liegt es ob, die Kinder

---

[1]) can. 906. Omnis utriusque sexus fidelis, postquam ad annos discretionis, idest ad usum rationis, pervenerit, tenetur omnia peccata sua saltem semel in anno (bei wem, ist nicht vorgeschrieben) fideliter confiteri.

[2]) can. 940 § 1. Extrema unctio praeberi non potest nisi fideli qui post adeptum usum rationis ob infirmitatem vel senium in periculo mortis versetur. Vgl. can. 941.

[3]) can. 994 § 1. Tempus quo promovendus potuit canonicum impedimentum contrahere est, regulariter, pro militibus trimestre, pro aliis semestre post pubertatem; sed Episcopus ordinans pro sua prudentia exigere potest litteras testimoniales etiam ob brevius commorationis tempus, et ob tempus quoque quod pubertatem antecessit. Vgl. dazu can. 974 § 1 n⁰ 1⁰ mit 968, 976 und 993 n⁰ 1⁰, wo nicht bloss die Taufe, sondern auch die Firmung und der Beginn des theologischen Lehrkursus als Voraussetzung für den Empfang selbst der ersten Tonsur (can. 950 oben S. 18) Anm. 2) gefordert wird, und damit wieder can. 111 § 2.

[4]) can. 88 § 1. Persona quae vicesimum primum aetatis annum explevit, maior est; infra hanc aetatem, minor. § 2. Minor, si masculus, censetur pubes a decimoquarto, si femina, a duodecimo anno completo.

[5]) can. 89. Persona maior plenum habet suorum iurium exercitium; minor in exercitio suorum iurium potestati parentum vel tutorum obnoxia manet, iis exceptis in quibus ius minores a patria potestate exemptos habet.

[6]) can. 1113. Parentes gravissima obligatione tenentur prolis educationem tum religiosam et moralem, tum physicam et civilem pro viribus curandi, et etiam temporali eorum bono providendi.

kirchlich unterweisen zu lassen[1]; sie haben sie namentlich in katholische oder den katholischen Anforderungen entsprechende Schulen zu schicken[2], und sie verfallen ohne weiteres der dem Ortsbischof vorbehaltenen Exkommunikation, wenn sie statt dessen die Kinder wissentlich nichtkatholisch erziehen oder unterrichten lassen[3]. Im kirchlichen Rechtsstreit vertreten in der Regel die Eltern oder Vormünder ihre partei-, aber nicht prozessfähigen Gewaltunterworfenen; sind sie selbst beteiligt oder behindert, so wird jenen vom Richter ein besonderer Prozessvertreter bestellt[4]. Auch das Kirchenpatronatrecht übt für den Minderjährigen der gesetzliche Vertreter aus[5]. Nach Erreichung des Mannbarkeitsalters ist

[1]) can. 1335. Non solum parentes aliique qui parentum locum tenent, sed heri quoque ac patrini obligatione adstringuntur curandi ut omnes sibi subiecti vel commendati catechetica institutione erudiantur.

[2]) can. 1372 § 1. Fideles omnes ita sunt a pueritia instituendi ut non solum nihil eis tradatur quod catholicae religioni morumque honestati adversetur, sed praecipuum institutio religiosa ac moralis locum obtineat. § 2. Non modo parentibus ad normam can. 1113, sed etiam omnibus qui eorum locum tenent, ius et gravissimum officium est curandi christianam liberorum educationem.

[3]) can. 2319 § 1. Subsunt excommunicationi latae sententiae Ordinario reservatae catholici: . . . 4°. Parentes vel parentum locum tenentes qui liberos in religione acatholica educandos vel iustituendos scienter tradunt.

[4]) can. 1648 § 1. Pro minoribus et iis qui rationis usu destituti sunt, agere et respondere tenentur eorum parentes aut tutores vel curatores. § 2. Si iudex existimet ipsorum iura esse in conflictu cum iuribus parentum vel tutorum vel curatorum, aut ipsos tam longe distare a parentibus aut tutoribus vel curatoribus, ut hisce uti aut minime aut difficulter liceat, tunc stent in iudicio per curatorem a iudice datum. Doch wird in § 3 eine bemerkenswerte Ausnahme gemacht: Sed in causis spiritualibus et cum spiritualibus connexis (also bei geistlichen Streitsachen im eigentlichsten und vornehmlichsten Sinne), si minores usum rationis assecuti sint, agere et respondere queunt sine patris vel tutoris consensu; et quidem, si aetatem quatuordecim (auch bei weiblichen?) annorum expleverint, etiam per se ipsos; secus per tutorem ab Ordinario datum, vel etiam per procuratorem a se, Ordinario auctoritate constitutum; vgl. can. 1655 § 2.

[5]) Vgl. can. 1456, oben S. 125 mit Anm. 2.

man weiter fähig, im kirchlichen Prozess Zeuge zu sein und als solcher vereidigt zu werden [1], unter Umständen auch an kirchlichen Wahlen teilzunehmen [2]. Auch kann erst der Pubes bestimmen, dass die kirchliche Leichenfeier für ihn im Falle seines Ablebens in einer anderen als seiner Pfarrkirche und das Begräbnis auf einem anderen als dem Friedhof seiner Pfarrei stattfinden soll [3], während ein Gelübde zu tun bereits der vermag, der dafür die nötige Einsicht besitzt [4]. Die Klostermündigkeit beginnt für den Noviziat mit vollendetem fünfzehnten, für die Profess auf Zeit mit vollendetem sechzehntem, für die auf immer oder für die feierliche mit dem vollendeten einundzwanzigsten Jahre [5]. Dass die Ehemündigkeit gegenüber dem bisherigen Rechte um zwei Jahre, auf das vollendete sechzehnte und vierzehnte Lebensjahr hinaufgesetzt ist, und dass ausserdem durch die Pfarrer auf Innehaltung des landesüblichen Heiratsmindestalters hingewirkt werden soll, bemerkten wir schon in anderem Zusammenhange [6]. Nachzutragen ist aber noch, dass, weil das katholische Eherecht ein impedimentum deficientis consensus parentum mit Rücksicht auf die Sakramentsnatur der Ehe nicht anerkennt, der Pfarrer durch can. 1034 verpflichtet wird,

---

[1]) can. 1757 § 1. Ut non idonei repelluntur a testimonio ferendo impuberes et mente debiles. Besondere Bestimmungen über den Eintritt der Eidesmündigkeit enthält der Kodex nicht. Darüber, dass auch nach bisherigem katholischen Kirchenrecht die Eidesmündigkeit mit vollendetem vierzehnten Lebensjahre eintrat, vgl. Sägmüller, Kirchenrecht[3] II § 165 S. 285.

[2]) can. 167 § 1. Nequeunt suffragium ferre . . . 2.⁰ Impuberes.

[3]) can. 1224. Ecclesiam funeris aut sepulturae coemeterium eligere prohibentur: 1.⁰ Impuberes; verum pro filio aut filia impubere, etiam post eorum mortem, hanc electionem facere possunt parentes vel tutor; vgl. can. 1216, 1223.

[4]) can. 1307 § 2. Nisi iure prohibeantur, omnes congruenti rationis usu pollentes, sunt voti capaces. Vgl. can. 1309.

[5]) can. 542 n⁰ 1⁰ mit can. 555 § 1 n⁰ 1⁰, 573.

[6]) Oben S. 74. Eine besondere Verlöbnismündigkeit kennt das Gesetzbuch nicht.

dafür zu sorgen, dass Minderjährige nicht ohne Wissen oder gegen den wohlbegründeten Willen der Inhaber der elterlichen Gewalt zur Ehe schreiten; tun sie es doch, so soll er ohne Befragung des Bischofs nicht assistieren[1]). Mit einundzwanzig (also nicht mit fünfundzwanzig!) Jahren tritt die Volljährigkeit ein [2]).

Wir verlassen das Recht der Einzelpersonen und wenden uns nunmehr dem der Verbandspersonen zu.

Letztere werden in can. 99 durch den Satz eingeführt: „In der Kirche gibt es ausser den natürlichen auch moralische Personen“ [3]), eine Gegenüberstellung, die an zahlreichen anderen Stellen des Gesetzbuches wiederkehrt [4]). Die Bezeichnung moralische Person ist „durch das Naturrecht zu allgemeiner Herrschaft gebracht“ worden [5]). Während die heutige italienische Rechtswissenschaft gleich der deutschen seit Friedrich Carl v. Savigny [6]) mit Vorliebe des Fachaus-

---

[1]) Parochus graviter filiosfamilias minores hortetur ne nuptias ineant, insciis aut rationabiliter invitis parentibus; quod si abnuerint, eorum matrimonio ne assistat, nisi consulto prius loci Ordinario.

[2]) Von da an bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahre steht man unter dem Fastengebot, can. 1254 § 2.

[3]) In Ecclesia, praeter personas physicas, sunt etiam personae morales.

[4]) Z. B. in can. 4 (Privilegien und Indulte für ph. u. m. P.), 103 (erzwungene Handlungen ph. u. m. P.), 106 (Vortrittsrecht ph. u. m. P.), 1253 (Abstinenz- oder Fastengelübde ph. u. m. P.), 1552 § 2 n⁰ 1⁰ (Rechte und Rechtshandlungen ph. u. m. P. als kirchliche Streitsache), 1559 § 3 (erste Instanz für religiose ph. u. m. P.), 2255 § 2 (Zensuren für ph. u. m. P.).

[5]) Otto v. Gierke, Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien, 3. Ausgabe (Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von Otto v. Gierke, 7. Heft), Breslau 1913 S. 259 ff.; Derselbe, Deutsches Privatrecht I S. 462, 470 mit Anm. 6 und 7; Derselbe, Das deutsche Genossenschaftsrecht IV, Die Staats- und Korporationslehre der Neuzeit, Berlin 1913 S. 415 ff., 443. Vgl. auch Ernst Landsberg, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft III 1, München 1898 S. 14.

[6]) Gierke, Deutsches Privatrecht I S. 464.

drucks juristische Person sich bedient[1]), bevorzugen die Franzosen noch jetzt die Bezeichnung moralische Person[2]). Diese ist aber auch der neueren kirchlichen Rechtssprache nicht fremd[3]). Indem der Kodex sie nunmehr aufnimmt und der kirchlichen Gesetzes- und Amtssprache einverleibt, knüpft er auch in diesem Punkte wieder an das Naturrecht und seine Lehre an[4]).

Uebrigens ist persona moralis im Sinne des päpstlichen Gesetzbuches zunächst einfach die künstliche, bloss vorgestellte Person, im Gegensatz zu der natürlichen[5]).

Doch kommt nicht jedem kirchlichen Verbande solche moralische Persönlichkeit zu. Es gibt kirchliche Vereinigungen und kirchliche Stiftungen ohne sie. Selbst die kirchliche z. B. die bischöfliche Approbation reicht nicht unter allen Umständen und schlechthin aus, um zur moralischen Person zu machen. Can. 708 kennt fromme Vereinigungen, die vom Bischof als solche gebilligt und dennoch keine moralischen Personen, sondern bloss zum Empfange von geistlichen Gnadenerweisen, besonders von Ablässen fähig sind[6]). Und ganz

---

[1]) So bekanntlich auch das BGB. Buch I Tit. 2 in der Ueberschrift und öfters im Gesetzestext z. B. § 1001, 2044 u. a.

[2]) Carl Crome, Allgemeiner Teil der modernen französischen Privatrechtswissenschaft, Mannheim 1892 S. 103 Anm. 6 und in der italienischen Uebersetzung Parte generale del diritto privato francese moderno von A. Ascoli und F. Cammeo, Milano 1906 p. 115 mit n. 6.

[3]) Stutz, Bischofswahlrecht S. 215. Vgl. auch das moraliter certus in can. 973 § 3 und das moraliter impossibilis in can. 2254 § 3.

[4]) Es sei überdies daran erinnert, dass Kardinal Gasparri lange Jahre hindurch in Paris wirkte, vgl. oben S. 11 mit Anm. 2.

[5]) Darüber, dass auch diese Bezeichnung schief ist, weil der Einzelne nicht anders als der Verband nur kraft Rechtssatzes Person, die Persönlichkeit überhaupt ein Rechtsbegriff ist, vgl. namentlich Gierke, Deutsches Privatrecht I S. 268, 471.

[6]) Confraternitates nonnisi per formale erectionis decretum constitui possunt; pro piis autem unionibus sufficit Ordinarii approbatio, qua ob-

entsprechend ist in can. 1491 mit die Rede von kirchlichen Instituten, Spitälern, Waisenhäusern sowie anderen milden oder Wohltätigkeitsanstalten, die keine moralische Persönlichkeit besitzen[1]), wie auch der ganze dreissigste Titel des dritten, von den Sachen handelnden Buches in den can. 1544—1551 sich mit frommen Stiftungen befasst, die wohl moralischen Personen übergeben und angegliedert, aber selbst keine solchen, sondern unselbständig sind[2]).

---

tenta, ipsae, licet morales personae non sint, capaces tamen sunt obtinendi gratias spirituales ac praesertim indulgentias. Vgl. damit die Unterscheidung von kirchlich errichteten und von bloss approbierten Vereinigungen von Gläubigen in can. 686 § 1. Nulla in Ecclesia recognoscitur associatio quae a legitima auctoritate ecclesiastica erecta vel saltem approbata non fuerit. Zuständig sowohl zur Errichtung wie auch zur blossen Approbation ist nach § 2 ausser dem Papste der Diözesanbischof oder wer durch apostolisches Privileg das Recht dazu erhalten hat. § 3. Licet privilegium concessum probetur, semper tamen, nisi aliud in ipso privilegio cautum sit, requiritur ad validitatem erectionis consensus Ordinarii loci scripto datus; consensus tamen ab Ordinario praestitus pro erectione domus religiosae valet etiam pro erigenda in eadem domo vel ecclesia ei adnexa associatione, quae non sit constituta ad modum organici corporis et illius religionis sit propria.

[1]) § 1. Loci Ordinarius omnia huiusmodi (vgl. can. 1489 § 1) instituta, etiam in personam moralem erecta et quovis modo exempta, visitare potest et debet. § 2. Imo licet in personam moralem non sint erecta et domui religiosae concredita, si quidem agatur de domo religiosa iuris dioecesani, iurisdictioni Ordinarii loci penitus subduntur; si de domo religiosa iuris pontificii, episcopali vigilantiae subsunt quod spectat ad religionis magisteria, honestatem morum, exercitationes pietatis, sacrorum administrationem.

[2]) Vgl. oben S. 145. can. 1544 § 1. Nomine piarum fundationum significantur bona temporalia alicui personae morali in Ecclesia quoquo modo data, cum onere in perpetuum vel in diuturnum tempus ex reditibus annuis aliquas Missas celebrandi, vel alias praefinitas functiones ecclesiasticas explendi, aut nonnulla pietatis et caritatis opera peragendi. Dazu der unter anderem Gesichtspunkt für unsere, den bürgerlich-, namentlich den römischrechtlichen Einschlägen im Kodex gewidmete Untersuchung nicht uninteressante § 2. Fundatio, legitime acceptata, naturam induit contractus synallagmatici: *do ut facias.*

Vielmehr entscheidet über die moralische Persönlichkeit in der Kirche die kirchliche Obrigkeit in dem Sinne, dass jene durch diese als solche verliehen und anerkannt sein muss; moralische Personen in der Kirche sind nur die von ihr als solche errichteten [1]). Die Kirche huldigt also durchaus dem Konzessionssystem [2]). Und zwar haben nach dem päpstlichen Gesetzbuche die katholische Gesamtkirche und der Apostolische Stuhl die moralische Persönlichkeit kraft göttlichen Rechtes, während die nachgeordneten kirchlichen Verbände sie entweder unmittelbar durch die Rechtsordnung der Kirche erlangen oder durch besondere Zuerkennung des zuständigen kirchlichen Obern, eine Verleihung, die um des religiösen oder wohltätigen Zweckes willen, den sie verfolgen, ihnen durch ein förmliches Dekret zuteil wird [3]).

---

[1]) Der oben S. 198 Anm. 3 angeführte can. 99 macht zu personae morales den Zusatz: publica auctoritate constitutae. Auch die staatliche Autorität ist eine öffentliche. So könnte man versucht sein, anzunehmen, der Kodex wolle unter Umständen schon den bloss staatlich anerkannten kirchlichen Verband — man denke etwa an einen Gesamtverband des preussischen Staatskirchenrechtes — als moralische Person auch des gemeinen katholischen Kirchenrechts erklären. Jedoch dagegen spricht, dass das Gesetzbuch, wie wiederholt hervorgehoben worden ist, sich grundsätzlich auf das innerkirchliche Gebiet beschränkt und gegenüber ausserkirchlichen Dingen strenge Zurückhaltung übt, dafür aber auch den Anspruch erhebt, die kirchlichen Beziehungen allein zu regeln. Dagegen spricht aber auch der alsbald zu erwähnende can. 100 § 1, aus dem sich mit Bestimmtheit ergibt, dass in can. 99 unter der publica auctoritas nur die katholisch-kirchliche verstanden werden kann; denn die in ihm in die Mitte zwischen das ius divinum und das Dekret der kirchlichen Obern gestellte Rechtsvorschrift ist dem ganzen Zusammenhange nach nur als kirchliche zu verstehen. Selbstverständlich steht aber nichts im Wege, dass ein auf Staatskirchenrecht beruhender Verband, also etwa ein preussischer Gesamtverband, durch kirchliche Anerkennung moralische Person auch im Sinne des Kodex wird.

[2]) Ueber dieses vgl. Gierke, Deutsches Privatrecht I S. 490 f.

[3]) can. 100 § 1. Catholica Ecclesia et Apostolica Sedes moralis personae rationem habent ex ipsa ordinatione divina; ceterae inferiores personae morales in Ecclesia eam sortiuntur sive ex ipso iuris prae-

Im einzelnen ist im Kodex auch bezüglich der ersteren Gruppe nichts darüber bestimmt, welche Verbände als moralische Personen anerkannt sein sollen. Nur ganz gelegentlich erfährt man darüber etwas Näheres. So durch den bereits angeführten can. 99, der in seinem bisher noch nicht mitgeteilten, aber weiter unten zu erwähnenden Schlusse als solche beispielsweise Kirchen, Seminare, Pfründen aufzählt[1]). So durch can. 1557 § 2, in dem die Gerichtshöfe des Apostolischen Stuhles für ausschliesslich zuständig erklärt werden, Recht zu sprechen über Bistümer[2]) und andere kirchliche moralische Personen, die einen Obern unterhalb des Papstes nicht haben, also diesem als ihrem unmittelbaren Vorgesetzten unterstehen, wie exemte religiose Genossenschaften, Mönchs-(Ordens-) Kongregationen u. s. w.[3]). Dass natürlich auch den nichtexemten religiosen Genossenschaften und ausserdem der Ordensprovinz und der einzelnen Niederlassung moralische

---

scripto sive ex speciali competentis superioris ecclesiastici concessione data per formale decretum ad finem religiosum vel caritativum. Vgl. dazu can. 1498 (oben S. 185 Anm. 1).

[1]) Siehe unten S. 207 mit Anm. 2.

[2]) Jedenfalls gehören dazu, wenigstens was die hier allein in Betracht kommende moralische Persönlichkeit anlangt, auch die Missionsbistümer und wohl ebenso die Missionspräfekturen, can. 293. Vgl. auch can. 1299 § 1.

[3]) Tribunalibus ... Sedis Apostolicae reservatur iudicare: ... 2.° Dioeceses aliasve personas morales ecclesiasticas quae Superiorem infra Romanum Pontificem non habent, uti religiones exemptas, Congregationes monasticas, etc. Dazu beachte man, dass nach can. 488 n° 1° als Religio vom Kodex verstanden wird: societas, a legitima ecclesiastica auctoritate approbata, in qua sodales, secundum proprias ipsius societatis leges, vota publica, perpetua vel temporaria, elapso tamen tempore renovanda, nuncupant, atque ita ad evangelicam perfectionem tendunt, also die Orden im weitesten Sinne, während Ordo im engeren Sinne nur die Religio ist, in qua vota sollemnia nuncupantur (ebenda n° 2°). Nach derselben Ziffer 2 von can. 488 ist eine Congregatio monastica eine plurium monasteriorum sui iuris inter se coniunctio sub eodem Superiore und die Religio exempta eine solche sive votorum sollemnium sive simplicium, a iurisdictione Ordinarii loci subducta.

Persönlichkeit zukommt, erfahren wir wiederum ganz beiläufig aus can. 536, in dem von der Haftung für Verbindlichkeiten die Rede ist. Wenn nämlich die (religiose) moralische Person, sei es die religiose Genossenschaft, sei es eine Provinz oder eine Niederlassung von ihr Schulden gemacht hat und Verpflichtungen eingegangen ist, so haftet sie, und zwar auch sofern es (ordnungsmässig) mit Erlaubnis des Obern geschah, selbst dafür [1]). Desgleichen, falls der einzelne Regulare mit Einwilligung der Obern Verpflichtungen eingeht [2]). Und nicht anders steht es mit der moralischen Persönlichkeit der Dom- und Stiftskirchen, der Dom- und Stiftskapitel, der bischöflichen und stiftischen Tafel [3]) sowie der Pfarrei [4]),

---

[1]) § 1. Si persona moralis (sive religio, sive provincia, sive domus) debita et obligationes contraxerit etiam cum Superiorum licentia, ipsa tenetur de eisdem respondere. Vgl. auch can. 494 § 2. Nach can. 488 n° 5° ist Domus religiosa die Domus alicuius religionis in genere, Domus regularis dagegen eine Domus ordinis. Nach ebenda n° 6° versteht das Gesetzbuch unter Provincia eine plurium religiosarum domorum inter se coniunctio sub eodem Superiore, partem eiusdem religionis constituens.

[2]) can. 536 § 2. Si contraxerit regularis cum licentia Superiorum, respondere debet persona moralis, cuius Superior licentiam dedit; si religiosus votorum simplicium, ipse respondere debet (weil er das Eigentum an seinem Vermögen und die Erwerbsfähigkeit behalten hat, can. 580 § 1 mit can. 569), nisi de Superioris licentia negotium religionis gesserit. § 3. Si contraxerit religiosus sine ulla Superiorum licentia, ipsemet respondere debet, non autem religio vel provincia vel domus.

[3]) Die Belege dafür, can. 1423 § 2 und 471 § 1, siehe unten S. 208 Anm. 5 in anderem Zusammenhange.

[4]) In can. 1208 wird in § 1 von der Pfarrei gesagt, sie habe einen eigenen Friedhof, in § 2 von der religiosen Genossenschaft, sie könne einen haben, und dann in § 3 hinzugesetzt: Etiam aliis personis moralibus vel familiis privatis permitti potest ab Ordinario loci peculiare sepulcrum, extra commune coemeterium positum et ad instar coemeterii benedictum. Weiter can. 1209 § 1. Tum in coemeteriis paroecialibus ex licentia scripta Ordinarii loci eiusve delegati, tum in coemeterio proprio alius personae moralis, ex licentia scripta Superioris, fideles sibi suisque extruere possunt sepulcra particularia; quae de consensu eiusdem Ordinarii aut Superioris, possunt quoque alienare. Vgl. can. 470 § 4.

deren gleichfalls nur nebenher, im Vorbeigehen, gedacht wird. Darüber, ob andere kirchliche Verbände und Amtsstellen, ob das Kardinalskollegium, die Kirchenprovinz[1]), die ländlichen Vikariate oder Dekanate, die Stadt- und Landkapitel, die Kirchenfabrik, ob vielleicht auch die römischen Kongregationen, Gerichtshöfe und Aemter sowie die bischöflichen Behörden moralische Personen sind oder nicht, schweigt sich das Gesetzbuch aus. Für die einen oder anderen genannten Gebilde ergibt sich aus dem Kodex höchstens ein Indiz für ihre Eigenschaft als moralische Person, etwa daraus, dass bei ihnen von eigenem Vermögen oder Erwerb die Rede ist[2]), oder dass sie eine, wenn auch beschränkte Autonomie haben[3]) oder ein Siegel führen[4]), oder dass ihre Vertretung vor Gericht ähnlich wie bei denjenigen geordnet ist, denen wir oben als moralische Personen begegneten[5]). Die Bejahung oder Ver-

[1]) Hinsichtlich dieser vgl. can. 1278. Laudabiliter quoque, servatis servandis, Sancti nationum, dioecesium, provinciarum, confraternitatum, familiarum religiosarum aliorumque locorum et moralium personarum eliguntur et, accedente confirmatione Sedis Apostolicae, constituuntur Patroni; Beati non item, sine peculiari eiusdem Sedis Apostolicae indulto, eine Bestimmung, aus der wenigstens mit einiger Wahrscheinlichkeit die ja wohl nicht zu bezweifelnde moralische Persönlichkeit der Provincia ecclesiastica sich ergibt.

[2]) Vgl. darüber unten S. 215 ff. Die Bestimmungen über die Kirchenfabrik can. 1184, 1186 sprechen sowohl von bona ecclesiae als von bona fabricae; vgl. auch can. 717 § 2, 1182 § 1, 1183, 1356 § 1. Nach can. 1481 fallen die Interkalarfrüchte zur Hälfte an die dos beneficii oder in die massa communis, zur anderen an die fabrica ecclesiae oder an das sacrarium. Vgl. can. 1475 sowie unten S. 224 Anm. 2.

[3]) So die Dom- und Stiftungskapitel nach can. 410 § 2, geistliche aktiv exemte Abtei- und Prälaturkapitel nach can. 324.

[4]) can. 450 § 1. Vicarius foraneus sigillum habet vicariatus proprium. Doch entscheidet das selbstverständlich an sich noch nicht.

[5]) can. 1653 § 1. Ordinarii locorum possunt nomine ecclesiae cathedralis aut mensae episcopalis stare in iudicio; sed, ut licite agant, debent audire Capitulum cathedrale vel Consilium administrationis (oben S. 64 f. mit S. 65 Anm. 1) eorumve consensum vel consilium habere, quando periculo vertitur pecuniae summa pro qua alienanda ad normam can. 1532, §§ 2, 3

neinung der für sie aufgeworfenen Frage selbst muss dagegen anderswoher geholt werden[1]). Was sodann die durch förmliches Errichtungsdekret geschaffenen moralischen Personen anlangt, so sahen wir schon oben[2]), dass es fromme Vereinigungen und milde Stiftungen gibt, die durch den zuständigen kirchlichen Obern förmlich errichtet und dadurch moralische Personen geworden sind. Vor allem die Bruderschaften, die überhaupt nicht anders als durch ein förmliches Dekret entstehen können. Der Kodex unterscheidet unter den Vereinigungen von Laien (unter Umständen aber auch von Geistlichen, jedoch nicht als solchen) zu frommen Zwecken, die er darum kurzweg als Laienverbindungen behandelt[3]), einerseits weltliche Dritte Orden[4]), deren einzelner Unter-

---

eorundem consensus vel consilium requiritur. § 2. Beneficiarii omnes nomine beneficii possunt in iudicio agere aut respondere; quod tamen ut licite faciant, servare debent praescriptum can. 1526 (vorherige Ermächtigung des Bischofs oder, wenn Eile not tut, wenigstens des Dekans). § 3. Praelati ac Superiores Capitulorum, sodalitatum (darüber unten S. 206 mit Anm. 1) et quorumlibet collegiorum stare in iudicio nequeunt, nomine suae cuiusque communitatis, sine eiusdem consensu ad normam statutorum. § 4. Adversus eos de quibus in §§ 1—3, si sine praescripto consensu aut consilio in iudicio egerint, piae causae aut communitati ius est ad refectionem damnorum, § 5. In casu vero defectus vel negligentiae illius qui administratoris munere fungitur, potest ipse loci Ordinarius per se vel per alium stare in iudicio nomine personarum moralium quae sub eius iurisdictione sunt. § 6. Superiores religiosi nequeunt nomine suae communitatis stare in iudicio, nisi ad normam constitutionum.

[1]) Aus Zirkumskriptionsbullen, Statuten, Spezialgesetzen, Gewohnheitsrecht u. s. w. Die Frage ist hier nicht zu beantworten. Es mag die Bemerkung genügen, dass es wohl beim bisherigen Stande der Dinge bleibt, da der Kodex offenbar daran nichts ändern will.

[2]) S. 199 Anm. 6, S. 200 Anm. 1.

[3]) In der Pars tertia: De laicis. Siehe auch oben S. 40, 84.

[4]) Tit. 19 über die Vereinigungen der Gläubigen im besonderen wird zunächst eröffnet durch can. 700: Triplex distinguitur in Ecclesia associationum species: *tertii Ordines saeculares, confraternitates, piae uniones*. Ja für die Vortrittsordnung macht can. 701 § 1 noch weitere Unterscheidungen: 1.° *Tertii Ordines;* 2.° *Archiconfraternitates;* 3.° *Con-*

verband von ihm als Tertiariersodalität bezeichnet wird[1]), und anderseits fromme Vereinigungen, die entweder einfache fromme Vereinigungen oder primarische Vereinigungen, Kongregationen oder Gesellschaften sind, und deren einzelner organisch verfasster Verein Sodalitium heisst[2]). Sofern ein solcher zugleich der öffentlichen Gottesverehrung dient, haben wir in ihm die oben[3]) erwähnte Bruderschaft, bezw. wenn er aggregationsfähig ist, die Erzbruderschaft in technischem Sinne und nach dem Gesagten eine moralische Person vor uns[4]).

---

fraternitates; 4.⁰ *Piae uniones primariae;* 5.⁰ *Aliae piae uniones* und lässt obendrein in der sakramentalen Prozession die Bruderschaft des heiligsten Sakramentes sogar den Erzbruderschaften vorgehen. Jedoch, wenn man näher zusieht, vereinfacht sich die Einteilung und ergibt sich die in unserem Text ermittelte Gliederung.

[1]) can. 702 § 2. Si tertius saecularis Ordo in plures associationes dividatur, harum quaelibet legitime constituta dicitur *sodalitas tertiariorum.*

[2]) can. 707 § 1. Associationes fidelium quae ad exercitium alicuius operis pietatis aut caritatis erectae sunt, nomine veniunt *piarum unionum;* quae, si ad modum organici corporis sint constitutae (vgl. can. 693 § 3) *sodalitia* audiunt mit can. 720. Sodalitia quae iure pollent alias eiusdem speciei associationes sibi aggregandi, *archisodalitia,* vel *archiconfraternitates,* vel piae uniones, congregationes, societates *primariae* appellantur.

[3]) S. 205.

[4]) can. 707 § 2. Sodalitia vero in incrementum quoque publici cultus erecta, speciali nomine *confraternitates* appellantur mit dem eben angeführten can. 720. Wenn in can. 711 § 1 bestimmt ist: Plures confraternitates vel piae uniones eiusdem tituli ac instituti, nisi id eis specialiter concessum sit aut iure cautum, ne erigantur neve approbentur in eodem loco; si vero agatur de magnis civitatibus, id licet, dummodo inter ipsas intercedat conveniens, iudicio Ordinarii loci, distantia, so wird der Zivilist unwillkürlich erinnert an HGB. § 30: „Jede neue Firma muss sich von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden und in das Handelsregister eingetragenen Firmen deutlich unterscheiden. Hat ein Kaufmann mit einem bereits eingetragenen Kaufmann die gleichen Vornamen und den gleichen Familiennamen und will auch er sich dieser Namen als seiner Firma bedienen, so muss er der Firma einen Zusatz beifügen, durch den sie sich von

Im übrigen hält auch das päpstliche Gesetzbuch Körperschaften und Vereine auf der einen Seite und Anstalten sowie Stiftungen auf der anderen sorgfältig auseinander. Der schon angeführte can. 99 fügt dem oben [1]) mitgeteilten Eingang und Zusatz dazu den Schlusssatz an: „Sie, nämlich die moralischen Personen, zerfallen in kollegiale und nichtkollegiale wie Kirchen, Seminare, Pfründen“ [2]).

Die für beide Arten geltenden, gemeinsamen Rechtssätze sind dürftig; der Gesetzgeber begnügt sich hier fast noch mehr als anderswo mit dem Allernotwendigsten und gibt nur einige grundlegende Bestimmungen sowie die eine oder andere Einzelvorschrift.

So vernehmen wir, dass die moralische Person, ihrer Natur nach von unbeschränkter Lebensdauer [3]), untergeht entweder durch Aufhebung, jedoch nur, wenn diese durch die zuständige kirchliche [4]) Obrigkeit verfügt wird [5]), wie denn z. B. Kirchenprovinzen, Bistümer, Abteien und Prälaturen nullius, apostolische Vikariate und Präfekturen allein der

---

der bereits eingetragenen Firma deutlich unterscheidet. Besteht an dem Orte oder in der Gemeinde, wo eine Zweigniederlassung errichtet wird, bereits eine gleiche eingetragene Firma, so muss der Firma für die Zweigniederlassung ein der Vorschrift des Abs. 2 entsprechender Zusatz beigefügt werden. Durch die Landesregierungen kann bestimmt werden, dass benachbarte Orte oder Gemeinden als ein Ort oder als eine Gemeinde im Sinne dieser Vorschriften anzusehen sind.“

[1]) S. 198 mit Anm. 3 und S. 201 Anm. 1.

[2]) Quae distinguuntur in personas morales collegiales et non collegiales, ut ecclesiae, Seminaria, beneficia, etc. Vgl. dazu oben S. 202.

[3]) Auch hier liegt also eine versteckte, den oben S. 187 mit Anm. 1 mitgeteilten anzureihende Berufung auf die Natur der Sache vor.

[4]) Dies ist wie in dem oben S 201 Anm. 1 erwähnten Falle zwar nicht ausdrücklich gesagt, ergibt sich jedoch aus dem Zusammenhange. Vgl. aber die bestimmtere Fassung in can. 1500 unten S. 209 Anm. 1.

[5]) can. 102 § 1. Persona moralis, natura sua, perpetua est; exstinguitur tamen si a legitima auctoritate supprimatur, vel si per centum annorum spatium esse desierit.

Papst aufheben kann[1]), oder aber, falls sie seit einem Jahrhundert tatsächlich dazusein aufgehört hat. Wir erfahren ferner, dass die moralische Person religios oder weltgeistlich sein[2]), einen bestimmten, im Rechte des Vortritts sich äussernden Rang[3]), im Falle der Uebertragung einer Pfarrei an sie die Stellung eines Pfarrers[4]), bei Einverleibung zu vollem Rechte in sie wenigstens die eines parochus habitualis[5]), auch ein

---

[1]) can. 215 § 1. Unius supremae ecclesiasticae potestatis est provincias ecclesiasticas, dioeceses, abbatias vel praelaturas *nullius*, vicariatus apostolicos, praefecturas apostolicas erigere, aliter circumscribere, dividere, unire, supprimere.

[2]) Oben S. 198 Anm. 4 can. 1579 § 3 lautet: Si demum controversia enascatur inter religiosas personas physicas vel morales diversae religionis, aut etiam inter religiosos eiusdem religionis non exemptae vel laicalis, aut inter religiosum et clericum saecularem vel laicum, iudex primae instantiae est Ordinarius loci.

[3]) can. 106, besonders unter n⁰ 5⁰.

[4]) can. 451 § 1. Parochus est sacerdos vel persona moralis cui paroecia collata est in titulum cum cura animarum sub Ordinarii loci auctoritate exercenda. Vgl. can. 456 und 630, 631.

[5]) can. 452 § 1. Sine Apostolicae Sedis indulto paroecia nequit personae morali pleno iure uniri, ita nempe ut ipsamet persona moralis sit parochus, ad normam can. 1423, § 2. § 2. Persona moralis, cui paroecia sit pleno iure unita, habitualem tantum curam animarum retinere potest, servato, quod ad actualem spectat, praescripto can 471. Dazu der angezogene can. 1423 § 2. Nequeunt (die Ortsbischöfe bezw. der Generalvikar auf Grund selbst eines Spezialmandats) vero paroeciam unire cum mensa capitulari vel episcopali, cum monasteriis, ecclesiis religiosorum aut alia persona morali neque cum dignitatibus et beneficiis ecclesiae cathedralis vel collegiatae; sed possunt eam cum ecclesia cathedrali aut collegiali, quae in territorio paroeciae sita sit, ita unire ut reditus paroeciae cedant in commodum ipsius ecclesiae, relicta parocho vel vicario congrua portione, sowie der gleichfalls angeführte can. 471 § 1. Si paroecia pleno iure fuerit unita domui religiosae, ecclesiae capitulari vel alii personae morali, debet constitui vicarius, qui actualem curam gerat animarum, assignata eidem congrua fructuum portione, arbitrio Episcopi und § 2. Excepto casu tum legitimi privilegii aut consuetudinis tum dotationis vicariae ab Episcopo factae, reservata sibi libera nominatione, vicarium praesentat Superior religiosus, Capitulum

Gebiet haben kann [1]). Sie lebt unter Umständen nach eigenem Recht und besonderen Statuten [2]), vermag wie die natürliche Person Privilegien und Indulte zu erhalten [3]) und ist überhaupt gleich dieser rechts- und handlungsfähig. Darum kann sie auch erwerben, Vermögen haben, Schulden machen [4]), zur Abstinenz oder zum Fasten sich verpflichten [5]). Wie die Handlungen natürlicher Personen können die moralischer durch Gewalt oder durch Drohung erzwungen sein [6]).

Auch deliktsfähig ist die moralische Person nach dem Kodex und infolgedessen straffähig [7]). Freilich kann die

aliave persona moralis; loci autem Ordinarius eundem, si idoneum, servato praescripto can. 459, repererit, instituat.

[1]) can. 1500. Diviso territorio personae moralis ecclesiasticae ita ut vel illius pars alii personae morali uniatur, vel distincta persona moralis pro parte dismembrata erigatur, etiam bona communia quae in commodum totius territorii erant destinata, et aes alienum quod pro toto territorio contractum fuerat, ab auctoritate ecclesiastica, cui divisio competat, cum debita proportione ex bono et aequo dividi debent, salvis piorum fundatorum seu oblatorum voluntatibus, iuribus legitime quaesitis, ac legibus peculiaribus, quibus persona moralis regatur.

[2]) Siehe die vorige Anmerkung.

[3]) can. 4; vgl. oben S. 198 Anm. 4 und 204 Anm. 3.

[4]) Vgl. vorläufig die drittvorige Anmerkung. Näheres weiter unten.

[5]) can. 1253. His canonibus nihil immutatur de indultis particularibus, de votis cuiuslibet personae physicae vel moralis, de constitutionibus ac regulis cuiusvis religionis vel instituti approbati sive virorum sive mulierum in communi viventium etiam sine votis.

[6]) can. 103 § 1. Actus, quos persona sive physica sive moralis ponit ex vi extrinseca, cui resisti non possit, pro infectis habentur. § 2. Actus positi ex metu gravi et iniuste incusso vel ex dolo, valent, nisi aliud iure caveatur; sed possunt ad normam can. 1684—1689 (mit actio rescissoria nach can. 1684 ss. oder restitutio in integrum) per iudicis sententiam rescindi, sive ad petitionem partis laesae sive ex officio.

[7]) can. 2274 § 1. Si communitas seu collegium delictum perpetraverit, interdictum ferri potest vel in singulas personas delinquentes, vel in communitatem, uti talem, vel in personas delinquentes et in communitatem, 2285 § 1. Si communitas seu collegium clericorum delictum commiserit, suspensio ferri potest vel in singulas personas delinquentes

Exkommunikation wie nach bisherigem Recht[1]), weil die für dieses massgebende und auch der einschlägigen Bestimmung des Kodex zugrunde liegende positive Anordnung Innozenz IV. auf dem Lyoner Konzil von 1245 [2]) davon ausging, dass der Verband „als seelenloses und ungetauftes Wesen dem Bannstrahl unerreichbar sei“ [3]), nur über natürliche, nicht auch über moralische Personen verhängt werden und trifft, wenn trotzdem gegen eine solche ausgesprochen, bloss die einzelnen Mitglieder, die an dem Vergehen teilnahmen[4]). Dagegen werden mit dem Interdikt auch moralische Personen gestraft[5]), genau

---

vel in communitatem, uti talem, vel in personas delinquentes et communitatem. Andere Belege in den folgenden Anmerkungen.

Die Belege für die Straffähigkeit folgen einige Anmerkungen weiter unten.

[1]) c. 5 in VI[0] de sententia excommunicationis 5, 11: In universitatem vel collegium proferri excommunicationis sententiam penitus prohibemus, volentes animarum periculum vitare, quod exinde sequi posset, quum nonnunquam contingeret innoxios huiusmodi sententia irretiri; sed in illos duntaxat de collegio vel universitate, quos culpabiles esse constiterit, promulgetur.

[2]) Nämlich das in der vorigen Anmerkung mitgeteilte capitulum.

[3]) Gierke, Deutsches Genossenschaftsrecht III S. 280 f., 348; Hinschius, Kirchenrecht V S. 10. Wenn Sägmüller, Kirchenrecht[3] II § 177 S. 355 die Exkommunikation „eine auf alle Glieder der Kirche anwendbare poena medicinalis“ nennt, so stimmt das also nur, falls er dabei lediglich an Glieder denkt, die physische Personen sind. Eine Hauptwirkung des Banns, der Ausschluss vom Empfang der Sakramente, kommt eben bei moralischen Personen gar nicht in Betracht. Auch darin ist neben dem im Texte angeführten Hauptgrund und der von Innozenz IV. vorgeschützten, sonst aber von der Kirche keineswegs ängstlich vermiedenen Mitbestrafung Unschuldiger eine Erklärung für die Unverwendbarkeit der Exkommunikation gegenüber Verbänden zu finden.

[4]) can. 2255 § 2. Excommunicatio afficere potest tantum personas physicas, et ideo, si quando feratur in corpus morale, intelligitur singulos afficere qui in delictum concurrerint; interdictum et suspensio, etiam communitatem, ut personam moralem ...

[5]) Siehe die vorhergehende Anmerkung sowie Gierke, Deutsches Genossenschaftsrecht III S. 349; Hinschius, Kirchenrecht V S. 518 f.

genommen allerdings nur mit dem Personalinterdikt[1]), wenn dieses über einen Verband verhängt wird[2]), und endlich nicht minder mit der Suspension[3]).

Doch wäre es verkehrt, daraus schliessen zu wollen, dass das päpstliche Gesetzbuch auf dem Boden der Theorie von der realen Verbandspersönlichkeit stehe[4]). Vielmehr liegen ihm genau dieselben Anschauungen zugrunde wie dem klassi-

---

[1]) can. 2269 § 1. Generale interdictum tam locale in territorium dioecesis, reipublicae, quam personale in populum dioecesis, reipublicae ferri tantum potest a Sede Apostolica vel de eius mandato; interdictum vero generale in paroeciam vel paroeciae populum, et particulare sive locale sive personale, etiam Episcopus ferre potest. § 2. Interdictum personale sequitur personas ubique; locale non urget extra locum interdictum, sed in loco interdicto omnes etiam exteri aut exempti, excluso speciali privilegio, illud servare debent. Dazu can. 2273. Interdicta civitate, interdicta quoque manent loca accessoria etiam exempta et ipsa ecclesia cathedralis; interdicta ecclesia, interdicta sunt sacella contigua ..., ferner can. 2276. Qui interdicto locali vel interdicto in communitatem seu collegium subest, quin eidem causam dederit, nec alia censura prohibeatur, potest, si sit rite dispositus, Sacramenta recipere, ad normam canonum praecedentium, sine absolutione ab interdicto aliave satisfactione und can. 2291, der unter den Sühn- (Vindikativ-) Strafen an erster Stelle nennt Interdictum locale et interdictum in communitatem seu collegium in perpetuum vel ad tempus praefinitum vel ad beneplacitum Superioris.

[2]) Denn das Lokalinterdikt trifft aus Gründen, die hier dahingestellt bleiben müssen, das Gebiet lediglich als Wohnbezirk von Gläubigen, nicht etwa als sachliche Unterlage eines darin bestehenden Verbandes und möglicherweise lediglich wegen des Vergehens eines Einzelnen oder Mehrerer, nicht sowohl wegen der Untat eines Verbandsorgans oder -mitglieds als solchen. Auch sind die Wirkungen rein räumlich bestimmt, alles genau wie im klassischen kanonischen Recht. In beiden Fällen werden übrigens auch nach dem neuen Rechte diejenigen, die Anlass zu dem Interdikt gegeben haben, ohne weiteres auch noch für ihre Person, als solche, vom Interdikt getroffen; can. 2338 § 4. Qui causam dederunt interdicto locali aut interdicto in communitatem seu collegium, sunt ipso facto personaliter interdicti.

[3]) Vgl. oben S. 209 Anm. 7.

[4]) Ueber diese vgl. Gierke, Deutsches Privatrecht I S. 466 ff.

schen kanonischen Rechte des Mittelalters[1]. Der Kodex vertritt eben, wie schon das bisher Ausgeführte ergibt[2], von seinem Sprachgebrauch abgesehen, im grossen und ganzen durchaus den Standpunkt der romanisch-kanonistischen Fiktionstheorie mitsamt ihren Unebenheiten und Widersprüchen. Darum findet sich in ihm auch die bekannte, für das Wesen jener bezeichnende Bestimmung, dass die moralischen Personen den Minderjährigen gleichstehen, d. h. da der Vergleich mit dem gesunden Einzelwesen nicht zutrifft, weil dieses im natürlichen Laufe der Dinge mit der Volljährigkeit zum Vollbesitz seiner Handlungsfähigkeit gelangt, den unheilbar Wahnsinnigen, ein Grundsatz, der ausdrücklich für beide Arten der Verbände, für die körperschaftlichen und für die anstaltlichen, im Gesetzbuche ausgesprochen ist[3].

Für die körperschaftlichen moralischen Personen allein gilt ausserdem folgendes: Zu ihrer Errichtung bedarf es mindestens dreier natürlicher Personen; es gilt auch nach dem Kodex der Satz: Tres faciunt collegium[4]. Fallen alle ihre Mitglieder bis auf eines weg, so kommen diesem die Rechte aller zu[5]. Die Körperschaft ist damit noch nicht erloschen[6], aber sie führt ein anstaltliches Dasein etwa gleich der Pfründe, wobei das einzig übriggebliebene

---

[1]) Gierke, Deutsches Genossenschaftsrecht III S. 238 ff.; Derselbe, Deutsches Privatrecht V S. 459 ff.

[2]) Und der Vergleich namentlich mit der grundlegenden Darstellung Gierkes lehrt, auf die im einzelnen zu verweisen, sich, wissenschaftliches Gemeingut wie sie längst ist, wohl erübrigt.

[3]) can. 100 § 3. Personae morales sive collegiales sive non collegiales minoribus aequiparantur und dazu can. 1737, 1759 § 3.

[4]) can. 100 § 2. Persona moralis collegialis constitui non potest, nisi ex tribus saltem personis physicis.

[5]) can. 102 § 2. Si vel unum ex personae moralis collegialis membris supersit, ius omnium in illud recidit.

[6]) Den Fall des Erlöschens und die Frage des Schicksals ihres Vermögens regelt der unten S. 219 mit Anm. 3 zu besprechende can. 1501.

Mitglied die Rechte der bisherigen Gesamtheit in sich vereinigt, bis auch es wegfällt, oder bis neue Mitglieder hinzutreten, in welchem Falle die Körperschaft wieder auflebt[1]). Mit der Bildung des körperschaftlichen Willens in den kollegialen moralischen Personen befasst sich der erste Paragraph von can. 101. Wenn nicht durch das gemeine oder partikulare Recht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, entscheidet die absolute Mehrheit. Kommt es zu einer solchen in zwei Abstimmungen nicht, so genügt bei der dritten die relative. Ergibt die dritte Abstimmung Stimmengleichheit, so gibt den Ausschlag der Vorsitzende, oder, falls eine Wahl in Frage steht und er nicht entscheiden will, das höhere Weihe-, Profess- oder Lebensalter[2]). Für die Wahlen gelten im übrigen noch besondere Vorschriften[3]). Weder bei ihnen noch in dem angeführten, für körperschaftliche Abstimmungen überhaupt massgebenden Kanon ist gesagt, dass mit dem quantitativen das qualitative Uebergewicht zusammentreffen müsse, mithin die pars maior, wie im klassischen kanonischen Rechte, nur ent-

---

[1]) Dass der angeführte can. 102 § 2 nicht den Sinn von BGB. § 45 Abs. 3 hat, lehrt schon die Erwägung, dass das Gesetzbuch unmöglich die Absicht haben kann, etwa dem nach Wegsterben aller anderen einzig übrig gebliebenen Mitgliede eines Dom- oder Stiftskapitels dessen Vermögen, also öffentliches, genauer Kirchengut als freies Privateigentum zuzusprechen.

[2]) can. 101 § 1. Circa actus personarum moralium collegialium: 1.° Nisi aliud expresse iure communi aut particulari statutum fuerit, id vim iuris habet, quod, demptis suffragiis nullis, placuerit parti absolute maiori eorum qui suffragium ferunt, aut, post duo inefficacia scrutinia, parti relative maiori in tertio scrutinio; quod si suffragia aequalia fuerint, post tertium scrutinium praeses suo voto paritatem dirimat aut, si agatur de electionibus et praeses suo voto paritatem dirimere nolit, electus habeatur senior ordine vel prima professione vel aetate.

[3]) can. 160 ss. mit 180 § 1 (Zweidrittelmehrheit bei Konkurrenz von Postulation und eigentlicher Wahl); vgl. can. 321. Si cui collegio est ius eligendi Abbatem vel Praelatum *nullius*, ad validam electionem requiritur numerus suffragiorum absolute maior demptis suffragiis nullis, firmo peculiari iure, quod maiorem suffragiorum numerum exigat.

scheide, falls sie auch sanior, der gesundere, umsichtigere und im Einklang mit den Grundsätzen der Kirche sowie mit den besonderen Aufgaben des betreffenden Verbandes befindliche Teil sei. Es entsteht die Frage, ob man mit der Nichterwähnung dieses Erfordernisses bewusst vom überlieferten Rechte abgehen wollte. Dafür spricht die Fassung, das ausdrückliche Abstellen auf die absolute Mehrheit, nicht auf die Mehrheit schlechthin und die beharrliche Nichterwähnung der Saniorität auch an anderen Stellen des Gesetzbuchs; dagegen, dass auch nach klassischem kanonischen Rechte das Erfordernis der Saniorität, selbst wenn es nicht erwähnt ist, als selbstverständlich vorausgesetzt gilt [1]. Mir scheint übrigens die Frage praktisch in all den Fällen nicht von besonderem Belang zu sein, in denen der Beschluss der Bestätigung des Obern unterliegt. Denn dieser wird auch ohne ausdrückliche Vorschrift die Bestätigung nicht jedem, sondern eben nur dem vom kirchlichen Standpunkt aus vernünftigen und zu rechtfertigenden Beschlusse zu erteilen befugt und bereit sein [2]. Handelt es sich endlich um körperschaftliche Sonderrechte, um iura singulorum in universitate, so ist Einstimmigkeit erforderlich [3]. So viel über die kirchlichen Körperschaften und körperschaftlichen Verbände.

Hinsichtlich der kirchlichen Anstalten und Stiftungen legt sich das Gesetzbuch, was Bestimmungen allgemeiner Natur anlangt, noch grössere Beschränkung auf. Es begnügt sich nämlich mit der Feststellung, dass Anstalt und Stiftung durch den im Stiftungsgeschäft, unter Umständen also in einer besonderen Stiftungsurkunde [4]) niedergelegten, jedenfalls aber

---

[1]) Gierke, Deutsches Genossenschaftsrecht III S. 326 ff.

[2]) Für Wahlen vgl. can. 2391.

[3]) can. 101 § 1 n° 2°. Quod autem omnes, uti singulos, tangit, ab omnibus probari debet.

[4]) Bei den Stiftungen ohne Rechtspersönlichkeit, aber auch bei denen mit solcher von dem Gesetzbuch mit Vorliebe als tabula fundationis bezeichnet: vgl. can. 1362, 1470 § 1 n° 4°, 1477 § 2, 1489 § 3,

im Stiftungsstatut zum Ausdruck gebrachten und fixierten Willen des Stifters oder in Ermangelung eines solchen durch die Vorschriften des gemeinen Rechts beherrscht werden[1]; auch die kirchliche Stiftung im weitesten Sinne wird also massgebend bestimmt durch einen von aussen, und zwar in der Regel von oben, von dem höheren kirchlichen Verbande und seinem Vertreter, von der Gesamtkirche und ihrem Recht oder gar — so bei der Kirche selbst als Anstalt — durch göttliche Anordnung ihr eingepflanzten Willen. Im übrigen ist das Recht der kirchlichen Anstalten und Stiftungen im Zusammenhang mit ihren einzelnen Erscheinungsformen geregelt. Wir werden, soweit wir es nicht schon kennen gelernt haben, noch darauf zurückkommen.

Was bedeutet nun aber diese bisher besprochene kirchliche moralische Persönlichkeit, welchen Sinn und Inhalt hat sie? Die Antwort auf diese Frage, die wir mit vollem Bedacht fürs erste zurückgestellt haben, der wir aber nunmehr näher treten müssen, kann zunächst nicht anders lauten als: Die allgemeine kirchliche Rechtsfähigkeit. Wie die Individuen kraft ihrer Einzelpersönlichkeit, so nehmen die Verbände vermöge ihrer moralischen Persönlichkeit, soweit der Mangel der Leiblichkeit sie nicht davon ausschliesst, am kirchlichen Rechtsverkehr teil. Auch am Güterverkehr, auch an den Temporalia? Bedeutet die moralische Persönlichkeit auch die Erwerbs- und Vermögensfähigkeit?

Fast möchte man versucht sein, dies zu verneinen. Das Gesetzbuch spricht nämlich, was bisher absichtlich ausser Acht gelassen wurde, auch von juristischer Persönlichkeit, iuridica persona, und man ist zunächst geneigt, anzu-

---

1490, 1494, 1520 § 3 (oben S. 65 Anm. 1), 1521 § 1, 1548 § 2, 1551 § 1. Auch lex fundationis begegnet öfters.

[1]) can. 101 § 2. Si de actibus personarum moralium non collegialium agatur, serventur particularia statuta ac normae iuris communis, quae easdem personas respiciunt.

nehmen, die Privatrechtsfähigkeit, wie wir das Recht, am Vermögensverkehr teilzunehmen, auch bezeichnen können, sei nur da gegeben, wo die moralische Persönlichkeit zur juristischen gesteigert erscheine. Sehen wir uns die einschlägigen Bestimmungen einmal etwas genauer daraufhin an!

Für die eben erwähnte Auffassung scheint zunächst can. 1495 § 2 zu sprechen. Nachdem § 1 für die katholische Gesamtkirche von dem Standpunkt aus, dass sie eine Societas perfecta sei, sowie für den Apostolischen Stuhl unabhängig und frei vom Staate das Recht in Anspruch genommen hat, für ihre kirchlichen Zwecke Vermögen zu erwerben, zu besitzen und zu verwalten [1]), fährt § 2 fort: „Auch den einzelnen Kirchen und den anderen moralischen Personen, die von der kirchlichen Obrigkeit mit juristischer Persönlichkeit errichtet sind, steht das Recht zu, nach Massgabe der heiligen Kanones, das will sagen, nach den Vorschriften dieses Gesetzbuchs zeitliche Güter zu erwerben, zu besitzen, zu verwalten [2]). Auch wird in can. 1409 die Kirchenpfründe definiert als ein juristisches Wesen, das von der zuständigen kirchlichen Obrigkeit für immer eingesetzt oder errichtet ist und aus dem heiligen Amte sowie dem Rechte besteht, die Einkünfte der zugehörigen Dotation zu beziehen [3]).

---

[1]) Oben S. 116, 120 mit Anm. 7, 122.

[2]) Etiam ecclesiis singularibus aliisque personis moralibus quae ab ecclesiastica auctoritate in iuridicam personam erectae sint, ius est, ad normam sacrorum canonum, bona temporalia acquirendi, retinendi et administrandi. Dazu can. 1497 § 1. Bona temporalia sive corporalia, tum immobilia, tum mobilia, sive incorporalia quae vel ad Ecclesiam universam et ad Apostolicam Sedem vel ad aliam in Ecclesia personam moralem pertineant, sunt *bona ecclesiastica* und can. 1548 § 2, wo Archive moralischer Personen erwähnt werden. Bezüglich der Kathedrale als Eigentumssubjekt vgl. can. 1299, hinsichtlich der mensa episcopalis can. 1483 § 3.

[3]) Beneficium ecclesiasticum est ens iuridicum a competente ecclesiastica auctoritate in perpetuum constitutum seu erectum, constans officio sacro et iure percipiendi reditus ex dote officio adnexos. Dazu

Schon etwas zweifelhafter wird die bisher ins Auge gefasste Deutung dagegen angesichts zweier anderer Bestimmungen. Can. 687 sagt von den frommen Vereinigungen im allgemeinen, dass sie entsprechend der Vorschrift des can. 100 [1]) nur dann juristische Persönlichkeit in der Kirche erwerben, wenn sie von dem zuständigen kirchlichen Obern ein förmliches Errichtungsdekret erhalten haben [2]). Und can. 1489 § 1 bestimmt hinsichtlich der kirchlichen Stiftungen: „Spitäler, Waisenhäuser und andere ähnliche Institute, die für religiöse oder wohltätige Zwecke, sei es geistliche, sei es zeitliche, bestimmt sind, können vom Ortsobern errichtet und durch Erlass desselben zu kirchlichen juristischen Personen gemacht werden" [3]). Diese beiden Vorschriften liessen sich ja zur Not dahin deuten, dass zu der kirchlichen Billigung, die sie zu moralischen Personen stempele, noch ein besonderer Errichtungsakt mit der Wirkung der juristischen Persönlichkeit im Sinne der Privatrechtsfähigkeit hinzukommen könne. Jedoch bereits

---

can. 1410: Dotem beneficii constituunt sive bona quorum proprietas est penes ipsum ens iuridicum, sive certae et debitae praestationes alicuius familiae vel personae moralis sive certae et voluntariae fidelium oblationes, quae ad beneficii rectorem spectent, sive iura, ut dicitur, stolae intra fines taxationis dioecesanae vel legitimae consuetudinis, sive chorales distributiones, exclusa tertia earundum parte, si omnes reditus beneficii choralibus distributionibus constent.

[1]) Oben S. 201 mit Anm. 3.

[2]) Ad normam can. 100, tunc tantum fidelium associationes iuridicam in Ecclesia personam acquirunt, cum a legitimo Superiore ecclesiastico formale obtinuerunt erectionis decretum. Dazu can. 691 § 1: Associatio legitime erecta, nisi aliud expresse cautum sit, bona temporalia possidere et administrare potest sub auctoritate Ordinarii loci cui rationem administrationis saltem quotannis reddere debet, ad normam can. 1525, minime vero parochi, licet in eius territorio erecta sit, nisi aliud Ordinarius ipse statuerit.

[3]) Hospitalia, orphanotrophia aliaque similia instituta, ad opera religionis vel caritatis sive spiritualis sive temporalis destinata, possunt ab Ordinario loci erigi et per eius decretum persona iuridica in Ecclesia constitui.

oben [1]) wurde festgestellt, dass den Gegensatz zu den mit juristischer Persönlichkeit ausgestatteten Stiftungen oder nichtkollegialen moralischen Personen in Wahrheit nicht solche ohne juristische, aber mit moralischer bilden, sondern solche ohne jede Persönlichkeit, also unselbständige Anstalten oder Stiftungen bloss im untechnischen Sinne, ohne Rechtssubjektivität. Und ebenso stehen bei den kirchlichen Vereinen den durch rechtsförmliches Dekret errichteten und infolgedessen mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten die bloss approbierten gegenüber, die weder moralische noch juristische Personen, sondern kirchliche Vereine ohne Rechtsfähigkeit sind [2]). Also wiederholen die Kanones 687 und 1489 § 1 lediglich die Bestimmung von can. 100 § 1 für zwei einzelne Fälle, in denen das besonders nötig schien, weil es sich um Grenzfälle handelt, und weil für Vereine und Stiftungen mit Rücksicht darauf, dass es auch solche ohne Rechtspersönlichkeit geben soll, eine Erinnerung daran, dass nur die formell errichteten Rechtssubjekte sein sollen, sich besonders empfahl. Das Gesetzbuch verfährt ja auch sonst so; auch in anderen Fällen schärft es allgemeine Bestimmungen bei besonderer Gelegenheit nochmals ein [3]). In can. 687 und in can. 1489 § 1 könnte statt persona iuridica ebenso gut persona moralis stehen. An dem Sinne der beiden Bestimmungen würde dadurch nichts geändert. Die beiden Bezeichnungen sind völlig gleichbedeutend.

Diese Auslegung und Auffassung wird bestätigt durch andere Stellen des Kodex, in denen die Erwerbs- und Vermögensfähigkeit an die moralische Persönlichkeit geknüpft erscheint. So liest man in can. 1499, dessen erster Paragraph die

---

[1]) S. 200 mit Anm. 1.

[2]) Oben S. 199 mit Anm. 6.

[3]) Vgl. oben S. 213 Anm. 3, wo can. 321 mitgeteilt ist, der sich lediglich als Wiederholung der allgemeinen Bestimmung von can. 101 § 1 n° 1° für den Einzelfall der Wahl eines praelatus *nullius* erweist, oder can. 219 (unten S. 238 Anm. 4) mit can. 148 § 1 (unten S. 293 Anm. 1), 176 § 2.

Erwerbsfähigkeit der Kirche im allgemeinen feststellt[1]), in § 2: „Das Eigentum an dem (nach Massgabe von § 1 erworbenen) Vermögen steht unter der obersten Autorität des Apostolischen Stuhles derjenigen moralischen Person zu, die dies Vermögen rechtmässig erworben hat" [2]). Und can. 1501, der das Schicksal des Vermögens einer kirchlichen Verbandsperson zum Gegenstand hat und dafür eine sozialrechtliche Sukzession vorsieht, drückt das so aus: „Nach dem Wegfall einer kirchlichen moralischen (nicht juristischen, wie man bei der abgelehnten Auslegung erwarten müsste) Person fällt deren Vermögen an die unmittelbar übergeordnete kirchliche moralische Person, aber immer unter Vorbehalt von (abweichenden, etwas anderes anordnenden) Bestimmungen der Stifter oder Spender sowie wohlerworbener Rechte und etwaiger besonderer Rechtsvorschriften, die für die untergegangene moralische Person massgebend waren" [3]). Endlich seien noch zwei Kanones angeführt, welche die Erwerbsfähigkeit, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch mittelbar nicht an eine juristische, sondern an die moralische Persönlichkeit knüpfen. Can. 531 sagt: „Nicht nur die religiose Genossenschaft, sondern auch deren Provinz und einzelne Niederlassung", also gerade diejenigen Stufen des religiosen Verbandes, die wir oben[4]) als moralische Personen mit dürren Worten anerkannt fanden, „sind fähig, zeitliches Gut mit festen oder grundversicherten Einkünften zu erwerben und zu besitzen, es sei denn, dass ihre Fähigkeit dazu in den (Ordens-)Regeln und Konstitutionen

---

[1]) Oben S. 184 mit Anm. 3.

[2]) § 2. Dominium bonorum, sub suprema auctoritate Sedis Apostolicae, ad eam pertinet m o r a l e m p e r s o n a m, quae eadem bona legitime acquisiverit.

[3]) Exstincta p e r s o n a m o r a l i ecclesiastica, eius bona fiunt personae moralis ecclesiasticae immediate superioris, salvis semper fundatorum seu oblatorum voluntatibus, iuribus legitime quaesitis atque legibus peculiaribus quibus exstincta p e r s o n a m o r a l i s regebatur.

[4]) S. 202, 203 mit Anm. 1.

ausgeschlossen oder beschränkt ist“ [1]). Und ganz ähnlich verhält es sich mit can. 676 § 1, wo von der Vereinigung der ohne Gelübde zu gemeinsamem Leben Vereinten [2]) bestimmt ist: „Die Vereinigung, aber auch ihre Provinzen und Häuser sind fähig, Vermögen zu erwerben und zu besitzen [3]). Es handelt sich also bei dem Nebeneinander der Bezeichnungen moralische und juristische Person nur um einen Wechsel des Ausdrucks für ein und dieselbe Sache, etwa so wie die Bezeichnungen Apostolischer Stuhl und Heiliger Stuhl völlig gleichbedeutend miteinander verwendet sind [4]). Vielleicht hängt dieser Wechsel auch bloss mit der Verschiedenheit der ersten Redakteure der verschiedenen Teile des Gesetzbuchs und mit einer gewissen Vorliebe von ihnen für die eine oder andere Bezeichnung zusammen [5]). Dem Gesamtwerk und dessen Ver-

---

[1]) Non modo religio, sed etiam provincia et domus sunt capaces acquirendi et possidendi bona temporalia cum reditibus stabilibus seu fundatis, nisi earum capacitas in regulis et constitutionibus excludatur vel coarctetur.

[2]) Vgl. oben S. 186 mit Anm. 5.

[3]) Societas eiusque provinciae et domus capaces sunt acquirendi et possidendi bona temporalia. Aber auch der oben S. 200 Anm. 2 angeführte can. 1544 § 1 gehört in diesen Zusammenhang, da er sich auf Vermögensmassen bezieht, die unter einer Auflage, eventuell als unselbständige Stiftungen, einer moralischen Person anvertraut und ihr angegliedert sind. Dazu can. 1546 § 1. Ut huiusmodi fundationes a persona morali acceptari possint, requiritur consensus Ordinarii loci, in scriptis datus, qui eum ne praebeat, antequam legitime compererit personam moralem tum novo oneri suscipiendo, tum antiquis iam susceptis satisfacere posse; maximeque caveat ut reditus omnino respondeant oneribus adiunctis secundum cuiusque dioecesis morem. Ferner can. 1510 § 2. Res sacrae, quae in dominio privatorum non sunt, non a persona privata, sed a persona morali ecclesiastica contra aliam personam moralem ecclesiasticam praescribi possunt sowie can. 1511 § 1. Res immobiles, mobiles pretiosae, iura et actiones sive personales sive reales, quae pertinent ad Sedem Apostolicam, spatio centum annorum praescribuntur. § 2. Quae ad aliam personam moralem ecclesiasticam, spatio triginta annorum.

[4]) Oben S. 185 mit Anm. 2.

[5]) Von den erwähnten Fundstellen von persona iuridica findet sich

ständnis gereicht er nicht gerade zum Vorteil. Bei literarischen Arbeiten ist die Mannigfaltigkeit im Ausdruck ein Vorzug, bei gesetzgeberischen nicht. Da erscheint die starre Einförmigkeit und Folgerichtigkeit im Sprachgebrauch unseres Bürgerlichen Gesetzbuchs als das Vollkommenere. Jedoch das päpstliche Gesetzbuch hat sich zu solcher Strenge nicht aufschwingen können. Wie wir hörten, spricht es bald von canonicum, bald von ecclesiasticum ius [1]), bald von publica, bald, genauer und richtiger, von ecclesiastica auctoritas [2]), bald von persona moralis, bald von corpus morale [3]) und so auch bald von moralis [4]), bald von iuridica persona. Dem Sinne nach kommt beides auf dasselbe hinaus. Das ist das Ergebnis unserer Untersuchung.

Die Frage der Vermögensfähigkeit der kirchlichen Verbandsperson führt uns hinüber in das kirchliche Vermögensrecht. Nur wenig ist, zumal da wir manches Einschlägige

---

nur eine im zweiten Buch (De personis), die anderen stehen im dritten (De rebus); jene ist vielleicht irgendwie aus dem Einfluss dieser zu erklären. Auch im Stil weichen die verschiedenen Teile des Kodex bisweilen in bemerkenswerter Weise voneinander ab.

[1]) Vgl. can. 1112 (oben S. 180 Anm. 4), 1117 (ebenda Anm. 5), 1139 § 1 (oben S. 187 Anm. 1), 1523 n° 2°, 1529 (unten S. 229 Anm. 2), 1573 § 4, 1926 u. a. einerseits und can. 26, 27 § 1 (oben S. 182 Anm. 3), 84, 727 § 2, 1043, 1133 § 2, 1513 (oben S. 184 Anm. 4), 2364 anderseits, wo aber gezeigt wurde, dass der Wechsel im Ausdruck unter Umständen gewollt ist und einen guten Sinn hat oder haben kann.

[2]) Vgl. oben S. 201 Anm. 1, 207 Anm. 4, 209 Anm. 1, 216 Anm. 3, can. 1146, 1356 § 1, 1412 n° 2°, 2198 (oben S. 121 Anm. 4), 2205 § 3, 2229 § 1 n° 3°, 2291 n° 9°, 1495 § 2 (oben S. 216 Anm. 2) liefert eine weitere Bestätigung der von uns an der erstgenannten Stelle gegebenen Auslegung der Wendung publica auctoritas.

[3]) Oben S. 210 Anm. 4.

[4]) Und zwar bald mit dem Zusatz in Ecclesia, bald als von einer ecclesiastica. Vgl. can. 100 § 1 (oben S. 201 Anm. 3), 687 (oben S. 217 Anm. 2), 1497 § 1 (S. 216 Anm. 2), 1501 (S. 219 Anm. 3), 1544 § 1 (S. 200 Anm. 2) und 1489 § 1 (S. 217 Anm. 3), 1500 (S. 209 Anm. 1), 1510 § 2 (S. 220 Anm. 3), 1557 § 2 (S. 202 Anm. 3).

schon berührt haben, darüber vom zivilistischen Standpunkt aus zu bemerken. Das Recht der heiligen Sachen, die in geweihte (res consecratae) und gesegnete (res benedictae) zerfallen [1], ist dasselbe geblieben. Beibehalten ist namentlich auch der durch die mittelalterliche Entwicklung, genauer durch das germanische Eigenkirchenrecht [2]) zu allgemeiner Geltung gebrachte Satz, dass die Weihe nur den Ausschluss vom Profangebrauch bewirkt [3]), das Eigentum aber unberührt lässt. Heilige Sachen [4]) können auch nach neukanonischem Recht nicht bloss im Eigentum kirchlicher (moralischer) Personen stehen, sondern ebensowohl in dem von Privaten [5]). Dass dem

[1]) can. 1497 § 2.

[2]) In dem in den can. 1298, 1299 ausgesprochenen Rechte der päpstlichen Sakristei auf die von einem in Rom residierenden Kardinal und der Kathedrale auf die vom Ortsbischof hinterlassenen heiligen Geräte kann man, obschon es jetzt auf einer ganz anderen Grundlage ruht, gleichfalls noch eine entfernte Nachwirkung eigenkirchenrechtlicher Grundsätze erblicken.

[3]) Im einzelnen vgl. etwa can. 1169 § 4 betreffend gesegnete Glocken (oben S. 117 Anm. 2), can. 1202 § 1 über Altäre, can. 1296 § 1, 1305 § 1 n° 2° anlangend heilige Geräte, can. 1192 § 3 hinsichtlich halböffentlicher, d. h. für den Gebrauch von Kommunitäten oder sonstigen Vereinigungen von Gläubigen bestimmten Bethäusern, zu denen der Zutritt nicht jedermann offensteht, und ebenso in Betreff von Hauskapellen, die allerdings nicht oder doch nicht wie Kirchen benediziert werden, so dass hier der Entzug vom Profangebrauch und von der Benutzung zu häuslichen Zwecken sich schon aus der einfachen Widmung ergibt. Betreffend die Reliquen vgl. can. 1289. Darum soll ein Kirchengebäude, falls vorauszusehen ist, dass es doch zu profanen Zwecken werde verwendet werden, gar nicht erst die Weihe erhalten, can. 1165 § 2. Deshalb verliert weiter eine Kirche, welche mit Erlaubnis des Bischofs zu profanen Zwecken, die aber keine unsauberen sein dürfen, benutzt wird, die Weihe, can. 1170 mit 1187. Vgl. auch die Bestimmungen über die Violation und Rekonziliation can. 1172 ss., 1207.

[4]) Auch Kirchen und geweihte Bethäuser can. 1154, 1191 § 1.

[5]) can. 1150. Res consecratae, vel benedictae constitutiva benedictione (vgl. Sägmüller, Kirchenrecht³ II § 120 S. 61), reverenter tractentur neque ad usum profanum vel non proprium adhibeantur, etiamsi in dominio privatorum sint und can. 1510 § 1. Res sacrae

Gesetzbuch die Unterscheidung von Spezies- und fungibler Sache geläufig ist, wurde bereits bemerkt[1]). Auch zwischen körperlichen und unkörperlichen Sachen unterscheidet es und versteht unter letzteren namentlich die Rechte[2]). Der Eigentumserwerb an Früchten erfolgt durch Perzeption[3]). Die Fruchtverteilung insbesondere im Falle eines Wechsels in der Inhaberschaft einer Pfründe ist gemäss dem neuzeitlich aus-

---

quae in dominio privatorum sunt, praescriptione acquiri a privatis personis possunt, quae tamen eas adhibere nequeunt ad profanos usus; si vero consecrationem vel benedictionem amiserint, libere acquiri possunt etiam ad usus profanos, non tamen sordidos; den § 2 siehe oben S. 220 Anm. 3. Wie bisher darf beim Kauf oder Tausch heiliger Sachen die Weihe oder Segnung und der dadurch bewirkte besondere kirchliche Wert bei der Preisbemessung nicht mit in Anschlag gebracht werden, can. 1539 § 1. Sonst liegt Simonie vor, die nicht bloss schwer bestraft wird (can. 2392, vgl. 2371), sondern auch Nichtigkeit des simonistischen Geschäftes nach sich zieht, can. 729. Firmis poenis in simoniacos iure statutis, contractus ipse simoniacus et, si simonia committatur circa beneficia, officia, dignitates, subsequens provisio omni vi caret, licet simonia a tertia persona commissa fuerit, etiam inscio proviso, dummodo hoc non fiat in fraudem eiusdem provisi aut eo contradicente. Quare: 1.° Ante quamlibet iudicis sententiam res simoniace data et accepta, si restitutionis sit capax nec obstet reverentia rei spirituali debita, restitui debet, et beneficium, officium, dignitas dimitti; 2.° Simoniace provisus non facit fructus suos; quod si eos bona fide perceperit, prudentiae iudicis vel Ordinarii permittitur fructus perceptos ex toto vel ex parte eidem condonare.

[1]) Oben S. 190 mit Anm. 1.

[2]) can. 1497 § 1 (oben S. 216 Anm. 2), can. 2346; vgl. can. 2345, 1511 (S. 220 Anm. 3) und bezüglich der quasi-possessio an ihnen can. 1695 § 1, 1697 § 3, 1698 § 1.

[3]) So wenigstens durch den Pfründeinhaber; vgl. can. 349 § 2 n° 1° mit 430 § 3 n° 3° sowie can. 405 § 1, 729 n° 2° (siehe S. 222 Anm. 5 a. E.), can. 1475 § 2, 1477 § 1. Sumptus ordinario modo connexi cum bonorum beneficialium administratione et fructuum perceptione, a beneficiario ferendi sunt, der nach § 3 die ihm obliegenden kleinen Instandstellungen zur Vermeidung grösseren Schadens beförderlichst bewerkstelligen soll, can. 2280 § 2, 2346. Vgl. auch can. 1186 n° 2°.

gestalteten Grundsatz des verdienten Gutes[1]) geregelt, so dass die Früchte nach der Dauer der Berechtigung verteilt werden[2]). Die Bestimmungen über die Vermietung, Verpachtung und Vererbpachtung kirchlicher Grundstücke und Ländereien[3]) können wir übergehen, da sie zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass geben. Was die alienatio, die Veräusserung im engeren Sinne anlangt, so bedarf es dafür nicht bloss eines Wertanschlags, einer iusta causa, die gegeben erscheint bei urgens necessitas vel evidens utilitas Ecclesiae sowie im Falle der pietas (Loskauf von Gefangenen und ähnlichem), sondern auch der Einwilligung des zuständigen Obern[4]).

---

[1]) Vgl. Otto Gierke, Deutsches Privatrecht II, Berlin 1905 S. 586 ff., 594.

[2]) can. 1480. Annui reditus beneficii inter successorem et antecessorem eiusve heredes, in casu obitus, pro rata temporis quo beneficio uterque deservierit, distribuantur, omnibus proventibus et oneribus currentis anni computatis, nisi legitima consuetudo aut peculiaria statuta rite approbata alium iustae compositionis modum induxerint. In ähnlicher Weise ist der Fruchtverlust im Falle der Versäumnis des Breviergebets durch den Benefiziaten geregelt in can. 1475 § 2. Si, nullo legitimo detentus impedimento, obligationi recitandi horas canonicas non satisfecerit, fructus pro rata omissionis non facit suos, eosque fabricae ecclesiae aut Seminario dioecesano tradat vel in pauperes eroget. Bezüglich der canonici vgl. can. 420 § 2, 421.

[3]) can. 1479, 1531, 1533, 1541, 1542. Dagegen mag hier angemerkt werden der von christlich-sozialem Geist erfüllte can. 1524 über Dienstmiete. Omnes, et praesertim clerici, religiosi ac rerum ecclesiasticarum administratores, in operum locatione debent assignare operariis honestam iustamque mercedem; curare ut iidem pietati, idoneo temporis spatio, vacent; nullo pacto eos abducere a domestica cura parsimoniaeque studio, neque plus eisdem imponere operis quam vires ferre queant neque id genus quod cum aetate sexuque dissideat.

[4]) can. 1530. Salvo praescripto can. 1281 § 1 (hervorragende Reliquien und wertvolle, d. h. durch Alter, Kunstwert oder Verehrung ausgezeichnete Bilder, oben S. 41 Anm. 1, sowie andere, die in einer bestimmten Kirche der besonderen Verehrung des Volks sich erfreuen, können nur mit päpstlicher Erlaubnis veräussert oder transferiert werden) ad alienandas res ecclesiasticas immobiles aut mobiles, quae servando servari possunt, requiritur 1.° Aestimatio rei a probis peritis scripto facta; 2.° Justa causa

Und zwar, wie bisher bei Tafelgutsveräusserungen namentlich der Erzbischöfe [1]), derjenigen des Apostolischen Stuhles, wenn es sich handelt um Gegenstände von bemerkenswertem Kunst-, Vergangenheits- oder Sachwert [2]) sowie um solche von einem dreissigtausend Franken übersteigenden Geldwert, und derjenigen des Bischofs, der aber die Zustimmung des Kapitels, des Diözesanverwaltungsrates und der Interessenten einholen muss [3]), wenn der Geldwert zwischen dreissigtausend und tausend Franken liegt, während bei Sachen im Wert von weniger als tausend Franken, falls es sich nicht um ganz geringwertige handelt, der Bischof allein nach Anhörung des bischöflichen Verwaltungsrates und mit Zustimmung der Beteiligten die Erlaubnis erteilen kann [4]). Ein Zuwiderhandeln gegen diese Bestimmungen hat

---

idest urgens necessitas, vel evidens utilitas Ecclesiae, vel pietas; 3.° Licentia legitimi Superioris, sine qua alienatio invalida est. § 2. Aliae quoque opportunae cautelae, ab ipsomet Superiore pro diversis adiunctis praescribendae, ne omittantur, ut Ecclesiae damnum vitetur.

[1]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht [2] § 105 S. 458.

[2]) Vgl. can. 1497 § 2.

[3]) Sodass ohne diesen Konsens die Veräusserung nichtig ist; vgl. can. 105 n° 1°.

[4]) can. 1532 § 1. Legitimus Superior de quo in can. 1530, § 1, n. 3, est Sedes Apostolica, si agatur 1.° De rebus pretiosis; 2.° De rebus quae valorem excedunt triginta millium libellarum seu francorum. § 2. Si vero agatur de rebus quae valorem non excedunt mille libellarum seu francorum, est loci Ordinarius, audito administrationis Consilio, nisi res minimi momenti sit, et cum eorum consensu quorum interest. § 3. Si denique de rebus quarum pretium continetur intra mille libellas et triginta millia libellarum seu francorum, est loci Ordinarius, dummodo accesserit consensus tum Capituli cathedralis, tum Consilii administrationis, tum eorum quorum interest. In dem zweiten, oben im Text zuletzt erwähnten Falle kann also die Veräusserung gültig auch gegen den Willen des Diözesanverwaltungsrates erfolgen; es genügt, dass er angehört ist, der Bischof braucht dem Rate nicht zu folgen; vgl. can. 105 n° 1° und Haring, Ergänzungsheft [3] S. 39 f. Bezüglich der Verpachtung kommt ausser dem Werte noch die Bestandsdauer in Betracht, can. 1541 § 1. Contractus locationis alicuius fundi ecclesiastici ne fiant, nisi ad normam can. 1531, § 2 (öffentliches Ansbieten); et in iis addantur semper conditiones de limitibus custo-

nicht bloss Schadensersatzpflicht und Strafe zur Folge[1]). Vielmehr erklärt auch der Kodex gleich dem bisherigen kirchlichen Rechte das Geschäft für nichtig[2]). Und zur Geltend-

diendis, de bona cultione, de rite solvendo canone, de opportuna cautela pro conditionibus implendis. § 2. Pro locatione bonorum ecclesiasticorum, servato praescripto can. 1479 (Vorausentrichtung des Miet- oder Pachtzinses nicht ohne Erlaubnis des Ortsobern und unter Umständen allein bei Vorkehren zur Sicherung des Eigentümers oder der Nachfolger in der Pfründe): 1.⁰ Si valor locationis excedat triginta millia libellarum seu francorum et locatio sit ultra novennium, requiritur beneplacitum apostolicum; si locatio non sit ultra novennium, servari debet praescriptum can. 1532, § 3 (Anfang dieser Anmerkung). 2.⁰ Si valor contineatur intra mille libellas et triginta millia libellarum seu francorum et locatio sit ultra novennium, servari debet praescriptum eiusdem can. 1532, § 3 ; si locatio non sit ultra novennium, praescriptum eiusdem can. 1532, § 2. 3⁰. Si valor non excedat mille libellas seu francos et locatio sit ultra novennium, servari debet idem praescriptum can. 1532, § 2; si locatio non sit ultra novennium, fieri potest a legitimis administratoribus, monito Ordinario.

[1]) can. 2347. Firma nullitate actus et obligatione, etiam per censuram urgenda, restituendi bona illegitime acquisita ac reparandi damna forte illata, qui bona ecclesiastica alienare praesumpserit aut in iis alienandis consensum praebere contra praescripta can. 534, § 1 (keine Veräusserung oder Schuldaufnahme durch eine religiose Genossenschaft im Betrag von mehr als 30000 Franken ohne vorherige päpstliche Erlaubnis), et can. 1532 (vgl. vorige Anmerkung): 1.⁰ Si agatur de re cuius pretium non excedit mille libellas, congruis poenis a legitimo Superiore ecclesiastico puniatur; 2.⁰ Si agatur de re cuius pretium sit supra mille, sed infra triginta millia libellarum, privetur patronus iure patronatus; administrator, munere administrationis, Superior vel oeconomus religiosus, proprio officio et habilitate ad cetera officia, praeter alias congruas poenas a Superioribus infligendas; Ordinarius vero aliique clerici, officium, beneficium, dignitatem, munus in Ecclesia obtinentes, solvant duplum favore ecclesiae vel piae causae laesae; ceteri clerici suspendantur ad tempus ab Ordinario definiendum. 3.⁰ Quod si beneplacitum apostolicum, in memoratis canonibus praescriptum, fuerit scienter praetermissum, omnes quovis modo reos sive dando sive recipiendo sive consensum praebendo, manet praeterea excommunicatio latae sententiae nemini reservata.

[2]) Vgl. can. 1530 § 1 n⁰ 3 (oben S. 224 Anm. 4) und can. 2347 (vorige

machung dieser Nichtigkeit stellt auch er die persönliche Klage gegen den Zuwiderhandelnden sowie dessen Erben und die dingliche gegen jeden Besitzer bereit [1]. Das ist nun allerdings eine eminent bürgerlichrechtliche Folge des kirchlichen Veräusserungsverbotes, die freilich von der Kirche im Hinblick darauf aufrechterhalten und eingeschärft wird, dass solche Rechtsstreitigkeiten normalerweise nur vor dem kirchlichen Richter ausgetragen werden, und dass der verurteilte Erwerber oder Dritte sich dem kirchlichen Richterspruche unterwirft [2]. Das staatliche Recht und der staatliche Richter bleiben in solchem Falle völlig ausser Spiel und uninteressiert [3]. Anders wenn der Erwerber, insbesondere aber der Dritte dem kirchlichen Richter sich nicht stellt oder seinem Spruche sich nicht fügt. Dann entsteht die Frage, ob das Veräusserungsverbot und die Klagezuerkennung durch die Kirche auch nach dem staatlich-bürgerlichen Rechte wirksam sind. Sie kann in diesem Zusammenhange nicht erörtert

---

Anmerkung) und für Veräusserungen sowie Eingehung von Verpflichtungen von mehr als 30000 Franken durch religiose Genossenschaften can. 534 § 1.

[1] can. 1534 § 1. Ecclesiae competit actio personalis contra eum qui sine debitis sollemnitatibus bona ecclesiastica alienaverit et contra eius heredes; realis vero, si alienatio nulla fuerit, contra quemlibet possessorem, salvo iure emptoris contra male alienantem. § 2. Contra invalidam rerum ecclesiasticarum alienationem agere possunt qui rem alienavit, eius Superior, utriusque successor in officio, tandem quilibet clericus illi ecclesiae adscriptus, quae damnum passa sit.

[2] Vgl. auch can. 2210 § 1. Ex delicto oritur: 1.° Actio poenalis ad poenam declarandam vel infligendam et ad satisfactionem petendam 2.° Actio civilis ad reparanda damna, si cui delictum damnum intulerit. § 2. Utraque actio explicatur ad normam can. 1552—1959, et idem iudex in criminali iudicio potest ad instantiam partis laesae civilem actionem ad examen revocare et definire.

[3] Vgl. Kaas, Geistliche Gerichtsbarkeit der katholischen Kirche in Preussen II S. 276 ff., besonders 279 f.

werden und braucht es auch nicht, da sie[1]) im Hinblick auf unser deutsches bürgerliches Recht in der letzten Zeit einer gründlichen Behandlung unterzogen worden ist[2]). Ich schliesse mich der Ansicht an, dass „wo und soweit in den deutschen Bundesstaaten die Kirche als Korporation des öffentlichen Rechtes anerkannt ist und das Staatskirchenrecht nichts Abweichendes bestimmt, die kanonischen Beschränkungen bürgerliche Geltung haben und zwar gemäss Art. 55 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und gemäss dem in seinem § 134 enthaltenen Vorbehalt als erleichterte Anfechtbarkeit, die von der durch das kirchliche Gesetzbuch bezeichneten persona ecclesiastica geltend gemacht werden kann“ [3]).

In anderen Fällen stellt übrigens der Kodex doch auch auf das im Herrschaftsgebiet der katholischen Kirche geltende positive staatlich-bürgerliche Recht schlechthin ab. So bezüglich der Zeit in can. 33, in dem wenigstens für die privaten kirchlichen Beziehungen die wirkliche oder mittlere Ortszeit, die Landes- und die ausserordentliche z. B. die Sommerzeit zur Wahl gestellt wird, während für den öffentlichen Kult und überhaupt für die öffentlichen kirchlichen Be-

---

[1]) Im Anschluss an Bemerkungen von mir in der ersten Auflage meines Kirchenrechts a. a. O. II S. 955 mit Anm. 3 und von Emil Seckel in Karl Birkmeyers Encyklopädie der Rechtswissenschaft, 2. Auflage, Berlin 1904 S. 1465.

[2]) Durch Peter Klein, Welche Bedeutung kommt den nach katholischem Kirchenrecht bestehenden Beschränkungen der Veräusserung von res ecclesiasticae nach deutschem bürgerlichem Rechte zu? Archiv für katholisches Kirchenrecht LXXXV 1905 S. 242 ff., besonders aber durch Karl Kormann, Die kirchenrechtlichen Veräusserungsbeschränkungen beim katholischen Kirchengut und das bürgerliche Recht, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 42. Heft, Stuttgart 1907 und Leo Raape, Das gesetzliche Veräusserungsverbot des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Berlin 1908 S. 122.

[3]) Stutz, Kirchenrecht² § 105 S. 458 Anm. 3.

ziehungen der gemeine Ortsbrauch, für vertragliche Verpflichtungen die vom staatlichen Rechte angenommene Zeit allein massgebend sein soll[1]). Ueberhaupt soll es für Verträge im Bereiche der Kirche allein auf das staatliche Recht ankommen, sofern nicht das göttliche Recht entgegensteht oder das kirchliche etwas anderes bestimmt[2]). Auch hinsichtlich der Testamentsform und der Bestellung des Testamentsvollstreckers fügt sich die Kirche dem staatlich-bürgerlichen Rechte, da sie das allergrösste Interesse daran hat, Testamente und überhaupt letztwillige Verfügungen zu ihren Gunsten auch von den bürgerlichen Gerichten anerkannt und mit bürgerlichrechtlichen Mitteln zur Durchführung gebracht zu sehen[3]).

---

[1]) § 1. In supputandis horis diei standum est communi loci usui; sed in privata Missae celebratione, in privata horarum canonicarum recitatione, in sacra communione recipienda et in ieiunii vel abstinentiae lege servanda, licet alia sit usualis loci supputatio, potest quis sequi loci tempus aut locale sive verum sive medium, aut legale sive regionale sive aliud extraordinarium. § 2. Quod attinet ad tempus urgendi contractuum obligationes, servetur, nisi aliter expressa pactione conventum fuerit, praescriptum iuris civilis in territorio vigentis.

Bezüglich der Währung ergeben die oben S. 225 Anm. 4 und S. 226 Anm. 1, 2 mitgeteilten und andere Stellen, dass der Kodex nach (italienischen) Lire bezw. nach Franken (der lateinischen Münzunion) rechnet.

Vgl. auch die Erwähnung der *tituli ad latorem* in can. 1539 § 2.

[2]) can. 1529. Quae ius civile in territorio statuit de contractibus tam in genere, quam in specie, sive nominatis sive innominatis, et de solutionibus, eadem iure canonico in materia ecclesiastica iisdem cum effectibus serventur, nisi iuri divino contraria sint aut aliud iure canonico caveatur. Vgl. can. 1541 § 2 (oben S. 225 (226) Anm. 4) und die Anwendung auf den gerichtlichen Vergleich in can. 1926.

[3]) can. 1513 § 2. In ultimis voluntatibus in bonum Ecclesiae serventur, si fieri possit, sollemnitates iuris civilis; hae si omissae fuerint, heredes moneantur ut testatoris voluntatem adimpleant. can. 1301 (mit der in den Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 557 und Appendix p. 525 angebrachten amtlichen Berichtigung). § 1. S.R.E. Cardinalis, Episcopus residentialis alii-

Daneben sind allerdings in alter Weise kirchenrechtlich die Bischöfe zur Vollstreckung aller frommen Verfügungen und zu Aufsehern über deren Durchführung bestellt[1]), und wird die Reduktion, Ermässigung und Abänderung letzter Willen, die die Kirche begünstigen, der kirchlichen Obrigkeit, in erster Linie dem Papste, vorbehalten[2]). Alle diese Anordnungen sind natürlich rechtlich und im Gewissen verpflichtend nur für die Angehörigen der katholischen Kirche als solche, und sie versagen, soweit der Einzelne sich nicht fügt, in welchem Falle die Kirche nur so viel zu erreichen vermag, als ihr das staatlich-bürger-

---

que clerici beneficiarii obligatione tenentur curandi testamento vel alio instrumento in forma iuris civilis valido ut canonica praescripta, de quibus in can. 1298—1300 (über Verfügungen hinsichtlich ihres Nachlasses an heiligen Geräten; oben S. 222 Anm. 2) debitum effectum etiam in foro civili sortiantur. § 2. Quamobrem tempestive ac forma iure civili valida personam integrae famae designent ad normam can. 380 (wie der Bischof gleich, nachdem er vom Bistum Besitz genommen hat, einen Schlüsselbewahrer des Geheimarchivs für den Fall seines Todes oder seiner Behinderung zu bestellen hat), quae, adveniente ipsorum morte, non solum sacram supellectilem, sed etiam libros, documenta aliaque quae ad ecclesiam pertinent et in eorum domo reperiuntur, occupet et cui debentur, remittat.

[1]) Nachdem can. 1514 die gewissenhafte Vollstreckung aller Verfügungen zu milden Zwecken eingeschärft hat, fährt can. 1515 fort: § 1. Ordinarii omnium piarum voluntatum tam mortis causa quam inter vivos exsecutores sunt. § 2. Hoc ex iure Ordinarii vigilare possunt, ac debent, etiam per visitationem, ut piae voluntates impleantur, et alii exsecutores delegati debent, perfuncti munere, illis reddere rationem. § 3. Clausulae huic Ordinariorum iuri contrariae, ultimis voluntatibus adiectae, tanquam non appositae habeantur. Vgl. can. 1516. Dazu die Strafbestimmung des can. 2348.

[2]) can. 1517 § 1. Ultimarum voluntatum reductio, moderatio, commutatio, quae fieri ex iusta tantum et necessaria causa debent, Sedi Apostolicae reservantur, nisi fundator hanc potestatem etiam Ordinario loci expresse concesserit. § 2. Si tamen exsecutio onerum impositorum, ob imminutos reditus aliamve causam, nulla administratorum culpa, impossibilis evaserit, tunc Ordinarius quoque, auditis iis quorum interest, et servata, meliore quo fieri potest modo, fundatoris voluntate, poterit

liche Recht wie jedem anderen, an einer solchen Verfügung Beteiligten einräumt. Die Verwaltung des Kirchenguts soll nicht nur gemäss den Vorschriften des kirchlichen, sondern auch entsprechend denen des bürgerlichen Rechts geführt werden [1]. Auch bezüglich der Ersitzung nimmt die Kirche nunmehr das staatlich-bürgerliche Recht an [2], ergänzt es aber durch eine Anzahl von Bestimmungen für ihre Zwecke [3]. Oeffentliche bürgerlich-staatliche Urkunden machen, wenn echt, auch im kirchlichen Rechtsstreit vollen Beweis [4]. Endlich sei erwähnt, dass sich das neue kirchliche Recht gerne staatlichrechtliche Befreiungen von der Einvernahme als Zeuge am Gerichtsort auch für die kirchlichen Gerichte gefallen lässt [5], nicht aber schlechthin den von der staatlichen Behörde bestellten Pfleger eines Schutzbefohlenen zu dessen Vertretung auch vor dem kirchlichen Richter; vielmehr bedarf es zu dessen

---

eadem onera aeque imminuere, excepta Missarum reductione quae semper Sedi Apostolicae unice competit.

[1] can. 1523 n° 2°.

[2] can. 1508. Praescriptionem, tanquam acquirendi et se liberandi modum, prout est in legislatione civili respectivae nationis, Ecclesia pro bonis ecclesiasticis recipit, salvo praescripto canonum qui sequuntur, nämlich can. 1509—1512.

[3] Zum Teil haben wir sie im Laufe unserer Untersuchung bereits kennen lernen. Vgl. oben S. 182 Anm. 5, 222 (223) Anm. 3, 220 Anm. 3, can. 1512. Nulla valet praescriptio, nisi bona fide nitatur, non solum initio possessionis, sed toto possessionis tempore ad praescriptionem requisito erhält in Einklang mit BGB. § 937 Abs. 2 das alte Recht von c. 20 X de praescriptionibus 2,26 aufrecht. Vgl. dazu can. 1446. Si clericus qui beneficium possidet, probaverit se in eiusdem beneficii possessione pacifice per integrum triennium fuisse bona fide, etsi forte cum titulo invalido, dummodo absit simonia, beneficium ex legitima praescriptione obtinet.

[4] can. 1813 § 2. Documenta publica civilia ea sunt quae secundum uniuscuiusque loci leges talia iure censentur.

[5] can. 1770 § 2 n° 1°. Nicht am Gerichtssitz werden als Zeugen vernommen: S.R.E. Cardinales, Episcopi et personae illustres quae suae civitatis iure eximuntur.

Zulassung erst der Zustimmung des Bischofs, der dem Schutzbedürftigen dafür unter Umständen auch einen besonderen Pfleger setzen kann[1]).

Damit schliessen wir diese Betrachtungen[2]). Noch manches liesse sich über bürgerlichrechtliche Einschläge im Kodex sagen. So z. B. von den Grundsätzen des Gesetzbuchs über den Irrtum, über die Stellvertretung, insbesondere im Falle der Delegation, aber auch aus Auftrag, und über die Haftung daraus. Desgleichen über andere Gegenstände, die zwar nicht ausschliesslich dem bürgerlichen Rechte zugehören, aber herkömmlicherweise im Zusammenhange mit ihm behandelt werden, wie über das Gesetz und seine zeitliche und örtliche Geltung, über das Gewohnheitsrecht, über Privileg, Reskript u. s. w. Vielleicht komme ich selbst oder kommt der eine oder andere meiner Schüler oder Leser später darauf noch zurück. Dabei ist mir wohl bewusst, dass für das kirchliche Recht als solches die Unterscheidung von öffentlichem und privatem Rechte keine Geltung hat[3]). Ich bin, wie das in diesem Abschnitt Ausgeführte zur Genüge beweisen dürfte, weit davon entfernt, sie in das neue Gesetzbuch hineintragen zu wollen. Für mich handelt es sich bei der oben angestellten

---

[1]) can. 1651 § 1. Ut curator ab auctoritate civili alicui datus a iudice ecclesiastico admittatur, debet accedere consensus Ordinarii proprii illius cui datus est. § 2. Ordinarius potest quoque alium curatorem constituere pro foro ecclesiastico, si, omnibus mature perpensis, id statuendum esse prudenter censuerit.

[2]) Ueber das Ehehindernis der künstlichen Verwandtschaft aus Kindesannahme nach staatlichem und entsprechend nach kirchlichem Rechte siehe oben S. 112 mit Anm. 1, 147.

[3]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht[2] § 54 S. 392 und ausführlicher Wilhelm Kahl, Lehrsystem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik I, Freiburg i. Br. 1894 § 8 S. 97 ff., besonders S. 112 ff. einerseits sowie Sägmüller, Kirchenrecht I[3] § 3 S. 10 ff. anderseits. Den gegenteiligen, unrichtigen Standpunkt sahen wir allerdings oben S. 133 Anm. 2 Laemmer a. a. O. S. 108 f. vertreten.

Betrachtung nur darum, die allgemeine Aufmerksamkeit auf denjenigen kirchlichen Rechtsstoff hinzulenken, der seiner Herkunft nach aus dem Privatrecht stammt, innerhalb des kirchlichen Systems mehr oder weniger privatrechtsartige Aufgaben erfüllt und zu dem Privatrechte der die Kirche umgebenden und einschliessenden staatlichen Ordnung Beziehungen hat. Diese Beziehungen besonders ins Auge zu fassen und nach den verschiedensten Richtungen hin aufzudecken, scheint mir im Interesse sowohl der Kirchenrechtswissenschaft als auch der Zivilistik. Jene kann wissenschaftlich nur gewinnen, wenn Elemente des Kirchenrechts, die, obwohl sie durchaus nicht nur an der Peripherie liegen, wissenschaftlich eher vernachlässigt sind, auch mit den Mitteln der profanen Rechtswissenschaft unserer Tage bearbeitet werden. Es wäre sehr zu wünschen, dass, nachdem nunmehr das katholische Kirchenrecht durch das neue Gesetzbuch sogar für den Nichtfachmann leicht zugänglich geworden ist und auch von ihm ohne Schwierigkeiten wieder übersehen werden kann, Vertreter der verschiedensten Zweige der nichtkirchlichen Rechtswissenschaft, neben Zivilisten insbesondere Prozessualisten und Kriminalisten durch eindringende Bearbeitung dem alten Stoffe neue Seiten abzugewinnen sich bestrebten. Dadurch würde auf der anderen Seite auch den Wissenschaften des bürgerlichen, des Prozess- und des Strafrechts manche Anregung zuteil. Einst arbeiteten Kanonisten und Legisten in engstem Verein. Seit wir auf all den genannten Gebieten, zuletzt auf dem bürgerlichrechtlichen, das gemeine Recht aufgegeben haben, ist diese Arbeitsgemeinschaft fast völlig geschwunden, hat man die gegenseitige Fühlung mehr oder weniger verloren und hat sich der Gesichtskreis beider Gruppen, insbesondere derjenigen der Vertreter der Profanrechtswissenschaften in bedauerlicher Weise verengert. Jetzt ist die Gelegenheit geboten, über die Enge der bisherigen Arbeits- und Betrachtungsweise wieder hinauszukommen. Dazu möchte dieser Versuch einen ersten Anstoss geben. Findet er Nachahmung und gelingt es,

namentlich unsere Zivilistik wieder mehr kirchenrechtlich zu interessieren, so wäre das ein Erfolg des päpstlichen Gesetzgebungswerkes auf wissenschaftlichem Gebiete, der zwar von dem Gesetzgeber kaum vorausgesehen ist, aber darum doch keineswegs gering zu veranschlagen, vielmehr hochbedeutsam wäre.

VIII.

Primat und Episkopat.



Auf zwei Säulen göttlichen Untergrundes ruht nach katholischer Lehre der Bau der Kirchenverfassung, auf dem Primat als der Nachfolgerschaft des Apostelfürsten Petrus [1]), und auf dem Episkopat als der Nachfolge der Apostel überhaupt [2]).

Vom Primat wird niemand erwarten, dass er in einem vom Papsttum erlassenen [3]) Gesetzbuch auch nur in seinen menschlichrechtlichen Bestandteilen irgendwie verändert sei. Eine Steigerung der päpstlichen Rechte ist nach der mittelalterlichen Entwicklung und nach deren neuzeitlicher Krönung durch die auf dem Vatikanischen Konzil beschlossene Konstitution: Pastor aeternus vom 18. Juli 1870 schlechterdings ausgeschlossen. Und was sollte das zurzeit innerhalb der Kirche durch keinerlei Gegengewichte in seiner Allmacht bedrohte Papsttum veranlasst haben, seine Primatialrechte auch nur im geringsten zu ermässigen?

In der Tat kehrt der Primat des Papstes im Kodex ganz so wieder, wie er schon nach dem bisherigen Rechte und nach

---

[1]) can. 218 § 1. Romanus Pontifex, Beati Petri in primatu Successor, habet non solum primatum honoris, sed supremam et plenam potestatem iurisdictionis in universam Ecclesiam tum in rebus quae ad fidem et mores, tum in iis quae ad disciplinam et regimen Ecclesiae per totum orbem diffusae pertinent. § 2. Haec potestas est vere episcopalis, ordinaria et immediata tum in omnes et singulas ecclesias, tum in omnes et singulos pastores et fideles, a quavis humana auctoritate independens.

[2]) can. 329 § 1. Episcopi sunt Apostolorum successores atque ex divina institutione peculiaribus ecclesiis praeficiuntur quas cum potestate ordinaria regunt sub auctoritate Romani Pontificis. can. 108 § 3. Ex divina institutione sacra hierarchia ratione ordinis constat Episcopis, presbyteris et ministris; ratione iurisdictionis, pontificatu supremo et episcopatu subordinato . . .

[3]) Oben S. 50 f.

der auf dem Vatikanum fussenden Lehre des letzten halben Jahrhunderts sich darstellt.

Für die Wahl des Papstes ist und bleibt allein massgebend Pius X. Konstitution: Vacante Sede Apostolica[1]), nach der auch die Rechte des Kardinalskollegiums bei erledigtem päpstlichen Stuhl sich bestimmen[2]), mitsamt der gegen die staatliche Einmischung gerichteten Konstitution: Commissum Nobis desselben Papstes vom 20. Januar 1904 und mit der Konstitution Leos XIII.: Praedecessores Nostri nebst der Instruktion dazu vom 24. Mai 1882[3]) über die Papstwahl in ausserordentlichen Fällen, namentlich ausserhalb Roms[4]).

Für den Verzicht auf den päpstlichen Stuhl bedarf es,

---

[1]) can. 160. Romani Pontificis electio unice regitur const. Pii X *Vacante Sede Apostolica,* 25 Dec. 1904. Vgl. oben S. 22 Anm. 2 und die allgemeine Bestimmung des can. 170. Suffragium sibimetipsi nemo valide dare potest mit can. 172 § 4.

[2]) can. 241. Sede Apostolica vacante, Sacrum Cardinalium Collegium et Romana Curia non aliam habent potestatem, quam quae definitur in const. Pii X *Vacante Sede Apostolica,* 25 Dec. 1904. Ebenso die Bestrafung der mit der Papstwahl zusammenhängenden kirchlichen Vergehen, can. 2330. Quod attinet ad poenas statutas in delicta quae in eligendo Summo Pontifice committi possunt, unice standum const. Pii X *Vacante Sede Apostolica,* 25 Dec. 1904.

[3]) Vgl. oben S. 27 Anm. 1. Nach can. 234. Promotus (ad dignitatem Cardinalatus) absens a Curia debet in recipiendo bireto rubro iurare se intra annum, nisi legitimo detineatur impedimento, Summum Pontificem aditurum (insbesondere auch, um den durch die Konstitution: Commissum Nobis und die Papstwahlbulle vorgeschriebenen Eid — vgl. darüber Stutz, Bischofswahlrecht, Anhang 62 S. 231 ff., namentlich S. 233 — zu leisten). Dazu can. 2397. Si quis ad dignitatem cardinalitiam promotus, iusiurandum, de quo in can. 234, emittere recusaverit, ipso facto cardinalitia dignitate privatus perpetuo maneat.

[4]) Ueber den Erwerb der Primatialgewalt bestimmt can. 219: Romanus Pontifex, legitime electus, statim ab acceptata electione, obtinet, iure divino, plenam supremae iurisdictionis potestatem. Vgl. can. 148 § 1 und 176 § 2.

anders als sonst in der Regel für den auf ein kirchliches Amt mit oder ohne Pfründe[1]), einer Annahme nicht[2]).

Der primatus iurisdictionis[3]) enthält[4]):

1. Die oberste Lehrgewalt mit Unfehlbarkeit in Sachen des Glaubens und der Sitten[5]). Darin ist namentlich enthalten das Amt der Verkündigung des katholischen Glaubens für die Gesamtkirche[6]) sowie der Wahrung der Glaubens- und der Sittenlehre[7]), ferner die Handhabung der Bücher-

---

[1]) can. 187 § 1. Renuntiatio generatim, ut valeat, ei fieri debet a quo est acceptanda, vel, si acceptatione non egeat, a quo clericus officium accepit vel qui eiusdem locum tenet. § 2. Quare si officium per confirmationem, admissionem vel institutionem collatum fuerit, renuntiatio fieri debet Superiori ad quem de iure ordinario confirmatio, admissio vel institutio spectat. Vgl. damit can. 1484 ss.

[2]) can. 221: Si contingat ut Romanus Pontifex renuntiet, ad eiusdem renuntiationis validitatem non est necessaria Cardinalium aliorumve acceptatio.

So schon beim Rücktritt Coelestins V. (des früheren Einsiedlers Peter von Morone im Jahre 1294). Vgl. c. 10 X de renunciatione 1,9 und Paul Hinschius, Das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten I, Berlin 1869, S. 295 mit Anm. 2 und 8 sowie Heinrich Finke, Aus den Tagen Bonifaz VIII., Vorreformationsgeschichtliche Forschungen, herausgegeben von Heinrich Finke II, Münster i. W. 1902 S. 56 und c. 1 in VI° de renunciatione 1,7 (Bonifaz VIII.).

[3]) Den Begriff der Jurisdiktion bestimmt can. 196 ganz wie bisher.

[4]) Nach can. 218 § 1 (oben S. 237 Anm. 1).

[5]) can. 1323 § 1. Fide divina et catholica ea omnia credenda sunt quae verbo Dei scripto vel tradito continentur et ab Ecclesia sive sollemni iudicio sive ordinario et universali magisterio tanquam divinitus revelata credenda proponuntur. § 2. Sollemne huiusmodi iudicium pronuntiare proprium est tum Oecumenici Concilii tum Romani Pontificis ex cathedra loquentis. § 3. Declarata seu definita dogmatice res nulla intelligitur, nisi id manifeste constiterit.

[6]) can. 1327 § 1. Munus fidei catholicae praedicandae commissum praecipue est Romano Pontifici pro universa Ecclesia, Episcopis pro suis dioecesibus.

[7]) can. 247 § 1. Congregatio S. Officii, cui ipse Summus Pontifex praeest, tutatur doctrinam fidei et morum.

zensur[1]), weiter die Berufung[2]), Leitung[3]) und Bestätigung[4]) der allgemeinen Konzilien, die Erteilung der Erlaubnis zum Zusammentritt sowie der Legatenvorsitz und die Leitung der Plenarsynoden[5]) und die Prüfung der auf ihnen und den Provinzialsynoden gefassten Beschlüsse[6]), die Einrichtung und Leitung des Missionswesens[7]), die Gründung von katholischen

[1]) can. 1395 § 1. Jus et officium libros ex iusta causa prohibendi competit non solum supremae auctoritati ecclesiasticae pro universa Ecclesia, sed pro suis subditis Conciliis quoque particularibus et locorum Ordinariis. Dazu can. 1396, 1398 (mit etwelcher Verschärfung), can. 247 § 4.

[2]) can. 222 § 1. Dari nequit Oecumenicum Concilium quod a Romano Pontifice non fuerit convocatum.

[3]) can. 222 § 2. Eiusdem Romani Pontificis est Oecumenico Concilio per se vel per alios praeesse, res in eo tractandas ordinemque servandum constituere ac designare, Concilium ipsum transferre, suspendere, dissolvere, eiusque decreta confirmare. Dazu can. 226. Propositis a Romano Pontifice quaestionibus Patres possunt alias addere, a Concilii tamen praeside antea probatas.

[4]) Vgl. can. 222 § 2 in der vorigen Anmerkung und can. 227. Concilii decreta vim definitivam obligandi non habent, nisi a Romano Pontifice fuerint confirmata et eius iussu promulgata. Vom Allgemeinen Konzil selbst sagt can. 228 § 1. Concilium Oecumenicum suprema pollet in universam Ecclesiam potestate, aber eben nur nach Massgabe der vorausgeschickten Bestimmungen und in deren Grenzen. Eine Berufung von der Entscheidung des Papstes an das Konzil ist nach wie vor ausgeschlossen und mit speziell reservierter excommunicatio latae sententiae bedroht, can. 228 § 2 mit 2332.

[5]) can. 281. Ordinarii plurium provinciarum ecclesiasticarum in Concilium plenarium convenire possunt, petita tamen venia a Romano Pontifice, qui suum Legatum designat ad Concilium convocandum eique praesidendum mit can. 288, 289.

[6]) can. 291 § 1. Absoluto Concilio plenario aut provinciali, praeses acta et decreta omnia ad Sanctam Sedem transmittat, nec eadem antea promulgentur, quam a Sacra Congregatione Concilii expensa et recognita fuerint . . ., can. 250 (Konzilskongregation). Bezüglich der Synoden von Missionsgebieten vgl. can. 304 § 2.

[7]) can. 252 § 1. Congregatio de Propaganda Fide missionibus ad praedicandum Evangelium et catholicam doctrinam praeest, ministros necessarios constituit et mutat, facultatemque habet tractandi, agendi

Universitäten und Fakultäten [1]), die Approbation ihrer Statuten [2]) und die Verleihung des Promotionsrechtes [3]).

2. Die oberste Gesetzgebungsgewalt [4]), mit Einschluss der obersten Strafsetzungsbefugnis [5]) und des Rechts des Straferlasses [6]), also das Recht, der Gesamtkirche gemeines und einzelnen Teilen derselben besonderes Recht zu setzen, gesamt- oder teilkirchliche Gewohnheiten durch seine ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung rechtsverbindlich zu machen [7]), das bestehende Recht zu ändern oder aufzuheben, Privilegien zu erteilen und Dispensationen sowie Gnadenerweise zu gewähren [8]).

---

et exsequendi omnia hac in re necessaria et opportuna. Dazu can. 1327 § 1 (oben S. 239 Anm. 6), can. 293 § 1. Territoria quae erecta non sunt in dioeceses reguntur per Vicarios aut Praefectos Apostolicos; qui omnes ab una Apostolica Sede nominantur und can. 300.

[1]) can. 1376 § 1. Canonica constitutio catholicae studiorum Universitatis vel Facultatis Sedi Apostolicae reservatur. Vgl. can. 256 (Seminar- und Universitätenkongregation).

[2]) can. 1376 § 2. Universitas vel Facultas catholica, etiam religiosis familiis quibuslibet concredita, sua debet habere statuta a Sede Apostolica probata.

[3]) can. 1377. Gradus academicos qui effectus canonicos in Ecclesia habeant, nemo conferre potest, nisi ex facultate ab Apostolica Sede concessa.

[4]) can. 218 § 1 (oben S. 237 Anm. 1). Ihre bisher umfassendste und höchste Betätigung hat sie eben in dem Erlass des Kodex gefunden, der auch da, wo es an besonderen Vorbehalten fehlt, die allgemeine Zuständigkeit des Papstes zum Ausdruck bringt. Vgl. oben S. 50 f.

[5]) can. 2220 § 1. Qui pollent potestate leges ferendi vel praecepta imponendi, possunt quoque legi vel praecepto poenas adnectere ..., can. 2221. Legislativam habentes potestatem, possunt intra limites suae iurisdictionis, non solum legem a se vel a decessoribus latam, sed etiam, ob peculiaria rerum adiuncta, legem tam divinam, quam ecclesiasticam a superiore potestate latam, in territorio vigentem, congrua poena munire aut poenam lege statutam aggravare.

[6]) can. 2236 § 1, § 2. Qui potest a lege eximere, potest quoque poenam legi adnexam remittere.

[7]) can. 25. Consuetudo in Ecclesia vim legis a consensu competentis Superioris ecclesiastici unice obtinet.

[8]) c. 81. A generalibus Ecclesiae legibus Ordinarii infra Romanum

3. Die oberste Verwaltung des Kultus[1]) mit Einschluss der Sakramente[2]), Sakramentalien[3]) sowie der Pallienweihe und -verleihung[4]), der Ordnung der Liturgie und der Approbation liturgischer Bücher[5]), der Regelung der Fastenzeiten und allgemeinen kirchlichen Feste[6]), der Beati-

---

Pontificem dispensare nequeunt, ne in casu quidem peculiari, nisi haec potestas eisdem fuerit explicite vel implicite concessa, aut nisi difficilis sit recursus ad Sanctam Sedem et simul in mora sit periculum gravis damni, et de dispensatione agatur quae a Sede Apostolica concedi solet. Vgl. can. 261 (Dataria).

[1]) can. 253 § 1. Congregatio Sacrorum Rituum ius habet videndi et statuendi ea omnia quae sacros ritus et caeremonias Ecclesiae Latinae proxime spectant. Für die Orientalische Kirche ist an Papstes Statt die Kongregation für diese zuständig (oben S. 62).

[2]) can. 249 § 1. Congregationi de disciplina Sacramentorum proposita est universa legislatio circa disciplinam septem Sacramentorum, incolumi iure Congregationis S. Officii circa ea quae in can. 247 statuta sunt, et Sacrorum Rituum Congregationis circa ritus et caeremonias quae in Sacramentis conficiendis, ministrandis et recipiendis servari debent. Vgl dazu can. 1038, 1040 (oben S. 114 Anm. 2) und can. 1141. Sanatio (scil. matrimonii) in radice concedi unice potest ab Apostolica Sede.

[3]) can. 1145. Nova Sacramentalia constituere aut recepta authentice interpretari, ex eisdem aliqua abolere aut mutare, sola potest Sedes Apostolica. Von einem promissorischen Eid kann, wenn die Dispensation zum Schaden derer gereicht, die sich weigern, dem Verpflichteten die Verpflichtung zu erlassen, allein der Papst dispensieren, aber nur propter necessitatem aut utilitatem Ecclesiae, can. 1320.

[4]) can. 275. Metropolita obligatione tenetur, intra tres menses a consecratione vel, si iam consecratus fuerit, a provisione canonica in Consistorio, per se vel per procuratorem a Romano Pontifice pallium petendi, quod significat potestatem archiepiscopalem; vgl. can. 276 ss. und can. 239 § 3.

[5]) can 1257. Unius Apostolicae Sedis est tum sacram ordinare liturgiam, tum liturgicos approbare libros.

[6]) Vgl. can. 1244 § 1. Dies festos itemque dies abstinentiae et ieiunii, universae Ecclesiae communes, constituere, transferre, abolere, unius est supremae ecclesiasticae auctoritatis. 1250 ss., 1247 ss. mit oben S. 41, 76.

fikation und Kanonisation[1]), des Reliquien-[2]) und Ablasswesens[3]).

4. Die oberste Aemtergewalt. Der Papst allein kann Kirchenprovinzen, Bistümer, aktiv exemte Abteien und Prälaturen, Apostolische Vikariate und Präfekturen, Dom- und Stiftskapitel errichten, ändern und aufheben[4]). Er kreiert die Kardinäle[5]) und ernennt[6]), konfirmiert, admittiert, insti-

---

[1]) can. 1999 § 1. Causae beatificationis Servorum Dei et canonizationis Beatorum unius Sanctae Sedis iudicio reservantur. § 2. Ad normam can. 253, § 3 una Sacrorum Rituum Congregatio in his causis competens est. Dieser § 3 aber lautet: Denique ea omnia agit quae ad beatificationem et canonizationem Servorum Dei vel ad sacras reliquias quoquo modo referuntur. Vgl. oben S. 41 und can. 1277 § 2, 1278, 1281.

[2]) Vgl. can. 253 § 3 in der vorigen Anmerkung.

[3]) can. 912. Praeter Romanum Pontificem, cui totius spiritualis Ecclesiae thesauri a Christo Domino commissa est dispensatio, ii tantum possunt potestate ordinaria indulgentias elargiri, quibus id expresse a iure concessum est.

[4]) can. 215 § 1 (oben S. 208 Anm. 1) mit can. 293 § 1 (oben S. 240 (241) Anm. 7), can. 1414 § 1. Beneficia consistorialia una Sedes Apostolica erigit, can. 2292 Poenalis suppressio aut translatio sedis episcopalis est Romano Pontifici reservata . . . endlich can. 248 § 2 (Konsistorialkongregation) und can. 272 (Bestimmung des Metropolitansitzes). can. 392. Capitulorum tum cathedralium tum collegialium institutio seu erectio, innovatio ac suppressio Sedi Apostolicae reservatur und bezüglich der Kapitelsdignitäten can. 394 § 2. Bei niederen Benefizien ist der Papst nur ausnahmsweise allein zuständig, vgl. can. 1422 mit 1414 § 2.

[5]) can. 232 § 1 (oben S. 61 Anm. 2) mit can. 233.

[6]) can. 329 § 2. Eos (scil. Episcopos) libere nominat Romanus Pontifex; vgl. can. 248 § 2 (Konsistorialkongregation). Namentlich katholische Kirchenrechtslehrer wie Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 72, 87 S. 333 und 388 haben bereits für das bisherige Recht dieser Auffassung gehuldigt. Aber auch ich habe gegenüber Hinschius, Kirchenrecht II, S. 657 mit Anm. 5, der im Anschluss an die Bestimmungen des Corpus iuris canonici, obschon sie längst durch neueres Recht verdrängt waren, noch für die Wahl als gemeinrechtlichen Besetzungsmodus wenigstens im Grundsatz eintrat, sowie gegenüber Emil Friedberg, Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts, 6. Aufl., Leipzig 1909, § 115 S. 367, der das geltende Recht der Bistumsbesetzung

tuiert[1]), versetzt[2]) und setzt ab[3]) die Bischöfe[4]) sowie die aktiv

lediglich auf partikulärer Festsetzung beruhen liess, die päpstliche Ernennung als gemeines Recht verfochten (Kirchenrecht[2] § 96 S. 449) und diese Ansicht (Bischofswahlrecht S. 33, besonders S. 116 f.) eingehend begründet. In Uebereinstimmung mit Benedictus XIV, De Synodo dioecesana l. II c. 5 nr. 3 (I p. 98) und mit den neueren kurialen Kanonisten, von denen Kardinal Gasparri in seiner praefatio p. XIII (Ut exemplo rem confirmemus, in iure communi decernebatur Episcopos a canonicorum ordine esse deligendos, et capita fere omnia tituli *De Electionibus* ad hanc eligendi rationem pertinent, quanquam ea hodie non obtinet nisi in paucis Germaniae et Helvetiorum dioecesibus) sogar die Bestimmungen des alten Rechts über die Besetzung der bischöflichen Stühle als Beispiel dafür beibringt, dass längst ausser Kraft gesetztes Recht von den bisher massgebenden gemeinrechtlichen Sammlungen immer noch mitgeführt wurde, macht der Kodex nunmehr dieser Streitfrage zugunsten der freien päpstlichen Verleihung ein Ende. Die Wahlbefugnis deutscher, österreichischer und der schweizerischen Domkapitel ruht formell auf päpstlichem Privileg (vgl. die Zirkumskriptionsbullen und Stutz, Bischofswahlrecht S. 116 f., sowie jetzt can. 331 § 2, unten S. 256 Anm. 2), materiell auf Vereinbarung, ganz so wie die landesherrliche Nomination formell auf Indult und materiell auf Konkordat; es wird aber nach can. 3 (oben S. 110 Anm. 1) durch den Kodex weder die eine noch die andere berührt.

[1]) can. 329 § 3. Si cui collegio concessum sit (vgl. dazu die vorige Anmerkung) ius eligendi Episcopum, servetur praescriptum can. 321 (oben S. 213 Anm. 3). Vgl. can. 177 und vor allem can. 332 § 1. Cuilibet ad episcopatum promovendo, etiam electo, praesentato vel designato a civili quoque Gubernio, necessaria est canonica provisio seu institutio, qua Episcopus vacantis dioecesis constituitur, quaeque ab uno Romano Pontifice datur mit can. 331 § 2 cit. und § 3 sowie mit 1471 (oben S. 110 Anm. 1) und dazu die Strafsatzungen der can. 2390, 2397.

[2]) Das ist in dem Kodex, in welchem der Versetzung eines Bischofs überhaupt nur nebenbei in can. 278, 430 und 305 § 2 n° 2° Erwähnung geschieht, nicht ausdrücklich gesagt, entspricht aber nicht allein einem alteingebürgerten Satze des bisherigen Rechtes, sondern ergibt sich für das neue auch aus can. 329 § 2 (oben S. 243 Anm. 6) mit der in can. 430 § 1 enthaltenen Bestimmung, dass ein Bischof seines Bistums nur durch den Papst ledig werden kann, sowie aus can. 193 § 1. Translatio ab uno ad aliud officium ecclesiasticum ab eo tantum perfici potest, qui ius habet tum acceptandi renuntiationem, tum removendi a primo officio et promovendi ad alterum.

[3]) Vgl. can. 1557 § 1 n° 3° und unten S. 253 samt Anm. 5 mit

exemten Prälaten[1]), er nimmt ihren Verzicht entgegen[2]), gibt ihnen Weihbischöfe[3]) und Koadjutoren mit oder ohne Recht der Nachfolge (Hilfsbischöfe)[4]), er besetzt die Kapitelsdignitäten[5]). Ja grundsätzlich beansprucht er für sich das Pfründenbesetzungsrecht in der ganzen Kirche[6]), wenn er es auch nur ausübt bei gewissen Pfründen- und Aemterklassen, die er sich ausdrücklich reserviert[7]).

---

can. 2227 § 1. Poena nonnisi a Romano Pontifice infligi aut declarari potest in eos de quibus in can. 1557, § 1.

[1]) can. 320 § 1. Abbates vel Praelati *nullius* nominantur et instituuntur a Romano Pontifice, salvo iure electionis aut praesentationis, si cui legitime competat; quo in casu ab eodem Romano Pontifice confirmari aut institui debent.

[2]) can. 430 § 1.

[3]) Das ergibt sich schon aus can. 953. Consecratio episcopalis reservatur Romano Pontifici ita ut nulli Episcopo liceat quemquam consecrare in Episcopum, nisi prius constet de pontificio mandato. Denn bei den Weihbischöfen kommt wie bei allen Titularbischöfen lediglich die Weihegewalt und ihre Uebertragung in Betracht. Vgl. auch can. 329 § 2 (oben S. 243 Anm. 6) und can. 2370.

[4]) can. 340 § 1. Unius Romani Pontificis est Episcopo Coadiutorem constituere. § 2. Coadiutor dari solet personae Episcopi cum iure successionis; sed nonnunquam datur quoque sedi. § 3. Coadiutor, datus personae Episcopi sine iure successionis, speciali nomine dicitur Auxiliaris, und für alle, auch niedere Benefizien can. 1433. Coadiutores in beneficiis cum vel sine futura successione ab una Sede Apostolica constitui possunt, salvo tamen praescripto can. 475, 476 (Pfarrgehilfe und Pfarrhelfer, vgl. oben S. 40).

[5]) can. 396 § 1.

[6]) can. 1431. Ius Romano Pontifici est beneficia in universa Ecclesia conferendi eorumque collationem sibimet reservandi.

[7]) can. 1435 § 1. Praeter omnia beneficia consistorialia et omnes dignitates ecclesiarum cathedralium et collegiatarum ad normam can. 396, § 1, sunt reservata Sedi Apostolicae, quanquam vacanti, sola beneficia quae infra memorantur: 1.° Omnia beneficia, etiam curata, quae vacaverint per obitum, promotionem, renuntiationem, vel translationem S.R.E. Cardinalium, Legatorum Romani Pontificis, officialium maiorum Sacrarum Congregationum, Tribunalium et Officiorum Romanae Curiae et Familiarium, etïam honoris tantum, Summi Pontificis tempore vacationis beneficii; 2.° Quae, fundata extra Romanam Curiam, vacaverint per beneficiarii

5. Die oberste Ordens- und Vereinsgewalt. Alle Religiosen stehen unter dem Papste als ihrem obersten Vorgesetzten, dem sie nicht bloss gleich den übrigen Gläubigen oder, falls sie Kleriker sind, vermöge der geistlichen Obedienzpflicht, sondern auch kraft des von ihnen in der religiosen Gemeinschaft abgelegten Gehorsamsgelübdes Gehorsam schulden[1]), mit dem sie dafür aber auch direkt schriftlich zu verkehren berechtigt sind[2]), und ohne dessen Erlaubnis sie keinerlei (weltkirchliche), mit ihrem Stand unvereinbarliche Würden, Aemter oder Pfründen annehmen dürfen[3]). Auch der Uebertritt zu einer anderen religiosen Genossenschaft, sogar zu einer strengeren, oder aus einem selbständigen Kloster

obitum in ipsa Urbe; 3.° Quae invalide ob simoniae vitium collata fuerint; 4.° Denique beneficia quibus Romanus Pontifex per se vel per delegatum manus apposuit his qui sequuntur modis: si electionem ad beneficium irritam declaraverit, vel vetuerit electores ad electionem procedere; si renuntiationem admiserit; si beneficiarium promoverit, transtulerit, beneficio privaverit; si beneficium in commendam dederit.

[1]) can. 499 § 1. Religiosi omnes, tanquam supremo Superiori, subduntur Romano Pontifici cui obedire tenentur etiam vi voti obedientiae. Dazu can. 251 (Religiosenkongregation).

[2]) can. 611. Omnes religiosi sive viri sive mulieres, libere possunt mittere litteras, nulli obnoxias inspectioni, ad Sanctam Sedem eiusque in natione Legatum, ad Cardinalem Protectorem, ad proprios Superiores maiores, ad Superiorem domus forte absentem, ad Ordinarium loci cui subiecti sint et, si agatur de monialibus quae sub regularium iurisdictione sunt, etiam ad Superiores maiores Ordinis; et ab istis omnibus praedicti religiosi, viri aut mulieres, litteras item nemini inspiciendas recipere. Natürlich haben Nichtreligiosen, Weltgeistliche und sogar Laien dies Recht direkten Verkehrs mit dem Heiligen Stuhl und dem Ortsbischof erst recht. Für die Religiosen bedarf es nur besonderer Hervorhebung mit Rücksicht auf die Zwischengewalt der Oberen.

[3]) can. 626 § 1. Religiosus nequit, sine Sedis Apostolicae auctoritate, ad dignitates, officia aut beneficia promoveri, quae cum statu religioso componi non possint . . . § 3. Si voto teneatur non acceptandi dignitates, specialis Romani Pontificis dispensatio est necessaria. Erteilt der Papst die Erlaubnis, so gilt von dem Betreffenden nach can. 627 § 2, dass er eximitur . . . a potestate Superiorum et, vi voti obedientiae, uni Romano Pontifici manet obnoxius.

in ein anderes kann nur mit päpstlicher Erlaubnis erfolgen[1]). Vollends der Austritt, die Exklaustration auf Zeit und die dauernde Säkularisation[2]), der Wiedereintritt[3]) und die Verwendung des Ausgetretenen im Kirchendienste[4]) bedarf der Gestattung durch den Papst. Wenigstens bei religiosen Genossenschaften päpstlichen Rechtes[5]). Diese vom Papste

[1]) can. 632. Religiosus nequit ad aliam religionem, etiam strictiorem, vel e monasterio sui iuris ad aliud transire sine auctoritate Apostolicae Sedis.

[2]) can. 638. Indultum manendi extra claustra, sive temporarium, idest indultum *exclaustrationis,* sive perpetuum, idest indultum *saecularizationis,* sola Sedes Apostolica in religionibus iuris pontificii dare potest; in religionibus iuris dioecesani etiam loci Ordinarius.

[3]) can. 640 § 2. Si (scil. saecularizatus) ex apostolico indulto in religionem rursus recipiatur, novitiatum ac professionem instaurat et locum inter professos obtinet a die novae professionis.

[4]) can. 642 § 1. Quilibet professus, ad saeculum regressus, licet valeat, ad normam can. 641 (wenn er durch ewige, feierliche oder auch nur einfache Gelübde gemäss can. 585 mit 115 seine Bistumszugehörigkeit verloren hat, lediglich bei freiwilliger Aufnahme durch einen Diözesanbischof oder nach päpstlicher Anordnung), sacros ordines exercere, prohibetur tamen sine novo et speciali Sanctae Sedis indulto: 1.⁰ Quolibet beneficio in basilicis maioribus vel minoribus, et in ecclesiis cathedralibus; 2.⁰ Quolibet magisterio et officio in Seminariis maioribus et minoribus seu collegiis, in quibus clerici educantur, itemque in Universitatibus et Institutis, quae privilegio apostolico gaudent conferendi gradus academicos; 3.⁰ Quocunque officio vel munere in Curiis episcopalibus et in religiosis domibus sive virorum sive mulierum, etiamsi agatur de Congregationibus dioecesanis. Die Eingehung einer Ehe ist allein möglich, wenn weder feierliche noch solche einfache Gelübde abgelegt sind, die nach besonderer päpstlicher Vorschrift gleichfalls das trennende Ehehindernis des Gelübdes bewirken; can. 1073. Item invalide matrimonium attentant religiosi qui vota sollemnia professi sint, aut vota simplicia, quibus ex speciali Sedis Apostolicae praescripto vis addita sit nuptias irritandi. Vgl. can. 579.

[5]) Ueber diesen Begriff vgl. can. 488 n⁰ 3⁰. *Religio iuris pontificii* ist eine Religio quae vel approbationem vel saltem laudis decretum ab Apostolica Sede est consecuta; *iuris dioecesani,* religio quae ab Ordinariis erecta, hoc laudis decretum nondum obtinuit.

approbierten oder mindestens gutgeheissenen religiosen Vereinigungen, die für die Gesamtkirche bedeutsam sind, stehen überhaupt in engster Verbindung mit dem Papste. Sie müssen, wenn aus Männern bestehend, für den Verkehr mit dem Papste einen Generalprokurator halten[1]. Novizenhäuser können sie nur mit päpstlicher Erlaubnis errichten[2]. Dieser bedürfen sie auch zum Terminieren, soweit es sich nicht um Mendikantenorden handelt, bei denen die Terminationsbefugnis durch die Ordenskonstitutionen gegeben ist[3]. Dem Papste steht ferner die Ordensaufsicht zu. Jeder Abtprimas, Oberer einer Mönchs- bezw. Nonnenkongregation oder oberer Leiter einer religiosen Genossenschaft hat mindestens jedes fünfte Jahr an den Heiligen Stuhl schriftlich über den Stand seiner Genossenschaft zu berichten[4], und wenn in Ordenshäusern oder Niederlassungen und Kirchen anderer exemten Religiosen

---

[1]) can. 517 § 1. Quaevis virorum religio iuris pontificii procuratorem generalem habeat, qui, secundum constitutiones designatus, negotia propriae religionis apud Sanctum Sedem pertractet. § 2. Antequam praescriptum in constitutionibus tempus exspiret, ne amoveatur, inconsulta Sede Apostolica.

[2]) can. 554 § 1. Erigatur domus novitiatus ad normam constitutionum; si vero agatur de religione iuris pontificii, ad eam erigendam necessaria est licentia Sedis Apostolicae. Vgl. dazu Sägmüller, Kirchenrecht[3] II S. 423 mit 400. Für die alten Orden bedeutet das eine gewisse Verschärfung. Siehe aber auch v. Scherer, Kirchenrecht II S. 807 mit Anm. 45.

[3]) can. 622 § 1. Alii omnes religiosi Congregationum iuris pontificii (als die in can. 621 genannten Bettelorden), sine peculiari Sanctae Sedis privilegio, stipem petere prohibentur; quibus, si hoc privilegium impetraverint, opus erit praeterea licentia scripto data ab Ordinario loci, nisi aliter in ipso privilegio cautum fuerit.

[4]) can. 510. Abbas Primas, Superior Congregationis monasticae (darüber oben S. 202 Anm. 3) et cuiusvis religionis iuris pontificii Moderator supremus debet quinto quoque anno vel saepius, si ita ferant constitutiones, relationem de statu religionis ad Sanctam Sedem per documentum mittere, subsignatum a se cum suo Consilio et, si agatur de Congregatione mulierum, etiam ab Ordinario loci in quo suprema Antistita cum suo Consilio residet.

Missbräuche einreissen und der Obere sie auf Mahnung hin nicht abstellt, auch der Diözesanbischof[1]). Die Klausur der Ordenshäuser sowohl von Männer- als auch von Frauenorden ist, anders als diejenige der religiosen Kongregationen, päpstlich[2]). Nicht minder werden die Studienordnungen für die Religiosen durch päpstliche Instruktionen mit bestimmt[3]). Vor allem kann nur der Papst Orden und andere religiose Genossenschaften päpstlichen Rechtes errichten bezw. approbieren oder empfehlend zulassen[4]), sie in Provinzen einteilen, diese ändern und aufheben, exemte Ordenshäuser errichten und aufheben[5]), selbständige Klöster von einer Mönchs- oder Nonnenkongregation lostrennen und einer anderen zuteilen[6]). Ja selbst

[1]) can. 617 § 1. Si in regularium aliorumve religiosorum exemptorum domibus eorumve ecclesiis abusus irrepserint, et Superior monitus prospicere neglexerit, Ordinarius loci obligatione tenetur rem ad Sedem Apostolicam statim deferendi.

[2]) can. 597 § 1. In domibus regularium sive virorum sive mulierum canonice constitutis, etiam non formatis (also mit weniger als sechs Professen, can. 488 n⁰ 5⁰), servetur clausura papalis, die auf päpstlichem Gebot und Recht beruht. Siehe darüber Laemmer a. a. O. S. 96 f., v. Scherer, Kirchenrecht II S. 784 Anm. 139. Dazu can. 604 § 1. In domibus etiam Congregationum religiosarum sive pontificii sive dioecesani iuris clausura (ohne Zusatz!) servetur. Für religiose Vereinigungen ohne Gelübde in Gemeinschaft Lebender (oben S. 145, 186 Anm. 5) vgl. can. 679 § 2 (Clausura ad normam constitutionum) und die Strafbestimmungen des can. 2342.

[3]) can. 589 § 1. Religiosi in inferioribus disciplinis rite instructi, in philosophiae studia saltem per biennium et sacrae theologiae saltem per quadriennium doctrinae D. Thomae inhaerentes ad normam can. 1366, § 2, (für Philosophie- und Theologiestudium auf dem bischöflichen Seminar) diligenter incumbant, secundum instructiones Apostolicae Sedis.

[4]) can. 488 n⁰ 3⁰ (oben S. 247 Anm. 5).

[5]) can. 497, 498.

[6]) can. 494 § 1. Religionem pontificii iuris in provincias dividere, constitutas iam provincias coniungere vel aliter circumscribere, novas condere conditasve supprimere, monasteria sui iuris a monastica Congregatione separare et alii unire, ad unam pertinet Sedem Apostolicam. Für religiose Vereinigungen ohne Gelübde in Gemeinschaft Lebender vgl. can. 674.

vom Bischof oder im Einvernehmen mit ihm zu errichtende Kongregationen bloss diözesanen Rechtes sollen nicht ohne vorherige Befragung des Apostolischen Stuhles ins Leben gerufen werden[1]). Vollends aufzuheben vermag eine religiose Genossenschaft, selbst wenn sie lediglich diözesanen Rechtes ist oder aus einer einzigen Niederlassung besteht, bloss der Papst[2]). Er verfügt dann auch über das Vermögen. Darüber hinaus steht in denjenigen Orden, in welchen nicht bloss das einzelne Mitglied, sondern auch der Orden selbst eigentums- und erwerbsunfähig ist[3]), das Eigentum dem Heiligen Stuhle zu und wird für ihn erworben[4]). Was aber die kirchlichen Vereine anlangt, so ist auch sie zu errichten und zu approbieren[5]), ihre Statuten zu prüfen und zu genehmigen[6]), die Aggregationserlaubnis zu erteilen[7]) und eine Erzbruderschaft an einen

[1]) can. 492 § 1. Episcopi, non autem Vicarius Capitularis vel Vicarius Generalis, condere possunt Congregationes religiosas; sed eas ne condant neve condi sinant, inconsulta Sede Apostolica . . .

[2]) can. 493. Quaelibet religio etiam iuris dioecesani tantum, semel legitime condita, etiamsi unica domo constet, supprimi nequit nisi a Sancta Sede, cui etiam reservatur de bonis in casu statuere, semper tamen salva offerentium voluntate.

[3]) Also bei den Franziskanern strenger Observanz und bei den Kapuzinern. Vgl. v. Scherer, Kirchenrecht II S. 737; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 188 S. 408 mit Anm. 3.

[4]) can. 582. Post sollemnem professionem, salvis pariter peculiaribus Apostolicae Sedis indultis, omnia bona quae quovis modo obveniunt regulari: 1.° In Ordine capaci possidendi, cedunt Ordini vel provinciae vel domui secundum constitutiones; 2.° In Ordine incapaci, acquiruntur Sanctae Sedi in proprietatem.

[5]) can. 686 § 2. Associationes erigere vel approbare pertinet, praeter Romanum Pontificem, ad loci Ordinarium, exceptis illis quarum instituendarum ius, apostolico ex privilegio, aliis reservatum est. Vgl. can. 690 § 1, 698 § 1, 702 § 1 (weltliche Dritte Orden).

[6]) can. 689 § 1. Quaelibet associatio sua statuta habeat, a Sede Apostolica vel ab Ordinario loci examinata et approbata. § 2. Statuta quae non sint confirmata a Sede Apostolica, moderationi et correctioni Ordinarii loci semper subiecta manent.

[7]) can. 721 § 1. Nulla associatio potest sine apostolico indulto alias sibi valide aggregare.

anderen Sitz zu verlegen[1]), in erster Linie bezw. allein der Apostolische Stuhl zuständig.

6. Die oberste Aufsicht auch über die Weltkirche. Alle Residentialbischöfe müssen von fünf zu fünf Jahren dem Papste einen schriftlichen Bericht über den Stand ihrer Diözesen einreichen, die Bischöfe der terrae Sedis Apostolicae[2]) zur Prüfung durch die Konsistorialkongregation[3]), die Missionsvorsteher zur Durchsicht durch die Propaganda[4]). Auch sind jene zur Visitatio liminum verpflichtet[5]). Letzten Endes

[1]) can. 724. Archiconfraternitas vel primaria unio (darüber oben S. 206 Anm. 2) de alia ad aliam sedem nonnisi ab Apostolica Sede transferri potest.

[2]) Der Kodex verwendet allerdings diese Bezeichnung nicht, sondern umschreibt nur in can. 252 § 3 die Missionsgebiete als regiones, ubi, sacra hierarchia nondum constituta, status missionis perseverat, sowie solche, quae, etsi hierarchia inibi constituta sit, adhuc inchoatum aliquid praeseferunt. Das Missionsrecht ist in den Kodex, insbesondere in can. 295 ss., aber auch an anderen Stellen, in seinen Grundzügen in den Kodex eingearbeitet. Für das bisherige Recht vgl. Joseph Löhr, Beiträge zum Missionsrecht, Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Veröffentlichungen der Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft 29. Heft, Paderborn 1916.

[3]) can. 340 § 1. Omnes Episcopi tenentur singulis quinquenniis relationem Summo Pontifici facere super statu dioecesis sibi commissae secundum formulam ab Apostolica Sede datam. Dazu can. 248 § 3.

[4]) can. 300 § 1. Ad normam can. 340, Vicarii ac Praefecti Apostolici tenentur obligatione Sedi Apostolicae exhibendi plenam accuratamque relationem de suo quisque pastorali officio, deque omnibus quaecunque ad statum vicariatus vel praefecturae, ad missionarios, ad religiosos, ad populi disciplinam, ad scholarum frequentiam, ad fidelium denique ipsorum curae commissorum salutem quavis ratione pertineant; quae relatio scripta esse debet et subscripta tum ab ipso Vicario aut Praefecto tum ab uno saltem ex consiliariis de quibus in can. 302 (Beirat von wenigstens drei älteren und erfahrenen Missionaren). Vgl. can. 252 § 3.

[5]) can. 341 § 1. Omnes et singuli Episcopi eo anno quo relationem exhibere tenentur, ad Urbem, Beatorum Apostolorum Petri et Pauli sepulcra veneraturi, accedant et Romano Pontifici se sistant. § 2. Sed Episcopis qui extra Europam sunt, permittitur ut alternis quinquenniis, idest singulis decenniis, Urbem petant. Dazu can. 342.

sind auch die päpstlichen Legaten, insbesondere die Nunzien, Internunzien und Apostolischen Delegaten zur Ausübung des päpstlichen Aufsichtsrechtes berufen[1]. Der Papst ist oberste Beschwerdeinstanz[2]. Dem Papste schulden Alle Gehorsam[3]. Die Verpflichtung dazu bestärken wenigstens die Oberen durch einen ihm zu leistenden Obedienzeid[4].

7. Die oberste Kirchengutsverwaltung[5] mit einem obersten Besteuerungsrecht[6].

---

[1]) can. 267. § 1. Legati qui mittuntur cum titulo Nuntii aut Internuntii: . . . 2.° In territorio sibi assignato advigilare debent in Ecclesiarum statum et Romanum Pontificem de eodem certiorem reddere . . . § 2. Qui vero mittuntur cum titulo *Delegati Apostolici* unam habent ordinariam potestatem de qua in § 1, n. 2, praeter alias facultates delegatas ipsis a Sancta Sede commissas.

[2]) can. 1601. Contra Ordinariorum decreta non datur appellatio seu recursus ad Sacram Rotam, sed de eiusmodi recursibus exclusive cognoscunt Sacrae Congregationes (besonders die Konzilskongregation).

[3]) can. 2331 § 1. Qui Romano Pontifici vel proprio Ordinario aliquid legitime praecipienti vel prohibenti pertinaciter non obtemperant, congruis poenis, censuris non exclusis, pro gravitate culpae puniantur.

[4]) Für die Bischöfe vgl. can. 332 § 2. Ante canonicam institutionem seu provisionem candidatus, praeter fidei professionem de qua in can. 1406 ad 1408, iusiurandum fidelitatis erga Sanctam Sedem edat secundum formulam ab Apostolica Sede probatam. Für die Praelati nullius siehe can. 323 § 1 (unten S. 281 Anm. 2).

[5]) can. 1518 Romanus Pontifex est omnium bonorum ecclesiasticorum supremus administrator et dispensator und can. 1499 § 2 (oben S. 219 Anm. 2) sowie überhaupt S. 120 f.

[6]) can. 1496 (oben S. 121 Anm. 1) mit can. 1482. Quod ad mediam annatam (oder annata Bonifaciana), quam vocant, attinet, ea, ubi viget, retineatur, et peculiaria statuta ac laudabiles consuetudines in unaquaque regione circa eam vigentes serventur. Vgl. Philipp Hergenröther, Art. Abgaben, kirchliche, bei Wetzer und Welte, Kirchenlexikon, 2. Aufl., herausgegeben von Franz Kaulen, 1, Freiburg i. Br. 1882 Sp. 76 und can. 262 (Apostolische Kammer). Zehnt und Primitien werden zwar im Kodex noch erwähnt, aber nur noch als in gewissen Gegenden auf örtlichem Recht beruhend; can. 1502. Ad decimarum et primitiarum solutionem quod attinet, peculiaria statuta ac laudabiles consuetudines in unaquaque regione serventur und dazu can. 6 n° 2°, n° 3° (oben S. 163 Anm. 4).

8. Die oberste und eine allgemeine Gerichtsbarkeit über die ganze Kirche[1]). Demgemäss kann jeder Gläubige auf dem ganzen katholischen Erdenrund seine Streit- oder Strafsache, in welchem Stande der Verhandlung sie sich auch befinden möge, an den Heiligen Stuhl bringen[2]) und der Papst jede Sache an sich ziehen[3]). Causae maiores entscheidet er selbst oder durch besonders delegierte Richter[4]). So steht ihm allein das Recht zu, Urteile zu fällen über Kardinäle, Apostolische Legaten und in Kriminalsachen über alle Bischöfe[5]).

---

[1]) can. 1597. Romanus Pontifex pro toto orbe catholico ad normam can. 1569 (siehe folgende Anmerkung) iudex est supremus, qui vel ipse per se ius dicit, vel per tribunalia ab ipso constituta, vel per iudices a se delegatos. Dazu can. 1598 ss. (Romana Rota), can. 1602 ss. (Signatura Apostolica), can. 1606 s. (Delegierte Richter).

[2]) can. 1569 § 1. Ob primatum Romani Pontificis integrum est cuilibet fideli in toto orbe catholico causam suam sive contentiosam sive criminalem, in quovis iudicii gradu et in quovis litis statu, cognoscendam ad Sanctam Sedem deferre vel apud eandem introducere. § 2. Recursus tamen ad Sedem Apostolicam interpositus non suspendit, excluso casu appellationis, exercitium iurisdictionis in iudice qui causam iam cognoscere coepit; quique idcirco poterit iudicium prosequi usque ad definitivam sententiam, nisi constiterit Sedem Apostolicam causam ad se advocasse. Denn can. 204 gilt eben nur für Verwaltungssachen, im Bereich der iurisdictio voluntaria (vgl. dazu can. 201 § 3, oben S. 186 Anm. 2, 204 § 1, 205 § 1). Deshalb urteilt die Rota auch in erster Instanz; can. 1599 § 2 (in dem durch Acta IX 1917 p. 557 und Appendix p. 525 berichtigten Wortlaut): Hoc tribunal iudicat etiam in prima instantia causas de quibus in can. 1557 aliasve quas Romanus Pontifex sive motu proprio, sive ad instantiam partium ad suum tribunal advocaverit et Sacrae Rotae commiserit . . .

[3]) Ueber dies ius advocandi vgl. can. 1569 § 1 (vorige Anmerkung), 1569 § 2 (ebenda) und 1557 § 3. Alias causas quas Romanus Pontifex ad suum advocaverit iudicium, videt iudex quem ipsemet Romanus Pontifex designaverit.

[4]) can. 1600. Causae maiores (vgl. S. 153, 187 Anm. 1) penitus excluduntur ab ambitu competentiae huius tribunalis (der Rota).

[5]) can. 1557 § 1. Ipsius Romani Pontificis dumtaxat ius est iudicandi: 1.° (siehe oben S. 111 mit Anm. 4) 2.°: Patres Cardinales. 3.° Legatos Sedis Apostolicae, et in criminalibus Episcopos, etiam titulares.

auch die blossen Titularbischöfe, während für die Streitsachen der Residentialbischöfe an seiner Statt die Gerichtshöfe des Apostolischen Stuhls zu entscheiden berufen sind [1]). Der Papst selbst wird von niemandem gerichtet [2]) und von seiner Entscheidung kann nicht appelliert werden [3]). Nur er kann die Verkehrssperre verhängen und damit den Gebannten zum Vitandus machen [4]), nur er das allgemeine Lokalinterdikt über ein Bistum oder einen Staat und das allgemeine Personalinterdikt über die Angehörigen einer Diözese oder ein ganzes Volk aussprechen [5]). Er kann sich Zensuren einfach, speziell oder ganz speziell reservieren [6]).

---

[1]) can. 1557 § 2. Tribunalibus vero Sedis Apostolicae reservatur iudicare: 1.⁰ (in dem durch Acta IX 1917 p. 557 sowie Appendix p. 525 berichtigten Wortlaut). Episcopos residentiales in contentiosis, salvo praescripto can. 1572, § 2 (Rechte oder Vermögen der Bischöfe, ihres Tafelguts oder ihrer Kurie gehören mit Zustimmung des Bischofs vor dessen Offizialat oder vor den unmittelbaren Obern, also den Metropoliten); 2.⁰ (vgl. oben S. 202 Anm. 3) und zu allen drei angeführten Paragraphen dieses Kanons sowie des in der nächsten Anmerkung erwähnten siehe can. 1558, worin alle anderen geistlichen Richter absolut unzuständig erklärt werden.

[2]) can. 1556. Prima Sedes a nemine iudicatur.

[3]) Vgl. oben S. 240 Anm. 4 a. E.

[4]) Oben S. 45 mit Anm. 1.

[5]) can. 2269 § 1 (oben S. 211 Anm. 1).

[6]) can. 2245 § 3. E (censuris *a iure*) reservatis Apostolicae Sedi aliae sunt *reservatae simpliciter*, aliae *speciali modo*, aliae *specialissimo modo* mit can. 2253. Extra mortis periculum possunt absolvere: . . . 3.⁰ . . . a reservata Sedi Apostolicae, haec aliive qui absolvendi potestatem ab ea impetraverint sive generalem, si censura *simpliciter reservata* sit, sive specialem, si *reservata speciali modo*, sive denique specialissimam, si *reservata specialissimo modo*, salvo praescripto can. 2254 (in dringenden Fällen, wenn censurae latae sententiae nach aussen hin nicht ohne die Gefahr eines schweren Aergernisses und der Infamie beobachtet werden können — vgl. can. 2232 § 1, 2290 § 1 — oder es dem Reuigen zu schwer wird, die für das Eingreifen des Obern nötige Zeit im Stand der schweren Sünde auszuwarten, kann unter gewissen Vorbehalten jeder Beichtvater im Beichtforum, bei moralischer Unmöglich-

9. Die oberste Vertretung der Kirche nach aussen. Er schliesst mit den Staaten Konkordate und Konventionen ab[1]), entsendet und empfängt Gesandte[2]).

All das ist alles andere als neu und bestätigt vollauf die eingangs ausgesprochene Erwartung.

Aber auch bezüglich der bischöflichen Gewalt ist zunächst und in der Hauptsache alles im alten geblieben. Die Stellung des Bischofs in der Gesamtkirche und in seinem Sprengel ist im wesentlichen durchaus dieselbe wie bisher. An eine Umschreibung derselben auf Grund der Bestimmungen des Kodex auch nur in den Grundzügen so, wie wir sie für den Primat versucht haben, ist im Rahmen dieser Untersuchung gar nicht zu denken. Wir müssten einen erheblichen Teil des Gesetzbuches allein dafür aufarbeiten. Denn der Bischof kehrt als solcher oder unter der Bezeichnung Ordinarius, genauer Ordinarius loci in demselben immer wieder, nicht bloss in dem seinem Amte gewidmeten ersten Kapitel des achten Titels im zweiten Buche von den Personen[3]). Und das so zu gewinnende Bild des Bischofsamtes würde mit dem von dem bisherigen Rechte gezeichneten fast durchweg sich decken.

Wir würden den Bischof an der Regierung der Gesamtkirche beteiligt finden, namentlich in seiner seit dem Vatikanischen Konzil freilich nicht mehr praktisch gewordenen Eigenschaft als geborenes Mitglied der allgemeinen Synode[4]).

---

keit, den Obern anzugehen, sogar, ausser im Falle der Sollizitation, oben S. 154 ohne Vorbehalt absolvieren). Vgl. Stutz, Kirchenrecht², § 91 S. 446. Dazu die Strafbestimmung des can. 2338 § 1.

[1]) can. 3 (oben S. 110 mit Anm. 1), can. 255 (Kongregation für die ausserordentlichen Angelegenheiten der Kirche), can. 263 (Staatssekretariat), 264 (Kongregation der Breven für Fürsten).

[2]) can. 265 (oben S. 117 mit Anm. 5).

[3]) can. 329 ss.

[4]) can. 223 § 1. Vocantur ad Concilium in eoque ius habent suffragii deliberativi: 1.° S.R.E. Cardinales, etsi non Episcopi. 2.° Patriarchae, Primates, Archiepiscopi, Episcopi residentiales, etiam nondum consecrati; . . .

Und wir würden ihn besonders als „eigenberechtigten Leiter seiner Diözese“ [1]) wieder finden [2]).

Und zwar zunächst als obersten Lehrer [3]) in Predigt [4]).

---

[1]) Sägmüller, Kirchenrecht³ I § 94 S. 412 ff. und dazu can. 329 § 1 (oben S. 237 mit Anm. 2).

[2]) Ueber die Idoneität zum Episkopat (can. 330) bestimmt can. 331 § 1. Ut quis idoneus habeatur, debet esse: 1.° Natus ex legitimo matrimonio, non autem legitimatus etiam per subsequens matrimonium (vgl. oben S. 180 Anm. 5); 2.° Annos natus saltem triginta; 3.° A quinquennio saltem in sacro presbyteratus ordine constitutus; 4.° Bonis moribus, pietate, animarum zelo, prudentia, ceterisque dotibus praeditus, quae ipsum aptum efficiant ad gubernandam dioecesim de qua agitur; 5.° Laurea doctoris vel saltem licentia in sacra theologia aut iure canonico potitus in athenaeo aliquo vel in Instituto studiorum a Sancta Sede probatis (eventuell also auch an einer kirchlich anerkannten staatlichen theologischen Fakultät), vel saltem earundem disciplinarum vere peritus; quod si ad religionem aliquam pertineat, a suis Superioribus maioribus vel similem titulum vel saltem verae peritiae testimonium habeat. § 2. Etiam electus, praesentatus vel quoquo modo ab illis designatus, qui privilegio a Sancta Sede concesso (vgl. oben S. 243 Anm. 6, 244 Anm. 1) eligendi, praesentandi seu designandi gaudent, debet memoratis qualitatibus pollere. § 3. Iudicare num quis idoneus sit, ad Apostolicam Sedem unice pertinet. Ueber die Besetzung des bischöflichen Stuhls vgl. can. 329 § 2 (oben S. 243 Anm. 6), 332 § 1 (oben S. 244 Anm. 1) mit can. 3. 1471 (oben S. 110 mit Anm. 1) sowie can. 332 § 2 (oben S. 252 Anm. 4), 333.

[3]) can. 334 § 1. Episcopi residentiales sunt ordinarii et immediati pastores in dioecesibus sibi commissis, 1326. Episcopi quoque, licet singuli vel etiam in Conciliis particularibus congregati infallibilitate docendi non polleant, fidelium tamen suis curis commissorum, sub auctoritate Romani Pontificis, veri doctores seu magistri sunt.

[4]) can. 1327 § 1 (oben S. 239 Anm 6). § 2. Episcopi tenentur officio praedicandi per se ipsi Evangelium, nisi legitimo prohibeantur impedimento; et insuper, praeter parochos, debent alios quoque viros idoneos in auxilium assumere ad huiusmodi praedicationis munus salubriter exsequendum und can. 1343 § 1. Ordinarii locorum ius habent concionandi in qualibet sui territorii ecclesia, quamvis exempta. § 2. Nisi agatur de magnis civitatibus, potest quoque Episcopus prohibere ne in aliis eiusdem loci ecclesiis verba fiant ad fideles, quo tempore vel concionem ipse habet vel coram se, ex causa publica atque extraordinaria, convocatis fidelibus, habendam curat. Dazu can. 1337 ss.

Katechese[1]), theologischem Unterricht[2]), in der Ueberwachung der Schulen[3]), in der wissenschaftlichen und sittlichen Ausbildung der Kleriker[4]), aber auch in Glauben und Zucht der Laien[5]). Ihm kommt zu die Aufsicht und Prüfung der

---

[1]) can. 1329. Proprium ac gravissimum officium, pastorum praesertim animarum, est catecheticam populi christiani institutionem curare und can. 1336. Ordinarii loci est omnia in sua dioecesi edicere quae ad populum in christiana doctrina instituendum spectent; et etiam religiosi exempti, quoties non exemptos docent, eadem servare tenentur.

[2]) can. 1354 § 2, 1357 § 1, 2, 3, 1365, 1366 (betreffend die bischöflichen Seminare), 1381 (vgl. oben S. 120 Anm. 1, 2, 3) und andere (betreffend Fakultäten und Universitäten). In jedem Domkapitel muss, in einem Stiftskapitel kann der Bischof für das Amt eines canonicus theologus sorgen; can. 398, 399. can. 400 § 1. Canonici theologi est, diebus et horis ab Episcopo cum Capituli consilio designatis, publice in ecclesia explanare sacram Scripturam; sed Episcopus, si id utilius iudicet, potest eidem alia doctrinae catholicae argumenta in ecclesia explicanda committere. § 2. Canonicus theologus munus expleat suum ipse per se, vel, si ultra sex menses fuerit impeditus, propriis expensis per alium sacerdotem ab Episcopo deputandum. § 3. Episcopus gravi de causa potest canonico theologo committere ut, loco lectionum in ecclesia, sacras disciplinas in Seminario doceat. Vgl. can. 416, 420 § 1 n° 2°, 2384.

[3]) can. 1379 § 1, 1381 (oben S. 120 Anm. 1, 2, 3) und can. 336 § 2 (vgl. die übernächste Anmerkung). Den Bischof unterstützen in Ueberwachung der Schulen die Pfarrer; can. 469.

[4]) Vgl. die oben S. 66 Anm. 4 verzeichneten Stellen sowie can. 996, 997 (Weiheprüfung), can. 389 mit 459 (Pfarrkonkurs), can. 130 mit 2376 (Fortbildungsprüfung), can. 877 (Kuraexamen), can. 131 mit 448 § 1 (Konferenzaufsätze).

[5]) can. 336 § 2. Advigilent (scil. Episcopi) ne abusus in ecclesiasticam disciplinam irrepant, praesertim circa administrationem Sacramentorum et Sacramentalium, cultum Dei et Sanctorum, praedicationem verbi Dei, sacras indulgentias, implementum piarum voluntatum (vgl. oben S. 230 mit Anm. 1); curentque ut puritas fidei ac morum in clero et populo conservetur, ut fidelibus, praecipue pueris ac rudibus, pabulum doctrinae christianae praebeatur, ut in scholis puerorum ac iuvenum institutio secundum catholicae religionis principia tradatur. § 3. Circa praedicationis munus, servetur praescriptum can. 1327 (oben S. 239 Anm. 6, 256 Anm. 4).

Schriften, die in seinem Bistum über Fragen, die Glauben und Sitten betreffen, veröffentlicht werden[1]), sowie das Recht, aber auch die Pflicht, religionsfeindliche Bücher und solche, die die Sitten verderben, zu verbieten[2]). Alle diese Rechte und Obliegenheiten können Andere im Bistum nur in Unterordnung unter den Bischof[3]) oder gar nur an dessen Statt wahrnehmen und, vornehmlich die Predigt und sonstige Lehre des katholischen Glaubens, kraft eines sie dazu berufenden kirchlichen Amtes oder besonderen bischöflichen Auftrages bezw. ausdrücklicher bischöflicher Ermächtigung[4]).

Für diese Ueberwachung bedient sich der Bischof namentlich auch der Hilfe des vicarius foraneus oder Dekans, dem nach can. 447 § 1 u. a. ius et officium est invigilandi potissimum 1.° Num ecclesiastici viri sui ambitus seu districtus vitam ducant ad normam sacrorum canonum suisque officiis diligenter satisfaciant, praesertim circa residentiae legem, divini verbi praedicationem, impertiendam pueris atque adultis catechesim et obligationem infirmis assistendi.... § 2. De iis omnibus ut reddatur certior, vicarius foraneus debet, statutis ab Episcopo temporibus, sui districtus paroecias visitare, und dann nach can. 449. Saltem semel in anno vicarius foraneus proprii vicariatus rationem reddere debet Ordinario loci, exponens non solum quae intra annum bene gesta sint, sed etiam quae mala obrepserint, quae scandala exorta sint, quae remedia ad ea reparanda adhibita et quidquid agendum existimet ad ea radicitus exstirpanda.

[1]) can. 1384 (oben S. 119 Anm. 1), 1385, 1386, 1388, 1393 (über die Zensoren in den bischöflichen Kurien), can. 1394 § 1. Licentia, qua Ordinarius potestatem edendi facit, in scriptis concedatur, in principio aut in fine libri, folii vel imaginis imprimenda, expresso nomine concedentis itemque loco et tempore concessionis. § 2. Si vero licentia deneganda videatur, roganti auctori, nisi gravis causa aliud exigat, rationes indicentur.

[2]) can. 1395 § 1 (oben S. 240 Anm. 1). § 2. Ab hac prohibitione datur ad Sanctam Sedem recursus, non tamen in suspensivo, can. 1402.

[3]) can. 451 § 1 (oben S. 208 Anm. 4).

[4]) Ueber diese, bei uns namentlich durch den Kölner Erzbischof Johannes vom Geissel dem Staate gegenüber durchgesetzte und seither viel erörterte missio canonica (vgl. Stutz, Katholische Kirche in den Rheinlanden S. 16 sowie Hinschius, Kirchenrecht IV, S. 630 Anm. 8, 631 f., 639, 652, 677 ff., 682 und die bei Stutz, Kirchenrecht² § 64

Der Bischof hat weiter in seiner Diözese die höchste Weihegewalt[1]). Er allein hat die Pontifikalien, d. h. diejenigen Weiherechte, welche die bischöfliche Konsekration voraussetzen und daher den einfachen Priestern abgehen[2]). Nur er oder sein von ihm beauftragter, selbst mit Bischofsweihe versehener Vertreter kann ordentlicherweise also die Firmung[3]) und die Weihen, namentlich die zum Priester[4])

S. 413 verzeichnete, neueste Literatur) bestimmen can. 1328. Nemini ministerium praedicationis licet exercere, nisi a legitimo Superiore missionem receperit, facultate peculiariter data, vel officio collato, cui ex sacris canonibus praedicandi munus inhaereat und can. 1337. Tum clericis e clero saeculari, tum religiosis non exemptis facultatem concionandi pro suo territorio solus concedit loci Ordinarius. Vgl. auch can. 109 (oben S. 117 Anm. 1).

[1]) can. 108 § 3 (oben S. 237 Anm. 2).

[2]) can. 337 § 1. Episcopus in toto dioecesi, ne exceptis quidem locis exemptis, potest pontificalia exercere; non vero extra dioecesim sine expresso vel saltem rationabiliter praesumpto consensu Ordinarii loci, et, si agatur de ecclesia exempta, de consensu Superioris religiosi. § 2. Exercere pontificalia in iure est sacras functiones peragere quae ex legibus liturgicis requirunt insignia pontificalia, idest baculum et mitram . . .

[3]) can. 782 § 1. Ordinarius confirmationis minister est solus Episcopus. § 2. Extraordinarius minister est presbyter, cui vel iure communi vel peculiari Sedis Apostolicae indulto ea facultas concessa sit. § 3. Hac facultate ipso iure gaudent, praeter S.R.E. Cardinales ad normam can. 239, § 1, n. 23, Abbas vel Praelatus *nullius,* Vicarius et Praefectus Apostolicus, qui tamen ea valide uti nequeunt, nisi intra fines sui territorii et durante munere tantum. . . . Dazu die Strafbestimmungen des can. 2365.

[4]) can. 951. Sacrae ordinationis minister ordinarius est Episcopus consecratus; extraordinarius, qui, licet charactere episcopali careat, a iure vel a Sede Apostolica per peculiare indultum potestatem acceperit aliquos ordines conferendi. Wie bei der eben mitgeteilten Bestimmung über die Firmung ist bei letzterer Einschränkung, soweit sie auf Gesetz beruht, in erster Linie an die Apostolischen Vikare und Präfekten in der Mission zu denken, bezüglich welcher can. 294 § 2 sagt: Etiam ii qui charactere episcopali carent, possunt, intra sui territorii fines ac perdurante munere, omnes benedictiones Episcopis reservatas, una pontificali excepta, impertiri, calices, patenas et altaria portatilia cum sacris oleis

spenden. Nur der Bischof kann das Chrisam und die heiligen Oele bereiten[1]), nur er hat das Recht, heilige Stätten, Altäre, Kelche und Patenen sowie Glocken für seinen Sprengel zu weihen[2]), entweihte Kirchen, die konsekriert waren, zu rekonzilieren[3]), Aebte und Aebtissinnen zu be-

ab Episcopo benedictis consecrare, indulgentias quinquaginta dierum concedere, confirmationem, primam tonsuram et ordines minores conferre ad normam can. 782, § 3, 957, § 2; weiter an die Befugnis der Kardinäle sowie der Praelati nullius gemäss can. 239 § 1. Praeter alia privilegia quae in hoc Codice suis in titulis enumerantur, Cardinales omnes (nicht bloss Kardinalbischöfe und -priester) a sua promotione in Consistorio facultate gaudent: . . . 22.⁰ Conferendi primam tonsuram et ordines minores, dummodo promovendus habeat dimissorias proprii Ordinarii litteras . . . und can. 323 § 2, der auf can. 294 § 2 verweist, sowie can. 964. Quod attinet ad ordinationem religiosorum: 1.⁰ Abbas regularis de regimine, etsi sine territorio *nullius*, potest conferre primam tonsuram et ordines minores, dummodo promovendus sit ipsi subditus vi professionis saltem simplicis, ipse vero sit presbyter et benedictionem abbatialem legitime acceperit. Extra hos fines, ordinatio, ab eodem collata, revocata quolibet contrario privilegio, est irrita, nisi ordinans charactere episcopali polleat. Hier handelt es sich um Ueberreste des älteren Rechtes und der einstigen Einheit von Episkopat und Presbyterat. Vgl. Stutz, Kirchenrecht², §§ 3, 4 S. 283 f. Aber auch die Erteilung weiterer Weihen versagen kann der Bischof nach can. 970. Proprius Episcopus vel Superior religiosus maior potest suis clericis ex quavis canonica causa, occulta quoque, etiam extraiudicialiter, ascensum ad ordines interdicere, salvo iure recursus ad Sanctam Sedem, vel etiam ad Moderatorem generalem, si agatur de religiosis quibus ascensum interdixerit Superior provincialis.

[1]) can. 781 § 1. Chrisma, in sacramento confirmationis adhibendum, debet esse ab Episcopo consecratum, etiamsi sacramentum a presbytero, ex iure vel ex apostolico indulto, ministretur sowie can. 734 § 1. Sacra olea quae quibusdam Sacramentis administrandis inserviunt, debent esse ab Episcopo benedicta feria V *in Coena Domini* proxime superiore; neque adhibeantur vetera, nisi necessitas urgeat mit can. 735 und can. 937.

[2]) Vgl. can. 1155 § 1 (S. 291 Anm. 2), § 2, 1156 (S. 291 Anm. 2), 1157. Non obstante quolibet privilegio, nemo potest locum sacrum consecrare vel benedicere sine Ordinarii consensu, can. 1304 n⁰ 1⁰, 2⁰, 4⁰. Vgl. auch can. 1162 § 1 (unten S. 290 Anm. 6), 1163.

[3]) can. 1176 § 2.

nedizieren [1]). Der Bischof trifft innerhalb des gemeinen Rechtes Anordnungen über den Kultus und überwacht die Beobachtung der gemein- und der diözesanrechtlichen Kultusvorschriften [2]), ohne seine Erlaubnis können keine neuen Gebete und Frömmigkeitsübungen eingeführt werden [3]), er erteilt in beschränkter Weise Ablässe und Gnadenerweise und überwacht das Ablasswesen [4]), er prüft die Reliquien [5]) und sorgt dafür, dass keine Missbräuche in der Bilderverehrung

---

[1]) Vgl. can. 322 § 2. Abbates vel Praelati *nullius* qui ex praescripto apostolico vel ex propriae religionis constitutionibus benedici debent, intra tres menses a receptis litteris apostolicis, cessante legitimo impedimento, benedictionem ab Episcopo, quem maluerint, accipiant. Mit der Massgabe, dass sie sich an den Diözesanbischof zu halten haben, gilt das auch von den anderen, can. 625. Abbates regulares de regimine, legitime electi, debent intra tres menses ab electione benedictionem accipere ab Episcopo dioecesis in qua monasterium situm est; postquam vero benedictionem receperint, praeterquam potestate conferendi ordines ad normam can. 964, n. 1, fruuntur privilegiis de quibus in can. 325, excepto pileolo violaceo.

[2]) can. 336 § 2 (oben S. 257 Anm. 5), can. 1261 § 1. Locorum Ordinarii advigilent ut sacrorum canonum praescripta de divino cultu sedulo observentur, et praesertim ne in cultum divinum ive publicum sive privatum aut in quotidianam fidelium vitam superstitiosa ulla praxis inducatur, aut quidquam admittatur a fide alienum vel ab ecclesiastica traditione absonum vel turpis quaestus speciem praeseferens. § 2. Si loci Ordinarius leges pro suo territorio hac in re tulerit, etiam religiosi omnes, exempti quoque, obligatione tenentur easdem servandi; et Ordinarius potest eorundem ecclesias vel publica oratoria in hunc finem visitare. Bezüglich der Feste und Fasten vgl. can. 1244 § 2, 1245, hinsichtlich der Prozessionen can. 1291, 1292, 1295.

[3]) can. 1259 § 1. Orationes et pietatis exercitia ne permittantur in ecclesiis vel oratoriis sine revisione et expressa Ordinarii loci licentia, qui in casibus difficilioribus rem totam Sedi Apostolicae subiiciat. § 2. Loci Ordinarius nequit novas litanias approbare publice recitandas.

[4]) can. 912 (oben S. 243 Anm. 3), 913, 914, 916, 919 § 1 sowie 44 § 2 (unten S. 314 Anm. 2).

[5]) can. 1283 (unten S. 288 Anm. 3), 1284, 1285 § 1 (unten S. 288 Anm. 4).

aufkommen[1]). Er approbiert die Beichtväter[2]) und behält sich kraft dieser seiner Beichtgewalt bezw. kraft seiner äussern Jurisdiktionsgewalt gewisse Sünden zur Absolution vor[3]).

Der Bischof hat aber namentlich auch zu eigenem Recht die ordinaria potestas iurisdictionis über seinen Sprengel[4]). Er gibt die von den höheren kirchlichen Oberen, insbesondere vom Papste erlassenen Gesetze bekannt und vollzieht sie[5]). Auch im Falle des Zusammentritts einer von ihm einberufenen

---

[1]) can. 1279.

[2]) Um gültig von Sünden zu absolvieren ist neben der Weihegewalt ordentliche oder delegierte potestas iurisdictionis (internae) erforderlich; can. 872, can. 873 § 1. Ordinaria iurisdictione ad confessiones excipiendas pro universa Ecclesia, praeter Romanum Pontificem, potiuntur S.R.E. Cardinales (vgl. can. 239 § 1 n° 1°); pro suo quisque territorio Ordinarius loci, et parochus aliique qui loco parochi sunt. In jedem Domkapitel muss, in jedem Stiftskapitel kann der Bischof für das Amt eines canonicus poenitentiarius sorgen; can. 398, 399, can. 401 § 1. Poenitentiarius canonicus tum ecclesiae cathedralis tum ecclesiae collegialis obtinet a iure potestatem ordinariam, quam tamen aliis delegare non potest, absolvendi etiam a peccatis et a censuris Episcopo reservatis, in dioecesi extraneos quoque, et dioecesanos extra territorium quoque dioecesis. § 2. Debet in sede excipiendis confessionibus sibi in capitulari ecclesia destinata residere tempore ad fidelium commoditatem, iudicio Episcopi, opportuniore et praesto esse iis qui ad confitenda sua peccata accedunt ipso quoque divinorum officiorum tempore (vgl. can. 873 § 2, 416, 420 § 1 n° 3°, 880 § 2, 899 § 2 und 2384). Anderen muss die Beichtjurisdiktion oder die Erlaubnis, Beichte zu hören, vom Bischof besonders erteilt werden. can. 874 § 1. Iurisdictionem delegatam ad recipiendas confessiones quorumlibet sive saecularium sive religiosorum confert sacerdotibus tum saecularibus tum religiosis etiam exemptis Ordinarius loci in quo confessiones excipiuntur ... mit can. 875 ss.

[3]) can. 893 (vgl. unten S. 286 mit Anm. 6)

[4]) can. 335 § 1. Ius ipsis (scil. Episcopis residentialibus) et officium est gubernandi dioecesim tum in spiritualibus tum in temporalibus cum potestate legislativa, iudiciaria, coactiva ad normam sacrorum canonum exercenda. Vgl. can. 2337.

[5]) can. 336 § 1. Observantiam legum ecclesiasticarum Episcopi urgeant; nec in iure communi dispensare possunt, nisi ad normam can. 81, oben S. 241 Anm. 8.

Diözesansynode [1]) ist er doch alleiniger Gesetzgeber für das Bistumsrecht [2]). Seine gesetzgeberischen Erlasse verpflichten im Zweifel vom Zeitpunkte der Promulgation an, über die er allein bestimmt [3]). Von seinen eigenen Gesetzen dispensiert er ohne Beschränkung, von denen der Plenar- und Provinzialsynoden nur in besonderen Fällen aus gutem Grunde [4]). Hundertjährige, unvordenkliche Gewohnheiten kann er unter Umständen sogar gegen das neue Gesetzbuch tolerieren [5]). Innerhalb seines Bistums hat der Bischof die Gerichtsbarkeit erster Instanz in Streit-, Disziplinar- und Strafsachen [6]), ihm steht auch die Strafsetzungs- und Strafgewalt zu [7]). Der Bischof errichtet, verändert und hebt auf niedere Kirchenämter [8]), er besetzt sie, soweit nicht päpstliche Vorbehalte

[1]) can. 357 § 1 (unten S. 289 Anm 5).

[2]) can. 362. Unicus est in Synodo legislator Episcopus, ceteris votum tantum consultivum habentibus; unus ipse subscribit synodalibus constitutionibus; quae, si in Synodo promulgentur, eo ipso obligare incipiunt, nisi aliud expresse caveatur.

[3]) can. 335 § 2. Leges episcopales statim a promulgatione obligare incipiunt, nisi aliud in ipsis caveatur; modus autem promulgationis ab ipsomet Episcopo determinatur.

[4]) can. 291 § 2. Decreta Concilii plenarii et provincialis promulgata obligant in suo cuiusque territorio universo, nec Ordinarii locorum ab iisdem dispensare possunt, nisi in casibus particularibus et iusta de causa mit can. 82. Episcopi aliique locorum Ordinarii (vgl. unten S. 281 Anm. 1) dispensare valent in legibus dioecesanis, et in legibus Concilii provincialis ac plenarii ad normam can. 291, § 2, non vero in legibus quas speciatim tulerit Romanus Pontifex pro illo peculiari territorio. nisi ad normam can. 81 (S. 241 Anm. 8).

[5]) can. 5 (oben S. 161 Anm. 2).

[6]) can. 1572 § 1. In unaquaque dioecesi et pro omnibus causis a iure expresse non exceptis, iudex primae instantiae est loci Ordinarius, qui iudiciariam potestatem exercere potest ipse per se, vel per alios . . . mit can. 1578 (unten S. 307 (308) Anm. 6), 1621 § 1, 1636.

[7]) can. 2220 § 1 und 2221 (oben S. 241 Anm. 5).

[8]) can. 1414 § 2. Praeter Romanum Pontificem, Ordinarii in suo quisque territorio beneficia non consistorialia erigere possunt, salvo praescripto can. 394, § 2 (Kapitelsdignitäten), can. 1424, 1426, 1427, 1428,

vorliegen[1]), frei[2]) oder erteilt, wo Rechte Anderer bei der Besetzung, wie etwa eine patronatische Präsentationsbefugnis, bestehen, die Institution[3]). Er entfernt und versetzt die Pfarrer nicht nur durch strafrichterliches Urteil, sondern auch auf dem Verwaltungswege[4]). Er ist das Haupt des Diözesanklerus, der ihm Ehrerbietung und Gehorsam schuldet[5]), wie auch über die Zugehörigkeit dazu der Bischof entscheidet (Inkardination und Exkardination)[6]). Er übt den Amtszwang aus[7]) und die kirchliche Aufsicht, teils in Person wie namentlich durch die Visitation[8]), teils durch seine Behörde und seine Beamten, besonders durch den vicarius foraneus oder

---

1430 § 2, 2292 (oben S. 243 Anm. 4, strafweise Aufhebung oder Verlegung eines Pfarrsitzes nach Anhörung des Kapitels).

[1]) can. 1434, 1435 (oben S. 245 Anm. 7).

[2]) can. 455 § 1. Ius nominandi et instituendi parochos competit Ordinario loci, exceptis paroeciis Sanctae Sedi reservatis, reprobata contraria consuetudine, sed salvo privilegio electionis aut praesentationis, si cui legitime competat; für die übrigen Pfründen vgl. can. 1432 § 1 und für die blossen Aemter can. 152 (unten S. 293 Anm. 5), für die Kanonikate can. 403.

[3]) can. 148 (unten S. 293 Anm. 1), 1466 § 2 (unten S. 293 Anm. 2) und dazu die Strafsatzung des can. 2393. Auch die missio in possessionem oder institutio corporalis (vgl. dazu Anton Scharnagl, Der Begriff der Investitur in den Quellen und der Literatur des Investiturstreites, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 56. Heft, Stuttgart 1908 S. 1 ff) wird vom Bischof oder doch in seinem Namen und Auftrag erteilt; can. 1443 § 2, 1444 mit 2394.

[4]) can. 192 § 1 (oben S. 42 (43) Anm. 3), 454 (oben S. 42 Anm. 3), 2147 ss., oben S. 42.

[5]) can. 127.

[6]) can. 112, 114, 116, 117.

[7]) can. 128. Quoties et quandiu id, iudicio proprii Ordinarii, exigat Ecclesiae necessitas, ac nisi legitimum impedimentum excuset, suscipiendum est clericis ac fideliter implendum munus quod ipsis fuerit ab Episcopo commissum mit can. 2399. Clerici maiores, munus a proprio Ordinario sibi commissum, sine eiusdem Ordinarii licentia deserere praesumentes, suspendantur a divinis ad tempus ab Ordinario secundum diversos casus praefiniendum.

[8]) can. 343 (unten S. 303 Anm. 3). Vgl. auch can. 133 § 3.

Dekan [1]). Er regelt und überwacht, unterstützt von dem durch ihn bestellten Diözesanverwaltungsrat [2]), die Verwaltung des Kirchenguts [3]) und die Tätigkeit der untergeordneten Verwaltungsorgane [4]). Er erhebt Abgaben, namentlich das Seminaristikum [5]), das Kathedratikum [6]) und ausserordentliche, den Pfründeninhabern auferlegte Steuern [7]) sowie Kanzleigebühren [8]), bezieht die Procuratio bei der Visitation [9]), bestimmt den Beitrag, der armen Kirchen für die Benutzung ihrer Messgeräte zu entrichten ist [10]), setzt die Gebühren für Ehedispensen [11]) und nach Anhörung des Kapitels und eventuell der Dekane die verschiedenen Sätze für die Begräbnisfeier-

[1]) can. 447 § 1 n⁰ 1⁰ (oben 257 (258) Anm. 5), n⁰ 2.⁰ Num decreta lata ab Episcopo in sacra visitatione exsecutioni mandentur; 3.⁰ Num debitae cautelae circa materiam Sacrificii Eucharistici adhibeantur. 4.⁰ Num decor et nitor ecclesiarum et sacrae suppellectilis, maxime in custodia sanctissimi Sacramenti et in Missae celebratione, accurate servetur; an sacrae functiones secundum sacrae liturgiae praescripta celebrentur; bona ecclesiastica diligenter administrentur, adnexaque illis onera, in primis Missarum, rite impleantur; rectene conscribantur et asserventur libri paroeciales.

[2]) can. 1520 (oben S. 65 mit Anm. 1).

[3]) can. 1478, 1519 § 1. Loci Ordinarii est sedulo advigilare administrationi omnium bonorum ecclesiasticorum quae in suo territorio sint nec ex eius iurisdictione fuerint subducta, salvis legitimis praescriptionibus, quae eidem potiora iura tribuant. § 2. Habita ratione iurium, legitimarum consuetudinum et circumstantiarum, Ordinarii, opportune editis peculiaribus instructionibus intra fines iuris communis, universum administrationis bonorum ecclesiasticorum negotium ordinandum curent. Ueber die Mitwirkung des Bischofs bei der Veräusserung von Kirchengut vgl. can. 1530 § 1 n⁰ 3, 1532 und oben S. 225 mit Anm. 4.

[4]) can. 1521 ss. sowie can. 1182.

[5]) can. 1355, 1356.

[6]) can. 1504 mit 1509 n⁰ 8⁰.

[7]) can. 1505; vgl. 1506.

[8]) can. 1056.

[9]) can. 346.

[10]) can. 1303 § 4.

[11]) can. 1056.

lichkeiten fest[1]), während die Taxierung der Stolgebühren[2]) sowie der Gerichtsgebühren für die ganze Kirchenprovinz einheitlich durch die Provinzialsynode[3]) oder die Bischofsversammlung[4]) erfolgt.

Endlich die Vor- und Ehrenrechte. Die Bischöfe unterliegen, während die Kardinäle, wenn nicht ausdrücklich genannt, überhaupt nicht unter das Strafgesetz fallen, wenigstens nicht den mit der Tat eintretenden Strafen der Suspension und des Interdikts[5]), so dass sie auch in interdizierten Orten Gottesdienst halten dürfen. Ihre Hauskapellen geniessen, wie die der Kardinäle, selbst wenn sie privat sind, die Rechte und Privilegien von Oratoria semipublica[6]). Sie haben die Verpflichtung, an allen Sonn- und Festtagen die Messe für ihre Diözesanen zu applizieren[7]), dürfen sich aber anderseits überall eines Tragaltars bedienen[8]) und können, auch hierin den Kardinälen gleichgestellt, allenthalben und zwar auch von Religiosen beiderlei Geschlechts Beichte hören, ihre Beichtkinder von allen Sünden und Zensuren selbst den vorbehaltenen freisprechen, ausser von den dem Papste specialissimo modo reservierten[9])

---

[1]) can. 1234; vgl. can. 1235.

[2]) can. 463, 1507, 2408. Vgl. dazu can. 1097 § 3 und oben S. 216 (217) Anm. 3.

[3]) can. 1909.

[4]) Oben S. 63 mit Anm. 5.

[5]) can. 2227 § 2. Nisi expresse nominentur, S R.E. Cardinales sub lege poenali non comprehenduntur, nec Episcopi sub poenis latae sententiae suspensionis et interdicti, wohl aber der Exkommunikation. Ueber das bisherige Recht vgl. Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 94 S. 444 mit c. 4 in VI° de sententia excommunicationis 5, 11 (Innozenz IV.).

[6]) can. 1189. Oratoria S.R.E. Cardinalium et Episcoporum sive residentialium sive titularium, licet privata, fruuntur tamen omnibus iuribus et privilegiis quibus oratoria semi-publica gaudent. Ueber das bisherige Recht vgl. Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 94 S. 444 mit Anm. 3.

[7]) can. 339, und zwar, auch wenn in einer Diözese auf Zeit ein Apostolischer Administrator gesetzt ist, can. 315 § 2 n° 1°.

[8]) can. 349 § 1 n° 1° mit can. 239 § 1 n° 7°.

[9]) Oben S. 60 mit Anm. 3, 254 Anm. 7.

oder mit dem Amtsgeheimnis des Hl. Offizium zusammenhängenden, ferner sich und ihren Familiaren einen Beichtvater wählen, der dadurch in den eben angegebenen Grenzen nötigenfalls ohne weiteres die Beichtjurisdiktion erhält. Dazu kommen noch einige andere Privilegien. So das Recht, auch auf See und überall nach dem eigenen Kalender zu zelebrieren [1], sich eines täglich privilegierten persönlichen Altars zu bedienen, in den Hauskapellen mitsamt den Familiaren Ablässe zu erwerben, die sonst nur an bestimmten heiligen Stätten des betreffenden Aufenthaltsortes zu gewinnen sind, endlich, überall, in Rom freilich nur in Kirchen und wo die Gläubigen zum Gottesdienst versammelt sind, den bischöflichen Segen zu spenden. Aber auch ausserhalb ihrer Diözesen zu predigen ist ihnen erlaubt, wobei die Zustimmung des Ortsbischofs vermutet wird, es also einer ausdrücklichen Versagung von seiten desselben bedürfte, wenn in seinem Bistum dem Nichtdiözesanbischof das Predigen untersagt sein sollte. Desgleichen kann jeder Bischof am Gründonnerstag, falls er nicht im Dom zu zelebrieren hat, eine Messe lesen oder vor sich lesen lassen, und drei in der Heiligen Nacht, sowie allenthalben mit der üblichen Ablasswirkung Rosenkränze, Skapuliere u. s. w. benedizieren, mit einer einzigen Weihe Kreuzwegstationen errichten und Kreuze, die für Kranke und Verhinderte den Besuch jener ersetzen, benedizieren [2]. Vor dem Diözesanbischof haben in seinem Sprengel den Vortritt nur Kardinäle, päpstliche Legaten und der Metropolit der Kirchenprozinz, zu der das Bistum gehört; sonst geht er allen Erzbischöfen und Bischöfen vor [3]. Der Bischof hat ferner den Vorsitz im Chor und im

---

[1] Nur der Bischof oder, wer sonst pontificaliter zu zelebrieren berechtigt ist, kann sich dabei eines Priesters als Assistenten bedienen, can. 812.

[2] can. 349 § 1 n° 1° mit can. 239 § 1 n° 1°—12°.

[3] can. 347. In suo territorio Episcopus praecedit omnibus Archiepiscopis et Episcopis, exceptis Cardinalibus, Legatis Pontificiis et proprio Metropolita . . .; vgl. can. 239 § 1 n° 21° und 280. Dem Kapitels-

Kapitel [1]). In allen Kirchen seines Bistums kann er auf der Evangelienseite seinen Thron mit Baldachin haben [2]). Er trägt besondere Gewandung und darf sich nach Vorschrift der liturgischen Bestimmungen besonderer Insignien, der sogenannten Pontifikalien bedienen, namentlich der Bischofsmütze, der Mitra, und des Krummstabes, des baculus oder pedum curvum [3]), sowie des Brustkreuzes [4]). Er trägt einen Ring mit Gemme [5]). Seine Leichenfeier wird in der Kathedrale abgehalten, und in ihr oder in einer anderen Kirche seines Bistums wird er beigesetzt [6]).

Dies einige Proben aus den die Diözesanbischöfe betreffenden Bestimmungen des Kodex. Wirklich lebensvoll und abgerundet würde das Bild erst durch Eingehen auf die Fülle des Einzelnen. Manche Einzelheit ist schon in anderem Zusammenhange zur Sprache gekommen, andere werden noch berührt werden. Das Gesagte wird mehr als ausreichen, um

---

vikar steht dies Vortrittsrecht selbstverständlich auch dann nicht zu, wenn er zugleich Titularbischof ist; denn seine Diözese, sein titulus, ist eben nicht die von ihm verwaltete Kirche, sondern eine auswärtige, ein früher sogenannter episcopatus in partibus infidelium; vgl. can. 348.

[1]) Vgl. can. 397 n⁰ 1—3⁰, 411, 412.

[2]) can. 349 § 2 n⁰ 3⁰. Der Kapitelsvikar hat, auch wenn er im Besitze der Bischofsweihe ist, dieses Recht natürlich nicht, can. 435 § 2, wohl aber der Praelatus *nullius*, can. 325 § 1.

[3]) can. 349 § 1 n⁰ 2⁰ und can. 337 § 2 (oben S. 259 Anm. 2).

[4]) Nach can. 239 § 1 n⁰ 13⁰ haben die Kardinäle die Befugnis, more Episcoporum gestandi crucem ante pectus etiam supra mozetam atque utendi mitra et baculo pastorali. Vgl. auch can. 1288, 1299 § 1.

[5]) can. 811 § 2. Abstineat autem (scil. sacerdos Missam celebraturus) a pileolo et annulo, nisi sit S.R.E. Cardinalis, Episcopus vel Abbas benedictus, aut nisi apostolicum indultum eorundem usum in Missa celebranda eidem permittat.

[6]) can. 1219 § 2: Defuncto Episcopo residentiali, etiam cardinalitia dignitate aucto, aut Abbate vel Praelato *nullius*, corpus funeris causa, transferri debet in ecclesiam cathedralem, abbatialem vel praelatitiam, si id commode fieri possit; secus, in ecclesiam insigniorem civitatis seu loci, nisi in utroque casu defunctus aliam ecclesiam elegerit.

den von uns[1]) betonten konservativen Grundzug der Kodifikation auch bezüglich dieses wichtigen Gegenstandes in helles Licht zu setzen[2]).

Nun wurden aber bisher die Bischöfe nicht bloss kraft ihrer eigenen ordentlichen Jurisdiktion und in deren Bereich tätig, sondern auch als päpstliche Delegaten kraft päpstlicher Jurisdiktion und in deren Herrschaftsgebiet. Dass dem weiter so sein wird, sagt uns can. 66[3]), der von habituellen, d. h. gewöhnlichen, ständigen Fakultäten spricht, welche dem Bischof als solchem, als Ordinarius seiner Diözese — nicht dem Bischof so und so persönlich — vom Apostolischen Stuhle, sei es dauernd, sei es auf bestimmte Zeit, sei es für eine bestimmte Anzahl von Fällen delegiert sind und darum auch seinem allgemeinen Hilfsbeamten, dem Generalvikar, zukommen, ja sogar auf den Platzhalter des Bischofs, den Apostolischen Administrator und den Kapitelsvikar, übergehen[4]). Es fragt sich nur, ob der Umfang dieser delegierten Gewalt derselbe geblieben ist, oder ob etwa durch den Kodex einiges von diesen bisher päpstlichen und den Bischöfen nur delegierten Befugnissen in die ordentliche bischöfliche Jurisdiktion hinübergeschoben, ihr einverleibt worden ist.

Da sind zunächst die Fälle der sogenannten gesetzlichen Delegation ins Auge zu fassen.

Das Konzil von Trient hat nämlich zum Zwecke der Beseitigung oder doch Minderung der durch das mittelalterliche

---

[1]) Oben S. 51, 57.

[2]) Mit voller Absicht habe ich für den Episkopat wie schon für den Primat meine Ausführungen über das neue Recht an diejenigen von Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 87 S. 387 ff. und § 94 S. 443 ff. über das bisherige eng angeschlossen. Auf diese Weise wird dem Leser ein rascher Vergleich ermöglicht, ohne dass es besonderer Nachweise über das Verhältnis im einzelnen bedürfte, auf die ich in diesem ja nur skizzenhaft gehaltenen Abschnitt anders als in dem folgenden verzichten zu können glaube.

[3]) Siehe ihn und Näheres über ihn unten S. 308 mit Anm. 4, 309 Anm. 1.

[4]) Vgl. can. 198 und darüber unten S. 281 mit Anm. 1, aber auch S. 308 Anm. 4.

Benefizialwesen und die zahlreichen Exemtionen bewirkten Dezentralisation sowie der damit verbundenen Uebelstände und im Interesse einer um die Bischöfe und durch sie um den Papst zu vollziehenden monarchischen Konzentration [1]) nach dem Vorgange der Päpste des Mittelalters [2]) den Bischöfen von Gesetzes wegen eine Reihe von Befugnissen beigelegt, die ihnen aber nur als ein für allemal gesetzlich ernannten päpstlichen Delegierten zustehen sollten. Und zwar entweder tanquam Apostolicae Sedis delegatis [3]) oder etiam tanquam Apostolicae Sedis delegatis [4]). Man hat über diese Unterscheidung viel gestritten. Hinschius [5]) hat festgestellt, dass damit nur gesagt sein solle, die Bischöfe könnten jene Befugnisse, soweit sie an sich nicht in ihrer iurisdictio ordinaria lägen, lediglich als päpstliche Delegierte ausüben, soweit sie dagegen eigentlich und ursprünglich bischöflich und bloss unter Umständen durch Exemtion den Ordinarien zunächst geltend zu machen verwehrt seien, je nach Lage des Falles iure ordinario oder (Exemten gegenüber, also, wo nötig) als päpstliche Delegierte, apostolica auctoritate. Dieser Ansicht sind auch die angesehensten deutschen theologischen Kanonisten gefolgt [6]), während mehr kurial gerichtete die ältere Ansicht wieder hervorziehen zu müssen geglaubt haben, wonach es sich in den genannten Fällen einfach um Kumulation, um doppelte und wahlweise Ermächtigung handle so, dass der Bischof nach seiner Wahl als Bischof oder als päpstlicher Delegat einschreiten könne [7]). Dieser ganze

---

[1]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht³ §§ 37 und 40, 3 S. 344 und 351.

[2]) Vgl. Hinschius, Kirchenrecht I S. 176 Anm. 6.

[3]) Diese Fälle sind verzeichnet bei Hinschius, Kirchenrecht I S. 176 Anm. 7; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 421 Anm. 36.

[4]) Diese Fälle siehe bei Hinschius, Kirchenrecht I S. 177 Anm. 3; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 421 Anm. 36.

[5]) Kirchenrecht I S. 177 ff.

[6]) So z. B. v. Scherer, Kirchenrecht I S. 421 Anm. 36; Sägmüller, Kirchenrecht³ I § 60 S. 281 Anm. 4.

[7]) So namentlich Franciscus Xav. Wernz, Ius decretalium II 2, editio altera, Romae 1906, nr. 695, 696 p. 465 s., der, wie überall so auch

Streit ist jetzt gegenstandslos geworden. Denn das Tridentinum kommt nicht mehr in Betracht, sondern allein der Kodex [1]), und dieser kennt die Unterscheidung nicht mehr. Aber vielleicht findet sich diese gesetzliche Delegation in ihm noch der Sache nach? Dem ist aber nicht so. Es fällt schon auf, dass das Gesetzbuch bei der Delegation anders als bei den Strafen [2]) und bei den Zensurvorbehalten [3]) nicht unterscheidet zwischen solcher, die durch das objektive Recht, a iure oder a lege, und solcher, die durch besondere Verfügung, durch Mandat oder Kommissorium eines mit ordentlicher Jurisdiktion ausgestatteten Amtsträgers, also ab homine, gegeben ist. Für die Beibehaltung der tridentinischen gesetzlichen Delegation bestand auch kein Bedürfnis. Mehrere der durch das Konzil von Gesetzes wegen aufgestellten Delegationsfälle hatten überhaupt nur für die damalige Zeit und Lage, also nur vorübergehend, wirkliche Bedeutung [4]) und sind nachher ohne solche von der Doktrin

in diesem Punkte Hinschius aufs Sorgfältigste, insbesondere auch hinsichtlich des von ihm gesammelten Materials, benutzt hat, ihn aber fast nur anführt, wo er ihn ablehnt. Von irgendwelchen durchschlagenden Gründen für diese Ablehnung findet sich bei ihm nichts. Er begnügt sich damit, sich auf die Aelteren zu berufen und zu erklären, dass Hinschius aliique recentiores scriptores rectam interpretationem non proponunt neque efficacibus argumentis hanc doctrinam veterum canonistarum (von der Kumulation) impugnant.

[1]) Oben S. 164 f.

[2]) can. 2217 § 1 n° 3°.

[3]) can. 2245 § 2.

[4]) Von den Fällen der Bischöfe tanquam Apostolicae Sedis delegati vgl. etwa conc. Trid. Sessio VII de reform. c. 6 (bei Aemilius Ludovicus Richter et Fridericus Schulte, Canones et decreta Concilii Tridentini, Lipsiae 1853 p. 51: Prüfung der seit vierzig Jahren vorgenommenen Unionen und Befugnis zur Nullitätserklärung bei Feststellung der Ob- und Subreption), Sessio XXV de reform. c. 9 (l. c. p. 449 s.: Prüfung der innerhalb vierzig Jahren entstandenen, aber nicht hinlänglich begründeten Patronatrechte); von den etiam tanquam Apostolicae Sedis delegati siehe Sessio XXI de reform. c. 8 (l. c. p. 122: Visitation der kommendierten Klöster und Benefizien).

einfach weiter mitgeführt worden. Auch spielt die Exemtion [1]), die Kommendierung von Kirchen und Klöstern [2]) und anderes, was ehedem der bischöflichen Gewalt nur zu oft im Wege stand und unter Umständen bloss mit ausserordentlichen Vollmachten überwunden werden konnte, heutzutage bei weitem nicht mehr die Rolle von früher [3]). Endlich gab die Neukodifikation erwünschten Anlass zur Vereinfachung und zu kleinen Grenzberichtigungen. So finden wir manche der bisher gesetzlich delegierten Befugnisse im Kodex einfach als bischöfliche schlechthin wieder, z. B. gewisse Visitationsbefugnisse [4]), die Vollmacht, bei den Kapiteln Distributionen

---

[1]) Namentlich bei Kapiteln, worauf sich besonders conc. Trid. Sessio VI de reform. c. 4, l. c. p. 39 bezog.

[2]) Sie kommt allerdings und zwar vornehmlich zugunsten von Kardinälen (vgl. v. Scherer, Kirchenrecht II S. 762 Anm. 31) noch vor, wie denn z. B. Benedikt XV. dem Kardinal Gasparri, als dieser für S. Lorenzo in Lucina optierte (oben S. 11), freistellte, seine bisherige Titelkirche S. Bernardo alle Terme als Kommendatar beizubehalten (Acta Apostolicae Sedis VII 1915 p. 38), eine Ermächtigung, von welcher der Kardinal freilich keinen Gebrauch machte. Deshalb wird sie auch im Kodex noch erwähnt, can. 1412 n⁰ 5⁰. Commenda temporaria, idest concessio redituum alicuius ecclesiae aut monasterii alicui facta ita ut, eo deficiente, reditus ipsi ad ecclesiam vel monasterium revertantur und soll nicht als Benefizium im Sinne des Gesetzes gelten, sowie in can. 1435 § 1 n⁰ 4⁰ (oben S. 245 (246) Anm. 7), 1439 § 1. Nullus Clericus habilis est ad acceptanda et retinenda sive in titulum sive in commendam perpetuam plura beneficia incompatibilia, ad normam can. 156.

[3]) Auch die Erschleichung von Gnaden, Dispensen und Privilegien in Rom und die Untersuchung derselben (vgl. conc. Trid. Sessio XIII de reform. c. 5, l. c. p. 73, Sessio XXII de reform. c. 5, l. c. p. 161, Sessio XXIV de reform. c. 14, l. c. p. 368) gibt mit Rücksicht auf die heutigen Verkehrsverhältnisse nicht mehr in demselben Masse wie früher zu besonderen Vorkehren Anlass. Vgl. aber can. 2361, wonach der Bischof als solcher zuständig ist. Siehe ferner den Fall von conc. Trid. Sessio XXV de regularibus et monialibus c. 8, l. c. p. 411.

[4]) Man vergleiche etwa conc. Trid. Sessio XXIV de reform. c. 10, l. c. p. 345 s. sowie den oben Anm. 1 verzeichneten Fall, ferner Sessio VII de reform. c. 8, l. c. p. 52, Sessio XIV de reform. c. 4, l. c.

einzurichten[1]), die Befugnis, Pfarrer volksreicher Pfarrsprengel zur Annahme von Kooperatoren zu veranlassen, bezw. sie ihnen zu geben, allzu ausgedehnte Pfarreien zu teilen, unfähigen Pfarrern Koadjutoren und Vikare zuzugesellen[2]), das Recht, Unionen und Translationen von Benefizien und Pfarreien vorzunehmen[3]), die Fürsorge für die ordentliche Feier der Messe und die Unterdrückung von Missbräuchen dabei[4]), die Vollstreckung letzter Willen, die Visitation von Hospitälern, Bruderschaften, Schulen, Stiftungen[5]), die Ueberwachung der Klausur der Nonnen[6]), das Vorgehen gegen clerici con-

---

p. 88, Sessio XXIV de reform. c. 9, l. c. p. 345 mit can. 344 § 1. Ordinariae episcopali visitationi obnoxiae sunt personae, res ac loca pia, quamvis exempta, quae intra dioecesis ambitum (also in der Diözese im geographischen, nicht — nämlich bei exemtem — notwendig auch im Rechtssinne) continentur, nisi probari possit specialem a visitatione exemptionem fuisse ipsis ab Apostolica Sede concessam, sodass also die allgemeine Exemtion der betreffenden religiösen Genossenschaft bezw. des Klosters oder Kapitels nicht genügt, und can. 1261 § 2 (oben S. 261 Anm. 2), 2300.

[1]) Vgl. conc. Trid. Sessio XXI de reform. c. 3, l. c. p. 116, Sessio XXII de reform. c. 3, l. c. p. 151 mit can. 395.

[2]) Vgl. conc. Trid. Sessio XXI de reform. c. 4, l. c. p. 116 s. und c. 6, l. c. p. 119 mit can. 475, 476, 1427 §§ 2, 5.

[3]) Vgl. conc. Trid. Sessio XXI de reform. c. 5, 7, l. c. p. 118, 120 mit can. 1421, 1423, 1426, 1187.

[4]) Vgl. conc. Trid. Sessio XXII de observandis et evitandis in celebratione Missae l. c. p. 127 ss. mit can. 804 § 3, 1178, 1261 (oben S. 261 Anm. 2), 1264.

[5]) Vgl. conc. Trid. Sessio XXII de reform. c. 8, l. c. p. 167 mit can. 1515 (oben S. 230 Anm. 1), 1491 § 1 (oben S. 200 Anm. 1), 1492.

[6]) Vgl. conc. Trid. Sessio XXV de regularibus et monialibus c. 5, l. c. p. 402 und ebenda c. 8, 9, p. 411 s. mit can. 500 § 2 (siehe die drittfolgende Anmerkung), can. 512 § 1. Ordinarius loci per se vel per alium quinto quoque anno visitare debet: 1.° Singula monialium monasteria quae sibi vel Sedi Apostolicae immediate subiecta sunt; 2.° Singulas domos sive virorum sive mulierum Congregationis iuris dioecesani. § 2. Visitare quoque eodem tempore debet: 1.° Monasteria monialium, quae regularibus subduntur, circa ea, quae clausurae legem spectant; imo etiam circa alia omnia, si Superior regularis ea a quinque annis non visitaverit mit can. 600 ss.

cubinarii[1]) u. a. m. Den Religiosen gegenüber hat die bischöfliche Gewalt überhaupt eine gewisse Verstärkung erfahren, oder wird sie zum mindesten mehr als bisher betont[2]). Ausserhalb des Klosters und hinsichtlich des nicht allein für sie bestimmten Gottesdienstes sowie der Seelsorge stehen sie, auch wenn ihre Genossenschaft exemt ist, unter dem Diözesanbischof[3]). Dessen ordentliche Gewalt macht in dieser Hinsicht

---

[1]) conc. Trid. Sessio XXV de reform. c. 14, l. c. p. 463 s. mit can. 2176 ss., 2359.

[2]) Das kann in diesem Zusammenhang nicht im einzelnen nachgewiesen werden, ergibt sich aber zum Teil schon aus den hier und an anderen Stellen mitgeteilten Bestimmungen sowie aus can. 497 § 1, § 3 (Errichtung von Ordensniederlassungen, Schulen usw. auch Exemter), 498 (Aufhebung von Niederlassungen Nichtexemter), 535 (Rechnungslegung über die Vermögensverwaltung selbst exemter Frauenklöster), 617 § 1 (oben S. 249 Anm. 1), 625 (oben S. 261 Anm. 1), 964 n° 2°, 965, 966, 996, 997, 1001 § 4 (Erteilung der Weihen an Exemte) und ausserdem can. 358 § 1 n° 8° (Teilnahme an der Bistumssynode), 492 § 2, 495 (Kongregationen diözesanen Rechts), 506 § 2, § 4 (Aebtissinenwahl), 521 § 2, 522, 524, 525, 527, 529 (Beichtväter für Nonnen und nichtexemte Männergenossenschaften), 533 (Kapitalanlage), 544 (Zulassung zum Noviziat), 547 § 4, 549, 550 § 2 (Eingebrachtes von Klosterfrauen), 601 § 2 (Urlaub solcher), 603 § 1 (Klausur der Nonnen), 618 § 2 (Aufsicht über nichtgeistliche Männergenossenschaften), 620 (bischöfliches Indult befreit auch die Religiosen von der Beobachtung des gemeinen Rechts), 1264 § 2 (Kirchengesang von Nonnen) und bezüglich der Strafgewalt 604 § 3, 619. In omnibus in quibus religiosi subsunt Ordinario loci, possunt ab eodem etiam poenis coerceri, 2412, 2413, 2414.

[3]) Vgl. can. 344 § 1 (oben S. 272 Anm. 4), § 2 (in der durch Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 557 und Appendix p. 525 berichtigten Fassung). Religiosos autem exemptos Episcopus visitare potest in casibus tantum in iure expressis, can. 454 § 5, 464 § 2, 472 n° 1°, n° 2°, 476 § 4, 480 § 2, 486, can. 500 § 1. Subduntur quoque religiosi Ordinario loci, iis exceptis qui a Sede Apostolica exemptionis privilegium consecuti sunt, salva semper potestate quam ius etiam in eos locorum Ordinariis concedit (vgl. can. 615), aber eben nicht mehr bloss als päpstlichen Delegierten, sondern jetzt darum, weil die Exemtion da nicht mehr hinreicht, vielmehr die potestas ordinaria des Bischofs auch hier freie Bahn hat. Dazu § 2. Moniales quae sub iurisdictione Superiorum regularium ex

nicht mehr so unbedingt wie früher vor ihren, übrigens auch nicht mehr so ausgedehnten Privilegien Halt, und es bedarf für den Bischof, um auch da seines Amtes zu walten, nicht mehr des besonderen Schlüssels der gesetzlichen Delegation primatialer Rechte.

Und nun noch ein Wort über die vom Apostolischen Stuhl ab homine gewährten Fakultäten, von denen in can. 66 [1]) also ausschliesslich die Rede ist.

Da standen bisher im Vordergrunde die sogenannten Quinquennalfakultäten, päpstliche Vollmachten, die teils für das Forum externum, teils pro foro interno den Ordinarien jeweilen auf fünf Jahre übertragen wurden [2]). Wir scheiden zunächst die für das Gewissensforum aus [3]). Bezüglich der für das Forum externum bestimmten aber sei wenigstens im Vor-

---

praescripto constitutionum sunt, Ordinario loci subduntur tantum in casibus iure expressis. Männerorden können aber nach § 3 nur mit speziellem päpstlichem Indult Frauenkongregationen unter sich haben. Siehe auch can. 608, 609, 612, 621, 622, 630, 631, 643 § 2, 645 § 2, 703 § 3, 804 § 1, § 3, 874 (oben S. 262 Anm. 2) bis 876, 1156 (unten S. 291 Anm. 2), 1162 § 4, 1261 § 2 (oben S. 261 Anm. 2), 1265 § 1 n° 2°, 1279, 1291 § 1, § 2, 1293, 1334, 1336 (oben S. 257 Anm. 1), 1337 (oben S. 258 (259) Anm. 4), 1338 § 2, § 3, 1339 § 1, 1356 § 1, 1411 n° 2°, 1425 § 1, § 2, 1504, 1505, 1579 § 3 (oben S. 268 Anm. 2) und bezüglich der Strafgewalt can. 616 § 1. Regulares extra domum illegitime degentes, etiam sub praetextu accedendi ad Superiores, exemptionis privilegio non gaudent, 2385.

[1]) Vgl. oben S. 308 f.

[2]) Ueber ihre Entstehung und ältere Geschichte vgl. die eindringenden, wenn auch noch nicht abschliessenden Untersuchungen von Leo Mergentheim, Die Quinquennalfakultäten pro foro externo, 2 Bände, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 52.—55. Heft, Stuttgart 1908; Derselbe, Zur Entstehungsgeschichte der Quinquennalfakultäten, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung II 1912 S. 100 ff.

[3]) Vgl. die erweiterte Fassung vom 5. Mai 1896 im Archiv für katholisches Kirchenrecht LXXVII 1897 S. 363 ff.; siehe auch Philippus Schneider, Fontes iuris ecclesiastici novissimi, Ratisbonae 1895 p. 92 ss. und Nikolaus Hilling, Die römische Kurie, Paderborn 1906 S. 311 ff.

übergehen[1]) die Frage aufgeworfen, ob nicht auch aus ihnen das eine oder das andere durch den Kodex in die ordentliche bischöfliche Gewalt übergeleitet worden sei, sodass es in Zukunft nicht mehr delegiert zu werden braucht. Die Antwort muss bejahend ausfallen, wie einige Stichproben dartun mögen. Abgesehen von gewissen Fakultäten, die durch das neue Recht überhaupt gegenstandslos werden wie etwa die Ermächtigung, vom Hindernis der publica honestas aus Verlöbnis oder von dem der geistlichen Verwandtschaft ausser zwischen Paten und Täufling und zwischen dem Taufenden und diesem zu dispensieren[2]), sind die meisten bisher von Rom besonders verliehenen Vollmachten durch den Kodex in die potestas ordinaria des Bischofs übergeführt. Ich verweise z. B. auf die Befugnis, von allen aus geheimen Verbrechen, ausgenommen aus Tötung oder Abtreibung entstandenen Irregularitäten zu dispensieren[3]), von privaten oder einfachen Gelübden, ausgenommen dem der Keuschheit und des Eintritts in einen Orden zu entbinden oder sie umzuwandeln[4]), einfache Priester zu ermächtigen, Paramente und andere zur Messfeier nötige Geräte zu benedizieren und polluierte Kirchen zu rekonzilieren, falls sie bloss benediziert waren[5]),

---

[1]) Das Verhältnis des Kodex zu dem bisherigen Quinquennalen- und sonstigen Fakultätenrecht bedarf einer gründlichen Untersuchung, die uns hoffentlich bald von unterrichteter Seite beschert wird. An dieser Stelle und zurzeit kann schon deshalb an eine solche nicht gedacht werden, weil die letzte, stark veränderte Fassung der Quinquennalen, die von 1912, meines Wissens noch nicht veröffentlicht ist. Vgl. darüber Stutz, Kirchenrecht[2] § 74 S. 425 und Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 32 S. 141 mit Anm. 1. Ich benutze den Abdruck der Fassung von 1905 in der Ausfertigung für Köln bei Mergentheim II S. 315 ff.; vgl. auch Schneider l. c. p. 83 ss. und Hilling a. a. O. S. 307 ff.

[2]) Art. 4 und 6 der Fakultäten (Mergentheim S. 316) mit oben S. 74 f., 146, 147 mit Anm. 1.

[3]) Art. 8 (a. a. O. S. 316) mit can. 990 § 1.

[4]) Art. 9 (a. a. O. S. 317) mit can. 1313 n⁰ 1⁰, 1314 und 1309.

[5]) Art. 11 (a. a. O. S. 317) mit can. 1304 n⁰ 4⁰ und 1176 § 1.

die Weihen ausserhalb der ordentlichen Weihezeiten zu erteilen[1]), die Erlaubnis zur Bination, dem mehr als einmaligen Zelebrieren der Messe am selben Tage zu geben[2]) u. a. m.

Ausserdem wurden aber bisher von Rom noch zahlreiche andere Fakultäten, Annalen, Triennalen, Dezennalen an die Ordinarien vergeben[3]). Dass auch diese überflüssig geworden sind, lehrt das Beispiel von can. 1594 § 2. Darin ist nämlich dem Metropoliten das Recht zuerkannt, ein für allemal, allerdings nur mit Gutheissen des Apostolischen Stuhls, einen anderen Ordinarius zu bestimmen, der die zweite Instanz für die vor dem Metropoliten und seinem Offizialat in erster entschiedenen Sachen bilden soll[4]). Bisher wurde für die Erzdiözesen die zweite Instanz gewöhnlich durch päpstliche Fakultät auf drei oder mehr Jahre bestimmt[5]), die Befugnis zu solcher Bestimmung als Primatialrecht angesehen und die Gerichtsbarkeit nur iure delegationis übertragen. Fortan ist zwar der Papst noch zu begrüssen, da er und seine Behörden doch von dem Instanzenzug unterrichtet sein müssen und ohne seine Bewilligung eine solche in die Gerichtsorganisation der Gesamtkirche einschlagende Regelung natürlich nicht vorgenommen werden kann; aber die Bestimmung der zweiten Instanz geht in Zukunft nicht mehr bloss tatsächlich, sondern auch von Rechts wegen von dem Ordinarius der Erzdiözese aus, und sie wirkt auf die Dauer.

Ein Dekret der Konsistorialkongregation vom 25. April 1918[6]) zieht neuestens die Konsequenzen aus dieser Sachlage.

---

[1]) Art. 12 (a. a. O. S. 317) mit can. 1006 § 3 und 5.

[2]) Art. 15 (a. a. O. S. 317) mit can. 806 § 1.

[3]) Stutz, Kirchenrecht[2] § 74 S. 425.

[4]) A causis in prima instantia pertractatis coram Metropolita fit appellatio ad loci Ordinarium, quem ipse Metropolita, probante Sede Apostolica, semel pro semper designaverit.

[5]) Vgl. Stutz, Kirchenrecht[2] § 91 S. 444, für Köln desselben Katholische Kirche in den Rheinlanden S. 27 und vor allem Kaas, Geistliche Gerichtsbarkeit der katholischen Kirche in Preussen II S. 160 f.

[6]) Acta Apostolicae Sedis X 1918 p. 190 ss.

Unter Hinweis darauf, dass der Kodex den Ortsoberen zahlreiche Befugnisse zubillige, die sie sich bisher vom Apostolischen Stuhle erbitten mussten, erklärt es alle drei- und mehrjährigen, nach bestimmter Formel erteilten Fakultäten pro foro externo für fortan überflüssig[1]) und bestimmt, dass ausser in den der Propaganda unterworfenen (Missions-)Gebieten vom 18. Mai 1918 an alle genannten Vollmachten ausser Kraft und Gebrauch treten sollen. Nur die von der Poenitentiarie pro foro interno oder um des gegenwärtigen Krieges willen oder aus besonderen Gründen verliehenen Vollmachten erhält es aufrecht und ausserdem auf fünf Jahre vom genannten Tage an gerechnet gewisse über can. 1043—1045 hinausgehende Ehedispensbefugnisse, vornehmlich in Bezug auf Impedimenta minoris gradus, aber auch auf solche höheren Grades, darunter das Impedimentum mixtae religionis und zwar nicht bloss für die Ordinarien Russlands und der aussereuropäischen Länder, sondern während des Kriegs auch für das europäische Abendland, sofern der Verkehr mit dem Heiligen Stuhl mindestens während Monatsfrist behindert ist.

So hat die bischöfliche Gewalt doch einige, wenn auch nicht gerade erhebliche Erweiterungen erfahren[2]) und der Kodex einige Veränderungen gebracht selbst hinsichtlich des Verhältnisses von Primat und Episkopat.

---

[1]) . . . novo ecclesiasticarum legum Codice vim obtinente, omnes locorum Ordinarii facultatibus quam pluribus ipso iure instruentur, quas antea ab Apostolica Sede postulare solebant et communibus indultis assequebantur. Folgen Belege dafür. Quapropter indulta quae hucusque, postulantibus Ordinariis, ad hunc finem concedebantur, quaeque vel in Brevi dicto 25 annorum, vel in formulis typis impressis ad decennium, ad quinquennium aut etiam ad triennium valituris continentur, supervacanea evadere videntur; quin imo confusionem haud levem ingerere, eo quod a novis Canonici Iuris ordinationibus in pluribus discrepant.

[2]) Vgl. dazu Stutz, Kirchenrecht[2] § 40, 2 a. E. S. 351.

IX.

Der Generalvikar.



Abgesehen von dem Apostolischen Stuhle wird keine kirchliche Amtsstelle in dem päpstlichen Gesetzbuch so oft erwähnt wie der Ortsobere, der Ordinarius loci. Unter diesem hat man aber nach can. 198 § 2 [1]) ausser dem Ortsbischof und dem Abt oder Prälaten, der von der bischöflichen Gewalt ausgenommen und selbst Jurisdiktionsinhaber eines nicht zur Diözese gehörigen Sprengels, also nicht bloss passiv, sondern auch aktiv exemt [2]) und ein sogenannter Praelatus nullius im weiteren Sinne ist [3]), vor allem deren Generalvikar mit zu ver-

---

[1]) Dieser bestimmt im Anschluss an § 1. In iure nomine *Ordinarii* intelliguntur, nisi quis expresse excipiatur, praeter Romanum Pontificem, pro suo quisque territorio Episcopus residentialis, Abbas vel Praelatus *nullius* eorumque Vicarius generalis, Administrator, Vicarius et Praefectus Apostolicus, itemque ii qui praedictis deficientibus interim ex iuris praescripto (wie der Kapitelsvikar) aut ex probatis constitutionibus succedunt in regimine, pro suis vero subditis Superiores maiores in religionibus clericalibus exemptis kurz und bündig: Nomine autem *Ordinarii loci* seu *locorum* veniunt omnes recensiti, exceptis Superioribus religiosis.

[2]) can 319 § 1. Praelati qui praesunt territorio proprio, separato ab omni dioecesi, cum clero et populo, dicuntur Abbates vel Praelati *nullius*, nempe dioecesis, prout eorum ecclesia dignitate abbatiali vel simpliciter praelatitia gaudet. § 2. Abbatia vel praelatura *nullius*, tribus saltem paroeciis non constans, singulari iure regitur, nec eidem applicantur quae canones statuunt de abbatiis vel praelaturis *nullius*. Dazu can. 323 § 1. Abbas vel Praelatus *nullius* easdem potestates ordinarias easdemque obligationes cum iisdem sanctionibus habet, quae competunt Episcopis residentialibus in propria dioecesi.

[3]) Wie der Erzabt von Monte Cassino, die Aebte von Monte Oliveto Maggiore, Monte Vergine, Nonantola, S. Martino al Monte Cimino, S. Paolo fuori le Mura, SS. Trinità della Cava dei Tirreni, SS. Vincenzo ed Anastasio alla tre Fontane, Subiaco, die Prälaten von Altamura ed

stehen. Nur im zweiten Teil des vierten, von dem Prozessrecht handelnden Buches, der das Verfahren in Selig- und Heiligsprechungsprozessen betrifft, soll das nicht gelten [1]); in ihm müsste der Generalvikar, wenn er gemeint sein sollte, ausdrücklich als solcher genannt sein [2]), oder er müsste, um dabei mitwirken zu können, ein Spezialmandat vom Ordinarius erhalten haben, in welchem Falle er dann in besonderer Mission, nicht lediglich und ohne weiteres kraft seiner Amtsgewalt tätig würde [3]).

Schon das deutet auf die überragende Stellung hin, die nach dem neuen gemeinen katholischen Kirchenrecht [4]) dem Generalvikar heutzutage zukommt. Nicht minder die grosse Zahl

---

Acquaviva delle Fonti, S. Lucia del Mela u. A. in Italien, die Aebte von St. Maurice im Wallis und Einsiedeln in der Schweiz, der Abt von Wettingen-Mehrerau und der Erzabt von St. Martinsberg in Oesterreich u. a. In Deutschland gibt es keine mehr: Stutz, Kirchenrecht [2] § 40, 3 S. 352 mit Anm. 1.

[1]) can. 2002. In canonibus qui sequuntur, nomine Ordinarii non intelligitur Vicarius Generalis, nisi habuerit mandatum speciale.

[2]) Was nicht der Fall ist.

[3]) Vgl. darüber unten S. 288. Auch die Ortsoberen, vor allem also die Bischöfe, vermögen, da die Beatifikations- und Kanonisationssachen dem Papste vorbehalten und der Ritenkongregation zugewiesen sind (oben S. 243 mit Anm. 1), in ihnen zu eigenem Recht nur das, was ihnen nach dem Wortlaut des Gesetzes zukommt. can. 1999 § 3. Ordinarii locorum, iure proprio, possunt ea tantum quae in canonibus qui sequuntur eisdem expresse demandantur.

[4]) Ueber die grosse Rolle, die schon bisher der Generalvikar im Sonder- namentlich im Diözesankirchenrecht gespielt hat, vgl. insbesondere Stutz, Katholische Kirche in den Rheinlanden S. 3, 12, 17, 27, 32, 33, woraus die Stellung des Generalvikars der Erzdiözese Köln und des Bistums Trier, wenn auch nur im Umriss, erhellt, und dazu Handbuch der Erzdiözese Cöln, 21. Ausgabe, Cöln 1911 S. XLV ff. Für Paderborn und für Hildesheim siehe Johannes Linneborn im Real-Schematismus der Diözese Paderborn, Paderborn 1913 S. 22* ff., 48* f.; Karl Henkel, Handbuch der Diözese Hildesheim, Hildesheim 1917 S. 64 ff. Siehe auch Martin Kiesel, Die rechtliche Stellung des Generalvikars unter Berücksichtigung der Ordinariatsverfassung in Bayern, Würzburger jur. Diss. 1907.

der Erwähnungen in dem Kodex. Nur in den beiden letzten, das Prozess- und Strafrecht behandelnden Büchern sind sie spärlicher. In den drei ersten, namentlich im zweiten und im dritten, in denen recht eigentlich von der kirchlichen Verwaltung [1]), dem Tätigkeitsbereiche, als dessen vornehmlichster Wahrnehmer innerhalb der Diözese nächst dem Bischof der Generalvikar erscheint, die Rede ist, begegnet man diesem kirchlichen Amtsträger fast auf Schritt und Tritt. Schon das rechtfertigt es, ihm hier eine besondere, eingehendere Betrachtung zu widmen. Wes Geistes Kind der Kodex ist, wie er sich zum bisherigen Rechte im einzelnen stellt, ob und inwiefern er einen Fortschritt bedeutet, das mag uns an dem Beispiele des Generalvikars, seines Amtes und seines Rechtes klar werden.

Da ist es nun gleich beachtens- und hervorhebenswert, dass das neue Gesetzbuch uns zum ersten Male eine gemeinrechtliche Regelung dieses wichtigen Amtes bietet. Dasselbe gehört nicht zu dem alten, ins hohe Mittelalter zurückreichenden Rüstzeug der Kirche [2]). Darum ist es auch nicht bepfründet, gibt es kein Generalvikariatsbenefizium, stellt es sich vielmehr lediglich als Offizium dar. Die Doktrin [3]) und

---

[1]) Vgl. oben S. 186 Anm. 2, 253 Anm. 2.

[2]) Die Geschichte des Generalvikariatsamtes bedarf, wie auch Henkel a. a. O. S. 65 Anm. 1 für Hildesheim betont, noch der Sonderuntersuchung, die namentlich für einzelne Bistümer und an Hand ungedruckten Aktenmaterials sowie der Urkunden zu führen wäre. Ich hoffe, das bisher Versäumte in den Kirchenrechtlichen Abhandlungen noch nachholen lassen zu können. Deshalb und weil geschichtliche Ausführungen in diesem Zusammenhange unterbleiben müssen, begnüge ich mich hier mit dem Hinweis auf die Andeutungen bei Hinschius, Kirchenrecht II S. 205 ff.; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 609; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 99 S. 468 f.; Stutz, Kirchenrecht[2] § 40, 3 S. 351 und die dort verzeichnete Literatur sowie für die neueste Entwicklung vor allem auf Joseph Müller, Die bischöflichen Diözesanbehörden, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 15. Heft, Stuttgart 1905.

[3]) Vgl. namentlich Benedictus XIV, De Synodo dioecesana l. II c. 8 (I p. 113 ss.).

vor allem die Praxis, insbesondere diejenige der ehemaligen Congregatio Episcoporum und der alten Congregatio Concilii, aber auch der Propaganda, sind es gewesen, die im Anschluss an einige Bestimmungen des Corpus iuris canonici und des Trienter Konzils die für die Stellung des Generalvikars massgebenden gemeinrechtlichen Grundsätze entwickelt haben[1]. An diese, aus Lehre und Leben geborenen Sätze hielt sich im allgemeinen der Kodex. Indem er sie kurz zusammenfasst und ausbaut, erhebt er, was bisher nur vigens ecclesiae disciplina war, zum Kirchengesetz und stellt es auf sichere Grundlage. Schon das bedeutet einen Fortschritt.

Nicht einmal einen festen Namen hatte nach dem Sprachgebrauch der Kurie bisher unser Amtsträger. Nach dem Kurialstil wurden die für Italien, Dalmatien, Ungarn und für den Orient bestimmten Reskripte ehedem an den Vicarius Generalis, die nach Deutschland, Frankreich, England, Polen, Spanien und Afrika gerichteten früher an den Officialis erlassen, worunter gleichfalls der Generalvikar zu verstehen war[2]. Als solchen bezeichnet ihn gelegentlich auch das Konzil von Trient, dessen Ausdrucksweise aber doch so wenig geklärt ist, dass dabei gemäss dem Zusammenhange mitunter auch an den Offizial gedacht werden muss[3]. Eine andere, an eine Stelle des Liber Sextus[4]) und an das Tridentinum[5])

---

[1]) Hinschius, Kirchenrecht II S. 209; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 609; Wernz, Ius decretalium II 2² tit. 37 p. 614 ss., nr. 803 p. 620.

[2]) v. Scherer, Kirchenrecht I S. 609 Anm. 58; Sägmüller, Kirchenrecht³ I § 99 S. 470 Anm. 2.

[3]) v. Scherer a. a. O.

[4]) c. 3 in VI° de temporibus ordinationum 1,9 von Bonifaz VIII.

[5]) Sessio XIII c. 2 de reform. (bei Richter-Schulte p. 72): A sententia episcopi vel ipsius in spiritualibus vicarii generalis, in criminalibus appellationis causa, ubi appellationi locus fuerit, si apostolica auctoritate in partibus eam committi contigerit, metropolitano, seu illius etiam vicario in spiritualibus generali . . ., non autem inferioribus iudicibus, committatur; dazu c. 3 (ebenda).

sich anlehnende, wenn auch nicht im Leben, so doch offiziell und namentlich in der Literatur gebrauchte Bezeichnung war die als Vicarius Episcopi in spiritualibus, unter Umständen [1]) ebenfalls mit dem Zusatze Generalis, im Gegensatz zum Vicarius in pontificalibus, dem Weihbischof [2]).

Das päpstliche Gesetzbuch bezeichnet den allgemeinen Hilfsbeamten des Bischofs nunmehr in aller Form als Vicarius Generalis [3]) und sagt von ihm, er trete dem Bischof zur Seite im Bereiche der iurisdictio in spiritualibus ac temporalibus [4]).

Damit ist nicht bloss eine Erweiterung der zweiten, mehr umschreibenden und natürlich neben der offiziellen auch weiterhin statthaften Namensbezeichnung gegeben, sondern auch eine alte Streitfrage [5]) in dem Sinne erledigt, dass der Generalvikar

---

[1]) So in den in den beiden vorhergehenden Anmerkungen genannten Stellen.

[2]) Hinschius II S. 213, der in Anm. 5 und S. 174 daran erinnert, dass ursprünglich auch dieser Vicarius in spiritualibus hiess. Die Bezeichnung Vicarius in pontificalibus begegnet im Kodex ebensowenig wie die andere Vicarius in spiritualibus. Er führt den Weihbischof nur als Episcopus (non-residentialis) oder als Episcopus titularis ein wie jeden anderen Inhaber bischöflicher Weihe ohne wirkliche Diözesangewalt. Aber die Bezeichnung entspricht dem Sinne seiner Bestimmungen, spricht er doch auch davon, dass der Ortsbischof einem Anderen die licentia gewähre, pontificalia in suo territorio exercere.

[3]) Vgl. die Ueberschrift zu Art. V von Cap. IV des 8. Titels von Buch II.

[4]) can. 368 § 1. Vicario Generali, vi officii, ea competit in universa dioecesi iurisdictio in spiritualibus ac temporalibus, quae ad Episcopum iure ordinario pertinet, exceptis iis quae Episcopus sibi reservaverit, vel quae ex iure requirant speciale Episcopi mandatum.

[5]) Vgl. darüber Ernst Freiherr v. Moy de Sons, Vom bischöflichen Generalvikar, Archiv für katholisches Kirchenrecht IV 1859 S. 402 besonders S. 405; Theodor Friedle, Ueber den bischöflichen Generalvikar, ebenda XV 1866 S. 337 ff., besonders S. 357 f.; Hinschius, Kirchenrecht II S. 213; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 612 mit Anm. 69. Die Ausführungen Sägmüllers über den Generalvikar sind zu knapp, um diesen Punkt zur Erörterung zu bringen.

durch seinen Amtsauftrag ohne weiteres auch zur Verwaltung des kirchlichen Vermögens, selbst des bischöflichen Tafelgutes, sofern dafür nicht überhaupt oder in erster Linie eigene Beamte bestellt sind [1]), oder der Bischof sich diese Verwaltung bezw. die unmittelbare Aufsicht über sie vorbehalten hat, berufen und berechtigt erscheint [2]).

Im übrigen hat der Generalvikar seine Befugnisse entweder kraft seines Amtes [3]) oder allgemeinen [4]) Auftrags des Bischofs, oder er hat sie kraft besonderen Mandats [5]).

Betrachten wir zunächst die Fälle, in denen es eines Spezialmandates bedarf. Es sind folgende:

A. Im Bereich der rein geistlichen Verwaltung kann der Generalvikar nur mit besonderem Auftrage des Bischofs

1. Sünden vorbehalten [6]).

---

[1]) Wie etwa ein Oeconomus, den man bisher unter der Bezeichnung Vicarius in temporalibus verstand; vgl. v. Moy a. a. O. S. 405; Wernz, Ius decretalium II 2 [2] nr. 802 p. 619; Philipp Hergenröther, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, 2. Aufl., besorgt von Joseph Hollweck, Freiburg i. Br. 1905 Nr. 416 S. 320 Anm. 5.

[2]) Dafür hatte sich in Bezug auf das bisher geltende Recht v. Scherer a. a. O. ausgesprochen, dagegen Hinschius, der die Kirchengutsverwaltung dem Generalvikar nur für den Fall zugestehen wollte, dass sie ihm besonders übertragen sei, aber bemerkte (S. 213 Anm. 7 mit 206 Anm. 6), dass der Generalvikar als Vicarius in spiritualibus et temporalibus bezeichnet werde.

[3]) can 368 § 1 (oben S. 285 Anm. 4).

[4]) can. 686 § 4. Vicarius Generalis ex solo mandato generali, et Vicarius Capitularis nequeunt associationes erigere aut consensum praebere pro earum erectione aut aggregatione.

[5]) can. 368 § 1 (oben S. 285 Anm. 1).

[6]) can. 893 § 1. Qui ordinario iure possunt audiendi confessiones potestatem concedere aut ferre censuras, possunt quoque, excepto Vicario Capitulari et Vicario Generali sine mandato speciali, nonnullos casus ad suum avocare (in den oben S. 253 Anm. 2, 3 angeführten Stellen, die mit unserer in gewisser Beziehung in Vergleich gestellt werden können, spricht das Gesetzbuch von advocare) iudicium, inferioribus absolvendi potestatem limitantes. § 2. Haec avocatio dicitur *reservatio* casuum. Neben der einzigen dem Heiligen Stuhl reservierten Sünde, der falschen

Die bisherige Lehre enthielt dem Generalvikar, wenn er dafür nicht ein Spezialmandat besass, die Absolution in den bischöflichen Reservatfällen vor[1].

2. Einen vom Glauben Abgefallenen oder einen Häretiker oder Schismatiker, der als solcher ohne weiteres der Exkommunikation verfallen und dessen Absolution im Gewissensforum zu erteilen grundsätzlich dem Apostolischen Stuhl speziell vorbehalten ist, dann im äusseren Forum absolvieren, wenn sein Vergehen auf irgendeine Weise, auch durch freiwilliges Geständnis, vor das Gerichtsforum des Ortsobern gezogen ist, und er, zur Einsicht seines strafbaren Verhaltens gekommen, in aller Form abschwört[2].

Diese Ausnahme entspricht dem bisherigen Rechte[3],

Anschuldigung beim kirchlichen Richter wegen sollicitatio ad turpia im Beichtstuhl (can. 894), sollen übrigens auch die Ortsoberen nur einige wenige, drei oder höchstens vier Sünden, und zwar bloss, nachdem eine Erörterung auf der Bistumssynode oder die Anhörung des Domkapitels und einiger erfahrener Seelsorger die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Reservation ergeben hat, und nur so lange als nötig, sich vorbehalten (can. 895, 897) und keine solchen, die schon durch die ihren Grundsätzen nach übrigens auch für die Sündenreservation massgebenden (can. 893 § 3 mit can. 2246, 2247) Zensurvorbehalte gedeckt sind.

[1]) Hinschius, Kirchenrecht II S. 216 mit Anm. 8.

[2]) can. 2314 § 1. Omnes a christiana fide apostatae et omnes et singuli haeretici aut schismatici: 1.° Incurrunt ipso facto excommunicationem . . . § 2. Absolutio ab excommunicatione de qua in § 1, in foro conscientiae impertienda, est speciali modo Sedi Apostolicae reservata. Si tamen delictum apostasiae, haeresis vel schismatis ad forum externum Ordinarii loci quovis modo deductum fuerit, etiam per voluntariam confessionem, idem Ordinarius, non vero Vicarius Generalis sine mandato speciali, resipiscentem, praevia abiuratione iuridice peracta aliisque servatis de iure servandis, sua auctoritate ordinaria in foro exteriore absolvere potest; ita vero absolutus, potest deinde a peccato absolvi a quolibet confessario in foro conscientiae. Abiuratio vero habetur iuridice peracta cum fit coram ipso Ordinario loci vel eius delegato et saltem duobus testibus.

[3]) conc. Trid. Sessio XXIV c. 6 i. f. de reform., bei Richter-Schulte p. 338.

seiner Praxis und seiner Lehre [1]), nur dass jetzt ausdrücklich der Häresie die Apostasie und das Schisma gleichgestellt und die Voraussetzungen genauer umschrieben sind.

3. In Beatifikations- und Kanonisationssachen an Stelle des Ortsobern tätig werden, soweit dieser vom Gesetz ausdrücklich zur Mitwirkung berufen ist [2]).

4. Reliquien für authentisch erklären [3]) und

5. für Reliquien, deren Authentik verloren gegangen ist, diese ersetzen und die Verehrungserlaubnis erteilen [4]).

6. Dimissorien für die Weihe von Weltgeistlichen erteilen [5]). Besitzt er eine dahingehende Sondervollmacht und zugleich Bischofsweihe, so kann er selbst ordinieren [6]).

---

[1]) Hinschius, Kirchenrecht II S. 214 mit Anm. 2 und 6 sowie S. 215 mit Anm. 21; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 611; Sägmüller, Kirchenrecht [3] I S. 471.

[2]) can. 2002 (oben S. 282 Anm. 1).

[3]) can. 1283 § 1. Publico cultu eae solae reliquiae in ecclesiis, quanquam exemptis, honorari possunt, quas genuinas esse constet authentico documento alicuius S.R.E. Cardinalis, vel Ordinarii loci, vel alius viri ecclesiastici cui facultas *authenticandi* indulto apostolico sit concessa. § 2. Vicarius Generalis nequit, sine mandato speciali, reliquias authenticas edicere.

[4]) can. 1285 § 1. Sacrae reliquiae, quarum authenticitatis documenta ob civiles perturbationes vel ob alium quemlibet casum interierint, publicae venerationi ne exponantur, nisi praecedat iudicium Ordinarii loci, non autem Vicarii Generalis sine mandato speciali.

[5]) can. 958 § 1. Litteras dimissorias pro saecularibus dare possunt, quandiu iurisdictionem in territorio retinent: 1.° Episcopus proprius, postquam possessionem suae dioecesis legitime ceperit ad normam can. 334, § 3 (sobald er in Person oder durch einen Vertreter das päpstliche Ernennungs- bezw. Bestätigungsschreiben vorgelegt hat, vgl. auch unten S. 329 Anm. 4), licet nondum consecratus. 2.° Vicarius Generalis, ex speciali tamen Episcopi mandato . . .

[6]) can. 959. Qui potest litteras dimissorias ad ordines recipiendos dare, potest quoque eosdem ordines conferre per se ipse, si necessariam ordinis potestatem habet.

So auch nach bisherigem Rechte [1]) und bisheriger Lehre [2]).

7. die Eingehung einer Gewissensehe erlauben [3]).

B. Im Bereiche der Bistumsleitung im engeren Sinne bedarf der Generalvikar eines besonderen bischöflichen Auftrages, um

8. die Diözesansynode, deren geborenes Mitglied der Generalvikar ist [4]), einzuberufen und den Vorsitz auf ihr zu führen [5]).

Diese Ausnahme galt schon nach der bisherigen Praxis [6]) und Lehre [7]).

---

[1]) c. 3 in VI° de temporibus ordinationum 1,9, Bonifaz VIII.: Inferiores . . . praelati . . . vel officialis episcopi, quum ad hoc se ipsius officium non extendat, huiusmodi nequeunt licentiam impartiri. Episcopo autem in remotis agente, ipsius in spiritualibus vicarius generalis, vel, sede vacante, capitulum, seu is, ad quem tunc temporis administratio spiritualium noscitur pertinere, dare possunt licentiam ordinandi.

[2]) Benedictus XIV. l. c. l. II c. 8 nr. 2 (I p. 114); Hinschius, Kirchenrecht II S. 214; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 611; Sägmüller, Kirchenrecht [3] I S. 471.

[3]) can. 1104. Nonnisi ex gravissima et urgentissima causa et ab ipso loci Ordinario, excluso Vicario Generali sine speciali mandato, permitti potest ut *matrimonium conscientiae* ineatur, idest matrimonium celebretur omissis denuntiationibus et secreto, ad normam canonum qui sequuntur.

[4]) can. 358 § 1. Ad Synodum vocandi sunt ad eamque venire debent: 1.° Vicarius Generalis.

[5]) can. 357 § 1. Synodum dioecesanam convocat eique praeest Episcopus, non autem Vicarius Generalis sine mandato speciali nec Vicarius Capitularis.

[6]) Vgl. Hinschius, Kirchenrecht S. 214 mit Anm. 9.

[7]) Dagegen sprach sich allerdings Benedictus XIV. l. c. l. II c. 8 nr. 3 (I p. 115 ss.) aus unter Berufung auf einen, weil vor die Entstehung des eigentlichen Generalvikariatsamtes zurückgehenden, nicht beweiskräftigen flandrischen Fall von 1191 und auf die 1572 durch den Generalvikar des hl. Karl Borromaeus abgehaltene Mailänder Diözesansynode. Jedoch ist diese nicht bloss von dem Erzbischof einberufen, sondern wahrscheinlich auch von seinem Generalvikar mit dessen besonderem Auftrag an Stelle des nach Rom abgereisten Ordinarius geleitet

9. Die Aufnahme eines Klerikers in den Bistumsverband oder die Entlassung aus ihm zu bewilligen [1]).

10. Fromme Vereinigungen zu errichten oder die Erlaubnis zu ihrer Errichtung oder zur Aggregation zu geben [2]).

So auch nach älterem Rechte, insbesondere nach der Praxis der ehemaligen Ablasskongregation [3]).

11. Strafen aufzuerlegen [4]).

Schon nach bisherigem Rechte bedurfte es eines Spezialmandats, damit der Generalvikar zur Ausübung der Straf- und der Diziplinargerichtsbarkeit, insbesondere zur Verhängung von Zensuren befugt war [5]).

C. Im Bereiche der Kirchen- und Aemterverwaltung wird ein besonderer bischöflicher Auftrag erfordert, damit der Generalvikar

12. die Erlaubnis zum Bau einer Kirche, die schriftlich erfolgen muss, geben kann [6]) und

---

worden. Mit Rücksicht darauf hat sich denn auch die herrschende Lehre der Ansicht des päpstlichen Verfassers trotz dessen persönlicher und wissenschaftlicher Autorität nicht angeschlossen (vgl. Hinschius, Kirchenrecht II S. 214 mit Anm. 9; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 612 mit Anm. 68g); Sägmüller, Kirchenrecht³ I S. 504 mit Anm. 9.

[1]) can. 113. Excardinationem et incardinationem concedere nequit Vicarius Generalis sine mandato speciali, nec Vicarius Capitularis, nisi post annum a vacatione sedis episcopalis et cum consensu Capituli.

[2]) can. 686 § 4 (oben S. 286 Anm. 4).

[3]) Hinschius, Kirchenrecht II S. 215 mit Anm. 13.

[4]) can. 2220 § 2. Vicarius Generalis sine mandato speciali non habet potestatem infligendi poenas. Dagegen kann er die einmal verhängte Strafe nicht erlassen; can. 2236 § 3. Iudex qui ex officio applicat poenam a Superiore constitutam, eam semel applicatam remittere nequit.

[5]) c. 2 in VI° de officio vicarii 1, 13; v. Moy a. a. O. S. 418; Friedle a. a. O. S. 360; Hinschius, Kirchenrecht I S. 611; Sägmüller, Kirchenrecht³ I S. 471.

[6]) can. 1162 § 1. Nulla ecclesia aedificetur sine expresso Ordinarii loci consensu scriptis dato, quem tamen Vicarius Generalis praestare nequit sine mandato speciali.

13. ein Gotteshaus, vorausgesetzt, dass er bischöfliche Weihe hat[1]), zu konsekrieren vermag[2]).

Nach bisheriger Lehre galt der Generalvikar, auch wenn er die Bischofsweihe besass, als ausgeschlossen sowohl von der Ausübung der sie voraussetzenden Handlungen als auch von der Vornahme solcher geistlicher Funktionen, welche sich als Ausfluss der bischöflichen Würde darstellten[3]).

14. Zugunsten einer armen Kirche die mässige Beisteuer

---

[1]) Darüber unten S. 312 mit Anm. 1.

[2]) can. 1155 § 1. Consecratio alicuius loci, quanquam ad regulares pertinentis, spectat ad Ordinarium territorii in quo locus ipse reperitur, dummodo Ordinarius charactere episcopali sit insignitus, non tamen ad Vicarium Generalem sine speciali mandato, firmo iure S.R.E. Cardinalium consecrandi ecclesiam et altaria sui tituli.

Es handelt sich nur um die Weihe eines Kirchengebäudes, nicht um die Konsekration etwa von Kelchen und Patenen, und nur um die Konsekration, da weder bezüglich der Konsekration von heiligen Geräten noch hinsichtlich der Benediktion von Kirchen, Altären und Kirchhöfen ein ähnlicher Vorbehalt gemacht ist. Vielmehr ergibt gleich der folgende can. 1156: Ius benedicendi locum sacrum, si hic pertineat ad clerum saecularem vel ad religionem non exemptam, vel ad laicalem, spectat ad Ordinarium territorii in quo locus reperitur; si ad religionem clericalem exemptam, ad Superiorem maiorem; uterque vero potest alium sacerdotem ad hoc delegare, dass der Generalvikar, weil er hier mit als Ordinarius in Betracht kommt und vermöge seiner Priesterweihe ohne weiteres an Stelle des Bischofs zu weihen befugt ist. Denn die Erlaubnis des Bischofs, die sonst nach can. 1157 (oben S. 260 Anm. 2) erforderlich ist, liegt eben für alle anderen, weniger wichtigen Fälle als die Konsekration von Kirchengebäuden schon ohne weiteres in dem vom Bischof seinem Generalvikar erteilten, weiter unten zu behandelnden Amtsauftrag. Ausserdem vgl. zum richtigen Verständnis aller dieser Bestimmungen das unten S. 303 Anm. 1 Ausgeführte.

[3]) v. Moy a. a. O. S. 412; Friedle a. a. O. S. 360; Hinschius, Kirchenrecht II S. 213 mit Anm. 8 und 9; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 612. Die Aenderung ist wohl erfolgt, weil die Kirchweihen nicht selten im Zusammenhang mit der Visitation vorgenommen werden. Ist der Generalvikar zugleich Bischof und visitiert er (darüber unten S. 303 mit Anm. 3), so soll er, wenn er besonders bevollmächtigt ist, gleich auch etwa vorkommende Kirchweihen mit vornehmen.

festsetzen kann, die von den in ihr nicht von Amts wegen sondern zu eigenem Vorteil die Messe Lesenden wegen der Benützung der Geräte und dessen, was sonst zum Messopfer nötig ist, z. B. des Messweins erhoben werden soll[1]).

15. Pfarrvikare jeder[2]) Art einzusetzen[3]), aber auch

16. ebensolche abzuberufen[4]) befugt ist.

Nach bisherigem Rechte gehörten diese Amtsgeschäfte zum ordentlichen Geschäftsbereich des Generalvikars und bedurfte er dafür keiner besonderen Vollmacht[5]).

---

[1]) can. 1303 § 2. Si qua ecclesia paupertate laboret, potest Ordinarius permittere ut a sacerdotibus qui in proprium commodum inibi celebrant, propter utensilia ceteraque ad Missae sacrificium necessaria, moderata stipes exigatur. § 3. Episcopi, non autem Vicarii Capitularis aut Vicarii Generalis sine speciali mandato, est eandem stipem definire, et nemini, etiam religiosis etsi exemptis, licet ea maiorem exigere.

[2]) D. h. der oben S. 40 genannten.

[3]) can. 455 § 2. Sede vacante aut impedita ad normam can. 429, ad Vicarium Capitularem aliumve qui dioecesim regat (im Auftrage des Bischofs oder des Kapitels), pertinet: 1.° Vicarios paroeciales constituere ad normam can. 472—476; 2.° Confirmare electionem aut acceptare praesentationem ad paroeciam vacantem, et institutionem electo aut praesentato concedere; 3.° Paroecias liberae collationis conferre, si sedes ab anno saltem vacaverit. § 3. Horum nihil Vicario Generali competit sine mandato speciali, salvo praescripto cit. can. 429, § 1, d. h. im Fall der Behinderung des bischöflichen Stuhls, worüber unten S. 310 f. und S. 315 das Nähere und, wenn es sich um Kooperatoren handelt, nur nach Anhörung des Pfarrers, wie das auch für den Bischof in can. 476 § 3 vorgeschrieben ist. Davon, dass der Pfarrer, aber mit Gutheissung des Bischofs, sich selbst einen Vikar bestellt, weiss der Kodex nur bei der vorübergehenden Vertretung im Falle der Einberufung zur Bistumssynode oder des gesetzlichen Urlaubs; can. 358 § 1 n° 7°, 465 § 4.

[4]) can. 477 § 1. Vicarii paroeciales de quibus in can. 472—476, si religiosi sint, amoveri possunt ad normam can. 454, § 5 (durch den Bischof nach Anzeige an ihren Obern oder durch diesen nach Anzeige an jenen und zwar ohne Angabe oder gar Nachweis von Gründen, aber vorbehaltlich des Rechts der Beschwerde mit Devolutiveffekt an den Heiligen Stuhl); secus (also wenn sie weltgeistlich sind) ad nutum Episcopi vel Vicarii Capitularis, non autem Vicarii Generalis sine mandato speciali.

[5]) v. Scherer, Kirchenrecht II S. 611.

17. Eine Wahl bestätigen oder eine Präsentation zu einer erledigten Pfarrei annehmen oder dem Gewählten oder Präsentierten die Institution [1]) erteilen kann [2]).

Die bisherige Lehre wollte mit Rücksicht auf den im alten Recht ausgesprochenen Grundsatz [3]), dass dem Generalvikar als blossem Verwalter keine Liberalitätsakte zuständen, und darauf, dass bei der Collatio necessaria es sich nicht um einen solchen handle, den Generalvikar in diesem Falle schon kraft allgemeinen Auftrags tätig werden lassen [4]).

18. Aemter [5]) und erst recht Pfründen [6]) freier Verleihung zu besetzen imstande ist [7]).

---

[1]) Zum Sprachgebrauch des Kodex vgl. can. 147 § 1. Officium ecclesiasticum nequit sine provisione canonica valide obtineri. § 2. Nomine *canonicae provisionis* venit concessio officii ecclesiastici a competente auctoritate ecclesiastica ad normam sacrorum canonum facta und can. 148 § 1. Provisio officii ecclesiastici fit vel per liberam collationem a legitimo Superiore, vel per eius institutionem, si praecesserit praesentatio a patrono aut nominatio, vel per eius confirmationem aut admissionem, si praecesserit electio aut postulatio, vel tandem per simplicem electionem et electi acceptationem, si electio non egeat confirmatione.

[2]) can. 455 § 3 mit § 2 n⁰ 2⁰ (oben S. 292 Anm. 3) mit dem unten S. 311 noch zu erörternden Vorbehalt für den Fall der Behinderung des bischöflichen Stuhls und can. 1466 § 2, der für den Fall der Präsentation durch einen Patron noch ausdrücklich hervorhebt: Ius concedendi canonicam institutionem proprium est Ordinarii loci, non autem Vicarii Generalis sine mandato speciali.

[3]) Vgl. unten S. 294 Anm. 1.

[4]) So Hinschius, Kirchenrecht II S. 214 mit Anm. 3 im Anschluss an Benedictus XIV. l. c. l. II c. 8 nr. 2 (I p. 114); aber auch v. Scherer, Kirchenrecht I S. 611.

[5]) can. 152. Loci Ordinarius ius habet providendi officiis ecclesiasticis in proprio territorio, nisi aliud probetur; hac tamen potestate caret Vicarius Generalis sine mandato speciali.

[6]) can. 1432 § 2. Conferre autem beneficia nequit Vicarius Generalis sine speciali mandato; Vicarius autem Capitularis nec paroecias vacantes nisi ad normam can. 455, § 2 n. 3 (oben S. 292 Anm. 3), neque alia beneficia perpetua liberae collationis.

[7]) Speziell für die Pfarreien gilt can. 455 § 3 mit § 2 n⁰ 3⁰ (oben S. 292 Anm. 3) mit dem Vorbehalt für den Fall der Behinderung des

Auch hierin stimmt der Kodex mit dem bisherigen Rechte und der herrschenden Lehre überein[1]), nur dass mit Rücksicht auf die grössere Bedeutung, die seit dem Mittelalter die blossen Offizien erlangt haben, die Ausnahme auch auf diese ausdrücklich erstreckt ist.

19. Die Erlaubnis zum Pfründentausch geben kann[2]), ganz im Einklange mit dem, was bisher galt und herrschende Lehre war[3]).

20. Pfründen zu errichten vermag[4]), womit Praxis[5])

---

bischöflichen Stuhls, der unten S. 311 zur Sprache kommen wird. Den vorausgeschickten § 1 siehe oben S. 264 Anm. 2.

[1]) c. 3 in VI° de officio vicarii 1, 13 Bonifaz VIII.: Quum in generali concessione nequaquam illa veniant, quae non esset quis verisimiliter in specie concessurus, nec regulariter donare valeat is, cui bonorum administratio etiam libera est concessa: officialis aut vicarius generalis episcopi beneficia conferre non possunt, nisi beneficiorum collatio ipsis specialiter sit commissa. Benedictus XIV, l. c. l. II c. nr. 2 (I p. 114); Hinschius, Kirchenrecht II S. 214; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 611; Sägmüller, Kirchenrecht³ I S. 471; Stutz, Kirchenrecht² § 76 S. 427. Die von den meisten der Genannten im Zusammenhange mitangeführte Ausnahme der Präsentation für ein dem Bischof zustehendes geistliches Patronatsbenefizium (Hinschius, Kirchenrecht II S. 215 mit Anm. 8) ist im Kodex wohl deshalb, weil es praktisch von untergeordneter Bedeutung ist und das Gesetzbuch die Neigung hat, den Patronat zurückzudämmen, nicht besonders erwähnt, dürfte aber als der von dem Gesetz gemachten durchaus analog auch nach dem neuen Rechte anzuerkennen sein.

[2]) can. 1487 § 1. Permutatio duorum beneficiorum fieri valide nequit, nisi propter Ecclesiae necessitatem vel utilitatem aliave iusta de causa, sine aliorum detrimento, de consensu patroni, si agatur de beneficio iuris patronatus, et Ordinarii loci, non autem Vicarii Generalis sine peculiari mandato, nec Vicarii Capitularis, et servato praescripto can. 186 (Schriftlichkeit).

[3]) Benedictus XIV. l. c. l. II c. 8 nr. 2 (I p. 114); Hinschius, Kirchenrecht II S. 215 mit Anm. 9; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 612 mit Anm. 68 b.

[4]) can. 1414 § 2 (oben S. 263 Anm. 8). § 3. Attamen Vicarii Generales nequeunt beneficia erigere nisi ex peculiari mandato.

[5]) Namentlich die der römischen Rota; vgl. Hinschius, Kirchenrecht II S. 215 mit Anm. 1.

und Lehre [1]) des älteren Rechtes gleichfalls übereinstimmen, endlich

21. Pfarreien zu unieren berechtigt ist [2]), was nicht minder dem überlieferten Recht und seiner Doktrin entspricht [3]).

Ueberblicken wir nunmehr diese einundzwanzig Fälle [4]), so erkennen wir unschwer, dass es sich dabei entweder um solche handelt, in denen, wie bei 1—8 und 10, 11, namentlich die Autorität des Bischofs als des verantwortlichen Seelenhirten und Leiters des Bistums in Frage kommt oder, wie bei 12—14, 20, 21 und bei 9, 15—19 der Bestand der kirchlichen Institute sowie die Verfügung über das geistliche Beamtenpersonal. Spezialmandat wird gefordert, wo immer Amtsgeschäfte in Rede stehen, die unter irgend einem Gesichtspunkte als besonders wichtig erscheinen, bei denen es also erwünscht ist, dass der Bischof sie in Person vornimmt, oder dass dem Gehilfen, falls dieser an jenes Statt tätig wird, und unter Umständen auch den mit ihm verhandelnden Dritten das Vertretungsverhältnis besonders zum Bewusstsein kommt. Nur hinsichtlich der Wich-

---

[1]) Hinschius a. a. O.; v. Scherer I S. 612. Der von dem Erstgenannten S. 215 mit Anm. 2 mitangeführte Ausnahmefall der Genehmigung einer dem Patronatrecht unterworfenen neuen Stiftung kommt nicht mehr in Betracht, da neue Patronatrechte nach dem Gesetzbuch überhaupt nicht mehr begründet werden sollen (vgl. oben S. 67 mit Anm. 1).

[2]) can. 1423 § 1. Ordinarii locorum, non autem Vicarius Capitularis, nec Vicarius Generalis sine mandato speciali, possunt, ob Ecclesiae necessitatem vel magnam et evidentem utilitatem, aeque aut minus principaliter unire quaslibet paroeciales ecclesias inter se aut cum beneficio non curato, ita tamen ut altero in casu, si unio fiat minus principalis, beneficium non curatum sit accessorium.

[3]) Benedictus XIV. l. c. l. II c. 8 nr. 2 (I p. 114); Hinschius, Kirchenrecht II S. 215 mit Anm. 3—5; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 612.

[4]) Die man nicht mehr wie die bisherigen (Hinschius, Kirchenrecht II S. 214, 216) als bloss beispielsweise aufgezählt erachten kann, sondern nunmehr als erschöpfend angeführt wird betrachten müssen.

tigkeit und Tragweite der betreffenden Amtshandlungen besteht eine Parallele mit dem, was der Kapitelsvikar bei erledigtem bischöflichen Stuhle kann oder nicht kann [1]). Im übrigen liegen die Fälle verschieden, da im letzteren einerseits eine Notlage besteht, anderseits nur der Regierung eines künftigen Herrn nicht vorgegriffen werden soll, während bei besetzter Diözese der eigentliche Oberhirt ja da ist und es einzig darauf ankommt, ihn zu entlasten, ohne ihn und die ordentliche Bistumsleitung durch ihn zu beeinträchtigen.

In diesem Sinne wird man, wiewohl der Kodex sich im grossen und ganzen auf dem Boden des überlieferten Rechtes bewegt, nur dass er die Zahl [2]) und hie und da auch den Umfang der Ausnahmen etwas einschränkt [3]), doch urteilen müssen,

---

[1]) Vgl. oben S. 292 Anm. 3, 4, 293 Anm. 6, 294 Anm. 2, 295 Anm. 2. Lediglich aus gesetzestechnischen Gründen, weil im Kodex die Bestimmungen über den Generalvikar vorangehen, wird in can. 439 umgekehrt für den Kapitelsvikar auf jene verwiesen.

[2]) v. Moy a. a. O. S. 414 zählt 28, Friedle a. a. O. S. 360 ff. 35, Hinschius, Kirchenrecht II S. 212 ff. mit Einschluss der allgemein angeführten 6 im ganzen 24 einzelne Fälle auf, in denen bisher ein Spezialmandat nötig war, Hergenröther-Hollweck, Kirchenrecht [2] Nr. 419 dagegen nur 15.

[3]) Bezüglich der Visitation vgl. unten S. 303 mit Anm. 2, 3. Die Erforschung des Willens der Klosterkandidatinnen (Nonnenprüfung), zu deren Vornahme nach bisherigem Rechte vornehmlich der Generalvikar, wenn auch nur mit Spezialmandat berufen war (Hinschius, Kirchenrecht II S. 214; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 611; Sägmüller, Kirchenrecht [3] I S. 471), soll nach dem Kodex regelmässig durch einen besonderen bischöflichen Delegaten abgehalten werden, falls der Bischof sie nicht in Person vornimmt; can. 552 § 1. Religiosarum etiam exemptarum Antistita debet Ordinarium loci, duobus saltem mensibus ante, certiorem facere de proxima admissione ad novitiatum et ad professionem tum temporariam tum perpetuam sive sollemnem sive simplicem. § 2. Ordinarius loci vel, eo absente aut impedito, sacerdos ab eodem deputatus, adspirantis voluntatem, saltem triginta diebus ante novitiatum et ante professionem, ut supra, diligenter et gratuito exploret, non tamen clausuram ingrediens, num ea coacta seductave sit, an sciat quid agat; et, si de pia ac libera voluntate plane constiterit, tunc adspirans poterit

er ziehe im vorliegenden Betreff die Zügel straffer an und sei bestrebt, die Rechte des Bischofs strenger als bisher zu wahren, den Generalvikar enger als bisher an jenen zu ketten. Ich verweise namentlich auf die praktisch wichtige Befugnis der Verfügung über die Pfarrvikare [1]) sowie auf den Fall der Collatio necessaria [2]).

Fragen wir aber weiter, ob die Erteilung des Sonderauftrags an eine bestimmte, etwa die Schriftform gebunden ist oder auch mündlich erfolgen kann, so werden wir ersteres verneinen, letzteres bejahen müssen. Wäre Schriftlichkeit vonnöten, so würde das Gesetz dies wie sonst [3]) ausdrücklich bestimmt haben [4]). Auch wird das Spezialmandat nicht bloss für den einzelnen Fall, sondern auch ein für alle Male, für eine bestimmte Art von Fällen, ja sogar für mehrere, wenn nicht gar für alle gegeben werden können. So wurde wenig-

---

ad novitiatum vel novitia ad professionem admitti mit can. 544 § 7. Mulieres denique ne recipiantur, nisi praemissis accuratis investigationibus circa earum indolem et mores, firmo praecepto § 3 und 2412 n° 2°.

[1]) Nr. 15 und 16.

[2]) Nr. 17.

[3]) Vgl. z. B. can. 114, 159, 177 § 3, 364 § 1, 465 § 4, 497 § 1. § 3, 622 § 1 (oben S. 248 Anm. 3), 686 § 3 (oben S. 199 Anm. 6), 723 n° 2°, 879 § 1, 991 § 4, 1162 § 1 (oben S. 290 Anm. 6). 1209 § 1 (oben S. 208 Anm. 4), 1280 (oben S. 41 Anm. 1), 1394 § 1 (oben S. 258 Anm. 1), 1418, 1428 § 1, 1444 § 1, 1459 § 2, 1503, 1527 § 1, 1546 § 1 (oben S. 220 Anm. 3), 1548 § 1, 2148 § 1, 2159, 2173, 2188 u. a.

[4]) Eher liesse sich behaupten, der Generalvikar habe, z. B. wenn er die schriftliche Bauerlaubnis erteilt, zu bemerken, er tue das ex speciali mandato Reverendissimi. Doch würde wohl auch die Behauptung der Notwendigkeit der Berufung auf das Spezialmandat zu weit gehen, da die Vorschriften betreffend das Spezialmandat, wiewohl nicht ausschliesslich, aber doch vorwiegend um des Verhältnisses von Bischof und Generalvikar willen, weniger wegen der Wirkung auf Dritte erlassen sind, also eine innere Angelegenheit der Diözesanregierung darstellen. Immerhin dürfte es in manchen Fällen für den Generalvikar angebracht erscheinen, sich auf den Sonderauftrag ausdrücklich zu berufen.

stens für das bisherige Recht gelehrt[1]). Und vor allem ist es in der bisherigen Praxis vielfach so gemacht worden[2]). Würde es weiter geschehen[3]), so wäre es freilich nicht unbedenklich. Denn nicht nur der Zweck des Spezialmandates, sondern auch der des Gesetzes, das jenes unter teilweiser Verschärfung des bisherigen Rechtes für ganz bestimmte Fälle vorschreibt[4]), könnte dadurch zunichte gemacht wer-

---

[1]) Z. B. von v. Scherer, Kirchenrecht II S. 612 mit Anm. 70, unbestimmt v. Moy a. a. O. S. 415. Dagegen aber Friedle a. a. O. S. 363 ff. und Hinschius, Kirchenrecht II S. 217, der sagt: „Eine Angabe aller Fälle, in welchen ein Spezialmandat erforderlich ist, auch in der Bestallungsurkunde selbst, wird aber von der kanonistischen Doktrin einstimmig nicht für erforderlich gehalten, vielmehr genügt es, wenn der Spezialisierung einzelner Fälle eine clausula generalis, d. h. die allgemeine Ermächtigung zu allen anderen, einer besonderen Vollmacht bedürftigen Akten hinzugefügt wird, weil damit der Generalvikar zu allen denjenigen Handlungen befugt erscheint, welche keine grössere Bedeutung als die speziell genannten, haben. Nicht ausreichend ist dagegen eine dahin lautende Bestallung, dass der Generalvikar zu allem, wozu der Bischof befugt ist, oder zu allem, wozu eine Spezialvollmacht verlangt wird, ermächtigt sein soll.“ Vgl. auch Wernz, Ius decretalium II 2^2 nr. 805 III p. 631.

[2]) Es ist mir das gelegentlich von Generalvikaren deutscher Bistümer selbst mitgeteilt worden, die mir versicherten, es sei ihnen von ihrem Bischof beim Amtsantritte einfach gesagt worden, sie könnten alle Akte, auch die einer besonderen Vollmacht bedürftigen, vornehmen, sofern der Bischof nicht im Einzelfalle etwas anderes bestimme. Vielleicht erklärt das mit die auffallend kurze Behandlung des Gegenstandes bei Sägmüller. In der Praxis wurden eben die Vorschriften über das Spezialmandat, wenn der Bischof nicht ein besonders tatkräftiger und regierungsfreudiger Mann war, bisher vielfach so gehandhabt, dass sie fast nur noch theoretischen Wert besassen.

[3]) Etwa unter Berufung darauf, dass im Kodex eine contraria consuetudo nicht ausdrücklich verworfen werde.

[4]) Wenn Hinschius, Kirchenrecht II S. 217 sagt: „Wie überhaupt der Stand der Lehre in Bezug auf die Fälle, für welche Spezialvollmacht erforderlich ist, schon Rechtsunsicherheit mit sich führt, so gilt das auch von dem über die Fassung der Vollmacht geltenden Grundsatz. Klar und einfach kann das Verhältnis nur dann werden, wenn

den [1]). Auch könnte die Ungültigkeit einzelner Akte des Generalvikars daraus sich ergeben [2]). Richtiger und zweckmässiger ist es jedenfalls, wenn in einer schriftlichen Bestallung genau festgelegt wird, ob und für welche Arten der einer besonderen Vollmacht bedürftigen Fälle der Generalvikar eine solche haben soll. Und noch besser wird man dem Sinne des Gesetzes gerecht, wenn der Generalvikar, der ja, wie wir sehen werden [3]), überhaupt den Bischof über die Verwaltung des Bistums und die Vorgänge in ihm auf dem laufenden halten soll, in ständigem persönlichen Verkehr mit diesem bleibt [4]) und sich, wenn nicht für jeden einzelnen Fall, so doch für einzelne Gruppen gleich gelagerter Fälle jeweilen des Spezialmandats versichert, was selbst bei grösseren Verwaltungen und sogar im Falle örtlicher Trennung sich ganz wohl durchführen lässt [5]).

---

die kirchliche Gesetzgebung nach dem Vorgang des Handelsrechts ein für alle Mal unter Statuierung von festbestimmten, einzelnen Ausnahmen, für welche die Spezialvollmacht beibehalten wird, einen unabänderlichen Normalumfang der Befugnisse des Generalvikars feststellt." Das ist jetzt in gewissem Sinne geschehen, Darum sollte nicht mehr daran gerüttelt, sondern die Praxis streng dem Gesetze angepasst werden.

[1]) So mit Recht für das bisherige Recht Hinschius, Kirchenrecht II S. 217.

[2]) Im Kodex finde ich darüber keine Bestimmung. Für das ältere Recht hatte die Congregatio Concilii am 4. Dezember 1655 entschieden, die Beschlüsse einer vom Generalvikar ohne Spezialmandat einberufenen Diözesansynode seien nichtig, Richter-Schulte p. 328 n. 2; Sägmüller, Kirchenrecht³ I S. 504 Anm. 9; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 613 will bei Missachtung der Vorschriften über das Spezialmandat nur Ungültigkeit eintreten lassen, erklärt also zwar eine Anfechtung für möglich, aber auch die Ratihabition durch den Bischof. In so fern hat Zuwiderhandeln also unter Umständen auch den Dritten gegenüber Folgen.

[3]) Vgl. unten S. 314 mit Anm. 3.

[4]) So auch v. Scherer, Kirchenrecht II S. 613.

[5]) Der Verkehr kann ja auch schriftlich erfolgen, und ebenso sind für besonders dringende Fälle oder bei Abwesenheit des Bischofs eventuell Blankovollmachten verwendbar. Denn wenn diese auf einzelne Akte beschränkt werden, entsprechen sie jedenfalls dem Gesetz mehr

Denn die oben geschilderte Bevollmächtigung sprengt doch eigentlich den Rahmen des Spezialmandats und läuft tatsächlich auf ein Generalmandat hinaus. Dass auch ein solches für den Generalvikar in Betracht kommt, ergibt sich schon daraus, dass vorgeschrieben ist, wann allein ein Spezialmandat ausreicht, und ist gelegentlich im Gesetz selbst angedeutet, nämlich da, wo dieses für die Errichtung und Aggregation frommer Vereinigungen besondere Vollmacht verlangt, was es mit den Worten tut: „Der Generalvikar kann nicht lediglich auf Grund seines Generalmandats fromme Vereinigungen errichten“[1]. Auch in der Literatur ist wiederholt von einer solchen Generalvollmacht die Rede[2]. Es fragt sich nur, ob darunter eine besondere Bevollmächtigung allgemeiner Art etwa in dem oben besprochenen Sinne genereller Vollmachterteilung namentlich im Bereiche der einer Spezialvollmacht bedürftigen Amtsgeschäfte zu verstehen ist oder lediglich die Uebertragung der nach dem Gesetz mit seinem Amte verknüpften Befugnisse. Letzteres dürfte zutreffen. Die im can. 686 § 4 gewählte Fassung will in anderer Form einfach das ausdrücken, was sonst mit dem: „nicht ohne besondere Vollmacht“ zum Ausdruck gebracht ist, nämlich dass das Recht, fromme Vereinigungen zu errichten, nicht aus dem allgemeinen Amtsauftrag als solchem fliesse, nicht schon mit dem Amte ohne weiteres gegeben sei.

Damit kommen wir zu diesem, also zu dem Grundstock der dem Generalvikar zustehenden Amtsbefugnisse und ihm aufliegenden Amtsobliegenheiten[3].

---

und gefährden sie die Stellung des Bischofs weniger als das bisherige Verfahren.

[1]) can. 686 § 4 oben S. 286 Anm. 4.

[2]) Benedictus XIV. l. c. l. II c. 8 nr. 2 (I p. 113); Wernz, Ius decretalium II 2[2] nr. 805 III p. 630; Hergenröther-Hollweck, Kirchenrecht[2] Nr. 417, 418 S. 321.

[3]) Für das bisherige Recht vgl. darüber Wernz, Ius decretalium

Ueber sie können wir uns verhältnismässig kurz fassen. Denn einmal ergeben sie sich daraus, dass der Generalvikar der allgemeine Gehilfe des Bischofs in der ordentlichen Jurisdiktion über die ganze Diözese[1]) in geistlichen wie in zeitlichen Dingen ist, also das Alterego und die rechte Hand desselben[2]). Und sodann ist dies jetzt in dem päpstlichen Gesetzbuch mit klaren Worten positiv bestimmt[3]). Ja, der Kodex überhebt uns sogar einer Aufzählung im einzelnen, da er nach can. 198[4]) unter der Bezeichnung Ordinarius oder Ordinarius loci den Generalvikar mit verstanden wissen will[5]). Ueberall, wo von diesem die Rede ist, wird also der Generalvikar mit gemeint; alles, was jener kann, vermag auch dieser.

II 2² nr. 805 III p. 630 und die Aufzählung bei Hergenröther-Hollweck, Kirchenrecht² Nr. 418 S. 322.

[1]) Ob, wenn sein Ordinarius zugleich Metropolit ist, auch auf die Metropolitanjurisdiktion seine Gehilfenstellung sich mit erstreckt, wie für das bisherige Recht von Hinschius, Kirchenrecht II S. 217 f. und v. Scherer, Kirchenrecht I S. 610 mit Anm. 62, der Spezialmandat verlangt, erörtert und bejaht wird, ist im Kodex weder direkt noch indirekt entschieden. Praktisch könnte es bei dem geringen Umfang, der den Metropolitanrechten in dem päpstlichen Gesetzbuch noch belassen ist (vgl. oben S. 62 f.), nur selten werden, am ehesten noch bei der Devolution der Collatio necessaria im Falle von can. 274 n° 1° (oben S. 62 Anm. 5), also gerade in einem Falle, der wenigstens sede plena Spezialmandat voraussetzt. Vgl. auch Wernz, Ius decretalium II 2² Nr. 804 p. 622.

[2]) So auch Benedictus XIV. l. c. l. II c. 8 nr. 1 (I p. 113); Friedle a. a. O. S. 355; Hinschius, Kirchenrecht II S. 219; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 610.

[3]) can. 366 § 1. Quoties rectum dioecesis regimen id exigat, constituendus est ab Episcopo Vicarius Generalis, qui ipsum potestate ordinaria in toto territorio adiuvet mit can. 368 § 1 (oben S. 285 Anm. 4).

[4]) Oben S. 281 Anm. 1.

[5]) In anderer Form wird damit dasselbe erreicht, was v. Moy a. a. O. S. 413 damit ausdrückt, dass er lehrt, der Generalvikar habe innerhalb des bischöflichen Jurisdiktionsbereiches die Vermutung für sich, und wer eine Beschränkung seiner Vollmacht behaupte, müsse sie aus dem objektiven Recht oder durch Beibringung eines bischöflichen Vorbehaltes beweisen.

Das bedeutet in mancher Hinsicht eine Erweiterung der Befugnisse des Generalvikars, welche die früher festgestellte Einschränkung in Bezug auf die einer besonderen Vollmacht bedürftigen Verwendungen [1]) mehr als wettmacht. Und es bedeutet eine unumwundene Anerkennung des durch die gewaltige Steigerung der Verwaltungsarbeit bedingten Bedürfnisses des Bischofs nach Entlastung [2]). So unscheinbar diese Verschiebung an sich ist, so liegt doch in ihr ein Zugeständnis an die Verhältnisse der Gegenwart. Hier ist ein unleugbarer Fortschritt erzielt. In diesem Punkte erweist sich das Gesetzbuch als durchaus neuzeitlich.

Doch kommt die geschilderte allgemeine Vertretungsvollmacht dem Generalvikar nur mit gewissen Einschränkungen zu, die sich teils aus dem Begriffe des Generalvikariatsamtes ergeben, teils aus besonderer Bestimmung.

1. Der Generalvikar ist der Gehilfe des Bischofs in der Jurisdiktion, nicht bei der Ausübung der Weihegewalt. Wo diese in Frage steht, kann also unter dem Ortsobern der Generalvikar nicht mit verstanden werden. Dass dieser, wie wir sahen [3]), wenn Inhaber der Bischofsweihe, mit bischöflichem Spezialmandat Weihen zu spenden und Kirchen zu konsekrieren vermag, fällt nicht bloss der Form, sondern auch der Sache nach aus dem Rahmen seiner Amtsvollmacht heraus. Dagegen spricht nicht, dass er, wie wir gleichfalls schon feststellten [4]), Kirchen, Bethäuser und Kirch-

---

[1]) In Wirklichkeit wird die Sache so liegen, dass der Gesetzgeber angesichts der Erweiterung des allgemeinen Auftrags und der dadurch gehobenen Stellung des Generalvikars eine stärkere Bindung desselben an den Bischof für angebracht hielt.

[2]) Mit Rücksicht auf diese dürfte allerdings die oben erwähnte Ausscheidung der Verfügung über die Pfarrvikare mehr nur zum Zwecke der Wahrung des Grundsatzes im Sinne der vorigen Anmerkung erfolgt und dabei darauf gerechnet sein, dass der Bischof regelmässig diese Verfügung seinem Generalvikar durch besondere Vollmacht doch zuweist.

[3]) Oben S. 288 mit Anm. 6.

[4]) Oben S. 291 Anm. 2 a. E.

höfe u. s. w. benedizieren kann. Hiefür ergibt sich seine Befähigung aus dem Zusammentreffen und Zusammenwirken des ihm zukommenden generellen Vicariatus in spiritualibus mit seiner Priesterweihe. Uebrigens verwendet der Kodex, wo Funktionen der bischöflichen Weihegewalt in Frage stehen, gewöhnlich die Bezeichnung Episcopus [1]), sodass eine Verwechslung mit dem Generalvikar als solchem, auch wenn er Titularbischof ist, so gut wie ausgeschlossen erscheint. Vielmehr müsste da und ausserdem, wo das Gesetzbuch gleichfalls vom Episcopus spricht, weil es ihm, trotzdem jurisdiktionelle Amtsbefugnisse und Amtsobliegenheiten in Rede stehen, darauf ankommt, dass sie der Bischof in der Regel in Person oder durch den Vicarius in pontificalibus, den Weihbischof, wahrnimmt, der Generalvikar ausdrücklich genannt werden, wenn auch er in Betracht kommen sollte, wie das z. B. bei der Visitation der Diözese der Fall ist [2]) [3]), während hinsichtlich

---

[1]) Z. B. can. 337 § 1 (oben S. 259 Anm. 2). § 2. ebenda. § 3. Episcopus, licentiam concedens pontificalia exercendi in suo territorio, potest quoque permittere usum throni cum baldachino.

In den oben S. 291 Anm. 2 angeführten Fällen von can. 1155 und 1156 wird freilich nicht die Bezeichnung Episcopus, sondern Ordinarius loci verwendet. Mit gutem Grunde. Denn es kommt in beiden erst in zweiter Linie auf die Ausübung, zu der es der Weihegewalt (der bischöflichen oder der geistlichen) bedarf, an, in erster vielmehr auf das Recht, das jurisdiktioneller Natur ist, darum im Falle der can. 1155 auch dem noch nicht geweihten Diözesanbischof zusteht, und zusammenzuhalten ist etwa mit dem im eben angeführten § 1 von can. 337 erwähnten, einem fremden Bischof die Erlaubnis zur Weihe einer Kirche im eigenen Sprengel zu geben.

[2]) Das bisherige Recht c. 6 in VI° de officio ordinarii 1,6 (Bonifaz VIII.) und namentlich conc. Trid. Sessio XXIV c. 3 de reform. (bei Richter-Schulte p. 330) sowie die bisherige Literatur stellten die Visitation als einen Fall hin, in dem der Generalvikar eines Spezialmandates bedürfe, um sie statt des Bischofs vornehmen zu können.

[3]) can. 343 § 1. Ad sanam et orthodoxam doctrinam conservandam, bonos mores tuendos, pravos corrigendos, pacem, innocentiam, pietatem et disciplinam in populo et clero promovendam ceteraque pro ratione adiunctorum ad bonum religionis constituenda, tenentur Episcopi obligatione visitandae quotannis dioecesis vel ex toto vel ex parte, ita

der Ernennung von Ehrendomherren des gemeinen Rechts[1]) die Regel durch ausdrückliche Bestimmung bestätigt, solche

ut saltem singulis quinquenniis universam vel ipsi per se vel, si fuerint legitime impediti, per Vicarium Generalem aliumve lustrent.

Es fragt sich, wie angesichts dieser Bestimmung die Vertretung des Bischofs bei der Visitation durch den Generalvikar juristisch zu werten ist. Geschieht sie auch weiterhin kraft Spezialmandats? Im Gesetzbuch ist eines solchen nicht gedacht. Aber es könnte als selbstverständlich vorausgesetzt sein. Das um so eher, als tatsächlich der Generalvikar immer nur in besonderem Auftrag visitieren wird, was ja das Gesetz auch andeutet. Jedoch mit Rücksicht auf die sehr bestimmte Anordnung von can. 368 § 1 (oben S. 285 Anm. 4) und darauf, dass sonst immer in aller Form das Spezialmandat da, wo eine ausnahmsweise erfolgende Erweiterung der Amtsvollmacht in Betracht kommt, gefordert wird, ist man wohl nicht befugt, den Fall der Visitation den oben S. 286 ff. aufgezählten anzureihen. Oder wird der Generalvikar vi officii sui tätig? An sich wäre das möglich. Denn die Visitation liegt an sich im Bereiche der bischöflichen Jurisdiktionsgewalt und damit des Tätigkeitsbereiches des Hilfsamtes des Generalvikars. Aber das Gesetzbuch will diese Verwendung offenbar nicht so aufgefasst wissen. Sonst würde es bei den Bestimmungen über den Generalvikar can. 366 ss. auf can. 343 § 1 oder bei diesem auf jene verweisen. Vielmehr behandelt es die Visitation als eine Befugnis und Obliegenheit, die mit der bischöflichen Würde zusammenhängt. Und deshalb lässt es zwar eine Vertretung zu, aber nicht nur durch den Generalvikar, sondern ebenso gut durch einen Anderen. Wird der Generalvikar damit beauftragt, so ist er wie dieser nicht kraft seines Amtsauftrags, sondern als bischöflicher Delegierter tätig. Die Nennung des Generalvikars in can. 343 § 1 geht nicht sowohl auf diesen als vielmehr auf die Person, die gerade das Amt des Generalvikars bekleidet. Bei uns wird ja auch gewöhnlich nicht der Generalvikar, sondern der Weihbischof mit der Visitation betraut. Ueber eine Besonderheit im Falle der Personalunion von Generalvikariat und Offizialat vgl. unten S. 338 mit Anm. 2 das Nähere.

[1]) Die wie bisher (vgl. Stutz, Kirchenrecht[2] § 75 S. 426 Anm. 2) so auch weiterhin (can. 406 s., 411 § 3) von den Ehrendomherren des preussischen Rechtes durchaus zu unterscheiden sind. Für letztere gelten auch weiter die Bestimmungen der Bulle: De salute animarum Art. 17, 22 bei Philipp Schneider, Die partikulären Kirchenrechtsquellen in Deutschland und Oesterreich, Regensburg 1898 S. 50, 53; Hilling, Quellensammlung, 13. Heft, Die Vereinbarung zwischen dem hl. Stuhle und den Regierungen, Bonn 1917 S. 14, 20. Auch ihre Ernennung kommt aber dem Generalvikar nicht zu.

Ernennung also dem Generalvikar vorenthalten und dem Bischof reserviert ist[1]). Das gleiche gilt von der Gründung religioser Kongregationen; auch sie steht nur dem Bischof zu[2]).

2. Der Generalvikar ist der allgemeine Gehilfe des Bischofs. Sein Amtsauftrag erstreckt sich also nicht auf diejenigen Tätigkeitsbereiche der bischöflichen Jurisdiktion, für die der Ortsbischof nach Gesetz oder infolge besonderer Bestimmung einen eigenen Gehilfen hat. Als solcher ist jetzt durch den Kodex für die Ausübung der bischöflichen Gerichtsbarkeit, soweit sie der Bischof sich nicht vorbehält[3]), der Offizial vorgesehen, der vom Generalvikar verschieden sein muss, und dessen Amt nur in kleinen Bistümern[4]) oder wo sonst der Umfang der Geschäfte gering ist, derselben Person anvertraut werden darf, die auch das Generalvikariat bekleidet[5]).

---

[1]) can. 406 § 1. Episcopo, non autem Vicario Generali, nec Vicario Capitulari, ius est canonicos ad honorem nominandi sive dioecesanos sive extra-dioecesanos cum consilio Capituli cui canonicus est adscribendus, sed Episcopus raro et caute hoc iure utatur.

[2]) can. 492 § 1 (oben S. 250 Anm. 1).

[3]) Bezw. soweit nicht bestimmte Sachen einem bischöflichen Kollegialgericht von Gesetzes wegen zur Entscheidung oder Aburteilung überwiesen sind; can. 1576 § 1. Reprobata contraria consuetudine et revocato quolibet contrario privilegio: 1.⁰ Causae contentiosae de vinculo sacrae ordinationis, et matrimonii, vel de iuribus aut bonis temporalibus cathedralis ecclesiae; itemque criminales in quibus res est de privatione beneficii inamovibilis aut de irroganda vel declaranda excommunicatione, tribunali collegiali trium iudicum reservantur; 2.⁰ Causae vero quibus agitur de delictis quae depositionis, privationis perpetuae habitus ecclesiastici, vel degradationis poenam important, reservantur tribunali quinque iudicum.

[4]) Also wohl wie bisher namentlich in italienischen Diözesen; vgl. Benedictus XIV. l. c. l. III c. 3 nr. 2 (II p. 177); v. Scherer, Kirchenrecht I S. 609 mit Anm. 58; Wernz, Ius decretalium II 2 [2] nr. 800 III p. 618.

[5]) can. 1573 § 1. Quilibet Episcopus tenetur officialem eligere cum potestate ordinaria iudicandi, a Vicario Generali distinctum, nisi parvitas dioecesis aut paucitas negotiorum suadeat hoc officium ipsi

Ebenso sind für die Ueberwachung der Ordnung in den Diözesanseminaren und für die Verwaltung ihres Vermögens zwei Seminarräte vorgesehen, von denen der Generalvikar gleich den Familiaren des Bischofs ausgeschlossen ist [1]).

3. Weiter fällt aus dem Amtsbereich des Generalvikars grundsätzlich, wenn auch nicht immer oder auch nur für die Regel tatsächlich, heraus die oben [2]) besprochene Hilfstätigkeit innerhalb des bischöflichen Wirkungskreises, für die es eines Spezialmandates bedarf. Auf sie oder auf einen Teil davon kann aber sein Auftrag durch besondere Bevollmächtigung ausgedehnt werden.

4. Endlich gilt das Gesagte nur, wenn und soweit der Bischof nicht Vorbehalte macht, was in seinem Belieben steht. Der Bischof kann sich nämlich auch aus dem ordentlichen, vom Gesetze vorgesehenen Geschäftskreis des Generalvikars reservieren, was er zu eigener Wahrnehmung oder zur Ausübung durch einen Anderen dem Generalvikar vorenthalten will. Das ergibt sich schon aus dem Begriffe des Generalvikariats

---

Vicario Generali committi. § 2. Officialis unum constituit tribunal cum Episcopo loci: sed nequit iudicare causas quas Episcopus sibi reservat.

Manches, was bisher über die Amtsbefugnisse des Generalvikars sowie über die Fälle des Spezialmandats gelehrt wurde, erklärt sich nur aus der ursprünglichen Einheit und aus der erst allmählich, aber nicht in jeder Beziehung vollständig vollzogenen Differenzierung der bischöflichen Vertretung in Generalvikariat und Offizialat. Unser Gesetzbuch bringt diese Entwicklung zum Abschluss und scheidet Generalvikariat und Offizialat scharf voneinander. Wo beide tatsächlich in dieselbe Hand gelegt sind, liegt Personalunion vor, nicht ein Vicariatus generalis im mittelalterlichen Sinn. Vgl. auch Hinschius, Kirchenrecht II S. 220 f.

[1]) can. 1359 § 1. Dioecesanis Seminariis bini constituantur coetus deputatorum, alter pro disciplina, alter pro administratione bonorum temporalium. § 2. Utrumque deputatorum coetum constituunt bini sacerdotes, ab Episcopo, audito Capitulo, electi; sed excluduntur Vicarius Generalis, familiares Episcopi . . .

[2]) S. 286 ff.

als eines abhängigen Hilfsamtes [1]), ist aber noch obendrein im Kodex ausdrücklich bestimmt [2]). Nur wird eine solche Beschränkung nicht so weit gehen dürfen, dass der von ihr Betroffene infolge derselben nicht mehr als der allgemeine Stellvertreter des Bischofs erscheint. Denn dadurch würde er aus einem Generalvikar zu einem blossen Delegaten des Bischofs werden [3]). Jedenfalls hat die Vollmacht des Generalvikars nicht in der Weise einem Dritten gegenüber gesetzlich festgelegten und unabänderlichen Inhalt wie etwa die Prokura des Handelsrechts [4]). Deshalb, und weil das Amt des Generalvikars eben nur ein Hilfsamt ist, tritt dieser in Gegenwart des Bischofs zurück. Wie der fränkische König oder höhere Amtsträger durch seine Gegenwart die Gewalt seines Missus bezw. Missalbeamten niederlegte [5]), so legt der Bischof diejenige seines Generalvikars z. B. im Vorsitz der bischöflichen Verwaltungsbehörde nieder, wenn er persönlich erscheint und nicht etwa verzichtet, um bloss zur Kenntnisnahme und Information teilzunehmen [6]).

[1]) Und galt deshalb auch nach bisherigem Rechte. Vgl. v. Moy a. a. O. S. 408; Friedle a. a. O. S. 358; Hinschius, Kirchenrecht II S. 219; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 610; Sägmüller, Kirchenrecht [3] I S. 471.

[2]) can. 368 § 1 (oben S. 285 Anm. 4).

[3]) So mit Recht v. Moy a. a. O. S. 408 f.; Hinschius, Kirchenrecht II S. 219 f.; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 612; Sägmüller, Kirchenrecht [3] I S. 471; Wernz, Ius decretalium II 2 [2] nr. 805 III p. 632. Die einzelnen Fälle können freilich nahe beieinander liegen, etwa wie im Bürgerlichen Recht bei der Unterscheidung von Vormundschaft als genereller und Pflegschaft als spezieller Vertretung eines Schutzbefohlenen.

[4]) HGB. § 50. In so fern ist also der von Hinschius ausgesprochene, oben S. 298 Anm. 4 mitgeteilte Wunsch bei der Abfassung des päpstlichen Gesetzbuches doch nicht erfüllt worden.

[5]) Richard Schröder, Lehrbuch der Deutschen Rechtsgeschichte, 5. Aufl., Leipzig 1907 S. 180 f., 174 mit Anm. 24.

[6]) Friedle a. a. O. S. 358; Hinschius, Kirchenrecht II S. 218. Aehnliches gilt auch bezüglich der Gerichtsbehörde bezw. des Offizials und der Vizeoffiziale. Jedoch im Interesse einer stetigen und bis zu

Auf der anderen Seite stehen diesen Einschränkungen Erweiterungen der Befugnisse des Generalvikars gegenüber.

Zunächst greift seine Amtsstellung über den Bereich der ordentlichen bischöflichen Jurisdiktionsgewalt dadurch hinaus, dass er

1. Apostolische Reskripte, die an seinen Bischof oder dessen Vorgänger in der Leitung des Bistums [1]) ergangen sind, zum Vollzug bringen kann [2]), wenigstens sofern nicht im Gesetze ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist [3]);

2. allgemein auch berufen erscheint, die dem Ortsobern als solchem, nicht um seiner Person, sondern um seines Amtes willen verliehenen päpstlichen Fakultäten auszuüben [4]). Da-

---

einem gewissen Grade unabhängigen Rechtspflege, und weil die Gerichtsbeamten eben doch nicht in dem Masse wie der Generalvikar lediglich als Hilfsbeamte gedacht sind, wird hinsichtlich der Rechtsprechung dem Bischof angeraten, besonders in wichtigeren Fällen der Kriminal- und der streitigen Gerichtsbarkeit von seiner Befugnis, die Gewalt seiner Beamten niederzulegen, möglichst keinen Gebrauch zu machen; can. 1578: Exceptis causis de quibus in can. 1572, § 2 (weltliche Rechte und Güter des Bischofs, der Mensa episcopalis oder der bischöflichen Kurie), Episcopus semper potest tribunali ipse per se praeesse; sed valde expedit ut causas, praesertim criminales et contentiosas gravis momenti, iudicandas relinquat tribunali ordinario, cui praesit officialis vel vice-officialis.

[1]) Das braucht nicht der frühere Bischof zu sein, ist vielmehr unter Umständen auch der Kapitelsvikar oder ein Apostolischer Administrator. Gerade deshalb ist in der einschlägigen Bestimmung die allgemeinere Fassung gewählt.

[2]) can. 368 § 2. Nisi aliud expresse cautum fuerit, Vicarius Generalis exsequi potest rescripta apostolica quae Episcopo vel praecedenti rectori dioecesis remissa sint. . . .

[3]) Vgl. dazu v. Scherer, Kirchenrecht I S. 609 mit Anm. 58 und 59.

[4]) can. 368 § 2 fährt nach dem in Anm. 2 Mitgeteilten fort: ac generatim ad ipsum quoque pertinent facultates habituales Ordinario loci a Sancta Sede concessae, ad normam can. 66. Dieser aber sagt: § 1. Facultates habituales quae conceduntur vel in perpetuum vel ad

mit sind aber zugleich andere Vollmachten gegeben, deren es zur Ausübung dieser Fakultäten bedarf, z. B. bei einer Dispensfakultät die Ermächtigung, für die Zwecke der Dispensation von Kirchenstrafen zu absolvieren[1]).

Hier stehen wir wiederum vor einer praktisch wichtigen Neuerung[2]) im Sinne einer erheblichen Erweiterung des Tätigkeitsbereichs des Generalvikars und einer bemerkenswerten Hebung seiner Stellung. Sie geht in letzter Linie zurück auf eine Entscheidung des ehemals Inquisitionskongregation genannten S. Officium noch aus der Zeit Leos XIII.[3]), durch die verfügt wurde, es sollten fortan alle Ehefakultäten an die Ortsoberen ergehen und unter diesen die Generalvikare und Kapitelsvikare mit verstanden werden[4]).

---

praefinitum tempus aut certum numerum casuum, accensentur privilegiis praeter ius, kommen also zu den gesetzlichen Vollmachten hinzu. § 2. Nisi in earum concessione electa fuerit industria personae aut aliud expresse cautum sit, facultates habituales, Episcopo aliisve de quibus in can. 198, § 1 (oben S. 281 Anm. 1) ab Apostolica Sede concessae, non evanescunt, resoluto iure Ordinarii cui concessae sunt, etiamsi ipse eas exsequi coeperit, sed transeunt ad Ordinarios qui ipsi in regimine succedunt; item concessae Episcopo competunt quoque Vicario Generali.

[1]) can. 66 § 3. Concessa facultas secumfert alias quoque potestates quae ad illius usum sunt necessariae; quare in facultate dispensandi includitur etiam potestas absolvendi a poenis ecclesiasticis, si quae forte obstent, sed ad effectum dumtaxat dispensationis consequendae.

[2]) Früher wurde im Gegenteil und mit Recht gelehrt, der Generalvikar sei nicht befugt, die päpstlichen Fakultäten auszuüben. Vgl. v. Moy a. a. O. S. 417, 419, der aber verschiedene Möglichkeiten unterscheidet und danach verschieden Stellung nimmt; Hinschius, Kirchenrecht II S. 217 mit Anm. 7 und I S. 167, der sich bestimmt dagegen ausspricht. Ebenso noch Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 471.

[3]) Genauer vom 20. Februar 1888. Acta Sanctae Sedis XX 1887 p. 544 s. Dazu kamen später zugunsten des Kapitelsvikars noch Entscheidungen vom 24. November 1897, 20. April 1898 und 3. Mai 1899; Archiv für katholisches Kirchenrecht LXXVIII 1898 S. 347 f., LXXX 1900 S. 142 f. und Acta Sanctae Sedis XXX 1897/98 p. 702 s.; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 459 mit Anm. 3; Stutz, Kirchenrecht[2] § 75 S. 426.

[4]) . . . Sanctissimus sanxit . . . 2. Appellatione *Ordinarii*, venire

Eine andere Erweiterung der Befugnisse des Generalvikars bringt die Behinderung des bischöflichen Stuhles[1]) mit sich. Wenn nämlich die Regierung des Bistums durch Gefangennahme, Entfernung, Verbannung oder Unfähigkeit des Bischofs in der Weise in Frage gestellt ist, dass der Bischof nicht einmal schriftlich mit seinen Bistumsangehörigen verkehren kann, so soll, falls der Heilige Stuhl nicht auf andere Weise, also etwa durch Bestellung eines Administrators, Vorsorge getroffen hat[2]), die Leitung der Diözese dem Generalvikar oder einem bezw. mehreren anderen vom Bischof delegierten Geistlichen zustehen[3]). In einem solchen Falle bedarf

---

Episcopos, Administratores seu Vicarios Apostolicos, Praelatos seu Praefectos habentes iurisdictionem cum territorio separato, eorumque Officiales seu Vicarios in Spiritualibus generales, et sede vacante Vicarium Capitularem vel legitimum Administratorem. Die Entscheidung liegt in diesem Punkte natürlich auch dem oben S. 281 Anm. 1 abgedruckten can. 198 § 1 zugrunde. Sie fährt unter 3. fort: Vicarium Capitularem seu Administratorem eas quoque dispensationes Apostolicas exequi posse, quae remissae fuerint Episcopo aut Vicario eius generali vel Officiali nondum executioni mandatas sive hi illas exequi coeperint, sive non. Et vicissim sede deinde provisa, posse Episcopum vel eius Vicarium in spiritualibus generalem seu Officialem exequi dispensationes quae Vicario Capitulari exequendae remissae fuerant, seu hic illas exequi coeperit seu minus, eine Entscheidung, die wiederum der oben S. 308 mit Anm. 1, 2 wiedergegebenen Bestimmung unseres Gesetzbuchs als Vorlage gedient hat.

[1]) Oder der Praelatura nullius. Denn für die Behinderung aktiv exemter Prälaturen gelten dieselben Regeln; can. 327 § 2.

[2]) Darüber, wie in diesem Falle sich die Stellung des Generalvikars gestaltet, vgl. unten S. 336.

[3]) can. 429 § 1. Sede per Episcopi captivitatem, relegationem, exsilium, aut inhabilitatem ita impedita, ut ne per litteras quidem cum dioecesanis communicare ipse possit, dioecesis regimen, nisi Sancta Sedes aliter providerit, penes Episcopi Vicarium Generalem vel alium virum ecclesiasticum ab Episcopo delegatum esto. § 2. Potest in casu Episcopus, gravi de causa, plures delegare, qui sibi invicem in munere succedant.

Der Kodex stellt sich damit auf den Standpunkt, den die Kurie schon bisher eingenommen hat. Vgl. namentlich das an den Kölner Generalvikar Hüsgen gerichtete Breve Gregors XVI.: Gravissimas inter

der Generalvikar natürlich einer gewissen Erweiterung seiner Vollmachten in der Richtung, dass seine Stellung der eines Kapitelsvikars, zu dessen Bestellung die Behinderung des bischöflichen Stuhles ja, namentlich falls ein Generalvikar nicht vorhanden ist, auch Anlass geben kann[1]), mehr oder weniger angeglichen wird. Wir sahen bereits[2]), dass bei solcher Sachlage der Generalvikar auch ohne bischöfliches Spezialmandat[3]) Pfarrvikare einsetzen[4]), die bei der Collatio necessaria erforderlichen Bestätigungs-, Annahme- und Institutionshandlungen vollziehen, ja Pfründen freier Verleihung übertragen kann[5]).

---

angustias vom 9. Mai 1838, das veranlasst war durch die Abführung des Kölner Erzbischofs Clemens August von Droste-Vischering auf die Festung Minden durch die Preussische Regierung im Jahre 1837, und dazu die Schrift: Darlegung des Rechts- und Thatbestandes mit authentischen Dokumenten als Antwort auf die Erklärung der königlich preussischen Regierung in der Staatszeitung vom 31. Dezember 1838, Augsburg 1839 S. 98 f. sowie Acta Gregorii Papae XVI ed. Antonius Maria Bernasconi II, Romae 1901 nr. 172 p. 261 ss. und Hinschius, Kirchenrecht II S. 259 Anm. 4.

[1]) can. 429 § 3. His deficientibus, vel, uti supra dictum est, impeditis, Capitulum ecclesiae cathedralis suum Vicarium constituat, qui regimen assumat cum potestate Vicarii Capitularis.

[2]) Oben S. 292 mit Anm. 3.

[3]) Von dem also vorausgesetzt ist, dass er es normalerweise für die betreffenden Fälle nicht zum voraus erhalten hat.

[4]) Nicht dagegen entfernen. So wenigstens nach dem Wortlaut des Gesetzes, da can. 477 § 1 (oben S. 292 Anm. 4) nicht durch can. 455 § 3 (oben S. 292 Anm. 3) gedeckt ist.

[5]) Ob erst, wenn die Behinderung ein Jahr lang gedauert hat? Nach dem Wortlaut von can. 455 § 2 und 3 müsste man das annehmen. Jedoch der Grundsatz des can. 436, dass sede vacante nihil innovetur, und die Ausnahme davon, die bisher nach Jahresfrist oder nach längerer Dauer der Stuhlerledigung auf Grund ausserordentlicher päpstlicher Vollmachten (vgl. Archiv für katholisches Kirchenrecht XXIII 1870 S. 135 f.) eintrat, in Zukunft aber von Gesetzes wegen eintreten soll, kommt bei behindertem Stuhl nicht in Betracht.

Bezüglich der Stellung des Generalvikars bei behindertem Stuhl nach bisherigem Recht vgl. die oben S. 289 Anm. 1 angeführte Stelle

Endlich sei, weil das Gesetzbuch in dem Abschnitt über den Generalvikar dieser Möglichkeit Erwähnung tut und dafür entsprechende Bestimmung trifft[1]), in diesem Zusammenhange auch noch des Falls gedacht, dass der Generalvikar Bischofsweihe hat. Es kam früher gelegentlich vor[2]) und begegnet auch in neuester Zeit hin und wieder[3]). Aehnlich wie bei der Verbindung mit dem Offizialat[4]) liegt hier eigentlich eine blosse Vereinigung in ein und derselben Person, eine Personalunion zweier kirchlicher Stellungen vor, nur dass die bischöfliche Würde, welche die Rechte eines Titularbischofs für den Betreffenden mit sich bringt, anders als beim Offizialat weder historisch noch begrifflich mit der Stellung des General-

---

sowie v. Moy a. a. O. S. 432; Friedle a. a. O, S. 368 ff.; Hinschius, Kirchenrecht II S. 223 mit 259; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 613, die sich aber alle über die besonderen Vollmachten für diesen Fall ausschweigen.

[1]) can. 370 § 2. Si Vicarius Generalis sit Episcopus, omnia honorifica privilegia Episcoporum titularium obtinet ... Vgl. auch § 1 (unten S. 320 Anm. 1).

[2]) Der zweite Generalvikar des heutigen Trierer Bistums Wilhelm Arnold Günther wurde 1833 von Bischof Joseph von Hommer zum Weihbischof gemacht, behielt aber daneben das Generalvikariat bei. Vgl. J. Wagner, Joseph Ludwig Aloys von Hommer, Bischof von Trier (1824—1836), Trier 1917 S. 138.

[3]) Durch Dekret vom 30. Oktober 1916 (Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 14 s.) billigte die Konsistorialkongregation St. Etienne in der Erzdiözese Lyon statt des begehrten Suffraganbistums mit eigenem Bischof einen daselbst ständig residierenden, also exponierten, und nur allwöchentlich einmal in der Metropole an den Sitzungen des bischöflichen Rates teilnehmenden Generalvikar zu, von dem weiter bestimmt ist: Ut Confirmationis sacramentum administrare et pontificalia ad divini cultus splendorem, praesertim in civitate S. Stephani, peragere valeat, idem Vicarius regulariter episcopali charactere decorabitur.

In Deutschland sind zurzeit Generalvikare und Weihbischöfe in einer Person vorhanden in den Bistümern bezw. Erzbistümern Bamberg, Gnesen-Posen, Strassburg, vgl. Krose, Kirchliches Handbuch VI S. 270 ff.

[4]) Oder wenn der Kapitularvikar zugleich Bischof ist, nach can. 435 § 2.

vikars in Zusammenhang gebracht werden kann, während das Spezialmandat zur Weihe einer Kirche sowie die mittelbar zur Spendung der Weihen ermächtigende Vollmacht zur Dimissorienerteilung, wie wir oben sahen[1]), in gewisser Hinsicht eine Brücke zwischen beiden herzustellen vermag.

Innerhalb dieses Tätigkeitsbereiches nun ist der Generalvikar als Gehilfe des Bischofs durchaus auf diesen und das Zusammenarbeiten mit ihm oder vielmehr in Unterordnung unter ihn angewiesen. Mag auch tatsächlich hie und da das Umgekehrte zutreffen und der Generalvikar in Wahrheit der Spiritus rector der Diözese sein, das Recht weiss bloss vom Gegenteil. Niemals soll der Generalvikar seine Vollmacht anders als im Sinn und Geist und entsprechend den Absichten und dem Willen des Bischofs gebrauchen; dem entgegen zu handeln, wird ihm ausdrücklich verboten[2]). Nur eine einzelne Aeusserung dieses Verhältnisses unterstreicht und eine einzelne Folgerung aus ihm zieht can. 44 § 2, indem er bestimmt, der Generalvikar könne einen Gnadenerweis[3]), den der Bischof versagt hat, auch ohne dass ihm diese Tatsache verschwiegen werde, allein mit Zustimmung jenes rechtswirksam erteilen[4]). Allerdings ist auch ein vom Generalvikar versagter und nachher vom Bischof erteilter Gnadenerweis ungültig, aber bloss, wenn der Bittsteller die Abweisung durch den Generalvikar verschwieg, den Gnadenerweis also gewisser-

[1]) S. 291. Dort in Anm. 3 auch die Literatur über die Kombination von Generalvikariat und bischöflicher Würde nach bisherigem Recht.

[2]) can. 369 § 2. Caveat ne suis potestatibus utatur contra mentem et voluntatem sui Episcopi, firmo praescripto can. 44, § 2.

[3]) Zum Begriff der gratia vgl. can. 62, welcher dem einfachen Gnadenerweise das Privileg und die Dispensation gegenüberstellt.

[4]) Hieraus erhellt zugleich, dass es nach dem neuen Recht nicht mehr angeht, mit Hinschius, Kirchenrecht II S 216 und v. Scherer, Kirchenrecht I S. 612, zu sagen, dem Generalvikar sei die Vertretung des Bischofs in Gnadensachen entzogen; seine ordentliche Amtsvollmacht beziehe sich nicht auf sie.

massen erschlich[1]); ist das nicht der Fall, wendet sich der Bittsteller nach erfolgter Abweisung durch den Generalvikar an den Bischof selbst und zwar unter Hinweis auf den früheren Misserfolg bei jenem, so ist dieser in keiner Weise gebunden; vielmehr kann er, selbst auf die Gefahr hin, dass der Generalvikar sich dadurch für desavouiert erachtet, bewilligen, was sein Vertreter zuzugestehen sich nicht für befugt oder veranlasst gesehen hatte[2]). Gerade durch diese Bestimmung wird das Verhältnis des Generalvikars zum Bischof in ein helles Licht gesetzt. Ebenso durch die andere Vorschrift, der Generalvikar habe dem Bischof die Hauptvorkommnisse der Bistumsverwaltung vorzutragen und ihn von allem in Kenntnis zu setzen, was zur Aufrechterhaltung der kirchlichen Ordnung bei Klerus und Volk getan oder zu tun sei[3]). Dahin gehört ferner, dass neben dem Bischof und über dem dazu besonders berufenen Kanzler der Generalvikar das bischöfliche Archiv bezw. die bischöfliche Registratur unter sich hat, sodass niemand ohne seine oder der Genannten Erlaubnis Zutritt dazu erhalten kann[4]) und es zur Entnahme von Schrift-

[1]) Das Recht der subreptio, der reticentia veri, und was damit zusammenhängt, nach dem neuen Gesetzbuch darzustellen, ist hier natürlich nicht der Ort; vgl. can. 42.

[2]) can. 44 § 2. Gratia a Vicario Generali denegata et postea, nulla facta huius denegationis mentione, ab Episcopo impetrata, invalida est; gratia autem ab Episcopo denegata nequit valide, etiam facta denegationis mentione, a Vicario Generali, non consentiente Episcopo, impetrari.

[3]) can. 369 § 1. Vicarius Generalis praecipua acta Curiae ad Episcopum referat, ipsumque certiorem faciat de iis quae gesta aut gerenda sint ad tuendam in clero et populo disciplinam.

Ueber den Begriff der bischöflichen Kurie, und dass der Generalvikar in erster Linie, in unseren deutschen Bistümern als Vorsitzender des Generalvikariats oder Ordinariats (vgl. aber oben S. 307), dazu gehört, vgl. can. 363 § 1 und § 2: Quare ad eam pertinent Vicarius Generalis, officialis, cancellarius . . ., mit can. 365. Siehe auch oben S. 299.

[4]) can. 377 § 1. Archivum clausum sit oportet et nemini illud

stücken, Urkunden wie Akten aus ihm der Erlaubnis des Bischofs oder der seinigen bedarf[1]), ja, dass von den zwei Schlüsseln des bischöflichen Geheimarchivs der eine ihm anvertraut ist[2]) und zwar auch für den Fall der Behinderung des bischöflichen Stuhls[3]); nur wenn sede impedita ein Kapitelsvikar ernannt wird, muss er ihn, wie im Falle der eigent-

---

ingredi liceat sine Episcopi aut Vicarii Generalis et cancellarii licentia. § 2. Unus cancellarius illius clavem habeat.

[1]) can. 378 § 1. Ex archivo non licet efferre scripturas sine Episcopi vel Vicarii Generalis consensu eaedemque post triduum in suum locum referantur. Ordinario autem reservatur facultas prorogandi hoc tempus, quae tamen prorogatio nonnisi moderate concedatur. Nach der allgemeinen Auslegungsregel des can. 198 § 1 (oben S. 281 Anm. 1) müsste letzterer Satz dahin zu verstehen sein, dass auch der Generalvikar die Benutzungsfrist verlängern könnte. Gemeint wird jedoch in diesem Sonderfalle das Gegenteil sein. Ob aber die Praxis nicht der milderen Auffassung folgen wird, bleibt abzuwarten.

[2]) can. 379 § 1. Habeant praeterea Episcopi aliud archivum secretum vel saltem in communi archivo armarium seu scrinium omnino clausum et obseratum, quod de loco amoveri nequeat. In eo scripturae secreto servandae cautissime custodiantur; sed singulis annis quamprimum comburantur documenta causarum criminalium in materia morum, quarum rei vita cesserint vel quae a decennio sententia condemnatoria absolutae sunt, retento facti brevi summario cum textu sententiae definitivae . . . § 3. Hoc archivum vel armarium duabus clavibus inter se diversis aperiatur, quarum altera apud Episcopum vel Administratorem Apostolicum, altera apud Vicarium Generalem vel, eo deficiente, Curiae cancellarium asservetur.'

[3]) Für welchen Fall aber der Bischof wie für den der Sedisvakanz zum voraus einen besonderen Geheimarchivschlüsselbewahrer an seiner Statt bezeichnen muss; can. 380: Statim a capta possessione, Episcopus sacerdotem designet, qui, sede vacante aut impedita, clavem secreti tabularii seu armarii quae apud Episcopum erat, assumat.

Dieser hat dann den Bischofsschlüssel neben dem Generalvikar oder neben dem vom Bischof zur Leitung der Diözese berufenen Priester aufzubewahren. can. 381 § 1. Nisi Administrator Apostolicus dioecesi datus fuerit: 1.° Sede impedita ad normam can. 429, § 1 (oben S. 310 Anm. 3), sacerdos ab Episcopo designatus, si quidem regimen dioecesis sit penes virum ecclesiasticum ab Episcopo delegatum, clavem eidem remittat; si penes Vicarium Generalem, eam ipse retineat.

lichen Stuhlerledigung, dem ersten Dignitär des Domkapitels, also in der Regel dem Dompropst, oder dem dienstältesten Diözesankonsultor aushändigen[1]).

Im übrigen enthält der Kodex über die Amtspflichten sowie über die Verantwortlichkeit des Generalvikars gegenüber dem Bischof[2]) und gegenüber Dritten keine besonderen Bestimmungen[3]). Auch über die unten noch zu erörternde Frage, ob der Generalvikar sich einen Vertreter bestellen kann[4]), entscheiden lediglich die allgemeinen Grundsätze[5]).

Können sich Dritte beim Bischof über Massnahmen, die der Generalvikar getroffen hat, über Verfügungen, die durch ihn erlassen worden sind, wenn betroffen, beschweren oder sich nur an die höhere Instanz wenden und an welche?

---

[1]) can. 381 § 1 n° 2° Sede vero vacante aut impedita ad normam cit. can. 429, § 3 (oben S. 311 Anm. 1), idem sacerdos clavem remittat Vicario Capitulari statim post eius designationem; Vicarius vero Generalis vel cancellarius aliam clavem a se retentam remittere eodem tempore debet primae Capituli dignitati vel (wo ein Kapitel fehlt und es nur Diözesankonsultoren gibt gemäss can. 423 ss.) consultori dioecesano munere antiquiori. § 2. Antequam claves iis, quibus tradi debent ad normam § 1, remissae fuerint, Vicarius Generalis vel cancellarius et sacerdos, ut supra, ab Episcopo designatus, tabularium vel armarium sigillis Curiae obsignent.

[2]) Wenn in can. 316 § 2 dem Apostolischen Administrator untersagt wird, den Generalvikar des suspendierten Bischofs zur Rechenschaft zu ziehen und ihm den Prozess wegen seiner Verwaltung zu machen (vgl. unten S. 336 Anm. 2), so ergibt sich allerdings daraus, was sich übrigens von selbst versteht, dass der Bischof selber das könnte.

[3]) Bezüglich des bisherigen Rechtes vgl. v. Moy a. a. O. S. 434; Friedle a. a. O. S. 355 f.; Hinschius, Kirchenrecht II S. 223; Wernz, Ius decretalium IV 2² nr. 805 IV p. 632 s.

[4]) Für das bisherige Recht bejahen das mit der Einschränkung, es könne nicht der Gesamtheit der Befugnisse nach, bloss bei Vorliegen eines genügenden Grundes, nur auf kurze Zeit und allein mit Spezialvollmacht geschehen, Hinschius, Kirchenrecht II S. 221; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 614 f. mit Anm. 76.

[5]) Darüber vgl. unten S. 327 f.

Bisher wurde auf Grund positiver Bestimmung [1]) allgemein gelehrt, der Generalvikar bilde mit dem Bischof unum idemque tribunal [2]). Es ist bezeichnend, dass sich im Kodex dieser Satz wohl für den Offizial, nicht aber für den Generalvikar ausgesprochen findet [3]). In der Tat rührt er aus jener Stufe der Entwicklung her, da der Bischofsvikar noch sowohl Offizial als auch Generalvikar im heutigen Sinne war. Und er passt streng genommen nur für den ersteren. Man wird also urteilen müssen, er komme nach dem neuen Rechte höchstens noch da für den Generalvikar in Betracht, wo dieser etwa noch als Gehilfe und Vertreter des Bischofs neben dem Offizial richterliche Entscheidungen fällen sollte [4]). Dann

---

[1]) c. 3 in VI° de appellationibus 2, 15 (Innozenz IV.), besonders im pr.: Quum suffraganeorum Remensis ecclesiae, suorumque officialium, qui generaliter de causis ad ipsorum forum pertinentibus eorum vices supplendo cognoscunt, unum et idem consistorium sive auditorium sit censendum: ab ipsis officialibus non ad dictos suffraganeos, ne ab eisdem ad se ipsos interponi appellatio videatur, sed de iure ad Remensem est curiam appellandum. c. 2 in VI° de consuetudine 1,4 (Bonifaz VIII.): Non putamus illam consuetudinem, quantocunque tempore de facto servatam, consonam rationi, quod ab officiali episcopi ad eundem episcopum valeat appellari: ne ab eodem ad se ipsum, quum sit idem auditorium utriusque, appellatio interposita videatur. c. 4 in VI° de officio et potestate iudicis delegati 1,14 (gleichfalls von Bonifaz VIII.). Endlich conc. Trid. Sessio XIII c. 2 de reform. (oben S. 284 Anm. 5).

[2]) Vgl. v. Moy a. a. O. S. 406, 409, 411; Friedle a. a. O. S. 354 ff., 358; Hinschius, Kirchenrecht I S. 182 mit Anm. 5, II S. 219; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 610 mit Anm. 62; Sägmüller, Kirchenrecht [3] I S. 471 f.; Wernz, Ius decretalium II 2 [2] nr. 805 IV p. 632 s.

[3]) can. 1573 § 2 (oben S. 305 (306) Anm. 5), sodass also hinsichtlich des Generalvikars auch nicht die oben S. 163 Anm. 4 erwähnte Regel in Betracht kommt, dass im Sinne des bisherigen Rechtes auszulegen sei.

[4]) Aehnlich mit Rücksicht darauf, dass die oben Anm. 1 angeführten Stellen gerichtliche Entscheidungen namentlich in Kriminalsachen im Auge haben, für das bisherige Recht Sägmüller, Kirchenrecht [3] I S. 471 mit Anm. 1, der die reinen Verwaltungssachen mit gutem Grunde ausnimmt, und Hergenröther-Hollweck, Kirchenrecht [2] Nr. 417 S. 320, der bloss in Rechtsachen eine Berufung an den Bischof nicht zulassen will.

würde eine Appellation an den Bischof allerdings ausgeschlossen sein, vielmehr an die höhere Instanz gehen. Man wende nicht ein, dass auch in Verwaltungssachen mit Rücksicht auf can. 198 [1]) Bischof und Generalvikar als eine Instanz zu betrachten seien. Der erwähnte Kanon gibt ja nur den Schlüssel zur richtigen Auflösung einer abgekürzten Ausdrucksweise des Gesetzbuchs und enthält nicht einen Grundsatz sachlicher Natur wie der von der Einheit der Gerichtsbarkeit von Offizial und Bischof. Auch kommt er, wenn ich mich so ausdrücken darf, nur in Betracht für die Regelung von oben herunter, vom Gesetzgeber aus; wenn dieser dem Ordinarius oder Ordinarius loci etwas zuweist oder auferlegt, so ist im Zweifel der Generalvikar mit gemeint. Darüber, wie sich das Verhältnis von unten, vom Standpunkt des Bistumsangehörigen, des Einzelnen oder einer moralischen Person in der Diözese, aus betrachtet darstellt, sagt er nichts und kann er nichts sagen. Man wird also angesichts des Umstandes, dass nach dem neuen Gesetzbuche der Generalvikar ein Hilfsamt unter dem Bischof innehat [2]), nunmehr in allen anderen, dem Verwaltungsgebiet, nicht der Gerichtsbarkeit angehörigen Fällen, auch in denen, die der Generalvikar auf Grund eines Spezialmandats erledigt [3]), etwa wenn er Dimissorien oder die kanonische Institution oder die Erlaubnis für den Bau einer Kirche verweigert oder einen Vikar versetzt, die Angehung des Bischofs selbst nicht für aus-

---

[1]) Oben S. 281 Anm. 1.

[2]) Für das bisherige Recht bestreitet allerdings v. Scherer, Kirchenrecht I S. 614 ausdrücklich, dass das Generalvikariat ein Amt sei. Dagegen aber nicht minder bestimmt Wernz, Ius decretalium II 2[2] nr. 805 I p. 627. Vgl. für das neue die Ausführungen unten S. 323.

[3]) Auch wenn man diese Fälle unter den Begriff der Delegation bringt (darüber unten S. 325 f.), ändert sich daran nichts; denn vom Delegaten kann immer an den Deleganten appelliert oder rekurriert werden, da die Delegation eine neue Instanz bildet. Vgl. v. Moy a. a. O. S. 409; Hinschius, Kirchenrecht I S. 182, 192; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 417 f.; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 60 S. 282.

geschlossen erachten können[1]). Darauf deuten auch die oben[2]) besprochenen Bestimmungen über die Behandlung von Bitten um Gnadenerweise hin. Natürlich wird der Bischof regelmässig die vom Generalvikar an seiner Statt getroffenen Verfügungen gutheissen, schon um das Ansehen seines Generalvikars nicht zu schädigen und solche Berufungen an ihn, welche, wenn häufiger erhoben, die Verwaltung des Bistums erschweren und die durch Bestellung eines Generalvikars dem Bischof verschaffte Erleichterung von der Belastung mit den laufenden Geschäften zu einem guten Teil wieder zunichte machen würden, in den meisten Fällen abschlägig bescheiden. Aber er kann auch von der Entscheidung des Generalvikars abgehen, und muss es unter Umständen im Interesse einer sachgemässen und richtigen Erledigung der Angelegenheit. Weitere Beschwerden gehen, je nachdem sie sich gegen den Bischof oder den Generalvikar richten und je nach ihrem Betreff an die Konsistorial- oder an die Konzilskongregation in Rom[3]).

Im Gesetzbuch geregelt ist endlich noch die Vortrittsfrage. In Uebereinstimmung mit dem bisherigen Rechte[4]) bestimmt can. 370: „Sogar in Gegenwart des Bischofs hat der Generalvikar bei öffentlichen und privaten Anlässen das Recht des Vortritts vor allen Geistlichen des Bistums, die Dignitäre

---

[1]) Auf der anderen Seite wird aber auch can. 204 zur Anwendung kommen, der sagt: § 1. Quod quis superiorem adit, inferiore praetermisso, non idcirco voluntaria suspenditur inferioris potestas, sive haec ordinaria fuerit sive delegata. § 2. Attamen rei ad Superiorem delatae ne se immisceat inferior, nisi ex gravi urgentique causa; et hoc in casu statim Superiorem de re moneat.

[2]) S. 313 f.

[3]) Vgl. can. 248, 250.

[4]) Benedictus XIV. l. c. l. III c. 10 nr. 255 (I p. 222 ss.); Friedle a. a. O. S. 358; Hinschius, Kirchenrecht II S. 223 f.; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 615; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 284 Anm. 1, 472; S. Cong. Rituum vom 10. Juni 1904 (Acta Apostolicae Sedis I 1909 p. 262). Mancherorts herrschte freilich namentlich bezüglich des Auftretens im Kapitel Streit oder ein abweichendes Herkommen.

und Kanoniker des Domkapitels nicht ausgenommen, und zwar auch im Chor und bei Kapitelsauftritten, ausser wenn einer der anderen Kleriker Bischofswürde hat, der Generalvikar aber nicht"[1]). Ausserdem sind ihm, aber nur für seine Amtsdauer[2]), Rechte und Abzeichen eines mit dem Titel eines Apostolischen Protonotars Ausgezeichneten zugebilligt[3]).

Dagegen schweigt sich der Kodex aus über das Einkommen des Generalvikars[4]). Schon deshalb[5]) bleibt es in

---

[1]) § 1. Praesente etiam Episcopo, Vicarius Generalis publice privatimque praecedentiae ius habet super omnibus dioecesis clericis, non exclusis dignitatibus et canonicis ecclesiae cathedralis, etiam in choro et actibus capitularibus, nisi clericus charactere episcopali praefulgeat, et Vicarius Generalis eodem careat.

[2]) Wenn er nicht, was natürlich möglich ist und oft genug vorkommt, auch persönlich zum Apostolischen Protonotar ernannt ist.

[3]) Der can. 370 § 2, dessen Anfang oben S. 312 Anm. 1 abgedruckt ist, fährt fort: secus durante munere habet tantum privilegia et insignia Protonotarii apostolici titularis.

[4]) Nur in can. 421 § 1 (in der durch Acta Apostolicae Sedis IX 1917 p. 557 und Appendix p. 525 berichtigten Fassung). Excusantur a choro, sed percipiunt praebendae fructus dumtaxat, non autem distributiones: 1.° Qui de licentia Ordinarii loci publice docent in scholis ab Ecclesia recognitis sacram theologiam aut ius canonicum; 2.° Dantes operam studio sacrae theologiae aut iuris canonici in publicis scholis ab Ecclesia probatis, de Ordinarii licentia; 3.° Vicarius Capitularis, Vicarius Generalis, officialis ac cancellarius, si de gremio sint, dum suis muneribus vacant; 4.° Canonici qui Episcopo inserviunt ad normam can. 412, § 2 sind ihm, falls er zugleich Domherr ist, selbst wenn er, was er erlaubter Weise kann, dem Chordienst fern bleibt, die Pfründeneinkünfte zugebilligt, jedoch ohne die Anwesenheitsgelder.

[5]) Also auch, wo nicht nach can. 3 vorbehaltene Abmachungen mit den Staaten bestehen, wie in Preussen laut der Bulle: De salute animarum vom 16. Juli 1821 Art. 55 oder in der oberrheinischen Kirchenprovinz laut der Bulle: Provida sollersque vom 16. August 1821 Art. 16 oder in Bayern nach dem Konkordat vom 5. Juni 1817 Art. 4 (Schneider, Partikuläre Kirchenrechtsquellen in Deutschland und Oesterreich S. 66, 119, 3, Hilling a. a. O. S 42, 84) und abgesehen davon, dass natürlich einschlägige Bestimmungen von Staatsgesetzen durch den kirchlichen Gesetzgeber nicht abgeändert werden können.

dieser Hinsicht, namentlich bei uns in Deutschland, beim alten, d. h. bei der Ueberlassung von Kanzleigebühren oder der Zuweisung eines vom Bischof oder vom Staate ausgesetzten Gehaltes [1]).

Nunmehr sind wir in Stand gesetzt, auf die berühmte Streitfrage über die Art der Jurisdiktion des Generalvikars und die rechtliche Natur seiner Amtsgewalt einzutreten. Man streitet sich seit Jahrhunderten darüber [2]), ob ihm iurisdictio ordinaria [3]) oder delegata [4]) oder mandata [5]) zukomme. Demgegenüber erklärte Hinschius die Unterscheidung von iurisdictio ordinaria einerseits und die historisch nicht haltbare von iurisdictio delegata und mandata anderseits für unzureichend und stellte zwischen die iurisdicto ordinaria als die „mit den festen, im Falle der Vakanz stets wieder zu besetzenden, also ununterbrochen fortdauernden Aemtern der ordentlichen Kirchenleitung verbundene" Jurisdiktion einerseits und die iurisdictio delegata, d. h. die „an eine Person seitens eines Inhabers einer iurisdictio ordinaria in vorübergehender Uebertragung einzelner Befugnisse" gegebene Jurisdiktion anderseits die iurisdictio quasi ordinaria. Sie verleihe „die Befugnisse des iudex ordinarius einer bestimmten Klasse (des Papstes oder des

---

[1]) Hinschius, Kirchenrecht II S. 223; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 615 mit Anm. 80, 624 f. mit Anm. 112—116; Sägmüller, Kirchenrecht [3] I S. 472 mit Anm. 5; Wernz, Ius decretalium II 2 [2] nr. 805 V p. 633; Krose, Kirchliches Handbuch VI S. 419 f.

[2]) Ueber die ältere Literatur darüber vgl. v. Moy S. 409; Friedle a. a. O. S. 349 ff.; Hinschius, Kirchenrecht I S. 181 Anm. 1, II S. 218 f.

[3]) So v. Moy a. a. O. S. 409 ff. und Wernz, Ius decretalium II 2 [2] nr. 805 II p. 627 ss., welcher die iurisdictio ordinaria des Generalvikars als secundaria der principalis des Bischofs gegenüberstellt.

[4]) Ueber Vertreter dieser Ansicht vgl. Hinschius I S. 181 Anm. 1.

[5]) So Friedle a. a. O. S. 352 ff. Der Unterschied von iurisdictio mandata und delegata wurde von den Aelteren darin gefunden, dass bei jener die gesamte Jurisdiktion oder wenigstens eine solche für eine ganze Kategorie von Sachen, bei dieser nur die Jurisdiktion für eine bestimmte

Bischofs), lasse diese auch wie bei der iurisdictio ordinaria ohne spezielle Uebertragung mit der Erlangung einer bestimmten Stellung erworben werden", aber einer Stellung, die „überhaupt nur, sei es unter gewissen Umständen (bezw.) durch die Natur der Sache und durch das Recht bestimmten Voraussetzungen, sei es unter gewissen faktischen Verhältnissen zur Existenz gelangen kann". Zu der ersten Kategorie dieser Fälle von iurisdictio quasi ordinaria rechnete Hinschius „den Kapitular-Vikar, in die zweite dagegen die päpstlichen Legaten, die General-Vikare der Bischöfe und die für die Regierung von bischöflichen Diöcesen eingesetzten vicarii apostolici"[1]). Diese Lehre fand mit Recht grossen Beifall. Auch katholisch-theologische Kanonisten haben sich ihr seither angeschlossen[2]).

Der Codex iuris canonici dürfte diese Streitfrage endgültig aus der Welt schaffen. Hinsichtlich der im allgemeinen Amtsauftrag des Generalvikars liegenden Befugnisse wird in Zukunft weder von iurisdictio delegata noch von iurisdictio

---

Angelegenheit übertragen sei; vgl. Hinschius, Kirchenrecht I S. 181. Daneben unterschied man noch, gerade um des Generalvikars willen, eine iurisdictio vicaria dessen, qui vices gerit ordinarii in eodem loco ac tribunali, in quo consuevit ordinarius sedere; Hinschius a. a. O.

[1]) Hinschius, Kirchenrecht I S. 183 ff., II S. 218 f. Eine weitere Zwischenart, die Hinschius in der gesetzlich (z. B. vom Tridentinum) delegierten Jurisdiktion erblickt, kann hier ausser acht bleiben. Vgl. darüber oben S. 269 ff.

[2]) So v. Scherer, Kirchenrecht I S. 421 f., 614; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 280, 471, der gewöhnlich von iurisdictio quasi ordinaria spricht, sie aber gelegentlich mit dem Zusatz: oder vicaria versieht und dem Apostolischen Vikar, dem Koadjutor, dem Generalvikar, dem Officialis principalis, dem Domkapitel, näherhin dem Kapitularvikar sede vacante zuschreibt; Hergenröther-Hollweck, Kirchenrecht[2] Nr. 417 S. 321, der jedoch auch die Auffassung als iurisdictio mandata nicht ganz von sich weist.

Selbst Friedberg, Kirchenrecht[6] § 95 S. 294 (quasi ordinaria oder vicaria), § 73 S. 217 (quasi ordinaria), hat sich für Kapitel, Kapitularvikar, Generalvikar, bischöflichen Koadjutor und apostolischen Vikar der Lehre von Hinschius angeschlossen.

mandata mehr die Rede sein können. Denn can. 366 § 1 [1]) und can. 368 § 1 [2]) sagen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, dass dem Generalvikar die Jurisdiktion kraft seines Amtes zustehe, vi officii, und dass er an der iurisdictio ordinaria des Bischofs teil habe [3]). Wie in fränkischer Zeit aus der immer wiederholten Bestellung von Missi für gewisse Geschäftskreise nach und nach Missalämter entstanden sind [4]), so ist nunmehr auch im Kirchenrecht eine seit langem in Gange befindliche Entwicklung [5]) zum Abschluss gediehen und aus dem einstigen Delegaten des Bischofs der Inhaber eines eigentlichen bischöflichen Hilfsamtes geworden. Darauf weist auch die schon oft erwähnte Bestimmung von can. 198 hin [6]), welche den Generalvikar und mit ihm den Apostolischen Administrator, Vikar und Präfekten sowie den Kapitelsvikar unter der Bezeichnung Ordinarius und Ordinarius loci mit verstanden wissen will [7]). Dazu stimmt ferner can. 197 § 1: „Ordentliche Jurisdiktionsgewalt ist die, welche durch das objektive Recht, also namentlich durch den Kodex selbst mit dem Amte verbunden ist“ [8]). Dieser Satz, zusammengehalten mit dem: „kommt kraft seines Amtes die iurisdictio in spiri-

---

[1]) Oben S. 301 Anm. 3.

[2]) Oben S. 285 Anm. 4.

[3]) Der bisherige Haupteinwand dagegen (vgl. darüber das von v. Moy a. a. O. S. 410 Beigebrachte), es fehle an einer gesetzlichen Bestimmung, fällt damit dahin.

[4]) Heinrich Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II, Leipzig 1892 S. 190 f., 182 f.

[5]) Auf die bereits Hinschius, Kirchenrecht I S. 184 hingewiesen hat.

[6]) Oben S. 281 Anm. 1.

[7]) Wovon noch zu der Zeit, als Hinschius I S. 172 schrieb: „Unter der Bezeichnung ordinarii schlechthin werden gewöhnlich nur die ordinarii locorum verstanden, d. h. die Bischöfe im weiteren Sinne, also auch die Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe“, nicht die Rede sein konnte. Vgl. S. 309 Anm. 3 und 4.

[8]) Potestas iurisdictionis ordinaria ea est quae ipso iure adnexa est officio ...

tualibus et temporalibus zu", zerstreut auch den Zweifel, den ein ängstlicher Deuter aus dem Relativsatz in demselben can. 368 § 1: „die dem Bischof iure ordinario zugehört" [1]), etwa noch schöpfen könnte [2]).

Von iurisdictio quasi ordinaria ist in dem Gesetzbuche überhaupt nicht die Rede. Sowohl beim Kapitelsvikar [3]) als auch beim Apostolischen Administrator [4]), beim Koadjutor eines Bischofs [5]), beim Apostolischen Vikar und Präfekten [6]) weiss der Kodex, sofern es sich um mit dem Amt als solchem

---

[1]) Dass aus dem: competit im Gegensatz zu: pertinet nichts zu schliessen ist, es sich vielmehr dabei nur um einen belanglosen Wechsel des Ausdruckes handelt, lehren Stellen wie der unten Anm. 6 mitgeteilte can. 294 § 1.

[2]) Dazu kommt can. 893 § 1 (oben S. 286 Anm. 6), aus dem erhellt, dass der Generalvikar iure ordinario Beichtväter approbieren kann, was ihm übrigens auch schon nach bisherigem Recht zukam; vgl. v. Moy a. a. O. S. 416 f.; ferner can. 958 § 1 (oben S. 288 Anm. 5), wo auch für den Generalvikar von einer auf einen Sprengel sich beziehenden Gewalt die Rede ist.

[3]) can. 435 § 1. Sicut ad Capitulum ante deputationem Vicarii Capitularis, ita deinde ad Vicarium Capitularem transit ordinaria Episcopi iurisdictio in spiritualibus et temporalibus, exceptis iis quae in iure (can. 455 § 1, oben S. 264 Anm. 2; 1423 § 1, oben S. 295 Anm. 2; 1432 § 2, oben S. 293 Anm. 6; 1487 § 1, oben S. 294 Anm. 2 u. a., besonders aber can. 432 § 1, 442, 433 § 3 über den Oekonomen) expresse sunt eidem prohibita.

[4]) can. 315. § 1. Administrator Apostolicus permanenter constitutus iisdem iuribus et honoribus fruitur, iisdemque obligationibus tenetur, ac Episcopus residentialis. § 2. Si ad tempus datus sit: 1.° Eadem iura ac officia habet, ac Vicarius Capitularis; sed, sede plena, potest dioecesim visitare ad tramitem iuris . . .

[5]) can. 351. § 1. Iura Coadiutoris dati personae Episcopi desumantur ex litteris apostolicis, quibus constituitur. § 2. Nisi aliud in his litteris caveatur, Coadiutor qui datur Episcopo prorsus inhabili, habet omnia iura ac officia episcopalia; ceteri tantum possunt quantum Episcopus eisdem commiserit.

[6]) can. 294 § 1. Vicarii et Praefecti Apostolici iisdem iuribus et facultatibus in suo territorio gaudent, quae in propriis dioecesibus competunt Episcopis residentialibus, nisi quid Apostolica Sedes reservaverit. Vgl. mit diesen Stellen oben S. 281 Anm. 2 can. 323 § 1.

gegebene Jurisdiktion handelt, nur von iurisdictio ordinaria. Dagegen lässt er in can. 197 § 2 die ordentliche Jurisdiktion zerfallen in eine propria einerseits und in eine vicaria anderseits [1]). Die propria ist, wie schon ihr Name besagt, die mit einem Amt kraft eigenen Rechts, mit einem Haupt- oder selbständigen Amt verbundene, die vicaria, wie gleichfalls aus dem Namen zu schliessen, die mit einem Hilfs- oder Vertretungsamt gegebene [2]). Das kommt ungefähr auf die Unterscheidung von Hinschius heraus, wie wir denn auch gesehen haben, dass die iurisdictio quasi ordinaria von den Neueren, die sie übernahmen, gewöhnlich nebenher auch mit dem alten Namen vicaria bezeichnet wurde [3]). Nur dass der für die Unterscheidung von Hinschius massgebende Gesichtspunkt mehr geschichtlicher Betrachtung, der für die Bezeichnung als vicaria entscheidende mehr der Aufgabe und praktischen Funktion dieser Jurisdiktion entnommen ist.

Es bleibt also höchstens noch fraglich, ob diese Qualifizierung der Jurisdiktion des Generalvikars als ordinaria vicaria auch zutrifft für die Fälle des Spezialmandats, oder ob in diesen die Jurisdiktion als delegiert zu gelten hat [4]). Dagegen ist zunächst anzuführen, dass das Gesetzbuch für die Annahme des letzteren nicht den geringsten Anhaltspunkt bietet; dass die Jurisdiktion des Generalvikars in den

---

[1]) Potestas ordinaria potest esse sive propria sive vicaria.

[2]) Vgl. dazu Wernz, Ius decretalium II 2 [2] Tit. 28 nr. 545 ss. p. 282 ss. und namentlich v. Scherer, Kirchenrecht I S. 420, der z. B. den Zuwachs, den die bischöfliche Machtbefugnis durch die gesetzlichen Fakultäten des Tridentinums (oben S. 269 ff.) erhielt, als iurisdictio vicaria ordinaria bezeichnet.

[3]) Oben S. 322 Anm. 2.

[4]) Eine iurisdictio mandata, für welche die Grundsätze des Mandats des römischen Rechtes massgebend wären (so Friedle a. a. O. S. 352 ff.), kennt das Gesetzbuch nicht. Hier liegt also ein Fall vor, in dem der Kodex sich selbständig gemacht und das bürgerliche Recht abgestossen hat. Denn die Delegation hat zwar bürgerlichrechtliche Parallelen, und sie erfolgt durch Mandat (can. 205 § 3, 206, 207), ist aber eine durchaus kirchenrechtliche Einrichtung.

Fällen, in denen sie nicht unmittelbar durch das Gesetz gegeben, sondern durch besondere Vollmacht umrissen wird, eine andere sei, ist nirgends angedeutet. Weiter führt die Betrachtung, dass doch dabei nicht der X, der zugleich Generalvikar ist, die besondere Vollmacht erhält[1]), sondern der Inhaber des Generalvikariatsamtes als solcher[2]). Sein Amtsbereich wird einfach in gewissen Fällen durch Spezialmandat erweitert, erhält dadurch einen Zuwachs[3]), wie er umgekehrt durch Vorbehalt von seiten des Bischofs verringert wird, einen gewissen Abbruch erfährt. Aber Amt bleibt seine Stellung in beiden Fällen, so gut wie die Ehe Ehe ist, mögen die Ehegatten das Güterrecht so oder anders regeln, ob sie es beim gesetzlichen Güterstand lassen oder sei es Gütergemeinschaft, sei es Gütertrennung vertraglich festsetzen. Wie hier der Grundstock und das Wesen der ehelichen Ordnung, des Ehestandes, unberührt bleibt, so bleibt dort der Grundstock und das Wesen des Generalvikariatsamtes, der Jurisdiktion des Generalvikars, unangetastet. Das Gesetz hat für dieses einen Normalinhalt und einen Normalumfang aufgestellt. Den Inhalt kann der Bischof wie verengern so erweitern. Denn die Bestimmungen betreffend den Umfang der Rechte und Pflichten des Generalvikars sind dispositiver, nicht zwingender Natur. Aber am Wesen des Amtes wird dadurch nichts geändert. Und so wenig die Be-

---

[1]) Wie das nach dem neuen Gesetzbuch der Fall wäre, wenn der Bischof ausnahmsweise einmal die Person seines Generalvikars mit der Abhaltung der Prüfung der Klosterkandidatinnen nach can. 552 § 1 (oben S. 296 Anm. 3) beauftragen würde. Dann wäre Generalvikar X. dabei einfacher Delegat, nicht Amtsdelegat, nicht, noch besser ausgedrückt, ausserordentlicherweise bevollmächtigter Generalvikar, wie er es auf Grund eines mandatum speciale in diesem Falle nach bisherigem Recht sein konnte, und in den anderen, in denen das neue Gesetzbuch Spezialmandat vorsieht, auch weiterhin sein wird.

[2]) Dies ergibt auch das: quandiu iurisdictionem in territorio suo retine(n)t von can. 958 § 1 (oben S. 288 Anm. 5).

[3]) So mit Recht schon v. Moy a. a. O. S. 411, 415; Hinschius, Kirchenrecht II S. 219, der aber iurisdictio mandata annimmt; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 421.

stallung erst die Amtsrechte schafft, sie vielmehr höchstens umschreibt und an eine bestimmte Person gibt, so wenig schafft das Spezialmandat die ja auch bereits vom Gesetz gegebenen Jurisdiktionsmöglichkeiten; es umschreibt sie nur und überträgt sie bloss zu den ordentlichen Vollmachten hinzu an die zum Generalvikar bestellte Person.

Im übrigen hat die Frage nach der rechtlichen Natur der Amtsbefugnisse des Generalvikars im wesentlichen nur in einer Hinsicht praktische Bedeutung, nämlich in Betreff der schon oben[1]) angeschnittenen Frage, ob der Generalvikar seine Rechte weiter übertragen, ob er delegieren kann. „Wer ordentliche Jurisdiktionsgewalt hat, kann dieselbe einem Andern ganz oder zum Teil delegieren, wenn nicht etwas anderes ausdrücklich in dem Gesetzbuch vorgesehen ist," sagt can. 199 § 1[2]). Danach und nach dem eben über die Rechtsnatur der Gewalt des Generalvikars Ausgeführten kann er an und für sich zweifellos delegieren[3])

[1]) Oben S. 316.

[2]) Qui iurisdictionis potestatem habet ordinariam, potest eam alteri ex toto vel ex parte delegare, nisi aliud expresse iure caveatur, eine dem bisherigen Rechte entnommene und in seinem Sinne (vgl. v. Moy a. a. O. S. 406; Friedle a. a. O. 345; Hinschius, Kirchenrecht II S. 185 mit 186; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 415 mit Anm. 2; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I § 60 S. 281 f.; Wernz, Ius decretalium II 2[2] nr. 552 p. 293) zu verstehende Bestimmung. Danach kann natürlich auch die delegatio ex toto nicht so geschehen, dass dadurch ein Parallelamt geschaffen wird; auch der Papst kann sich nicht einen Neben- oder Hilfspapst, der Bischof nicht einen Neben- oder Hilfsbischof im ganzen zur Seite stellen.

[3]) Denn eine Vorschrift wie in can. 401 § 1 (oben S. 262 Anm. 2), wo von der potestas ordinaria absolvendi etiam a peccatis et a censuris Episcopo reservatis des canonicus poenitentiarius mit den Worten: quam tamen aliis delegare non potest, das Gegenteil bestimmt ist, fehlt beim Generalvikar. Aber auch die für die Weihegewalt getroffene Anordnung von can. 210: Potestas ordinis, a legitimo Superiore ecclesiastico sive adnexa officii sive commissa personae, nequit aliis demandari, nisi id expresse fuerit iure vel indulto concessum, hat für die Jurisdiktion kein Gegenstück.

und zwar auch aus dem Bereiche, der ihm durch besondere Vollmacht zugewiesen ist. Oder sollte für letzteren das Erfordernis des Spezialmandats gerade deswegen mit aufgestellt sein, um ihm diese Möglichkeit zu nehmen? Praktisch vielleicht ja. Wenn der Bischof nur von Fall zu Fall mandiert, so ist es, selbst ohne dass es geradezu ausdrücklich ausgeschlossen wird, sehr wenig wahrscheinlich, dass der Generalvikar delegiert. Grundsätzlich aber wohl kaum. Der richtige Standpunkt wird einesteils dadurch gewonnen werden können, dass Sätze des Kodex, wo sie mit dem bisherigen Rechte übereinstimmen, in dessen und seiner herrschenden Lehre Sinn zu verstehen sind[1]. Danach ist es dem Generalvikar bisher nicht gestattet gewesen, seine Befugnisse vollständig und in ihrem ganzen Umfange an einen Substituten weiterzugeben, ex toto zu delegieren[2], also gewissermassen dem Bischof statt seiner einen anderen Generalvikar aufzudrängen[3]. Und eben darauf führt die Erwägung, dass die ordentliche Jurisdiktion des Generalvikars nur eine vicaria ist. Gewiss ist sie ordentlich. Aber, um einen, wenn auch nicht in jeder Hinsicht zutreffenden Vergleich aus dem Gebiete der Weihegewalt anzustellen, auch die Weihe des Priesters ist Sacerdotium und doch kann bloss der Bischof aus der seinigen Priestertum weitergeben,

---

[1]) can. 6 n° 2°, n° 3° (oben S. 163 Anm. 4).

[2]) Vgl. c. 4 X de officio vicarii 1, 28 (Alexander III.): Clericos in presbyteratu vel in aliis inferioribus ordinibus constitutos, in vicariis ecclesiarum, quas adepti sunt, alios sibi substituere non permittas, quum id satis sit absonum et absurdum et omni rationi contrarium, das allgemein analog auf den Generalvikar angewandt wurde.

[3]) Vgl. v. Moy a. a. O. 409, 421; Hinschius, Kirchenrecht I S. 185 mit Anm. 4, 191 f., II S. 221; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 614 f. Hergenröther-Hollweck, Kirchenrecht[2] Nr. 417 S. 321, schliesst dagegen kurzweg jede (Sub-)Delegation aus, da die Gewalt des Generalvikars eine rein persönliche sei.

Uebrigens könnte sich der Bischof einer solchen Aufdrängung eines Anderen schon dadurch leicht erwehren, dass er den Generalvikar amoviert. Vgl. unten S. 330 mit Anm. 3, 335.

kann nur er ordinieren. Noch ganz anders als das Priestertum im Verhältnis zum Episkopat erscheint im Bereiche der Jurisdiktion das Generalvikariat im Verhältnis zur bischöflichen Jurisdiktion als blosse Gehilfenschaft. Man wird also auch für das neue Recht dabei bleiben müssen, dass der Generalvikar sich zwar für einzelne Geschäfte einen Statthalter, einen Locum tenens [1]) setzen, nicht aber seine sämtlichen Befugnisse weitergeben, sich einen Vicarius aequalis zuordnen kann [2]).

Wir kommen zur Bestellung des Generalvikars.

Was den Bestellungsfall anlangt, so entscheidet, sofern nicht etwa Vereinbarungen mit dem Staat wie Konventionen oder vereinbarte Zirkumskriptionsbullen die Bestellung eines Generalvikars ein für alle Male vorsehen [3]), das Bedürfnis. Ob ein solches vorliegt, darüber hat in erster Linie der Bischof zu befinden [4]), wenn eine aktiv exemte Abtei

---

[1]) v. Moy a. a. O. S. 421; Hinschius, Kirchenrecht II S. 221 Anm. 2; Wernz, Ius decretalium II 2² nr. 545 II p. 283.

[2]) Wernz, Ius decretalium II 2² nr. 545 II p. 283. Vgl. S. Cong. Concilii vom 9. Mai und 12. September 1874, Acta Sanctae Sedis VIII 1874 p. 129 ss.

Dass der Bischof im Bereiche der Jurisdiktion und, wenn er den Generalvikar auch zum Weihbischof sich geben lässt, tatsächlich auch für die Weihegewalt das mehr oder weniger (aber nicht hinsichtlich der Ehrenrechte und dessen, was an der Würde eines Residentialbischofs hängt) vermag, hängt eben einzig und allein daran, dass das Gesetz für ihn Hilfsämter, insbesondere das des Generalvikars, vorsieht, ergibt sich also nicht schon aus seiner potestas ordinaria und ihrer Delegationsbefugnis.

[3]) Die oben S. 320 Anm. 5 angeführten sehen nur das Gehalt vor, enthalten aber nicht eine ähnliche direkte Vorschrift wie etwa die Bulle: De salute animarum Art. 39 (Schneider a. a. O. S. 61) bezüglich des Weihbischofs.

[4]) can. 366 § 1 (oben S. 301 Anm. 3). Nach dem Kodex kann er aber (vgl. can. 334 § 2 mit § 3, can. 322 § 1, 339 § 1, 349 § 2, can. 380, oben S. 315 Anm. 3, 405 § 1, 430 § 3, unten S. 336 Anm. 4, 461, 958 § 1 n° 1°, oben S. 288 Anm. 5 und dazu can. 2394) anders als nach

oder Prälatur in Frage steht, der betreffende Praelatus nullius[1]). Die Fassung des can. 366 § 1 ergibt aber, dass ein Bischof, der sich, trotzdem der Bedürfnisfall vorliegt, zur Bestellung eines Generalvikars nicht entschliesst, unter Umständen dazu angehalten werden kann. Zuständig wäre dafür wie bisher die Konsistorialkongregation[2]).

Die Auswahl der Persönlichkeit steht gleichfalls dem Bischof zu, der sie frei aussucht und bestimmt[3]), also

bisheriger herrschender Lehre (Hinschius, Kirchenrecht II S. 214 f.; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 610 Anm. 61; dagegen mit Recht v. Moy a. a. O. S. 428; Friedle a. a. O. S 345; Wernz, Ius decretalium II 2[2] nr. 804 I p. 622), erst, nachdem er von dem Bistum Besitz ergriffen hat, zur Ernennung eines Generalvikars schreiten. Gewiss vermag er auch durch einen Vertreter die Besitznahme zu vollziehen und zwar möglicherweise durch den, den er zum Generalvikar ausersehen hat (can. 334 § 3). Aber dazu machen kann er ihn erst nachher. Vorher erscheint der Betreffende lediglich als des Konfirmierten oder Präkonisierten Prokurator.

Man beachte übrigens, wie mit voller Absicht die Vorschrift betreffend die Bestellung des Offizials (oben S. 305 Anm. 5) bestimmter gefasst ist.

[1]) can. 323 § 1 (oben S. 281 Anm. 2 und dazu S. 324 Anm. 3—6), § 3. Quod attinet ad Vicarii Generalis constitutionem, serventur praescripta can. 366—371 (über den bischöflichen Generalvikar). Dazu can. 198 (oben S. 281 Anm. 1).

[2]) Früher die S. Cong. Episcoporum. Vgl. v. Moy a. a. O. S. 428 ff.; Hinschius, Kirchenrecht II S. 209 mit Anm. 3 und 4; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 609 mit Anm. 59; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 470 mit Anm. 5.

Dass der Apostolische Stuhl bezw. die Konsistorialkongregation selbst den Generalvikar setzt, falls der Bischof nicht dazu zu bewegen ist, wird nach dem Wortlaut des can. 366 als ausgeschlossen gelten müssen, wie es schon bisher nach dem Begriffe des Amts hätte ausgeschlossen sein sollen; v. Scherer, Kirchenrecht II S. 609 Anm. 59 a. E. Rom kann sich ja durch Bestellung eines Administrators oder eines Koadjutors auch so behelfen. Wernz, Ius decretalium II 2[2] nr. 804 p. 622, der auch in Uebereinstimmung mit Hinschius, Kirchenrecht II S. 209 Anm. 4 dem Metropoliten die Befugnis abspricht, so oder so einzugreifen. Damit stimmt das Recht des Kodex überein.

[3]) can. 366 § 2. Vicarius Generalis libere ab Episcopo designatur, qui eum potest ad nutum removere.

Das: libere ist zu beachten im Gegensatz zu dem Geheiss, das für

weder das Domkapitel anzuhören noch gar dessen Zustimmung einzuholen braucht[1]). Vorausgesetzt ist natürlich, dass die Wahl auf eine geeignete Persönlichkeit falle. Geeignet ist nach can. 367[2]) nur

1. wer Priester ist. Die Bestellung eines Laien oder auch nur eines Geistlichen mit niedrigerem als priesterlichem Weihegrade wird durch das Gesetz ausgeschlossen;

2. ein Weltpriester. Lediglich wenn die Diözese, was sehr häufig bei Missionsbistümern der Fall ist, einer religiosen Genossenschaft zur Leitung und Verwaltung übertragen ist, kann der Generalvikar ein Angehöriger derselben sein;

3. wer mindestens dreissig Jahre alt ist;

---

die Frage, ob der Bedürfnisfall gegeben ist, hinsichtlich des Entschlusses zur Bestellung besteht. Es bestärkt uns in unserer Auslegung des § 1. Vielleicht richtet sich das: libere aber mittelbar auch gegen die Mitwirkung der Regierungen in Gestalt einer staatlich in Anspruch genommenen Anmeldungspflicht mit Ausschliessungsbefugnis. In Preussen würde der Rechtszustand der so gedeuteten Vorschrift entsprechen, da der Staat keine Mitwirkung mehr in Anspruch nimmt. Vgl. darüber und über das Recht der übrigen deutschen Bundesstaaten Hinschius, Kirchenrecht II S. 209 f.; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 624 f.; Sägmüller, Kirchenrecht³ I § 71 S. 323 f. Siehe auch Friedle a. a. O. S. 345 ff.

[1]) Auch darauf geht das: libere. Für das damit übereinstimmende bisherige Recht vgl. v. Moy a. a. O. S. 428; Friedle a. a. O S. 346; Hinschius, Kirchenrecht II S. 209; v. Scherer, Kirchenrecht II S. 610; Wernz, Ius decretalium II 2² nr. 804 I p. 623.

[2]) can. 367 § 1. Vicarius Generalis sit sacerdos e clero saeculari, annos natus non minus triginta, in theologia et iure canonico doctor aut licentiatus, vel saltem earum disciplinarum vere peritus, sana doctrina, probitate, prudentia ac rerum gerendarum experientia commendatus. § 2. Si dioecesis alicui religioni commissa fuerit, Vicarius Generalis potest esse eiusdem religionis alumnus. § 3. Vicarii Generalis munus ne committatur canonico poenitentiario (can. 398, 399, 401, oben S. 262 Anm. 2), aut Episcopi consanguineis praesertim in primo gradu vel in secundo mixto cum primo (Bruder oder Neffe), aut, exclusa necessitate, parocho ceterisque curam animarum habentibus; sed non prohibetur Episcopus Vicarium ex ipsa dioecesi assumere.

4. wer in der Theologie und im kanonischen Recht Doktor oder Lizentiat oder wenigstens in diesen Fächern wohl zu Hause, auch von gesunder Lehre, also in seiner Rechtgläubigkeit unangefochten, rechtschaffen, klug und geschäftskundig ist[1]).

Ausgeschlossen wird die Bestellung zum Generalvikar für den Pönitentiar im Domkapitel, für einen nahen Verwandten des Bischofs und, vom Falle der Not abgesehen, für einen Pfarrer oder sonstigen Seelsorgegeistlichen[2]). Dagegen steht nichts mehr im Wege, dass der Generalvikar der Diözese entnommen wird, für die er bestellt werden soll. Denn die Gefahr mangelnder Unbefangenheit und Unparteilichkeit wird in diesem Falle mehr als aufgewogen durch den Vorzug grösserer Vertrautheit mit den Aufgaben, die seiner in dem Amte warten, und mit den Bedürfnissen, die er in dem ihm anvertrauten Sprengel zu befriedigen hat. In den deutschen

---

[1]) Auch hier handelt es sich also, ähnlich wie bei den Erfordernissen für den Episkopat (can. 331), um persönliche Eigenschaften, die aber, durch Rechtsvorschrift der Form nach zu rechtlichen Erfordernissen gestempelt, ins Rechtsgebiet erhoben sind; vgl. Stutz, Bischofswahlrecht S. 56 f., Kirchenrecht[2] § 96 S. 449 Anm. 2.

Im übrigen geben diese Vorschriften zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass; sie entsprechen dem bisherigen Rechte, nur dass eine etwelche Verschärfung eingetreten ist (Priester statt unverheirateter Kleriker eventuell bloss mit Tonsur, dreissig statt fünfunddreissig Jahre). Vgl. v. Moy a. a. O. S. 424 ff.; Friedle a. a. O. S. 341 ff.; Hinschius, Kirchenrecht II S. 210 ff.; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 613; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 470; Wernz, Ius decretalium II 2[2] nr. 804 II p. 623 ss.

Eine Milderung ist darin zu finden, dass anders als beim Kardinalat und Episkopat (oben S. 180 Anm. 5), eheliche Geburt nicht mehr verlangt wird, also namentlich auch ein durch nachfolgende Ehe der Eltern Legitimierter anstandslos Generalvikar werden kann.

[2]) Auch das entspricht dem bisherigen Recht, insbesondere der in zahlreichen Entscheidungen römischer Behörden zum Ausdruck gelangten Praxis. Vgl. Hinschius, Kirchenrecht II S. 211 f.; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 613 f. mit Anm. 74; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 470 f.

Bistümern wurde der Generalvikar schon bisher trotz gegenteiliger gemeinrechtlicher Vorschrift und Praxis[1]) meistens dem Domkapitel entnommen oder alsbald zum Domherrn ernannt[2]). Diese Uebung war sogar durch Konkordate und Zirkumskriptionsbullen nahegelegt[3]). Durch die erwähnte Bestimmung des Kodex[4]) erhält sie jetzt auch die Billigung des neuen gemeinen Rechtes.

Wird vom Bischof gegen diese Vorschriften verstossen, so ist wie sonst gegen ihn, auch ohne dass es im Gesetzbuch ausdrücklich gesagt wird, eine Beschwerde an die Konsistorialkongregation gegeben[5]).

Die Bestellung geschieht meist, aber nicht notwendig[6]) durch ein schriftliches Anstellungsdekret[7]), in dem nach dem

---

[1]) Namentlich der früheren S. Cong. Episcoporum; vgl. Friedle a. a. O. I S. 344; Hinschius, Kirchenrecht II S. 211; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 614; Sägmüller, Kirchenrecht³ I S. 470 f. Siehe auch die gegen die ältere strenge Praxis gerichteten Ausführungen von Wernz, Ius decretalium II 2² nr. 804 II p. 626.

[2]) Von den gegenwärtigen Metzer Generalvikaren gehören einer dem Domkapitel an, zwei nicht, von den Strassburger dreien keiner. Krose, Kirchliches Handbuch VI S. 282, 289. Sonst sind fast überall die Generalvikare den Kapiteln entnommen, ebenda S. 270 ff.

[3]) Vgl. Bayerisches Konkordat Art. 3, Bulle: Provida sollersque Art. 3. Schneider a. a. O. S. 3, 119; Hinschius, Kirchenrecht II S. 211; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 614 mit Anm. 75; Sägmüller, Kirchenrecht³ I S. 471 mit Anm. 1.

[4]) Womit man ausserdem noch can. 421 § 1 n° 3° (oben S. 320 Anm. 4) vergleichen möge.

[5]) Früher S. Cong. Episcoporum. Vgl. Hinschius, Kirchenrecht II S. 212.

Ausnahmsweise ist bisher vorübergehend auch die Bestellung eines die gesetzlichen Erfordernisse nicht Erfüllenden als Provicarius Generalis zugelassen worden; vgl. Hinschius, Kirchenrecht II S. 224; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 614 mit Anm. 74.

[6]) Das oben S. 297 mit Anm. 3 bezüglich des Spezialmandats Bemerkte trifft auch hier zu.

[7]) Vgl. v. Moy a. a. O. S. 432; Friedle a. a. O. S. 346; Hinschius, Kirchenrecht II S. 213; v. Scherer, Kirchenrecht

Gesagten[1]) unter Umständen auch schon für bestimmte vorbehaltene Fälle Sondervollmacht erteilt wird[2]). Zweckmässig wird die Bestallung allgemein bekannt gemacht, gewöhnlich durch eine Mitteilung im bischöflichen Anzeigeblatt[3]).

Der Ernannte hat vor dem Ordinarius, also dem Bischof oder Praelatus nullius, oder vor dessen Delegierten das Glaubensbekenntnis abzulegen[4]).

Auch mehrere Generalvikare kann der Bischof bestellen. In der Regel soll es freilich bei einem einzigen sein Bewenden haben, wenn nicht die Verschiedenheit des Ritus oder der grosse Umfang des bischöflichen Sprengels eine Ausnahme erheischt[5]). In Frankreich ist die Bestellung mehrerer Generalvikare herkömmlich[6]). Desgleichen in Nachwirkung des französischen Rechts in Strassburg und Metz[7]). Im

---

I S. 610 mit Anm. 61; Wernz, Ius decretalium II 2[2] nr. 804 II p. 626 s.

[1]) Vgl. oben S. 298 mit Anm. 1.

[2]) Für Hildesheim vgl. Bischöfliche Erklärung betr. Vollmachten des Generalvikars vom 23. Oktober 1915, von Henkel a. a. O. S. 64 Anm. 4 erwähnt.

[3]) Wie ein Blick in irgend eines der deutschen bischöflichen Anzeigeblätter lehrt.

[4]) can. 1406 § 1. Obligatione emittendi professionem fidei, secundum formulam a Sede Apostolica probatam, tenentur ... 7.° Coram loci Ordinario eiusve delegato, Vicarius Generalis ...

[5]) can. 366 § 3. Unus tantum constituatur, nisi vel rituum diversitas vel amplitudo dioecesis aliud exigat ...

Das entspricht durchaus dem bisherigen Recht und seiner Lehre. Vgl. v. Moy a. a. O. S. 430 ff.; Friedle a. a. O. S. 347 ff.; Hinschius, Kirchenrecht II S. 220; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 610 mit Anm. 60; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 470 Anm. 3; Wernz, Ius decretalium II 2[2] nr. 803 p. 620 s.

[6]) Auf Grund der Organischen Artikel vom 8. April 1802 Art. 21 (Schneider a. a. O. S. 494), der den Erzbischöfen drei, den Bischöfen zwei zugestand. Dort fehlt eben die bei uns fast überall vorhandene kollegiale Verwaltungsbehörde des Ordinariats oder Generalvikariats.

[7]) Vgl. über den gegenwärtigen Stand Krose, Kirchliches Handbuch VI S. 282, 289 sowie oben S. 333 Anm. 2.

übrigen Deutschland kommt sie höchstens für besondere Bistumsteile vor, so, dass neben dem Bistumsgeneralvikar ein oder mehrere bischöfliche Beamte in Generalvikarstellung für besondere Bezirke ernannt werden[1]). Sind für die ganze Diözese mehrere Generalvikare da, so ist Fürsorge zu treffen, dass deren Geschäftskreis im einzelnen abgegrenzt wird, damit sie nicht bei der Erledigung ein und desselben Geschäftes tätig werden und die Verwaltung erschwert, statt erleichtert wird.

Endlich kann der Bischof auch dem abwesenden oder behinderten Generalvikar einen Stellvertreter ernennen[2]).

Die Jurisdiktion des Generalvikars hört auf, wenn er auf seine Stellung verzichtet, was auch stillschweigend dadurch geschehen kann[3]), dass er aus der Diözese verzieht. Ebenso wenn der Bischof ihn abruft[4]), was jederzeit möglich ist, da der Generalvikar ad nutum amoviert werden kann[5]).

---

[1]) Vgl. darüber Hinschius, Kirchenrecht II S. 227 mit Anm. 4; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 616; Sägmüller, Kirchenrecht³ I S. 470 Anm. 3; Stutz, Kirchenrecht² § 76 S. 427 mit Anm. 3.

[2]) can. 366 § 3 fährt nach dem oben S. 334 Anm. 5 mitgeteilten Satze fort: sed, Vicario Generali absente vel impedito, Episcopus alium constituere potest qui eius vices suppleat.

Das entspricht dem bisherigen Recht. Vgl. v. Moy a. a. O. S. 421; Hinschius, Kirchenrecht II S. 221 Anm. 2. Dieser Ersatzmann hiess schon bisher Vices gerens.

[3]) Aber natürlich nicht soll. Der Verzicht hat vielmehr ordnungsmässig schriftlich oder mündlich vor Zeugen oder durch einen dazu besonders Beauftragten zu geschehen. can. 186, vgl. aber can. 188.

[4]) can. 371. Exspirat Vicarii Generalis iurisdictio per ipsius renuntiationem ad normam can. 183—191, aut revocationem ei ab Episcopo intimatam . . .

[5]) can. 366 § 2 i. f. (oben S. 330 Anm. 3). Darüber, dass diese Abberufung nach bisherigem und so jedenfalls auch nach neuem Recht im Interesse des Ansehens der Kirche und des guten Rufes des Abberufenen nur aus triftigem Grund, schonend und eventuell unter Abgabe einer Ehrenerklärung geschehen soll, vgl. v. Moy a. a. O. S. 433; Friedle a. a. O. S. 365; Hinschius, Kirchenrecht II S. 221 f.; v. Scherer,

Vor allem aber steht und fällt der Generalvikar mit dem Bischof. Wird also die Jurisdiktion des Ordinarius suspendiert, so auch die seines Generalvikars[1]). Diese Wirkung tritt namentlich dann ein, wenn bei besetztem Stuhl von Rom der Diözese ein Apostolischer Administrator gesetzt wird[2]). Vollends wenn das Bistum erledigt wird, sei es durch Tod, sei es durch Verzicht, sei es durch Versetzung oder Absetzung des Bischofs, hört auch des Generalvikars Amt und Amtsgewalt auf[3]). Und zwar selbst dann, wenn der auf einen anderen bischöflichen Stuhl Versetzte nach Antritt des neuen Amtes die Regierung seines bisherigen Bistums weiterführt, aber eben nicht mehr als Bischof, sondern nur in der Stellung eines Kapitelsvikars[4]). Eine Ausnahme macht allein der Vikariat der

---

Kirchenrecht I S. 615; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 472 mit Anm. 3; Hergenröther-Hollweck, Kirchenrecht[2] Nr. 419 S. 323.

[1]) Am Schlusse von can. 371 (oben S. 335 Anm. 4) liest man: suspenditur vero suspensa episcopali iurisdictione. Ueber das bisherige Recht vgl. Friedle a. a. O. S. 367; Hinschius, Kirchenrecht II S. 222; v. Scherer, Kirchenrecht I S. 615; Sägmüller, Kirchenrecht[3] I S. 472; Wernz, Ius decretalium II 2[2] nr. 806 II p. 634.

[2]) can. 316 § 1. Si Administrator Apostolicus dioecesi, sede plena, praeficiatur, iurisdictio Episcopi eiusque Vicarii Generalis suspenditur. § 2. Quanquam autem Administrator Apostolicus Episcopi auctoritati non subest, non debet tamen se immiscere causis Episcopum ipsum spectantibus, neque in Vicarium eius Generalem iudicium seu processum instruere aut animadvertere ob acta praeteritae administrationis. Hier zeigt es sich, dass zwei ordentliche Jurisdiktionen desselben Umfangs dann, wenigstens der Ausübung nach, nicht nebeneinander bestehen können, wenn die eine nicht bloss als secundaria, als Hilfsgewalt, sich darstellt, die von der principalis herrührt und mit dem Willen des Inhabers derselben begründet ist.

[3]) can. 371 (oben S. 335 Anm. 4) fährt fort: aut (per) sedis episcopalis vacationem. Vgl. Hinschius, Kirchenrecht I S. 182.

[4]) can. 430 § 3. A certa translationis notitia Episcopus intra quatuor menses debet dioecesim *ad quam* petere eiusdemque canonicam possessionem assumere ad normam can. 333, 334 et a die captae possessionis dioecesis *a qua* plene vacat; interim vero in eadem Episcopus: 1.° Vicarii Capitularis potestatem obtinet eisdemque obligationibus tenetur, cessante qualibet Vicarii Generalis potestate. . . .

Stadt Rom, auch ein Generalvikariat, aber besonderen Rechtes; für den Vicarius Urbis ist positiv bestimmt, dass seine Jurisdiktion bis zum Amtsantritt des neuen Papst-Bischofs von Rom fortdauere [1]). Für den gewöhnlichen Generalvikar dagegen gilt nur, dass Amtshandlungen rechtsgültig sind, die er nach dem Tode des Bischofs vornimmt, aber ehe er sichere Nachricht davon erhält, und ebenso Akte, die er vollzieht, ehe ihm sichere Kunde von der Annahme des Verzichts oder von der Versetzung bezw. Absetzung durch den Papst zukommt. Lediglich die Uebertragung von kirchlichen Pfründen und Aemtern soll davon ausgenommen sein [2]). Darin besteht ein weiterer Unterschied gegenüber der iurisdictio des Offizials; dieser und seine Vizeoffizialen behalten im Interesse des ununterbrochenen Fortgangs der kirchlichen Rechtspflege

---

[1]) Konstitution: Vacante Sede Apostolica (oben S. 22 Anm. 2, 46) c. 3 n. 19: E contra *Cardinalis in Urbe Vicarii* officium et iurisdictio non exspirant morte Romani Pontificis. Quod si ipsum Vicarium Urbis, Sede vacante, e vivis decedere contigerit, ne Christifideles Urbis eiusque Districtus aliquod inde accipiant in spiritualibus detrimentum, tunc exsistens Vicesgerens dicti Vicarii, quamdiu Sedes vacaverit, omnes et singulas habebit facultates, auctoritatem et potestatem, quae eidem Vicario pro exercitio officii Vicariatus quomodolibet competebant, quasque Pontifex ipse, occurrente vacatione Vicariatus Sede plena, Vicesgerenti praedicto quandoque per aliquod tempus, donec scilicet successorem Vicarium deputaverit, attribuere solet. Wie das Konsistorium in can. 239 § 1, S. 259 (260) Anm. 4, 275 (oben S. 242 Anm. 4). 2141, so wird auch der Kardinalvikar im Kodex nur ganz gelegentlich und beiläufig in can. 711 § 2 erwähnt.

[2]) can. 430 § 1. Sedes episcopalis vacat Episcopi morte, renuntiatione a Romano Pontifice acceptata, translatione ac privatione Episcopo intimata. § 2. Nihilominus, excepta collatione beneficiorum aut officiorum ecclesiasticorum, omnia vim habent quae gesta sunt a Vicario Generali, usque dum hic certam de obitu Episcopi notitiam acceperit, vel ab Episcopo aut Vicario Generali. usque dum certa de memoratis actibus pontificiis notitia ad eosdem pervenerit. Es ist das alte Recht des römischen Mandats (vgl. Dernburg-Sokolowski, System des römischen Rechts I § 374 S. 799 Anm. 4 und l. 26 pr. D. mandati 17, 1, l. 15 C. mandati 4, 35 sowie B.G.B. § 674).

ihre Jurisdiktion auch während der Stuhlerledigung [1]. Ist also ein und dieselbe Persönlichkeit Offizial und Generalvikar zugleich, so bleibt sie nach Eintritt der Vakanz als Offizial im Amt, nicht aber als Generalvikar [2]. Bei dem Amte des letzteren ist eben die iurisdictio eine vicaria im strengsten Sinne des Wortes [3].

Damit ist gesagt, was auf Grund des päpstlichen Gesetzbuchs über den bischöflichen Generalvikar sich sagen lässt. Der Leser, der unsere Ausführungen mit denen der Lehr- und Handbücher des bisherigen katholischen Kirchenrechts vergleicht, mag danach ermessen, wie eine Darstellung des neuen Rechtes im Rahmen eines Handbuches einst aussehen wird. Und er mag weiter danach beurteilen, ob und inwieweit die oben [4] versuchte Einschätzung des Gesetzbuches zutrifft. Besser als manche allgemeine Darlegung wird diese Stichprobe und Einzeldarstellung, so hoffe ich, offenbaren den Geist des Codex iuris canonici.

---

[1] can. 1573 § 5. Sunt amovibiles (officialis et vice-officiales) ad nutum Episcopi; vacante sede, a munere non cessant, nec a Vicario Capitulari amoveri possunt (ebensowenig der Promotor iustitiae und der Defensor vinculi, wenn ad universitatem causarum, nicht bloss für den einzelnen Fall bestellt; can. 1590 § 1); adveniente autem novo Episcopo, indigent confirmatione. Beim Offizial ist also die Beibehaltung durch den neuen Bischof als Regel angenommen, beim Generalvikar, als besonderem Vertrauensmann des regierenden Herrn, nicht damit gerechnet, obwohl die Beibehaltung auch bei ihm nicht allzu selten vorkommt. Ein Beispiel eines Generalvikars, der zurzeit unter dem vierten Bischof amtet, siehe bei Stutz, Katholische Kirche in den Rheinlanden S. 33.

[2] can. 1573 § 6. Qui Vicarius Generalis est idemque officialis, sede vacante, cessat quidem a Vicarii, non autem ab officialis munere.

[3] Das lehrt auch der Vergleich mit can. 1578 (oben S. 307 (308) Anm. 6).

[4] S. 51 ff., 57.

Verzeichnis der behandelten Kodexstellen[1]).

[1]) Die hochgestellten kleinen Ziffern hinter der Seitenzahl verweisen auf die betreffende Fussnote. Greift der einschlägige Teil derselben auf eine folgende Seite über, so ist letztere in Klammern beigefügt. Die Seite bezw. Anmerkung, wo die betreffende Stelle ex professo behandelt oder abgedruckt ist, wird durch Fettdruck kenntlich gemacht. Unter der Kanonnummer sind einzelne Paragraphen und Ziffern nur erwähnt, wenn in der Abhandlung von ihnen besonders oder nur von ihnen die Rede ist; sonst sind sie an der für den ganzen Kanon angegebenen Stelle aufzuschlagen. Dem Assistenten meines Kirchenrechtlichen Instituts, Herrn Gerichtsassessor Dr. Hermann Nottarp, der dies Quellenverzeichnis ausgearbeitet hat, spreche ich dafür auch an dieser Stelle meinen Dank aus.

Schlagwort- und Verfasserverzeichnis[1]).

A.

---

[1]) Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich sonst unter den gegenwärtigen Verhältnissen einer rechtzeitigen Fertigstellung dieses Buches entgegengestellt hätten, musste leider auf das ursprünglich geplante ausführliche Personen-, Orts- und Sachregister verzichtet werden. Doch wird hoffentlich das kurze Schlagwortverzeichnis einigen Ersatz bieten. Von Verfassern sind nur diejenigen von mehrmals angeführten Werken berücksichtigt. Und zwar wird jedes derselben bezw. jeder als selbständiges Werk behandelte Band mit der Stelle verzeichnet, an der er zuerst und ausführlich zitiert ist.

F.

G.

H.

I.

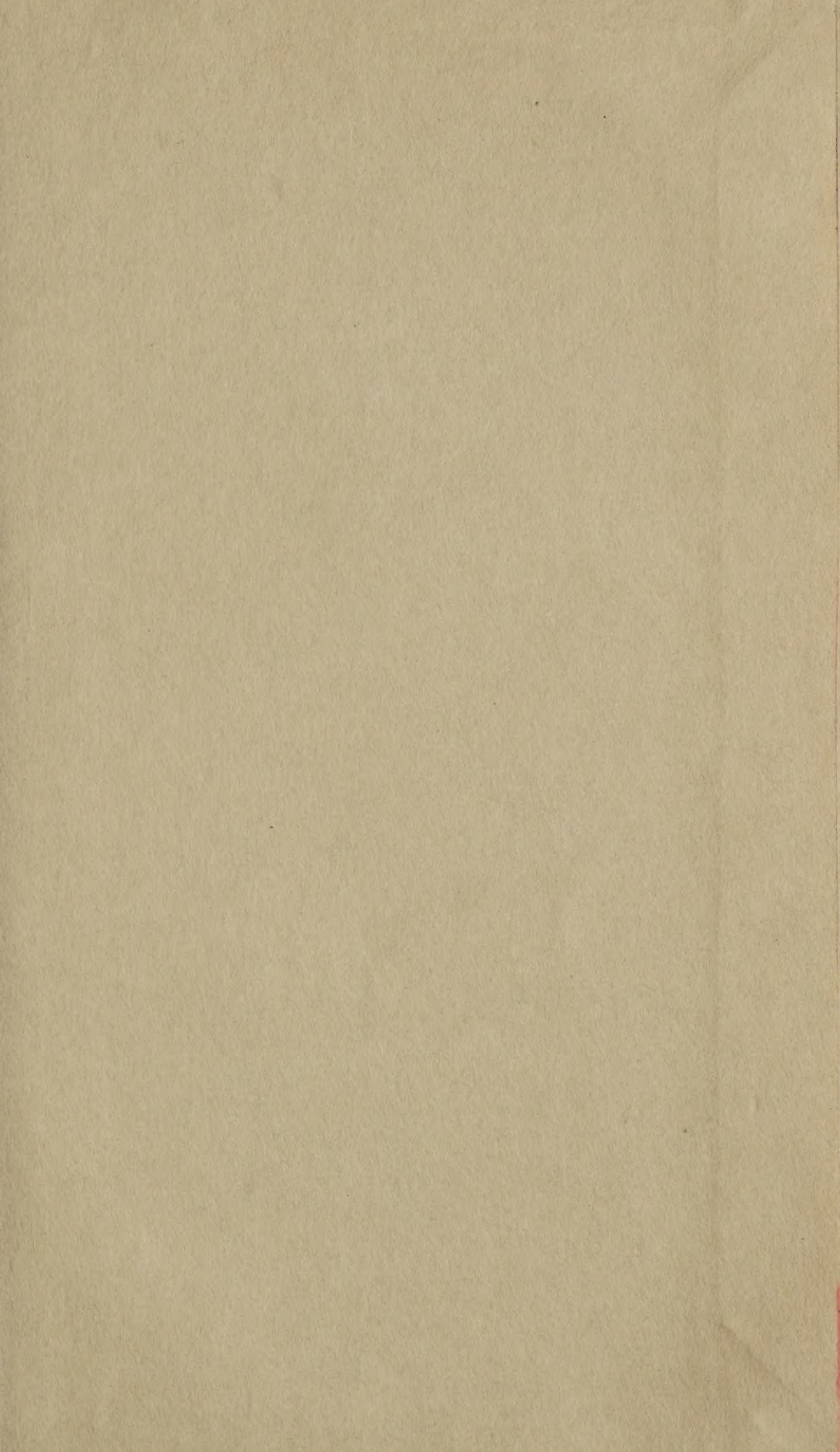
P.

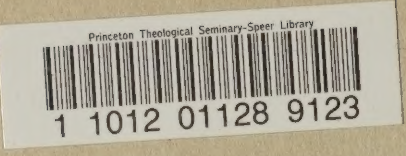
Q.

R.








Princeton Theological Seminary-Speer Library
1 1012 01128 9123



